Dr. Klaus Maurer

Die "BRD"-GmbH

Das Ende aller Ausreden zur Beendigung der Fremdherrschaft und der Wiederherstellung unserer verfassungsmäßigen Ordnung

4. Auflage
(umfassend aktualisiert und ergänzt)

Februar 2023

Impressum:

Buchtitel: Die "BRD"-GmbH
4. Auflage
Das Ende aller Ausreden

Autor / Verfasser: Klaus aus dem Hause Maurer

Tel.: +49 - (0)30 – 86 39 42 56
(E+) +49 - (0)157 – 38 46 18 65
Fax: +49 - (0)321 – 21 36 17 82
verlag-weisse-rose-dr-klaus-maurer@gmx.de
@t.me/dr_klaus_maurer_besatzerfrei

Covergestaltung: MINTORANGE

ADORIA-Verlag/Deutscher Buchdienst
Naunhof 6
04703 Leisnig
Telefon: 03432-163 68 74
E-Mail: info@deutscher-buchdienst.com

Titel und Verlagsname sind urheberrechtlich geschützt

ISBN: 978-3-944951-61-4

Meinen Kindern

Jonathan, Antonia, Raphael und allen anderen Menschen

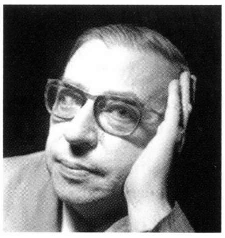
verbunden

- *mit dem Wunsch, daß Sie es erleben werden, in Deutschland in rechtsstaatlichen Verhältnissen zu leben*
- *mit dem Versprechen, hierfür das Menschenmögliche zu tun.*

03. Februar 2023

Vorwort

"Ein politisches System, das dem Untergang geweiht ist, tut instinktiv vieles, was diesen Untergang noch beschleunigt "



(Jean-Paul Charles Aymard Sartre (1905 - 1980), *französischer Romancier, Dramatiker, Philosoph, Religionskritiker und Publizist. Vordenker und Hauptvertreter des Existentialismus und Paradefigur der französischen Intellektuellen des 20. Jahrhunderts)*

Wir leben in einer Zeit, in der alles ans Licht kommt. Keine Lüge wird Bestand haben. Auch nicht die Lüge, die "BRD" sei ein "Staat", noch dazu ein "legitimer Staat", ein "souveräner Staat" oder die "BRD" sei "demokratisch" oder gar "freiheitlich".

Die meisten Menschen kennen den Satz: "Wer seine Rechte nicht kennt - hat keine Rechte!". Auf einen größeren Maßstab übertragen bedeutet dies: "Ein Volk oder eine Völkergemeinschaft, die ihre Rechte nicht kennt - hat keine Rechte!" Dies ist der Grund, weshalb wir in den "DDR"- und "BRD"-Besatzerschulen kein staats- oder völkerrechtliches Grundwissen erlangen durften. Wir sollten als Kriegsbeute für alle Zeiten de facto rechtlos gehalten werden.
Aktivisten der gegenwärtigen Rechtsstaatlichkeitsbewegung machen immer wieder die Erfahrung, daß sie in Vorträgen und Gesprächen mit Menschen zu den Themen "Rechtsstaatlichkeit", "Souveränität", "Staats- und Völkerrecht" gewissermaßen "bei Null" anfangen müssen. Grundlegende Begriffe wie "Staat", "Verfassung", "Staatsangehörigkeit", "Staatsbürgerschaft", "Kriegszustand" oder "Ausnahmezustand" können von den meisten Deutschen nicht erklärt werden. Zu solchen Begriffen und Zusammenhängen wird zudem innerhalb der "BRD"- Propaganda gezielt Verwirrung gestiftet. Gelingt es jedoch, Menschen für die Thematik der Souveränität, der verfassungsmäßigen Ordnung und der Rechtsstaatlichkeit zu interessieren, stellt man immer wieder fest, daß innerhalb kürzester Zeit die Erlangung von substantiellem Wissen auf diesem Gebiet möglich ist. Man benötigt kein Abitur und auch kein Studium, um zu erkennen, was in unserem Land vor allem in rechtlicher Hinsicht vor sich geht und was für unsere Befreiung, für die Herstellung von Rechtsstaatlichkeit, für die Wiederherstellung unserer verfassungsmäßigen Ordnung und die Wiedererlangung unserer Souveränität getan werden muß.

Kaum jemand hätte gedacht, daß der Faschismus in Deutschland unter dem Vorwand des Gesundheitsschutzes oder der CO_2-Reduktion aufmarschiert. Es war jedoch den Protagonisten der Rechtsstaatlichkeitsbewegung immer klar, daß der faschistische Charakter der "BRD", beziehungsweise der "Neuen Weltordnung" früher oder später für jeden erkennbar sein wird.
Natürlich gilt dies nur für diejenigen, die überhaupt die Bereitschaft haben, in die häßliche Fratze der Wahrheit zu schauen. Tatsächlich fliehen viele Menschen noch immer vor der Wahrheit, denn die Wahrheit ist für die meisten von uns nur schwer verdaulich. Niemand von uns wird erleuchtet geboren. Mit der Wahrheit kommen oft Gefühle der Enttäuschung, Leere und Schwere. Die Leichtigkeit ist dann erst einmal dahin und vermutlich wird sie auch nie mehr wieder kommen. Willkommen im wahren Leben! Der erste Schritt in die Realität fühlt sich nie gut an. Wenn das eigene Leid am größten ist, kommt man der Erleuchtung am Nächsten. Erst dann schafft man Raum in sich, um das wirklich Wichtige im Leben wahrzunehmen und seine Lebenszeit sinnvoll zu nutzen.
Und was könnte sinnvoller sein, als sein Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen, für sich selbst, aber auch für unser Gemeinwesen.

Ein Großteil jener Menschen, die sich aktuell irgendeinen Schmutz in ihren Körper spritzen lassen, wollen gar nicht wissen, was in diesen Spritzen überhaupt ist. Diese Tatsache zeigt, daß die meisten Menschen gar nicht willens sind, Dinge zu hinterfragen, sich eine eigene Meinung zu bilden und das, was sie für richtig erkannt haben, auch zu vertreten. Die meisten dieser Menschen befinden sich damit auf einer Entwicklungsstufe ihrer Persönlichkeit, die der eines durchschnittlich entwickelten Kindes von fünf bis acht Jahren entspricht (Tendenz wohl eher zu fünf Jahren). Für viele Menschen ist der Faschismus, der autoritär Gehorsam verlangt, Denk- und Redeverbote aufstellt, Gleichschaltung herstellt und die sadistische Verfolgung Andersdenkender organisiert, eine willkommene Gesellschaftsform.

Es ist heute für jeden sichtbar, daß die "BRD" strukturell und funktionell darauf ausgerichtet ist, den Deutschen den maximal möglichen Schaden zuzufügen. Dieser Schaden erfolgt durch wirtschaftliche Auspressung (Stichwort: Deutschland als "Exportweltmeister" - ohne Gegenleistung) und Völkermord. Kinder zu haben ist im "BRD"-System das größte Armutsrisiko. Die Betreiber des "BRD"-Systems sorgen mit dem sogenannten "Steuerrecht", "Familienrecht" und der Arbeitsweise der "BRD"-

Scheidungsindustrie und nicht zuletzt mit den Mitteln der psychologischen Kriegsführung mit "Gender"-Schwachsinn, Indoktrination mit sexuellen Deviationen und Perversionen dafür, daß von Generation zu Generation mindestens vierzig Prozent weniger Staatsangehörige geboren werden. Selbst unter den ökonomisch schwierigeren Verhältnissen der "DDR" war es Frauen möglich, anspruchsvolle Berufe zu ergreifen, ohne dabei auf Familiengründung und eigene Kinder verzichten zu müssen. Zur Umsetzung des biologischen Völkermords wird zudem seit Existenzbeginn der "BRD" die Migrationswaffe eingesetzt.

Die bestehenden Probleme die wir in Deutschland haben, sind existentiell. Kinderarmut, Altersarmut, extremes Auseinanderlaufen der Schere zwischen Arm und Reich, gigantische Ressourcenverschwendung, Umweltzerstörung durch Hochrüstung und völkerrechtswidrige Angriffkriege mit Hilfe der Söldner- und Verbrechertruppe "BUNDESWEHR", Kriegslügen und Kriegshetze. Weiterhin sehen wir die Inszenierung von "Terror", "Pandemien", einer angeblichen "CO_2-Gefahr" und die Inszenierung von "Finanzkrisen" als Vorwand für die Etablierung faschistischer Verhältnisse sowie Desindustrialisierung.

Alle grundlegenden Probleme die wir in Deutschland haben sind für uns existentiell und sie sind systemimmanent. Sie werden vom "BRD"-System erzeugt und unter erheblichem permanentem Energieaufwand aufrechterhalten. Die "BRD" ist nachweislich politisch nicht reformierbar und juristisch nicht heilbar. Damit ist das "BRD"-System selbst das Problem.
Wie bereits in der 3. Auflage des Buches "Die "BRD"-Gmbh" in der Einleitung vorausgesagt, wird von immer mehr Menschen dieses "BRD"-System nun grundlegend in Frage gestellt.

Die Betreiber des "BRD"-Systems haben offensichtlich massive Personalprobleme. Haben sie früher noch Polit-Darsteller mit Charisma, Format und Bildung wie beispielsweise Wehner, Schmidt, Brandt, Strauss und andere für ihr Geschäftsmodell "BRD" engagieren können, sehen wir heute nicht "B"- oder "C"- sondern "Y-" und "Z-" Prominenz, nur noch Kriminelle wie Scholz oder Steinmeier sowie geistige Tiefflieger wie Baerbock und Habeck und ganz offensichtlich Geisteskranke wie Lauterbach, was zeigt, daß Leute mit Bildung und Format sich für diese illegale Besatzerdiktatur "BRD" nicht mehr hergeben.

Das Ende des Systems rückt unaufhaltsam näher und es folgt einer Gesetzmäßigkeit, daß es den Betreibern des Systems kurz vor dessen Ende nur noch um den nackten Erhalt gehen kann. Alle sonstigen Masken, die das "BRD"-Besatzersystem als "demokratisch", "rechtsstaatlich", "sozial" oder irgendwie "kuschelig" erscheinen lassen sollen, werden geopfert werden, nur um das System vermeintlich zu retten. Genau dies wird jedoch das unvermeidliche Ende des Systems noch beschleunigen. Folgerichtig erleben wir derzeit das vollständige Sichtbarwerden des faschistischen Charakters der Besatzerverwaltung "BRD".

Wer die Wahrheit und das Recht auf seiner Seite hat, kann von den Vertretern eines Lügen- und Verbrechersystems nur noch mit Gewalt aufgehalten werden. Die Betreiber des "BRD"-Systems haben vielfach die Maske einer ohnehin nie dagewesenen Rechtsstaatlichkeit fallen gelassen. Gemäß unserer historischen Aufgabe als Staatsangehörige werden wir dieses verbrecherische "BRD"-System restlos beseitigen, unsere verfassungsmäßige Ordnung wiederherstellen und die von "BRD"-Funktionärsbonzen begangenen Verbrechen juristisch aufarbeiten.

Die restlose Beseitigung des ohnehin komplett illegalen "BRD"-Systems und die Herstellung unserer verfassungsmäßigen Ordnung im Rechtsstand vom 30. Juli 1914 steht jetzt auf der Tagesordnung. Nicht in fünf, zehn oder zwanzig Jahren sondern jetzt! Jede Minute die dieses verbrecherische "BRD"-System weiter existiert, vergrößert den Schaden für uns Deutsche, bis er ins Unermeßliche steigt und nicht mehr behoben werden kann.

Mittels Geschichtsfälschung, Denk- und Redeverboten, religiösen Dogmen, Zensur, Lügen- und Kollektivschuldpropaganda und nicht zuletzt mittels unseres Konto-"Schuldenstandes" sind wir in ein geistiges Gefängnis gebracht worden. Aus diesem geistigen Gefängnis können wir uns befreien. Über den Grad unserer geistigen Freiheit hat schließlich niemand mehr Entscheidungsmacht als wir selbst. Nachdem wir unsere eigene geistige Befreiung errungen haben, werden wir unser Schicksal in die eigenen Hände nehmen und unsere gesellschaftlichen Verhältnisse selbst eigenverantwortlich rechtsstaatlich gestalten können.

"...und Ihr werdet die Wahrheit erkennen und die Wahrheit wird Euch frei machen!..."
(Johannes 8; 32)

Februar 2023

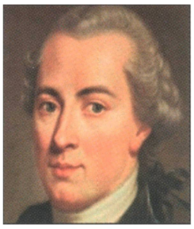
Inhalt

1. Einleitung ... 9
2. Bestandsaufnahme der gegenwärtigen Situation in Deutschland ... 9
3. Wesen der "BRD" ... 23
3.1. "BRD" - ein Fremdherrschaftsinstrument ... 24
3.2. "BRD" - eine Besatzerverwaltung ohne Staatlichkeit ... 35
3.2.1. "BRD" ohne Staatsgewalt ... 36
3.2.2. "BRD" ohne Staatsgebiet ... 36
3.2.3. "BRD" ohne Staatsvolk ... 39
3.2.4. "BRD" ohne Verfassung ... 42
3.2.5. "BRD" ohne Hauptstadt ... 43
3.2.6. Zwischenfazit ... 46
3.3. "BRD" - eine antidemokratische, zentralistische Besatzerverwaltung ... 46
3.4. "BRD" - eine gegenwärtig offen sichtbare faschistische Diktatur ... 49
3.5. "BRD" - eine reine Handelsrechstkonstruktion bzw. eine Firma ... 51
3.5.1. Der rechtliche Trick zur Versklavung / Mensch versus Person ... 56
3.5.2. Rechtsebenen und Rechtskreise ... 57
3.5.3. Prinzip der freiwilligen Unterordnung auf Ebene des Individuums ... 59
3.5.4. Prinzip der freiwilligen Unterordnung auf Ebene der Gebietskörperschaften ... 60
3.6. "BRD"- eine verfassungsfeindliche verbrecherische Vereinigung ... 62
3.7. "BRD"- eine lupenreine Nazi- und Reichsbürger-Organisation ... 62
Nazi-Recht welches von der "BRD" aktuell unmittelbar angewendet wird (Stand 04/22): ... 64
3.8. "BRD"- eine Religionsgemeinschaft bzw. eine Sekte ... 66
3.9. "BRD"- eine gigantische Anstalt ... 68
3.10. "BRD"- ein Enteignungsinstrument der angloamerikanischen Hochfinanz ... 72
3.10.1. Das internationale Finanzsystem ... 72
3.10.2. Entstehung und gegenwärtige Struktur ... 72
3.10.3. Betrugscharakter ... 73
3.10.4. Kuriositäten ... 75
3.11. "BRD" - ein Völkermordinstrument gegen die deutschen Völker ... 77
Morgenthau-Plan ... 78
Kaufman-Plan ... 78
Hooton-Plan ... 78
Coudenhove-Kalergi-Plan ... 78
3.11.1. Schädigung der deutschen Völker mittels wirtschaftlicher Auspressung ... 79
3.11.2. Schädigung der deutschen Völker mittels Entindustrialisierung ... 80
3.11.3. Juristischer und biologischer Völkermord ... 81
3.11.3.1. Völkermord mittels "Steuerrecht", "Familienrecht" und Scheidungsindustrie ... 82
3.11.3.2. Biologischer Völkermord mittels Umweltgifte ... 83
3.11.3.3. Biologischer Völkermord mittels "Impfung" ... 85
3.11.3.4. Biologischer Völkermord mittels psychologischer Kriegsführung ... 89
Grundsätze der Mann-Frau-Dynamik ... 90
Psychologische Zerstörung der Ehe ... 93
Psychologische Zerstörung der Maskulinität ... 93
Die vaterlose Schrottgesellschaft ... 94
Psychologische Zerstörung der Femininität ... 94
Desinformation und Fehlinformation von Frauen ... 95
Sexuelle Traumatisierung und sexuelle Fehlprägung unserer Kinder ... 96
3.11.3.5. Biologischer Völkermord mittels Einsatz der Migrationswaffe ... 96
4. Nebenaspekte der Ereignisse von 1990 ... 98
4.1. Der sogenannte "Einigungsvertrag" von 1990 ... 98
4.2. Der sogen. "2+4-Vertrag" von 1990 und das Fehlen einer Friedensregelung ... 100
Französische Republik - Siegermacht versus Besatzungsmacht ... 101
Das Fehlen einer Friedensregelung zum "Zweiten Weltkrieg" ... 103

4.3.	Der sogenannte "Überleitungsvertrag von Berlin" von 1990	104
4.4.	Der frühere und gegenwärtige rechtliche Status von Berlin	104
4.5.	Der gegenwärtige rechtliche Status von Mitteldeutschland	105
4.6.	Die Lügen der Präambel des "Grundgesetzes"	106
4.7.	Der neue Artikel 146 des "Grundgesetzes"	107
5.	Weitere Kuriositäten	107
5.1.	Das Fehlen von Hoheitszeichen im "BRD"-System	107
5.2.	Ungültigkeit von "BRD"-Pässen und "Personalausweisen"	108
5.3.	Rechtliche Situation von "BRD"-Bediensteten	110
5.3.1.	Rechtliche Situation von "BRD"-"Richtern" und "BRD"-"Gerichten"	114
5.3.2.	Rechtliche Situation von "BRD"-"Staatsanwälten"	119
5.3.3.	Rechtliche Situation von "Polizisten" im "BRD"-System	120
5.3.4.	Rechtliche Situation der Firma "Bundeswehr"	122
5.3.5.	Rechtliche Situation von "BRD"-"Rechtsanwälten" und "Notaren"	124
5.3.6.	Rechtliche Situation von "BRD"-"Gerichtsvollziehern"	125
5.3.7.	Fehlende Staatlichkeit von "Zustellungen"	126
6.	"BRD" - Systemimanenz aller Probleme	126
6.1.	"BRD" - ohne politische Reformierbarkeit	126
6.2.	"BRD" - ohne juristische Heilbarkeit	127
7.	Das "UN"-System und das Scheitern der sogenannten "Nachkriegsordnung"	128
	USA als Hauptsiegermacht	128
	Feindstaatenklausel	131
8.	Unsere Staatsangehörigkeit und unsere verfassungsmäßige Ordnung	135
8.1.	Der Fortbestand der deutschen Staaten und des Deutschen Reichs	135
	Begriff "Deutschland"	139
	Begriff "Deutscher"	140
8.2.	Gültiger Rechtsstand in den Gebietskörperschaften in Deutschland	140
8.2.1.	Rechtsstand "BRD"	141
8.2.2.	Rechtsstand "Drittes Reich"	141
8.2.3.	Rechtsstand "Weimarer Republik"	142
8.2.4.	Erster Weltkrieg / Kriegsrecht / Versailler Diktat	143
8.2.5.	Das Fehlen einer Friedensregelung zum "Ersten Weltkrieg"	143
8.2.6.	Zur Ergänzung: Die Paulskirchenverfassung von 1848	144
8.3.	Unsere Staatsangehörigkeit	145
8.4.	Gültiger Rechtsstand auf der Ebene des Staatenbundes Deutsches Reich	147
	Deutsches Reich: Staat versus Staatenbund	147
	Begriff "Völkerrechtssubjekt":	150
8.5.	Gültiger Rechtsstand auf der Ebene der Bundesstaaten	151
8.5.1.	Königreich Preußen	152
8.5.3.	Herzogtum Sachsen-Coburg und Gotha	154
8.5.4.	Herzogtum Sachsen-Altenburg	155
8.5.5.	Herzogtum Sachsen-Meiningen	155
8.5.6.	Fürstentum Schwarzburg-Rudolstadt	156
8.5.7.	Fürstentum Schwarzburg-Sondershausen	156
8.5.8.	Fürstentum Reuß ältere Linie	157
8.5.9.	Fürstentum Reuß jüngere Linie	158
8.5.10.	Königreich Bayern	158
8.5.11.	Königreich Sachsen	159
8.5.12.	Königreich Württemberg	159
8.5.13.	Großherzogtum Baden	160
8.5.14.	Großherzogtum Hessen	161
8.5.16.	Großherzogtum Mecklenburg-Schwerin	161
8.5.16.	Großherzogtum Mecklenburg-Strelitz	162
8.5.17.	Großherzogtum Oldenburg	162

8.5.18. Herzogtum Anhalt 163
8.5.19. Herzogtum Braunschweig 163
8.5.20. Fürstentum Lippe 164
8.5.21. Fürstentum Schaumburg-Lippe 165
8.5.22. Fürstentum Waldeck und Pyrmont 165
8.5.23. Bremischer Staat 166
8.5.24. Freie und Hansestadt Hamburg 166
8.5.25. Freie und Hansestadt Lübeck 167
8.5.26. Reichsland Elsaß-Lothringen 167
9. Vorläufige Zusammenfassung 168
9.1. Raus aus dem gegenwärtigen System 168
9.2. Die frohe Kunde vom Deutschen Reich 169
10. Die globale kommunistische Langzeitstrategie 171
10.1. "Links" und "Rechts" 171
10.2. Psychologische Grundlagen für Sozialismus, Kommunismus und Faschismus 174
10.3. Phasen der globalen kommunistischen Langzeitstrategie 177
10.4. Verschwörungen und Verschwörer 179
Vatikan / Jesuiten 180
Die Templer 182
Freimaurer 183
Rothschilds, Rockefeller & Co. 184
Bilderberger 187
Die Trilaterale Kommission 187
11. Historisches und Aktuelles zu diversen Körperschaften 188
11.1. "Weimarer Republik" und "Drittes Reich" 188
11.2. "DDR" / "Mauer" / "Stasi" / "Schießbefehl" 194
11.3. "BRD" / "68er" / "Antifa" / Blockparteien" 195
11.5. Die Rothschild-Gesellschaft und der Kulturmarxismus im "BRD"-System 202
11.6. England / Großbritannien 205
11.7. USA - "Vereinigte Staaten" 207
11.7. Frankreich 212
11.8. Rußland / Sowjetunion / Gorbatschow / Jelzin / Putin 213
11.9. Israel / Judentum / Zionismus 215
12. Zusammenfassung 218
13. Mögliche Wege aus der Misere 218
13.1. Reorganisation im Staatsrecht 220
13.2. Holzwege und Irreführung durch geheimdienstlich platzierte Organisationen 240
Der "Lackmustest" 240
Holzweg "Friedensvertrag" 241
Holzweg "Dokumentenrückgabe" 242
Holzweg "Königreich Deutschland" 243
12.3. Möglichkeiten als "BRD"- Personal / juristische Person Innerhalb des Systems 244
13. Schlußbemerkungen 253
14. Weitere juristische Hilfen 254
15. Glossar 262

1. Einleitung



"Aufklärung ist der Ausgang des Menschen aus seiner selbst verschuldeten Unmündigkeit. Unmündigkeit ist das Unvermögen, sich seines Verstandes ohne Leitung eines anderen zu bedienen. Selbstverschuldet ist diese Unmündigkeit, wenn die Ursache derselben nicht am Mangel des Verstandes, sondern der Entschließung und des Mutes liegt, sich seiner ohne Leitung eines anderen zu bedienen.

"Sapere aude! Habe Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen!"

(Immanuel Kant (1724 bis 1804); Philosoph aus Königsberg)

"BRD" - diese drei Buchstaben stehen für "Besatzungs- Regime in Deutschland". In der vorliegenden Abhandlung wird detailliert dargelegt, wie wir uns als Deutsche in überaus existentiellen Schwierigkeiten befinden. Zunächst gilt es, eine Bestandsaufnahme zu erstellen. Im nächsten Schritt wird es erforderlich sein, einen Ausweg aus der Misere aufzuzeigen.
Um zu verstehen, was in unserem Land rechtlich vor sich geht und was zu tun ist, braucht man vor allem die Kenntnis von zwei juristischen Grundsätzen:

1. **Höherrangiges Recht bricht niederrangiges Recht** [1]
   (sogenannte "Kollisionsregel")
2. **Rechtsakte die illegal sind, sind unwirksam.** [2]
   (sogenanntes "Nichtigkeitsdogma")

Es benötigt kein Abitur, kein Studium und insbesondere keine speziellen rechtlichen Vorkenntnisse, um den Inhalt der vorliegenden Abhandlung zu verstehen.

2. Bestandsaufnahme der gegenwärtigen Situation in Deutschland

Wie ist die aktuelle Situation in Deutschland? Als Deutsche haben wir unter der gegenwärtig bestehenden Fremdherrschaft zahlreiche existentielle Herausforderungen:

Die Protagonisten des "BRD"-Systems treten die Normen des sogenannten "Grundgesetzes" immer offensichtlicher mit Füßen. Unter dem Vorwand des "Gesundheitsschutzes" wurden offen sichtbar faschistische Verhältnisse etabliert, und zwar durch

- **Unterdrückung des Rechts auf körperliche Unversehrtheit sowie offen praktizierte Körperverletzung** (Impfzwang mit Leicht- und Schwermetallhaltigen "Impfstoffen" mit Experimentalcharakter ohne reguläre "Zulassung"
- **Unterdrückung des Rechts auf Versammlungsfreiheit**
- **Unterdrückung des Rechts auf Bewegungsfreiheit**
- **Unterdrückung des Rechts auf Reisefreiheit**
- **Unterdrückung des Rechts auf freie Berufsausübung**
- **Masken-/ Maulkorbpflicht als politisches Unterdrückungssymbol** so als würde man jemanden zwingen, eine Burka oder ein Kopftuch zu tragen
- **schwerste Diskriminierung und Terrorisierung von "Ungeimpften"** flächendeckend im gesamten sozialen Leben
- **Gleichschaltung der Mainstream-Medien** mit Durchsetzung von Denk- und Redeverboten Unterdrückung Andersdenkender zum Thema Gesundheitsschutz und anderen sozialen Themen

Auch unabhängig vom Vorwand des "Gesundheitsschutzes" bestehen faschistoide Verhältnisse im "BRD"-System:

- **Auseinanderlaufen der Schere zwischen Arm und Reich** [3,4]
- **Altersarmut** [5,6]
- **Millionen Kinder in Armut** / Kinder als größtes Armutsrisiko im "BRD"-System [7,8,9,10,1112,13]

---

1 *Röhl, Klaus F./Röhl, Hans Christian: "Allgemeine Rechtslehre"; Ein Lehrbuch. 3. Auflage. Carl Heymanns, Köln 2008, ISBN 978-3-452-26001-7, S. 154 ff.*

2 *Jürgensen, Hendrik; "Die Theorie vom Geltungsbeendigungsanlass - Ein Beitrag zur Fehlerlehre bei öffentlich-rechtlichen Satzungen" Schriften zum Öffentlichen Recht (SÖR), Band 1454; 2021. ISBN 978-3-428-18164-3*

3 *"Wachsende Kluft zwischen Arm und Reich in Deutschland; Arme werden immer ärmer, Reiche immer reicher. Das zeigt ein Bericht der Regierung…"; DW Deutsche Welle 13.05.2021*

4 *Hermann Strasser, Guido Mehlkop; "Reichtum in Deutschland", in: Peter Biehl u. a. (Hrsg.), "Gott und Geld". Jahrbuch der Religionspädagogik, Neukirchen - Vluyn 2001, S. 79 - 100*

5 *"Altersarmut"; Bundeszentrale für politische Bildung; 28.11.2020*

6 *"Altersarmut jagt von Rekord zu Rekord"; Focus online; 22.01.2023*

7 *Wolf Schmidt; "Kinderreport Deutschland - Jedes neunte Kind ist arm"; taz Tageszeitung vom 14. November 2007*

8 *"Zahl der armen Kinder dramatisch gestiegen"; Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 15.11.2007*

9 *"Kinderarmut steigt dramatisch an"; Spiegel Online; 15.11.2007*

- **Verdummung unserer Kinder** an ideologisch geleiteten "BRD"-Besatzerschulen mit Schulpflicht, damit kein Kind vor der Indoktrination und dem Angriff auf seine Intelligenz und Kreativität bewahrt werden kann [14,15,16]
- **Kriegswaffenexport** in Kriegsgebiete [17]
- **Gesinnungsterror** mit Denk- und Redeverboten in Gestalt von "political correctness" [18]
- **Krankmachung der Deutschen** durch Deutschen-bashing, Kollektivschuldpropaganda und Geschichtsfälschung
- **Traumatisierung unserer Kinder** mit Greuelpropaganda in den KZs, um sie ein Leben lang politisch gefügig zu halten
- **Umweltzerstörung** mit Aussterben bereits der Hälfte aller Tierarten durch Raubbau aufgrund eines auf Expansion ausgelegten Geldsystems...[19]
- **Zensur, Kriegshetze, Lügenpropaganda, Gleichschaltung der "BRD"-Mainstream-Medien**
- **Führung völkerrechtswidriger Angriffskriege mit entsprechenden Kriegslügen** für ausländische Profitinteressen mittels der Söldnertruppe "BUNDESWEHR". Sie ist mit über 3.000 Soldaten gegenwärtig in 12 Ländern weltweit im Kriegseinsatz
- **geheimdienstlich inszenierter Terrorismus mit Terrorlügen:**

Terror: (lateinisch: "terror" = "Schrecken") ist die Verbreitung von Angst und Schrecken durch systematisch und willkürlich ausgeübte oder angedrohte Gewalt, um Menschen / (unter Umständen große Menschengruppen) (politisch) gefügig zu machen oder zu halten.[20]

Nach Elias Davidson läßt sich Terrorismus in drei Haupttypen unterscheiden:[21]

1. **Authentischer Terrorismus;**
   - die Gewalttat ist von bestimmten politischen Forderungen einer bestimmten politischen Gruppe begleitet
   - die Gewalttat wird von real existierender Organisation durchgeführt, die die Gewalttat im Sinne des politischen Ziels öffentlich gutheißt
   - die Gewalttat wird von einem politischen und zivilgesellschaftlichen Kampf begleitet.
2. **Offener Staatsterrorismus;**
   - entspricht der Faschismus-Definition von Dimitrov, nämlich als "die offene terroristische Diktatur des Finanzkapitals"
3. **Verdeckter Staatsterrorismus;** *ist am Ehesten eine Form der psychologischen Kriegsführung. Auch als Terror "unter falscher Flagge" bekannt, die von Streitkräften, Geheimdiensten oder Polizeikräften insgeheim inszeniert werden, um sie mutmaßlichen Gegnern unterzuschieben. Oft zum Zwecke der Scheinlegitimation von völkerrechtswidrigen Angriffskriegen, Etablierung faschistischer Verhältnisse etc. Folgende Kriterien sprechen dafür:*
   - keine glaubwürdige Bekennermeldung und keine plausiblen konkreten politischen Forderungen
   - die mutmaßlichen Täter werden von ihrem gesellschaftlichen Umfeld nicht als "Märtyrer" gefeiert
   - cui bono?? ausschließlich "Regierungen" oder "Behörden" ziehen politischen, propagandistischen oder materiellen Nutzen aus der Gewalttat
   - die mutmaßlichen Täter waren den "Behörden" bereits zuvor bekannt und es gab "Kontakte" der Täter zu Geheimdiensten oder anderen "Behörden"
   - "Verschmelzung" der Gewalttaten mit "Sicherheitsübungen"
   - "Behörden" platzieren, fälschen oder produzieren "Beweise"
   - mutmaßliche "Täter" werden ohne plausiblen Grund nicht festgenommen, sondern getötet, kein reguläres Gerichtsverfahren
   - keine öffentliche, gründliche und sachliche Untersuchung
   - Anzeichen der Verdunklung, der Täuschung, der Unterdrückung von Beweisen und Einschüchterung von Zeugen, widersprüchliche Angaben der Behörden hinsichtlich Tatzeit und anderer Details

---

10 *Nora Schareika: "Kinderarmut hat Konjunktur - Report 2007 attestiert Politik Totalversagen", Junge Welt vom 16. November 2007;*

11 *"Jedes sechste Kind lebt in Armut"; tagesschau.de vom 15.11.2007*

12 *Netzeitung: Deutschland bei Familienarmut Spitze (Memento vom 3. November 2013 im Internet Archive), 15. November 2007*

13 *Zahl armer Kinder in Deutschland hat sich verdoppelt (Memento vom 15. November 2007 im Internet Archive), Financial Times Deutschland vom 15. November 2007*

14 *"Herkunft und Bildungschancen:Dumm und nichts gelernt"; SZ Süddeutsche Zeitung, 19.05.2018*

15 *"Psychiater schlägt Alarm; Warum Schule Kinder dümmer macht"; Berliner Morgenpost vom 25.01.2020*

16 *"Intelligenzquotient IQ sinktWerden wir wieder dümmer?"; Stuttgarter zeitung vom 30.08.2018*

17 *René Heilig: "Rüstungsexport all inclusive." In: neues-deutschland.de. 11.September 2013*

18 *"Political Correctness - Was darf man in Deutschland sagen – und was nicht?" Focus online 08.05.2015*

19 *"Unser IQ sinkt seit rund 20 Jahren: Forscher sehen erschreckenden Grund ..." Focus online 18.02.2018*

20 *Kai Ambos " Wer ist ein Terrorist?"; Frankfurter Allgemeinen Zeitung 0210.2014 Seite 11.*

21 *Elias Davidsson; "Psychologische Kriegsführung und gesellschaftliche Leugnung, Die Legende des 9/11 und die Fiktion der Terrorbedrohung"; Verlag: Zambon; Artikelnr. des Verlages: 14804; 3. Aufl., August 2020; ISBN-13: 9783889752529, ISBN-10: 3889752527 S. 177 ff.*

Die Fiktion der "terroristischen Bedrohung":

Die große Mehrheit der Opfer von Terror steht in Zusammenhang zu völkerrechtswidrigen Angriffskriegen der Verbrecherorganisation "NATO" wie im Irak, in Syrien oder in Afghanistan. Vor diesen NATO-Kriegen gab es dort oder von dort ausgehend keinen Terror. In Indien, Nigeria und Pakistan steht Terror in Zusammenhang mit der Unterdrückung von Bevölkerungsminderheiten als ein rein internes Problem. In der gesamten "westlichen Wertegemeinschaft" sterben durch Terror pro Jahr weniger Menschen, als von einem Blitz erschlagen werden. In "Deutschland" ist heute die Wahrscheinlichkeit, durch einen Mord speziell von Familienangehörigen zu sterben, etwa einhundert Mal höher als an einem Terror-Akt (inklusive Akte des verdeckten Staatsterrorismus!). Dennoch hören wir immer wieder die alte Leier, der "Terrorismus" sei die "schlimmste Bedrohung" der "westlichen Wertegemeinschaft".[22,23,24]

In der "westlichen Wertegemeinschaft" gibt es praktisch keinen authentischen Terrorismus, sondern bestenfalls offenen und verdeckten Staatsterrorismus. Die Gründe hierfür haben nichts mit der Wachsamkeit der "Polizei" oder der "Geheimdienste" zu tun, sondern basieren auf Binsenweisheiten:

- Gemütskranke oder geisteskranke Menschen mit pathologischen Hoffnungslosigkeits- und Sinnlosigkeitsgefühlen könnten Verzweiflungstaten begehen, sind jedoch kaum in der Lage, eigenständig komplexe Anschläge über Monate zu planen und zu organisieren
- Geistig Gesunde, deren elementare Existenz gesichert ist, müßten ihre Freiheit und ihr Leben aufs Spiel setzen - sehr unwahrscheinlich! Geistig Gesunde bevorzugen es, ihre Wut im Rahmen eines persönlich erträglichen Risikos zu äußern
- Mit Terroranschlägen kann kein Land erobert, keine Armee besiegt, keine Wirtschaft geschwächt, keine Gesellschaft zerstört und kein Mensch für eine Religion angeworben werden.
- Mit Terroranschlägen erreichen Täter nichts. Sie schaden nur sich selbst und erst recht der Sache, für welche sie zu kämpfen glauben. Terror stärkt immer nur das existierende Herrschaftssystem.

Akte des verdeckten Staatsterrorismus:

- **1963: Die Lügen um den Mord an John F. Kennedy:** Nachdem Kennedy die FED mit der Executive Order No. 11110 weitgehend entmachtet hatte, gab es für einige Monate staatliches Geld in den USA, herausgegeben vom US-Finanzministerium, und nicht mehr von der Privatbank "Federal Reserve". Auf der Vorderseite der Dollarscheine stand dann auch wieder "United States Note" und nicht mehr "Federal Reserve Note". Auf dem Film eines Passanten ist zu erkennen, daß Kennedy von vorne erschossen wurde, entgegen der offiziellen Version. Der Mord an Kennedy wurde einem Unbeteiligten namens Oswald in die Schuhe geschoben, und der Nachfolger Johnson hat die früheren Rechte der Eigner der FED alsbald wiederhergestellt.[25,26,27]
- **70er Jahre: Die Lügen um die Entstehung der sogenannten "RAF":** Der "Verfassungsschutz" hatte in den sechziger Jahren mit Hilfe seines Angestellten Peter Urbach die "RAF" aufgebaut und massiv mit Molotow-Cocktails, Waffen, Munition, und Sprengmaterial versorgt. Dabei wurden von ihm Bombenanschläge auch auf jüdische Einrichtungen in Deutschland geplant.[28,29,30]
  Später konnte man die Professionalität der Auftragsmörder der "RAF" nicht mehr erklären (Morde an Herrhausen und Rohwedder) und erfand eine "Dritte Generation" der "RAF". Diese hat es nie gegeben. Es war nur ein Versuch, von den wahren Verursachern des Terrors, der Verbrecherorganisation "Verfassungsschutz" und der CIA abzulenken.[31]
- **1974: Die Lügen in der "Schmücker-Affäre":** Der für das Berliner "Landesamt für Verfassungsschutz" in der Berliner linksextremen Szene arbeitende V-Mann Ulrich Schmücker wurde vom Angestellten des "Verfassungsschutz" Volker Weingraber umgebracht. Der Prozeß gilt als Justizskandal. Es wurde offiziell festgestellt, daß das "Verfahren" vom "Verfassungsschutz" und mindestens zwei "Staatsanwälten" vielfach manipuliert und massiv behindert wurde, etwa durch Unterdrückung von Beweismitteln. Unter anderem war die Tatwaffe, eine Pistole, am Tag nach

22 *Peter Dausend, Jürg Lau; "Afghanistan war kein Irrtum" Die Zeit, 08.09.2011*

23 *Trevor Aaronson; "The Terror Factory: Inside the FBI's Manufactured War on Terrorism"; Ig Publishing (15 Jan. 2013); ISBN-10: 1935439618; ISBN-13: 978-1935439615*

24 *Peter Dale Scott; "The American Deep State": Big Money, Big Oil, and the Struggle for U.S. Democracy; Rowman & Littlefield Publishers; Updated edition (2 May 2017); ISBN-10: 1442214252; ISBN-13: 978-1442214255*

25 *G. Edward Griffin; "The Creature from Jekyll Island: A Second Look at the Federal Reserve" Editor: Dauphin Publications Inc. (11. September 2010); ISBN-10: 0912986468; ISBN-13: 978-0912986463*

26 *Marrs, Jim."Crossfire: The Plot that Killed Kennedy". New York: Carroll & Graf Publishers (1989), Inc. S. 275 ff. ISBN: 978-0-88184-648-5.*

27 *George B. Grey, ed. "Federal Reserve System: background, analyses and bibliography." Nova Science. (2002) ISBN: 978-1-59033-053-1; S. 73–102.*

28 *Michael Baumann; "Wie alles anfing"; Rotbuch-Verl. 2007; ISBN-10: 3-86789-000-5; ISBN-13: 978-3-86789-000-7*

29 *Gerd Koenen; "Der Anschlag auf die Jüdische Gemeinde am 9.11.1969 ist nun aufgeklärt - fast. Was war die Rolle des Staates? Rainer, wenn du wüßtest!"; Berliner Zeitung vom 06.07.2005*

30 *"Verschwundener Agent des Berliner Verfassungsschutzes starb in den USA". In: Der Spiegel, 18.03.2012*

31 *Gerhard Wisnewski; "Das RAF Phantom: Wozu Politik und Wirtschaft Terroristen brauchen" Droemer Knaur (1 Jan. 1997); ISBN-10: 3426800101; ISBN-13: 978-3426800102*

dem Mord in die Hände des Verfassungsschutzes gelangt, wo sie anschließend für 15 Jahre in einem Tresor versteckt und dies absichtlich vor den Strafverfolgungsbehörden verheimlicht wurde. In den ersten Verfahren wurden jeweils mehrere Unschuldige zu teilweise lebenslangen Haftstrafen verurteilt, vor allem auf der Basis falscher Zeugenaussagen eines selbst Tatverdächtigen und Angestellten des "Verfassungsschutz". Die Verantwortlichen für die Manipulationen wurden geheimdienstlich gedeckt. Nach Überzeugung des Gerichts im vierten und letzten Prozeß war der "Verfassungsschutz" mindestens "erheblich mitschuldig" am Tod Ulrich Schmückers.[32,33,34,35,36,37,38]

- **1978: die Lügen-Affäre um das sogenannte "Celler Loch":** Das "niedersächsische" "Landesamt für Verfassungsschutz" hat am 25. Juli 1978 ein Loch mit rund 40 Zentimeter Durchmesser in die Außenmauer der Justizvollzugsanstalt Celle gesprengt. Damit wurde ein Anschlag zur Befreiung von Sigurd Debus vorgetäuscht, der als mutmaßlicher Terrorist der "Rote Armee Fraktion" ("RAF") im Celler "Hochsicherheitsgefängnis" einsaß. Als involviert und informiert gelten die Anti-Terror-Einheit GSG 9, die niedersächsische Landesregierung unter Ernst Albrecht (CDU) (Vater von Ursula von der Leyen (CDU)) sowie die Anstaltsleitung.[39,40,41]
- **1977: Der Mord an Siegfried Buback:** Buback wurde wie der italienische Präsident Aldo Moro in seinem Wagen von einem Motorrad aus erschossen. Die Süddeutsche Zeitung vom 17.05.2010 berichtete, daß die Stasi wußte, daß Becker "seit 1972 von westdeutschen "Abwehrorganen" "bearbeitet" bzw. "unter Kontrolle" gehalten werde. Diese Informationen wurden durch Mitteilungen der HVA von 1973 und 1976 bestätigt. Übersetzt heißt das: Becker war heimliche Angestellte des sogenannten "Verfassungsschutz". Zwanzig Zeugen beobachteten als Täter eine zierliche Person als Beifahrer auf einem Motorrad. In einem Motorradhelm am Tatort fand man Haare von Becker. Als sie festgenommen wurde, verteidigte sie sich mit der Tatwaffe, man fand bei ihr einen Schraubschlüssel des beim Attentat verwendeten Motorrads. Später wurde ihre DNA noch auf einem Bekennerschreiben der "RAF" gefunden. Der "Verfassungsschutz" schützte Becker und die sogenannte "Staatsanwaltschaft" ermittelte nicht gegen sie. [42,43,44]
- **1978: Mord am Präsidenten der Republik Italien, Aldo Moro:** Verschwörung der CIA und der geheimen NATO-Truppe "Gladio", die das Regierungsbündnis mit den Kommunisten zu Fall bringen sollte. Auch Akten zum Mord am italienischen Präsidenten Aldo Moro 1978 werden im "BRD"-System unter Verschluß gehalten. Dieser wurde wie Buback von einem Motorrad aus erschossen, Zeugen gaben an, daß die Motorradfahrer Deutsch sprachen. Keine Gerichtsverhandlung - die drei verdächtigen "RAF"-Mitglieder Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe wurden im Hochsicherheitstrakt Stammheim zeitgleich getrennt und unabhängig voneinander umgebracht.[45,46,47,48]
- **1978: der Mord an den drei "RAF"-Mitgliedern:** Die angeblichen "RAF"-Terroristen Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe sollen nach der offiziellen Version im Hochsicherheitstrakt unbemerkt Waffen und Munition gehabt haben, und sich jeder in seiner Zelle getrennt und unabhängig voneinander mit Schußwaffen gleichzeitig suizidiert haben. Schon der gesunde Menschenverstand reicht aus, um dies als Unsinn zu erkennen. Der "Untersuchungsbericht" dazu ist ebenfalls "geheim". Offensichtlich wurden die drei im Hochsicherheitstrakt ermordet, um eine Gerichtsverhandlung zu verhindern, in der für die Öffentlichkeit hätte heraus kommen können, daß

---

32 *Peter Brückner, Barbara Sichtermann: Gewalt und Solidarität. "Zur Ermordung Ulrich Schmückers durch Genossen"; Dokumente und Analysen (Reihe: Politik 59). Wagenbach Verlag, Berlin 1974, ISBN 3-8031-1059-9.*

33 *"Ein Toter von Amts wegen? Die Verstrickungen des Verfassungsschutzes in den Mordfall Ulrich Schmücker"; Hrsg.: Initiative für einen neuen Schmücker-Prozeß. Eigenverlag, Berlin 1980.*

34 *Stefan Aust: "Kennwort Hundert Blumen: Die Verwicklung des Verfassungsschutzes in den Mordfall Ulrich Schmücker"; Konkret Literatur Verlag, Hamburg 1980 ASIN: B007DV5UKE*

35 *Renate Künast: "Der Mordfall Schmücker und der Verfassungs"Schutz": Dokumentation seit dem 29. September 1986, vorgelegt von Renate Künast (MdA), Februar 1987. Verlag Alternative Liste für Demokratie und Umweltschutz, Fraktion des Abgeordnetenhauses von Berlin, 1987.*

36 *Bernd Häusler; "Der unendliche Kronzeuge. Szenen aus dem Schmücker-Prozeß"; Transit Verlag, Berlin 1987.; ISBN-10: 3887470435; ISBN-13: 978-3887470432*

37 *Stefan Aust: "Tod im Grunewald"; In: Die Zeit, Nr. 18/2012.*

38 *Wolfram Bortfeldt; "Deckname 'Kette'. Der Verfassungsschutz und der Mord an Ulrich Schmücker"; Leuchterhand Literaturverlag, ISBN-10: 3630867898; ISBN-13: 978-3630867892*

39 *"Feuerzauber mit dunklen Figuren". Die Zeit. Nr. 25, 12.06.1987*

40 *"Rote Ohren". In: Der Spiegel. Nr. 18, 28. April 1986, S. 24 ff.*

41 *Gunther Meinrenken; "Erinnerungen an das Jahr 1978: 'Celler Loch' wieder aufgestellt". Cellesche Zeitung. 24. Juli 2015*

42 *Udo Schulze: "Gesperrte Becker-Akte nur die Spitze des Eisbergs"; Telepolis, 16.09.2009*

43 *Udo Schulze; "RAF: Becker,Buback und Geheimdienste" Argo; 1st edition (26 Aug. 2010); ISBN-10: 3941800094; ISBN-13: 978-3941800090*

44 *"RAF: Mordfall Buback: Die zierliche Person auf der Suzuki" Süddeutsche Zeitung 17. Mai 2010*

45 *Gerhard Feldbauer; "Geschichte Italiens: Das Komplott" Junge Welt vom 16.03.2018*

46 *Leonardo Sciascia; "The Moro Affair"; 21 Feb. 1991; ISBN-10: 0586090274; ISBN-13: 978-0586090275*

47 *Jessica Kraatz Magri, Bruno Franceschini: "Mein Blut komme über euch!" Dossier. In: Deutschlandfunk, 2. Mai 2008*

48 *Robert Katz; "Days of Wrath"; Doubleday & Co.; 1st Edition (1. Januar 1980); ISBN-10: 0246111402; ISBN-13: 978-0246111401*

die "RAF" und damit die Morde an Siegfried Buback und Aldo Moro Auftragsmorde der Verbrecherorganisation "Verfassungsschutz" und damit der CIA waren. [49,50,51,52]

- **1980: Die Lügen zum Anschlag auf den Bahnhof von Bologna:** verursacht von "Gladio"-Mitarbeitern als eine Terrortruppe der NATO. 85 Tote. Ziel war offensichtlich, die Kommunistische Partei Italiens zu diskreditieren und zu schwächen. Die Organisation "Gladio" existiert seit etwa 1950 in allen Ländern der NATO. Vorwand für die Existenz dieser Terrortruppe war das Argument, daß im Fall einer Besetzung des jeweiligen Landes durch Truppen des "Warschauer Pakts" Guerillaoperationen und Sabotageaktionen durchgeführt werden müßten (so genannte "stay-behind"-Operationen). Diese Terrortruppe der NATO ist verantwortlich für Terrorakte und Morde in mehreren europäischen "Ländern". Diese Anschläge waren so inszeniert, daß man sie "Rechtsextremisten" oder "Kommunisten" anlasten konnte. Die Existenz der Untergrund-Armeen wurde gegenüber der Bevölkerung und den Parlamenten geheim gehalten.[53,54]
  Die bekannte Autorin Regine Igel arbeitete akribisch heraus, daß CIA, Mossad und KGB hinter dem italienischen Terrorismus jener Zeit steckten.[55,56,57] Ziel offensichtlich, die "Strategie der Spannung" zur Angstverbreitung und politischen Steuerung von Wahlergebnissen.
- **1980: Die Lügen um das "Oktoberfest-Attentat in München":** Auf dem Münchner Oktoberfest starben am 26.09.1980 durch die Explosion einer Bombe 13 Menschen, 211 wurden zum Teil schwer verletzt. Die offizielle Lesart dazu lautet: "Das Oktoberfestattentat war ein rechtsterroristischer Anschlag". Der Duisburger Historiker Andreas Kramer sorgte mit einer spektakulären Aussage in einem Prozeß in Luxemburg für Aufsehen. Das Oktoberfest-Attentat im September 1980 sei von seinem Vater, der für den "BND" in Zusammenarbeit mit der NATO-Geheimarmee "Gladio" arbeitete, geplant und durchgeführt worden. Ziel war es, daß in der westdeutschen Bevölkerung eine Stimmung erzeugt wurde, die eine politische Abwahl der Regierung von Kanzler Helmut Schmidt herbeiführte. Es wurde die klassische "Strategie der Spannung", wie etwa auch in Italien, angewendet.[58]
- **1989: Die Lügen und der Mord an Alfred Herrhausen:** Herrhausen hatte in den späten 80er Jahren als Vorstandsvorsitzender und alleiniger Vorstandssprecher der Deutschen Bank seinen internationalen Einfluß zur Entschuldung der "Dritten Welt" eingesetzt. Dies stand jedoch in krassem Gegensatz zu den Interessen der angloamerikanischen Hochfinanz / Federal Reserve.
  Im Falle Herrhausen wurde speziell für den Anschlag eine extrem komplexe "High-Tech"-Panzerabwehr- TNT-Hohlladungsmine mit Lichtschrankentechnik gebaut. Dies war erforderlich, da Herrhausens Limousine gepanzert war. Für die Realisierung benötigte man spezielles Insider-Wissen und extremes professionelles technisches Können, wie es nur militärischen Spezialkräften zur Verfügung steht.
  Zur Erklärung der außergewöhnlichen Professionalität der Täter wurde eine "Dritte Generation der "RAF" erfunden und später das Gerücht in Umlauf gebracht, die Stasi sei für den Mord verantwortlich. Die klassische kriminalistische Frage "cui bono?" wurde nie gestellt. [59,60]
  Einen interessanten Hinweis dafür, daß der Herrhausen-Mord von der angloamerikanischen Hochfinanz in Auftrag gegeben wurde, um einen Schuldenschnitt zu verhindern, erbrachte der spätere Chef der Deutschen Bank, Josef Ackermann:
  ZDF-Interview von Josef Ackermann mit Maybrit Illner am 13.05.2010, Minute 13: Auf die Frage von Illner, ob Ackermann in der Finanzkrise nicht auch einen Schuldenverzicht hätte vertreten können, antwortete Ackermann mit einem maliziösen Lächeln: "Ich glaube, es wäre mir genauso ergangen wie Herrhausen."
- **1991: - Die Lügen um den Mord an Detlev Karsten Rohwedder:** Nach offizieller Version sei Treuhand-Chef Rohwedder vom "RAF"-Angehörigen Grams aus einer Gartensiedlung aus 62 Meter Entfernung durch ein Fenster seines Hauses im ersten Stock an seinem Schreibtisch erschossen worden. Grams soll professionellerweise am Tatort ein Handtuch mit Haaren

---

49 *"Die RAF und die Geheimdienste. Interview mit Wolfgang Kraushaar". Telepolis, 10.11.2010*

50 *Wolfgang Kraushaar: "Achtundsechzig und die Anfänge des westdeutschen Terrorismus." In: Einsichten und Perspektiven 01/2008)*

51 *Stefan Aust; "Der Baader Meinhof Komplex"; Hoffmann und Campe, Hamburg 1985, ISBN 3-426-03874-9, S. 583 ff.*

52 *Sabine Bergstermann; "Stammheim. Eine moderne Haftanstalt als Ort der Auseinandersetzung zwischen Staat und RAF"; De Gruyter, Berlin/Boston 2016, ISBN 978-3-11-040499-9, S. 233 ff.*

53 *Daniele Ganser: "NATO-Geheimarmeen und ihr Terror." In: Der Bund. Bern 20.12.2004*

54 *Daniele Ganser; "NATO-Geheimarmeen in Europa. Inszenierter Terror und verdeckte Kriegsführung"; Aus dem Englischen übersetzt von Carsten Roth, Orell Füssli, Zürich 2008, ISBN 978-3-280-06106-0.*

55 *Regine Igel: "Linksterrorismus fremdgesteuert? Die Kooperation von RAF, Roten Brigaden, CIA und KGB." Blätter für deutsche und internationale Politik. 01.05.2007 Bd. 2007, S. 1230 ff.*

56 *Regine Igel; "Kein Maulkorb für den Staatsanwalt. Vom Nutzen italienischer Verhältnisse in der Justiz." Blätter für deutsche und internationale Politik. Nr. 11, 2003, S. 1380–1389*

57 *Regine Igel; "Terrorjahre: Die dunkle Seite der CIA in Italien"; F. A. Herbig Verlagsbuchhandlung GmbH; 1., edition (1 Mar. 2006); ISBN-10: 3776624655; ISBN-13: 978-3776624656*

58 *"Mein Vater hat Tote einkalkuliert"; taz Die Tageszeitung; 07.05.2013*

59 *Lisa Erdmann; "Ermittler prüfen Stasi-Verwicklung in Herrhausen-Mord" Der Spiegel 17.09.2007, 15.17 Uhr*

60 *Gerhard Wisnewski; "Das RAF Phantom: Wozu Politik und Wirtschaft Terroristen brauchen" Droemer Knaur (1 Jan. 1997); ISBN-10: 3426800101; ISBN-13: 978-3426800102; S.96 ff.*

hinterlassen haben, wodurch er habe identifiziert werden können. Natürlich fehlte auch nicht ein "RAF"-Bekennerschreiben, das sofort als "authentisch" eingestuft wurde. Grams habe beim Schuß auf einem (wackeligen) Gartenstuhl gestanden und freihändig geschossen. Die Gartensiedlung befindet sich, wie man selbst bei Google Earth ermitteln kann, auf einer Höhe von 32 m über dem Meeresspiegel, das Haus von Rohwedder auf einer Höhe von 41 m plus Höhe des ersten Stockwerkes macht eine Höhendifferenz von wenigstens 13 Metern auf eine Entfernung von 62 Metern. Hieraus errechnet sich ein Winkel von etwa 12 Grad. Rohwedder hat nach Zeitungsberichten an seinem Schreibtisch gesessen und ist nicht am Kopf getroffen worden, sondern im Bereich des Thorax (Aorta). Dies bedeutet, daß der Attentäter schräg nach oben durch das Mauerwerk hätte schießen müssen, um Rohwedder auf dieser Höhe überhaupt treffen zu können. Zudem hätte Grams durch einige Baumkronen zielen und schießen müssen.
Viel plausibler ist, daß Rohwedder vom gegenüberliegenden Ufer des Rheins aus knapp 1.000 Meter Entfernung erschossen wurde. Freie Sicht war gegeben und für einen militärisch ausgebildeten Scharfschützen kein Problem.[61] Für eine geheimdienstliche Aktion spricht zudem, daß man Insider-Wissen gebraucht hatte hinsichtlich Rohwedders Aufenthaltsortes sowie hinsichtlich der Tatsache, daß im ersten Stockwerk des Hauses im Gegensatz zum Erdgeschoß kein Panzerglas verbaut war.[62]
Zur Erklärung der außergewöhnlichen Professionalität der Täter wurde wie bei Herrhausen das Gerücht in Umlauf gebracht, die Stasi sei (lange nach ihrer Auflösung) für den Mord verantwortlich. Die klassische kriminalistische Frage "cui bono?" wurde nie gestellt. [63,64]
Rohwedder hatte sich als Chef der Treuhandverwaltung bei der Abwicklung der "DDR"-Wirtschaft dafür eingesetzt, daß Sanierung vor Privatisierung stattfindet. Das wäre für die Hochfinanz natürlich nicht so lukrativ gewesen, als wenn die entsprechenden Sachwerte direkt über das betrügerische Zentralbanksystem vereinnahmt worden wären.
Die Morde an Herrhausen und Rohwedder waren die technisch professionellsten, aber auch aus Sicht der "Linken" die Dümmsten: Ermordet wurde ein Banker, der ein Gewissen und Verantwortungsbewußtsein hatte und ein Treuhandchef, der die Wirtschaft der "DDR" nicht für die angloamerikanische Hochfinanz ausplündern, sondern bewahren und sanieren wollte.[65]
Fazit: Rohwedder wurde mit einem gekonnten Präzisionsschuß im Dunkeln aus größerer Entfernung durch ein geschlossenes Fenster getötet. Dies konnte nur von einem erfahrenen militärisch ausgebildeten Scharfschützen mit Insider-Wissen ausgeführt worden sein. Durch die Beseitigung von Rohwedder und Heerhausen konnte die Dritte Welt weiter ausgeplündert und die Wirtschaft der "DDR" für die angloamerikanische Hochfinanz liquidiert werden. Rohwedders Nachfolgerin Birgit Breuel leistete dann "ganze Arbeit" und verschaffte den Banken und Konzernen Geschenke in astronomischer Höhe, für die das "BRD"-Personal heute noch den "Soli" zahlt.

- **1993: Die Lügen um den Mord an Wolfgang Grams:** Der RAF-Terrorist Wolfgang Grams wurde in Bad Kleinen bei einem angeblichen Festnahme-Versuch gezielt getötet. "Verfassungsschutz" und "GSG-9" arbeiteten zusammen. Autopsiebefund und andere Beweise wurden vernichtet, Spuren nicht gesichert, Zeugen unbegründet als unglaubwürdig hingestellt. Grams wurde vermutlich zur Vermeidung einer Gerichtsverhandlung umgebracht, damit nicht herauskommt, daß die "RAF" der verlängerte Arm der Verbrecherorganisation "Verfassungsschutz" ist und die offiziellen Versionen der Morde an Herrhausen und Rohwedder erstunken und erlogen sind.[66,67,68,69]
- **1995: Die Lügen um den Anschlag in Oklahoma City:** Damals der schwerste Anschlag in den USA. 168 Tote, darunter 19 Kinder. Das achtstöckige Gebäude war Sitz mehrerer Regierungsbehörden. Zwei Täter sollen einen Lastwagen mit Sprengstoff vor dem Gebäude geparkt und die Ladung gezündet haben. Entsprechend der ersten Nachrichtensendungen explodierte jedoch eine Bombe im Gebäude, zwei weitere Bomben wurden im Gebäude gefunden, detonierten jedoch nicht. Die Entschärfungsarbeiten hatten nach ersten Meldungen über mehrere Stunden die Rettungs- und Bergungsarbeiten behindert. Videos von zahlreichen Überwachungskameras des Regierungsgebäudes wurden vom "FBI" beschlagnahmt und die Inhalte vor der Öffentlichkeit geheim gehalten (9/11 läßt grüßen!). Vier Überwachungskameras sollen getrennt und unabhängig

61 *"Neue Spuren im Fall Rohwedder"; Die Welt, 17.02.1998*

62 *Gerhard Wisnewski; "Das RAF Phantom: Wozu Politik und Wirtschaft Terroristen brauchen" Droemer Knaur (1 Jan. 1997); ISBN-10: 3426800101; ISBN-13: 978-3426800102 S.230 ff.*

63 *Michael Jürgs; "Witwe des Treuhand-Chefs gibt neue Hinweise auf die Mörder ihres Mannes; Hergard Rohwedder war dabei, als ihr Mann ermordet wurde. Hinweisen von ihr gingen die Ermittler nicht nach. Im Interview spricht sie über das Attentat"; Handelsblatt 07.11.2018.*

64 *Michael Jürgs: "BKA: Die Jäger des Bösen". C. Bertelsmann Verlag, 2011, ISBN 978-3-641-06459-4*

65 *Heiko Schrang; "Die jahrhundertlüge, die nur Insider kennen" 7. Auflage; Macht-steuert-Wissen Verlag; Mühlenbecker Land 2013; ISBN: 978-3-9815839-0-8 S.99 ff.*

66 *"Bad Kleinen und die Erschießung von Wolfgang Grams"; ID-Archiv im IISG 01.01.1994; ISBN-10: 3894080434; ISBN-13: 978-3894080433*

67 *Hans Leyendecker: "Tötung wie eine Exekution"; In: Der Spiegel, 05.06.1993.*

68 *"Grams beigesetzt." Neues Deutschland, 07.08.1993.*

69 *Wolfgang Gast; "Grams – Selbstmord oder doch Mord?"; taz. die tageszeitung vom 12. 08. 1998*

voneinander zufällig "ausgefallen" seien. Auch andere Beweise wurden vom FBI unterschlagen und gefälscht. Die Öffentlichkeit wurde gezielt desinformiert und manipuliert.[70]

Vor dem Gebäude gab es trotz der gigantischen Bombe keinen Krater oder auch nur eine Beschädigung der Straßendecke. Es gab keine Überreste eines Lastwagens am "Tatort". "Zufälligerweise" fand etwas später ein Jogger (der ebenso "zufällig" bei der CIA angestellt war) vier Häuserblocks weiter auf einem Feld die Hinterachse eines LKW. Angeblich mit einer Fahrgestellnummer, über die auf die Täter habe geschlossen werden können. [71,72]

Fazit: Die Geschichte ist eine erfundene Version des Tathergangs zum Zwecke der Erfüllung einer politischen Agenda. Vor dem Anschlag gab es keinerlei Anti-Terror-Gesetze. Bereits einen Tag später wurde diese aus der Schublade geholt und im Kongreß eingebracht, richteten sich jedoch nicht gegen Terroristen sondern hauptsächlich gegen die Zinssklaven.[73]

Um die Sache möglichst öffentlichkeitswirksam zu machen, wählte man eine hohe Opferzahl an Kindern. Dies zeigt die völlige moralische Verkommenheit der Organisatoren des verdeckten Staatsterrors in den Geheimdiensten.

- **2001: Die Lüge vom "11. September":** Einsturz von drei Wolkenkratzern in New York, wobei es nur zwei Flugzeugeinschläge gegeben habe. Dabei ist auch der dritte Wolkenkratzer (Gebäude Word Trade Center Nummer 7) genau wie die beiden ersten in der Geschwindigkeit des freien Falles eingestürzt. Es ist offenkundig, daß WTC7 kontrolliert gesprengt wurde. Im abschließenden Untersuchungsbericht der offiziellen Untersuchungskommission wurde der Einsturz des WTC7 noch nicht einmal erwähnt.[74] Eine Boing 757 verschwindet im Pentagon in einem 5 Meter großen Loch, gefunden werden keine Flugzeug-Wrackteile, keine Triebwerke, keine Gepäckstücke, keine Leichen. In Shanksville / Pennsylvania verschwindet eine Boing 757 in einem Loch auf freiem Feld. Keine Trümmer, keine Triebwerke, keine Gepäckstücke, keine Leichen.,[75,76,77,78,79]

  In den Trümmern wurden keine Leichen, kein Gepäck, nichts identifiziert, aber die Pässe der "Täter" seien unversehrt gefunden worden. "Islamistische" "Terroristen" hinterlassen angeblich oft Pässe oder Ausweise am Tatort, um den "Ungläubigen" die Ermittlungsarbeit zu erleichtern (merkwürdige "Ausweiskrankheit").

  Fazit: Die ganze Aktion diente als Propaganda für völkerrechtswidrige Angriffskriege (Afghanistan, Irak, Syrien Libyen) und ist noch heute Vorwand zur Etablierung faschistischer Verhältnisse in den sogenannten "Staaten" der "westlichen Wertegemeinschaft".

- **2004: Lügen um die "Anschläge in Madrid":** 11.03.2004 zehn Bombenschläge in Regionalzügen in Madrid, drei Tage vor den spanischen Parlamentswahlen. 191 Tote, über 2.000 Verletzte. Mutmaßliche Täter um Ben Abdulmajid bringen sich kollektiv am 03.04.2004 mittels einer Explosion um. Bekennerschreiben von "Al Qaida" wurde von der Polizei in einem Mülleimer gefunden (?) und sofort als "authentisch" eingestuft. In einem sichergestellten PKW wurden erst keine Beweise, nach längerer Zeit bei der Polizei dann auf einmal doch Sprengstoff und eine Audiokassette mit "Lesungen aus dem Koran" gefunden. Keine politischen Forderungen der "Täter". Mindestens zwei der Täter waren Angestellte ("V-Leute") der Polizei (!).[80] Ein "V-Mann" lieferte nachweislich den Sprengstoff. Die Gruppe soll über Jahre von der Polizei "überwacht" worden sein. Ohne plausiblen Grund wurde die Überwachung drei Wochen vor der Tat eingestellt.[81]

  Fazit: Diese inszenierte Aktion war offensichtlich eine Weiterführung der "Strategie der Spannung" wie früher in Italien und Deutschland. Ziel war offensichtlich, im internationalen Maßstab die

---

70 *Michael Remke "Der unbekannte Dritte im Fall Timothy McVeigh" Die Welt vom 19.07.2014*

71 *James Lane; "A Noble Lie: Oklahoma City 1995"; Holland Vandennieuwenhof, Chris Emery, Wendy Painting; ASIN: B006J1OCHG*

72 *Jim Keith; "OKBOMB! Conspiracy und Cover up: The truth behind the bombing in Oklahoma City"; Illuminet Press; ISBN-10: 1881532089; ISBN-13: 9781881532088*

73 *Andrea Böhm; "Anti-Terror-Gesetz trifft keine Terroristen" taz Die Tageszeitung vom 19.04.1996*

74 *"The 9/11 Commission Report: Final Report of the National Commission on Terrorist Attacks Upon the United States"; ASIN: 0393326713; Herausgeber: W. W. Norton & Company; Authorized Edition (17. Juli 2004), ISBN-10: 9780393326710, ISBN-13: 978-0393326710*

75 *(Andreas von Bülow, Die CIA und der 11. September; Herausgeber :Piper Taschenbuch; 9. Edition (1. August 2011) ISBN-10 : 3492272517, ISBN-13: 978-3492272513)*

76 *Klaus-Dieter Kolenda (Autor), Dirk Pohlmann (Vorwort); "Generation 9/11: Die verhinderte Aufklärung des 11. Septembers im Zeitalter der Desinformation"; Taschenbuch – 19. Juli 2021)*

77 *Griffin, Prof. David Ray Woodworth, Elizabeth Jones, Steven E.; "Der 11. September ohne Maske: Untersuchung durch ein internationales Ermittlungsgremium"; peace press, Verlag Hrsg.: Bommer, Oliver; ISBN-10 : 3862420094; ISBN-13 : 978-3862420094)*

78 *Elias Davidsson; "Psychologische Kriegsführung und gesellschaftliche Leugnung, Die Legende des 9/11 und die Fiktion der Terrorbedrohung"; Verlag: Zambon; Artikelnr. des Verlages: 14804; 3. Aufl., August 2020; ISBN-13: 9783889752529, ISBN-10: 3889752527*

79 *David Ray Griffin; "The Mysterious Collapse of World Trade Center 7"; Hrsg. Arris Books (15. Oktober 2009); ISBN-10: 1844370836; ISBN-13: 978-1844370832*

80 *"Spain suspects 'were informants"; BBC 29.04.2004'*

81 *Luis del Pino; "LOS ENIGMAS DEL 11-M" Kap. 15; ISBN-10: 8496088456; ISBN-13: 978-8496088450*

allgemeine Angst der Bevölkerung vor Terror aufrecht zu erhalten als Vehicle für die Etablierung faschistischer Verhältnisse unter dem Vorwand der "Sicherheit".

- **2005: Lügen um die "Anschläge in London":** 07.07.2005 insgesamt 4 Explosionen, drei in U-Bahn-Zügen und eine in einem Doppeldecker-Bus. 56 Tote inklusive die vier mutmaßlichen "Täter". Angeblich alle "Täter" bei Anschlag selbstverursacht umgekommen. Keine Gerichtsverhandlung. Keine Bekennermeldung. Keine politischen Forderungen. Kein Nachweis, daß mutmaßliche "Täter" überhaupt vor Ort waren. Somit offenbar Platzierung von "Beweisen", wie Kreditkarten, Reisepässe, Führerscheine, Versicherungspapiere ("Ausweiskrankheit"). Drei Monate zuvor wurde der "Inquiries Act" verabschiedet, Hiermit wurde die Verhinderung einer öffentlichen Untersuchung ermöglicht. Es gab Einschüchterungsversuche der Polizei gegenüber Zeugen. Zudem gab es zeitgleich eine parallel laufende "Anti-Terror-Übung" mit identischem Szenario.[82] Zahlreiche falsche Angaben und Widersprüche in den offiziellen Berichten.[83]

  Fazit: Die ganze Aktion war offenbar eine Weiterführung der "Strategie der Spannung" wie früher in Italien und Deutschland um eine allgemeine Angst der Bevölkerung vor Terror aufrecht zu erhalten und um unter dem Terrorvorwand längerfristig faschistoide Verhältnisse zu etablieren.

- **2013: Lügen um die "Anschläge in Boston" ("Boston Marathon Bombings"):** 15.04.2013 am Ende des Boston-Marathon explodierten nach offizieller Version zwei in Rucksäcken versteckte Sprengsätze. 3 Tote, 264 Verletzte. Keine Bekennermeldung. Keine politischen Forderungen. Ein angeblicher Täter ohne Notwendigkeit von Polizei erschossen. Sein Bruder, der angebliche "zweite Täter", Dzhokhar Tsarnaev erhielt eine Gerichtsverhandlung ohne rechtsstaatliche Mindeststandards. Er hatte keine Gelegenheit, sich im Verfahren zu äußern. Die Pflichtverteidigerin zeigte grobes Desinteresse und folgenschwere Unterlassungen.[84]

  Die Mutter der "Täter" erklärte dem Sender "Russia Today" gegenüber, daß das FBI ihr mehrmals offenbart habe, ihre Söhne würden überwacht und sie erklärte weiterhin, daß das FBI ihren Söhnen mit der Involvierung in die Bombenanschläge eine Falle gestellt habe.[85] Die einzigen zwei Belastungszeugen waren noch nicht einmal überhaupt am "Tatort" gewesen. Die Entlastungszeugen Matanow, Kadyrbejew und Philipos wurden vom FBI eingeschüchtert und schikaniert. Der Entlastungszeuge Todashev wurde von einem FBI-Agenten bei seiner siebten Vernehmung bei sich zuhause ohne Rechtfertigungsgründe erschossen.[86]

  Die Entlastungszeugin Gruzdeva wurde in ihr Herkunftsland nach Rußland abgeschoben, nachdem sie die Terrorisierungen durch das FBI öffentlich machte.[87]

  Die beiden FBI-Agenten, die den "zweiten Täter" verhaftet hatten, starben ihrerseits unter ungeklärten Umständen.[88]

  Für beeindruckende Fotos wurde der Rollstuhlfahrer "Jeff Baumann" massenhaft abgelichtet und in den Mainstream-Medien gezeigt, mit fehlenden unteren Extremitäten und geschminkten "Verletzungswunden". Die wahre Identität des Mannes ist nicht bekannt. Er war offenbar schon vorher amputiert und spielte am 15.04.2013 als Schauspieler ohne Beine die Rolle eines Opfers. In den USA und Großbritannien finden mittlerweile amputierte Männer und Frauen ein reges Betätigungsfeld als Darsteller in militärischen Kampfübungen. Sie werden mit synthetischem Blut und Wunden geschminkt. Die realitätsnahe Erscheinung soll Kampfsoldaten abstumpfen.[89,90]

  Die Bostoner Polizei hatte vor den Anschlägen eine Anti-Terror-Übung administrativ vorbereitet. Diese Übung basierte merkwürdigerweise praktisch auf dem gleichen Szenario. Nach den Anschlägen wurde die "Übung" nicht mehr gebraucht und abgesagt.[91]

  Unter dem Vorwand der Suche nach einem "Täter" verfügten die "Behörden" de facto eine mehrtägige Ausgangssperre. Der Gouverneur von Massachusetts verordnete auch die Stillegung des gesamten öffentlichen Verkehrs in der Stadt.[92] Auch der Zugverkehr von und nach Boston wurde eingestellt. Alle Schulen wurden geschlossen.[93]

---

82 *"Terror Exercise held on the Same Morning as the London 7/7 Bomb Attack", Global Research, 12.07.2005*

83 *Eliasa Davidsson; "The London transport Bombings of 2005" Abschnitt 14.4. ISBN-13: 9783748520474*

84 *Craig McKee; "Justice denied: Tsarnaev´s own loyer ignores evidence he is innocent of Boston bombing"; Truth an Shadows, 10.04.2015;*

85 *"Boston Bombings 'set-up': Mother of patsies says sons groomed by FBI"; Russia Today, 20.04.2013,*

86 *Wesley Lowery, David Filipov and Mark Arsenault, "Slain suspect had thought about missing FBI-interview"; The Boston Globe 23.05.2013*

87 *Susan Zalkind, "After Depritation Tatiana Gruzdeva Looks to Moove On"; Boston Magazin 18.10.2013,*

88 *Scott Daugherty, "FBI Agents died in fall from helicopter off Va. coast"; The Virginian-Pilot, 20.05.2013*

89 *Poppy Harlow, "Amputee actors help soldiers prepare for war"; CNN, 05.1 2.2012*

90 *"Amputees in Action - bringing dramatic realism to army exercises"; Army Technology, 12.07.2012*

91 *Maria Cramer; "Police response training planned, but bombs hit first"; Boston Globe, 8. June 2013*

92 *Ed Pilklngton, "Boston faces lockdown as police hunt for marathon bombing suspec"t, The Guardian, 19.4.2013,*

93 *Meghan Keneally, "Boston is on LOCKDOWN as the ENTIRE CITY told to stay indoors during manhunt for the second bombing suspect", Mail Online, 19.4.2013*

Die US-Armee und andere Sicherheitskräfte "besetzten" regelrecht die Stadt. Hubschrauber, gepanzerte Fahrzeuge, Soldaten in voller Kampfausrüstung und Kommandos versiegelten Straßen und unternahmen Haus-zu-Haus-Durchsuchungen."[94]

Fazit: Die Verhängung einer Ausgangssperre über eine Millionenstadt war eine völlig neue Maßnahme zum Zweck der Fahndung nach einem Verdächtigen. Sie bot eine einmalige Gelegenheit herauszufinden, wie gefügig die Bevölkerung der Stadt sich verhalten würde, wenn sie Anweisung bekommt, zuhause zu bleiben. Für die Planer eines zukünftigen Polizeistaates eine sehr nützliche Erfahrung die zeigte, mit welcher Leichtigkeit die Bevölkerung einer Millionenstadt gezähmt und kontrolliert werden kann. Die Anschläge waren für die jeweilige Polizei in anderen Großstädten der "westlichen Wertegemeinschaft" im Sinne einer "Strategie der Spannung" eine Gelegenheit, durch krasse und sichtbare Sicherheitsmaßnahmen die Bevölkerung an die Militarisierung der Gesellschaft zu gewöhnen.[95]

- **2015: Anschläge in Paris auf die Redaktion einer Satire-Zeitschrift ("Charlie Hebdo"):** Nach offizieller Version haben zwei vermummte Täter am 07.01.2015 in den Redaktionsräumen der Zeitschrift elf Menschen getötet und mehrere verletzt. Merkwürdigkeiten: "Allah akbar"- Rufe der Täter, offenbar um den Anschein zu erwecken, sie wären Muslime. Extreme Schnelligkeit, mit welcher die vermummten "Täter" "identifiziert" wurden und ihre Lebensläufe in den Medien detailliert ausgebreitet wurden.[96] Die "Täter" sollen auf ihrer Flucht einen weiteren Polizisten erschossen haben. Keine authentische Bekennermeldung. Keine politischen Forderungen.[97] Am 09.01.2015 wurden zwei mutmaßliche "Täter" von Sicherheitskräften erschossen. Am 08.01.2015 wurde im Süden von Paris eine Polizistin von einem "Täter" erschossen. Dieser soll am Tag darauf den Supermarkt Hyper Cacher für koschere (jüdische) Waren im Pariser Osten überfallen haben, indem er angeblich vier Menschen tötete und weitere als Geiseln nahm. Der "Täter" soll sich telefonisch zum Islamischen Staat bekannt und erklärt haben, sein Vorgehen stünde im Zusammenhang mit dem Anschlag auf "Charlie Hebdo". Er wurde durch "Sicherheitskräfte" offenbar zur Vermeidung einer Gerichtsverhandlung erschossen.

  Die drei mutmaßlichen "Täter", Chérif Kouachi, Said Kouachi und Amedy Coulibaly, wurden von "Sicherheitskräften" ohne plausiblen Grund (offenbar zur Vermeidung einer Gerichtsverhandlung) getötet. Platzierung und Manipulation von Beweisen: Einer der angeblichen "Täter" soll seinen Ausweis in einem Fluchtwagen "vergessen" haben (übliche "Ausweiskrankheit")[98]

  Keine Sympathisanten, keine Märtyrer- oder Heldenverehrung. Alle drei mutmaßlichen "Täter" waren polizeibekannt.[99] Keine öffentliche oder unabhängige Untersuchung. Verschleierung und Unterdrückung von Fakten: Ein Ermittler des Attentats, Helric Fredou, hat in der Nacht nach der Tat "Selbstmord" begangen.[100] Seine Familie bestreitet Selbstmord und weist auf Ungereimtheiten hin. Die französischen Mainstream-Medien verschwiegen diesen Skandal.[101]

  Für die islamische Welt waren die Anschläge auf die kulturelle Ikone ein Desaster. Die Taten mußten linksgerichtete Franzosen zutiefst erschüttern und einten die Franzosen unter der Führung. Die Popularität des unbeliebtesten Präsidenten Frankreichs aller Zeiten, Hollande, schoß daraufhin in die Höhe.[102]

  Einstellung des Verkehrs in der Nähe des Tatorts während des Anschlags als Indiz für polizeiliche Komplizenschaft. Ohne Kenntnis der Sicherheitslage und der Hintergründe in Paris am 07.01.2015 riefen zahlreiche "Organisationen" (Beispielsweise LICRA - Internationale Liga gegen Rassismus und Antisemitismus) augenblicklich zu sofortigen Solidaritätskundgebungen in Paris und in anderen Städten auf.[103] Zehntausende demonstrierten schon nach wenigen Stunden mit vorgedruckten Schildern "Ich bin Charlie" und mit vorgefaßten Parolen über Pressefreiheit, während die "Täter" noch mit Waffen unbehelligt in der Stadt waren und ein Gemetzel bei einer öffentlichen Kundgebung hätten anrichten können. Die Polizei konnte den Organisatoren daher eine Kundgebung nur genehmigen, wenn sie selbst die volle Kontrolle über die mutmaßlichen Täter hatte.

---

94 *Chemi Shalev; "The Boston Bombers Have Already Scored a Tremendous Victory for Terror"; Ha'aretz 19.4.2013.*

95 *"Boston bombings"; Fox News, 16.4.2013*

96 *Emeline Cazi, Jacques Follorou, Matthieu Suc & Elise Vincent, "La fratrie Kouachi, de la petite délinquance au djihad", Le Monde, 8.1.2015*

97 *Maria Abi-Habib & Margaret Coker; "Al Qaeda in Yemen Claims Responsibility for Charlie Hebdo Attack", Wall Street Journal, 14.1.2015*

98 *Elaine Sciolino; "Return of jihadists: Europe's fears subside"; The New York Times, 7.4.2008*

99 *"Les dates-clés de la radicalisation d'Amedy Coulibaly"; Le Monde, 15.1.2015*

100 *F. de H. , "Terrible drama á Limoges; le policier Heiric Fredou, 45 ans, se suicide apres láttentat á charlie hebdo"; Sudinfo 13.01.2015*

101 *Hicham Hamza; "Affaire Charlie: la famille du policier: suicidé >>n'aura pas accès au rapport d'autopsiey<<"; Palestine Solidarité; 25.01.2015*

102 *"Hollande ist plötzlich beliebt"; Die Zeit, 19.01.2015*

103 *"Charlie Hebdo: des rassemblements de soutien prévus à Paris et ailleurs"; FranceTVInfo, 7.1.2015*

Gigantischer Medienrummel. Große Solidaritätskundgebungen auch in anderen Ländern. Politdarsteller aus aller Welt kamen nach Paris, um Solidarität mit den französischen Funktionärsbonzen "im Kampf gegen den Terrorismus" zur Schau zu stellen.
Fazit: Die "Täter" wären offensichtlich im Auftrag der Polizei und der Geheimdienste unterwegs. Sie wurden offensichtlich benutzt und anschließend "entsorgt". Die Anschläge waren für die Machthaber in ganz Europa Vorwand, eine ganze Reihe von "Maßnahmen" zu treffen, die zuvor nicht durchsetzbar gewesen waren: Erhebliche Zuwendungen an die Polizei, das Militär und die Geheimdienste. Verschärfte Gesetze zur Kontrolle der Privatsphäre der Menschen, erweiterte Befugnisse der Exekutive etc.[104,105]

- **2016: Lügen um die Anschläge in Nizza:** Offizielle Version: Am Abend des 14.07.2016 sei gegen 22:45 Uhr ein Attentäter mit einem großen weißen Lkw auf die für den Verkehr gesperrte Strandpromenade gefahren und habe versucht, auf einer Strecke von etwa zwei Kilometern so viele Menschen wie möglich zu überfahren. Er soll in der Nähe des Hotels Negresco mehrfach auf drei Polizisten geschossen haben. Nach etwa 300 Meter blieb der LkW stehen. Die Polizei soll den Fahrer durch Schüsse tödlich getroffen haben.[106]
  Keine Verehrung des "Täters" oder der "Tat", weder von seiner Familie noch von Freunden oder seiner Umgebung. Im Fahrerhaus seien ein Mobiltelefon und ein Führerschein gefunden worden "Ausweiskrankheit" (9/11, London, Paris-Charlie-Hebdo lassen grüßen). 85 Tote. Mehr als 300 weitere zum Teil schwer verletzt. Keine echte Bekennermeldung. Keine Organisation. Keine politischen Forderungen. Widersprüchliche Angaben: Offizielle Meldung, im LKW seien "schwere", "betriebsbereite" "Waffen" gefunden worden.[107]
  Später berichtete die Polizei, daß sie im LKW nur "eine nicht funktionsfähige Granate und Feuerwaffen-Attrappen" gefunden habe.[108,109]
  Bouhlel besuchte als "Islamist" keine Moscheen, er hielt den Ramadan nicht ein, konsumierte Drogen, aß Schweinefleisch und führte ein wildes Sexleben mit beiden Geschlechtern.[110]
  Bouhlel war Altbekannter der Polizei wegen banaler kleinkrimineller Handlungen, er war nicht als "Islamist" bekannt. Keine französische Partei oder Vereinigung hat bisher eine vollständige und transparente Aufklärung der Ereignisse gefordert.
  Auffallend die Verschleierung und Unterdrückung von Fakten: Sandra Bertin, Leiterin des "Zentrums der städtischen Überwachung" in Nizza wurde vom französische Ministerium des Inneren genötigt, einen Bericht über das Polizeiaufgebot an jenem Tag zu fälschen und Aufnahmen aus 140 Sicherheitskameras, die die Bewegungen des tödlichen Lastwagens vom Abend des 14.07.2016 zeigten, zu löschen.[111]
  Die offizielle Darstellung verschweigt, daß eine große Anzahl der Opfer von der in Panik geratenen Menschenmenge zertrampelt worden sind[112] sowie die Zahl und die Identität der Menschen, die von Schüssen getroffen wurden, die nach Angaben von Zeugen aus dem LKW gekommen sein sollen.[113,114] Augenzeugen sprachen von zwei bzw. mehreren Tätern.[115,116]
  Es gab keine offiziellen Angaben darüber, wann und von wem der Tod der mehr als 80 Opfer festgestellt wurde, welche Versuche der Wiederbelebung an Ort und Stelle vorgenommen wurden und von wem. Weder die Öffentlichkeit noch die Angehörigen der Opfer wurden hierüber informiert. Schon bevor Ärzte ankamen, wurden Leichen mit weißen Tüchern bedeckt.[117]
  Wenn Menschen bei Terroranschlägen sterben, wollen in aller Regel die Angehörigen die genauen Umstände des Todes wissen. Wenn der "Staat" aber die Wahrheit über die Ereignisse vertuschen will, muß üblicherweise durch Bestechung dieser Wunsch unterdrückt werden. Die "Großzügigkeit" der US-amerikanischen Behörden gegenüber den Angehörigen der Opfer von 9/11 und die Beförderung von führenden Militärs, die die Sicherheit der USA am "11. September" nicht verteidigten, zeigt, wie eine Regierung die Schweigsamkeit von Terroropfern kauft.
  Aus den Reihen der US-amerikanischen Angehörigen hat es kaum jemand gewagt, die öffentliche Darstellung des 9/11 in Frage zu stellen. Ähnlich in Nizza: Schon am Morgen des 15. Juli, noch

---

104 *Pascal Thiele, "1984 ist jetzt? - Anti-Terror-Maßnahmen seit Charlie Hebdo, Neo Presse, 10.2.2015*
105 *Gerhard Wisnewski; "Die Wahrheit über das Attentat auf Charlie Hebdo: Gründungsakt eines totalitären Europa" Kopp Verlag, 2015*
106 *Adrien Sénécat; "Attentat de Nice : les réponse à vos questions"; Le Monde, 19.7,2016*
107 *Christian Estrosi: "des armes lourdes" dans le camion", Le Parisien, 15.7.2016*
108 *"Weites Schweizer Todesopfer Attentäter identifiziert - 10 Minderjährige unter Opfern", NZZ, 15.7.2016*
109 *Suzanne Klaiber & Lea Kosch, "Französischer Premierminister Valls: Täter hatte Verbindungen zum radikalen Islamismus"; Huffington Post, 15.7.2016*
110 *Attack on Nice: "Who was Mohamed Lahouaiej-Bouhlel?"; BBC, 19.8.2016*
111 *"Polizistin beklagt Einflußnahme"; NTV, 25.7.2016*
112 *Christel Brigaudeau; "Attentat de Nice : à l'hôpital des enfants, le plus jeune blessé n'a que 6 mois"; Le Parisien, 16.07.2016*
113 *Christian Estrosi: "Le drame le plus terrible qu'a connu!"; BFM-TV, 15.7.2016*
114 *Nice Attack Eyewitness: "Most Victims Killed My Machine Gun Fire", LBC, 15.7.2016*
115 *"Le récit de la terrible nuit du 14-juillet à Nice", Le Dauphiné, 15.07.2016*
116 *Aline Teston, Attentat de Nice : les déclarations du procureur de la République de Paris, François Molins, Public, 15.07.2016*
117 *"Un véritable carnage"; "des scènes totalement surréalistes"; "les premiers témoignages de l'attaque de Nice", Le Vif, 15.7.2016*

bevor die Ermittlung begannen, lobte Frankreichs Präsident François Hollande die französischen Sicherheitskräfte, die den tödlichen Lkw auf der Promenade durchließen.[118]
Mit verlockenden Entschädigungssummen wird das Schweigen der Angehörigen der Opfer erkauft. Zahlungen sollen zweistellige Millionensummen erreichen.[119]
Das Verfahren zur Bestimmung der Auszahlung ist weder einheitlich noch transparent. Jeder Antrag wird individuell bearbeitet und entschieden.[120] Damit besitzt der Staat wirksame Mittel, um das Schweigen jener zu gewährleisten, die potentiell die öffentliche Darstellung der Ereignisse in Frage stellen könnten. Da das Verfahren einige Jahre dauern kann, ist für mehrere Jahre gewährleistet, daß die Angehörigen keine Fragen stellen und keine Aufklärung fordern.
Am 15. Juli hielt der UN-Sicherheitsrat zu Beginn seiner Sitzung eine Schweigeminute im Andenken der 84 Opfer von Nizza ab. Bei dem Treffen ging es eigentlich um die Lage im Irak.[121]
Für die mehr als eine Million Opfer der Wirtschaftssanktionen und Kriege im Irak, die von der Terrormacht USA ausgingen fand der Rat bis heute keine Zeit für eine Schweigeminute.
Unendlich viele Widersprüche und Unplausibilitäten deckt darüber hinaus der Autor Richard K. Breuer auf.[122]
Fazit: Die "Tat" war geheimdienstlich inszeniert, um bei den einfachen Menschen in der "westlichen Wertegemeinschaft" Akzeptanz für Überwachung und Entrechtung zu erzielen.

- **2016: Lügen um den Anschlag auf den Berliner Weihnachtsmarkt:**[123,124,125] Nach offizieller Version steuerte der "islamistische" "Terrorist" Anis Amri am 19. Dezember 2016 gegen 20 Uhr einen Sattelzug in eine Menschenmenge auf dem Weihnachtsmarkt auf dem Breitscheidplatz. 13 Tote, 67 Verletzte. Der "Täter" Amri sei zunächst entkommen und am 23.12.2016 bei einer "Routinekontrolle" in Norditalien erschossen worden.[126,127,128]
Absichtliche Vertuschung: Erst 52 Stunden nach Identifikation des "Täters" Einleitung der Fahndung. Berliner "LKA" belog die anderen "LKA" und verzögerte so absichtlich die Fahndung. Keine Straßensperren, keine Kontrollen in der Umgebung. Ungehinderte Flucht des "Täters". In dieser Zeit offenbar umfangreiche Manipulation von Akten zur Vertuschung beim Berliner "LKA".[129]
"Ausweiskrankheit": Erst zwanzig Stunden später (!) wurde im Fahrerhaus des LKW "zufällig" ein Ausweis des "Täters" gefunden. Flucht des "Täters" über Niederlande, Belgien, Frankreich nach Italien, sehr zahlreiche Registrierungen durch Überwachungskameras an Bahnhöfen etc. Die CIA wußte jederzeit über den Aufenthaltsort von Amri Bescheid mittels Massenüberwachungsmöglichkeiten während seiner "Flucht" (weltweites permanentes Rasterfahndungsprogramm der CIA "Gothem" mit Gesichtserkennungssoftware, Zusammenführung von Daten aus Militär, Geheimdiensten und Polizei). Amri war Teil einer CIA-Operation. Bereits 2015 ist Amri nach einem Gefängnisaufenthalt aus Abschiebehaft in Italien nicht nach Tunesien abgeschoben, sondern auf Druck der CIA hin frei gelassen worden.[130,131,132]
Ein Haftbefehl des "Generalbundesanwaltes" aus Juni 2016 wurde auf Druck der CIA nicht vollstreckt. Mindestens zehn polizeibekannte schwere Straftaten, insbesondere das polizeibekannte gewerbsmäßige Drogendealen von Amri führte nicht zu polizeilicher oder juristischer Verfolgung. Amri hatte behördenbekannt (BND) 14 Tarnidentitäten, über die er Sozialleistungen für seine "Tat" erschlichen hatte. Im Frühjahr 2016 wurde eine schwere Gewalthandlung gemeinschaftlich von Amri gegen einen Konkurrenz-Drogendealer begangen, entgegen aller Regeln jedoch nicht polizeilich oder strafrechtlich verfolgt.[133] Ein von Fahndern

---

118 *Aurelian Breeden & Benoît Morenne; "News of the Attack in Nice"; The New York Times, 15.07.2016*
119 *"Indemnisations: la crainte du parcours du combattant pour les traumatisés de Nice"; La Croix, 17.07.2016*
120 *Marie Piquemal; "Attentats : comment donner un prix à une vie perdue? Libération"; 14.02.2016*
121 *"Attentäter identifiziert"; Tagesschau, 15.7.2016*
122 *Richard K. Breuer, Der Terroranschlag in Nizza vom 14. Juli 2016 und die Widersprüche - Eine Analyse! 30.08.2016; https://1668cc.wordpress.com/2016/08/30/nizza-2016-widerspruch/*
123 *Stefan Schubert; "Die Destabilisierung Deutschlands: Der Verlust der inneren und äußeren Sicherheit"; Kopp Verlag e.K.; 2. Auflage August 2018; ISBN-10: 3864455901; ISBN-13: 978-3864455902;*
124 *Thomas Moser; "Der Amri-Komplex - Ein Terroranschlag, zwölf Tote und die Verstrickungen des Staates"; Westend Verlag; 1st edition (28 Jun. 2021); ISBN-10: 3864893410; ISBN-13: 978-3864893414*
125 *Stefan Schubert; "Anis Amri und die Bundesregierung: Was Insider über den Terroranschlag vom Breitscheidplatz wissen"; Kopp Verlag e.K.; 1. edition (20 Dec. 2018); ISBN-10: 3864456452; ISBN-13: 978-3864456459*
126 *"Anschlag auf Berliner Weihnachtsmarkt: Ersthelfer vom Breitscheidplatz stirbt an Folgen des Anschlags"; Die Zeit. 25.10.2021*
127 *Hans Leyendecker, Georg Mascolo, Nicolas Richter: "Lkw-Bremssystem verhinderte noch mehr Tote in Berlin". Süddeutsche Zeitung. 28.12.2016*
128 *"Anschlag in Berlin: Anis Amri ist tot – Ermittler suchen nach Hintermännern".zeit.de. 23.12.2016, abgerufen am 17.01.2023*
129 *"Weitere Manipulationen an Akte Amri; Im Fall der gefälschten Akte des Berliner Attentäters sind weitere Vertuschungsversuche bekannt geworden. Namen aus Amris Umfeld sollen laut Medien gelöscht worden sein"; Zeit online; 21. Mai 2017 abgerufen am 17.01.2023*
130 *Helmar Büchel; "Dieses Dokument beweist, daß Italien Amri ausweisen konnte"; Die Welt, 22.01.2017*
131 *Stefan Schubert; "Die Destabilisierung Deutschlands: Der Verlust der inneren und äußeren Sicherheit"; Kopp Verlag e.K.; 2. Auflage August 2018 (26 July 2018); ISBN-10: 3864455901; ISBN-13: 978-3864455902;*
132 *Thomas Moser; "Der Amri-Komplex - Ein Terroranschlag, zwölf Tote und die Verstrickungen des Staates"; Westend Verlag; 1st edition (28 Jun. 2021); ISBN-10: 3864893410; ISBN-13: 978-3864893414*
133 *Thomas Moser, "Anschlag Breitscheidplatz: Wurde Anis amri geschützt?"; Telepolis 19.03.2018*

akribisch begründeter und beantragter Haftbefehl wurde vom "Innenminister" "NRW" Rolf Jäger persönlich abgelehnt beziehungsweise sabotiert.
Selbst den Terrorermittlern ist aufgefallen, daß die höchsten Verantwortlichen in "Bundesinnenministerium" mit "BND", "Verfassungsschutz" und "Bundeskanzleramt" sowie "Bundesjustizministerium" mit "Generalbundesanwalt" massiv dafür gesorgt haben, daß Amri weder abgeschoben noch in Haft genommen wird, was bei damaliger Kenntnislage bei jedem anderen definitiv erfolgt wäre. Den Terrorermittlern war klar, daß eine gigantische Geheimdienstoperation laufen mußte.[134]
Keiner von denen, die in obersten Stellen dafür gesorgt haben, daß Amri für die CIA seine Arbeit machen konnte, mußte zurücktreten oder hatte irgendwelche Konsequenzen zu tragen.[135]
Die Mär vom Einzeltäter: Es gab einen V-Mann "Murat", der den Umzug von Amri von Dortmund nach Berlin organisiert habe. Dieser habe über alle persönlichen Pläne von Amri gewußt. Dieser habe Amri "aufgestachelt".[136]
Es gab einen zweiten V-Mann, Bilal Ben Ammar, der nachweislich bereits im Frühjahr Vorbereitungen für den Anschlag unternommen hatte (Fotos von Absperrungen, Hindernissen und Zufahrtsstrassen um den Breitscheidplatz auf seinem Handy gespeichert). Mit ihm hat Amri sich am Vorabend in einem Lokal getroffen und fünf Stunden vor der "Tat" telefoniert. Sonstiger Treffpunkt war die Berliner Moschee Fussilet, in der Amri noch eine Stunde vor der "Tat" gewesen sei. Trotz erdrückender Beweislage auch bezüglich anderer assoziierter schwerer Straftaten wurde Bilal Ben Ammar weder polizeilich noch juristisch behelligt.[137]
Bezüglich jedweder Mittäterschaft wurde von offiziellen "BRD"-Stellen, insbesondere Bundesverfassungsschutzpräsident Maaßen massiv gelogen.[138] Maaßen hatte andere Stellen und die Medien des "BRD"-Systems unter Druck gesetzt, diese Lüge mitzutragen.[139,140]
Bilal Ben Ammar wurde in einer Nacht-und-Nebel-Aktion nach Tunesien abgeschoben, offensichtlich um zu verhindern, daß er einem Untersuchungsausschuß oder in einem Gerichtsverfahren als Zeuge zur Verfügung steht. [141]
Zwei Untersuchungsausschüsse des "Parlamentarischen Krontrollgremium" ("PKGr") des "Bundestages" liefern zwei Berichte, einen für die Öffentlichkeit und einen "streng geheimen". Selbst in dem Bericht für die Öffentlichkeit kam heraus, daß das Bundesamt für Verfassungsschutz betreffend V-Leute massiv gelogen hat, aufs Engste mit der CIA zusammengearbeitet hat, eine Personalakte Amri geführt hat und selbst geheimdienstlich tätig war und die Zuständigkeiten von "BKA" und "BND" übergangen hat.
Fazit: Das Verbrechen am Breitscheidplatz wurde von der CIA organisiert, offensichtlich um die "Fiktion von der terroristischen Bedrohung" im Rahmen der psychologischen Kriegsführung fortzusetzen ("Strategie der Spannung"). Da die ungeheuerlichen Lügen und Widersprüche so offensichtlich waren, daß sie selbst von den "BRD"-Mainstream-Medien nicht verschwiegen werden konnten, wurde zur Verschleierung die Legende von der "Pannenserie " propagiert.

Weitere bewiesene Verschwörungen und Kriegslügen der Geschichte und Zeitgeschichte

- **1898 - "Maine-Lüge":** Für die Übernahme des spanischen Imperiums durch die USA brachten die USA im Jahre 1898 das Kriegsschiff USS Maine in den Hafen des spanisch besetzen Havanna. Das Schiff explodierte und den Spaniern wurde der Abschuß unterstellt. Es folgte eine hetzerische Kampagne gegen Spanien ("Remember the Maine - to hell with Spain!"). In der Folge forderte die US-Öffentlichkeit den Krieg. Später stellte sich heraus, daß das Schiff von innen gesprengt worden war ("false-flag").[142,143,144]
- **1916 - "Die Lüge von den abgehackten Kinderhänden":** Am 22. März 1916 verbreitete die Londoner Zeitung "The Daily Telegraph die Propagandalüge, deutsche Soldaten hätten auf ausdrückliche Anweisung Kaiser Wilhelms II. belgischen Kindern die Hände abgehackt, sie vergewaltigt und gefoltert. Weiterhin die Lüge, die Österreicher hätten 700.000 Serben "vergast". Weiterhin die Lüge von einer deutschen Leichenfabrik, in der Kriegsgefangene zu Tode gebracht, und zu Glyzerin und

134 *Stefan Schubert; "Anis Amri und die Bundesregierung: Was Insider über den Terroranschlag vom Breitscheidplatz wissen"; Kopp Verlag e.K.; 1. edition (20 Dec. 2018); ISBN-10: 3864456452; ISBN-13: 978-3864456459 insbesondere S. 92,93*
135 *"Anis Amri wurde schon 2015 gezielt überwacht" Welt am Sonntag 17.12.2017*
136 *Stefan Schubert; "Anis Amri und die Bundesregierung: Was Insider über den Terroranschlag vom Breitscheidplatz wissen"; Kopp Verlag e.K.; 1. edition (20 Dec. 2018); ISBN-10: 3864456452; ISBN-13: 978-3864456459 S. 134-135*
137 *Stefan Schubert; "Anis Amri und die Bundesregierung: Was Insider über den Terroranschlag vom Breitscheidplatz wissen"; Kopp Verlag e.K.; 1. edition (20 Dec. 2018); ISBN-10: 3864456452; ISBN-13: 978-3864456459 insbesondere. S. 187 ff.*
138 *Florian Flade; "V-Mann im Umfeld von Amri bringt Maaßen unter Druck"; Welt.de 30.08.2018*
139 *Jost Müller-Neuhof; "Alles streng vertraulich: Wie Hans-Georg Maaßen die öffentliche Meinung macht"; Tagesspiegel 06.09.2018*
140 *"Amri-Skandal erreicht BfV-Präsident Maaßen - Verfassungsschutz wollte offenbar V-Mann verheimlichen"; rbb24, 30.08.2018; Sendung: Abendschau, 30.08.2018, 19.30 Uhr*
141 *"Wichtiger Zeuge abgeschobenNeue Pannen im Fall Amri werden offenbar"; n-tv.de;08.12.2017*
142 *Frattini, Eric "Manipulating history. False Flag Operations. From Maine to the Turkish coup d'état Barcelona"; Temas de Hoy. 2016 ISBN 978-84-9998-584-8; S. 26, 28*
143 *De Prada, Juan Manuel "Falsa bandera para imbéciles" [Falsche Flagge für Idioten] ABC. (14. Juni 2019)*
144 *Newman, Lucia "Erinnerung an die Maine" CNN (15.02.1998)*

Kraftstoff verarbeitet worden seien. Dabei ging es um die Zustimmung der US-Amerikaner, sich in einen Weltkrieg hineinziehen zu lassen.[145,146,147]

- **1916 - Die "Lusitania-Lüge":** Das Passagierschiff Lusitania war ein als ziviles Schiff getarnter Waffen- und Munitionstransporter der USA für Großbritannien. Dessen Versenkung durch die deutsche Marine wurde angekündigt und war konform mit der HLKO. Die "US-Regierung" nutzte erfolgreich diesen Vorfall propagandistisch, um der "US-Bevölkerung" den Kriegseintritt in den sogenannten "Ersten Weltkrieg" schmackhaft zu machen.[148,149,150,151]
- **1943 - Die "Lüge von Katyn":** Der sowjetische Geheimdienst NKWD hat 1940 15.000 polnische Berufs- und Reserveoffiziere in der Nähe der polnischen Stadt Katyn liquidiert. Stalin lastete das Verbrechen nach seiner Entdeckung der Deutschen Wehrmacht an. Der britische Premier Churchill und der US-amerikanische Präsident Roosevelt deckten ihn wider besseren Wissens. Gorbatschow gestand am 13.04.1990 für die Sowjetunion die Lüge ein und ordnete den Massenmord von 1940 Stalin zu.[152,153,154]
  Fazit: Anschauliches Beispiel für reale Verschwörung und Lügenpropaganda.
- **1961 - "Operation Northwoods":** Hohe US-Militärs erstellten in den 60er Jahren einen Plan für mehrere inszenierte "false-flag"- Anschläge, um sie anschließend Kuba anzulasten. Ziel solcher Aktionen sollte sein, eine allgemeine Zustimmung und Unterstützung für eine militärische Invasion in Kuba zu gewinnen.[155,156,157]
  1. *Verbreitung von Gerüchten über Kuba durch geheime Radiosender*
  2. *Anschläge gegen kubanische Flüchtlinge in den USA, für die man Castro verantwortlich machen wollte*
  3. *Versenkung eines US-amerikanischen Schiffes in Guantanamo Bay, Zerstörung einer US-amerikanischen Militärbasis oder eines US-amerikanischen Flugzeuges und anschließende Beschuldigung der kubanischen Truppen*
  4. *Störung des zivilen Luftverkehrs*
  5. *Angriffe auf Schiffe und Zerstörung eines US-Militärflugzeuges durch Flugzeuge vom Typ MIG*
  6. *Inszenierung einer Terroraktion mittels des tatsächlichen oder simulierten Versenkens kubanischer Flüchtlinge*
  7. *Angriff und Abschuß eines mit Ferienreisenden gefüllten Passagierflugzeuges durch ein angeblich kubanisches Militärflugzeug. Hierfür sah man vor, ein genaues Duplikat eines tatsächlich registrierten Zivilflugzeuges von der CIA anfertigen zu lassen. Vorgesehen war hierfür der Luftwaffenstützpunkt Eglin. Das Duplikat sollte bei einem Treffen beider Flugzeuge südlich von Florida ausgetauscht werden. Zuvor hätten Passagiere mit falschem Namen das tatsächlich registrierte Flugzeug betreten. Das Duplikat sollte als Drohne dann weiter Richtung Kuba fliegen und dort in einem simulierten Angriff durch ein angeblich kubanisches Kampfflugzeug abgeschossen werden. Das daraufhin abgesetzte Notsignal wäre von der International Civil Aviation Organization aufgefangen worden, so daß der Vorfall ohne weiteres Zutun der US-Administration international großes Aufsehen erregt hätte.*
- **1964**: **Die Tonkin-Lüge:** Am 04.08.1964 wurde ein Angriff auf den US-Zerstörer "USS Maddox" im Golf von Tonkin inszeniert und einem nordvietnamesischen Torpedoboot angelastet. Die Stimmung drehte sich, die Bevölkerung in den USA befürwortete hiernach einen Kriegseintritt. US-Präsident Johnson hatte endlich einen Anlaß, Nordvietnam zu bombardieren… Am 30.11.2005 bestätigte die NSA, daß das militärische Eingreifen der USA in den Vietnamkrieg mittels einer Propagandalüge durch US-Präsident Johnson begründet worden war.[158,159,160,161]

---

145 *Dr. Volker Ullrich; "Krieg der Worte, Kampf der Bilder - Zwei Dubliner Historiker sorgen endlich für Klarheit…" Die Zeit, 24. Juni 2004*

146 *Frank Werner; "Schlacht der Lügen" Die Zeit, 02.10.2017*

147 *Joachim Neander; "The German Corpse Factory, The Master Hoax of British Propaganda in the First World War"; in: theologie.geschichte, Beiheft 6, Universität des Saarlandes, 2013*

148 *"Lusitania-Affäre: Schmutziges Geschäft". Der Spiegel. Nr. 45, 1972*

149 *István Deák; "Essays on Hitler's Europe." University of Nebraska Press, Lincoln 2001, ISBN 0-8032-6630-8, S. 185 ff.*

150 *J. W. Schulte Nordholt: "Woodrow Wilson. A Life for World Peace." University of California Press, Berkeley 1991, ISBN 0-520-07444-0; S. 149 ff.*

151 *Keith W. Bird: "German naval history. A guide to the literature. Garland", New York/London 1985, ISBN 0-8240-9024-1; S. 475*

152 *Franz Kadell; "Katyn – Das zweifache Trauma der Polen"; Herbig Verlag ISBN 10: 3776626607*

153 *Thomas Urban; "Katyn 1940 - Geschichte eines Verbrechens" C.H.Beck; 1st edition (12.03.2015), ISBN-10: 340667366X; ISBN-13: 978-3406673665 S. 207 ff.*

154 *Claudia Weber; "Krieg der Täter: Die Massenerschießungen von Katyn"; Hamburger Edition, HIS; 1., Auflage (11 Mar. 2015); ASIN: 3868542868; ISBN-10: 9783868542868; ISBN-13: 978-3868542868*

155 *Charles River Editors; "Operation Northwoods: The History of the Controversial Government Plan to Stage False Flag Attacks on Americans and Blame Cuba"; Independently published; 28. Mai 2022; ASIN: B0B2NFG9CZ; ISBN-13: 979-8832565767*

156 *Lambert M. Surhone, Miriam T. Timpledon, Susan F. Marseken; "Operation Northwoods"; VDM Publishing, 17.06.2010; ISBN 10: 6130498217, ISBN 13: 9786130498214*

157 *Rétyi, Andreas von; "Die unsichtbare Macht. Hinter den Kulissen der Geheimgesellschaften"; Kopp Verlag; ISBN: 393021945X; ISBN-13: 9783930219452; S.230 ff.*

158 *"Lyndon B. Johnson and the Gulf of Tonkin incidents", in: Eric Alterman: "When Presidents Lie", Penguin, 2004, S. 160ff.*

159 *Tim Weiner; "CIA: Die ganze Geschichte"; Frankfurt am Main 2008, ISBN 978-3-10-091070-7, S. 326 ff.*

- **1990 - "Brutkastenlüge":** Am 10.10.1990 log die fünfzehnjährige "Nayirah" unter Tränen vor dem Menschenrechtsausschuß des US-Repräsentantenhauses, daß irakisches Militär in kuwaitischen Kliniken Babies aus ihren Brutkästen geholt und dann sterben lassen habe. Am 27.11.1990 wiederholte "Nayirah" diese Lüge vor dem UN-Sicherheitsrat. Auch weitere Dritte logen in diesem Sinne vor öffentlichen Stellen. Am 19.12.1990 hatte "Amnesty International" die Brutkasten-Lüge in einem entsprechenden Bericht vertreten. Wie sich später herausstellte, hatte die Regierung Kuwaits und das US-Verteidigungsministerium für 11,5 Millionen Dollar die Werbeagentur Hill & Knowlton engagiert, diese Lügen zu inszenieren. Nayirah as-Sabah war Tochter des kuwaitischen Botschafters Saud Nasir as-Sabah in den USA sowie Mitglied der Herrscherfamilie Kuwaits. Anschauliches Beispiel für gezielte Medienmanipulation und Desinformation, um die Öffentlichkeit kriegsreif zu machen.[162,163,164]
- **1994: "Scharping-Lügen":** Scharping hatte zum Jugoslawienkrieg öffentlichkeitswirksam einige Geschichten erlogen, nach denen die Serben im Stadion von Pristina ein Konzentrationslager betreiben würden. Er hat zudem ein Massaker in der Nähe des kosovarischen Dorfs Petershtica erfunden. Hierfür erbrachte er "Fotobeweise" in Form von nachträglich aufgenommenen und gestellten Bildern. Eine besonders spektakuläre Geschichte erfand er, als er behauptete, in das kleine Kosovo-Dorf Petershtica seien Serben eingedrungen, hätten in den Kellern die Gashähne geöffnet und dann auf den Dachböden Kerzen angezündet... Eine weitere Scharping-Lüge war der sogenannte "Hufeisenplan". Der damalige NATO-Sprecher Shea: "Im Kampf um die öffentliche Meinung spielte Scharping eine entscheidende Rolle". "Scharping hat einen sehr guten Job dabei gemacht, denn wenn die öffentliche Meinung in Deutschland gekippt wäre, hätte das fatale Folgen für Europa und die NATO gehabt und den Krieg möglicherweise gefährdet" (vgl.: "Es begann mit einer Lüge", Dokumentation des WDR, Erstausstrahlung 08.02.2001). [165,166,167,168,169,170,171]
- **2003: Lügen zu den "Massenvernichtungswaffen im Irak":** Am 05.02.2003 präsentierte US-Außenminister Powell im UN-Sicherheitsrat angeblich "unumstößliche Beweise" dafür, daß der Irak im Besitz von biologischen und chemischen Massenvernichtungswaffen sei. Diese Behauptungen stellten sich später als frei erfunden heraus.[172,173,174] US-Geheimdienste haben hierfür der Internationalen Atombehörde gefälschte Dokumente vorgelegt.[175] Gelogen war auch, Saddam Hussein unterhalte Verbindungen zu einem "Terrornetzwerk Al-Qaida" und sei mitverantwortlich für die Anschläge vom "11. September".[176,177,178]
- **2013: die Lügen vor dem Libyen-Krieg (Lügen vom "bösen Gaddafi"):** Gadaffi hatte angekündigt, den libyschen Dinar mit Gold zu unterlegen und ein Bündnis der afrikanischen Staaten zu schaffen, die sich diesem System anschließen - direkte Konkurrenz zum westlichen Bankensystem. Die Beseitigung Gadaffis ging nicht ohne den Einsatz der Verbrecherorganisation "NATO". Hier eine Aufzählung der Errungenschaften, die die Libyer vier Jahrzehnte lang "erdulden" mußten:[179,180,181]
    1. *Strom war kostenlos für alle Libyer*

---

160 *James Bamford: NSA – Die Anatomie des mächtigsten Geheimdienstes der Welt. Wilhelm Goldmann Verlag, München 2002; ISBN 3-442-15151-1, S. 356ff.*

161 *Joachim Hoelzgen: "Vietnam-Krieg: Der Torpedo-Angriff, den es nie gab". In: Spiegel Online. 15.11.2005, abgerufen am 20. November 2022.*

162 *Elter, Andreas: "Die Kriegsverkäufer: Geschichte der US-Propaganda 1917–2005". Frankfurt a. M.: Suhrkamp. 2005, S. 241 ff.*

163 *Douglas Walton: Appeal to pity: A case study of theargumentum ad misericordiam. In: Argumentation. Band 9, Nr. 5, 1995, ISSN 0920-427X, S. 769 ff.*

164 *Alexander Cockburn; "Right Stuff". In: London Review of Books. Band 13, Nr. 3, 1991, S. 9 ff.*

165 *Jo Angerer und Mathias Werth, "Es begann mit einer Lüge" (TV-Dokumentation). WDR, von ausgestrahlt auf ARD am 8. Februar 2001. archiviert von der Internet-Version der AG Friedensforschung am 4. März 2013. Die Dokumentation ist auf Videoportalen (beispielsweise YouTube und Google) zugänglich.*

166 *"Wahrheit, Zensur, Propaganda – Die Medien und der Krieg – Teil 2", Panorama, Sendung TV-Bericht Panorama, Das Erste, 15. April 1999*

167 *Mathis Feldhoff, Volker Steinhoff; "Enthüllungen eines Insiders – Scharpings Propaganda im Kosovokrieg"; Panorama, Das Erste; 18. Mai 2000.*

168 *Jürgen Hogrefe, Paul Lersch, Rainer Pörtner, Alexander Szandar "Zweimal total verkalkuliert"; Der Spiegel, 15/1999, 12.04.1999,*

169 *Carl Polónyi: "Heil und Zerstörung: Nationale Mythen und Krieg am Beispiel Jugoslawiens 1980–2004". Berliner Wissenschafts-Verlag, 2010, ISBN 978-3-8305-1724-5, S. 399 ff.*

170 *"Wahrheit, Zensur, Propaganda – Die Medien und der Krieg – Teil 2", Panorama, Sendung vom 15. April 1999*

171 *Hermann Meyn, "Massenmedien in Deutschland"; UVK, Konstanz, Neuaufl. 2004, ISBN 3-89669-420-0, hier S. 270 ff..*

172 *"Wolfowitz reveals Iraq PR plan", The World Today, 29.05.2003*

173 *Bush als Präsident: Kleiner außenpolitischer Rückblick; Süddeutsche Zeitung vom 27.02.2004*

174 *"Powell: Schandfleck meiner Karriere"; FAZ vom 09.09.2005*

175 *"Die langen Nasen von Powell & Co."; Süddeutsche Zeitung, 18.03.2008*

176 *ORF Artikel vom 09.09.2006 zum US Senatsbericht über die Kriegsgründe*

177 *Iraq on the record: The Bush Administrations Public Statements on Iraq; US House of Representativs Committee on GovernmentReform - Minority Staff Special Investigations Division; 16.03.2004*

178 *"Saddam Hussein hatte keine Verbindungen zu al-Quaida"; SZ Süddeutsche Zeitung vom 07.12.2008*

179 *Cyrus Salimi-Asl; "Militärintervention auf der Grundlage von Lügen" Neues Deutschland vom 19.03.2021*

180 *Michel Collon; "Den Krieg in Libyen verstehen"; Hintergrund - Das Nachrichtenmagazin vom 03.06.2011*

181 *Thomas Bargatzky; "Der illegale Krieg gegen Libyen"; Gesellschaft und Kultur; 12.10.2018*

2. *Die staatlichen Banken vergaben per Gesetz Darlehen an alle Libyer zu null Prozent Zinsen*
3. *Frischvermählte in Libyen erhielten 50.000 US-Dollar Startgeld für Wohnung, Familiengründung*
4. *Bildung und medizinische Behandlungen waren kostenfrei.*
5. *Libyen hatte keine Auslandsschulden. Die Reserven des Landes in Höhe von 150 Mrd. $ sind weltweit eingefroren und wahrscheinlich für immer gestohlen*
6. *80% des libyschen Öl-Verkaufs wurde an Parlament und Behörden vorbei direkt den Konten der libyschen Bürger gutgeschrieben*
7. *Mütter, die ein Kind gebaren, erhielten pro Kind 5.000 US-Dollar*
8. *25 Prozent der Libyer hatten einen Hochschulabschluß*
9. *20 Jahre lang betrieb Gaddafi ein Bau-Projekt, um damit die enormen Süßwasservorräte zu nutzen und ganz Nordafrika in der Wasserversorgung unabhängig zu machen*

- **2013: Die Lüge von den "Chemiewaffen in Syrien":** Ein Assad unterstellter Giftgasangriff auf die Stadt Ghouta (Syrien) am 21.08.2013. Welche Motive Assad haben sollte, Giftgas oder auch Faßbomben unsinnigerweise gegen die eigene Zivilbevölkerung einzusetzen, wurde nie erörtert. In einem Gutachten untersuchten der UN-Waffeninspektor Richard Lloyd und Professor Theodore Postol vom Massachusetts Institute of Technology (MIT) die Raketen, die bei dem Giftgasangriff auf Ghouta eingesetzt wurden einschließlich Flugbahn der Geschosse. Die Wissenschaftler kommen zu dem Schluß, daß, entgegen der westlichen Propaganda, der Angriff mit Saringas unter keinen Umständen auf Ost-Ghouta von den syrischen Regierungstruppen ausgegangen sein konnte...[182]
- **Seit 2014: Die Lügen im Ukraine-Krieg (Lügen vom "bösen Putin"):** Die USA unterhalten auf der ganzen Welt weit über 850 Militärstützpunkte und haben die Russische Föderation und China eingekreist. Die NATO hat der Sowjetunion und damit dem Rechtsnachfolger Russische Föderation im Jahre 1991 zugesagt, sich nicht über die damaligen Grenzen der NATO in Europa weiter auszudehnen. Auch durch die völkerrechtswidrigen Angriffskriege gegen Jugoslawien, Afghanistan, Irak, Syrien und Libyen (jeweils ohne Mandat des UNO-Sicherheitsrates und damit auch entsprechend den Regeln des Systems ganz klar illegal) ist offensichtlich, daß die NATO ein reines, auf Expansion ausgerichtetes Aggressions-Bündnis ist, welches sich an keine Verträge oder Zusagen hält. Aus einer NATO-Ausdehnung auf die Ukraine würden der Russischen Föderation existentielle Sicherheitsprobleme entstehen, da eine Vorwarnzeit für taktische und strategische Angriffswaffen nicht mehr gegeben wäre. Im März 2018 wurde der Ukraine seitens der NATO offiziell der Status eines "Beitrittskandidaten" gegeben. Nebenbei: Die USA haben sich im Jahre 1963 auch nicht gefallen lassen, daß die Sowjetunion auf Kuba Mittelstreckenraketen stationiert hat...

3. Wesen der "BRD"

Eine der wichtigsten Erkenntnisse in der Rechtsstaatlichkeitsbewegung ist, daß unsere verfassungsmäßige Ordnung der Rechtsstand vom 30.07.1914 ist. In diesem Rechtsstand gab es Staatsrecht mit Staatsangehörigkeit. Die Staatsangehörigkeit hatten unsere Vorfahren in einem der 26 Bundesstaaten des Deutschen Reichs. Somit gibt es 26 deutsche Staatsvölker. Deshalb wird in der vorliegenden Abhandlung staatsrechtlich korrekt der Begriff "die deutschen Völker" verwendet. Im Gegensatz hierzu wird der Begriff "das deutsche Volk" im staats- und völkerrechtlichen Zusammenhang eher nicht verwendet, weil es sich beim "deutschen Volk" um eine Erfindung von Adolf Hitler vom 05.02.1934 handelt, und somit eine nationalsozialistische Kategorie darstellt.
Im ethnologischen beziehungsweise landsmannschaftlichen Sinne kann man vom "deutschen Volk" sprechen, dies wird jedoch in der vorliegenden Abhandlung wegen der staats- und völkerrechtlichen Implikationen vermieden.

Mitunter behaupten Menschen, daß die "BRD" "nicht existiere", weil seit 1990 kein territorialer Geltungsbereich für das "Grundgesetz" mehr definiert sei. Dies ist jedoch ein Irrtum. Die "BRD" hat nach ihren eigenen Regeln kein Gebiet (kein "Hoheitsgebiet"), aber eine Firma, eine Stiftung oder ein Verein hat auch kein Gebiet ("Hoheitsgebiet") und existiert dennoch. Die Frage ist somit nicht, **OB** die "BRD" ist, sondern **WAS** sie ist...Deshalb sollte man nicht äußern, die "BRD" gebe es nicht, viel angebrachter ist zu untersuchen, was das Wesen des "BRD"-Systems ausmacht.

---

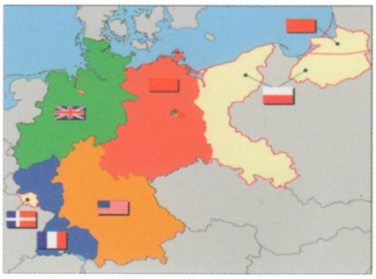
182 *Richard Lloyd, Former UN Weapons Inspector, Tesla Laboratories Inc.|Arlington, VA; Theodore A. Postol, Professor of Science, Technology, and National Security Policy, Massachusetts Institute of Technology; "Possible Implications of Faulty US Technical Intelligence in the Damascus Nerve Agent Attack of August 21, 2013" MIT-Science, Technology, and Global Security Working Group. January 2014*

Das Wesen des "BRD"-Systems besteht aus vielen Aspekten, die sich gegenseitig keineswegs ausschließen sondern wechselseitig ergänzen. So ist die "BRD":

1. **ein Fremdherrschaftsinstrument**
2. **eine Besatzerverwaltung ohne Staatlichkeit**
3. **eine antidemokratische, zentralistische Besatzerverwaltung**
4. **eine gegenwärtig offen sichtbare faschistische Diktatur**
5. **eine reine Handelsrechtskonstruktion bzw. eine Firma**
6. **eine verfassungsfeindliche verbrecherische Vereinigung**
7. **eine lupenreine Nazi- und Reichsbürger- Organisation**
8. **eine Religionsgemeinschaft bzw. eine Sekte**
9. **eine gigantische Anstalt**
10. **ein Enteignungsinstrument der angloamerikanischen Hochfinanz**
11. **ein Völkermord- beziehungsweise Vernichtungsinstrument gegen die deutschen Völker**

3.1. "BRD" - ein Fremdherrschaftsinstrument

Mit der militärischen Niederlage der Wehrmacht im Jahre 1945 haben die Besatzungsmächte die oberste Regierungsgewalt in Deutschland übernommen. Dies ergibt sich unter anderem aus der "Berliner Erklärung vom 05.06.1945".[183]



Zunächst wurden die Gebiete östlich von Oder und Neiße unter die zivile Verwaltung von Polen und der UdSSR gestellt. Im übrigen Territorium wurden "Besatzungszonen" (sowie in Berlin "Besatzungssektoren") eingerichtet.
In diesen Besatzungszonen und -sektoren galt somit das Besatzungsrecht (Militärrecht der Besatzungsmächte).

Links: Besatzungszonen in Mittel- und Westdeutschland (farbig); Ostdeutschland unter polnischer und sowjetischer Zivilverwaltung (weiss)

Bereits nach kurzer Zeit wurde in den Jahren 1945 bis 1947 von den Besatzungsmächten die Einrichtung sogenannter "Länder" als Verwaltungskonstrukte verfügt.

Diese "Länder" beziehungsweise späteren "Bundesländer" entsprechen nicht der rechtmäßigen Gebietsgliederung der Einzelstaaten des Deutschen Reichs, es handelt sich dabei um vom Militär der Besatzungsmächte willkürlich per Militärbefehl verfügte, künstliche Konstrukte.

Im Folgenden ist die Entstehung einzelner "Länder" beispielhaft nachvollzogen:

- **Gründung des "Landes Rheinland-Pfalz"** **durch das französische Militär**
  Verordnung Nr. 57 des französischen Oberkommandos in Deutschland bezüglich der Schaffung eines rhein-pfälzischen Landes vom 30. August 1946;[184]
  bestehend aus:
  - **dem Gebiet des südlichen Teil (Regierungsbezirke Koblenz und Trier) der preußischen Provinz Rheinland**
    ohne das Territorium der Provinz Rheinhessen des Großherzogtums Hessen
  - **die Gebiete der Kreise Ober- und Unterwesterwald, Unterlahn und Sankt Goarshausen der preußischen Provinz Hessen Nassau**
  - **dem Gebiet des Fürstentum Birkenfeld des Großherzogtums Oldenburg**
- **Gründung des "Landes Niedersachsen"** **durch das britische Militär**
  Verordnung Nr. 55 der britischen Militärregierung vom 01.11.1946;[185]
  bestehend aus:
  - **dem Gebiet des Fürstentum Schaumburg-Lippe**
  - **dem Gebiet der preußischen Provinz Hannover**
    ohne das Gebiet des Kreis Ilfeld (seit 1932 zu Thüringen),
    ohne das Gebiet der Städte Geestemünde und Lehe (seit 1947 zu Bremerhaven)
  - **dem Gebiet des Großherzogtum Oldenburg**

---

183 *"Erklärung in Anbetracht der Niederlage Deutschlands und der Übernahme der obersten Regierungsgewalt hinsichtlich Deutschlands durch die Regierungen ... vom 05.06.1945"; Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland, Ergänzungsblatt Nr. 1, Seite 7-9; abgedruckt bei Dietrich Rauschning (Hg.), Rechtsstellung Deutschlands – Völkerrechtliche Verträge und andere rechtsgestaltende Akte, 2. Aufl. 1989, S. 15 ff*

184 *Amtsblatt des französischen Oberkommandos in Deutschland S. 291*

185 *Amtsblatt der Militärregierung Deutschland, Britisches Kontrollgebiet, Jahrgang 1946, Nr. 12 S. 305 ff.*

ohne das Gebiet des Fürstentum Lübeck (seit 1932 zum "Land" der "Weimarer Republik" Schleswig-Holstein gegliedert)
ohne das Gebiet des Fürstentum Birkenfeld (linksrheinische Exklave des Großherzogtums Odenburg im Nahegebiet); (1937 zur Preußischen Provinz Rheinland (seit 1946 zum künstlich geschaffenen "Land" "Rheinland-Pfalz")

- **dem Gebiet des Herzogtum Braunschweig**
  ohne den östlichen Teil des Landkreises Blankenburg und der Exklave Calvörde des Landkreises Helmstedt (seit 1945 zu "Sachsen-Anhalt")

- **Gründung des "Landes Bayern" durch das US-Militär**
  Proklamation Nr. 2 Militärregierung - Deutschland Amerikanische Zone vom 19.09.1945;[186]
  bestehend aus:
  - **dem Gebiet des Königreichs Bayern**
  - **plus das Gebiet des südlicher Landesteils des Herzogtums Sachsen-Coburg-Gotha**
  - **plus das Gebiet der Enklave Ostheim vor der Rhön des Großherzogtum Sachsen-Weimar-Eisenach**
    ohne das Gebiet des 8. Regierungsbezirks Rheinpfalz
    ohne das Gebiet des Regierungsbezirkes Lindau (Eingliederung erst 1955)

- **Gründung des "Landes Sachsen-Anhalt" durch das sowjetische Militär**
  Befehl Nr. 5/45 der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) vom 09.07.1945;[187]
  bestehend aus:
  Gebiete des Herzogtums Anhalt
  plus das Gebiet der preußischen Provinz Sachsen (ohne das Gebiet des Regierungsbezirk Erfurt)
  plus das Gebiet der Exklave Calvörde des Herzogtum Braunschweig
  plus das Gebiet des östlichen Teils des Landkreises Blankenburg des Herzogtums Braunschweig
  plus das Gebiet der Exklave Allstedt des Großherzogtum Sachsen-Weimar-Eisenach
  (bereits 1920 an den "Freistaat Thüringen" angegliedert).
  u.s.w.

Es handelt sich somit bei den sogenannten "Ländern" und späteren "Bundesländern" nachweislich um militärische Besatzungsverwaltungen, die mit der rechtmäßigen Gebietsgliederung der Staaten im Staatenbund Deutsches Reich nichts zu tun haben. Sie wurden vom jeweiligen Militär der Besatzer per Militärbefehl willkürlich verfügt. Die sogenannten "Länder" sind somit als solche selbst unmittelbares Besatzungsrecht.

Bis zum Jahre 1949 haben sich die drei westlichen Besatzungsmächte (USA, Großbritannien und Frankreich) einerseits, und die Besatzungsmacht Sowjetunion andererseits, in Meinungsverschiedenheiten über die weitere Verwaltung Deutschlands verstrickt.
Die westlichen Besatzungsmächte haben hierauf in den drei westlichen Besatzungszonen eine Besatzer-Verwaltung namens "BRD" etabliert. Hierdurch mußten sie sich nicht mehr selbst um notwendige Verwaltungsangelegenheiten sorgen, konnten dabei die oberste Regierungsgewalt weiterhin ausüben. Zur Grundlage des Verwaltungskonstruktes "BRD" wurde das "Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland" erstellt. Hierbei waren unter anderem auch Deutsche beteiligt, es waren Angestellte der Besatzungsmächte, die von den Besatzungsmächten bestimmt und "parlamentarische Räte" genannt wurden.

Als das "Grundgesetz" im Sinne der westlichen Besatzungsmächte ausformuliert war, wurde es von den Besatzungsmächten in Kraft gesetzt. Hierzu verfaßten sie ein gesondetes Schreiben, mit dem sie formell die Verantwortung für das "Grundgesetz" übernahmen. Dieses Schreiben nannten die westlichen Besatzer "Genehmigungsschreiben", so als ob die Deutschen ganz versessen darauf gewesen wären, und die westlichen Besatzungsmächte gar nicht anders konnten, als den Deutschen diese unendliche Freude zu machen, gnädigerweise dieses Grundgesetz zu "genehmigen". Der Begriff "Genehmigungsschreiben" ist eine Täuschung, es handelt sich eindeutig um eine Verfügung der drei westlichen Besatzungsmächte.[188]

---

186 *Amtsblatt der Militärregierung Deutschland - Amerikanische Zone, Kontrollgebiet der 6. Armeegruppe Felix Bandl, Das Recht der Besatzungsmacht, Oldenbourg, Ausgabe 1947*

187 *SMAD-Befehl Nr. 5/45 vom 9. Juli 1945: Verwaltung der Provinzen und Sicherung des Kontrolle über die Arbeit der Selbstverwaltungsorgane; Bundesarchiv, BArch DX 1/15*

188 *Schreiben der Militärgouverneure zum Grundgesetz in der Übersetzung des Parlamentarischen Rates, VOBIZ Seite 416, Frankfurt am Main, den 12.05.1949; sowie Amtsblatt der Militärregierung - Deutschland (Britische Zone). Ausgabe Nr. 35. 10. September 1949. Teil 2B, 29f.*

Schließlich machten die Besatzungsmächte in diesem Schreiben von ihren Vorbehaltsrechten umfassend Gebrauch und verfügten zum Grundgesetz umfangreiche Auflagen und Einschränkungen – so zum Beispiel unter anderem:

- *"daß die dem Bunde durch das Grundgesetz übertragenen Vollmachten ebenso wie die durch die Länder und örtlichen Verwaltungskörper ausgeübten Vollmachten den Bestimmungen des Besatzungsstatuts unterworfen sind",*
- *"daß die … ·Polizeigewalt nicht ausgeübt werden kann, bis dies durch die Besatzungsbehörden ausdrücklich genehmigt ist, und daß in gleicher Weise die sonstigen Polizeifunktionen des Bundes sich nach dem Schreiben der westlichen Besatzungsmächte vom 14.04.1949 zu richten haben",*
- *"daß Berlin … nicht Stimmberechtigung im Bundestag oder Bundesrat eingeräumt wird, und auch nicht von der Bundesregierung regiert werden kann",*
- *"daß die Grenzen aller Länder, ausgenommen Württemberg-Baden und Hohenzollern so "wie sie jetzt festgelegt sind", bis zu einem Friedensschluß bleiben",*
- *"daß nichts in den Verfassungen der Länder als eine Einschränkung der Bestimmungen der Bundesverfassung ausgelegt werden dürfte; daß Konflikte zwischen den Länderverfassungen und der vorläufigen Bundesverfassung deshalb zugunsten der letzteren entschieden werden müssen",*
- *"daß nach der Einberufung der in dem Grundgesetz vorgesehenen gesetzgebenden Körperschaften ….. das Besatzungsstatut in Kraft treten wird."*

Das "Grundgesetz" gilt somit nur in Verbindung mit diesem Schreiben der drei westlichen Militärgouverneure. Anders ausgedrückt, dieses Schreiben ist nach wie vor Bestandteil des "Grundgesetzes"!
Es ist bis heute die einzige Legitimation dieses "Grundgesetzes" beziehungsweise der "BRD".

Vorsichtshalber wird von "BRD"-Stellen dieses Legitimationsschreiben in offiziellen Drucken des "Grundgesetzes" nicht mehr mitgedruckt!

Durch die gesamte Entstehungsgeschichte dieses "Grundgesetzes" sowie durch die Auflagen und Einschränkungen im Legitimationsschreiben durch die Besatzungsmächte vom 12.05.1949 ist belegt, daß die Besatzungsmächte dieses "Grundgesetz" voll umfänglich zu verantworten haben. Es handelt sich somit um eine Verfügung der Besatzungsmächte. Der Begriff "Genehmigungsschreiben" ist deshalb eindeutig eine Täuschung.

Das Sieger- und Besatzungsrecht, welches vor Gründung der "BRD" etabliert wurde, ist Bestandteil des "BRD"- Rechtes und dem "Grundgesetz" gegenüber höherrangig.

Dies wird im Artikel 139 des "Grundgesetzes" zusätzlich gewährleistet:

"Die zur "Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus" erlassenen Rechtsvorschriften werden von den Bestimmungen dieses Grundgesetzes nicht berührt."

Dies ist die juristisch korrekte Formulierung für die Höherrangigkeit der genannten Rechtsbereiche. Es wird von "BRD"-Propagandafunktionären behauptet, es handele sich bei den im Art. 139 GG gemeinten höherrangigen Rechtsvorschriften nur um "ganz spezielle, einige wenige Entnazifizierungsregeln", was ja auch schon das Fehlen der Souveränität der "BRD" aufzeigen würde. Dies ist jedoch Unsinn. Die Alliierten haben in allen Proklamationen und Verlautbarungen immer bekräftigt, daß sie den "Zweiten Weltkrieg" ausschließlich geführt haben, um "das deutsche Volk" vom Nationalsozialismus zu befreien. Damit ist das gesamte Sieger- und Besatzungsrecht Entnazifizierungsrecht, es ist damit Bestandteil des "BRD"-Rechts, jedoch dem "Grundgesetz" gegenüber höherrangig.

Das Grundgesetz ist folglich Besatzungsrecht. Es steht innerhalb der Hierarchie des Besatzungsrechtes sehr weit unten. Darunter kommt nur noch das Recht der "Bundesländer" und das der "BRD"- Firmengemeinden. Die Bestandteile des Besatzungsrechtes, die vor Gründung der "BRD" installiert wurden, sind Bestandteil des "BRD"-Rechts und dem "Grundgesetz" gegenüber höherrangig. Allgemein gilt: Höherrangiges Recht bricht niederrangiges Recht.
Aus dem Geschilderten folgt, daß durch die Gründung der "Länder" und der "BRD" das Besatzungsrecht selbstverständlich nicht aufgehoben wurde.
Es wird von "BRD"-Politakteuren behauptet, die drei westlichen Besatzungszonen seien 1949 in eine "Bundesrepublik Deutschland" "umgewandelt" worden. Dies ist jedoch falsch! Tatsächlich wurde lediglich eine zusätzliche Rechtsebene geschaffen und eine fremdbestimmte Verwaltung namens "BRD" im Gebiete der drei westlichen Besatzungszonen installiert.
Die Besatzungszonen und das übrige Besatzungsrecht wurden hierdurch nicht berührt, geschweige denn "aufgehoben".

Man muß deshalb richtigstellen:
Die sogenannten "Bundesländer" sowie die sogenannte "BRD" sind selbst reines Besatzungsrecht. Wenn also ein "BRD"-Funktionär behauptet, das Besatzungsrecht sei nicht mehr in Kraft, behauptet er damit gleichzeitig, daß es die sogen. "Bundesländer" sowie die sogen. "BRD" gar nicht gibt!
Denn genau das muß passieren, wenn das Besatzungsrecht beispielsweise im Rahmen einer Friedensregelung tatsächlich aufgehoben wird: Es sind dann die "Bundesländer" sowie die "BRD" augenblicklich nicht mehr existent!

Die "Bundesländer" und die "BRD" wurden von Militärs, genauer von den drei westlichen Militärgouverneuren gegründet. Damit handelt es sich bei dem "BRD"-System um eine Besatzerverwaltung beziehungsweise um eine militärische Verwaltung. (logischerweise ist eine Besatzerverwaltung immer eine Militärverwaltung, da eine Besatzung immer eine militärische Maßnahme ist). Jeder der sich mit einem "Personalausweis" als Personal der "BRD" ausweist, weist sich damit automatisch als Militärangehöriger aus. Damit hat man entsprechend der Haager Landkriegsordnung nicht die Rechte von Zivilisten sondern nur die Rechte von Kriegsgefangenen.

Um jedwede Mißverständnisse auch nach den Ereignissen von 1990 auszuschließen, haben die Besatzungsmächte die Fortgeltung und Höherrangigkeit des Besatzungsrechts in die "BRD"-Gesetzestexte hineingeschrieben. Unter anderem im Notenwechsel aus dem Jahre 1990 (Punkt 3), wobei man sich die entsprechenden Querverweise auf den Überleitungsvertrag von 1954 selbst erarbeiten muß:

Vertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten (in der geänderten Fassung) sowie zu dem Vertrag zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen (in der ...
Punkt 3:

"Folgende Teile des Überleitungsvertrages bleiben weiterhin in Kraft:[189,190]

Teil I – Artikel 2:
(1) ***"Alle Rechte und Verpflichtungen, die durch gesetzgeberische, gerichtliche oder Verwaltungsmaßnahmen der Besatzungsbehörden oder auf Grund solcher Maßnahmen begründet oder festgestellt worden sind, sind und bleiben in jeder Hinsicht nach deutschem Recht in Kraft, ohne Rücksicht darauf, ob sie in Übereinstimmung mit anderen Rechtsvorschriften begründet oder festgestellt worden sind. ..."***

Teil VI – Artikel 3
(1) ***"Die Bundesrepublik wird in Zukunft keine Einwendungen gegen die Maßnahmen erheben, die gegen das deutsche Auslands- oder sonstige Vermögen durchgeführt worden sind oder werden sollen (!), das beschlagnahmt worden ist für Zwecke der Reparation oder Restitution oder auf Grund des Kriegszustandes*** *(der Kriegszustand besteht heute noch! – Anm. d. Verf.)* ***oder auf Grund von Abkommen, die die Drei Mächte mit anderen alliierten Staaten, neutralen Staaten oder ehemaligen Bundesgenossen Deutschlands geschlossen haben oder schließen werden" (!).***

Teil IX – Artikel 1
"Vorbehaltlich der Bestimmungen einer Friedensregelung mit Deutschland dürfen deutsche Staatsangehörige, die der Herrschaftsgewalt der Bundesrepublik unterliegen, gegen die Staaten, welche die Erklärung der Vereinten Nationen vom 01.01.1942 unterzeichnet haben oder ihr beigetreten sind *(inzwischen 191 Staaten ! – Anm. d. Verf.)* ***... sowie gegen deren Staatsangehörige keine Ansprüche irgendwelcher Art erheben wegen Maßnahmen, welche ... wegen des in Europa bestehenden Kriegszustandes getroffen worden sind*** *(der Kriegszustand besteht heute noch! – Anm. d. Verf.)****; auch darf niemand derartige Ansprüche vor einem Gericht der Bundesrepublik geltend machen..."***

189 *Notenwechsel aus dem Jahr 1990 mit Bekanntmachung der Vereinbarung vom 27./28. September 1990 zu dem Vertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten (in der geänderten Fassung) sowie zu dem Vertrag zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen (in der ... (BGBl 1990 Teil II Nr. 42, ausgegeben am 09.11.1990, Seite 1386 ff.*

190 *Vertrag zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen ("Überleitungsvertrag") (in der gemäß Liste IV zu dem am 23. Oktober 1954 in Paris unterzeichneten Protokoll über die Beendigung des Besatzungsregimes in der Bundesrepublik Deutschland geänderten Fassung) BGBl. 1955 Teil II S. 405.*

Eine weitere Regelung, die die Fortgeltung des Besatzungsrechts als "voll wirksames Bundesrecht" sicherstellen soll, ist der
"Überleitungsvertrag von Berlin" von 1990.[191]
Artikel 2:

"Alle Rechte und Verpflichtungen, die durch gesetzgeberische, gerichtliche oder Verwaltungsmaßnahmen der alliierten Behörden in oder in Bezug auf Berlin ... begründet oder festgestellt worden sind, sind und bleiben in jeder Hinsicht nach deutschem Recht in Kraft, ohne Rücksicht darauf, ob sie in Übereinstimmung mit anderen Rechtsvorschriften begründet oder festgestellt worden sind."

Die Formulierung "in oder in Bezug auf Berlin" ist dabei bedeutsam! Da alle besatzungsrechtlichen Verfügungen sämtlich in Berlin getroffen und verkündet worden sind, bleiben damit auch alle, nicht nur Berlin, sondern auch das übrige Deutschland betreffenden Rechte und Bestimmungen der Alliierten in Kraft.

Ein prominentes Beispiel dafür, daß das Besatzungsrecht weiterhin in Kraft ist und angewendet wird, ist die Verurteilung des früheren "DDR"-"Devisenbeschaffers" Dr. Alexander Schalck-Golodkowski im Jahre 1995 zu einem Jahr Freiheitsstrafe auf Bewährung. Er ist nicht etwa nach dem Strafgesetzbuch der "BRD" verurteilt worden, sondern nach dem SHAEF-Gesetz Nr. 53 (Besatzungsrecht), was belegt, daß dieses Recht fünf Jahre nach dem sogenannten Einigungsvertrag und dem sogenannten 2+4-Vertrag noch geltendes Recht war und damit bis heute angewendet werden kann.

Man muß sich in diesem Zusammenhang unbedingt verdeutlichen:
Wenn Herr Schalck-Golodkowski im Jahre 1996 nach Besatzungsrechtsregeln verurteilt wurde, die älter sind als das "Grundgesetz" und damit die "BRD", dann kann jeder von uns auch gegenwärtig nach diesen Besatzungsrechtsregeln verurteilt werden!
Dies gilt selbstverständlich auch für Funktionärsbonzen des "BRD"-Systems wie Scholz, Schäuble, Steinmeier, de Maiziere, sogenannte "Bundestagsabgeordnete" etc.

Die Konsequenzen des Fehlens einer Friedensregelung sind weiter zu präzisieren:
Beispielsweise findet sich im "Grundgesetz" ein ganzer Grundrechtekatalog:

Art. 1	Schutz der Menschenwürde	**Art. 14**	**Eigentum, Erbrecht und Enteignung**
Art. 2	Allgemeines Persönlichkeitsrecht		
Art. 3	**Gleichheit vor dem Gesetz**	Art. 16 (2)	Schutz vor Auslieferung
Art. 4 (1), (2)	Glaubens-, Gewissens-, Bekenntnisfreiheit	Art. 16a	Asylrecht
		Art. 17	Petitionsrecht
Art. 4 (3)	Kriegsdienstverweigerung	**Art. 26**	**Verbot des Angriffskrieges**
Art. 5	**Meinungs- und Pressefreiheit**	**Art. 33**	**Staatsbürgerliche Rechte**
Art. 8	**Versammlungsfreiheit**	Art. 46	Indemnität und Immunität der Abgeordneten
Art. 9	**Vereinigungsfreiheit**		
Art. 10	**Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis**	**Art. 102**	**"Die Todesstrafe ist abgeschafft."**
Art. 11	**Freizügigkeit**	Art. 103 (2)	Nulla poena sine lege (Keine Strafe ohne Gesetz)
Art. 12	Freiheit der Berufswahl		
Art. 13	Unverletzlichkeit der Wohnung	**Art. 116 (2)**	**Recht auf Staatsangehörigkeit**

Die gesamte Auflistung dieser Rechte ist nichts als Makulatur:

Die Besatzungsmächte können sich auf der Grundlage höherrangigen Rechts jederzeit über das Grundgesetz und die darin enthaltenen Grundrechte wie über das gesamte "BRD"-Recht hinwegsetzen und tun dies auch.
Eine Siegermacht / Besatzungsmacht kann jede Tat als Straftat definieren und jede Straftat mit jeder Strafe belegen, einschließlich der Todesstrafe.

Da das übrige Besatzungsrecht und das Kriegsvölkerrecht dem Grundgesetz gegenüber höherrangiges Recht sind, und dies im Grundgesetz auch verankert ist (Artikel 139 "GG") ist beispielsweise die Todesstrafe voll wirksamer Bestandteil des "BRD"-Rechts!
Da die "BRD" selbst nur ein Organ der Besatzungsmächte ist, können sich auch "BRD"-Funktionäre über das Grundgesetz und die "BRD"-Gesetze jederzeit hinwegsetzen. Solange deren jeweilige Vorgesetzte, oder in letzter Instanz die Besatzungsmächte hiergegen nicht einschreiten, sind auch offene Zuwiderhandlungen gegen Grundgesetz und gegen Gesetze der "BRD" durch Bedienstete der "BRD" immer rechtmäßig.

191 *Verordnung zu dem Übereinkommen zur Regelung bestimmter Fragen in Bezug auf Berlin vom 25.09.1990 (BGBL Teil II – 1990 – Nr. 36 vom 02.10.1990*

Das bedeutet im Klartext: Wir sind nicht nur unmittelbar gegenüber den Besatzungsmächten rechtlos, sondern auch und gerade gegenüber Stellen der "BRD", da diese ja die Besatzungsmächte verkörpern.
Ein "BRD"-Richter, ein "BRD"-"Staatsanwalt" oder ein "BRD"-Polizist ist schließlich genauso ein Repräsentant der Besatzungsmächte wie ein alliierter Militärpolizist oder Obama persönlich. Hieraus wird deutlich, wie existentiell wichtig die Beseitigung des "BRD"-Systems für die Herstellung rechtsstaatlicher Verhältnisse ist.

Ein anschauliches Beispiel für die Gültigkeit der Haager Landkriegsordnung hat Edward Snowden geliefert: Snowden hatte als Geheimdienstmitarbeiter der US-Administration unter anderem öffentlich gemacht, daß alle Deutschen im Besatzungsgebiet einschließlich Körperschaften und Funktionäre des "BRD"-Systems von US-Geheimdiensten umfassend bespitzelt werden.

Und dies unter Erfüllung von Straftatbeständen und entgegen den Grundrechten wie sie im "Grundgesetz" formuliert sind wie Brief- Post- und Fernmeldegeheimnis ("GG" Art. 10).

Edward Snowden

Wenn die "BRD" ein Staat wäre, wären durch die entsprechenden Organe der "BRD" sofort strafrechtliche Ermittlungen gegen die Abhörer eingeleitet worden, da es sich schließlich bei den Bespitzelungen um schwere Straftaten gehandelt hat.

Die "BRD" ist jedoch lediglich die von den Besatzern eingesetzte Kolonialverwaltung. Die Funktionäre der "BRD" sind den Besatzungsmächten <u>weisungsgebunden!</u>
Die Funktionäre der "BRD" haben somit ausschließlich die Interessen der Besatzer gegenüber den Deutschen Völkern durchzusetzen.

Eine strafrechtliche Verfolgung der Abhörer verbietet sich deshalb von selbst.

Diese Aussagen sind jedoch noch weiter zu präzisieren. Da sämtliche Akteure im "BRD"-System den Besatzungsmächten <u>weisungsgebunden</u> sind, haben solche Stellen wie der sogenannte "VERFASSUNGSSCHUTZ" selbstverständlich jedes gesammelte Spitzelmaterial an die CIA oder die NSA zu übergeben.
Präzise formuliert, handelt es sich beim "VERFASSUNGSSCHUTZ" lediglich um den verlängerten Arm beziehungsweise um ein Ausführungsorgan der CIA.
Dies braucht dem kleinen Angestellten beim "VERFASSUNGSSCHUTZ" oder beim "BND" auch gar nicht unbedingt bewußt zu sein - er funktioniert ja trotzdem.

1. Völkerrecht

Allgemeines Völkerrecht

– Völkervertragsrecht
– Völkergewohnheitsrecht

Kriegsvölkerrecht

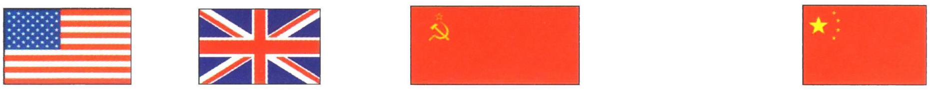
(spezielles Völkerrecht für den Sonderfall des Krieges)

– Haager Landkriegsordnung
– Genfer Konventionen

Handlungsunfähig: Die 26 Einzelstaaten im Staatenbund Deutsches Reich und das Deutsche Reich selbst

2. Siegerrecht des Zweiten Weltkrieges

Siegermächte des Zweiten Weltkrieges ("DREIMÄCHTE"): Siegermacht nur in Fernost



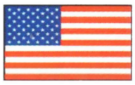
U.S.A (Hauptsiegermacht) **Großbritannien** **Sowjetunion** (Rechtsnachfolger Rußland) **China** (Wahrnehmung der Siegermachtrolle nur im Rahmen der "UN")

1. Konferenz v. Moskau (29.09.- 01.10.1941)
2. Konferenz v. Moskau (12.- 17.08.1942)
Washington-Konferenz "Trident" (12 - 25.05.1943)
1. Konferenz v. Quebec (11.- 24.08.1943)
3. Konferenz v. Moskau (19.10.- 01.11.1943)
Konferenz v. Teheran (28.11.- 01.12.1943,)
Zweite Quebec-Konferenz (06.- 11.09.1944) (mit Morgenthau-Plan)
4. Konferenz v. Moskau (09.- 20.10.1944)
Konferenz v. Kairo (22.- 26.11.1943,)
Konferenz v. Jalta (04.- 11.02.1945)
Konferenz v. Potsdam (17.07.- 02.08.1945)

sowie **Deklaration der Vereinten Nationen (01.01.1942)** und das gesamte Recht der "Vereinten Nationen", z.B. "Allgemeine Erklärung der Menschenrechte" und sämtliche Rechtssätze der "UN", "WHO", "UNESCO" etc.)

3. Besatzungsrecht für Deutschland

(Haupt-) Besatzungsmacht USA (Besatzungsrecht für alle vier Besatzungszonen und -Sektoren)



Rechtssetzung des "obersten Befehllshabers" der alliierten Streitkräfte

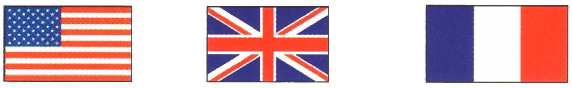
3.1. Proklamation Nr.1 an das "Deutsche Volk" (für alle vier Besatzungszonen und -Sektoren)
3.2. Verordnungen Nr. 1, 2, 3 des obersten Befehlshabers (für alle vier Besatzungszonen und -Sektoren)
3.3. SHAEF-Gesetze (für alle vier Besatzungszonen und -Sektoren)

Besatzungsmächte in Deutschland ("VIER MÄCHTE"):

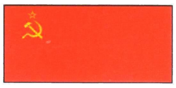
U.S.A **Großbritannien** **Frankreich** **Sowjetunion**

3.4. Abkommen über Kontrolleinrichtungen v. 14.11.1944 (mutmaßlich aufgehoben durch "2+4-Vertrag" 1990)
mit Londoner Protokoll v. 12.09.1944 (mutmaßlich aufgehoben durch "2+4-Vertrag" 1990)
mit Änderungsabkommen v. 01.05.1945 (mutmaßlich aufgehoben durch "2+4-Vertrag" 1990)
3.5. Kontrollrats-Gesetze (mutmaßlich aufgehoben durch "2+4-Vertrag" 1990)
3.6. 2+4-Vertrag v. 1990 / Überleitungsvertrag für Berlin v. 1990

Besatzungsmächte in Westdeutschland ("DREI MÄCHTE"): nicht dabei



U.S.A **Großbritannien** **Frankreich**



Sowjetunion

Für Westdeutschland

3.7. Gesetze / Weisungen der Alliierten Hohen Kommission ("AHK")
3.8. Militärbefehle zur Gründung der Länder 1945-1947
3.9. **Grundgesetz für die "BRD"** (mit Legitimationsschreiben v. 12.05.49)
3.10. Besatzungsstatut (aufgehoben 1954)
3.11. Überleitungsvertrag von 1954
3.12. Notenwechsel von 1990

Für Mitteldeutschland

3.13 SMAD-Befehle
3.14 Verfassung der "DDR" (faktisch aufgehoben 1990)

Rechtsebenen des "BRD"-Systems: Hervorgehoben: Die einzelnen heute noch gültigen Rechtswerke. Man beachte: Höherrangiges Recht bricht niederrangiges Recht!

Bundesministerium der Justiz

Berlin, den 29. März 2004

Postanschrift:
Bundesministerium der Justiz, 11015 Berlin
Hausanschrift: Mohrenstraße 37, 10117 Berlin
Lieferanschrift: Kronenstraße 41, 10117 Berlin
Telefon: 0 18 88 5 80 - 0
(0 30) 20 25 - 70
bei Durchwahl: 0 18 88 5 80 - 95 14
(0 30) 20 25 - 95 14
Telefax: 0 18 88 5 80 - 95 25
(0 30) 20 25 - 95 25

Geschäftszeichen: E 4 - 9161 II E2 355/2004
(bei Antwort bitte angeben)

Schutzbund der Kreditnehmer
Landesverband Hessen e. V.
Postfach 1253
35315 Homberg / Ohm

EINGEGANGEN
31 MRZ 2004

Betr.: Überleitungsvertrag

Bezug: Ihr Schreiben vom 20. März 2004

Sehr geehrter Her[redacted]

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 20. März 2004, mit dem Sie sich nach der Geltung von Artikel 2 des Überleitungsvertrages erkundigt hatten.

Ihre Annahme, wonach Artikel 2 Abs. 1 des Überleitungsvertrages (BGBl. 1955 II S. 405) weiterhin in Kraft sei, ist zutreffend. In der Vereinbarung vom 27. / 28. September 1990 zu dem Vertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den drei Mächten (in der geänderten Fassung) sowie zu dem Vertrag zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen (in der geänderten Fassung) (BGBl.1990 II S. 1386) ist unter Ziffer 3 bestimmt, dass unter anderem Artikel 2 Abs. 1 des Überleitungsvertrages in Kraft bleibt.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

(Dr. Hiestand)

Eines der seltenen Bestätigungsschreiben die man von "BRD"-Stellen auf präzise Fragen früher noch bekommen hatte. Es wird klar geäußert, daß gemäß Notenwechsel von 1990 der Artikel 2 des Teil I des Überleitungsvertrages von 1954 und damit alle Rechte der Besatzungsmächte im "BRD"-System weiterhin in Kraft sind.

Gemäß Artikel 24 der Haager Landkriegsordnung ist die Anwendung von Kriegslisten legitim.[192]

Art. 24 HLKO:

"Kriegslisten ... sind erlaubt."

Dies ist die rechtliche Grundlage dafür, weshalb wir von den Verantwortlichen im "BRD"-System getäuscht und ausgetrickst werden, weshalb wir keine klaren Antworten auf präzise Fragen in Anschreiben erhalten.
Art. 24 HLKO ist die rechtliche Grundlage dafür, weshalb wir von den gleichgeschalteten "BRD"-Lügenmedien von vorn bis hinten belogen werden. Insbesondere werden auch unsere Kinder in den systemtreuen "BRD"-Schulen nach Strich und Faden belogen, vor allem in Fragen der Geschichte der eigenen Nation, des eigenen Staates sowie im Bereich der Sozialkunde. Dies ist die rechtliche Grundlage, weshalb an "BRD"-angeschlossenen Schulen kein Staatsrecht, Völkerrecht oder Menschenrechte gelehrt werden.

192 *RGBl. 1910 Seite 107*

Entsprechend dem rechtlichen Status, den wir als Angehörige der Besatzerverwaltung "BRD" ohne Friedensvertrag haben, haben die USA selbstverständlich auf der Basis des Art. 24 der Haager Landkriegsordnung jederzeit das Recht, jeden hierzulande auszuspionieren. Die Behörden der USA haben das Recht, "BND" oder "VERFASSUNGSSCHUTZ" anzuweisen, Daten zu sammeln und herauszugeben.
Alle Angehörigen der "BRD" sind Personal der Besatzungsmächte und diesen weisungsgebunden, auch und gerade Scholz, Steinmeier etc.
Solche Dinge wie "Postgeheimnis" oder "Fernmeldegeheimnis" stehen lediglich als Makulatur im "Grundgesetz für die BRD". Das übrige Besatzungsrecht, das Siegerrecht des Zweiten Weltkrieges und das Kriegsvölkerrecht sind Bestandteil des "BRD"-Rechts, jedoch dem Grundgesetz gegenüber höherrangig. Die Entrüstung vorspielenden Schlagzeilen in den Medien des "BRD"-Systems und die gespielte Ahnungslosigkeit der "BRD"-Politakteure über die Bespitzelung durch "unsere amerikanischen Freunde" sind deshalb an Scheinheiligkeit nicht zu überbieten.

Immer wieder hört man Lügen von Vertretern des "BRD"-Systems, beispielsweise daß es völkerrechtlich wirksame "Verträge" oder "Abkommen" zwischen der "BRD" und den Besatzungsmächten, insbesondere den USA gebe. Derartige Aussagen sind jedoch völliger Unsinn.
Die USA und die "BRD" können überhaupt keine "Abkommen" oder "Verträge" schließen, sie können noch nicht einmal miteinander "verhandeln"!

Wenn Vertreter der USA mit Funktionären der "BRD" "verhandeln", reden sie mit ihren eigenen Angestellten, die ihnen weisungsgebunden sind. Die USA "verhandeln" so mit sich selbst. Im Bereich der Rechtswissenschaften nennt man derartiges "Selbstkontrahierung".

Da die "BRD" lediglich eine Besatzerverwaltung ist, sind Verträge und Abkommen zwischen der "BRD" und den USA überhaupt nicht möglich! Die Verwendung der Begriffe "Verträge" oder "Abkommen" zwischen den USA und der "BRD" sind deshalb nichts weiter als Etikettenschwindel beziehungsweise Täuschungen. Es sind nur mißbrauchte Begriffe für tatsächliche **Anweisungen** und **Verfügungen** der Besatzer.

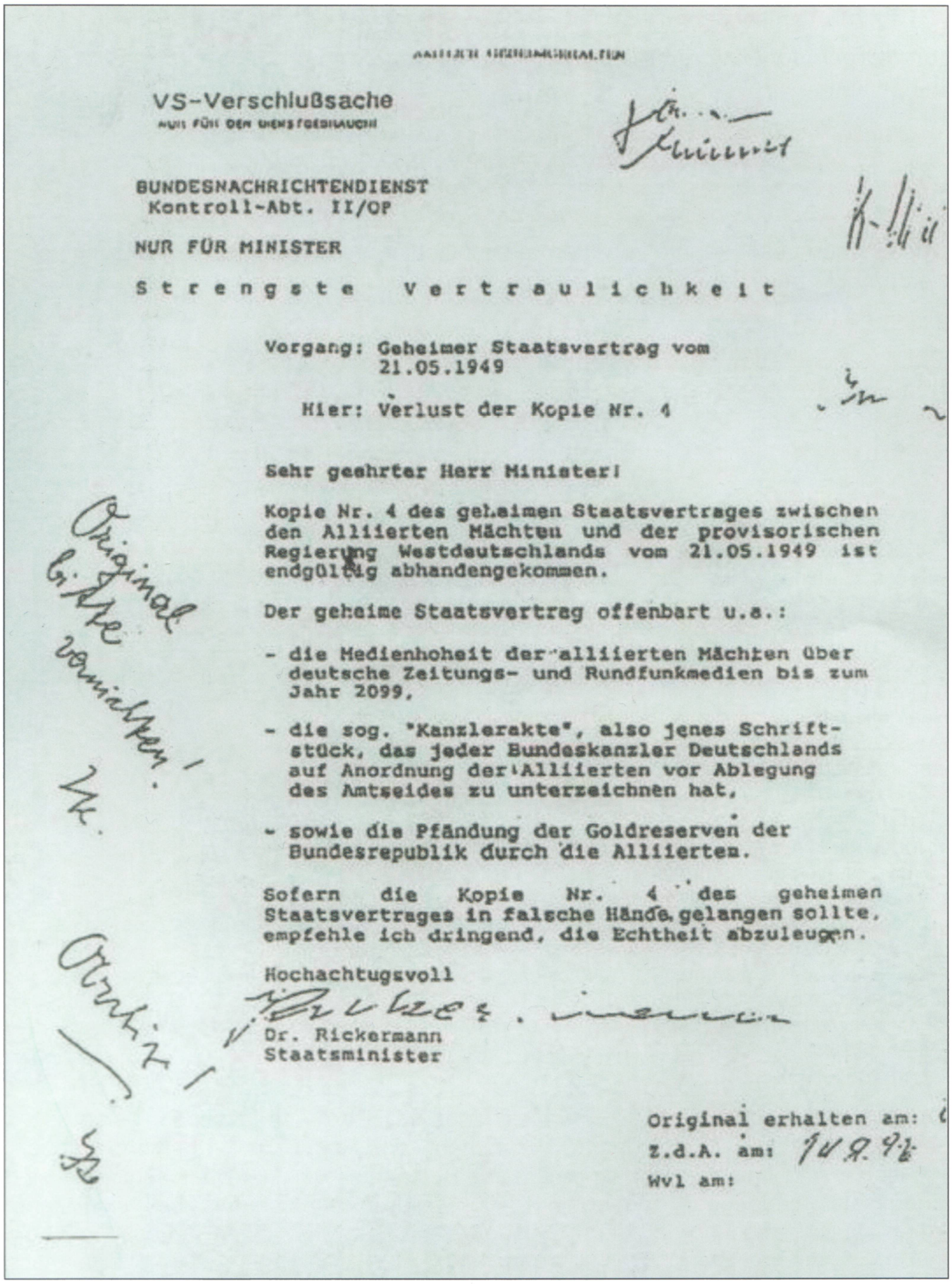
Um zu gewährleisten, daß insbesondere die sogenannten "Bundeskanzler" die Interessen der westlichen Besatzungsmächte verläßlich ausführen, hatten die Besatzungsmächte zudem eine besondere Verfügung getroffen, die im Polit-Jargon als "Kanzlerakte" bekannt geworden ist.
Dabei wurde von den Besatzungsmächten hinter dem Rücken der Öffentlichkeit verfügt, daß der "Bundeskanzler" einen persönlichen Unterwerfungseid unterzeichnet, indem er sich verpflichtet, die Anweisungen der Besatzungsmächte auszuführen.
Beim "Bundeskanzler" handelt es sich somit lediglich um den obersten Angestellten der Besatzer, der die Interessen der Besatzungsmächte im Besatzungsgebiet durchzusetzen hat.

Interessanterweise ist in dieser "Kanzlerakte" auch geregelt, daß bis zum Jahre 2099 die Besatzungsmächte die Medienhoheit im Besatzungsgebiet beanspruchen. Mit Beginn der Besatzung schufen die Besatzungsmächte folgerichtig durch das Verbot der bestehenden Zeitungen und durch ihre Lizenzpolitik die Grundlage für den vollständigen Neuaufbau des Pressewesens sowohl in der "BRD" als auch in der "DDR". Damit ist ersichtlich, weshalb es im "BRD"-System nur gleichgeschaltete "BRD"-Lügenmedien mit Zensur der Besatzer geben kann, und keine freie Presse. Zudem ist in der "Kanzlerakte" festgelegt, daß die Goldreserven des Deutschen Reichs von den Besatzungsmächten bis 2099 beschlagnahmt bleiben.

Das dargestellte geheimdienstliche Dokument ist durch eine Indiskretion an die Öffentlichkeit gelangt, es ist deshalb als Quelle juristisch nicht in klassischer Weise zitierfähig. Es sei jedoch darauf verwiesen, daß die Existenz dieser "Kanzlerakte" in den Memoiren des "BND"-Generals Komossa und in Interviews von Egon Bahr bestätigt wurde.[193,194,195]
Interessanterweise ist in den vergangenen Jahrzehnten die komplette Kontrolle der "BRD" durch die drei westlichen Besatzungsmächte ("Drei Mächte") mehr und mehr in irgendwelchen Hinterzimmern praktiziert worden, um diese Praxis der Öffentlichkeit gezielt vorzuenthalten.

---

193 *Gerd-Helmut Komossa; General a. D. "Die Deutsche Karte"; Ares Verlag , Graz 2007, Seite 21 ff.*
194 *Egon Bahr "Mein Deutschland" in der Zeitung "Die Zeit" vom 14.05.2009*
195 *Egon Bahr "Lebenslüge der Bundesrepublik" in der Zeitung "Junge Freiheit" vom 16.10.2011*



VS-Verschlußsache
NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

BUNDESNACHRICHTENDIENST
Kontroll-Abt. II/OP

NUR FÜR MINISTER

S t r e n g s t e   V e r t r a u l i c h k e i t

Vorgang: Geheimer Staatsvertrag vom 21.05.1949

Hier: Verlust der Kopie Nr. 4

Sehr geehrter Herr Minister!

Kopie Nr. 4 des geheimen Staatsvertrages zwischen den Alliierten Mächten und der provisorischen Regierung Westdeutschlands vom 21.05.1949 ist endgültig abhandengekommen.

Der geheime Staatsvertrag offenbart u.a.:

- die Medienhoheit der alliierten Mächten über deutsche Zeitungs- und Rundfunkmedien bis zum Jahr 2099,
- die sog. "Kanzlerakte", also jenes Schriftstück, das jeder Bundeskanzler Deutschlands auf Anordnung der Alliierten vor Ablegung des Amtseides zu unterzeichnen hat,
- sowie die Pfändung der Goldreserven der Bundesrepublik durch die Alliierten.

Sofern die Kopie Nr. 4 des geheimen Staatsvertrages in falsche Hände gelangen sollte, empfehle ich dringend, die Echtheit abzuleugnen.

Hochachtungsvoll

Dr. Rickermann
Staatsminister

Original erhalten am:
z.d.A. am:
Wvl am:

Geheimdienstliches Dokument über den Verlust eines Exemplars der sogenannten "Kanzlerakte".

Ein relativ aktuelles Beispiel für die Ausübung der obersten Regierungsgewalt im "BRD"-System durch die drei westlichen Besatzungsmächte, ist die Aufhebung und Verfügung von Tausenden Gesetzen in den Jahren 2006, 2007 und 2010 (sogenannte "Bereinigungsgesetze").

Diese Gesetze sind weder im "BUNDESTAG" noch im "BUNDESRAT" diskutiert oder beschlossen worden. Sie wurden von den drei westlichen Besatzungsmächten lediglich verfügt, verlesen, und anschließend im sogenannten "Bundesgesetzblatt" veröffentlicht.

Gerade mit der Verfügung dieser Gesetze ist belegt, daß die Besatzungsmächte hierzulande nichts dem Zufall überlassen und die oberste Regierungsgewalt im "BRD"-System auch heute noch ausüben. Im Jahre 2007 sind die westlichen Besatzungsmächte besonders deutlich geworden. Sie haben damit klargestellt, daß Teile des Besatzungsrechts, die von der "BRD" unrechtmäßig und damit ungültig für aufgehoben erklärt wurden, voll umfänglich in Kraft sind.

Beispielsweise finden sich in Artikel 4 §2 des 2. BMJBBG vom 23.11.2007 folgende unmißverständliche Verfügungen:

2. BMJBBG vom 23.11.2007 Artikel 4 §2:

§2 Aufhebung bundesrechtlicher Vorschriften über die Bereinigung von Besatzungsrecht

Es werden aufgehoben:[196]

1. das Erste Gesetz zur Aufhebung des Besatzungsrechts vom 30.05.1956
2. das Zweite Gesetz zur Aufhebung des Besatzungsrechts vom 30.05.1956
3. das Dritte Gesetz zur Aufhebung des Besatzungsrechts vom 23.07.1958
4. das Vierte Gesetz zur Aufhebung des Besatzungsrechts vom 19.12.1960

Dem weniger aufmerksamen Leser könnte der Interpretationsfehler unterlaufen, das Besatzungsrecht sei aufgehoben worden, was ja im Jahre 2007 ohnehin etwas spät erschiene.

Das Gegenteil ist der Fall:

Die Aufhebung der Aufhebung ist die Wieder-in-Kraft-Setzung!

Das heißt im Jahre 2007 bestätigten die drei westlichen Besatzungsmächte, daß das Besatzungsrecht, welches vor Gründung der "BRD" bestanden hat, als dem Grundgesetz gegenüber höherrangiges Recht von "BRD"-Stellen nicht aufgehoben oder verändert werden kann.

Folgende Rechtssätze der Alliierten des "Ersten" und "Zweiten Weltkrieges" sind Bestandteil des "BRD"-"Rechts", jedoch dem "Grundgesetz" gegenüber höherrangig:

- das Siegerrecht des "Ersten Weltkrieges" - "Versailler Diktat"
- das Siegerrecht des "Zweiten Weltkrieges"
  - die Beschlüsse der Konferenzen von Moskau 1941 bis Potsdam 1945
  - das Recht der "Vereinten Nationen"
- das Besatzungsrecht des "Zweiten Weltkrieges"
  - Proklamation an das deutsche Volk
  - SHAEF-Gesetze
  - Kontrollratsgesetze
  - SMAD Befehle
  - die Weisungen der Alliierten hohen Kommission
  - der Überleitungsvertrag von 1954
  - die Militärbefehle zur Gründung der "Länder" 1945 bis 1947
  - der sogenannte "Zwei-plus-vier-Vertrag von 1990"
  - der Überleitungsvertrag von Berlin von 1990 (Regelung, daß das gesamte Besatzungsrecht nicht nur für Berlin sondern für ganz Deutschland weiterhin in Kraft ist)
  - Notenwechsel aus dem Jahre 1990 (alle Rechte der Besatzungsbehörden weiterhin in Kraft)
  - umfassende Gesetzesverfügungen der Besatzungsmächte 2006 bis 2010 "Bereinigungsgesetze" ohne Mitwirkung von "Bundestag" oder "Bundesrat" (Dabei beispielsweise vollständige Wiederherstellung vormals aufgehobener Teile des Besatzungsrechtes (2. BMJBBG vom 23.11.2007 Art. 4 §2.)).

Die "BRD" mit "Grundgesetz" und ebenso die "Bundesländer" mit ihren "Verfassungen" sind selbst niederrangiges Besatzungsrecht. Das "Potsdamer Abkommen", das Recht der "Vereinten Nationen" oder die SHAEF-Gesetze sind beispielsweise elementarer Bestandteil des "BRD"- Rechts, sie sind dabei dem "Grundgesetz" gegenüber höherrangig. Hier zeigt sich nochmals der signifikante Unterschied zwischen einer Verfassung und dem "Grundgesetz für die BRD". Eine Verfassung ist die höchste Rechtsnorm in einem Staat. Das "Grundgesetz" für die BRD" ist niederrangiges Besatzungsrecht.

Zusammenfassend ist festzustellen, daß die oberste Regierungsgewalt im "BRD"-System nach wie vor von den drei westlichen Besatzungsmächten ausgeübt wird.
Grundlagen hierfür sind:

- **Die "BRD" ist selbst Besatzungsrecht**, allein die nackte Existenz der "BRD" sowie der "Bundesländer" ist auch heute noch ausschließlich vom Willen der Besatzungsmächte abhängig. Die Besatzungsmächte könnten beispielsweise die "BRD" oder die "Länder" jederzeit auflösen.
- **Das Siegerrecht des sogenannten "Ersten" und "Zweiten Weltkrieges" und das Besatzungsrecht, das vor Gründung der "BRD" installiert wurde, ist Bestandteil des "BRD"-Rechts und dem Grundgesetz gegenüber höherrangig** (vgl. **Art. 139 "GG").**
- **weiterhin bestehende Besatzung Deutschlands** beispielsweise durch mindestens 50.000 US-Truppen mit Atomwaffen, ohne daß der "BUNDESTAG" beziehungsweise die "BRD" den Abzug der US-Truppen, ja noch nicht einmal den Abzug von deren Atomwaffen erwirken konnte.
- **Besatzungskosten werden auch heute noch von der "BRD" bei den deutschen Völkern eingetrieben und an die Besatzer überwiesen** (gemäß **Art. 120 "GG"**).

196 *Artikel 4 des Zweiten Gesetzes über die Bereinigung von Bundesrecht im Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums der Justiz vom 23.11.2007; BGBl. I 2007 S. 2614*

- **Überleitungsvertrag von Berlin von 1990** (Regelung, daß das gesamte Besatzungsrecht nicht nur für Berlin sondern für ganz Deutschland weiterhin in Kraft ist) (Beispiel: Verurteilung von A. Schalck-Golodkowski 1996 nach Besatzungsrecht - SHAEF-Gesetz Nr. 53 und Abweisung seiner "Verfassungsbeschwerde" durch das "BUNDESVERFASSUNGSGERICHT" weil keine Rechtsmittel gegen alliiertes Recht im "BRD"-System bestehen.
- **Notenwechsel aus dem Jahre 1990** (alle Rechte der Besatzungsbehörden weiterhin in Kraft, alliierte Beschlagnahme von deutschem Vermögen und keine internationale Klagefähigkeit von Stellen der "BRD" gegenüber alliiertem Recht).
- **Kanzlerakte** (persönlicher Unterwerfungseid eines jeden "Bundeskanzlers" gegenüber den Besatzungsmächten von Adenauer bis Scholz).
- **BUNDESWEHR unter direktem Oberbefehl der USA.**
- **umfassende Gesetzesverfügungen der Besatzungsmächte 2006 bis 2010 ohne Mitwirkung von "BUNDESTAG" oder "BUNDESRAT" (sogen. "Bereinigungsgesetze")** (unter anderem mit Klarstellung, das vormals von "BRD"-Stellen für aufgehoben erklärte Teile des Besatzungsrechts weiterhin als dem "Grundgesetz" gegenüber höherrangig in Kraft bleiben.[197]

Fazit: Das Kriegsrecht des zweiten Weltkrieges ist Bestandteil des "BRD"- Rechts und dem "Grundgesetz" gegenüber höherrangig. Aufgrund folgender rechtlicher Grundlagen haben die drei westlichen Besatzungsmächte nach wie vor ihre Befugnisse:

- Legitimationsschreiben der drei westlichen Militärgouverneure vom 12.05.1949
- Überleitungsvertrag von Berlin von 1990
- Notenwechsel aus dem Jahre 1990
- Kanzlerakte
- Art. 139 "GG"

Die "BRD" wurde von Militärs gegründet, ist somit als Besatzungsverwaltung eine militärische Organisation. Dies ist logisch, da eine Besatzung immer eine militärische Operation darstellt. Jeder Personalangehörige der "BRD" ist damit Militärangehöriger und damit kein Zivilist entsprechend der Haager Landkriegsordnung. Somit hat "BRD"- Personal nur die Rechte von Kriegsgefangenen, nicht die Rechte von Zivilisten entsprechend der HLKO - Haager Landkriegsordnung.
Die nackte Existenz der "BRD" ist auch heute noch vom Willen der Besatzungsmächte abhängig. Die Funktionäre der "BRD" sind den Besatzungsmächten weisungsgebunden. Sie sind damit deren Erfüllungsgehilfen. Es handelt sich folgerichtig bei der "BRD"-"Regierung" um eine Schein- beziehungsweise Marionettenregierung. Auch die Judikative und die Legislative ("BUNDESTAG", "BUNDESRAT") besteht nur aus Personal beziehungsweise Angestellten der Besatzungsmächte.
Die "BRD" ist folglich lediglich ein Fremdherrschaftsinstrument beziehungsweise der verlängerte Arm der Besatzungsmächte.

3.2. "BRD" - eine Besatzerverwaltung ohne Staatlichkeit

Für die Beurteilung der Staatlichkeit der "BRD" gibt es völkerrechtlich verbindliche Kriterien. Die Definition für einen Staat wurde von führenden Rechtswissenschaftlern am Ende des 19. Jahrhunderts entwickelt. Damals gab es neben Staaten noch staatsähnliche Gebilde wie Kolonien oder Schutzgebiete. Beispielsweise hatte es kaum Sinn, Verhandlungen zu führen oder Verträge zu schließen, für die sich im Nachhinein herausstellte, daß sie völkerrechtlich ungültig sind, da eine der verhandelnden Seiten vielleicht hierzu nicht berechtigt war. In jener Zeit wurde die "Drei-Elemente-Lehre" entwickelt, die bis heute die völkerrechtliche Grundlage für die Beurteilung von Staatlichkeit bildet.

Durch die Konvention von Montevideo vom 26.12.1933 ist die Drei-Elemente-Lehre zum internationalen Recht geworden. Mißverständnisse in diesem Bereich sind daher ausgeschlossen.

Nach der Drei-Elemente-Lehre müssen folgende drei Merkmale erfüllt sein, um die Existenz eines Staates feststellen zu können: [198,199,200]

- **Staatsgewalt** *(Schlüsselbegriffe: "Souveränität", Freiheit von Fremdherrschaft)*
- **Staatsgebiet** *(Schlüsselbegriff: "Gebietskörperschaft")*
- **Staatsvolk** *(Schlüsselbegriff: "Staatsangehörige" und "Staatsangehörigkeit")*

---

197 *Zweites Gesetz über die Bereinigung von Bundesrecht im Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums der Justiz vom 23.11.2007; BGBl. I 2007 S. 2614*

198 *Georg Jellinek; "Allgemeine Staatslehre" Bd. 1; Berlin 1900; 2. Aufl. 1905, S. 381–420*

199 *Alfred Katz, "Staatsrecht. Grundkurs im öffentlichen Recht"; 18. Aufl. 2010, S.13.*

200 *Christian Seiler, "Der souveräne Verfassungsstaat zwischen demokratischer Rückbindung und überstaatlicher Einbindung"; Mohr Siebeck, Tübingen 2005, S. 49 Anm. 354: "Die Drei-Elemente-Lehre setzte sich im Völkerrecht allgemein durch. Vertraglich definiert wurde sie soweit ersichtlich nur in Artikel 1 der Montevideo-Konvention von 1933 über die Rechte und Pflichten der Staaten…*

Aus den genannten internationalen Regelungen folgt zwingend, daß alle diese drei Kriterien gleichzeitig erfüllt sein müssen, ansonsten handelt es sich bei dem zu beurteilenden Konstrukt eben nicht um einen Staat!
Interessanterweise erfüllt die "BRD" dabei noch nicht einmal ein einziges dieser drei völkerrechtlich notwendigen Kriterien für einen Staat:

3.2.1. "BRD" ohne Staatsgewalt

Wie bereits im Kapitel unter "3.1. "BRD" - ein Fremdherrschaftsinstrument" ausgeführt, verfügt die "BRD" über keine eigene hoheitliche Gewalt.

- Die sogenannten "Länder" und späteren "Bundesländer" sind in den Jahren 1945 bis 1946 von allen vier Besatzungsmächten per Militärbefehl gegründet worden - einzige Legitimation der sogenannten "Bundesländer" sind die jeweiligen Militärbefehle.
- Die "BRD" selbst ist 1949 von den drei westlichen Besatzungsmächten gegründet worden - einzige Legitimation ist das Legitimationsschreiben vom 12.05.1949 mit umfassenden Auflagen und Einschränkungen.
- Das Kriegsrecht des "ersten" und "zweiten Weltkrieges" und das Besatzungsrecht, welches vor Gründung der "Bundesländer" und der "BRD" etabliert wurde, ist entsprechend Art. 139 "Grundgesetz" dem "Grundgesetz" gegenüber nach wie vor höherrangig.
- "BRD" und "Bundesländer" sind somit selbst niederrangiges Besatzungsrecht. Die Fortgeltung des dem Grundgesetz gegenüber höherrangigen Besatzungsrechts ergibt sich zusätzlich aus:
  - Überleitungsvertrag von Berlin von 1990 (Regelung, daß das gesamte Besatzungsrecht nicht nur für Berlin sondern für ganz Deutschland weiterhin in Kraft ist)
  - Notenwechsel aus dem Jahre 1990 (alle Rechte der Besatzungsbehörden weiterhin in Kraft)
  - umfassende Gesetzesverfügungen der Besatzer 2006 bis 2010 ohne Mitwirkung von "Bundestag" oder "Bundesrat", sogen. "Bereinigungsgesetze" (Dabei vollständige Wiederherstellung vormals aufgehobener Teile des Besatzungsrechtes (2. BMJBBG vom 23.11.2007 Art. 4 §2).

Fazit: Das "BRD"-System verfügt über keinerlei Souveränität beziehungsweise über keinerlei eigene hoheitliche Gewalt. Das Siegerrecht des "Ersten" und "Zweiten Weltkrieges" und das Besatzungsrecht von vor Gründung der "Bundesländer" und der "BRD", somit alle Rechte der Besatzer sind nach wie vor in Kraft und dem "Grundgesetz" gegenüber höherrangig. Folgerichtig ist die Besatzerverwaltung "BRD" nur der verlängerte Arm der Besatzer. Auch "BRD"- Funktionärsbonzen sind nur Angestellte der Besatzer und diesen weisungsgebunden. **Es muß deshalb geschlossen werden, daß das Kriterium einer eigenen hoheitlichen Gewalt von der "BRD" nicht erfüllt wird. Die "BRD" ist folglich allein wegen des Fehlens dieses völkerrechtlich notwendigen Kriteriums der Drei-Elemente-Lehre nicht als Staat anzusehen**

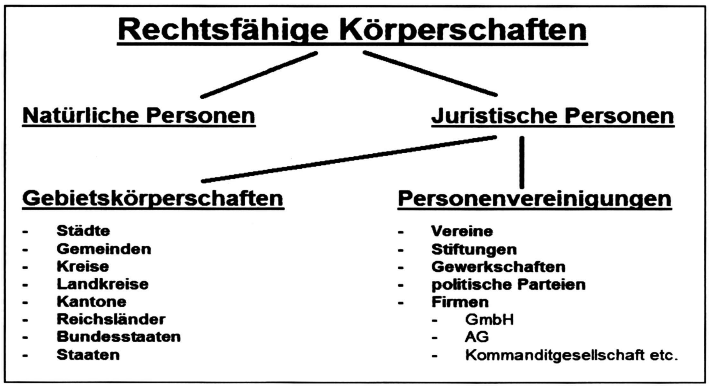
3.2.2. "BRD" ohne Staatsgebiet

Juristen unterscheiden zwei Arten von Körperschaften, auch "Personen" genannt. Einerseits gibt es natürliche Personen und andererseits juristische Personen.

Eine natürliche Person ist ein Mensch (als beseeltes Wesen) ab dem Zeitpunkt seiner Geburt in seiner Rolle als Rechtssubjekt, d.h. als Träger von Rechten und Pflichten gegenüber anderen Personen und gegenüber dem Staat.

Eine juristische Person hingegen ist eine Vereinigung von natürlichen Personen (oder eine Vermögensmasse), die aufgrund gesetzlicher Anerkennung rechtsfähig ist, das heißt selbst Träger von Rechten und Pflichten sein kann, dabei aber keine natürliche Person ist.
Dabei bestehen innerhalb der juristischen Personen signifikante Unterschiede. Es gibt zwei Arten von juristischen Personen:

1. *Gebietskörperschaften (z.B. Staaten, Bundesstaaten, Kantone, Gemeinden, Kommunen, Landkreise etc.)*
2. *Personenvereinigungen (Firmen, politische Parteien, Gewerkschaften, Vereine, Stiftungen etc.).*



Einteilung von rechtsfähigen Körperschaften. Von besonderer Bedeutung ist die Gegenüberstellung von Gebietskörperschaften und Personenvereinigungen

Gebietskörperschaften

definieren ihr Recht für ein bestimmtes Gebiet und wenden dieses nur in ihrem Gebiet ("Hoheitsgebiet") an. Das Recht einer Gebietskörperschaft gilt für alle Menschen und Personen, solange sie sich im Gebiet dieser Gebietskörperschaft befinden, und muß deshalb gegenüber Jedermann in diesem Gebiet angewendet werden ("ohne Ansehen der Person").

Man bezeichnet das Handeln einer Gebietskörperschaft auch als "hoheitliches Handeln". "Hoheitliches Handeln" ist immer gebietsbezogenes Handeln. Man spricht auch von der Ausübung von Hoheitsgewalt, da die Gebietskörperschaft die höchste Gewalt in ihrem Territorium ausübt.

Aufgrund der Kriterien der Drei-Elemente-Lehre muß ein Staat ein definiertes Gebiet haben. Ein Staat ist somit immer eine Gebietskörperschaft. Aber nicht jede Gebietskörperschaft ist ein Staat. Beispielsweise ist eine staatliche Gemeinde auch eine Gebietskörperschaft, jedoch ohne ein Staat zu sein. Dies ergibt sich aus der Tatsache, daß eine staatliche Gemeinde kein eigenes Staatsangehörigkeitsrecht hat.

Personenvereinigungen

definieren demgegenüber ihr Recht für einen bestimmten Personenkreis, unabhängig vom Aufenthaltsort, also unabhängig von einem Territorium.

Ist man beispielsweise Mitglied in einem Sportverein (Personenvereinigung), muß man das Recht dieses Vereins einhalten, egal wo man sich befindet.

Reisen Mitglieder des Vereines beispielsweise von Deutschland nach Italien (um an Sportwettkämpfen teilzunehmen), und ein Mitglied verstößt gegen irgendeine Regel des Vereins, die zum Ausschluß aus dem Verein führen kann (beispielsweise Doping), so kann sich dieses Vereinsmitglied nicht darauf berufen, daß sich der Vorfall im Ausland ereignet habe, und deshalb keine vereinsrechtlichen Folgen haben könne.

Ein weiteres Beispiel ist der Abschluß von Verträgen durch Vertreter von verschiedenen Firmen (Personenvereinigungen). Es ist völlig unerheblich, in welchem Land Firmenvertreter sich treffen und Verträge abschließen. Beispielsweise könnten zwei in Deutschland ansässige Firmen auch am Südpol oder auf dem Mond Verträge abschließen, es kann sich im Nachhinein keine der beiden Seiten darauf berufen, der Vertrag sei ungültig, weil er nicht in Deutschland abgeschlossen worden sei.

Etwas anderes ist es jedoch mit dem Recht einer Gebietskörperschaft. Wenn beispielsweise jemand irgendeine Tat begeht, die nach dem Recht einer Gebietskörperschaft (beispielsweise eines Staates) einen Straftatbestand erfüllt, ist für die rechtlichen Konsequenzen absolut entscheidend, in welchem Gebiet sich der Vorfall ereignet hat.

Man stelle sich einmal vor, daß zwei Franzosen in den Alpen wandern gehen. Plötzlich geraten sie in Streit und der eine bringt den anderen um. Nun stellt sich heraus, daß sich der Vorfall bereits in dem Gebiet Italiens ereignet hat, was den Beteiligten nicht bewußt war, da sie sich verlaufen hatten.

Es sind für diesen Fall nun ganz eindeutig die italienische Polizei und italienische Gerichte zuständig. Es kann somit nicht einfach ein französischer Polizist oder ein französischer Richter den Fall behandeln, weil es sich etwa bei den beiden Beteiligten um Franzosen handele, oder der Vorfall sich nur wenige Meter jenseits der Grenze ereignet habe.

Es leuchtet jedem Leser sofort ein, daß hier entscheidend ist, in welchem Hoheitsgebiet sich unser Beispielfall ereignet hat.

Eine besondere Kuriosität stellt der Umstand dar, daß seit dem Jahre 1990 das "Grundgesetz", seinen territorialen Geltungsbereich nicht mehr definiert. Zuvor gab es noch den Artikel 23 (alte Fassung) in dem der territoriale Geltungsbereich bestimmt wurde.

Artikel 23 "Grundgesetz" alte Fassung (1990 durch die Alliierten aufgehoben):

Zitat

1. ***"Dieses Grundgesetz gilt zunächst im Gebiete der Länder Baden, Bayern, Bremen, Groß-Berlin, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern.***

2. ***In anderen Teilen Deutschlands ist es nach deren Beitritt in Kraft zu setzen."***

Im Rahmen der Ereignisse von 1990 wurde avisiert, daß die mitteldeutschen "Länder" dem "Grundgesetz" gemäß Artikel 23 Satz 2 beitreten. Nach Abschluß dieses Beitritts wollte man angeblich keine Lösung bestehen lassen, die es weiteren Gebietsteilen des Deutschen Reichs ermöglicht hätte, ebenfalls dem Grundgesetz beizutreten. Dies begründete man mit möglichen Mißstimmungen auf Seiten diverser Nachbarländer. Dabei besteht jedoch folgende interessante Besonderheit:
Hätte man lediglich verhindern wollen, daß nach 1990 weitere Gebiete Deutschlands dem Grundgesetz beitreten können, hätte es genügt, nur den zweiten Satz aufzuheben, in dem es hieß:

2. ***" In anderen Teilen Deutschlands ist es nach deren Beitritt in Kraft zu setzen."***

Man hat jedoch aus gutem Grund den gesamten Artikel 23 (alte Fassung) komplett aufgehoben. Somit hat man auch den Satz 1 des Artikels 23 entfernt, in dem der territoriale Geltungsbereich definiert war. Dies wurde im "Bundesgesetzblatt" am 28.09.1990 im Rahmen der Veröffentlichung des "Einigungsvertragsgesetzes" verkündet.

Artikel 10 "Einigungsvertragsgesetz":[201]

"Dieses Gesetz tritt am Tag nach seiner Verkündung in Kraft."

Somit ist seit dem 29.09.1990 der gesamte Artikel 23 aufgehoben und kein territorialer Geltungsbereich mehr für das "Grundgesetz" beziehungsweise für die "BRD" definiert.

Zwar wird von "BRD"-Vertretern behauptet, daß der territoriale Geltungsbereich nunmehr in der "Präambel des Grundgesetzes" bestimmt sei. Hierauf ist zu erwidern:

1. Eine Präambel hat keinerlei Rechtsverbindlichkeit. Wie jedem Juristen bekannt, handelt es sich bei einer Präambel lediglich um ein freundliches Vorwort. Jedwede Normen, die Rechtswirksamkeit entfalten sollen, müssen in Artikeln und Paragraphen gelistet sein.
2. Beim genauen Lesen fällt zudem zwingend auf, daß auch in der Präambel des "Grundgesetzes" lediglich ein Personenkreis definiert wird, für den das beschriebene Gesetzeswerk gelten soll, und nicht ein Territorium, in dem dieses Recht gegenüber Jedermann angewendet werden muß:

Präambel "Grundgesetz":

..."hat sich das Deutsche Volk ... dieses Grundgesetz gegeben.
"Damit gilt dieses Grundgesetz für das gesamte Deutsche Volk". *(also für einen Personenkreis und eben nicht für ein Territorium - Anm. d. Verf.).*

Beispielsweise haben sich laut dieser Präambel die Türken, Italiener, Griechen, Russen etc. die hierzulande leben, dieses "Grundgesetz" nicht gegeben und können somit vermutlich selbst entscheiden, ob sie sich diesem Recht unterordnen wollen oder nicht. Gleiches gilt vermutlich für die sogenannten "Flüchtlinge" die in vielen Fällen ganz offensichtlich wohl auch selbst entscheiden, sich dem "BRD"-Recht nicht unterzuordnen.

Durch die Behauptung diverser "BRD"-Vertreter, daß der territoriale Geltungsbereich des "Grundgesetzes" in dessen Präambel rechtsverbindlich geregelt werden könne und darin auch tatsächlich geregelt sei, soll offenbar der Öffentlichkeit suggeriert werden, daß es sich bei der "BRD" um eine Gebietskörperschaft beziehungsweise um einen Staat handelt.
Derartige Lügen sind ein sehr anschauliches Beispiel dafür, wie von Seiten der "BRD"-Funktionäre versucht wird, die Menschen hierzulande zu desinformieren und zu manipulieren.

201 *BGBl. II Seite 885, 890, v. 23.09.1990, Geltung ab 29.09.1990*

Nebenbei:
Auch im 1990 geänderten Artikel 146 des "Grundgesetzes" heißt es:[202]

(1) ***"Dieses Grundgesetz, das ..... für das gesamte deutsche Volk gilt, ..."***

(2) ***"Die Deutschen in den Ländern ... haben ... die Einheit ... vollendet."***

(3) ***"Damit gilt dieses Grundgesetz für das gesamte Deutsche Volk."***

Also auch im Artikel 146 des "Grundgesetzes" wird nur ein Personenkreis definiert und kein Territorium!

Mit Gründung der "BRD" wurde ihr gestattet, Gesetze des Deutschen Reichs von 1871 zu ihren eigenen Regeln zu erklären und anzuwenden. Hierdurch gab es in den jeweiligen Einführungsgesetzen zu den einzelnen Gesetzeswerken (beispielsweise Strafprozeßordnung, Gerichtsverfassungsgesetz etc.) Regelungen zum territorialen Geltungsbereich. Es wurde dann immer "das gesamte Reichsgebiet" als territorialer Geltungsbereich benannt.
Mit den bereits geschilderten Verfügungen der Besatzer in Form der "Bereinigungsgesetze" in den Jahren 2006 bis 2010 sind jedoch diese Einführungsgesetze aufgehoben worden und damit sämtliche territorialen Bezüge aus allen Gesetzen komplett entfernt worden. Somit findet sich heute in keiner Regelung des "BRD"-Systems mehr ein territorialer Bezug.

Fazit: Mit Aufhebung des Artikels 23 (alte Fassung) des "Grundgesetzes" durch die Besatzer im Jahre 1990 sowie mit der expliziten Entfernung der territorialen Geltungsbereiche aus sämtlichen "BRD"-"Gesetzen" durch die Besatzer in den Jahren 2006 bis 2010 ("Bereinigungsgesetze") ist die "BRD" nach ihren eigenen Regeln nur noch eine Personenvereinigung und keine Gebietskörperschaft mehr.
Die "BRD" hat kein Hoheitsgebiet, sie kann deshalb kein Staat sein, da auch dieses völkerrechtlich notwendige Merkmal eines Staates nach der Drei-Elemente-Lehre im "BRD"-System nicht erfüllt ist.

3.2.3. "BRD" ohne Staatsvolk

Der Begriff "Volk" bedeutet staatsrechtlich eine Kurzform für den Begriff Staatsvolk. Das Staatsvolk ist die Gesamtheit aller Staatsangehörigen. Hiervon zu unterscheiden ist der Begriff "Bevölkerung". Letzteres umfaßt alle Menschen, die sich in einem definierten Hoheitsgebiet längerfristig aufhalten, ohne Angehörige des Staates sein zu müssen, beispielsweise auch ausländische Studenten, Wanderarbeiter, ausländische Geschäftsleute etc.
Die Unterscheidung zwischen "Volk" beziehungsweise "Staatsvolk" einerseits und "Bevölkerung" andererseits ist sehr bedeutsam. Schließlich sind in staatlich relevanten Fragen selbstverständlich nur Angehörige des Staatsvolks abstimmungsberechtigt. Dies betrifft beispielsweise Wahlen, Volksentscheide, Volksbefragungen oder Volksabstimmungen. Dabei ist nicht entscheidend, wo sich diese Staatsangehörigen längerfristig aufhalten. Solange sie Angehörige des Staates sind, sind sie mitsprache- und abstimmungsberechtigt. Dies zeigt sich beispielsweise daran, daß bei Wahlen die im Ausland lebenden Staatsangehörigen in aller Regel die Möglichkeit haben, in den jeweiligen Auslandsvertretungen beziehungsweise Botschaften oder Konsulaten des Staates zu wählen.
Üblicherweise wird von Vertretern des "BRD"-Systems für die von ihnen verwalteten Menschen in Deutschland der Begriff "Bevölkerung" verwendet, denn ein Volk beziehungsweise Staatsvolk hat die "BRD" schließlich nicht, und auch "BRD"-Funktionärsbonzen wollen offenbar nicht offen lügen, zumindest wenn es sich vermeiden läßt. Es gibt auf der ganzen Welt keinen einzigen Menschen, der Staatsangehöriger der "Bundesrepublik Deutschland" wäre. Dies folgt zwingend aus der Tatsache, daß es keine Staatsangehörigkeit der "Bundesrepublik Deutschland" gibt. Schaut man sich die Regelungen des "BRD"-Systems an, in denen beschrieben wird, wer von der "BRD" verwaltet wird, vermißt man Sätze wie:
"Staatsangehöriger der Bundesrepublik Deutschland ist, wer ... (diese oder jene Voraussetzungen erfüllt...)"

Über wen die "BRD" Herrschaftsgewalt ausübt, wird im Artikel 116 des "Grundgesetzes" sowie im sogenannten "Staatsangehörigkeitsgesetz" beschrieben.

Grundgesetz Art. 116:[203]

(1) ***"Deutscher im Sinne dieses Grundgesetzes ist ... wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt ...".***

---

[202] *Art 146 Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland*

[203] *Art 116 / 1 Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland*

Dabei ist die sogenannte "deutsche Staatsangehörigkeit" eine Erfindung von Adolf Hitler, wie sie in seiner Verordnung vom 05.02.1934 definiert wurde:

"Auf Grund des Artikels 5 des Gesetzes über den Neuaufbau des Reichs vom 30.01.1934 (RGBl. I. Seite 75) ***wird folgendes verordnet:"***

§ 1 (1) ***"Die Staatsangehörigkeit in den deutschen Ländern fällt fort.***

(2) ***Es gibt nur noch eine deutsche Staatsangehörigkeit (Reichsangehörigkeit)."***

Der oben zitierte Satz des Art. 116 Abs. 1 des "Grundgesetzes" lautet deshalb mit anderen Worten:

(1) ***"Deutscher im Sinne dieses Grundgesetzes ist .... wer die unmittelbare Reichsangehörigkeit*** (nach nationalsozialistischer Definition) ***besitzt ... ".***

LANDKREIS DEMMIN
DER LANDRAT

Landkreis Demmin · Der Landrat · PF 12 54 · 17102 Demmin

HAUPTDIENSTGEBÄUDE
Hausanschrift:
Adolf-Pompe-Straße 12 - 15
17109 Demmin

Postfachanschrift:
Postfach 12 54 ☎ Vermittlung (0 39 98) 4 34-0
17102 Demmin Telefax (0 39 98) 4 34-2 30

NEU: www.landkreis-demmin.de

Frau
[redacted]

17153 Stavenhagen

Amt Ordnungsamt	
Ihr Ansprechpartner Frau Affeldt	Zimmer 319
Sie finden uns Hanseufer 3	☎ Tel.-Nr.: (0 39 98) 4 34-3 85
E-Mail-Adresse	

Datum und Zeichen Ihres Schreibens	Mein Zeichen	Ort	Datum
	33.30.20	Demmin	1. März 2006

Antrag auf Einbürgerung vom 24. November 2005

Sehr geehrte Frau [redacted],

eine Grundvoraussetzung für eine Antragstellung auf Einbürgerung ist, dass der Antragsteller Ausländer ist.

Sie geben an, Staatsbürgerin der DDR zu sein und die Staatsangehörigkeit der Bundesrepublik Deutschland erwerben zu wollen.

Personen, die die Staatsangehörigkeit der ehemaligen DDR besaßen, waren aber auch deutsche Staatsangehörige. Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Beschluss vom 21. Oktober 1987 – 2BvR 373/83 – BVerfGE 77, 137 Ausführungen zum Fortbestand der einheitlichen deutschen Staatsangehörigkeit gemacht. Daraus ergibt sich, dass der Erwerb der Staatsbürgerschaft der DDR zum Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit geführt hat. Grundsätzlich sind alle Personen, die bis zum Ablauf des 2. Oktober 1990 die Staatsbürgerschaft der DDR besessen haben, mit der Herstellung der Einheit Deutschlands – in den Grenzen des ordre public – deutsche Staatsangehörige geblieben. Die Bundesrepublik Deutschland hatte am Fortbestand einer für alle Deutschen geltenden gemeinsamen deutschen Staatsangehörigkeit im Sinne des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes (RuStAG jetzt StAG) von 1913 stets festgehalten. Aus dem Grundsatz des Fortbestandes des deutschen Staatsvolkes folgt, dass es eine Staatsangehörigkeit der Bundesrepublik Deutschland, deren Erwerb Sie anstreben, nicht gibt.

AUSSENSTELLE ALTENTREPTOW
Brunnenstr. 6 — Postfach 15 69
17087 Altentreptow — 17081 Altentreptow
☎ Vermittlung (0 39 61) 2 70-0
Telefax (0 39 61) 2 70-2 00

AUSSENSTELLE MALCHIN
Fritz-Reuter-Platz 9 — Postfach 12 62
17139 Malchin — 17132 Malchin
☎ Gesundheitsamt (0 39 94) 2 99 98 84
Jugendamt (0 39 94) 23 98 99
Telefax (0 39 94) 23 99 79

KONTO DER KREISKASSE
Sparkasse Neubrandenburg-Demmin
Kto.-Nr. 310007305
(BLZ 150 502 00)

2

Ein Antrag auf Einbürgerung kann nur ein Ausländer stellen, also eine Person, die nicht Deutscher im Sinne des Art. 116 Abs. 1 Grundgesetz ist. Ihrer Antragstellung nach zu beurteilen, ist dies bei Ihnen offensichtlich nicht der Fall.

Es wird Ihnen hiermit Gelegenheit gegeben Ihren gestellten Antrag schriftlich zurückzunehmen.

Dieses Schreiben ist gleichzeitig eine Anhörung im Sinne des § 28 des Verwaltungsverfahrensgesetzes.

Mit freundlichem Gruß

Im Auftrag

Affeldt

Die Übereinstimmung der vorstehenden/~~umstehenden Abschrift~~/Vervielfältigung mit

dem Antrag auf Einbürgerung v. 24. November 2005
(genaue Bezeichnung des Schriftstückes)

wird hiermit amtlich beglaubigt.
Die amtliche Beglaubigung dient zur Vorlage bei

Selbst
(Behörde)

LANDKREIS DEMMIN

Demmin, den 10. August 2007
Landkreis Demmin
Der Landrat
im Auftrag i.A. Riesebeck
(Unterschrift)

Immer noch einer der Klassiker: Anschreiben des "Landkreises Demmin" vom 01.03.2006: Auf Blatt 1, den untersten Zeilen wird klar zum Ausdruck gebracht, daß es eine Staatsangehörigkeit "Bundesrepublik Deutschland" nicht gibt.

Inspiriert von diesem Schreiben könnte man meinen, daß jeder in gleicher Weise verfahren könnte: Um vom Unwissen zum Wissen zu gelangen, müßte nun jeder die "BRD"-"Behörden" selbst anschreiben können, und so aufschlußreiche Antworten erhalten. Keine Antwort ist ja unter Umständen auch eine Antwort. Allerdings kann man diese Vorgehensweise nicht mehr empfehlen, da "BRD"-Stellen Menschen, die für das "BRD"-System unangenehme Fragen stellen, in einer Zentralstelle in Dresden registriert werden, um diese Menschen in faschistischer Weise zu terrorisieren, beispielsweise mit Berufsverbot, Führerscheinverbot oder Waffenverbot etc.
Im vorliegenden Falle hat die betreffende "BRD"-Stelle "Der Landkreis Demmin" jedoch geantwortet, was heutzutage nicht mehr passieren würde. "BRD"-Stellen haben mittlerweile intern die Anweisung, derartige Anfragen zu ignorieren, und dem Antragsteller noch nicht einmal mehr zu bestätigen, daß seine Anfrage überhaupt eingegangen ist.

"Personalausweise" gibt es inzwischen in allen "EU"-"Ländern". Auch die Reisepässe der "EU"-"Länder" wurden seit 2008 nach und nach geändert, es wird weder in "Personalausweisen" noch in "Reisepässen" als ausstellende Körperschaft ein Staat sondern eine Firma benannt (beispielsweise nicht mehr "Königreich Belgien" sondern nur noch "Belgien") und es wird die Staatsangehörigkeit nicht mehr eingetragen, nur noch ein entsprechendes Adjektiv – analog zu "DEUTSCH".
Somit wurde das Versklavungssystem im Handelsrecht, mit dem die Drahtzieher des "BRD"-Systems bereits seit 1949 umfassend Erfahrungen sammeln konnten, allmählich auf sämtliche "Länder" der "EU" ausgedehnt.
In der "BRD"-Propaganda wird behauptet, mit dem Begriff "Personalausweis" habe es schon seine Richtigkeit, schließlich haben andere "EU"-"Länder" wie Österreich auch Personalausweise und frühere Ausweise aus der "DDR", dem "Dritten Reich", oder der "Weimarer Republik" seien mitunter auch als "Personalausweise" bezeichnet worden. Hierzu ist zu bemerken, daß mit der "Weimarer Republik" die Entrechtung der deutschen Völker durch Fehlen jeder Staatlichkeit begonnen hatte. "Weimarer Republik" "Drittes Reich", "DDR" und "BRD" waren ohne Staatsangehörigkeit, damit ohne Staatsvolk und somit keine Staaten. Zur Zeit des letzten legitimen staatlichen Rechts auf deutschem Boden, das heißt vor dem 30.07.1914 hat es definitiv keine "Personalausweise" als Dokumente irgendeines Staates gegeben.

Wie im Artikel 116 Abs. 1 des "Grundgesetzes", so wird auch im sogenannten "Staatsangehörigkeitsgesetz" nicht etwa eine Staatsangehörigkeit der "Bundesrepublik Deutschland" definiert, sondern lediglich die "deutsche Staatsangehörigkeit" (nach nationalsozialistischer Definition von 1934) beschrieben. Da es sich bei der "BRD" nicht um einen Staat handelt, kann die "BRD" auch keine eigene Staatsangehörigkeit definieren beziehungsweise vergeben. Folgerichtig findet sich in den sogenannten "Personaldokumenten" der "BRD" ("Bundespersonalausweis" oder "Reisepaß") unter der Rubrik "Staatsangehörigkeit" nicht etwa der Eintrag "Bundesrepublik Deutschland", wie man es erwarten dürfte, sofern die "BRD" tatsächlich ein Staat wäre. Stattdessen steht dort "DEUTSCH".
Einen Staat namens "DEUTSCH" gibt es jedoch nicht.
Die "deutsche Staatsangehörigkeit" war seit ihrer Erfindung von Adolf Hitler schon immer eine Form der Staatenlosigkeit, weil das "Dritte Reich" kein Staat war.
Unter der Rubrik >>Staatsangehörigkeit<< muß immer die korrekte Bezeichnung des Staates stehen, ansonsten wird eine Form der Staatenlosigkeit ausgewiesen! Selbst Rechtschreibfehler sind fatal.

In früheren staatlichen Pässen wurde die Rubrik >>Staatsangehörigkeit<< gar nicht aufgeführt. Es war klar, daß ein Paß nur derjenige bekommen konnte, der dem ausstellenden Staat auch angehörte.
Die Rubrik >>Staatsangehörigkeit<< wurde offenbar erst eingeführt, als man die Menschen mit einem Falscheintrag betrügen und entrechten wollte. Mit der Unterschrift unter einen Antrag auf Ausstellung eines "Bundespersonalausweises" mit dem Eintrag "DEUTSCH" verzichtet man dann freiwillig auf die Rechte, die sich aus der Staatsangehörigkeit ergeben.

Links: "BRD"-"Personalausweis" mit falschem Eintrag der Staatsangehörigkeit "DEUTSCH".

Wie sich zeigt, kann die "BRD" somit nach ihren eigenen Regeln lediglich die Angehörigen des sogenannten "Dritten Reiches" verwalten, sie vergibt jedoch keine eigene Staatsangehörigkeit!

Fazit: Die "BRD" wurde von den Besatzungsmächten nicht als Staat konzipiert. Folgerichtig vergibt oder definiert sie keine eigene Staatsangehörigkeit. Die "BRD" hat somit kein Staatsvolk. Folglich kann die "BRD" kein Staat sein, weil auch dieses völkerrechtlich notwendige Kriterium eines Staates, ein Staatsvolk, entsprechend der Drei-Elemente-Lehre im "BRD"-System nicht erfüllt ist.

3.2.4. "BRD" ohne Verfassung

Das Vorhandensein einer niedergeschriebenen Verfassung oder Verfassungsurkunde ist zwar nach der Drei-Elemente-Lehre kein völkerrechtlich notwendiges Kriterium für einen Staat. Wenn jedoch eine Verfassung vorhanden ist, dann ist sie definitionsgemäß die höchste Rechtsnorm eines Staates.
Eine Verfassung braucht damit zwei Gegebenheiten: 1. Höchstrangigkeit und 2. Staatlichkeit.
Das heißt, ein wie auch immer geartetes Verwaltungskonstrukt, welches kein Staat ist, kann somit zwar irgendein Grundregelwerk haben, es ist jedoch staats- und völkerrechtlich nicht statthaft, dieses Grundregelwerk dann "Verfassung" zu nennen.
Ein anschauliches Beispiel ist die Erstellung von sogenannten "Verfassungen" für die sogen. "Bundesländer". Da es sich bei den "Bundesländern" nicht um Staaten handelt (ohne eigenes Staatsangehörigkeitsrecht bzw. Staatsvolk und ohne eigene Staatsgewalt bzw. Souveränität), ist der Begriff "Verfassung" für diese Grundregelwerke nicht statthaft. Die Tatsache, daß über diese Grundregelwerke einmal von irgendwem abgestimmt wurde, ändert hieran nichts.
Daß man im "BRD"-System die Grundregelwerke der "Bundesländer" als "Verfassungen" bezeichnet, ist ein sehr anschauliches Beispiel für Täuschung, Desinformation und Manipulation.

Um der Öffentlichkeit vorzugaukeln, die "BRD" sei ein Staat, wird von "BRD"-Vertretern immer wieder behauptet, das "Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland" sei eine Verfassung. Dies ist jedoch eine ziemlich dreiste Lüge.

Zum besseren Verständnis ist die Rede des Stellvertreters des sogenannten "Parlamentarischen Rates", Prof. Carlo Schmid vom 08.09.1948 hilfreich.[204]

204 *Rede des Abgeordneten Carlo Schmid im Parlamentarischen Rat, 08.09.1948 in Der Parlamentarische Rat 1948 – 1949, Akten und Protokolle, Band 9, Plenum, Harald Boldt Verlag im R. Oldenbourg Verlag München 1996*

"Meine Damen und Herren! .....
Worum handelt es sich denn eigentlich bei dem Geschäft, das wir hier zu bewältigen haben? ..... Wenn in einem souveränen Staat das Volk eine verfassungsgebende Nationalversammlung einberuft, ist deren Aufgabe klar .... Sie hat eine Verfassung zu schaffen. ***Was heißt*** *aber* ***"Verfassung"? Eine Verfassung ist ... die Grundnorm des Staates, sie bestimmt in letzter Instanz*** *... die Rechte der Individuen und die Grenzen der Staatsgewalt.* ***Nichts steht über ihr, niemand kann sie außer Kraft setzen, niemand kann sie ignorieren.*** *... Wir haben heute ... das Grundgesetz ... zu beraten ...* ***Wir haben nicht die Verfassung Deutschlands oder Westdeutschlands*** *zu machen.* ***Wir haben keinen Staat zu errichten****. ..."*

Verfassung	**Grundgesetz**
Eine Verfassung gibt sich der oberste Souverän in freier Selbstbestimmung.	**Ein Grundgesetz wird von einer Besatzungs-macht** *(oder einer Kolonialmacht)* **verfügt.**
Durch eine Verfassung wird ein Staat konstituiert.	**Durch ein Grundgesetz wird ein Besatzungsgebiet** *(oder ein Kolonialgebiet)* **organisiert**
Eine Verfassung ist die höchste Rechtsnorm in einem Staat / Hoheitsgebiet.	**Ein Grundgesetz ist niederrangiges Besatzungs-recht** *(oder Kolonialrecht)*. **Es gibt folglich zu einem Grundgesetz höherrangiges Recht, so daß sich die Besatzungsmacht** *(oder die Kolonialmacht)* **jederzeit über die Rechtsnormen eines Grundgesetzes hinwegsetzen kann.**

Das "Grundgesetz für die BRD" unterscheidet sich somit elementar von einer Verfassung. Es ist nicht die höchste Rechtsnorm in einem Hoheitsgebiet. Zum "Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland" gibt es höherrangiges Recht. Dem "Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland" ist das übrige Besatzungsrecht, welches vor Gründung der "BRD" zwischen 1944 und 1949 in Kraft gesetzt wurde sowie das Siegerrecht des Zweiten Weltkrieges (Konferenzen von Moskau bis Potsdam, Recht der "UN" - Vereinte Nationen) und das Kriegsvölkerrecht (Haager Landkriegsordnung) übergeordnet. Und auf der ganzen Welt gilt:

"Höherrangiges Recht bricht niederrangiges Recht!"

Und damit können sich die Besatzer jederzeit über das "Grundgesetz" hinwegsetzen. Die Konsequenzen dessen dürften jedem sofort einleuchten. Die sogenannten "Grundrechte", wie sie im "Grundgesetz" in den ersten 20 Artikeln formuliert sind, sind nichts weiter als Makulatur!

Den Unterschied zwischen einer Verfassung und einem Grundgesetz verdeutlicht beispielsweise auch die Tatsache, daß das "Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland" seit seiner Existenz über 200 Änderungen unterzogen wurde (Stand 11/22), ohne "das Volk" darüber abstimmen zu lassen.

Im Gegensatz hierzu wurde beispielsweise die Verfassung der USA, die als eine der besten Verfassungen in der Welt gilt, seit 1787 nur 27 Mal und seit 1949 nur sechs Mal ergänzt!

Das "Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland" und eine Verfassung sind somit zwei Dinge, die nichts miteinander zu tun haben! Wer heutzutage behauptet, das "Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland" sei eine Verfassung, disqualifiziert sich damit automatisch selbst!
Das gesamte "BRD"-System hat demnach keine verfassungsrechtliche Legitimation!

3.2.5. "BRD" ohne Hauptstadt

Gemäß Völkerrecht muß die oberste Regierungsgewalt in einem Staat immer von der Hauptstadt ausgehen. Das heißt, das, was im Lande gelten soll, muß in der Hauptstadt in Kraft gesetzt worden sein. Dies sehen wir an den gegenwärtigen völkerrechtswidrigen Angriffskriegen in denen die USA immer als erstes die Hauptstadt eines Staates besetzen, und hiernach von dort aus das übrige Land mit juristischen und gegebenenfalls militärischen Mitteln regieren (Saigon / Republik Vietnam 1965; Bagdad / Republik Irak 2003 u.s.w.).
Deshalb haben die Alliierten bereits vor der militärischen Niederlage des "Dritten Reiches" die rechtlichen Grundlagen geschaffen, um gemeinsam von der Hauptstadt Berlin aus, auch das übrige Deutschland zu regieren.

Es sollte schließlich keine Besatzungsmacht das Recht haben, alleine über die Hauptstadt zu herrschen, weil sie damit die Herrschaft über das gesamte Gebiet des "Dritten Reiches" hätte beanspruchen können.
Folglich wurde gemäß dem "Londoner Protokoll über die Besatzungszonen in Deutschland und die Verwaltung von Groß-Berlin vom 12.09.1944" das Berliner Gebiet der gemeinsamen Besatzungshoheit der künftigen Besatzungsmächte unterworfen.
Und im Londoner Abkommen über Kontrolleinrichtungen in Deutschland vom 14.11.1944 verfügten die Siegermächte in Artikel 3, daß Groß-Berlin von den Alliierten gesondert zum übrigen Gebiet des Deutschen Reiches (gemeint vermutlich des sogenannten "Dritten Reiches") verwaltet wird, daß Berlin also einen Sonderstatus erhalten wird.
Im "Genehmigungsschreiben" zum "Grundgesetz" haben die drei westlichen Besatzer folgerichtig unter Punkt 4 folgenden Vorbehalt gemacht:[205]

" ...demzufolge Berlin keine abstimmungsberechtigte Mitgliedschaft im Bundestag oder Bundesrat erhalten und auch nicht durch den Bund regiert werden wird...".

Auch in späteren Verfügungen haben die drei westlichen Besatzungsmächte den Sonderstatus von Berlin immer wieder bekräftigt:

Im vormals ausgearbeiteten Text für die Verfassung von Berlin Artikel 1 Absatz 2 sollte es zunächst heißen:

"Berlin ist ein Land der Bundesrepublik Deutschland."

und Artikel 1 Absatz 3

"Grundgesetz und Gesetze der Bundesrepublik Deutschland sind für Berlin bindend."

Diese beiden Absätze wurden im Genehmigungsschreiben für die Verfassung von Berlin (BK/O (50) 75) vom 29.08.1950, durch die westlichen Besatzungsmächte jedoch "zurückgestellt" in dem sie im Punkt 2b verfügten: [206]

"Absätze 2 und 3 (der Verfassung von Berlin – Anm. d. Verf.) ***werden zurückgestellt."***

Folgerichtig heißt es im
Schreiben der Alliierten Kommandantur Berlin an den Regierenden Bürgermeister von Berlin (BK/O (51) 56) vom 08.10.1951:[207,208]
Punkt 1
(a) ***"das Abgeordnetenhaus von Berlin darf Bundesgesetze mit Hilfe eines Mantelgesetzes, das die Bestimmungen des betreffenden Bundesgesetzes in Berlin für gültig erklärt, übernehmen..."***
(e) ***"das Mantelgesetz muß festlegen, daß alle Hinweise in den Bundesgesetzen, Verordnungen und Bestimmungen auf irgendeine Bundesstelle oder Bundesbehörde als Hinweis auf die zuständige Berliner Stelle oder Behörde ausgelegt werden sollen....."***

Punkt 2
"... Diese Auslegung berührt Absatz 1 und 2 (a) und (b) der Anordnung BK/O (50) 75 in keiner Weise ...... Solange Artikel 1 Absatz 2 und 3 der Berliner Verfassung zurückgestellt sind, kann Berlin nicht als ein Land der Bundesrepublik Deutschland betrachtet werden."

Über 20 Jahre später bekräftigten die Besatzungsmächte diese Position im
Viermächte-Abkommen über Berlin Teil II "Bestimmungen, die die Westsektoren Berlins betreffen" B: am 03.09.1971:

"...Die Regierungen der französischen Republik, des Vereinigten Königreiches ... und der USA erklären, daß ... die Westsektoren Berlins ... kein Bestandteil (konstitutiver Teil) der Bundesrepublik Deutschland sind und auch weiterhin nicht von ihr regiert werden."

Hieraus folgt: Auch im Jahre 1972 hatte Berlin seinen Sonderstatus und durfte nicht von der "BRD" regiert werden. In Berlin gab es daher bis 1990 keine "Bundespersonalausweise", sondern sogenannte "Behelfsmäßige Personalausweise". Berliner wurden aus diesen Gründen auch nicht zur "BUNDESWEHR" eingezogen.

Aber auch nach den "Wende-Ereignissen" von 1990 ist Berlin kein Teil der "BRD"!

---

205 *Genehmigungsschreiben der Militärgouverneure der britischen, französischen und amerikanischen Besatzungszone zum Grundgesetz vom 12. Mai 1949 Amtsblatt der Militärregierung Deutschlands, Britisches Kontrollgebiet, in der Übersetzung des Parlamentarischen Rates, VOBIZ Scholz-Wiegand 1949 S. 416 ff.*

206 *BK/O (50) 75 vom 29.08.1950 Genehmigungsschreiben für die Verfassung von Berlin; Ingo v. Münch, Dokumente des geteilten Deutschland Band 1, S. 391 ff.*

207 *Gesetz- und Verordnungsblatt Berlin 1950 Teil I. S. 433 ff.*

208 *BK/O (51) 56 vom 08.10.1951 - Schreiben der Alliierten Kommandantur Berlin an den Regierenden Bürgermeister von Berlin, betreffend die Übernahme von Bundesrecht; Ingo v. Münch, Dokumente des geteilten Deutschland Band 1, Kröner 391*

Man beachte die Bekanntmachung des Schreibens der "Drei Mächte" vom 08.06.1990:[209]

"... Die Haltung der Alliierten, "daß die ... Westsektoren Berlins ... wie bisher kein Bestandteil (konstitutiver Teil) der Bundesrepublik Deutschland sind und auch weiterhin nicht von ihr regiert werden, bleibt unverändert. ...".

Auch im sogenannten "Einigungsvertrag" von 1990 wird diesem Umstand Rechnung getragen, indem es dort heißt:[210]

Artikel 1
"Länder"
(1) ***"Mit dem Wirksamwerden des Beitritts ... werden die Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen Länder der Bundesrepublik Deutschland. ..."***
(2) ***"Die 23 Bezirke von Berlin bilden das Land Berlin".***

Wie man beim genauen Lesen feststellen kann, wird in diesen Sätzen mit keinem einzigen Wort gesagt, daß Berlin ein Land der "BRD" wird!

Im Artikel 2 findet sich dann der Satz:

(2) ***"Hauptstadt Deutschlands ist Berlin."***

Nun ist die Frage, wer oder was ist Deutschland? Der Begriff "Deutschland" ist lediglich ein geographischer Begriff und beschreibt ein Gebiet. Es handelt sich damit nur um ein einziges Element aus der Drei-Elemente-Lehre. Ein Gebiet beziehungsweise ein Stück Land ist niemals ein Rechtssubjekt, das heißt, es ist eine Sache und kann kein Träger von Rechten und Pflichten sein.
Hätte man ausdrücken wollen, daß Berlin ein Bundesland und Hauptstadt der "BRD" wird, müßte das dort so stehen. Beispielsweise in der Form:

"Mit dem Wirksamwerden des Beitritts ... werden folgende Länder zu Bundesländern der Bundesrepublik Deutschland: Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen ..."
"Das Land Berlin ist gleichzeitig die Hauptstadt der Bundesrepublik Deutschland."

Dies ist jedoch eben nicht so formuliert worden. Berlin hat weiterhin seinen Sonderstatus. Und solange die Hauptstadt eines "Staates" als besetzt gilt, solange gilt der ganze "Staat" als besetzt.

Die Tatsache, daß sich Berlin als Gebietskörperschaft nicht dem Recht der "BRD" unterordnen kann, (das heißt unter allen Umständen exterritorial zur "BRD" steht), hätte weitreichende Konsequenzen, sofern die "BRD" ein Staat wäre. Ein Staat kann nur von der Hauptstadt aus regiert werden, und unter keinen Umständen von einem Gebiet, welches nicht zu diesem Staatsgebiet gehört, welches also zu diesem Staat exterritorial steht. Schon bevor der gebietskörperschaftliche Charakter der "BRD" 1990 beseitigt wurde, stand Berlin zur "Bundesrepublik Deutschland" exterritorial, weil die drei westlichen Besatzungsmächte dies so wollten und offensichtlich wollen sie es noch heute so.
Die "BRD" ist jedoch seit 1990 keine Gebietskörperschaft mehr sondern nur noch eine Personenvereinigung (ohne Hoheitsgebiet). Einen Staat kann man nur von der Hauptstadt aus regieren. Eine Firma kann man jedoch von überall aus leiten. Wo die AGB´s der Firma "BRD" fabriziert werden, und wo die Geschäftsführung ihren Sitz hat, ist hierfür schließlich bedeutungslos.

Zusammenfassend läßt sich feststellen: Berlin ist kein territorialer Bestandteil der "BRD" und darf weiterhin nicht von ihr regiert werden. Der Sonderstatus von Berlin wurde von den Besatzungsmächten immer wieder bekräftigt. Rechtliche Grundlagen hierfür sind:

- das Londoner Protokoll über die Besatzungszonen in Deutschland und die Verwaltung von Groß-Berlin vom 12.09.1944
- das Londoner Abkommen über Kontrolleinrichtungen in Deutschland vom 14.11.1944, Artikel 3
- das "Genehmigungsschreiben" zum "Grundgesetz" vom 12.05.1949, Punkt 3
- das Genehmigungsschreiben für die Verfassung von Berlin vom 29.08.1950, Punkt 2b
- das Schreiben der Alliierten Kommandantur Berlin an den Regierenden Bürgermeister von Berlin vom 08.10.1951, Punkt 1(a) und (e) sowie Punkt 2
- das Viermächte-Abkommen über Berlin am 03.09.1971, Art. II B
- die Bekanntmachung des Schreibens der Drei Mächte vom 08.06.1990
- das Fehlen Berlins als Beitrittsland im "Einigungsvertrag" von 1990.

Am 01.09.2006 wurde ins "Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland" Art. 22 Abs. 1 Satz 1 aufgenommen: ***"Die Hauptstadt der Bundesrepublik Deutschland ist Berlin."*** (was im Jahre 2006 ohnehin etwas spät erscheint). Das "Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland" ist jedoch

---

209 *BGBl. 1990, Teil I Seite 1068*
210 *BGBl. 1990, Teil II, Seite 885, 890*

niederrangig gegenüber den beschriebenen Verfügungen der drei westlichen Besatzungsmächte. Altes Thema: "Höherrangiges Recht bricht niederrangiges Recht". Die Aussage im "Grundgesetz" ***"Die Hauptstadt der Bundesrepublik Deutschland ist Berlin."*** ist deshalb bedeutungslos.
Damit gibt es bis heute kein rechtlich relevantes Dokument, welches belegt, daß Berlin überhaupt Bestandteil, geschweige denn Hauptstadt einer "BRD" sein kann.

Die "BRD" - "Federal Republik of Germany" ist bei der UNO am 03.10.1990 durch den damaligen "BRD"-"Außenminister" Genscher abgemeldet worden. Genscher hat anstelle der "BRD" den Namen "Germany" als NGO eintragen lassen. Merkwürdigerweise ist dieser Eintrag im Laufe des Jahres 2012 gelöscht worden: Heute gibt es nur noch den Eintrag "Germany" als reguläres Mitglied (unter "Member States"), jedoch nicht "Federal Republic of Germany". Dies ist offensichtlich eine Täuschung, da ein Staat namens "Germany" oder "Deutschland" nie existierte.

Fazit: Wenn auch die Drei-Elemente-Lehre das Vorhandensein einer definierten Hauptstadt als Voraussetzung für einen Staat nicht explizit vorschreibt, ist festzustellen, daß die "BRD" keine Hauptstadt hat. **Selbst wenn die "BRD" jemals wieder in eine Gebietskörperschaft umgewandelt werden sollte, wäre Berlin weiterhin exterritorial und könnte deshalb auch nach den Regeln des "BRD"-Systems nicht die Hauptstadt einer wie auch immer gearteten "BRD" sein.**

"BRD"-Funktionäre erstellen mitunter hochgradig verwirrende juristische Abhandlungen, in denen nach etwa 200 Seiten das Ergebnis vorgetragen wird, die "BRD" sei ein "souveräner" "Staat". Die Existenz eines legitimen Staates ließe sich völlig kurz und knapp in der folgenden Form darlegen:

Hier bitte schön ist die Verfassung, nachzulesen da und dort,
da bitteschön ist das Abstimmungsergebnis, sauber dokumentiert hier und da.

Die Darstellung der Legitimation eines souveränen Staates benötigt damit noch nicht einmal eine halbe A4-Seite! Die Tatsache, daß man offenbar Hunderte von Seiten juristisch höchst komplizierter Abhandlungen benötigt, um die angebliche Legitimation eines angeblich "souveränen" "Staates" "BRD" zu belegen, beweist nichts anderes, als daß man Menschen einlullen, belügen und betrügen muß, um Ihnen derartiges vorzugaukeln.

3.2.6. Zwischenfazit

Wie stichhaltig nachgewiesen, erfüllt die "BRD" keines der drei völkerrechtlich notwendigen Kriterien für einen Staat. Sie hat weder eine Staatsgewalt, noch ein Staatsvolk, noch ein Staatsgebiet. Unabhängig von den international verbindlichen Kriterien der Drei-Elemente-Lehre hat die "BRD" zudem keine Hauptstadt und auch keine Verfassung.
Die "BRD" ist von den Besatzungsmächten nicht als Staat konzipiert worden. Sie ist lediglich eine von den drei westlichen Besatzungsmächten installierte militärische Besatzungsverwaltung. Ihre Funktion ist es, die Interessen der Besatzer gegenüber den deutschen Völkern durchzusetzen. Ein Staat ist die "BRD" zu keiner Zeit gewesen. Das "Grundgesetz" ist keine Verfassung sondern eine Kriegslist. Die "BRD" hat damit weder eine verfassungsrechtliche, noch sonstige staatsrechtliche oder völkerrechtliche Legitimation!

3.3. "BRD" - eine antidemokratische, zentralistische Besatzerverwaltung

Unter dem Begriff "Demokratie" verstehen die meisten Menschen "Volksherrschaft" getreu nach den Wortableitungen von griechisch δῆμος dēmos = "Volk" und κρατός kratós = "Herrschaft". Die "Demokratie" wird damit als eine Gesellschaftsstruktur gesehen, in der die einfachen Menschen die gesellschaftlichen Vorgänge oder Entwicklungen bestimmten oder zumindest mitbestimmen.

Zum wesentlichen Bestandteil der "BRD"-Religion gehören nicht nur die bekannten Dogmen wie jene, das Grundgesetz sei eine Verfassung oder die "BRD" sei souverän. Eines der zentralen Dogmen der "BRD"-Religion ist:

- die "BRD" sei eine "Demokratie"
- "Demokratie" sei das Beste sei, was es auf deutschem Boden je gegeben habe.

Die Analyse, ob die "BRD" demokratisch ist, kann jeder jederzeit als Probe aufs Exempel machen:
Was braucht es für Demokratie?

1. **Staatsangehörigkeit**
2. **Volksentscheide, Volksbefragungen, Volksbegehren:**
3. **Subsidiaritätsprinzip**
4. **Freie Abgeordnete**
5. **Gewaltenteilung**
6. **Redefreiheit / Pressefreiheit**

Zu 1. Staatsangehörigkeit
Die Besaatzerverwaltung "BRD" verweigert den Menschen in Deutschland die Anerkennung und die Dokumentation ihrer Staatsangehörigkeit. Schließlich begründen "Reisepaß" oder "Personalausweis" lediglich die Vermutung der "deutschen Staatsangehörigkeit" (nach nationalsozialistischer Definition).
Die Definition der "Abstimmungsberechtigten", beispielsweise bei sogenannten "Wahlen" im "BRD"-System, ist allein aus diesem Grunde auch nach den Regeln des Systems illegal und die sogenannten "Wahlen" sind damit per se ungültig.

Zu 2. Volksentscheide, Volksbefragungen oder Volksbegehren: gibt es im "BRD"-System grundsätzlich nicht!

Zu 3. Subsidiaritätsprinzip: (bedeutet, daß so nah wie möglich am Staatsangehörigen entschieden wird, vom Staatsangehörigen selbst in Volksentscheiden oder in der staatlichen Gemeinde und erst, wenn nicht anders möglich, auf "höheren" beziehungsweise entfernteren Ebenen).
Das Subsidiaritätsprinzip ist im "BRD"-System komplett ausgehebelt. Selbst nach Angaben der Systemvertreter werden über 80% aller Regelungen in der Zentrale beziehungsweise im Politbüro in Brüssel fabriziert.

Zu 4. Freie Abgeordnete: Wenn schon Entscheidungen in einem Gesellschaftssystem repräsentativ (durch Abgeordnete / Repräsentanten) getroffen werden, dann bräuchte es für wahre Demokratie zumindest freie Abgeordnete. Die Abgeordneten im "BRD"-System sind jedoch nicht frei.

- Die typischen "BRD" - "Abgeordneten" sind eine Mischung aus Sklaven und Prostituierten. Sie sind Sklaven vom jeweiligen Parteivorsitzenden, dieser entscheidet über die Karrierechancen (Stichwort: "Listenplatz") und über das Abstimmungsverhalten (Stichwort: "Fraktionszwang").
- Zudem haben diese "Abgeordneten" diverse "Nebenjobs" in Vorständen und Aufsichtsräten, was nichts weiter als eine offene Form der Bestechung ist.
  Dabei wird immer behauptet, das Problem sei kein Problem, weil sogenannte "Abgeordnete" ihre Einkünfte "offenlegen" müßten. An dem Tatbestand der Bestechung ändert eine "Offenlegung" jedoch gar nichts, denn ob die Bestechung offen oder verborgen stattfindet, ändert schließlich nichts an dem Tatbestand der Bestechung.
- Lobbyisten haben beispielsweise im "BUNDESTAG" eigene "Bundestagsausweise" und haben verläßlich Zugang zu "Abgeordneten". Wer die meiste Kohle auf den Tisch legt bestimmt was gespielt wird!
- Das System der Parteienfinanzierung gewährleistet, daß ganze Parteien bestochen beziehungsweise gekauft werden können.

Zu 5. Gewaltenteilung: in Legislative, Judikative und Exekutive gibt es im "BRD"-System nicht! Beispielsweise ist das Justizwesen im "BRD"-System Teil der Exekutive, die Legislative untersteht Parteivorsitzenden und Lobbyisten

- Richter sind auf allen Ebenen in ihren Karrierechancen von Justizministern (also von Parteisoldaten) abhängig
- Die sogenannten "Staatsanwaltschaften" sind entsprechend §§146,147 "Gerichtsverfassungsgesetz" den Justizministern (also Parteisoldaten) weisungsgebunden.[211] Das heißt ein Parteisoldat entscheidet letztlich über Eröffnung oder Einstellung eines Strafverfahrens. Dies geht soweit, daß sogenannte "Staatsanwaltschaften" im "BRD"-System keine "Europäischen Haftbefehle" ausstellen dürfen, weil ihre Unabhängigkeit nicht gewährleistet ist.[212]
- Der sogenannte "Generalbundesanwalt" wird vom "Justizminister" (mit Zustimmung des "Bundesrates") ernannt und ist politischer "Beamter" nach §30 Abs. 1 "Beamtenstatusgesetz" - er ist damit abhängig und nur ein Polit-Darsteller.
- Beispielsweise besteht auch das sogenannte "Bundesverfassungsgericht" nur aus Parteisoldaten
- Über das Parteiensystem sind auch die sogenannten "Bürgermeister", "Landesbehörden" und die Machthaber in den System-Medien gleichgeschaltet.

---

211 *Gerichtsverfassungsgesetz In der Fassung der Bekanntmachung vom 09.05.1975 (BGBl. I S. 1077) zuletzt geändert durch Gesetz vom 19.12.2022 (BGBl. I S. 2606) m.W.v. 28.12.2022*

212 *Gerichtshof der Europäischen Union PRESSEMITTEILUNG Nr. 68/19 Luxemburg, den 27. Mai 2019 Urteile in den verbundenen Rechtssachen C-508/18, OG (Staatsanwaltschaft Lübeck), und C-82/19 PPU, PI (Staatsanwaltschaft Zwickau), sowie in der Rechtssache C-509/18, PF (Generalstaatsanwalt von Litauen)*

Zu 6. **Redefreiheit / Pressefreiheit:**

- Die großen Medienkonzerne sind von Beginn ihrer Existenz an von den Besatzern lizenziert bzw. legitimiert.
- Die kostenintensiven Medien gehören nur Wenigen. Wir sehen eine Konzentration von viel Macht in wenig Händen.
- Die Medienfinanzierung durch "Anzeigen" gewährleistet deren Käuflichkeit.
- Youtube Kanäle, Websites oder Internetplattformen werden willkürlich zensiert beziehungsweise abgeschaltet, die freie Meinungsäußerung wird unterdrückt.
- Über das "Kammersystem" werden beispielsweise kritische Ärzte und Juristen an ihrer Berufsfreiheit gehindert und erforderlichenfalls mit Nazimethoden mundtot gemacht.

Die Gleichschaltung über das Parteiensystem betrifft nicht nur "Abgeordnete" im "BRD"-System sondern auch die sogenannten "Bürgermeister", "Rundfunkräte", "Landesbehörden" etc. Das "BRD"-System hat demzufolge nichts mit Demokratie zu tun.
Der antidemokratische Charakter der "BRD" wird an folgenden Sachverhalten deutlich:

Gegen den mehrheitlichen Willen des "BRD"-Personals

- gibt es keine Volksentscheide
- wurde Mitte der fünfziger Jahre eine Wiederbewaffnung vorangetrieben
- lagern Atomwaffen der USA noch heute im Besatzungsgebiet
- wurde eine Einführung der Atomenergie betrieben und ein Ausstieg aus der Atomenergie betrieben
- wurde eine Einführung der Gentechnik in Lebensmittelherstellung und Landwirtschaft betrieben,
- wurden aktuell und früher mehrmalig Impfpflichten eingeführt
- führt die Söldner- und Verbrechertruppe "BUNDESWEHR" Krieg im Ausland
- wurde die D-Mark durch ein anderes "Zahlungsmittel" ersetzt
- werden und wurden "EU"-Verträge geschlossen, durch die die sogenannten "Grundrechte" abgeschafft werden (Verträge von Maastricht, Lissabon etc.)
- wurde eine Osterweiterung der EU betrieben,
- wurde eine Osterweiterung der NATO betrieben,
- wird eine Militarisierung der Firma "EU" betrieben ("EUROGENDFOR"),
- werden Milliardengeschenke an die angloamerikanische Hochfinanz in Form von "Euro-Rettungsschirmen" fabrtziert (Stichwort "ESM")
- wurde eine "Rechtschreibreform" realisiert,

Ohne Befragung des "BRD"-Personals und gegen den mehrheitlichen Willen des "BRD"-Personals erfolgen Waffenlieferungen in Kriegsgebiete und Spannungsgebiete unter eindeutigem Verstoß gegen Art. 26 "GG" und das "Kriegswaffenkontrollgesetz", beispielsweise Waffenlieferungen an die Ukraine etc. etc.

Fazit: Das "BRD"-System hat mit Demokratie nichts zu tun. Es handelt sich beim "BRD"-System um eine demokratiefeindliche, zentralistische Besatzerdiktatur.

Viele Menschen sagen, Demokratie sei etwas ganz anderes, als das was im "BRD"-System alltäglich praktiziert wird. Richtig ist, daß man das Ideal der Demokratie nicht verwechseln darf mit dem, was im "BRD"-System "Demokratie" genannt wird. Analysieren wir, wie die "Demokratie" der "BRD" funktioniert: Wir sehen, daß die verlogensten, verkommensten, skrupellosesten und gewissenlosesten Elemente "nach oben" kommen, jene die am gerissensten die Menschen belügen und betrügen. Wir sehen im "BRD"-System somit eine "Negativ-Auslese" auf dem Weg nach "oben".
Wesentliches Merkmal der "BRD"- "Demokratie" ist weiterhin, daß diejenigen, die vorgeben, Entscheidungsträger zu sein und demokratisch gewählt zu sein, tatsächlich keine freien Abgeordneten oder Regierenden sind. Es handelt sich vielmehr um

1. **abhängige Angestellte der Besatzungsmächte**
2. **abhängige Vasallen von Parteivorsitzenden** (die über das Abstimmungsverhalten und die Karrierechancen eines jeden "Abgeordneten" entscheiden)
3. **abhängige Vasallen von Lobbyisten** (Abgeordnete in "westlicher Schein- und Prostituierten Demokratie" sind somit Prostituierte, die sich an Lobbyisten verkaufen - das heißt an jene, die das meiste Geld auf den Tisch legen)
4. **abhängige Vasallen von Konzernen und Banken** (der typische "BRD"- Abgeordnete hat "Nebenjobs" in Vorständen und Aufsichtsräten als offene Form der Bestechung).

Demokratie im "BRD"-System existiert nur in der Propaganda beziehungsweise als religiöses Glaubensdogma. Der Prostitutionscharakter dieses "BRD"-Systems bedeutet die Zerstörung aller Werte in der Gesellschaft. Der einzige "Wert" der bleibt und religiösen Charakter annimmt, ist das Geld.

Damit ist dieses Sklaven- und Prostitutionssystem, welches zum Zwecke der Täuschung "Demokratie" genannt wird, das perfekte Instrument, um alle Werte einer Gesellschaft zu zerstören beziehungsweise ganze Gesellschaften und somit ganze Völker zu zerstören.
Tatsächlich ist das fälschlich in der Propaganda als "Demokratie" bezeichnete Nuttensystem der "westlichen Wertegemeinschaft" ein perfektes Instrument für den Völkermord.

3.4. "BRD" - eine gegenwärtig offen sichtbare faschistische Diktatur

"Wenn der Faschismus wiederkehrt, wird er nicht sagen: "Ich bin der Faschismus." Nein, er wird sagen: "Ich rette euch vor einem Virus..."

Dieser Satz ist eine Abwandlung des Ausspruchs von Silone:[213]

"Wenn der Faschismus wiederkehrt, wird er nicht sagen: "Ich bin der Faschismus."... Nein, er wird sagen: 'Ich bin der Antifaschismus'"...[214,215]

Begriffsklärung "Faschismus": Die treffendste Faschismus- Definition stammt von Dimitrov aus dem Jahre 1935: Danach ist Faschismus sinngemäß:
"...die offen terroristisch agierende Diktatur des Finanzkapitals".[216]

Silone stimmt mit dieser Definition weitestgehend überein.[217,218]

"Terroristisch" bedeutet dabei: "die systematische und willkürliche Androhung und Anwendung von Gewalt zur Verbreitung von Angst und Schrecken, um große Menschengruppen politisch gefügig zu machen zur Durchsetzung eigener politischer beziehungsweise geschäftlicher Ziele".[219]

Laut dem bekannten italienischen Faschismus-Forscher Emilio Gentile sind Typische Elemente von Faschismus:[220] [221]

- das Führerprinzip
- der Totalitätsanspruch
- die am Militär orientierte Parteiorganisation
- eine kulturstiftende, auf Mythen, Riten und Symbolen basierende, irrationale weltliche Ersatzreligion
- eine korporative, hierarchische Wirtschaftsorganisation
- ein totalitäres, in Funktionshierarchien gegliedertes Gesamtmodell der Gesellschaft.

Jeder von uns hat sich schon über Zeitungsmeldungen gewundert, in denen berichtet wurde, daß Serien von Brandstiftung von Feuerwehrmännern in ihrer Freizeit verursacht wurden. Man wundert sich, wie jemand Brandstiftung begeht, der doch dafür ausgebildet wurde, Brände zu löschen und Feuerschäden zu verhindern.
Offenbar steht am Anfang immer eine Angst: die Angst der Menschen vor Feuer. Sie veranlaßt die staatliche Gemeinde, sich eine Feuerwache zuzulegen. Ab und zu brennt es und der jeweilige Brand wird schnell gelöscht. Man hat jedoch nun in Gestalt der Feuerwehrleute eine Interessengemeinschaft geschaffen, die ein durchaus existentielles Interesse hat, daß es immer wieder einmal brennt. Wenn es lange Zeit in der Gemeinde nicht brennt, überlegen die Entscheidungsträger der Gemeinde vielleicht, die Feuerwache einzusparen. Und genau das veranlaßt offenbar so manchen Feuerwehrmann, Brände zu legen. Man kann aus diesem kleinen Beispiel sehr viel lernen! Wir sehen Parallelen in anderen Bereichen:

Beispiel Medizinisch-Industrieller Komplex:
Am Anfang steht offensichtlich die Angst der Menschen vor Krankheit und Tod. Die Menschen haben deshalb schon immer Geld für Gesundheit, insbesondere für Medikamente ausgegeben. In der Folge wuchs die Pharmaindustrie. Hierdurch wurde eine Interessengruppe geschaffen, die ein starkes, existentielles Interesse daran hat, daß Menschen krank sind. Inzwischen sehen wir, daß dieser so entstandene medizinisch-industrielle Komplex die Macht hat, Krankheiten zu produzieren und das "BRD"-System zu benutzen, um faschistische Verhältnisse durchzusetzen zur Optimierung des eigenen Geschäftsmodells.

---

213 *Ignazio Silone (* 1. Mai 1900 in Pescina, Italien; † 22. August 1978 in Genf; Geburtsname Secondino Tranquilli) war ein politisch engagierter italienischer Schriftsteller.*

214 *S. G. Pugliese: "Bitter Spring. A Life of Ignazio Silone."; Farrar, Straus and Giroux, New York 2013, ISBN 1429957778, S. 124 ff.*

215 *Ignazio Silone (1900 - 1978) (Geburtsname Secondino Tranquilli) politisch engagierter italienischer Schriftsteller.*

216 *Wolfgang Wippermann: Faschismustheorien. Zum Stand der gegenwärtigen Diskussion. Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 1989, S. 21 ff. und 58 ff.*

217 *Ignazio Silone; "Der Fascismus. Seine Entstehung und seine Entwicklung."; Europa-Verl., Zürich 1934, S. 284.ff.*

218 *Sven Reichardt: Neue Wege der vergleichenden Faschismusforschung. In: Mittelweg 36, 2007*

219 *Peter Waldmann: "Terrorismus und Bürgerkrieg. Der Staat in Bedrängnis". Gerling Akademie, München 2003, ISBN 3-932425-57*

220 *Emilio Gentile "Der Faschismus – eine Definition zur Orientierung" in Mittelweg 36" Nr.1/2007*

221 *Ernst Nolte: Die Krise des liberalen Systems und die faschistischen Bewegungen. Piper, München 1968, S. 385; zitiert nach Stanley Payne: Geschichte des Faschismus. Aufstieg und Fall einer europäischen Bewegung. Propyläen, Berlin 2001, S. 13 ff.*

Beispiel Militärisch-Industrieller Komplex:
Am Anfang stand offensichtlich die Angst der Menschen vor aggressiven Nachbarn und aggressiv geführten fremden Ländern und die Angst, sozusagen "feindlich übernommen" zu werden. Hierauf haben Menschen (individuell) aber auch Gemeinden (für die jeweilige Polizei) oder sogenannte "Staaten" (für die jeweilige Armee) Waffen gekauft und die Waffen- und Rüstungsindustrie geschaffen und groß gemacht. Hierdurch ist eine sehr starke Interessensgemeinschaft gewachsen, die ein starkes, existentielles Interesse hat, daß Menschen aufeinander schießen (ob im Kleinen oder im Großen). Diese Leute nutzen jetzt ihre Macht, um Verhältnisse zu schaffen, die dem eigenen Geschäftsmodell nützlich sind, nämlich Faschismus und Krieg.

Beispiel Finanzindustrie:
Berechtigterweise haben die meisten Menschen Angst vor Geldentwertung, Finanzbetrug, Unvorhersehbarkeit und Unsicherheit hinsichtlich ihrer finanziellen Verhältnisse. Sie haben ihr Geld deshalb nicht zuhause, sondern auf der Bank. Hierdurch ist die Finanzindustrie gewachsen und immer mächtiger geworden. Heute sind nicht nur Einzelne, sondern auch Unternehmen, Konzerne sowie Gemeinden und sogenannte "Staaten" von den Banken und deren Kreditvergabe abhängig. Zur Optimierung des Geschäftsmodells fehlt nur noch die Herstellung faschistischer Verhältnisse mit Beseitigung des Bankgeheimnisses, Abschaffung des Bargelds etc. - alles unter dem Vorwand von "Clan-Kriminalität" oder "Terrorfinanzierung" etc.
Dabei ist im gegenwärtigen System jede Industrie wie

- Pharmaindustrie,
- Rüstungsindustrie,
- Lebensmittelindustrie

sowie die sogenannten

- "Staaten", "Länder" und "Gemeinden"

von Krediten und damit von der nahezu allmächtigen Finanzindustrie beziehungsweise angloamerikanischen Hochfinanz abhängig.

Ohne rechtsstaatliche Strukturen, die Industrien Rahmen und Grenzen setzen sehen wir:

- die **Finanzindustrie** schreibt sich ihre Regeln selbst (Stichwort: "ESM")
- produziert die Finanzindustrie ihre eigenen Finanzkrisen selbst (Stichwort: "Subprime-Krise", "Bankenkrise", Hyper-Inflation etc.)
- schafft sich die Finanzindustrie Vorwände für faschistoide Maßnahmen (wie "bail-in" zur willkürlichen Enteignung, Zerstörung von Bankgeheimnis, Abschaffung von Bargeld etc.) zur Optimierung des eigenen Geschäftsmodells.

Ohne rechtsstaatliche Strukturen, die Industrien Rahmen und Grenzen setzen sehen wir:

- die **Pharmaindustrie** schreibt sich ihre Regeln selbst (Stichwort: "Haftungsausschluß")
- produziert die Pharmaindustrie ihre Krankheiten selbst (durch laborgebastelte Viren, schwermetallhaltige und gifthaltige "Impfstoffe")
- um Vorwände für die Etablierung faschistischer Verhältnisse zu haben zur Optimierung des eigenen Geschäftsmodells mit:
  - "Testpflicht / Testzwang"
  - "Impfpflicht / Impfzwang"
  - "Krankenversicherungspflicht etc.

Ohne rechtsstaatliche Strukturen, die Industrien Rahmen und Grenzen setzen, sehen wir:

- die **Rüstungsindustrie** benutzt das "BRD"-System zur Produktion von Kriegen in aller Welt
- um Vorwände für die Etablierung faschistischer Verhältnisse zu haben zur Optimierung des eigenen Geschäftsmodells mit:
  - "Wehrpflicht"
  - "Lieferung von Waffen in alle Welt, auch in Kriegsgebiete".

Auch als Staatssimulation müßte das "BRD"-System zum Wohle der "Bevölkerung" der Finanzindustrie, der Pharmaindustrie und der Rüstungsindustrie Grenzen setzen. Stattdessen ist das "BRD"-System der Erfüllungsgehilfe dieser Industrien. Die Machthaber des "BRD"-Systems etablieren im Auftrage dieser Industrien faschistische Verhältnisse, letztendlich um das jeweilige Geschäftsmodell dieser Industrien zu optimieren.

Wir erleben Faschismus im "BRD"-System durch:

- Verweigerung des Rechts auf körperliche Unversehrtheit (entgegen Art. 2 Abs 2 "GG")
- Verweigerung des Rechts auf Bewegungsfreiheit und Reisefreiheit (entgegen Art. 11 "GG")
- Verweigerung des Rechts auf Versammlungsfreiheit (entgegen Art. 8 "GG")
- Verweigerung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und Zensurfreiheit (entgegen Art. 5 "GG")
- Verweigerung des Rechts auf freie Berufsausübung (entgegen Art. 12 "GG")
- Maskenpflicht als politisches Unterdrückungssymbol (entgegen Art. 1 "GG")
- Diskriminierung und Terrorisierung von sogenannten "Ungeimpften" flächendeckend im gesamten sozialen Leben (entgegen Nürnberger Kodex sowie Art. 25 und 139 "GG" sowie Art. 1 "GG")
- Gleichschaltung der Medien mit Unterdrückung und Terrorisierung Andersdenkender
- strukturell bietet das "BRD"-System keinerlei Schutz vor Faschismus, da die sogenannten "Grundrechte" im "Grundgesetz" nicht strafbewehrt sind. Grundrechtsverletzungen können innerhalb des "BRD"-Systems folglich nicht geahndet werden
- strukturell bietet das "BRD"-System keinerlei Schutz vor Faschismus, da die "Grundrechte" im "Grundgesetz" eben nicht höchstrangiges Recht, sondern nur niederrangiges Besatzungsrecht sind, das leicht übergangen werden kann
- weitere Faschismus-Kriterien sind
    - völkerrechtswidrige Angriffskriege mittels der Söldner- und Verbrechertruppe "BUNDESWEHR" für ausländische Profitinteressen
    - gigantische Ressourcenverschwendung durch Finanzierung von Unterdrückung der Menschen im Äußeren durch gigantische Hochrüstung und Krieg und auch im Inneren mittels der Verbrecherorganisationen "Verfassungsschutz", "BND", "MAD" und andere "Geheimdienste".

In "Talkshows" und anderen Propagandasendungen werden oft Fragen nach Inzidenzen oder Sterberaten diskutiert. Dies geht grundsätzlich völlig am Thema vorbei: Es ist egal, auf welche Letalität die Herrschenden im "BRD"-System mit ihren gefälschten Zahlen kommen. Ob 0,8 Prozent, 8 Prozent oder 80 Prozent. Es gibt keine Rechtfertigung dafür, faschistische Verhältnisse zu etablieren. Es gibt keine Rechtfertigung, die sogenannten "Grundrechte" mit Füßen zu treten und irgend jemanden zu irgend etwas zu zwingen. Wer Angst hat, kann zuhause bleiben oder sich fünf Lappen übereinander in die Visage machen. Wenn wirklich eine gefährliche Krankheit grassiert, dann haben die Menschen Angst und folgen entsprechenden Empfehlungen freiwillig. Oder auch nicht. Das sind freie Entscheidungen freier erwachsener Menschen. Wenn die "BRD" einen Rechtsstaat simulieren würde, würden alle, die den Pandemiefaschismus an maßgeblicher Stelle gemacht oder mitgemacht haben, vor Gericht gestellt, abgeurteilt und für Schäden persönlich in die Haftung genommen werden.

Fazit: Das "BRD"-System ist für jedermann leicht erkennbar eindeutig eine faschistische Veranstaltung. Die sogenannten "Grundrechte" (Artikel 1-20 "GG") sind nur niederrangiges Besatzungsrecht und können deshalb leicht übergangen werden. Grundrechtsverletzungen sind zudem nicht strafbewährt. Ganze Parteien können über das Parteienfinanzierungssystem straflos gekauft werden, einzelne Abgeordnete ebenfalls. Über wirkliche demokratische Elemente könnte das "BRD"-System vor dem Faschismus bewahrt werden. Diese fehlen jedoch im "BRD"-System völlig. Das "BRD"-System hat sich folgerichtig strukturell als Einladung für den Faschismus erwiesen. Wie sonst hätte eine Vierer-Bande wie Merkel, Spahn, Drosten und Wiehler offen sichtbar faschistische Verhältnisse in kürzester Zeit etablieren können.
Der Faschismus ist damit dem "BRD"-System immanent. Damit ist das System selbst das Problem. Ein solches System ist nicht wert, daß man sich für dessen Erhalt einsetzt. Im Gegenteil. Der Faschismus in Deutschland endet erst, wenn das komplett illegale "BRD"-System dort ist, wo es schon vor über 30 Jahren hingehörte, nämlich auf dem Müllhaufen der Geschichte.

3.5. "BRD" - eine reine Handelsrechstkonstruktion bzw. eine Firma

Die "BRD" wurde von den Besatzern nicht als Staat konzipiert. Da die "BRD" kein Staat ist, kann sie nicht im Staatsrecht agieren, es bleibt ihr damit nur das Handelsrecht und das Seerecht. Bei der Erstellung des "Grundgesetzes" wurde dies berücksichtigt. Es wurde lediglich eine im Handelsrecht agierende Besatzerverwaltung geschaffen. Das Wesen der Besatzung besteht letztlich auch darin, die Staatsangehörigen mit Gewalt in die niedrigste Rechtsebene zu zwingen, um ihnen nur die geringstmöglichen Rechte zuzugestehen.

Da die "BRD" kein Staat ist, kann sie nur im Handelsrecht oder im Seerecht agieren. Dies zeigt sich im Artikel 133 des "Grundgesetzes", in dem es heißt:

Artikel 133 Grundgesetz:

"Der Bund tritt in die Rechte und Pflichten der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes ein."

Dies bedeutet, daß die "BRD" von den drei westlichen Besatzungsmächten nicht als Staat konzipiert wurde sondern lediglich wirtschaftliche Verwaltungsbefugnisse zugestanden bekommen hatte. Dies bedeutet gleichermaßen, daß die "BRD" nicht in die Rechte und Pflichten des Deutschen Reiches (Kaiserreich) oder eines seiner Einzelstaaten eintreten konnte.
Die "Bundesrepublik Deutschland" ist somit kein Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches (Kaiserreich) oder seiner Einzelstaaten (Bundesstaaten). Dies ist insofern sehr bedeutsam, da ein legitimer Staat auf deutschem Boden immer auch Rechteträger beziehungsweise Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches (Kaiserreich) und seiner Einzelstaaten wäre.

Im Weiteren hatte man auch in der Abfassung der übrigen Artikel des "Grundgesetzes" den Firmencharakter dieser reinen Wirtschaftsverwaltung berücksichtigt:
Im "Grundgesetz" wird dementsprechend klar geregelt, daß "Minister" keine Politikbereiche sondern "Geschäftsbereiche" leiten, und daß der "Bundeskanzler" nicht die Politik bestimmt, sondern die "Geschäftspolitik". Er regiert nicht, sondern leitet "Geschäfte":

Artikel 53 "Grundgesetz":
"Der Bundesrat ist von der Bundesregierung über die Führung der Geschäfte auf dem Laufenden zu halten."

Artikel 65 Grundgesetz:
"(Es)... leitet jeder Bundesminister seinen Geschäftsbereich selbständig" ...
Der Bundeskanzler leitet seine Geschäfte nach einer ... Geschäftsordnung."

Artikel 69 (3) Grundgesetz:

"Auf Ersuchen ... ist der Bundeskanzler ...oder ... ein Bundesminister verpflichtet, die Geschäfte bis zur Ernennung seines Nachfolgers weiterzuführen."
Darüber hinaus bestehen keine Verfahrensregeln sondern "Geschäftsordnungen".

Artikel 40 "Grundgesetz":

"Der Bundestag ... gibt sich eine Geschäftsordnung."

Artikel 42 (2) "Grundgesetz":

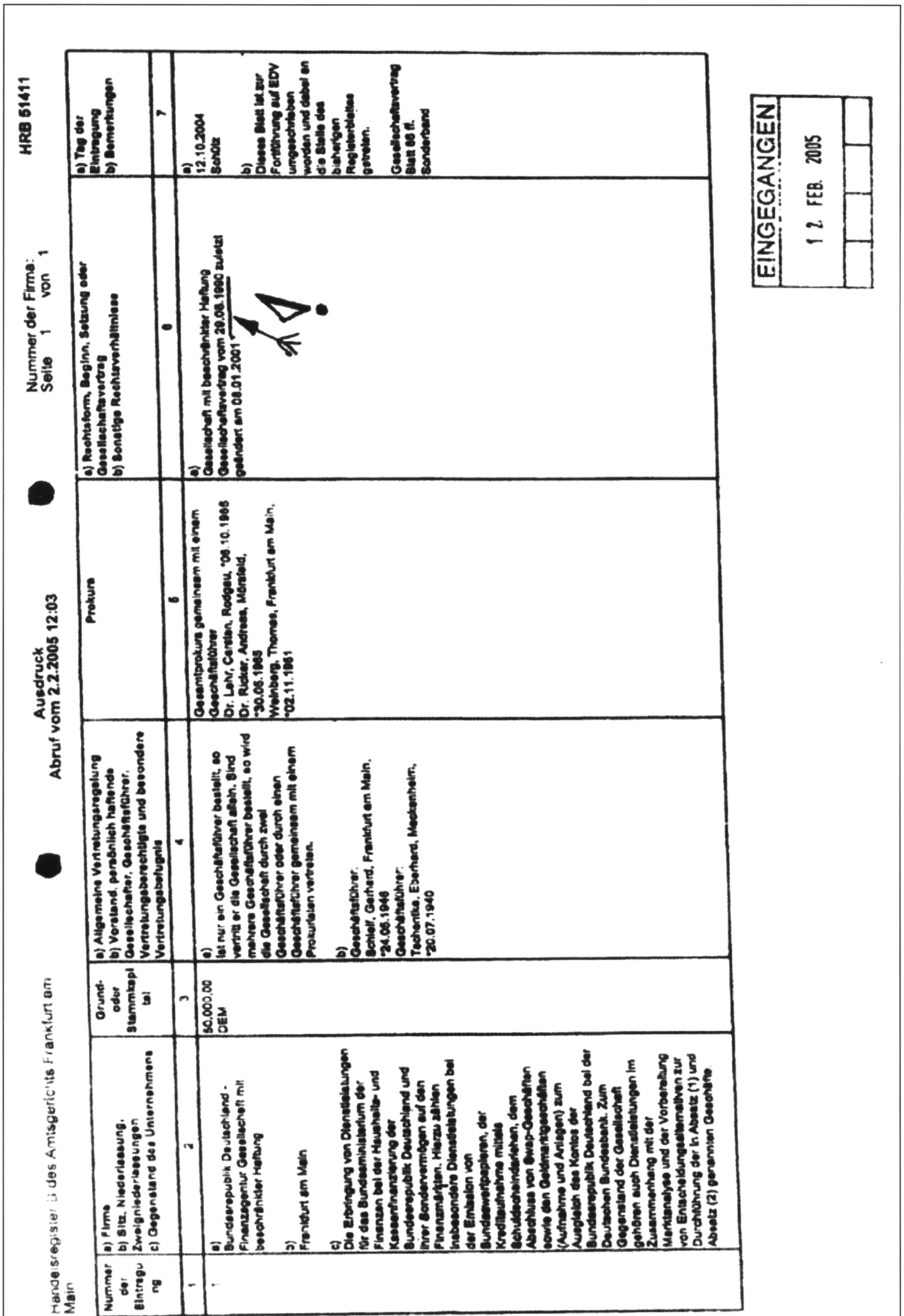
"Für die ... kann die Geschäftsordnung Ausnahmen zulassen."

Analoge Aussagen finden sich in Artikel 52 (3), Artikel 77 (2) und Artikel 93 (1) "Grundgesetz":

"Bundeskanzler" und "Minister" im "BRD"-System haben "Geschäftsbereiche" und sind demnach Teil einer "Geschäftsführung".

Der Gipfel ist, daß die Drahtzieher des "BRD"-Systems im Jahre 1990 eine "BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND FINANZAGENTUR GmbH" gegründet haben. Diese Firma hat die Aufgabe, die finanziellen Verhältnisse des "BRD"-Systems im Inneren und Äußeren zu gestalten. Hierzu wurde eine insolvente, frühere "DDR"-Firma umfirmiert und in Frankfurt am Main angemeldet.

Die " BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND FINANZAGENTUR GmbH" wird als zentraler Dienstleister für die Kreditaufnahme und das Schuldenmanagement des "Bundes" beschrieben und verwaltet das "Vermögen" des "Bundes". Die Haftungssumme liegt bei schlappen 50.000 DM beziehungsweise 25.500 "Euro". Ihr Sitz ist Frankfurt am Main. Alleiniger Gesellschafter ist die "Bundesrepublik Deutschland", vertreten durch das sogenannte "Bundesministerium der Finanzen". Alle "Firmengelder" laufen hier zusammen.
Auf der Webseite dieser "Gesellschaft" findet sich die Behauptung, daß dieses "Unternehmen" im Jahr 2000 gegründet worden sei. Sieht man sich den Handelsregisterauszug der " BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND FINANZAGENTUR GmbH" an, dann findet man dort das wahre Gründungsdatum. Dort heißt es nämlich "Gesellschaftsvertrag vom 29.08.1990". Interessant ist auch, daß die "BRD" Finanzagentur GmbH vorher in Berlin unter der Nummer 40774 eingetragen war.
Es stellt sich die Frage, weshalb man versucht, die Öffentlichkeit über das tatsächliche Gründungsdatum bewußt zu täuschen. Vermutlich will man verschleiern, was 1990 wirklich geschehen ist.



Handelsregister B des Amtsgerichts Frankfurt am Main

Ausdruck
Abruf vom 2.2.2005 12:03

Nummer der Firma: **HRB 51411**
Seite 1 von 1

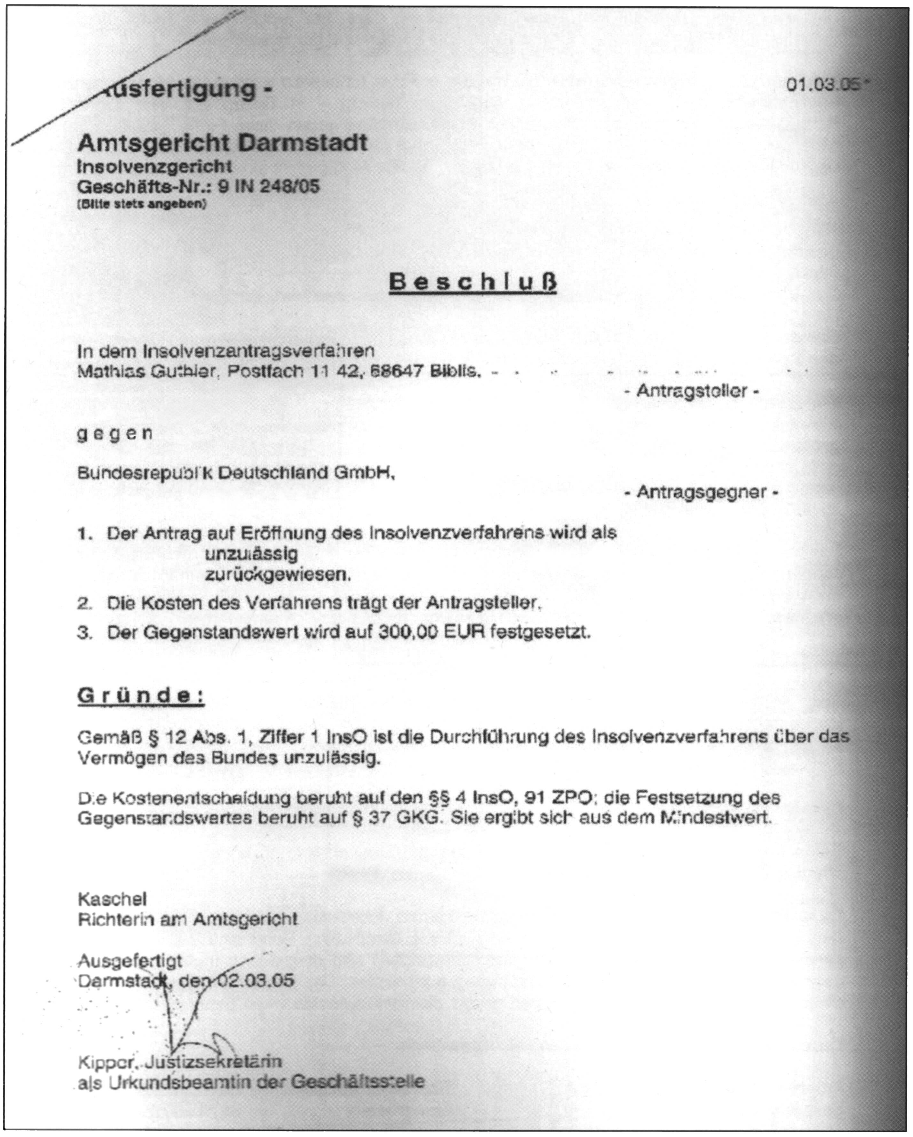
Nummer der Eintragung	a) Firma b) Sitz, Niederlassung, Zweigniederlassungen c) Gegenstand des Unternehmens	Grund- oder Stammkapital	a) Allgemeine Vertretungsregelung b) Vorstand, persönlich haftende Gesellschafter, Geschäftsführer, Vertretungsberechtigte und besondere Vertretungsbefugnis	Prokura	a) Rechtsform, Beginn, Satzung oder Gesellschaftsvertrag b) Sonstige Rechtsverhältnisse	a) Tag der Eintragung b) Bemerkungen
1	2	3	4	5	6	7
1	a) Bundesrepublik Deutschland - Finanzagentur Gesellschaft mit beschränkter Haftung b) Frankfurt am Main c) Die Erbringung von Dienstleistungen für das Bundesministerium der Finanzen bei der Haushalts- und Kassenfinanzierung der Bundesrepublik Deutschland und ihrer Sondervermögen auf den Finanzmärkten. Hierzu zählen insbesondere Dienstleistungen bei der Emission von Bundeswertpapieren, der Kreditaufnahme mittels Schuldscheindarlehen, dem Abschluss von Swap-Geschäften sowie den Geldmarktgeschäften (Aufnahme und Anlagen) zum Ausgleich des Kontos der Bundesrepublik Deutschland bei der Deutschen Bundesbank. Zum Gegenstand der Gesellschaft gehören auch Dienstleistungen im Zusammenhang mit der Marktanalyse und der Vorbereitung von Entscheidungsalternativen zur Durchführung der in Absatz (1) und Absatz (2) genannten Geschäfte.	50.000,00 DEM	a) Ist nur ein Geschäftsführer bestellt, so vertritt er die Gesellschaft allein. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer gemeinsam mit einem Prokuristen vertreten. b) Geschäftsführer: Schleif, Gerhard, Frankfurt am Main, *24.05.1946 Geschäftsführer: Tschentke, Eberhard, Meckenheim, *20.07.1940	Gesamtprokura gemeinsam mit einem Geschäftsführer Dr. Lahr, Carsten, Rodgau, *06.10.1966 Dr. Ricker, Andreas, Mörfeld, *30.05.1965 Weinberg, Thomas, Frankfurt am Main, *02.11.1961	a) Gesellschaft mit beschränkter Haftung Gesellschaftsvertrag vom 29.08.1990 zuletzt geändert am 08.01.2001	a) 12.10.2004 Schütz b) Dieses Blatt ist zur Fortführung auf EDV umgeschrieben worden und dabei an die Stelle des bisherigen Registerblattes getreten. Gesellschaftsvertrag Blatt 66 ff. Sonderband

EINGEGANGEN
12. FEB. 2005

Handelsregisterauszug der Firma ***Bundesrepublik Deutschland Finanzagentur GmbH*** *("BRD"-GmbH) im Amtsgericht Frankfurt am Main.*

Wer glaubt, daß diese GmbH lediglich eine private Firma für ausgelagerte Dienstleistungen ist, liegt falsch, was ein gestellter Insolvenzantrag belegt. Der Beschluß des "Amtsgericht Darmstadt" vom 02.03.2005 (Geschäfts-Nr.: 9 IN 248/05) lautet:

"Der Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens wird als unzulässig zurückgewiesen. Gründe: Gemäß §12 Abs. 1, Ziffer 1 InsO ist die Durchführung des Insolvenzverfahrens über das Vermögen des Bundes unzulässig."



- Ausfertigung - 01.03.05

Amtsgericht Darmstadt
Insolvenzgericht
Geschäfts-Nr.: 9 IN 248/05
(Bitte stets angeben)

Beschluß

In dem Insolvenzantragsverfahren
Mathias Gutbier, Postfach 11 42, 68647 Biblis,
- Antragsteller -

gegen

Bundesrepublik Deutschland GmbH,
- Antragsgegner -

1. Der Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens wird als unzulässig zurückgewiesen.
2. Die Kosten des Verfahrens trägt der Antragsteller.
3. Der Gegenstandswert wird auf 300,00 EUR festgesetzt.

Gründe:

Gemäß § 12 Abs. 1, Ziffer 1 InsO ist die Durchführung des Insolvenzverfahrens über das Vermögen des Bundes unzulässig.

Die Kostenentscheidung beruht auf den §§ 4 InsO, 91 ZPO; die Festsetzung des Gegenstandswertes beruht auf § 37 GKG. Sie ergibt sich aus dem Mindestwert.

Kaschel
Richterin am Amtsgericht

Ausgefertigt
Darmstadt, den 02.03.05

Kipper, Justizsekretärin
als Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle

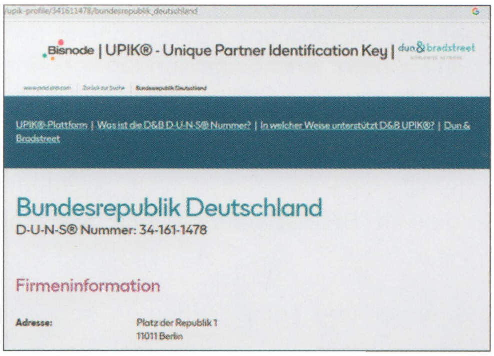
" Beschluß" Amtsgericht Darmstadt 01.03.2005 Insolvenzgericht Geschäfts-Nr.: 9 IN 248/05 mit Bezeichnung "Bundesrepublik Deutschland - GmbH" als Antragsgegnerin.

Interessant ist dabei, daß das Gericht als Antragsgegnerin eine **"BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND GmbH"** ausweist. Von Seiten des Gerichtes wurde die "Finanzagentur" (bewußt?) unterschlagen (was bei genauerem Überlegen durchaus plausibel erscheint). Mit diesem "Beschluß" hat das "Gericht" jedenfalls bestätigt, daß die beklagte GmbH im Besitz des gesamten Vermögens (besser gesagt: der gesamten Schulden) des "Bundes" ist! Damit "besitzt" eine private Körperschaft die gesamten Billionen-Schulden des "BRD"-Systems und haftet als GmbH lediglich mit schlappen 25.500,- Euro. Wenn diese Firma aus dem "Handelsregister" gelöscht wird, ist die "BRD" schuldenfrei und ein Anspruchsgegner für verlorene Werte ("Bundesschatzbriefe") gäbe es dann nicht mehr.

Interessanter Nebenaspekt:

Die frühere "DDR"-Firma, die man zu diesem Zweck für eine Ostmark aufgekauft hat, war bereits zum Zeitpunkt des Kaufes insolvent gewesen. Dies ist zu schlußfolgern, da diese Firma sich in einem Firmenmantel der Berliner CVU Systemhaus Abwicklungsgesellschaft mbH befand, die sich auf die Abwicklung ausschließlich insolventer "DDR"-Firmen spezialisiert hatte. Somit ist die Firma "Bundesrepublik Deutschland Finanzagentur GmbH" offensichtlich bereits insolvent gegründet worden. In Anbetracht der Schulden in Höhe von 2–6 Billionen Euro und Neukreditaufnahmen von bis zu 17 Mrd. Euro täglich – bei

lächerlich kleiner Haftungsdecke – wurden bereits mehrfach Konkursanträge gegen diese Firma gestellt. Da diese Firma jedoch bereits beim Kauf im Jahre 1990 längst insolvent war, müssen weitere Insolvenzanträge nicht bearbeitet, und noch nicht einmal mehr angenommen werden!

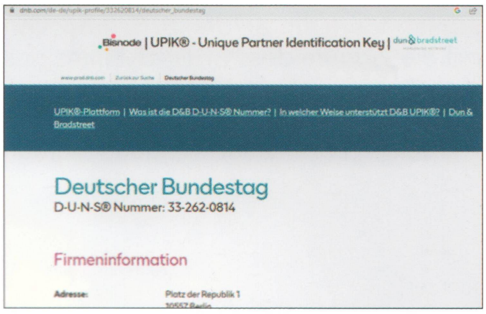


Links:

"Bundesrepublik Deutschland" als Firma im US-amerikanisch geführten Firmenverzeichnis UPIK-Datensatz von Dun & Bredstreet gelistet.

UPIK®: Unique Partner Identification Key
DUNS®-Nummer: 34-161-1478

Aufgrund der Tatsache daß die "BRD" lediglich eine Firma und kein Staat ist, werden auch "Personalausweise" von Stellen der "BRD" ausgegeben. Die Bezeichnung "Bundes**personal**ausweis" ist nur folgerichtig, offenbar ist gemeint, daß der Inhaber Personal der Firma "BRD" - "Bundesrepublik Deutschland" ist!



Screenshot bei D&B; "BUNDESTAG" als private Firma gelistet

Darüber hinaus werden sämtliche "Organe" der "BRD" in ihren Internetauftritten inzwischen offen als Firmen präsentiert:

Sämtliche Unterfirmen im "BRD"-System (jede "Polizei"-Wache, jedes sogenannte "Amtsgericht" etc.) sind in US-amerikanischen Firmenverzeichnissen (MANTA, Dun&Bredstreet / UPIK) als Firma ("private company") gelistet und haben Umsatzsteuer-Identifikations-Nummern, was es definitionsgemäß nur für Firmen gibt, jedoch nicht für Staaten oder Staatsorgane.

"BRD"-Propagandafunktionäre behaupten, es müsse sich bei den Menschen, die sich für Rechtsstaatlichkeit in Deutschland einsetzen, um "Spinner" handeln, da diese das Schlagwort "BRD"-GmbH im Alltag verwenden. Schließlich sei die "BRD" nicht in einem Handelsregister des "BRD"-Systems als eine GmbH eingetragen. Diese Argumentation offenbart Klapsmühlenniveau. Es mag sein, daß es einen solchen Eintrag nicht gibt. Es versteht sich von selbst, daß der Begriff "BRD"-GmbH ein Geschäftsmodell der Besatzer in Deutschland schlagwortartig charakterisiert. Die Begrifflichkeit stammt aus einer Steilvorlage des "Amtsgerichts Darmstadt" aus dem genannten "Gerichtsbeschluß" vom 01.03.2005. Der Begriff "BRD"-GmbH paßt auch deshalb recht gut zu diesem Geschäftsmodell, da es im "BRD"-System keine Staatshaftung gibt - eben eine Gesellschaft mit (auf Null) beschränkter Haftung!

Ämter
sind Staatsorgane, die unmittelbar mit den Staatsangehörigen interagieren und den Staatsangehörigen gegenüber Akte der Hoheitsgewalt ausüben. Es arbeiten Beamte in ihnen und diese Beamten üben hoheitliche Befugnisse aus. Aufgrund ihres Beamtenstatus haben diese Beamten einen Entscheidungsspielraum in ihren Handlungen. Deshalb sind diese Beamten in diesen Ämtern verpflichtet, rechtsmittelfähige Bescheide zu erstellen. Hierdurch ist es möglich, daß jemand der durch eine Amtshandlung geschädigt wurde, den Rechtsweg bestreiten kann. Dies dient dem Schutz der Staatsangehörigen, damit ein Beamter seinen Entscheidungsspielraum nicht in destruktiver Weise nutzt. Für Beamte gibt es eine Staatshaftung, für den Fall daß durch ein fehlerhaftes Verhalten eines Beamten ein Schaden eintritt.

Behörden
sind ebenfalls Staatsorgane und als solche öffentliche Verwaltungen. Der Unterschied zu Ämtern besteht darin, daß Behörden In Verwaltungen wird, wie der Name bereits sagt, lediglich verwaltet. Es werden beispielsweise Daten erhoben, es wird katalogisiert, es wird Schriftverkehr geführt etc. Im Bereich des staatlichen Rechtes haben Behörden im Gegensatz zu Ämtern keine hoheitlichen Entscheidungsbefugnisse und haben somit auch in ihren Entscheidungen keine Entscheidungsspielräume. Behörden führen lediglich aus, was übergeordnete Stellen mit hoheitlichen Entscheidungsbefugnissen, also Ämter, vorgeben. Behörden erlassen keine staatlichen / hoheitlichen Bescheide oder Zwangsmaßnahmen.
Verwaltungen privater Unternehmen sind nicht öffentlich. Es ist deshalb nicht statthaft, privatwirtschaftliche Verwaltungen "Behörden" zu nennen - wie dies im "BRD"-System jedoch gemacht wird.

Da die "BRD" kein Staat ist, gibt es im "BRD"-System keine Ämter und keine Behörden sondern bestenfalls "Verwaltungen".
Der Begriff "Amt" ist handelsrechtlich nicht geschützt und so kann handelsrechtlich gesehen jeder seine Firma "Amt", "Amtsgericht", "Kraftfahrtamt" oder "Finanzamt" u.s.w. nennen. Wer allerdings seine Firma beispielsweise "Amtsgericht" oder "Finanzamt" nennt, ohne daß es sich dabei um wirkliche, das heißt staatliche Ämter mit vom Staate berufenen Beamten handelt, begeht drei Straftaten, nämlich "Täuschung im Rechtsverkehr", "Betrug" und "Amtsanmaßung".
Es gilt immer der **Grundsatz: Alles was illegalerweise, insbesondere unter der Erfüllung von Straftatbeständen ausgeführt wird, ist rechtsungültig.** Damit die Akteure des "BRD"-Systems aus den geschilderten Tatbeständen "Täuschung im Rechtsverkehr", "Betrug" und "Amtsanmaßung" herauskommen, wurden in den vergangenen Jahren allmählich die entsprechenden Begrifflichkeiten geändert: Die einzelnen Unterfirmen, die früher noch als "Ämter" bezeichnet wurden, werden allmählich umbenannt:

Beispielsweise

Aktenzeichen	>	Geschäftszeichen
Arbeitsamt	>	"Agentur für Arbeit", "Jobcenter"
Einwohnermeldeamt	>	"Bürgerservice", "Kundenzentrum"
Sozialamt	>	"ARGE GmbH"
Gewerbeamt	>	"Abteilung Gewerbe"
Gesundheitsamt		"Fachdienst Gesundheit"
Postamt	>	"Post AG"
Finanzamt	>	"Finanzverwaltung", "Steuerverwaltung"
Staatsanwaltschaft	>	"Amtsanwaltschaft" *(eigentlich keine intelligente Lösung da der Wortteil "Amt" weiterhin verwendet wird)*
Amtsgericht	>	"Justizzentrum" oder "Betreuungsgericht" der Stadt XY "Finanzgericht" der Stadt XY "Familiengericht" der Stadt XY etc.

Es wird in allen Bereichen versucht, die Begriffe Amt und Staat zu vermeiden.

Folgerichtig werden im jeweiligen Impressum von "BRD"-Unterfirmen nicht etwa Amtsvorsteher benannt sondern "Geschäftsführer".

Dabei sollte man nicht dem Irrtum unterliegen, es habe sich vor 1990 bei den genannten "Institutionen" um Ämter gehandelt, die jetzt privatisiert worden seien. Nein, es waren seit Gründung der "BRD" schon immer Firmen, nur werden jetzt die Begrifflichkeiten angepaßt!

3.5.1. Der rechtliche Trick zur Versklavung / Mensch versus Person

Wie bereits dargelegt, unterscheiden die Juristen zwischen natürlichen und juristischen Personen. Eine natürliche Person ist der Mensch in seiner Rolle als Angehöriger des Staates mit entsprechenden unveräußerlichen Rechten. Ein Mensch kann dabei die Rechte einer natürlichen Person nur wahrnehmen, wenn staatliche Stellen dies gewährleisten. Ein Mensch kann somit nur in Wechselbeziehung zu einem Staat für eine natürliche Person handeln.

Demgegenüber gibt es juristische Personen. Hierbei handelt es sich um Zusammenschlüsse von natürlichen Personen. Juristische Personen sind beispielsweise Firmen, Stiftungen, Parteien oder Vereine etc. Diese juristischen Personen sind ihrerseits Träger von Rechten und Pflichten. Sie sind somit rechtsfähig. Sie sind Rechtssubjekte.

Rechtsfähige Körperschaften

Natürliche Personen | **Juristische Personen**

Gebietskörperschaften
- **Städte**
- **Gemeinden**
- **Kreise**
- **Landkreise**
- **Kantone**
- **Reichsländer**
- **Bundesstaaten**
- **Staaten**

Personenvereinigungen
- **Vereine**
- **Stiftungen**
- **Gewerkschaften**
- **politische Parteien**
- **Firmen**
  - GmbH
  - AG
  - Kommanditgesellschaft etc.

Unterteilung von rechtsfähigen Körperschaften. Von besonderer Bedeutung ist die Gegenüberstellung von natürlichen und juristischen Personen.

Natürliche Personen haben Namen (was wir oft als "Vornamen" bezeichnen, also Klaus, Heinz, Kurt etc.) und Familiennamen (Müller, Meier, Schulze etc.).

Demgegenüber haben juristische Personen NAMEN (und keine Familiennamen).

Da die "BRD" eine Firma ist, kann sie in jedem Menschen nur jeweils eine juristische Person sehen. Das bedeutet, daß die Firma "BRD" für jedem von uns mit der Erstellung der "Geburtsurkunde" eine juristische Person, also juristisch gesehen eine Ein-Mann-Firma macht.
Als NAME für diese Firma wird der Familienname des Betreffenden ohne sein Wissen verwendet. Mit dieser so entstandenen Ein-Mann-Firma gestaltet die Firma "BRD" dann diverse Geschäftsbeziehungen. Dabei versuchen die Betreiber des "BRD"-Systems uns glauben zu machen, wir Menschen seien diese juristische Person. Ein Mensch kann jedoch nur für eine Person handeln. Ein Mensch kann nicht zu einer Person werden. Im Staatsrecht kann ein Mensch gezwungen werden, für eine natürliche Person zu handeln. Im Handelsrecht gilt Vertragsfreiheit und das Prinzip der Freiwilligkeit. Somit kann ein Mensch von "BRD"-Stellen nicht gezwungen werden, für eine juristische Person zu handeln. Sollte durch eine juristische Person Schaden verursacht werden, haftet der Eigentümer. Das ist die "BRD"-Stelle, die diese juristische Person geschaffen hat.
Beispielsweise findet man im sogenannten "Bundespersonalausweis" diese Kriterien einer juristischen Person erfüllt. Allein die Kategorie "NAME" (und nicht Familienname) ist Beleg dafür, daß hier eine juristische Person benannt wird. Zudem wird dieser Name dann in Großbuchstaben geschrieben, wodurch eine Firma beziehungsweise eine Sache gekennzeichnet wird.
Aus den genannten Gründen wird man vom "BRD"-System auch in der Regel in der folgenden Form angeschrieben:
"Sehr geehrter Herr Max MUSTERMANN, ..."
Auch auf "Gerichtsurteilen" von "BRD"-"Gerichten" ist angegeben, daß beispielsweise nicht in der Angelegenheit Müller gegen Meier, sondern in Sachen MÜLLER gegen MEIER verhandelt wurde.

Bekanntermaßen haben juristische Personen keinen Anspruch auf die Einhaltung der Menschenrechte, Freiheitsrechte oder Bürgerrechte.

Für das Verständnis und künftige Auseinandersetzungen mit dem "BRD"-System ist es hilfreich zu verstehen, daß man als Mensch nur für eine Person handeln kann, niemals aber zu der Person wird, für die man handelt.

3.5.2. Rechtsebenen und Rechtskreise

Begriff "Rechtskreise":
Menschen, die verschiedenen Rechtskreisen angehören, haben rechtlich nichts miteinander zu tun. Ein Rechtskreis entsteht durch rechtliche Übereinkommen und rechtliche Angleichung. Als beispielsweise die ersten Europäer nach Amerika kamen, gab es zunächst keine rechtlichen Vereinbarungen zwischen ihnen und den dortigen indigenen Völkern.
Beide Menschengruppen haben im selben Gebiet gelebt. Wenn ein Einwanderer bzw. Siedler einen rechtlichen Konflikt mit einem anderen Einwanderer hatte, hat er dies nicht vor einem Indianer-Häuptling oder Indianer-Gericht klären lassen sondern vor einem Gericht der sich neu formenden staatlichen Strukturen der Einwanderer. Umgekehrt wären zwei Indianer, die einen rechtlichen Konflikt miteinander hatten, nicht auf die Idee gekommen, einen Sheriff oder ein Gericht der Einwanderer zu bemühen. Vielmehr haben sie das dann nach Indianer-Regeln beispielsweise vor dem Häuptling ihres Stammes geklärt. Es waren eben im selben Gebiet unterschiedliche Rechtskreise, die nichts miteinander zu tun hatten. Richtig problematisch wurde es, wenn ein Einwanderer bzw. Siedler mit einem Indianer einen rechtlichen Konflikt zu klären hatte. Aufgrund der unterschiedlichen Rechtskreise

gab es keine Möglichkeit, hier eine einvernehmliche Lösung zu finden, es sei denn einer der beiden Konfliktparteien war bereit, sich freiwillig in den Rechtskreis des Anderen zu begeben bzw. sich dem Recht des Rechtskreises der anderen Konfliktpartei freiwillig unterzuordnen.
Hätten die Indigenen Völker und die Einwanderer gleichberechtigt eine wie auch immer geartete Union gebildet, wäre ein neuer Rechtskreis entstanden, dem Einwanderer und Eingeborene gleichermaßen angehört hätten. Dies ist jedoch bekanntermaßen nicht erfolgt, sondern die Ureinwohner wurden im Laufe der Zeit in den Rechtskreis der Einwanderer hineingezwungen.
Ein weiteres Beispiel ist die Entstehung des deutschen Kaiserreiches. Vor dessen Gründung waren die Einzelstaaten eigene Rechtskreise. Ein Richter im Königreich Bayern war nicht zuständig für einen Streitfall im Königreich Preußen und umgekehrt. Durch Gründung der neuen Körperschaft in Form des Kaiserreichs ist gleichzeitig ein neuer, gemeinsamer Rechtskreis entstanden, dem nunmehr beide vorherige Rechtskreise angehören.

Begriff "Rechtsebenen":
Abzugrenzen von dem Begriff "Rechtskreis" ist der Begriff "Rechtsebene". Dieser Begriff ist nur innerhalb eines Rechtskreises zu verwenden. Das heißt, nur innerhalb eines Rechtskreises gibt es verschiedene Rechtsebenen - Ebenen des Rechts, die man einteilen kann in höherrangiges oder niederrangiges Recht. Auf der ganzen Welt gilt beispielsweise: "Höherrangiges Recht bricht niederrangiges Recht."

Es gibt somit keine "höherrangigen" oder "niederrangigen" "Rechtskreise" so wie es keine "eigenen" oder "fremden" "Rechtsebenen" gibt.

Im Folgenden wird nur noch die Frage der Rechtsebenen untersucht. Ein wichtiger Entwicklungsschritt war das Römische Recht. Es war gekennzeichnet durch das
Drei-Stände-Modell:

1. Sklavenhalter
war ein höher gestellter Angehöriger der Gesellschaft, hatte die Bürgerrechte wie das Recht auf Eigentum, auf Familiengründung, auf politische Mitsprache, und das Recht, Sklaven zu halten,

2. befreiter Sklave / Freier
war ein Sklave, der durch Abdienung seiner Zeit die Freiheit erlangen konnte, beispielsweise auch dadurch, daß er im Kolosseum den Löwen umgebracht hatte. Er hatte das Recht auf Leben, Unversehrtheit, Bewegungsfreiheit und Besitz (nicht auf Eigentum), hatte jedoch keine Bürgerrechte.

3. Sklave
hatte keine Rechte.

Aus diesem Drei-Stände-Modell hat sich im Laufe von Jahrhunderten auch durch das Mittelalter hindurch die Kategorisierung der Begriffe "Bürgerrechte", "bürgerlicher Tod" und "Freiheitsrechte" entwickelt.

Freiheitsrechte:
- Recht auf Leben
- Recht auf körperliche Unversehrtheit
- Recht auf Bewegungsfreiheit.

Bürgerrechte:
Rechte, die sich auf das Verhältnis zwischen dem Einzelnen und der staatlichen Gemeinde beziehungsweise dem Staat beziehen.
- Rechte der natürlichen Person (gem. §1 des staatlichen BGB)
- Recht auf Mitsprache in Gemeinde / Staat
- Recht auf Übernahme von Ämtern und Funktionen in Gemeinde / Staat
- Recht auf Eigentum
- Recht auf Ehe / Familiengründung und Familienangehörigkeit
- Recht als Vertreter zu handeln beispielsweise für die Kinder der Familie, oder anderweitig als Vollmachtnehmer
- Recht zur Gründung von Körperschaften und als Organ einer Körperschaft zu handeln
- Recht zur prozessualen Vertretung anderer vor Ämtern oder vor Gericht
- Recht auf rechtliches Gehör, zum vollgültigen gerichtlichen Zeugnis und zur Beschreitung des Rechtsweges

Bürgerlicher Tod: vollständiger Verlust der Bürgerrechte und damit der Rechtsfähigkeit insgesamt.

Das römische Recht kennt folgende Begriffe der "Infamie". **Infamie** bedeutet als Oberbegriff die **Schmälerung der Rechtsfähigkeit** beziehungsweise des rechtlichen Status (syn.: "**Statusminderung**"):

- capitis deminutio minima: (syn.: "kleine Statusminderung") bedeutet den Verlust der Rechte, die mit der Familienangehörigkeit verbunden sind. Es ist somit der Verlust nur eines bestimmten Teils der Bürgerrechte,
- capitis deminutio media: (syn.: "mittlere Statusminderung") bedeutet den kompletten Verlust der Bürgerrechte bei Beibehaltung der Freiheitsrechte
- capitis deminutio maxima: (syn.: "große Statusminderung") bedeutet den kompletten Verlust der Freiheitsrechte und der Bürgerrechte.

Analog zu diesen römischen Rechtsgrundsätzen zeigen sich im "BRD"-System die folgenden Eigenartigkeiten: Der Name einer natürlichen Person ist symbolisch mit den Freiheitsrechten verbunden und der Familienname mit den Bürgerrechten. Durch Schreibung in Großbuchstaben wird der Verlust dieser Rechte zum Ausdruck gebracht.
Die Schreibweise Herr Max Mustermann oder Mustermann, Max bedeutet symbolisch, es handelt sich um eine natürliche Person, die Bürgerrechte und Freiheitsrechte werden gewährt.
Die Schreibweise in der Form: Herr Max MUSTERMANN oder MUSTERMANN, Max bedeutet symbolisch, daß die Freiheitsrechte gewährt werden, die Bürgerrechte jedoch nicht.
Die Schreibweise in der Form: MAX MUSTERMANN oder MUSTERMANN, MAX bringt symbolisch zum Ausdruck, daß weder die Freiheitsrechte noch die Bürgerrechte zugestanden werden.

Wer beispielsweise von einer "BRD"-Stelle ein Anschreiben mit einer derartigen Schreibweise in der Anrede erhält, und den Schriftverkehr in dieser Angelegenheit weiterführt, ohne dies zu beanstanden, hat sich in der Interpretation durch diese "BRD"-Stelle durch konkludentes Handeln auf diese Entrechtung freiwillig eingelassen.

In der historischen Entwicklung der Rechtsebenen gibt es verschiedene Etappen. Im Folgenden sollen die wichtigsten Grundzüge vereinfacht dargestellt werden.
Kinder gelten in einer Gesellschaft grundsätzlich immer als besonders schutzbedürftig und haben deshalb eine Sonderstellung inne. Sie werden gewissermaßen in allen Kulturen hinsichtlich der rechtlichen Pflichten "außen vor" gehalten. Dabei ist es in allen Kulturen üblich, daß Kinder in den Rechtskreis der Erwachsenen durch besondere Rituale aufgenommen werden. Hierdurch wird in der Regel eine klare Zäsur getroffen, durch die die Kindheit aufhört und das Erwachsenenleben mit gänzlich neuen Verantwortlichkeiten beziehungsweise Rechten und Pflichten beginnt.

3.5.3. Prinzip der freiwilligen Unterordnung auf Ebene des Individuums

Gehen wir vom einfachsten Fall aus: Mann oder Weib lebt allein in der Natur, der Boden gehört niemandem. Er / sie hat keinen Namen, zumal keine Ansprache stattfindet. Basis sind

1. die Naturgesetze.

Mann / Weib muß verhindern, daß er / sie verhungert, erfriert oder an Krankheit stirbt. Er / sie hat alle universellen Rechte, er / sie kann Bäume fällen, Tiere töten, es gibt keine rechtlichen Konflikte.
Ein Name für Mann / Weib ist nicht nötig, zumal durch das Alleinsein keine Ansprache zu erwarten ist.
Für die Menschheit ist es existentiell, Gemeinschaften zu bilden. Erst durch die Bildung von Gemeinschaften besteht ein rechtlicher Regelungsbedarf. Die kleinste menschliche Gemeinschaft, die das Überleben der Menschheit sichert, ist die gegengeschlechtliche Paarbeziehung. Hierfür müssen Mann und Weib eine rechtliche Verbindung eingehen.
Dabei gibt jeder der beiden freiwillig von universellen Rechten ab, begibt sich freiwillig in eine strukturell niedrigere Rechtsebene, um in die Vorteile dieser neu entstandenen Gemeinschaft zu gelangen.
Die juristische Fiktion ist der "Mensch". Der Mensch gibt sich seinen Namen selbst (Erwachsenenritual), Rechtsbasis sind

1. die Naturgesetze
2. das Naturrecht.

In der Erweiterung dieser Gemeinschaft haben wir die Sippe, deren Erweiterung endet nach modernem Sprachgebrauch in der staatlichen Gemeinde, eine Gebietskörperschaft im jeweiligen Siedlungsgebiet. Die Erweiterung der staatlichen Gemeinde ist der Staat.

Jeder Mensch kann nun erneut von universellen Rechten freiwillig abgeben, sich freiwillig in die strukturell niedrigere Rechtsebene des Staates begeben, um in die Vorteile dieser Gemeinschaft, dieses Staates, zu gelangen.
Die juristische Fiktion ist die "natürliche Person", Rechtsbasis sind

1. **die Naturgesetze**
2. **das Naturrecht**
3. **das Staatsrecht.**

Das Recht am Namen dieser natürlichen Person hat der Staat.
Der Mensch in dieser natürlichen Person kann erneut von universellen Rechten freiwillig abgeben, sich freiwillig in eine strukturell niedrigere Rechtsebene begeben, um in die Vorteile dieser neu entstandenen Gemeinschaft zu gelangen, beispielsweise wenn er als Personal einer Firma tätig sein will.
Die zugehörige juristische Fiktion dieser Firma ist die "juristische Person", Rechtsbasis sind

1. **die Naturgesetze**
2. **das Naturrecht**
3. **das Staatsrecht**
4. **das Handelsrecht.**

Das Recht am Namen dieser juristischen Person hat die Firma.
Fazit: **Für die Menschheit besteht die Notwendigkeit, Gemeinschaften zu bilden. Die Bildung dieser Gemeinschaften ist prinzipiell freiwillig, indem der Mensch von universellen Rechten abgibt, sich freiwillig in eine niedrigere Rechtsebene begibt, um in die Vorteile dieser neu entstandenen Gemeinschaft zu gelangen.**
Dabei ist bemerkenswert, daß der Mensch niemals zu einer Person werden kann, sondern nur für eine Person handeln kann.
Das Prinzip der freiwilligen Unterordnung ist universell. Es gilt nicht nur für Menschen, sondern auch für Gebietskörperschaften.
Insbesondere im Handelsrecht besteht Vertragsfreiheit und das Freiwilligkeitsprinzip. Man kann im Handelsrecht, somit von "BRD"-Stellen nicht gezwungen werden, für eine Person zu handeln.
Im Staatsrecht ist dies anders. Mit Entstehung der ersten Gebietskörperschaften wurde es notwendig, daß im Hoheitsgebiet gleiches Recht für alle gilt. Dies geht nicht ohne das Konstrukt der Person. Aus diesem Grunde wurde das Konzept der "natürlichen Person" erfunden. Im Staatsrecht kann man gezwungen werden, für die vom Staat geschaffene natürliche Person zu handeln. Anderenfalls gäbe es kein einheitliches Recht für alle im Hoheitsgebiet. Es müßte dann jeder einzelne Mensch mit jedem anderen Menschen auf der Basis des Naturrechts seine Rechtsbeziehungen klären. Jedoch auch dann wäre nicht geregelt, wie mit einem vertragsbrüchigen, kriminellen Menschen umzugehen ist, beispielsweise welches Gericht angerufen wird und wer befugt ist, Gerichtsurteile durchzusetzen etc. Das Ergebnis wäre Chaos.
Wir sehen, daß die Erfindung der Person (als juristische Fiktion) durchaus etwas Positives ist, solange diese Erfindung nicht pervertiert oder mißbraucht wird.

3.5.4. Prinzip der freiwilligen Unterordnung auf Ebene der Gebietskörperschaften

Seit der Seßhaftwerdung der Menschen sind die bedeutsamsten Rechte die sogenannten "Bodenrechte". Diese basieren auf der einfachen Frage: "Wem gehört das Land?" Auf der ganzen Welt gilt:
"Wer eine herrenlose Sache an sich nimmt, kann Eigentum daran erlangen."
Dieser Grundsatz wird beispielsweise auch im "BRD"-System im §958 "BGB" abgebildet.
Das härteste Kriterium für Eigentum ist die Vererbbarkeit. Damit gehört das Land den Erstbesiedlern und deren Nachfahren bzw. Erben.
Menschen werden geboren, wandern zu, wandern ab und sterben. Niemand von uns kann deshalb als Einzelner beweisen, daß er Nachfahre der Erstbesiedler ist. Das ist auch nicht nötig. Mit der Besiedlung sind automatisch Gemeinschaften

1. **mit definiertem Gebiet**
2. **mit definiertem Innenverhältnis**
3. **mit definiertem Außenverhältnis**

entstanden, sogenannte "Gebietskörperschaften".
Diesen naturstaatlichen Gemeinden gehört das Land. Folgerichtig sind in den naturstaatlichen Gemeinden die Erstbesiedlungsrechte unter Umständen seit vielen Jahrhunderten oder Jahrtausenden konserviert.

Eine Körperschaft kann im Gegensatz zu Menschen Jahrhunderte und Jahrtausende existieren und muß niemals "sterben". Wer in einer staatlichen Gemeinde legitim seinen Wohnsitz genommen hat, ist Angehöriger dieser Gebietskörperschaft und damit gemeinschaftlicher Inhaber der Bodenrechte.
Für die strukturellen Rechtsebenen der Gebietskörperschaften gilt deshalb der Satz:
"Die Rangigkeit des Rechts richtet sich nach der Nähe zum Boden".
Dabei können die staatlichen Gemeinden ohne Staat existieren, nicht aber ein Staat ohne die staatlichen Gemeinden. Schließlich gab es die allermeisten staatlichen Gemeinden bzw. Ortschaften lange bevor es die heutigen Staaten gab.
Folglich bilden die naturstaatlichen Gemeinden in struktureller Hinsicht die höchste Rechtsebene.
Jede staatliche Gemeinde kann selbst entscheiden, auf welche Weise sie mit staatlichen Nachbargemeinden kooperiert. Staatliche Gemeinden können freiwillig von ihren universellen Rechten abgeben und sich in eine strukturell niedrigere Rechtsebene begeben, um in die Vorteile dieser Gemeinschaft zu gelangen. Hierdurch bilden sie einen Staat.
Im Weiteren können die Staaten freiwillig von ihren universellen Rechten abgeben und sich in eine strukturell niedrigere Rechtsebene begeben, um die Vorteile dieser so entstandenen Gemeinschaft zu erlangen. Sie bilden hierdurch einen Staatenbund. Die Staaten können ohne den Staatenbund existieren, nicht aber der Staatenbund ohne die (Bundes-)Staaten. Schließlich haben die Staaten lange vor der Gründung des Deutschen Reiches von 1871 existiert. Bezogen auf unsere verfassungsmäßige Ordnung im Rechtsstand vom 30.07.1914 haben wir damit folgende strukturelle Rechtsebenen:

1. **staatliche Gemeinden (strukturell höchste Rechtsebene)**
2. **(Bundes-)Staaten (Königreich Preußen, Königreich Bayern etc.) (strukturell zweithöchste Rechtsebene)**
3. **Staatenbund (Deutsches Reich) (strukturell niedrigste Rechtsebene).**

Indem sich die staatlichen Gemeinden freiwillig dem Recht der Staaten, und die Staaten sich freiwillig dem Recht des Staatenbundes unterordnen, entstehen folgende funktionelle Rechtsebenen:

1. **Staatenbund (Deutsches Reich) (funktionell höchste Rechtsebene)**
2. **(Bundes-)Staaten (Königreich Preußen, Königreich Bayern etc.) (funktionell zweithöchste Rechtsebene)**
3. **staatliche Gemeinden / Ortschaften (funktionell niedrigste Rechtsebene).**

Fazit: Um die Übersicht zu behalten ist es wichtig, zwischen strukturellen und funktionellen Rechtsebenen zu unterscheiden.
Aufgrund der gegebenen strukturellen Rechtsebenen in Deutschland legitimieren die staatlichen Gemeinden den jeweiligen Staat und die (Bundes-) Staaten legitimieren das Reich.
Folgerichtig ist ein Staat ein Gemeindeverbund und das Deutsche Reich ist ein Staatenbund.
Heutzutage wird das Prinzip der freiwilligen Unterordnung von den platzierten Organisationen in der Rechtsstaatlichkeitsbewegung konsequent verschwiegen. Die politischen Konsequenzen dieses Prinzips sind für die Machthaber unangenehm: Die Konsequenzen sind, daß jeder Staat sich aus einem Staatenbund lösen kann und jede staatliche Gemeinde sich aus dem Staat lösen kann. Durch dieses Prinzip ist wirkliche Freiheit der Menschen gewährleistet.
Wenn ein Staat versagt, das heißt, wenn der Staat durch sein Handeln den staatlichen Gemeinden schadet, und sich als nicht reformierbar erweist, können die staatlichen Gemeinden aus dem Staat austreten und neue Kooperationen mit Nachbargemeinden eingehen. Sie könnten selbst neue Staaten bilden oder sich anderen Staaten freiwillig unterordnen, um in die Vorteile dieser neuen Gemeinschaft zu gelangen. Hierdurch ist gewährleistet, daß die Staaten gezwungen sind, für ihre staatlichen Gemeinden nur Gutes zu tun, da ihnen sonst ihre staatlichen Gemeinden abhanden kommen. Gleiches gilt analog hierzu für die Bundesstaaten, die das Reich verlassen können, wenn das Handeln auf der Reichsebene ihnen mehr schadet als nutzt. Durch die Anwendung des Prinzips der freiwilligen Unterordnung können auch Staatsgrenzen auf friedlichem Weg verändert werden. Erfolgreich ist der Staat, der für seine staatlichen Gemeinden und damit für die Menschen am meisten Positives zuwege bringt.
Es gibt bekanntermaßen sehr viele, von den Machthabern des Systems platzierte Organisationen, die gegen diese Sachverhalte wettern und Desinformationspropaganda betreiben. Sie wollen vermutlich keine Freiheit für die staatlichen Gemeinden oder die Menschen, sondern sie wollen offenbar, daß das Deutsche Reich ein Gefängnis für die Bundesstaaten und die Bundesstaaten ein Gefängnis für die staatlichen Gemeinden und damit die einfachen Menschen ist. In diesem Sinne ist auch die Propaganda zu interpretieren, die den Menschen einzureden versucht, daß das Deutsche Reich von 1871 ein Staat sei und kein Staatenbund.

3.6. "BRD"- eine verfassungsfeindliche verbrecherische Vereinigung

Wie bereits nachgewiesen, ist die "BRD" kein Staat und kann demzufolge nur im Handelsrecht agieren. Im "BRD"-System werden jedoch die Begrifflichkeiten eines Staates wie "Ämter", "Behörden", "Staatsanwaltschaften", "Amtsgerichte", "Kanzleramt", "Auswärtiges Amt", "Gesetze" etc. verwendet. Es handelt sich somit bei dem "BRD"-System um eine Staatssimulation.
Eine Staatssimulation ist eine schwere Form der organisierten Kriminalität. Die Straftatbestände, die von den Akteuren des "BRD"-Systems täglich erfüllt werden, sind:

- **Täuschung im Rechtsverkehr**
- **Betrug**
- **Amtsanmaßung**
- **Verfassungshochverrat / Staatszersetzung**

Wie bereits erklärt, ist unsere verfassungsmäßige Ordnung der Rechtsstand von 1914, vor Ausbruch des Krieges und vor Beginn der Fremdherrschaft. "Weimarer Republik", "Drittes Reich", "DDR" und "BRD"-System sind

- **keine Staaten** (jeweils ohne Staatsvolk, da jeweils ohne eigene Staatsangehörigkeit)
- **ausschließlich im Handelsrecht agierend** (damit allesamt Firmen)
- **jeweils ohne eigenes definiertes staatliches Hoheitsgebiet**
- **sämtlich Fremdherrschaftsinstrumente** (Kriegsrecht des sogenannten "Ersten" und "Zweiten Weltkrieges" den Grundregelwerken dieser Konstrukte gegenüber höherrangig)
- **ohne Souveränität, das heißt ohne eigene Staatsgewalt** (Kriegsrecht des "Ersten" und "Zweiten Weltkrieges" einschließlich Besatzungsrecht jeweils höherrangig gegenüber der "Weimarer Reichsverfassung", der "Verfassung der DDR" und gegenüber dem "Grundgesetz für die BRD")
- **Recht dieser Konstrukte ist illegal und damit ungültig** ("Weimarer Reichsverfassung" und "Drittes Reich" sind jeweils illegal zustande gekommen, DDR und "BRD" - "Bundesrepublik Deutschland" haben ihre Legitimation ausschließlich durch das jeweilige Besatzermilitär)

Hieraus folgernd müßte der Rechtsstand von 1918 unsere verfassungsmäßige Ordnung sein. Dies ist jedoch nicht der Fall: Mit Kriegserklärung am 01.08.1914 beginnt in Deutschland der Kriegszustand. Kriegszustand ist eine Form des Ausnahmenzustandes. Ausnahmezustand bedeutet, die verfassungsmäßige Ordnung ist außer Kraft gesetzt. Unter diesen Bedingungen kann das staatliche Recht nicht weiterentwickelt werden. Der Rechtsstand ist mit Ausrufung des Kriegszustandes folglich automatisch eingefroren.
Somit ist unsere verfassungsmäßige Ordnung der Rechtsstand vom 30.07.1914. Dort haben wir das letzte gültige Staatsrecht, haben unsere Vorfahren noch eine Staatsangehörigkeit. Die Staatsangehörigkeit unserer Vorfahren ist entsprechend RuStAG von 1913 erblich. Wir haben unsere Staatsangehörigkeit von unseren Vorfahren geerbt.
Fazit: Das "BRD"-System ist eine Staatssimulation. Die Betreiber des "BRD"-Systems organisieren mit diesem System, daß unsere verfassungsmäßige Ordnung in Deutschland permanent mit Füßen getreten wird.
Eine Staatssimulation ist somit eine schwere Form organisierter Kriminalität! Es handelt sich somit bei den Betreibern des "BRD"-Systems um Schwerstkriminelle.
Das "BRD"-System ist folglich eine verfassungsfeindliche verbrecherische Organisation, über die seit über 70 Jahren permanent der Verfassungshochverrat in Deutschland organisiert wird.

3.7. "BRD"- eine lupenreine Nazi- und Reichsbürger-Organisation

Wie vorliegend nachzulesen wird in über 70 Regelungsbereichen durch das "BRD"-System Nazi-Recht zur Anwendung gebracht. Besonders relevant ist dabei die Anwendung von Nazi-Recht im Artikel 116 GG.
Nach dem nationalsozialistischen Grundsatz:

"Ein Volk - ein Reich - ein Führer!"

hatte Adolf Hitler mit Verordnung vom 05.02.1934 die deutsche Staatsangehörigkeit erfunden.

Verordnung über die deutsche Staatsangehörigkeit vom 05.02.1934:

"Auf Grund des Artikels 5 des Gesetzes über den Neuaufbau des Reichs vom 30.01.1934 (RGBl. I. Seite 75) wird folgendes verordnet:

§ 1 (1) ***"Die Staatsangehörigkeit in den deutschen Ländern fällt fort.***
(2) ***Es gibt nur noch eine deutsche Staatsangehörigkeit (Reichsangehörigkeit)."***

Dies ist die "deutsche Staatsangehörigkeit" wie sie als Mitgliedsvoraussetzung für die Angehörigen des sogenannten "Dritten Reiches" von Adolf Hitler definiert wurde.

Art 116 "GG":

(1) ***"Deutscher im Sinne dieses Grundgesetzes ist ... wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt ..."***

Das bedeutet im Klartext: "BRD"-Personal ist derjenige, der sich zur nationalsozialistischen Gleichschaltungsregelung von Adolf Hitler vom 05.02.1934 bekennt, in der die "deutsche Staatsangehörigkeit" definiert wurde. Nur wer die Nazi-Kriterien des Art. 116 des "Grundgesetzes" erfüllt (Besitz der sogenannten "deutschen Staatsangehörigkeit"), kann von der "BRD" überhaupt verwaltet werden. Somit sind nur juristische Vollnazis im "BRD"-System abstimmungsberechtigt beziehungsweise haben aktives und passives Wahlrecht. Nur Vollnazis können im "BRD"-System Funktionärsbonzen werden ("Richter", "Staatsanwälte", sogenannte "Beamte").

Die "BRD"- ist damit eine lupenreine Nazi-Organisation.

Der sogenannte "Bundspersonalausweis" ist damit eine Nazi-Kennkarte. Da das Reichsbürgergesetz von Adolf Hitler von 1935 Bestandteil des Nazi-Rechts ist, ist die "BRD" nicht nur eine lupenreine Nazi-Organisation, sondern auch eine Reichsbürger-Organisation. Scholz, Steinmeier und Faeser sind somit die nicht nur obersten Nazis, sondern auch die obersten Reichsbürger in Deutschland.

Kontrollratsgesetz Nr. 1

Art. I: ***"Folgende Gesetze ... auf welchen das Nazi-Regime beruhte, werden hierdurch ausdrücklich aufgehoben, einschließlich aller zusätzlichen Gesetze ...***

a) ***Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich vom 24.03.1933; RGBl. 1/141, ..."***

Art. III. ***"Wer irgendwelche durch dieses Gesetz aufgehobenen Gesetze anwendet oder anzuwenden versucht, setzt sich strafrechtlicher Verfolgung aus."***

SHAEF-Gesetz Nr. 1:

Artikel II – "Nichtanwendung von Rechtssätzen":

1. ***"Die Auslegung oder Anwendung des deutschen Rechtes nach nationalsozialistischen Grundsätzen, gleichgültig wann und wo dieselben kundgemacht wurden, ist verboten."***

11. ***"Jeder Verstoß gegen die Vorschriften dieses Gesetzes soll nach Schuldigsprechung des Täters durch ein Gericht der Militärregierung nach dessen Ermessen mit allen gesetzlich zulässigen Strafen ... geahndet werden."***

Artikel VI – "Inkrafttreten"

12. ***"Dieses Gesetz tritt am Tage der ersten Verkündung in Kraft."***

Im Auftrage der Militärregierung

(Verkündung und Gültigkeit ab dem ersten Tag der Besetzung am 18.09.1944)

Die Anwendung von Nazi-Recht durch das "BRD"-System ist zum einen alltäglich, zum anderen ist sie auch nach den Regeln des "BRD"-Systems illegal. Die "BRD" existiert und handelt damit auch und gerade nach ihren eigenen Regeln nur noch auf der Basis von permanentem Rechtsbruch. Würde sie sich an ihre eigenen Regeln halten, wäre sie augenblicklich nicht mehr handlungsfähig.

Sämtliche, für die Funktion des "BRD"-Systems maßgeblichen Gesetze sind nationalsozialistische Gesetze. Dies betrifft beispielsweise das "BRD"-Richtergesetz.

"Deutsches Richtergesetz"
§9 "Voraussetzungen für die Berufungen":

"In das Richterverhältnis darf nur berufen werden, wer
1. ***Deutscher im Sinne des Artikels 116 des Grundgesetzes ist ..."***

Damit wird zum Ausdruck gebracht, daß jemand der im "BRD"-System behauptet, Richter zu sein, allein durch diese Behauptung nationalsozialistisches Recht zur Anwendung bringt, was nach wie vor auch nach den Regeln des Systems illegal ist. Ein weiteres Beispiel ist das "Einkommenssteuergesetz". Nur Wenigen ist bekannt, daß Adolf Hitler das "Einkommenssteuergesetz" und die "Lohnsteuerklassen" sowie das "Ehegattensplitting" eingeführt hat. Zur weiteren Verdeutlichung:

Ein Service des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz
in Zusammenarbeit mit der juris GmbH - www.juris.de

Einkommensteuergesetz (EStG)

EStG

Ausfertigungsdatum: 16.10.1934

Vollzitat:

"Einkommensteuergesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. Oktober 2009 (BGBl. I S. 3366, 3862), das durch Artikel 2 des Gesetzes vom 21. Dezember 2015 (BGBl. I S. 2553) geändert worden ist"

Stand: Neugefasst durch Bek. v. 8.10.2009 I 3366, 3862;
zuletzt geändert durch Art. 3 G v. 2.11.2015 I 1834

Einkommenssteuergesetz mit Ausfertigungsdatum 16.10.1934 (BGBl. 2009 Teil I S. 3366, 3862 in Verbindung mit BGBl. 2009 Teil I S. 2553)

Berlin, 16. Oktober 1934.

Der Führer und Reichskanzler
Adolf Hitler

Der Reichsminister der Finanzen
Graf Schwerin von Krosigk

Reichsgesetzblatt Teil 1 vom 24.10.1934; Am Ende der Verantwortliche: "Der Führer und Reichskanzler Adolf Hitler"...

Es handelt sich somit bei dem "Einkommenssteuergesetz" eindeutig um ein nationalsozialistisches Gesetz. Die Anwendung selbiger wurde jedoch bekanntermaßen mit dem Kontrollratsgesetz Nr. 1 vom 20.10.1945 und im SHAEF-Gesetz Nr. 1 verboten.

Nazi-Recht welches von der "BRD" aktuell unmittelbar angewendet wird (Stand 04/22):

1. 06.04.1933 SparkGiroVerbG (Gesetz über den Deutschen Sparkassen- und Giroverband)
2. 09.06.1933 AuslVerbindlG (Gesetz über Zahlungsverbindlichkeiten gegenüber dem Ausland)
3. 21.06.1933 WG (Wechselgesetz)
4. 28.06.1933 GewBezG (Gesetz über die Gewichtsbezeichnung an schweren, auf Schiffen beförderten Frachtstücken)
5. 14.08.1933 ScheckG (Scheckgesetz)
6. 12.09.1933 RKonkordatBek (Bekanntmachung über das Konkordat zwischen dem Deutschen Reich und dem Heiligen Stuhl)
7. 22.12.1933 RAuslDRBest (Sonderbestimmungen für Auslandsdienstreisen der Reichsbeamten)
8. 27.02.1934 VwVereinfG (Gesetz zur Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung)
9. 08.03.1934 LVBek 1934 (Bekanntmachung des Reichsaufsichtsamtes für Privatversicherung vom 8. März 1934 betreffend Lebensversicherung)
10. 08.03.1934 UHVBek 1934 (Bekanntmachung des Reichsaufsichtsamtes für Privatversicherung vom 8. März 1934 betreffend Unfall- und Haftpflichtversicherung)
11. 08.03.1934 SVBek 1934 (Bekanntmachung des Reichsaufsichtsamtes für Privatversicherung vom 8. März 1934 betreffend Sachversicherung)
12. 09.03.1934 MietPfG (Gesetz über die Pfändung von Miet- und Pachtzinsforderungen wegen Ansprüche aus öffentlichen Grundstückslasten)
13. **05.04.1934 Verordnung über die deutsche Staatsangehörigkeit Reichsgesetzblatt 1934 I S. 85 und Art. 116 "GG"**
14. 05.06.1934 KVBek 1934 (Bekanntmachung des Reichsaufsichtsamtes für Privatversicherung vom 5. Juni 1934 betreffend Krankenversicherung)
15. **16.10.1934 EStG (Einkommensteuergesetz)**
16. 16.10.1934 BewG (Bewertungsgesetz)
17. 04.12.1934 LagerstG (Gesetz über die Durchforschung des Reichsgebietes nach nutzbaren Lagerstätten)
18. 13.12.1934 UrhRSchFrVerlG (Gesetz zur Verlängerung der Schutzfristen im Urheberrecht)
19. 14.12.1934 LagerstGDV (Verordnung zur Ausführung des Gesetzes über die Durchforschung des Reichsgebietes nach nutzbaren Lagerstätten (Lagerstättengesetz))
20. 04.01.1935 RSiedlGErgG 1935 (Gesetz zur Ergänzung des Reichssiedlungsgesetzes)
21. 08.08.1935 GBV (Verordnung zur Durchführung der Grundbuchordnung)
22. **"Reichsbürgergeseetz" vom 15.09.1935 heute zur Diffamierung Andersdenkender offiziell angewandt**
23. 13.12.1935 RBerG (Rechtsberatungsgesetz – Außerkrafttreten: 1. Juli 2008)
24. 07.01.1936 RHiStVtrSWEDV (Verordnung zur Durchführung des Vertrages zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich Schweden über Amts- und Rechtshilfe in Steuersachen)
25. 08.03.1936 MittelweserG (Gesetz über den Grunderwerb für die Kanalisierung der Mittelweser)
26. 05.05.1936 GebrMG (Gebrauchsmustergesetz)
27. 05.05.1936 PatG (Patentgesetz)
28. 26.06.1936 SchVerschrFrdWäG (Gesetz über Fremdwährungs-Schuldverschreibungen)
29. 15.09.1936 WZGBek 1936-09-15 (Bekanntmachung zum Warenzeichengesetz über amtliche Prüf- und Gewährzeichen)

30. 20.10.1936 RHiStAbkFINDV (Verordnung zur Durchführung des Abkommens zwischen dem Deutschen Reich und der Republik Finnland über Rechtsschutz und Rechtshilfe in Steuersachen)
31. 01.12.1936 GewStG (Gewerbesteuergesetz)
32. 29.12.1936 WpSchCHEGDV (Verordnung zur Durchführung und Ergänzung des Gesetzes zum Schutze des Wappens der Schweizerischen Eidgenossenschaft)
33. 30.01.1937 AktG (Aktiengesetz)
34. 04.02.1937 DepotG (Gesetz über die Verwahrung und Anschaffung von Wertpapieren)
35. 06.03.1937 WZG§35GBRBek (Bekanntmachung zu §35 des Warenzeichengesetzes)
36. 11.03.1937 JBeitrO (Justizbeitreibungsordnung)
37. 18.05.1937 VollstrAbkITAAV (Verordnung zur Ausführung des deutsch-italienischen Abkommens über die Anerkennung und Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen)
38. 03.06.1937 WZGBek 1937-06-03 (Bekanntmachung zum Warenzeichengesetz über ein amtliches Prüfzeichen)
39. 30.06.1937 ElbVwGrHmbV (Verordnung über die Verwaltung der Elbe im Gebiet Groß-Hamburg)
40. 13.07.1937 VersStDV 1960 (Versicherungsteuer-Durchführungsverordnung)
41. 12.08.1937 HRV (Verordnung über die Einrichtung und Führung des Handelsregisters)
42. 03.11.1937 VermhDAusbV (Verordnung über die Ausbildung und Prüfung für den höheren vermessungstechnischen Verwaltungsdienst)
43. 04.01.1938 WZG§35IRLBek (Bekanntmachung zu §35 des Warenzeichengesetzes)
44. 05.01.1938 NamÄndG (Gesetz über die Änderung von Familiennamen und Vornamen)
45. 07.01.1938 FamNamÄndGDV 1 (Erste Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Änderung von Familiennamen und Vornamen)
46. 03.02.1938 WZG§35NLDBek (Bekanntmachung zu §35 des Warenzeichengesetzes)
47. 11.02.1938 WZG§35CANBek (Bekanntmachung zu §35 des Warenzeichengesetzes)
48. 27.07.1938 SpielbkV (Verordnung über öffentliche Spielbanken)
49. 31.07.1938 TestG (Gesetz über die Errichtung von Testamenten und Erbverträgen)
50. 08.09.1938 EVO (Eisenbahn-Verkehrsordnung)
51. 23.11.1938 RRHErl (Erlaß über die Ernennung der Beamten und die Beendigung des Beamtenverhältnisses im Geschäftsbereich des Rechnungshofs des Deutschen Reichs)
52. 22.12.1938 HypFällV (Verordnung zur Regelung der Fälligkeit alter Hypotheken)
53. 31.12.1938 ElbVwHHmbV (Verordnung über die Verwaltung der Elbe und anderer Reichswasserstraßen durch die Hansestadt Hamburg)
54. 17.02.1939 HeilprG (Gesetz über die berufsmäßige Ausübung der Heilkunde ohne Bestallung)
55. 18.02.1939 HeilprGDV 1 (Erste Durchführungsverordnung zum Gesetz über die berufsmäßige Ausübung der Heilkunde ohne Bestallung)
56. 20.02.1939 RHiStAbkITADV (Verordnung zur Durchführung des Abkommens zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich Italien über Amts- und Rechtshilfe in Steuersachen)
57. 31.05.1939 RHiGRCAbkAV (Verordnung zur Ausführung des deutsch-griechischen Abkommens über die gegenseitige Rechtshilfe in Angelegenheiten des bürgerlichen und Handels-Rechts)
58. 15.06.1939 RBkG (Gesetz über die Deutsche Reichsbank)
59. 28.06.1939 RHiGRCAbkBek (Bekanntmachung über das deutsch-griechische Abkommen über die gegenseitige Rechtshilfe in Angelegenheiten des bürgerlichen und Handels-Rechts)
60. 30.06.1939 SchVermssgIntVs (Internationale Vorschriften für die Schiffsvermessung (Anlage zu dem Übereinkommen über ein einheitliches System der Schiffsvermessung)
61. 04.07.1939 VerschG (Verschollenheitsgesetz)
62. 28.07.1939 WZGBek (Bekanntmachung zum Warenzeichengesetz über ein amtliches Prüfzeichen)
63. 28.08.1939 PrisenO (Prisenordnung)
64. 28.08.1939 PrisenGO (Prisengerichtsordnung)
65. 07.05.1940 MündelPfandBrV (Verordnung über die Mündelsicherheit der Pfandbriefe und verwandten Schuldverschreibungen)
66. 12.05.1940 LiBiUrhFrVerlG (Gesetz zur Verlängerung der Schutzfristen für das Urheberrecht an Lichtbildern)
67. 20.06.1940 WZG§35CHEBek (Bekanntmachung zu §35 des Warenzeichengesetzes)
68. 26.07.1940 GBWiederhV (Verordnung über die Wiederherstellung zerstörter oder abhanden gekommener Grundbücher und Urkunden)
69. 02.08.1940 RBkPräsErl (Erlaß über die Ermächtigung des Präsidenten der Deutschen Reichsbank zur Bestellung von ständigen Vertretern)
70. 12.10.1940 WZG§35NFKBek (Bekanntmachung zu §35 des Warenzeichengesetzes)
71. 15.11.1940 SchRG (Gesetz über Rechte an eingetragenen Schiffen und Schiffsbauwerken)
72. 19.12.1940 SchRegO (Schiffsregisterordnung)
73. 04.03.1941 KAEAnO (Anordnung über die Zulässigkeit von Konzessionsabgaben der Unternehmen und Betriebe zur Versorgung mit Elektrizität, Gas und Wasser an Gemeinden und Gemeindeverbände)
74. 19.05.1941 KnVAusbauV (Verordnung über den weiteren Ausbau der knappschaftlichen Versicherung)
75. 18.06.1942 UrkErsV (Verordnung über die Ersetzung zerstörter oder abhanden gekommener gerichtlicher oder notarischer Urkunden)
76. 27.02.1943 A/KAE (Ausführungsanordnung zur Konzessionsabgabenanordnung)
77. 07.12.1943 ErwZulG (Gesetz über die erweiterte Zulassung von Schadenersatzansprüchen bei Dienst- und Arbeitsunfällen)
78. 22.07.1944 IMFAbk (Abkommen über den internationalen Währungsfonds)
79. 22.07.1944 IBRDAbk (Abkommen über die Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung)
80. 26.10.1944 WasKwV (Verordnung über die steuerliche Begünstigung von Wasserkraftwerken)
81. 07.12.1944 IntZLuftAbk (Abkommen über die Internationale Zivilluftfahrt)

Ohne Anspruch auf Vollständigkeit...

Nur Nazis entsprechend Art. 116/1 "Grundgesetz" können von der "BRD" verwaltet werden. Nur Nazis entsprechend Art. 116/1 "Grundgesetz" haben im "BRD"-System aktives und passives Wahlrecht.
Nur Nazis entsprechend Art. 116/1 "Grundgesetz" können im "BRD"-System "Staatsanwalt", "Richter" oder anderweitig Funktionärsbonze werden.

Da das "Reichsbürgergesetz" von 1935 Bestandteil des Nazi-Rechts ist, ist die "BRD" nicht nur eine lupenreine Nazi-Organisation sondern auch eine lupenreine Reichsbürger-Organisation: Der sogenannte "Bundespersonalausweis" ist damit eine Nazi- und Reichsbürger- Kennkarte. Scholz, Steinmeier etc. sind somit nicht nur die obersten Nazis sondern insbesondere auch die obersten Reichsbürger in Deutschland.

ZDF-Nachrichten vom 03.02.2012:

Klare Ansage, daß der "Internationale Gerichtshof in Den Haag" am 03.02.2012 festgestellt hat, die "BRD" sei Rechtsnachfolger des "Dritten Reiches"... (und nicht des Deutschen Reichs von 1871)

Straßenplakate aus Griechenland aus dem Jahre 2009. Was dort ironisch gemeint war, ist leider bittere Realität. Die "BRD" ist Rechtsnachfolger nicht des Deutschen Reichs von 1871 sondern des "Dritten Reiches"! Sie ist nicht nur Rechtsnachfolger sondern juristisch sogar die Fortsetzung des "Dritten Reiches"!

Die "BRD"-Vertreter agieren mit ihrer scheinheiligen Anti-"Nazi"-Dauerkampagne und ihrer Anti-"Reichsbürger"-Dauerkampgne nach dem Prinzip:"... und aus dem Kaufhaus rannte der ertappte Dieb und schrie am lautesten "Haltet den Dieb!"..."

Fazit: Die Anwendung von Nazi-Recht durch die Machthaber des "BRD"-Systems ist zum einen alltäglich, zum anderen ist sie auch nach den Regeln des "BRD"-Systems illegal. Die Machthaber des "BRD"-Systems handeln somit auf der Basis von permanentem Rechtsbruch. Würden sich "BRD"-Stellen an ihre eigenen Regeln halten, wäre das "BRD"-System augenblicklich nicht mehr handlungsfähig.
Niemand braucht die Anwendung von NS-Gesetzen zu dulden. Im Gegenteil. Es ist sogar ein jeder verpflichtet, die Kooperation mit dem "BRD"-System zu unterlassen, sofern durch eine solche NS-Gesetze zur Anwendung gebracht werden.

3.8. "BRD"- eine Religionsgemeinschaft bzw. eine Sekte

Vermutlich hat es in der Geschichte noch keine Gesellschaft gegeben, die nicht mit irgendeiner Art Religion geführt worden wäre. Jeder kennt den Satz von Marx: ***"Religion ist Opium des Volkes".***

Dieser Satz greift jedoch viel zu kurz. Religionen sind in aller Regel Herrschaftsinstrumente, weil Menschen mittels Religionen in ein geistiges Gefängnis gebracht werden.

Eine Religion bedeutet:

1. **Domga / Dogmen** (Es wird ein Dogma oder mehrere Dogmen aufgestellt. Diese dürfen nicht hinterfragt werden und durchziehen alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens) Mit Tabuisierungen beziehungsweise Denk- und Redeverboten wird die Hinterfragung der Dogmen verhindert.
2. **Organisatorische Machtstruktur** gemäß Führerprinzip Diktatoren (beispielsweise "Papst") an der Spitze
3. **Schuldkonzepte** (Wichtigstes Merkmal einer Religion ist ein gutes Schuldkonzept, worüber der geschäftliche Teil der Religion ermöglicht wird)
4. **Freikaufsmöglichkeit aus der Schuld durch Zahlung** (der eigentliche geschäftliche Teil der Religion)
5. **Diffamierung von Kritikern dieser Machtstruktur** beispielsweise als "Religionsfeinde" oder "Ketzer"
6. **Sadistische Verfolgung von Andersdenkenden**

Ein gut funktionierendes Schuldkonzept ist etwa in der folgenden Form aufgebaut:

1. **Es wird eine universelle Schuld kreiert (diese gilt für alle Menschen).**
2. **Diese Schuld ist so definiert, daß sie niemals abgetragen (getilgt) werden kann (Unendlichkeitprinzip).**
3. **Die Schuld wird mit Angst kombiniert** (Motto: "Der Sünder kommt in die Hölle" etc.)
4. **Jeder kann sich nur zu einem gewissen Teil von der Schuld ("Sünde") freikaufen, und zwar durch irgendeine Form der Zahlung (der eigentliche geschäftliche Teil des Schuldkonzepts)**
5. **Eine nachhaltige Entlassung aus dem "Schuldverhältnis" ist jedoch unter keinen Umständen möglich.**

Das älteste Beispiel für ein gut funktionierendes religiöses Schuldkonzept ist das der katholischen Kirche. Dabei spielt es keine Rolle, welche Religion man für sich favorisiert, das Beispiel der katholischen Kirche ist jedoch besonders anschaulich:

1. **Universalität der Schuld:** Bekanntermaßen kommt man in der katholischen Kirche wegen einer sogenannten "Erbsünde" bereits schuldig auf die Welt. Hierzu wird von der katholischen Kirche ein Verhaltenskodex aufgestellt, der so gestaltet ist, daß ihn niemand befolgen kann. Es werden somit alle Menschen zu permanenten "Sündern" gemacht.
2. **Kombination aus Schuldkonzept und Angsterzeugung:** ("Der Sünder kommt in die Hölle")
3. **Geschäftlicher Teil:** Als Beispiel ist hier der Ablaßhandel, die Beichte oder die Spende an die Kirche zu nennen, durch die der "Sünder" vorübergehende Entlastung von seiner konstruierten "Schuld" zugesprochen bekommt, und durch die die institutionalisierte Kirche das Geschäft macht. Eine endgültige Entlassung aus dem Schuldverhältnis kann jedoch unter keinen Umständen erreicht werden.

Ein weiteres sehr eindrucksvolles Beispiel für ein gleichermaßen aufgebautes Schuldkonzept ist das Finanzsystem:

1. **Universalität der Schuld:** Bekanntermaßen kommen aufgrund einer so definierten "Staatsverschuldung" Bereits alle Kinder als "Schuldner" beziehungsweise "Schuldensünder" auf die Welt.
2. **Unendlichkeit der Schuld:** Wie im Kapitel über das Finanzsystem dargelegt, können Schulden aus rein mathematischen Gründen in der Gesamtheit niemals beglichen werden.
3. **Geschäftlicher Teil:** Durch den Versuch der Zahlung der Kreditsumme sowie der Zinsen, durch Strampeln im Hamsterrad kann der "Schuldner", der in Anlehnung an die Religions-Schulden-Sprache gerne als "Schuldensünder" bezeichnet wird, Aufschub bekommen. Eine endgültige Entlassung aus dem Schuldverhältnis ist jedoch unter keinen Umständen möglich.

Im "BRD"-System wurde erfolgreich die "BRD"-Religion etabliert mit folgenden Dogmen:

- **Die "BRD" sei ein Staat**
- **Das "Grundgesetz" sei eine Verfassung**
- **Die "BRD" sei "souverän"**
- **Die "BRD" habe eine Legitimation unabhängig von den Besatzern**
- **Die "BRD" sei "demokratisch"**
- **Die "BRD" sei "föderalistisch"**
- **Das "Grundgesetz" sei das beste, was es auf deutschem Boden je gegeben habe**
- **"Demokratie"** (gemeint: westliche Schein- und Prostitutions-Demokratie") **sei das Beste, was es an Gesellschaftsstrukturen auf der Welt überhaupt geben könne**
- **Die NATO / USA / BUNDESWEHR führen Krieg nur für Frieden und das Wohl in der Welt**
- **Globalisierung ist in jeder Hinsicht großartig, Regionalwirtschaft und Protektionismus seien schlecht**
- **Grippeviren seien ultragefährlich**
- **CO_2 sei ultragefährlich**

Die "BRD"-Religion beinhaltet folgende kollektive Schuldkonzepte.

- **Alle Deutschen seien kollektiv schuldig am 1. Weltkrieg**
- **Alle Deutschen seien kollektiv schuldig am 2. Weltkrieg**
- **Alle Deutschen seien kollektiv schuldig am sogenannten "Holocaust"**
- **Alle Deutschen seien kollektiv schuldig an einer wie auch immer gemeinten "Klimaproblematik"**
- **Alle Deutschen seien kollektiv schuldig an allen weiteren Problemen in der Welt allein aufgrund der Tatsache, daß sie Deutsche sind.**

Indien ist wohl das religiöseste Land der Erde. Es gibt dort über 100 Regionalsprachen. Selbst überregional gibt es über 30 Sprachen. In keiner dieser Sprachen findet man einen Begriff, der unserem Religionsbegriff entspricht. Denken und Sprache gehören zusammen. Wenn es keinen Religionsbegriff in diesen Sprachen gibt, haben die Menschen auch kein Bewußtsein dafür, daß sie einer Religion anhängen. Für sie sind die Inhalte ihrer Religion evident. Das heißt wahr.
Hätte man beispielsweise vor 200 Jahren einen einfachen Menschen in Deutschland nach seiner Religion gefragt, hätte er diese Frage wohl nicht verstanden und nicht beantworten können. Ein Christ

in jener Zeit hat die Jesusgeschichte für evident das heißt für wahr gehalten, und nicht für den wesentlichen Inhalt einer "Religion".
Eine Religion ist von einem Angehörigen dieser Religion nicht unbedingt als Religion erkennbar. Die Religionsinhalte werden oft für wahr oder für "wissenschaftlich erwiesen" gehalten.

Mit einem religiösen Menschen kann man über Religionsfragen nicht diskutieren. Wenn man einem gläubigen Christ sagt, man habe wissenschaftlich recherchiert und herausgefunden, daß es Jesus Christus gar nicht gegeben habe, redet man automatisch aneinander vorbei. Ein gläubiger Christ kann sich auf eine sachliche Diskussion zu Dogmen seiner Religion überhaupt nicht einlassen und kann die hiermit verbundenen Informationen in sein Weltbild nicht integrieren. Eine solche Diskussion ist damit niemals produktiv.

Heute begegnet man jungen Menschen, die sagen, wie wollten keine Familie gründen und keine Kinder haben, um die angebliche "CO_2 Problematik" nicht zu verschlimmern.

Fazit: **Speziell für die Deutschen wurde die "BRD"- Religion entwickelt. Sie wird den deutschen Kindern von frühester Kindheit an eingepflanzt. Die "BRD"-Religion ist sehr simpel gestrickt. Es ist für einen "BRD"-Akteur immer eine sichere Bank, in Alltagsreden und Sonntagsreden von ihr Gebrauch zu machen.**
Die "BRD" ist damit eine Religionsgemeinschaft beziehungsweise eine ganz gewöhnliche Sekte. In den vergangenen Jahren wurde die "BRD"- Religion modifiziert. Heute mutet sie irgendwie "wissenschaftlich" an; Stichworte: "CO_2" und "Pandemie".
Die übergroße Mehrheit der Menschen in Deutschland ist grundsätzlich nicht willens oder in der Lage, die Dogmen der heutigen Zeit zu hinterfragen. Sie halten diese Dogmen für evident beziehungsweise für wahr, im schlimmsten Falle sogar für "wissenschaftlich erwiesen".
Die allermeisten Menschen im "BRD"-System halten ihren Glauben für Wissen beziehungsweise können Glauben und Wissen nicht voneinander unterscheiden. Die "BRD"-Religion wird deshalb von ihren Anhängern nicht als Religion erkannt.

3.9. "BRD"- eine gigantische Anstalt

Stellen wir uns ein paar Clownfische vor, die in einem tollen Riff im Meer leben. Eines Tages kommt ein Taucher und sammelt sie ein. Sie landen in einem Aquarium in einem Wohnzimmer in Zentraleuropa. Die Fische vermehren sich und die alten Fische, die das Riff noch gekannt haben, sterben. Irgendwann sind nur noch Fische im Aquarium, die das Riff nie erlebt haben. Allmählich gibt es bei den Fischen seltsame Krankheiten wie Bluthochdruck, Schlafstörungen, Depressionen etc. Einige Fische studieren und werden "Medizinerfische". Die "Medizinerfische" finden heraus, daß das Wasser sauber und Fischfutter nicht besser sein könnte etc. Dennoch sind die Fische krank und ein Teil von ihnen will gar nicht mehr leben. Woher diese Krankheiten kommen, können die Mediziner-Fische nicht wissen. Sie wissen nichts vom Riff und von der Lebensart ihrer Vorfahren. Die Fische sind krank, teilweise todkrank, weil sie von ihren natürlichen und historischen Wurzeln abgeschnitten sind. Genauso geht es den deutschen Völkern. Durch Geschichtsfälschung, Kollektivschuldpropaganda, Kulturzerstörung, Kulturmarxismus und aufgezwungene unnatürliche Lebensweise sind wir von unseren historischen, kulturellen und natürlichen Wurzeln abgeschnitten. Uns wird heute in der Propaganda erzählt, wir leben in der besten aller Zeiten im Besten aller Systeme. Dies ist kompletter Unsinn.

Wie für jedermann leicht zu erkennen, basiert das gesamte öffentliche Leben im "BRD"-System ausschließlich auf Lügen. Dabei läßt sich überhaupt nicht ermessen, welcher gesundheitliche Schaden für jeden Einzelnen hieraus entsteht. An Universitäten des "BRD"-Systems wurde bisher nicht ansatzweise untersucht, welche Schäden die dauernde Verlogenheit des "BRD"-Besatzersystems in der Psyche von Menschen anrichtet. Zumindest gibt es diesbezüglich keine Publikationen. Die Deutschen sind in der Welt die am meisten traumatisierte Völkergemeinschaft. Dabei ist wichtig zu verstehen, daß die Traumatisierungen innerhalb der Familie von Generation zu Generation weitergegeben werden, zwar in veränderter Qualität und verminderter Ausprägung. Jedoch unvermeidlich.

Wir Deutsche wurden und werden traumatisiert durch:

- *Bombenterror gegen Zivilisten*
- *systematische Vergewaltigungen und systematische Folter durch Angehörige aller Besatzungsmächte*
- *Fronttraumatisierungen / Vertreibungen*
- *jahrelange Hungersnot unter den Besatzern*
- *permanente Kollektivschuldpropaganda*
- *Redeverbot für Betroffene von Kriegsverbrechen der Alliierten Kriegsverbrecher*
- *systematische psychische Folter und gezielte Traumatisierung unserer Kinder mittels Geschichtslügen und Greuelpropaganda beispielsweise mittels Pflichtausflügen in Konzentrationslager um sie gezielt zu traumatisieren und sie hierüber ein Leben lang politisch gefügig zu halten*
- *Diffamierung Andersdenkender als "Nazi" oder "antisemitisch"*
- *Gezielte Traumatisierungen von politisch mißliebigen Menschen durch groß angelegte "Polizei"-Überfälle, betrifft beispielsweise Ärzte, die Atteste zur Befreiung von "Maskenpflicht" oder "Impfpflicht" ausstellen, Juristen, die noch ein Gewissen haben und sachgerecht entscheiden etc.*
- *Denk- und Redeverbote durch Zensur in Form von "political correctness" und die Diffamierung von allem was nicht systemkonform ist als "Nazi" "Reichsbürger" oder "antisemitisch"*
- *Herstellung und Aufrechterhaltung permanenter Terrorangst.*
- *Herstellung und Aufrechterhaltung permanenter Virus-Angst*
- *Herstellung und Aufrechterhaltung permanenter Angst vor einem "Klima-Wandel".*

Die Folgen der im "BRD"-System allgegenwärtigen Verlogenheit, die naturgemäß von vielen Menschen, wenn nicht bewußt, so doch auf unbewußter Ebene wahrgenommen wird ist genau so zu untersuchen wie die krankmachenden Effekte durch Traumatisierungen, die durch die unaufhörliche alliierte Kollektivschuldpropaganda gesetzt werden. Man höre sich nur die dümmlichen Reden des gegenwärtigen Oberschämers und Hirten der "BRD"-Sekte namens Steinmeier an.

Im menschlichen Nervensystem hinterläßt alles jemals Erlebte seine Spuren. Der Vergewaltigungscharakter und die Verlogenheit des "BRD"-Systems werden naturgemäß von vielen Menschen, wenn nicht bewußt, so doch unbewußt wahrgenommen. Alle Menschen, insbesondere

- *Schulkinder*
- *Lehrer*
- *Juristen*
- *"Verwaltungsbedienstete"*
- *"Polizisten" etc.*

müssen, um im System funktionieren zu können, die aus den sozialen Verhältnissen entstehenden Konflikte ins Unbewußte verschieben. Die unbewußten, abgewehrten Konflikte sind aus dem Nervensystem nicht verschwunden, sie drücken sich nur auf anderer Ebene aus: Typische Folgen sind psychische und psychosomatische Krankheiten. Insbesondere zu nennen sind:

- *Suchterkrankungen*
- *Angststörungen*
- *Zwangsstörungen*
- *depressive Störungen*
- *Erkrankungen aus dem schizophrenen Formenkreis*
- *Ulcus ventriculi (Magengeschwür) und / Ulcus duodeni (Zwölffingerdarmgeschwür)*
- *Asthma bronchiale*
- *Rheumatoide Arthritis (Chronische Polyarthritis)*
- *Neurodermitis (Hauterkrankung)*
- *Essentielle Hypertonie (Bluthochdruck)*
- *Hyperthyreose (Schilddrüsenüberfunktion)*
- *Colitis ulcerosa / Morbus Crohn (chronisch-entzündliche Darmerkrankungen)*

ohne Anspruch auf Vollständigkeit.

Wir müssen deshalb annehmen, daß jemand, der im "BRD"-System funktionieren muß und sich der "BRD"-Religion gehorsam aussetzt, sich selbst hierdurch psychischen Schaden und - daraus resultierend - durchaus auch körperlichen Schaden zufügt. Dies dürfte auch ein Grund dafür sein, weshalb die höchsten Frühberentungsraten in den Berufsgruppen der Psychiater, Lehrer, Polizisten und Juristen im "BRD"-System zu finden sind.

Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Traumata früherer Generationen innerhalb der Familie auf die kommenden Generationen weitergegeben werden.

An keiner "BRD"-angeschlossenen Universität wurde je wissenschaftlich untersucht, wie viele Menschen in ihrem Leben im "BRD"-System aufgrund der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse psychisch krank geworden sind beziehungsweise krank gemacht wurden.

Diese Menschen wissen nicht, daß sie gerade in psychiatrischen Kliniken oder bei Therapeuten im "BRD"-System keine Chance haben, Heilung zu erfahren. Schließlich unterliegen diese Behandler denselben unbewußten Konflikten aufgrund der aufgezwungenen Schulddogmen, Tabuisierungen, Lügen, Denk- und Redeverboten, unter denen ihre Patienten überhaupt erst krank geworden sind.

Das heutige Gesellschaftssystem der sogenannten "westlichen Wertegemeinschaft", insbesondere das "BRD"-System ist derart krank, daß selbst nur Krankheit bei den Menschen produzieren kann:

Die meisten der Behandler im "BRD"-System haben noch nicht einmal ansatzweise ein Bewußtsein dafür, wie individuelle Krankheiten mit diesen gesellschaftlichen Mißständen in Verbindung stehen. Schließlich leben wir ja im "besten" aller Systeme in der "besten" aller Zeiten. Durch Abitur, Studium und natürlich durch Therapiestundensätze zwischen 90 und 150 Euro ist das Weltbild von Ärzten und Therapeuten zumeist noch einseitiger und eingeengter als bei Menschen, die dem Mißbildungs- und Bestechungssystem der Kolonialverwaltung "BRD" in früheren Stadien entkommen sind.

Auf jedem großen internationalen Psychiatrie-Kongreß auf dem das Thema der Kriegstraumatisierung behandelt wird, tauchen "Experten" auf, die eine Trennung der Opfer vornehmen in Angehörige des "Tätervolkes", und reguläre Opfer also in moralisch böse Traumatisierte und moralisch gute Traumatisierte. Dabei melden sich aus dem Zuschauerraum immer wieder Wächter des Systems auf merkwürdige Art zu Wort. Sie terrorisieren die Vortragenden und Zuhörer mit ihrer Nazi-Kollektivschuld Propaganda. Dies kann nur einen Zweck haben: Offensichtlich sollen den deutschen Völkern alle Wege aus dem geistigen Gefängnis der Alliierten / der Hochfinanz verbaut werden, auch die Hintertüren über Psychotherapie und Psychiatrie.

Bekanntermaßen gibt es nicht nur ein individuelles Bewußtes sondern auch ein individuelles Unbewußtes. Analog hierzu gibt es ein kollektives Bewußtes und kollektives Unbewußtes. So wie in einem Individuum bei Konflikten zur Erhaltung eines psychischen Mindestgleichgewichtes das individuelle Bewußte gegen das individuelle Unbewußte ankämpft, so sind die Verhältnisse auf gesellschaftlicher Ebene analog.

Im "BRD"-System sind jedes Jahr etwa 27,8 % der Erwachsenen von einer psychischen Erkrankung betroffen. Das entspricht rund 17,8 Millionen. Zu den häufigsten Erkrankungen zählen Angststörungen (15,4 %), gefolgt von affektiven Störungen (9,8 %, unipolare Depression allein 8,2 %) und Störungen durch Alkohol- oder Medikamentenkonsum (5,7 %). Psychische Erkrankungen zählen in Deutschland nach Herz-Kreislauf-Erkrankungen, bösartigen Neubildungen und muskuloskelettalen Erkrankungen zu den vier wichtigsten Ursachen für den Verlust gesunder Lebensjahre. Menschen mit psychischen Erkrankungen haben zudem im Vergleich zur Allgemeinbevölkerung eine um 10 Jahre verringerte Lebenserwartung.[222,223,224,225,226]

In Deutschland nehmen sich jährlich offiziell ca. 11.000 bis 12.000 Menschen das Leben, im Jahr 2021 waren es offiziell etwa 9200 Menschen. Zwischen 50 % und 90 % der Suizide lassen sich auf eine psychische Erkrankung zurückführen.[227,228,229]

Bei Suiziden besteht eine gigantische Dunkelziffer. Man kann davon ausgehen, daß sich auch unter den Verkehrstoten, Drogentoten, Vergiftungen nicht erkannte Suizidfälle verbergen,[230] zumal im "BRD"-System die Leichenschau eine erhebliche Schwachstelle in der Ermittlung von Todesursachen darstellt.[231,232]

---

222 *Jacobi F, Höfler M, Strehle J et al; "Psychische Störungen in der Allgemeinbevölkerung… Nervenarzt 2014 85: S.77–87.*

223 *Mack, S., Jacobi, F., Gerschler, A. et al "Self-reported utilization of mental health services in the adult German population–evidence for unmet needs?... Int J Methods Psychiatr Res 23 (2014): S. 289–303.*

224 *Plass, D., Vos, T., Hornberg, C. et al Entwicklung der Krankheitslast in Deutschland. Dtsch Arztebl 111: (2014) S.629–638*

225 *Walker, ER, McGee, RE, Druss, BG; "Mortality in mental disorders and global disease burden implications: a systematic review and meta-analysis." JAMA psychiatry 72 (2015): S. 334–341.*

226 *Schneider, F., Erhart, M., Hewer, W. et. al.; "Mortality and medical comorbidity in the severely mentally ill—a German registry study." Dtsch. Arztebl. Juni 2019; 116(23-24): S.405–411.*

227 *Cavanagh, J.T.O., Carson A.J., Sharpe M., Lawrie, S.M.; "Psychological autopsy studies of suicide: a systematic review"; Psychol Med 33: (2003) S. 395–405.*

228 *Statistisches Bundesamt Todesursachen: Suizide. destatis.de /DE /Themen /Gesellschaft /Umwelt /Gesundheit /Todesursachen /Tabellen /suizide.html. Zugegriffen: 20.12.2022*

229 *Brieger, P., Menzel, S.; "Sind Menschen, die sich das Leben nehmen, psychisch krank?" – Kontra. Psychiat Prax (2020) 47:S. 177–178.*

230 *Viele männliche Selbstmörder haben keine vorangehende psychische Erkrankung; Situative Faktoren, die am häufigsten mit männlichem Suizid in Verbindung gebracht werden. "Preventing Male Suicide". Australian Men's Health Forum, 2019.*

231 *"Die Dunkelziffer ist sehr hoch"; FAZ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 01.03.2019.*

232 *Gunnar Duttge; "Das Elend der Leichenschau"; Uni Göttingen, Forum für neue kulturelle Dimensionen 04/2014*

In einem Lügen- und Vergewaltigungssystem wie dem "BRD"-System muß das kollektive Bewußte ständig gegen das kollektive Unbewußte ankämpfen, damit das Gleichgewicht des gesamten Systems aufrechterhalten werden kann.
Die Grundlagen des gesamten "BRD"-Besatzersystems sind in sich derart krank, daß sie bei den Menschen selbst nur Krankheit produzieren können!

Identität versus Identifizierung

Jemand der Identität hat, weiß wer er ist. Die Identität eines Menschen ist folglich Ausdruck seines "Selbst". Wer keine Identität hat, kompensiert dies durch Identifizierung. Die Summe der Identifikationen bildet das "Ego" eines Menschen. Ein anschauliches Beispiel ist die Identifikation mit einer Fußballmannschaft. Dies führt oft dazu, daß ein Mensch sich als Individuum persönlich angegriffen fühlt, wenn jemand etwas kritisches zu seiner Lieblings- Fußballmannschaft sagt, unter Umständen ist er sogar bereit, sich deshalb zu prügeln. Weil dieser Mensch keine Identität hat, hat er sich mit einer Fußballmannschaft identifiziert. Die Identifikation aufgrund mangelnder Identität zeigt sich auch in den oft merkwürdigen Inhalten von Tätowierungen oder im Bestreben, zu einer Gruppe zu gehören und dies durch Kleidung, Gehabe oder Sprachstil zu demonstrieren. Eine besondere Form der Identifizierung ist die Identifikation mit dem Aggressor (Identifizierung mit dem Angreifer). In der Tiefenpsychologie wird sie als ein Abwehrmechanismus zur Angstbewältigung verstanden. Ein Mensch verinnerlicht und übernimmt dabei ohne sein bewußtes Wissen und oft gegen seinen bewußten Willen Persönlichkeitseigenschaften, Ansichten, Werte und Verhaltensweisen des Aggressors. Die Identifikation mit dem Aggressor zeigt sich vor allem bei traumatischen Erfahrungen, bei denen das Maß der erlebten Ohnmacht und Gefahr besonders groß ist.
Die Identifikation mit dem Aggressor dient dem Schutz des eigenen psychischen Systems und ist somit ein psychischer Überlebensmechanismus. Sie wirkt sich andererseits auch schädigend auf die seelische Integrität, da die eigene psychische Autonomie größerenteils aufgegeben wird.
Im Jargon wird dies dann "Stockholm-Syndrom" genannt. Der Begriff "Stockholm-Syndrom" geht auf eine Geiselnahme im Gebäude der "Schwedischen Kreditbank" 1973 in Stockholm zurück. Der Begriff wurde von dem schwedischen Polizeipsychologen Nils Bejerot geprägt, dem aufgefallen war, daß die Geiseln ein ungewöhnliches Verständnis für die Geiselnehmer zeigten.[233]
Sehr viele Menschen, die im westlichen Umerziehungsgebiet aufgewachsen sind, sind mit dem "BRD"-System identifiziert. Dies bedeutet, daß sie sich individuell angegriffen fühlen, wenn man das "BRD"-System kritisch hinterfragt. Diese Identifikation mit dem "BRD"-System ist als Identifikation mit einem Aggressor zu verstehen, da das "BRD"-Systems den basalen Lebensinteressen der Menschen gegenüber feindlich ist.

Bewußtwerdung konflikthafter Erlebensinhalte ist in aller Regel schmerzhaft. Schließlich ist es diese Schmerzhaftigkeit, die überhaupt erst dazu führte, daß die zugehörigen Erlebensinhalte abgewehrt wurden. Diese Schmerzhaftigkeit kommt beim Prozeß der Bewußtwerdung somit unweigerlich wieder zur Wahrnehmung. Dennoch ist die Bewußtwerdung im kollektiven Maßstab unverzichtbar. Lüge, Versklavung und psychische Vergewaltigung sind die Grundlagen der "BRD". Nur mit der Verbreitung der Wahrheit, insbesondere mit einer konsequenten Bewußtwerdung kann eine individuelle und kollektive Heilung der deutschen Völker erfolgen.
Erforderlich ist hierfür, daß wir uns auf den schmerzhaften Weg der Bewußtwerdung einlassen. Es braucht hierfür nur den Willen der deutschen Völker, ihr Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen.
Was es hierfür am Wenigsten braucht sind bewußtseinsverhindernde Dinge wie Suchtmittel oder gar psychiatrische Praxen oder Anstalten, in denen die vom "BRD"-System krank gemachten Menschen mit Medikamenten abgespeist, und für das "BRD"-Kolonialsystem wieder funktionsfähig gemacht werden.

Wo Rothschild regiert, regieren Krieg, Terror, Mord, Totschlag, Selbstmord, Sucht- und andere psychische Krankheiten sowie unendlicher kultureller Niedergang. Das Ganze nennt man "westliche Zivilisation" - oder besser: "westliche Wertegemeinschaft"!

Fazit: Die Verlogenheit des "BRD"-Systems und dessen Vergewaltigungscharakter machen die Menschen in Deutschland krank. In einem kranken System wie dem "BRD"-System ist es ein Zeichen von Gesundheit, wenn man krank wird. Willkommen in der Freiluft-Klapse "BRD"!!
Die Identifikation mit dem Aggressor ist der wichtigste psychische Überlebensmechanismus, den das "BRD"- Personal anwenden kann, um Schäden an der eigenen Psyche und der eigenen Stellung im gesellschaftlichen Umfeld maximal möglich zu begrenzen. Gleichzeitig ist dies die Ursache für psychosomatische und sonstige Krankheiten. Zudem ist der Abwehrmechanismus der Identifikation mit dem Aggressor der innerpsychische Vorgang in den Menschen, der am verläßlichsten zum Systemerhalt beiträgt.

---

233 *Alex Raack: "Die Geburt des 'Stockholm-Syndroms'"; Der Spiegel 30.08.2016*

Allein aus Gründen der Volksgesundheit ist es absolut notwendig, das illegale "BRD"-Besatzer-System dorthin zu befördern, wo es schon vor über 30 Jahren hingehörte, nämlich auf den Müllhaufen der Geschichte!

3.10. "BRD"- ein Enteignungsinstrument der angloamerikanischen Hochfinanz

3.10.1. Das internationale Finanzsystem

Das Finanzsystem ist das eigentliche Herrschaftssystem in der Welt. Mit ein wenig Faktenwissen ist es sehr leicht zu durchschauen. Auch hier kann man sich fragen, weshalb in unserer angeblich aufgeklärten Zeit mit so tollen, hochkarätigen Qualitätsjournalisten des "BRD"-Systems so wenig Wissen über das weltweite Finanzsystem besteht.

3.10.2. Entstehung und gegenwärtige Struktur

Zur Funktionsweise des gegenwärtigen weltweiten Finanzsystems ist die Meinung sehr verbreitet, es gebe einerseits Menschen, die über Geldguthaben verfügen, welche sie gerade nicht brauchen. Dieses Geld könne verwendet werden, um Menschen Kredit zu geben, die gerade jetzt Geld benötigen. Hierfür gebe es Banken, bei denen man sein Guthaben einzahlen könne, damit von diesem Guthaben Kredite gegeben werden können. Vielfach besteht die Meinung, daß die Bank ihren Gewinn dann aus der Zinsdifferenz zwischen Guthabenzinsen und Kreditzinsen beziehe.
Dies ist jedoch im Wesentlichen so nicht richtig.

In der Realität haben Banken kein Geld. Das Hauptgeschäft von Banken besteht darin, Geld aus dem NICHTS zu erschaffen! Im heutigen Finanzsystem entsteht das Geld ausschließlich durch Verschuldung beziehungsweise durch Kreditaufnahme. Wer einen Kredit bei einer Bank aufnimmt, sorgt mit seiner Unterschrift dafür, daß die entsprechende Kreditsumme aus dem NICHTS erschaffen wird. Wenn er den Kredit zurückgezahlt hat, verschwindet dieses Geld wieder aus der Welt.

Um das gegenwärtig weltweite Geldsystem zu verstehen, ist ein kleiner historischer Abriß sehr hilfreich:

Im Jahre 1913 hat sich eine Clique von Privatleuten das Recht gegeben, das Geld der USA herauszugeben. Das hierfür nötige Gesetz wurde "Federal Reserve Act" genannt, von der damaligen Hochfinanz bereits im Jahre 1910 auf der Atlantik-Insel Jekyll Island ausgearbeitet und noch vor der Amtszeit des Präsidenten Wilson diesem vorgelegt und von diesem unterzeichnet.
Die Unterzeichnung dieses Gesetzes durch Wilson war die Bedingung dafür, daß Wilson von der Hochfinanz in seiner Vermarktung zum US-Präsidenten (genannt "Wahlkampf") derart finanziell unterstützt wurde, daß schließlich kein sonstiger Bewerber damals eine Chance hatte.
Am 23.12.1913, als die meisten Abgeordneten bereits im Weihnachtsurlaub waren, wurde dieses Gesetz dann durch den Kongreß gepeitscht.[234,235]
Damit wurde das zinsbasierte Zentralbanksystem in den USA eingeführt. Die USA verschenkten die Kontrolle über die eigene Währung, die Geldmenge und die Zinspolitik an eine Clique von Privatleuten. Seither geben die USA nicht mehr ihr eigenes Geld heraus sondern leihen es sich bei einer privaten Bank gegen Zinsen. Um zu suggerieren, es handele sich um eine staatliche Notenbank der USA wurde diese Privatbank zum Zwecke der Täuschung "Federal Reserve" ("FED") genannt,. Bei dieser Zentralbank handelt es sich um ein rein privates Konstrukt.

Die "Federal Reserve" ist so "Federal" wie beispielsweise "Federal Express".

Wem die FED gehört wird von der US-amerikanischen Bankenaufsicht aus Gründen der "nationalen Sicherheit" geheim gehalten. Laut dem Autor Eustace Mullins gehören den Rothschilds mindestens 53 Prozent der FED und damit eine Kontrollmehrheit.[236] *1928 fand in den USA eine Kongreß-Untersuchung statt, aus der hervor ging, daß der Chef der FED etwa zehn Mal im jahr nach Eurpa zu geheimen Treffen in der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) ("Zentralbank der Zentralbanken") gesandt. Deren Akteure besitzen wie absolute Monarchen diplomatische Immunität, müssen keinerlei Steuern zahlen und können die Dokumente dieser BIZ dürfen von "staatlichen" Behörden nicht eingesehen werden.*[237]
Ein Zentralbanksystem bedeutet, daß Geld überhaupt nur durch Verschuldung beziehungsweise Kreditaufnahme entsteht. Jeder, der Geld benötigt, muß sich dieses Geld bei der Zentralbank ausleihen. Die Zentralbank erschafft dieses Geld dann aus dem Nichts. Dies bedeutet, daß alles in Umlauf befindliche Geld überhaupt nur durch Kreditaufnahme beziehungsweise Verschuldung entstanden ist. Dies bedeutet, nach Rückzahlung aller Schulden gäbe es kein Geld mehr.

---

234 *Andreas von Retyi; "Die unsichtbare Macht - Hinter den Kulissen der Geheimgesellschaften"; Kopp-Verlag 4. Auflage 2011 ISBN: 3-930219-45-X S. 39 ff.*

235 *Jim Marrs; "Heimliche Herrscher: Wie verborgene Mächte das Schicksal der Menschheit bestimmen"; ISBN-10: 3938516410; ISBN-13: 978-3938516416 S. 90ff.*

236 *Eustace Mullins; "The World Order: Our Secret Rulers"; Ezra Pound Institute of Civilization, 1992; S. 69ff.*

237 *Andrew Carrington Hitchcock "Die Banker Satans: Aktualisiert Erweitert Unzensiert"; (06.10.2014); ASIN: B010IM5ESC; S.64ff.*

Im Jahre 1944 haben die USA den US-Dollar als Hauptsiegermacht des Zweiten Weltkrieges zum "Geld der Welt" gemacht. Die USA haben verfügt, daß alle Staaten sich dem "Federal Reserve"-System anschließen müssen. Um die Sache den anderen "Staaten" schmackhaft zu machen, haben die USA im Jahre 1944 zugesagt, den Federal-Reserve-Dollar mit Gold zu unterlegen. Es war also rechtlich verbrieft, daß man den Federal-Reserve-Dollar in wirkliches Geld, also in Gold, jederzeit eintauschen konnte ("Bretton-Woods-Abkommen").

Das bedeutet, daß jeder, auch jemand der in Europa einen Kredit aufnimmt, beispielsweise bei seiner Bank "um die Ecke", sich bei der Federal Reserve verschuldet. Die kleine Hausbank refinanziert sich indirekt auch nur über die Federal Reserve.

Dabei läßt sich zwischen vollständigem "currency-board-system" und teilweisem "currency-board-system" unterschieden. Beispielsweise muß die russische Zentralbank für jeden, als Kredit heraus gegebenen Rubel, die entsprechende Menge in Dollar einlagern. Der russische Rubel ist somit auch nur ein US-Dollar (richtiger "Federal-Reserve-Dollar") - es handelt sich somit beim russischen Rubel um Etikettenschwindel. Wir sehen hier ein Beispiel für ein vollständiges "currency-board-system". Durch die Hinterlegungsregularien haben es die USA so eingerichtet, daß auch der "Euro" zu etwa 80% und der Schweizer Franken "nur" zu etwa 70% mit Dollar unterlegt ist ("teilweises currency-board-system"). Es gibt somit praktisch ausschließlich Dollar in der Welt, andere Währungen wie "norwegische Krone" "russischer Rubel", "Euro" oder "Schweizer Franken" sind somit eine Art Etikettenschwindel.

3.10.3. Betrugscharakter

In den 60er Jahren hat der Französische Staatspräsident de Gaulle einmal testen wollen, wie seine "Freunde" in den USA reagieren, wenn er die Auszahlung der französischen FED-Dollar-Reserven in Gold einfordert.[238] Die "amerikanischen Freunde" haben daraufhin einseitig, vertragsbrüchig, das heißt betrügerisch beschlossen, die Golddeckung des Federal Reserve-Dollars umgehend zu beenden. Im Jahre 1973 wurde das Bretton-Woods-System offiziell außer Kraft gesetzt. Bereits hierdurch wurde offensichtlich, daß ein groß angelegter Betrug die Grundlage des internationalen Geldsystems war.[239]

Alles im Umlauf befindliche Geld sind Schulden gegenüber der Federal Reserve, und diese müssen über kurz oder lang an die Zentralbank zurückgezahlt werden. Durch die Rückzahlung an die Zentralbank verschwindet das Geld dann wieder aus der Welt. Was zurückbleibt ist die Zinsschuld. Diese Zinsen hat die Zentralbank jedoch nie herausgegeben, beziehungsweise nie in Umlauf gebracht. Die Erhebung von Zinsen hat damit zur Folge, daß die Zentralbank dem Geldkreislauf ständig Geld entzieht, welches sie zuvor gar nicht herausgegeben hat.
Das bedeutet: ***In der Gesamtheit können Schulden niemals beglichen werden!***

Dabei sind die Banken clever genug, für verliehenes Geld "Sicherheiten" zu fordern. Diese "Sicherheiten" sind immer reale Wirtschaftsgüter beziehungsweise natürliche Ressourcen. Diese physischen Werte fallen mit der unvermeidlichen Insolvenz augenblicklich an die Bank. Dabei ist von Bedeutung, daß dieses Spiel über Jahrzehnte und Jahrhunderte läuft. Somit verschaffen sich die Eigentümer der Zentralbank über kurz oder lang die Eigentumsrechte an sämtlichen natürlichen Ressourcen in der Welt (Grund und Boden, Rohstoffe, Immobilien etc.).
Diese realwirtschaftlichen Ressourcen kann die Bank dann wieder veräußern, wobei die Käufer sich für den Kauf dieser Dinge wieder verschulden müssen. Wie wir gesehen haben, können jedoch Schulden in der Gesamtheit niemals zurückbezahlt werden. Die Käufer / Kreditnehmer werden wieder mehrheitlich unvermeidbar zahlungsunfähig, und die realen Wirtschaftsgüter bleiben somit zwangsläufig langfristig in der Hand der Zentralbank.
Über die Jahre und Jahrzehnte bedeutet dies, daß die realwirtschaftlichen Ressourcen in die Hand des Bankensystems gelangen und langfristig dort verbleiben. Die Masse der Wirtschaftsteilnehmer versinkt gegenüber der Zentralbank immer tiefer im Schuldenmorast oder zahlt immer Tribut an die Finanzindustrie, letztlich an die angloamerikanische Hochfinanz.
Das zinsbasierte Zentralbanksystem ist damit das perfekte Betrugs- und Versklavungssystem schlechthin und ist als Kriegsführungssystem leicht zu durchschauen.

Welcher gigantische Betrug in einem zinsbasierten Zentralbanksystem steckt, läßt sich am Beispiel des sogenannten "Josephspfennig" veranschaulichen.
Wenn der gute Joseph vor etwa 2000 Jahren einen einzigen Pfennig zu 5% Zinsen angelegt hätte, und hätte nie eine Abhebung gemacht, hätten seine Erben heute einen Anspruch auf mehrere hundert Milliarden Erdkugeln aus purem Gold! Dieser Anspruch kann natürlich niemals bedient werden.

---

238 *Diether Stolze: "Besiegt de Gaulle den Dollar?"; Die Zeit. Nr. 36, 02.09.1966.*
239 *"1973: Das Ende von Bretton Woods…" Bundesbank Magazin 04/2013 vom 14.10.2013*

Das Beispiel zeigt sehr anschaulich, welcher gigantische Betrug im gegenwärtigen Geldsystem steckt, und daß dieser Betrug schleichend stattfindet und nur allmählich über lange Zeiträume sichtbar wird.

Andersherum betrachtet, muß sich in einem zinsbasierten Geldsystem die Geldmenge immer weiter, bis in astronomische Höhen vermehren, so daß den bestehenden Geldeinheiten immer weniger kaufbare Sachwerte gegenüber stehen.
Heutzutage werden nur noch weniger als 0,2 Prozent des am Tag auf der Welt rotierenden Geldes für den Zweck verwendet, für den es ursprünglich erfunden wurde, nämlich zum Austausch von Waren und Dienstleistungen.
Über 99,8 % und damit mehr als das 500-fache wird im Casino der Banken für irgendwelche Leerverkäufe verwendet. Dieser Anteil war in der Menschheitsgeschichte noch niemals so hoch wie heute.
Allein der Blick auf die vergangenen Jahrzehnte verdeutlicht das Problem:
In den vergangenen 30 Jahren hat sich weltweit die Produktion von Gütern und Dienstleistungen vervierfacht, die vorhandene Geldmenge jedoch vervierzigfacht.

Da die Verschuldeten die Illusion haben, ihre Schulden begleichen zu können, beginnen sie, im Hamsterrad der Wirtschaft zu rennen, zumeist ohne Rücksicht auf die eigene Gesundheit, die eigene Familie usw. Dieses zinsbasierte Zentralbanksystem wird deshalb von vielen Autoren als ein System der permanenten Umverteilung von "Arm" nach "Reich" beschrieben. Man muß es jedoch präziser beschreiben, es ist ein System zur ständigen Umverteilung von "Fleißig" nach "Reich".

Wie der interessierte Leser feststellen kann, ist der Betrugscharakter des aktuellen Finanzsystems mit ein wenig Faktenwissen leicht zu durchschauen. Man darf sich fragen, wie es in unserer, ach so aufgeklärten Medienwelt möglich ist, daß diese Informationen überhaupt nicht gegeben werden.

Es ist sehr leicht zu erkennen, daß das zinsbasierte Zentralbanksystem reiner Betrug ist und daß alle öffentlichen Haushalte überschuldet sind, egal ob sie "BRD" oder "Griechenland" oder sonstwie heißen.

Bekanntermaßen gibt es drei Gruppen, die sich verschulden können. Es sind dies:

1. **Privatpersonen**
2. **Firmen**
3. **die sogenannten "Staaten" (als die ultimativen Schuldner).**

Sofern Privatpersonen und Unternehmen sich nicht mehr verschulden wollen, da sie sich noch wirtschaftlich vernünftig verhalten wollen, dann verschulden sich eben stellvertretend für sie die sogenannten "Staaten". Die Zinszahlung der "Staaten" wird dann gewaltsam über die Eintreibung der sogenannten "Steuern" ermöglicht.
Da diese Schulden jedoch aus mathematischen Gründen niemals zurückgezahlt werden können, müssen zur Abzahlung alter Kredite immer neue Schulden aufgenommen werden.

Aufgrund entsprechender Abkommen haften heute alle Staaten dieser Welt gegenüber der Federal Reserve mit all ihren physischen beziehungsweise realwirtschaftlichen Ressourcen sowie dem Steueraufkommen für ihre Geldschulden.
Grundlage hierfür sind die Geburtsurkunden, die als Wertpapier bei der angloamerikanischen Hochfinanz hinterlegt werden und von ihr gehandelt werden.[240]
Aus der Tatsache, daß selbst "Staaten" sich bei der Hochfinanz verschulden, und Zinsen zahlen müssen, folgt, daß die Hochfinanz mächtiger ist, als alle Staaten.
Die Regierungen aller "Staaten" sind letztlich vom Wohlwollen dieser Hochfinanz abhängig. Sie sind real betrachtet Marionetten der Hochfinanz und handeln letztendlich auch in deren Interesse.

Man kann mit Recht behaupten, daß das eigentliche Herrschaftssystem der Welt das gegenwärtige zinsbasierte Zentralbankensystem ist und die sogenannten "Staaten" nur die Erfüllungsgehilfen dieses Herrschaftssystems darstellen.

Steuern und Zinsen sind folglich der Motor für die Umverteilung von "Fleißig" nach "Reich". Der Irrsinn wird allein dadurch sichtbar, daß im "BRD"-System ein abhängig beschäftigter Arbeiter in etwa einen ganzen Tag lang arbeiten muß, um eine einzige Arbeitsstunde eines anderen abhängig beschäftigten Arbeiters bezahlen zu können. Man muß sich fragen: Wohin gehen 85% seiner Arbeitsleistung?

Die Herrschaften Scholz, Baerbock, Steinmeier sind folglich nicht nur - abstrakt - die Angestellten der Besatzer sondern insbesondere auch die Angestellten von Rothschild, Rockefeller und Konsorten.

---

240 *Elisabeth Roth; "UND FÜHRE UNS zur GELD-SCHEIN-BILDUNG: Haben (auch) wir (wieder) nichts wahrgenommen wie dumme Schafe?"; Shaker; 2nd edition (21 July 2016); ISBN-10: 3844032827; ISBN-13: 978-3844032826 S. 75 ff.*

Ihre Aufgabe ist es, die schleichende Enteignung der Deutschen Völker für diese Leute durchzusetzen.

Das gegenwärtige Finanzsystem ist durch den Zinseszinseffekt auf Wachstum ausgelegt. Ohne ständiges Wachstum kollabiert es zwangsläufig. Da dieser Wachstumszwang den Begrenzungen der natürlichen Ressourcen und Arbeitsmöglichkeiten der Individuen entgegensteht, muß es für seinen Erhalt einen kolossalen Raubbau an der Natur und den Menschen betreiben. Zwangsläufig kommt dieses System dabei an Grenzen, die nur durch Kriege oder Verbrechen überschritten werden können. Dabei streben die Betreiber dieses Finanzsystems zwangsläufig nach einem "Reset", weil dadurch die Ressourcen im großen Stil an die angloamerikanische Hochfinanz umverteilt werden.

Von den Vertretern der Politik wird unsere Aufmerksamkeit immer wieder auf die Höhe der sogenannten "Staatsverschuldung" gelenkt. Diese ist jedoch völlig unbedeutend, zumal diese Schulden sowieso nie zurückgezahlt werden können.
Wie alle Schulden dieser Welt, die gegenüber der Hochfinanz entstanden sind, sind auch die "Staatsschulden" entstanden durch Geldschöpfung aus dem NICHTS. Und wenn dieses NICHTS nicht zurückgezahlt wird, entsteht schließlich niemandem ein Schaden!
Bedeutsam ist nicht die Höhe der Schulden, sondern das Schuldanerkenntnis des Schuldners, der hierüber enteignet und versklavt wird.
Letztlich ist der eigentlich interessante Punkt, welche Summen von diesen "Staaten" (beziehungsweise von der Kolonialverwaltung "BRD") im Laufe der Jahrzehnte an <u>Zinsen und Zinseszinsen</u> an die Eigentümer der FED gezahlt wurden.
Beispielsweise hat die Firma "BRD" seit ihrer Existenz über 6 Billionen Euro Zinsen und Zinseszinsen an die Hochfinanz gezahlt. Das bedeutet, wenn die Geldschöpfung nicht in der Hand einer privaten Clique, sondern in der Hand der Staatssimulation "BRD" wäre, wäre diese Firma "BRD" heute komplett schuldenfrei!

Wie wir seit Jahren immer wieder hören, bestehe gegenwärtig eine chronische "Finanzkrise". Diese sei dadurch entstanden, daß die Menschen allgemein, und die "Staaten" (oder die Staatssimulation "BRD") im Besonderen "über ihre Verhältnisse" gelebt hätten.
Diese Behauptung ist völliger Unsinn.
Schließlich sind sämtliche Dienstleistungen und physische Konsumgüter, die in der Vergangenheit verbraucht worden sind, irgendwann einmal erarbeitet worden, sonst hätte die Menschheit sie schließlich gar nicht konsumieren können!
Die Behauptung, daß die Menschheit oder die "Staaten" "über ihre Verhältnisse" gelebt hätten, ist somit völliger Quatsch.
Es ist lediglich das Finanzsystem auf betrügerische Weise so organisiert worden, daß nunmehr sämtliche Wirtschaftsteilnehmer bei der Hochfinanz nicht rückzahlbare Geldschulden haben.
Dies wird nun von "Politikern" als Vorwand benutzt, um jedwede soziale Absicherungen der einfachen Leute zu eliminieren. Das Ziel hierbei ist offenbar, jeglichen sozialen Halt der Menschen weltweit abzuschaffen, um sie noch abhängiger und somit noch steuerbarer zu machen.

Es läßt sich heute sehr leicht erkennen, ob ein Autor, ein Journalist oder ein Politiker ein Spieler des Systems ist oder wirklich alternative Ansichten vertritt. Man muß nur seine Position abfragen, die er zum zinsbasierten Zentralbanksystem einnimmt. Dabei ist nicht bedeutsam, ob er eine oberflächliche Kritik am Finanzsystem übt nach dem Muster, man braucht ein bißchen mehr Kontrolle über die Banken und ein bißchen Reduktion der Leerverkäufe etc.
Entscheidend ist, welche Position er zu diesem <u>Geld s y s t e m</u> <u>grundlegend</u> bezieht!

Sehr oft ist im Alltag die Meinung zu hören, die hiesigen "Politiker" seien inkompetent, sonst würden sie doch viele unsinnige Dinge nicht machen. Dies ist jedoch eine Fehleinschätzung. Die Politiker im "BRD"-System sind die besten, die man sich kaufen kann. Man muß nur genau hinsehen, für wessen Interessen sie handeln! Es erscheint immer sinnvoll, sich zu fragen, wer genau von dieser oder jener dumm anmutenden Entscheidung oder Situation profitiert. Es genügt, einfach gesagt, immer der Spur des Geldes zu folgen, um zu wissen, was in der Welt von den Machthabern so getrieben wird.

3.10.4. Kuriositäten

Die heutzutage im Umlauf befindlichen "Euro"-Scheine sind nach den Kriterien der bürgerlichen Ökonomie kein Geld, noch nicht einmal "Banknoten", da sie nichts, also keinen Gegenwert beurkunden ("Note" bedeutet "Urkunde", weshalb beispielsweise ein Notar jemand ist, der etwas beurkundet). Früher wurde die Unterschrift des damaligen EZB-Präsidenten Duisenberg hineinkopiert, es steht jedoch nicht darauf, wofür dieser Schein überhaupt steht. Der "Euro" ist deshalb nicht mehr, als mit Druckerschwärze beschmutztes Papier beziehungsweise offizielles Spielgeld.

(Herr Duisenberg hatte wohl mit dieser Lösung auch so seine Probleme, weshalb er wohl eines Tages in seinem eigenen, 1,50 Meter tiefen Pool ertrunken ist). Heute ist auf den "Euro"-Scheinen die Unterschrift von Draghi zu lesen, der nach seiner Unterschrift Karriere als Polit-Darsteller bis zum italienischen Premierminister gemacht hat.
Da die Euro-Scheine keine staatlich legitimierten Banknoten sind, dennoch aber Menschen vom kopieren abgehalten werden sollen, befindet sich auf jedem Euro-Schein ein Copyright-Zeichen (©).
Das Kopieren von Euro-Scheinen erfüllt deshalb nicht den Straftatbestand der Fälschung von Banknoten, sondern ist lediglich eine Copyright-Verletzung!

50-Euro-Schein mit ©-Copyright-Zeichen

Copyright-Recht ist US-amerikanisches Recht. In Europa gibt es dieses Recht nicht, da die Urheberrechte in Europa nach hiesiger Rechtsauffassung mit der Entstehung eines Werkes selbst entstehen, und nicht eines gesonderten Rechtsaktes bedürfen. Und somit sieht man auch bei den "Euro"-Scheinen, daß wir in einer Scheinwelt leben. Der "Euro" ist eben keine eigenständige "Währung", sondern nur eine Unterform des FED-Dollars.
Präsident Kennedy hat am 04.06.1963 durch die Executive Order No. 11110 die Federal Reserve weitestgehend entmachtet. *Danach gab es für einige Monate staatliches Geld, herausgegeben vom US-Finanzministerium, und nicht mehr von der Privatbank FED. Auf der Vorderseite der Dollarscheine stand dann auch wieder "United States Note" und nicht mehr "Federal Reserve Note".*

Links: Dollarnote des US-Finanzministeriums, wie sie vorübergehend im Jahre 1963 herausgegeben wurden. (oben zu sehen, die Aufschrift "United States Note")…
Rechts: gewöhnliche Dollarnote der FED (oben zu sehen, die Aufschrift "Federal Reserve Note")

Dann mußte natürlich alles sehr schnell gehen: Die FED-Bankiers ließen Kennedy umbringen, der Mord wurde einem Unbeteiligten, namens Oswald in die Schuhe geschoben und was war die erste Amtshandlung, die der Nachfolger Johnson unternommen hat? Er hat die früheren Rechte der Eigner der FED in vollem Umfang wieder hergestellt. Seit dem Tode Kennedys hat es kein US-Präsident jemals wieder gewagt, die Macht der FED zu begrenzen.

Interessanterweise findet sich auf der Rückseite der FED-Dollarscheine wofür der Dollar steht, das heißt, welchen Wert er beurkundet und wie die Stabilität dieses Wertes gewährleistet werden soll:
"In God We Trust" – "Wir vertrauen auf Gott".

Rückseite einer FED-Dollar-Note: "In God We Trust" – "Wir vertrauen auf Gott".

Wie sich viele Leser erinnern werden, wurde im Jahre 2008 öffentlich behauptet, es gebe eine "Einlagensicherung". Hierbei handelt es sich jedoch um eine Fata Morgana! Schließlich kann man bereits im §6 Punkt 10 der Satzung des Einlagensicherungsfonds nachlesen: [241]

"Ein Rechtsanspruch auf ein Eingreifen oder auf Leistungen des Einlagensicherungsfonds besteht nicht."

Inzwischen haben sich auch die anfänglichen Zusagen, daß das "BRD"-System nicht für die Schulden anderer "Länder" aufkommen müsse, als dreiste Lügen erwiesen. Sehr treffend auch die Schlagzeile zu einem entsprechenden Artikel in Le Figaro, 18.9.1992:

"Der Euro ist Versailles ohne Krieg" [242]

Fazit: Aus allem Geschilderten folgt zwingend, daß die Geldschöpfung unter Kontrolle des Staates gehört. Nach Herstellung der verfassungsmäßigen Ordnung in Deutschland wird die angloamerikanische Hochfinanz alles unternehmen, um die Menschen mit Hilfe der käuflichen Medien dahingehend zu beeinflussen, daß das Recht zur Geldschöpfung weiterhin in Privathand bleibt. Dies muß jedoch unbedingt verhindert werden. Es ist sicher nicht das Einzige, so doch eines der wichtigsten Mittel, um schwere soziale Verwerfungen und völkerrechtswidrige Angriffskriege in der Zukunft wirksam verhindern zu können.

3.11. "BRD" - ein Völkermordinstrument gegen die deutschen Völker

Die Kastration oder Genitalverstümmelung an Männern wurde in der gesamten Geschichte der Menschheit in vielen Völkern und Kulturen praktiziert, und wird in den klassischen Geschichtsbüchern kaum erwähnt. Oft wurden besiegte Feinde kastriert zur Demütigung und Machtdemonstration, zum Stammes- oder Völkermord, und an Sklaven, besonders solchen, die einen Harem bewachen sollten. Kriegsgefangene oder Sklaven wurden überdies oftmals kastriert, nicht nur um sie nur zu erniedrigen, sondern auch fügsamer zu machen, da durch den Verlust der Gonaden aufgrund signifikanter Senkung des Testosteronspiegels die Wehrbereitschaft nachläßt. Man konnte diese Männer dann besser als fügsame Arbeitsbienchen benutzen. [243,244,245,246]

Bereits in den 40er Jahren haben der damalige US-Finanzminister Morgenthau, der Intellektuelle Kaufman (mit traditionell sehr guten Beziehungen zum Weißen Haus) jeweils ähnliche Pläne öffentlich vorgestellt, in denen die Auslöschung der Deutschen Völker vorgesehen war.
Kaufman veröffentlichte Anfang 1941 unter dem Titel "Germany must perish!" ("Deutschland muß untergehen!") seine bekannte und viel zitierte Abhandlung. Hauptpunkt dieser Pläne war, Deutschland zu entindustrialisieren und die Deutschen Völker durch Kontrolle der demographischen Entwicklung drastisch zu reduzieren. Auch die Ansichten des einflußreichen Anthropologie-Professors der Harvard-Universität Earnest Hooton, wie sie im New York Daily Newspaper Picture Magazine am 04.01.1943 veröffentlicht wurden, werden heute mehr denn je umgesetzt, insbesondere der Plan von Coudenhove-Kalergi. Dieser war ein japanisch-österreichischer Politiker und Schriftsteller, seit 1922 war er Mitglied der Wiener Freimauerer-Loge "Humanitas". Er gründete 1924 die "Paneuropa-Union", der unter anderem Churchill, Adenauer und Thomas Mann angehörten. Im Jahr 1926 hat Coudenhove-Kalergi um seine Entlassung aus der Loge nachgesucht, weil ihm die öffentliche

---

241 *Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 2014/49/"EU" des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 über Einlagensicherungssysteme (DGSD-Umsetzungsgesetz); BGBl. I 2015 S. 786*

242 *Giesbert, Franz-Olivier; "De Versailles à Maastricht"; Le Figaro"; 18.09.1992, S.1 ff.*

243 *Ernst Gurlt: Geschichte der Chirurgie und ihrer Ausübung; Volkschirurgie, Alterthum, Mittelalter, Renaissance. Band 1. Hirschwald, Berlin 1898; Neudruck: Olms, Hildesheim 1964, S. 279 ff.*

244 *Friedrich Helfreich: Geschichte der Chirurgie. In: Max Neuburger, Julius Pagel (Hrsg.): Handbuch der Geschichte der Medizin (= Landmarks II). Band III, G. Fischer, Jena 1905, S. 1–306; hier: S. 304 ff.*

245 *Susan Tuchel: Kastration im Mittelalter (= Studia humaniora. Band 30). Droste, Düsseldorf 1998, ISBN 3-7700-0835-9.*

246 *Peter Browe: Zur Geschichte der Entmannung. Eine religions- und rechtsgeschichtliche Studie (= Breslauer Studien zur historischen Theologie. Neue Folge, Band 1). Müller & Seiffert, Breslau 1936, S. 13 ff.*

Bekanntheit seiner Mitgliedschaft nunmehr hinderlich erschien. Es spricht vieles dafür, daß er damals nur formal aus der Loge ausgetreten ist, um in das freimaurerische Hochgradsystem überzuwechseln. Coudenhove-Kalergi fand weiterhin Förderung durch Winston Churchill und den US-Präsidenten und bekennenden Freimaurer Harry S. Truman.

Morgenthau-Plan [247,248,249,250]

- neue Grenzen: Aufteilung Ostpreußens und Schlesiens zwischen der Sowjetunion und Polen, linksrheinische Gebiete mit Saarland an Frankreich, Teilung des restlichen Deutschlands in zwei unabhängige Staaten
- vollständige Desindustrialisierung, Verbot der Reindustrialisierung auf unbestimmte Zeit
- Auszehrung der deutschen Völker durch "Entschädigungen" und "Reparationen"
- Umerziehungen in Schulen, Universitäten, Zeitungen, Rundfunk durch eine "alliierte Erziehungskommission"
- Kontrolle der deutschen Volkswirtschaft durch die "Vereinten Nationen"
- Bestrafung von "Kriegsverbrechen"
- Nachbarländer Deutschlands sollen die Besatzungsaufgaben wahrnehmen, die letzte Verantwortung aber bei den USA bleiben
- Einsetzung eines US-amerikanischen "Hohen Kommissars".

Kaufman-Plan [251,252,253]

- Zwangssterilisierung aller deutschen Frauen unter 45 und aller deutschen Männer unter 60 Jahren
- territoriale Aufteilung Deutschlands unter seinen Nachbarstaaten Tschechoslowakei, Polen, Dänemark, Norwegen und Frankreich.

Hooton-Plan [254]

- massenhafte Ansiedlung nicht-deutscher, insbesondere afrikanischstämmiger Bevölkerung in Deutschland, um die Deutschen als Ethnie zu zerstören
- Zwangsarbeit von Millionen von Deutschen im Ausland.

Coudenhove-Kalergi-Plan [255]

- massenhafte Zuwanderung insbesondere nicht-weißer Bevölkerung nach Europa, um alle europäischen Völker ethnisch zu zerstören
- größtmögliche rassische Vermischung der europäischen Völker und Bildung einer "eurasisch-negroiden Zukunftsrasse"; einzige Ausnahme: das jüdische Volk
- Völkermord an den europäischen Völkern insbesondere auf kultureller Ebene
- Abschaffung der Nationalstaaten Europas und Errichtung einer zentralen europäischen Herrschaftsstruktur
- allgemeine Absenkung des Bildungsniveaus
- Herrschaft eines rassisch unvermischten beziehungsweise "rassisch reinen" "jüdischen Geld- und Geistesadels"
- Vernichtung der Familie
- Vernichtung der Zünfte, insbesondere des Bauernstandes
- die Übernahme der deutschen und österreichischen Wirtschaft durch die USA
- die Übernahme der Medien durch USA
- Tarnung der Zuwanderung
  - als "temporäre Gastarbeiter" unter Nutzung der Lüge vom "Arbeitskräftemangel"
  - als allgemeine "multikulturelle Bereicherung" durch Einwanderung
  - als "Flüchtlinge" und "Asylsuchende" die durch selbst geschaffene Kriege erzeugt werden.
- propagandamäßige Verbreitung,
  - die Rückbesinnung auf nationale Interessen sei "veraltet"
  - "Verfassungspatriotismus" sei "unzeitgemäß" und "überkommen".

Während der Kaufman-Plan, Hooton-Plan und Morgenthau-Plan in der "BRD"- Propaganda nicht bestritten werden, wird von der "BRD"-Propaganda der "Kalergi-Plan" am meisten als "rechte

247 *Kurt Zentner: Aufstieg aus dem Nichts. Deutschland von 1945 bis 1953. Kiepenheuer & Witsch, Köln/Berlin 1954, Bd. 2, S. 104 ff.*

248 *Jürgen Weber (Hrsg.): Geschichte der Bundesrepublik Deutschland: Auf dem Wege zur Republik 1945–1947. Schöningh, 1979, ISBN 3-506-15021-9, S. 214 ff.*

249 *Henry Morgenthau: Germany is our problem, 1950, S. 502 ff.*

250 *John Morton Blum: Deutschland ein Ackerland? Morgenthau und die amerikanische Kriegspolitik 1941–1945. Droste, Düsseldorf 1968.*

251 *Theodore N. Kaufman: Germany must perish! Argyle Press, Newark, N.J., 1941*

252 *Theodore N. Kaufman: No more German wars! Being an outline of suggestions for their permanent cessation. Argyle Press, Newark (N.J.), 1942*

253 *Wie der irre "Kaufman-Plan" Deutschland vernichten wollte, WELT 23.07.2021*

254 *E.A. Hooton: "Breed war strain out of Germans." New York daily newspaper Picture Magazine, 04.01.1943*

255 *Practical Idealism: The Kalergi Plan to destroy European peoples Taschenbuch – 14. Januar 2019; ISBN-10 : 1913057097, ISBN-13 : 978-1913057091*

Verschwörungstheorie" verharmlost. Eine gute Quelle zu diesem Plan ist: Gerd Honsik; "Rassismus legal? Halt dem Kalergi-Plan!"[256]

Zunächst wurde diskutiert, die deutschen Völker auszurotten, indem man sie in Konzentrationslager verbringt um Männer und Frauen voneinander zu trennen, Frauen zwangsweise zu sterilisieren und Männer zwangsweise zu sterilisieren beziehungsweise kastrieren.
In den Jahren 1944 und 1945 einigten sich die Alliierten Kriegsverbrecher, die Deutschen nicht in Konzentrationslager zu stecken um sie zwangsweise zu kastrieren oder zu sterilisieren. Dies hätte der "demokratischen" "Gutmenschen"- Fassade der "westlichen Wertegemeinschaft" geschadet. Aus diesem Grunde wurde beschlossen, die deutschen Völker möglichst unmerklich, langsam über Jahrzehnte auszurotten und vorher wirtschaftlich auszupressen.[257]
Die Umsetzung der Pläne zum Volkstod der deutschen und europäischen Völker wird jährlich mit dem "Karlspreis" und zwei-jährlich dem "Kalergi-Preis" honoriert. Kalergi erhielt den "Karlspreis" im Jahre 1950. 1978 wurde die Coudenhove-Kalergi-Stiftung mit Sitz in Genf gegründet und 2008 in die Europa Gesellschaft Coudenhove-Kalergi mit Sitz in Wien umgewandelt. Den "Europapreis" dieser Gesellschaft - kurz "Kalergi-Preis" - erhielten:

- 1990: Helmut Kohl "BRD"-"Kanzler"
- 2010: Angela Merkel, "BRD"-"Kanzlerin"
- 2012: Herman Van Rompuy, Ex-"Ratspräsident" der "EU"
- 2014: Jean-Claude Juncker, "EU-Kommissionspräsident".

Der "Morgenthau-Plan" wurde am 15.09.1944 auf der zweiten Gipfelkonferenz in Quebec von Roosevelt (USA) und Churchill (Großbritannien) als Memorandum beschlossen und paraphiert. Damit hat der Morgenthau-Plan denselben rechtlichen Stellenwert wie etwa das Potsdamer Abkommen.
Der "Morgenthau-Plan" zur Ausrottung der deutschen Völker ist somit noch heute oberste Handlungsdirektive für jeden US-Präsidenten und jeden sonstigen Bediensteten der Siegermächte, so auch jedes "Bundeskanzlers" oder "Bundespräsidenten"

Die Pläne zur Entindustrialisierung und Auslöschung der deutschen Völker konnten wegen des "Kalten Krieges" nicht zeitnah umgesetzt werden, schließlich brauchte man Westdeutschland als "Bollwerk" gegen die Sowjets und "Schaufenster" für die Menschen in Mitteldeutschland. Da der "Kalte Krieg" nunmehr Vergangenheit ist, werden die Menschen in Deutschland für internationale Strategiespiele von der angloamerikanischen Hochfinanz nicht mehr benötigt. Die bereits in den vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts beschlossene Ausrottung der Deutschen kann nunmehr stattfinden und Gründe, den hiermit verbundenen sozialen wie kulturellen Niedergang zurückzustellen, gibt es nicht mehr.

Weil im "BRD"-System die Alliierten die oberste Regierungsgewalt ausüben, lohnt es sich zu beleuchten, wie der Trend der Entwicklung der Deutschen Völker aussieht. Schließlich wissen wir allerspätestens seit der Verfügung der "Bereinigungsgesetze" durch die Alliierten, daß von ihnen im "BRD"-System nichts dem Zufall überlassen wird. Letztlich wird ja im "BRD"-System die gesamte Gesetzgebung endverantwortlich von den Alliierten nach wie vor geregelt.

Die "BRD" ist gegenwärtig offensichtlich strukturell und funktionell darauf ausgerichtet, den deutschen Völkern den maximal möglichen Schaden zuzufügen. Dieser Schaden erfolgt durch

1. **Wirtschaftliche Auspressung**
2. **Entindustrialisierung**
3. **juristischer und biologischer Völkermord.**

3.11.1. Schädigung der deutschen Völker mittels wirtschaftlicher Auspressung

Ein beliebter Vorwand zur wirtschaftlichen Auspressung der deutschen Völker ist seit jeher die Forderung nach Reparationen angesichts deutscher "Alleinschuld" an den beiden "Weltkriegen".
Zunächst wäre ein Friedensvertrag notwendig, um nach dem Völkerrecht Reparationsforderungen überhaupt rechtswirksam vereinbaren zu können. Das haben die Sieger nach dem Zweiten Weltkrieg nicht für nötig erachtet, sondern völkerrechtswidrig sofort und ohne rechtliche Grundlagen Demontagen durchgeführt, den Kohle- und Holzexport erzwungen, deutsches Eigentum im In- und Ausland beschlagnahmt, Patente geraubt und Wissenschaftler verschleppt. Letztlich wurden so viele Milliarden an Werten aus deutschem Eigentum geraubt (die Zahlungen aus dem berühmten "Marshall-

256 *Gerd Honsik: Rassismus legal? Halt dem Kalergi Plan!; ISBN-13: 978-8492272556.*
257 *Richardson Dougall, Arthur G. Kogan, Richard S. Patterson, Irving L. Thomson; Foreign Relations of the United States, Conference at Quebec. 1944 United States Government Printing Office; Washington 1972; Document 180, 182, 195,196,198,203,204,205*

Plan" sind hiergegen lächerlich und wurden zudem von den deutschen Völkern mit Zinsen zurückgezahlt).
Über die Gesamthöhe dieser entzogenen Werte besteht bis heute keine Gewißheit. Die Bewertung vieler Statistiken, soweit überhaupt vorhanden, ist nach wie vor strittig. Auch der Gesamtwert des enteigneten deutschen Auslandsvermögens ist unklar.

Durch das Fehlen eines Friedensvertrages sind sämtliche Handlungen der Alliierten, durch die Eigentum von Deutschen an Alliierte übertragen wurden, **Demontagen, Reparationen, Entwendung von Patenten, Verschleppung von Wissenschaftlern etc., nach der HLKO nichts weiter als Plünderungen im besetzten Gebiet, und damit Kriegsverbrechen.**

Haager Landkriegsordnung von 1907:

HLKO Artikel 56:

"Jede Beschlagnahme ... von Werken der Kunst und Wissenschaft ist untersagt und soll geahndet werden."

HLKO Artikel 53:

"Das ... besetzende Heer kann ... mit Beschlag belegen ... alles bewegliche Eigentum des Staates, das geeignet ist, den Kriegsunternehmungen zu dienen. ...Beim Friedensschluß müssen sie zurückgegeben und die Entschädigungen geregelt werden."

Folglich sind auch Gebietsabtrennungen nach der HLKO nicht möglich. In jedem Falle sind sie bis zu einem Friedensvertrag rechtlich unwirksam. Im Grunde haben unsere Vorfahren mit der HLKO vorausschauend ein Kriegsvölkerrecht geschaffen, durch das sich Kriegsführung überhaupt nicht mehr lohnt, da Siegermächte und Besatzungsmächte strenge Regeln einzuhalten haben.

Nach 1949 verfügten die Alliierten auf der Basis einer angeblichen "deutschen Alleinschuld" im Rahmen der sogenannten "Wiedergutmachung" weitere Diktate. Das "Londoner Schuldenabkommen" (LSA) von 1953 ergänzte diese Vereinbarungen. Gemäß Artikel 5 Absatz 2 des LSA wurde die Prüfung der aus dem Zweiten Weltkrieg herrührenden Forderungen der ehemaligen Kriegsgegner und der von Deutschland besetzten Staaten "bis zur endgültigen Regelung der Reparationsfrage zurückgestellt". Das heißt im Klartext: Die Frage der Reparationen wird erst durch einen Friedensvertrag mit Deutschland und seinen ehemaligen Gegnern abschließend geregelt.

Bekanntermaßen sind die Deutschen seit Etablierung der "Weimarer Republik" "Exportweltmeister". Übrigens, auch die "DDR" war "Exportweltmeister". "Exportweltmeister" zu sein macht nur Sinn, wenn man auch "Importweltmeister" ist, sonst produziert man ja schließlich nur Geschenke für alle Welt. Und genau das ist seit hundert Jahren der Fall. Die Deutschen produzieren jedes Jahr einen Außenhandelsüberschuß, aktuell in mindestens dreistelliger Milliardenhöhe. Wenn dieser Außenhandelsüberschuß wenn schon nicht durch materielle Güter so wenigstens durch Geldguthaben ausgeglichen worden wäre, wären die Deutschen die reichsten Menschen der Welt.
Dies ist jedoch nicht der Fall. Je nach Statistik ist das durchschnittliche Vermögen der Deutschen auf Platz 30 bis 36 in der Welt. Innerhalb Europas liegt nur Portugal dahinter. In allen anderen "Ländern" der "EU" ist das durchschnittliche Pro-Kopf-Vermögen deutlich höher.[258,259]
Realisiert werden kann ein kontinuierlicher Außenhandelsüberschuß, der nie ausgeglichen wird, nur auf einem Weg: Man muß über invisible Kanäle Geld, das heißt Kaufkraft aus Deutschland heraus ins Ausland leiten, damit dann von dort gekauft wird. Nur so ist es möglich, einen permanenten Außenhandelsüberschuß aufrecht zu erhalten.

3.11.2. Schädigung der deutschen Völker mittels Entindustrialisierung

Der deutlichste Ausdruck der Entindustrialisierung der deutschen Völker ist der Ausstieg aus der Atomenergie. Dabei werden in "Deutschland" die sichersten Kernkraftwerke der Welt abgeschaltet, beziehungsweise "auf den Müll geworfen". Gleichzeitig wird aus dem Ausland teuer Atomstrom aus weniger sicheren Kernkraftwerken eingekauft. Offenbar geht es hierbei darum, Hochtechnologie in Deutschland zu beseitigen. "Deutschland" soll in Abhängigkeit von ausländischen Energielieferungen gehalten werden. Zudem wird auf diesem Weg permanent Kaufkraft ins Ausland geleitet, wodurch eine schleichende Verarmung der Deutschen Völker organisiert wird.
Gleiches gilt für die Zerstörung der Automobilindustrie durch Dieselverbot und Verbot von Verbrennungsmotoren. Es ist wichtig zu verstehen, daß nicht nur Industrien zerstört werden, sondern

---

258 *Bruno Bandulet; "Beuteland: Die systematische Plünderung Deutschlands seit 1945"; Kopp Verlag e.K.; 2. Auflage September 2016 (30 Jun. 2016); ISBN-10: 3864453070; ISBN-13: 978-3864453076*

259 *Daniel Stelter; Das Märchen vom reichen Land: Wie die Politik uns ruiniert; FinanzBuch Verlag (10 Sept. 2018); ISBN-10: 3959721536; ISBN-13: 978-3959721530*

auch Know-how zerstört wird. Zerstörung kann man vieles in sehr kurzer Zeit. Aufbau von Wissen, Fähigkeiten, Fertigkeiten und Infrastruktur dauert jedoch Jahre und Jahrzehnte.
Offenbar ist von den Betreibern des "BRD"-Systems gewollt, daß Deutschland, wenn es in Zukunft politisch-rechtlich souverän werden sollte, dabei doch nicht souverän ist, weil es Energie und High-Tech-Produkte aus dem Ausland kaufen muß, wodurch die deutschen Völker auch dann in Abhängigkeit gehalten werden.

3.11.3. Juristischer und biologischer Völkermord

Der "Erste Weltkrieg" ist von der angloamerikanischen Hochfinanz geführt worden, um die Staatlichkeit in Europa abzuschaffen, dies betrifft das Deutsche Reich von 1871, die Donaumonarchie, das Osmanische Reich und das Russische Zarenreich.
Im Grunde stirbt das Deutsche Reich von 1871 erst, wenn der letzte Reichsangehörige umgebracht worden ist. Wir haben entsprechend RuStAG unsere Staatsangehörigkeit von unseren Vorfahren geerbt, und können hierdurch als Staatsangehörige die verfassungsmäßigen Ordnung wiederherstellen. Deshalb hat die angloamerikanische Hochfinanz ein großes Interesse, uns auszurotten.
Der Tatbestand "Völkermord" ist bereits erfüllt, wenn eine Fremdverwaltung wie das "BRD"-System Anerkenntnis und Dokumentation der Staatsangehörigkeit verweigert. Dies praktiziert die "BRD" jeden Tag. Gab es vor Jahren noch "Staatsangehörigkeitsausweise", in denen auch keine Staatsangehörigkeit bescheinigt wurde, sondern nur, daß man "deutscher Staatsangehöriger" sei (ohne korrekte Bezeichnung des Staates), wird heute die Erstellung von "Staatsangehörigkeitsausweisen" im "BRD"-System flächendeckend willkürlich auch gegen die Regeln des "BRD"-Systems verweigert.
Die "BRD" unterläßt somit die Feststellung, wer die Voraussetzungen erfüllt, von der "BRD" verwaltet zu werden beziehungsweise die Pflicht hat, sich dem "BRD"- Rechtssystem zu unterwerfen.
Darüber hinaus wird mit der Verweigerung der Feststellung der Staatsangehörigkeit ein juristischer Völkermord betrieben.

Die Betreiber des "BRD"-Systems gehen jedoch noch viel weiter und betreiben einen biologischen Völkermord an den deutschen Völkern. Sie sorgen dafür, daß seit sieben Jahrzehnten von Generation zu Generation mindestens vierzig Prozent weniger Staatsangehörige geboren werden. Dies erreichen sie mit dem sogenannten "Steuerrecht", dem sogenannten "Familienrecht" und der Arbeitsweise der "BRD"-Scheidungsindustrie, ferner mit den Mitteln der psychologischen Kriegsführung, mittels Umweltgifte und mittels erzwungenen medizinischen Eingriffen.

Der übliche Einwand, daß man schließlich Frauen nicht dazu zwingen könne, Kinder zu bekommen, ist unsinnig, da ja schließlich selbst unter den weniger üppigen ökonomischen Verhältnissen der "DDR" Frauen anspruchsvolle Berufe ergreifen konnten, ohne auf Familiengründung und Kinder verzichten zu müssen. In der "DDR" wurde dieser Völkermord offensichtlich nicht betrieben. Die Sowjetunion hat auf der zweiten Konferenz von Quebec im September 1944 den Morgenthau-Plan nicht unterschrieben. Es läßt sich hieraus schlußfolgern, daß die Russen kein Volk sind, daß Interesse verspürt, andere Völker zu unterwerfen oder auszurotten. Im Gegensatz hierzu die Führer der USA und Großbritanniens.

Hundert Deutsche bekommen nur noch 63 Kinder und 39 Enkelkinder. Das wird nur noch vom Vatikanstaat unterboten. Und der Trend geht unaufhörlich weiter: Das Jahr 2020 war das 49. Jahr in Folge, in dem die deutsche "Bevölkerung" trotz "Zuwanderung" zurückgegangen ist. Deutschland ist das einzige Land der Welt, das einen solchen langfristigen Bevölkerungsrückgang verzeichnet. Der Rückgang wurde durch die Zuwanderung etwas abgemildert: 2020 lag der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund bei 26%.[260]

Im Weiteren fällt auf, daß die Deutschen Völker auch gegenwärtig auf Kosten der eigenen Substanz leben. Die Deutschen haben die geringste Kinderzahl in der Welt, wenn die letzten geburtenstarken Jahrgänge der sechziger Jahre gestorben sein werden, wird es in Deutschland keine zwanzig Millionen Deutschen mehr geben.

Zudem sind die deutschen Kinder schlecht gebildet und schlecht ausgebildet, wie man nicht erst seit "PISA"-Studien weiß.[261,262,263]

---

260 *Statistisches Bundesamt, Destatis, Pressemitteilung Nr. 279 vom 28. Juli 2020*

261 *Deutschland verdummt: Wie das Bildungssystem die Zukunft unserer Kinder verbaut Gebundene Ausgabe – 20. Mai 2019, von Michael Winterhoff (Autor), Gütersloher Verlagshaus; 8. Edition (20. Mai 2019), 224 Seiten; ISBN-10 : 3579014684, ISBN-13 : 978-3579014685*

3.11.3.1. Völkermord mittels "Steuerrecht", "Familienrecht" und Scheidungsindustrie

Über das "BRD"-Steuer- und Abgabesystem wird dabei gewährleistet, daß Kinder zu haben in Deutschland das größte Armutsrisiko überhaupt darstellt. Deshalb müssen junge Eltern wie verrückt im Hamsterrad einer kranken Wirtschaft rennen, um ihren Kindern wenigstens einige Entwicklungschancen zu ermöglichen. Dabei können sie sich natürlich kaum noch persönlich um die Entwicklung ihrer Kinder sorgen. Sie sind deshalb auf Fremdbetreuung angewiesen.

Weiterhin wird über das berühmte steuerliche "Ehegattensplitting" gewährleistet, daß Gelder nicht etwa in Familien fließen, in denen Kinder leben, sondern dorthin, wo zwei Erwachsene lediglich verheiratet sind, und ungleiche Einkommen haben. Was für eine gezielte Verschwendung!

Für Familien mit Kindern wird dabei der finanzielle Anreiz gesetzt, daß erst einmal geheiratet wird, ein Elternteil für die Kindererziehung zuhause bleibt, während der Andere sich außerhäuslich in ruinöser Weise abarbeitet. Jeder für die Familie zusätzliche Geldbetrag muß dabei möglichst von dem außerhäuslichen Elternteil erarbeitet werden, dieser hat schließlich die Lohnsteuerklasse 2. Sofern der häusliche Elternteil arbeitet, wird dies mit Lohnsteuerklasse 5 bestraft. Es wird somit eine krasse Trennung der Lebenswelten von Mann und Frau betrieben. Beide werden gezielt voneinander entfremdet.[264,265]
Die Familienpolitik des "BRD"-Systems läßt sich auf die Begriffe "Emanzipation", "Kinderlosigkeit", "Abtreibungsförderung" und "Zuwanderung" reduzieren.
Neuerdings erfahren wir, daß innerhalb von wenigen Jahren wohl Millionen Menschen aus südlichen Ländern gezielt nach Deutschland geschleust werden. Dabei besteht eine interessante Arbeitsteilung: Die USA führen völkerrechtswidrige Kriege und erzeugen damit die "Flüchtlingsströme". Die Vasallen in der Kolonialverwaltung "BRD" wie Scholz und Konsorten lassen rechtswidrig die Grenzen öffnen und Deutschland fluten.

Die ausländischen Drahtzieher des "BRD"-Systems haben es geschafft, eine kinderfeindliche öffentliche Meinung aufzubauen, in der Frauen mißachtet werden, die sich der Erziehung von Kindern widmen und sie zu ihrem Lebensmittelpunkt machen und nicht eine berufliche "Karriere".
Man fragt sich, wie es möglich war, das Wertvollste, was ein Mensch an Leistung für die Gesellschaft erbringen kann, nämlich die Weitergabe des Lebens und die helfende und erzieherische Begleitung von Kindern ins Leben, als minderwertig zu diskreditieren.
Der Umgang mit Eva Hermann nach ihren mutigen Meinungsäußerungen zu diesem Thema ist ein sehr anschauliches Beispiel dafür, wie die öffentliche Meinung von Verantwortlichen im Medienbereich in diese Richtung gezielt gesteuert und gelenkt wird.

Für häusliche Elternteile, die nach erfolgreicher Entfremdung mit dem Gedanken an Trennung und Scheidung spielen, werden von der Scheidungsindustrie (Anwälte, Beratungsstellen etc.) aberwitzige Unterhaltsansprüche gegenüber dem berufstätigen Elternteil in Aussicht gestellt, wohl um den Trennungs- und Scheidungswillen gezielt zu fördern.
Während einer Trennung oder Scheidung wird vom System ein Kampf um ein Konstrukt namens "Sorgerecht" geschürt. Dabei wird in den "Scheidungsverfahren" einerseits Kindesentzug durch "Schaffen von Fakten" und das Diskreditieren des anderen Elternteiles vom "BRD"-System mit Vergabe des "Sorgerechts" belohnt. Hierzu sind weitere Akteure der Scheidungsindustrie wie "Anwälte", "Jugendamt" und "Beratungsstellen" zur Umsetzung dieser Völkermord-Ziele hilfreich.

Wer wenig Erfahrung mit diesen Instrumenten des "BRD"-Vernichtungssystems hat, besuche einmal in seiner Nähe den dort tätigen Ortsverein "Väteraufbruch für Kinder e. V.". Hier kann man einen plastischen Eindruck bekommen, wie effektiv und effizient die systematische Zerstörung von Familien betrieben wird.

Ein Umgangsrecht für beide Elternteile in oder nach einem Scheidungsverfahren wäre für die Entwicklung der Kinder wichtig. Dies wird im "BRD"-System im Gegensatz zu anderen "Ländern", nicht durchgesetzt. Offenbar wollen die ausländischen Drahtzieher des "BRD"-Systems keine psychisch gesunden deutschen Kinder, sondern traumatisierte Psycho-Krüppel.
Nach einer Trennung werden die zuvor propagierten Unterhaltszahlungen nur selten durchgesetzt, sie stellen sich einfach als unrealistisch heraus. Man überläßt es dem vormals häuslichen Elternteil, den

262 *Deutschlands Schulsystem: Wie das Bildungssystem unsere Kinder verblödet und ihnen die Zukunft versaut Taschenbuch – 18. November 2019; Kelly Makrons , Independently published (18. November 2019); ISBN-10: 1708056882; ISBN-13: 978-1708056889*

263 *("Die Verblödete Republik", Thomas Wieczorek; Knaur Verlag 2012, ISBN 3426780984)*

264 *"Ehegattensplitting macht Erwerbsarbeit für Frauen unattraktiv" BÖCKLER IMPULS - Der Informationsdienst der Hans-Böckler-Stiftung; Ausgabe 19/2011*

265 *Stefan Bach, Johannes Geyer, Peter Haan, Katharina Wrohlich: "Reform des Ehegattensplittings: Nur eine reine Individualbesteuerung erhöht die Erwerbsanreize deutlich"; DIW Wochenbericht Nr. 41, Okt. 2011*

berufstätigen Elternteil mittels Kindesentzug zu erpressen. Dieser muß sich nicht selten im "BRD"-System überarbeiten, damit er seine Kinder überhaupt noch zu sehen bekommt.

Ergänzend wird der berufstätige Elternteil vom "BRD"-"Steuer"-System gezielt bis zum Existenzminimum ausgepreßt (Steuerklasse 1 plus Unterhaltsverpflichtungen), insbesondere natürlich auch, um zu verhindern, daß er noch einmal eine Familie gründen kann und womöglich noch weitere Kinder mit einer Staatsangehörigkeit entsprechend RuStAG 1913 in die Welt setzt. Es reicht, wenn er als Arbeitsbiene das Ende seiner Tage fristet.

3.11.3.2. Biologischer Völkermord mittels Umweltgifte

Endokrine Disruptoren
sind Stoffe, die, wenn sie in den Körper gelangen, bereits in geringsten Mengen durch Veränderung des Hormonsystems die Gesundheit schädigen.[266] Sie kommen hauptsächlich in synthetisch hergestellten Materialien (wie Pestiziden, Lösemitteln, Kunststoffflaschen ("Weichmacher"), Spielzeug aus Kunststoff, Kosmetikbehältern etc.) vor. Die endokrinologische Fachgesellschaft "Endocrine Society, die European Society of Endocrinology", die "European Society for Pediatric Endocrinology", die "Deutsche Gesellschaft für Endokrinologie" sowie die "Weltgesundheitsorganisation" ("WHO") sehen es als erwiesen an, daß endokrine Disruptoren unter anderem an der Entstehung von Unfruchtbarkeit beim Menschen beteiligt sind.
Insbesondere durch das Ausbringen von Pestiziden auf Felder erfolgt die Anreicherung im Boden, in Gewässern und in der Atmosphäre. So gelangen sie wiederum in Pflanzen und Tiere.
Von den etwa 85.000 bekannten synthetischen Chemikalien dürften etwa 1000 endokrine Disruptoren sein.[267,268,269,270,271]

Man unterscheidet in

- **Langlebige organische Schadstoffe:** (persistieren in der Umwelt, reichern sich in Flora und Fauna an)
- **etwas weniger persistente und weniger bioakkumulative Stoffe**
  - Weichmacher und Additive
- **gegenwärtig genutzte Pflanzenschutzmittel**
  - z. B. 2,4-Dichlorphenoxyessigsäure, Atrazin, Carbaryl, Malathion, Mancozeb, Vinclozolin, Prochloraz, Procymidon, Chlorpyrifos, Fenitrothion, Linuron)
- **Arzneimittel, Wachstumshormone und Kosmetika**
  - z. B. Diethylstilbestrol, Ethinylestradiol, Tamoxifen, Levonorgestrel, Fluoxetin, Flutamid, 4-Methylbenzyliden-campher, Octylmethoxycinnamat, Parabene, Octamethylcyclotetrasiloxan, Decamethylcyclopentasiloxan, Dodecamethylcyclohexasiloxan, Galaxolid, 3-Benzyliden-campher)
- **natürliche Hormone**
  - z. B. 17-beta-Estradiol, Estron, Testosteron
  - Phytoöstrogene (z.B. Coumestan, Mykotoxine, Prenylflavonoide)[272]

Die Aufnahme von endokrinen Disruptoren in den menschlichen Körper erfolgt im Wesentlichen über:

- **Nahrungsmittel und Trinkflüssigkeiten** (insbesondere jene, die mit Pestiziden oder Kunststoff in Kontakt gekommen sind)
- **Hautkontakt** z. B. bei Kosmetika, Pestizide, mit Flammschutzmitteln behandelte Textilien, industriell gefertigte Reinigungsmittel
- **Einatmen** z. B. Abriebe von Kunststoffteilen oder Gummireifen in städtischen Gegenden, Pestizidaerosole bei der Garten- oder Feldarbeit.[273]

---

266 *Unser IQ sinkt seit rund 20 Jahren: Forscher sehen erschreckenden Grund - Die Menschheit wird immer dümmer – das ergaben wissenschaftliche Tests. Während der Intelligenzquotient durchschnittlich abnimmt, steigen Verhaltensstörungen und Autismus. Forscher gehen davon aus, daß die sogenannten Umwelthormone dafür verantwortlich sind. Focus online 18.02.2018*

267 *"What Endocrine-Disrupting Chemicals Are"; Endocrine Society. Abgerufen am 4. November 2018 (englisch).*

268 *"Fragen und Antworten zu endokrinen Disruptoren"; FAQ des Bundesamt für Risikobewertung vom 17.03.2022*

269 *WHO/UNEP: State of the science of endocrine disrupting chemicals – 2012. 2013, ISBN 978-92-4150503-1*

270 *A. C. Gore, V. A. Chappell, S. E. Fenton, J. A. Flaws, A. Nadal: EDC-2: The Endocrine Society's Second Scientific Statement on Endocrine-Disrupting Chemicals. In: Endocrine Reviews. Band 36, Nr. 6, Dezember 2015, S. E1–E150*

271 *A. C. Gore, V. A. Chappell, S. E. Fenton, J. A. Flaws, A. Nadal: "The Endocrine Society's Second Scientific Statement on Endocrine-Disrupting Chemicals". In: Endocrine Reviews. Band 36, Nr. 6, Dezember 2015, S. E1–E150*

272 *Shanna H. Swan, Stacey Colino "Count down – Was uns immer unfruchtbarer macht: So gefährdet unser moderner Lifestyle die Fortpflanzung und die Zukunft der Menschheit" riva (Verlag) 2021 ISBN 978-3-7423-1808-4*

273 *K.Mueller, Sabine Heger; "Endocrine disrupting chemicals affect the Gonadotropin releasing hormone neuronal network", Reproductive Toxicology Volume 44, April 2014, Pages 73-84*

Konkrete Beispiele für nachgewiesene Endokrine Disruptoren

- **PCB: "Polychlorierte Biphenyle"** Weichmacher in Lacken, Dichtungsmassen, Isoliermitteln und Kunststoffen PCB haben sich überall auf der Erde ausgebreitet, sie sind in der Atmosphäre, den Gewässern und im Boden allgegenwärtig nachweisbar.
  - Endometriose und Myome der Gebärmutter beim Menschen
  - Suppression der Schilddrüsenhormone in allen Wirbeltieren
  - Beeinträchtigung der kognitiven Funktion bei Kindern
  - Prostata- und Brustkrebs beim Menschen
  - Immundysfunktion bei Meerestieren und beim Menschen
- **DDT: "Dichlordiphenyltrichlorethan"** ist ein Insektizid, das seit Anfang der 1940er Jahre eingesetzt wird und war jahrzehntelang das weltweit meistverwendete Insektizid. Es reicherte es sich wegen seiner chemischen Stabilität und guten Fettlöslichkeit im Gewebe von Menschen und Tieren am Ende der Nahrungskette an. Im Laufe der Zeit wurde festgestellt, daß DDT und einige seiner Abbauprodukte hormonähnliche Wirkungen zeigen.
  - abnormal kleine Penisse, mangelhafte Hoden, reduziertes Sexualorgangewicht
  - geringere Testosteronspiegel beim Mann; erhöhte Estradiolspiegel,
  - Feminisierung, homosexuelles Verhalten und Populationsrückgang bei Vögeln
  - Testosteronsenkung und Entmaskulinisierung bei Eisbären und Alligatoren
  - Intersexualität bei Fischen und Fröschen
  - Endometriose und Störung des Zyklus beim Menschen
- **PBDE "Polybromierte Diphenylether"** bromhaltige Chemikalien, die als Flammschutzmittel in vielen Kunststoffen und Textilien eingesetzt werden. **Reichern sich in der** Umwelt an, sind somit persistent aber auch toxisch.
  - Lageanomalie des Hodens beim Menschen
  - Starke Evidenz für Suppression der Schilddrüsenhormone beim Menschen und bei arktischer Fauna
  - kognitive Störungen
- **DEHP: "Diethylhexylphthalat"** ist einer der wichtigsten Weichmacher auf Phthalatbasis, genauer der Diester aus Phthalsäure und racemischem 2-Ethylhexanol. Im Jahr 2010 lag der Marktanteil am globalen Weichmacherverbrauch bei knapp 54 %
  - zahlreiche negative Effekte auf Männlichkeit, ähnlich DDT
- **Triclosan** ist antimikrobieller Wirkstoff, Konservierungsstoff
  - Bestandteil von Desinfektionsmitteln
  - Arzneistoff zur Behandlung von infektiösen Hautkrankheiten
  - in kosmetischen Präparaten und Zahncremes
  - in festen Seifen und Flüssigseifen, Deo-Sprays und Deodorants
  - Matratzenbezüge, Sport- und Funktionstextilien, Schuhe, Teppiche, Kunststoff-Schneidebretter
  - Hinweise auf Störung steroidogener Enzyme, die eine Rolle bei der Produktion von Testosteron und Östrogen spielen
- **Bisphenol A** [274,275] synthetisch hergestellt, Bestandteil vieler Produkte des täglichen Gebrauchs wie Plastikflaschen, Plastikspielzeug, Thermopapier, der Auskleidung von Konservendosen, Bodenbeschichtungen aus Epoxidharz uvm. Beim Menschen bereits in kleinsten Mengen zur Entstehung von Diabetes mellitus, Fettleibigkeit, Störungen der Schilddrüsenfunktion, Entwicklungsstörungen (insbesondere bei Kindern) und Unfruchtbarkeit. Die ECHA (European Chemicals Agency) hat Bisphenol A 2017 als "besonders besorgniserregenden Stoff" eingestuft.
  - östrogenartige Wirkung bei allen Wirbeltieren
  - Störung des Sexualzyklus
  - Feminisierung und Hyperaktivität
  - verstärkt Insulinresistenz und Glukoseintoleranz
- **Atrazin** Unkrautbekämpfungsmittel
  - Störung des Sexualzyklus bei Ratten
  - Intersexualität bei Fröschen
  - Immundepression nach pränataler Exposition bei Ratten, Amphibien und Fischen.
- **Vinclozolin** ist ein Oxazolidin-Derivat und wird als Fungizid eingesetzt, früher auch als Pflanzenschutzmittel
  - reproduktionstoxisch
  - beeinflußt das hormonelle System (antiandrogene Wirkung)
  - Anti-Androgen, senkt bei männlichen Nagern Testosteron
  - Hypospadie und Hodendystopie
  - Penisverkleinerung

---

274 *Frederick S. vom Saal, Wade V. Welshons: Evidence that bisphenol A (BPA) can be accurately measured without contamination in human serum and urine, and that BPA causes numerous hazards from multiple routes of exposure. In: Molecular and Cellular Endocrinology. Band 398, Nr. 1–2, Dezember 2014, ISSN: 0303-7207, S. 101 ff.*

275 *A. C. Gore, V. A. Chappell, S. E. Fenton, J. A. Flaws, A. Nadal: EDC-2: The Endocrine Society's Second Scientific Statement on Endocrine-Disrupting Chemicals. In: Endocrine Reviews. Band 36, Nr. 6, Dezember 2015, S.1 ff.*

- Feminisierung und Verlust des sexuellen Interesses bei männlichen Kaninchen.
    - krebserzeugend
- **Fluoxetin:** Medikament Antidepressivum
- **Methylquecksilber:**
    - Überschreitet die Blut-Hirn-Schranke und senkt den Spiegel von Enzymen mit wichtiger Funktion bei Reproduktion, Kognition, Wachstum und Entwicklung bei Wirbeltieren
    - Erhöhte Exposition bei Fischen und Amphibien beeinträchtigt Reproduktion, Flucht- und Futterverhalten
    - Wirkt bei Wasservögeln negativ auf Balzverhalten und Partnerwahl.[276,277,278]

Die überall vorkommenden endokrinen Disruptoren stören bereits im Mutterleib die embryonale Entwicklung. Die entsprechenden Stoffe bewirken, daß in den letzten drei Jahrzehnten Störungen der Ausbildung der männlichen primären Sexualmerkmale drastisch zugenommen haben. Dies betrifft insbesondere Kryptorchismus, Hypospadie und Mikropenisse. Unabhängig davon sind die Penisse von Männern in der "westlichen Wertegemeinschaft" heute bis zu 20 Prozent kürzer und 10 Prozent im Durchmesser geringer als vor vier Jahrzehnten. Die Spermienaktivität wird von der Umweltverschmutzung durch endokrine Disruptoren außerordentlich stark beeinflußt. Seit den 70er Jahren ist diese um fast 60 Prozent zurückgegangen. Jedes Jahr geht sie um weitere 1,25 Prozent zurück. Vor drei Jahrzehnten betraf die ungewollte Kinderlosigkeit etwa 7 Prozent aller Paare. Heute sind es fast 20 Prozent aller Paare in der westlichen Welt. Wenn die Entwicklung so weitergeht, ist im Jahre 2045 praktisch überhaupt keine Fertilität der Menschen in der "westlichen Wertegemeinschaft" mehr gegeben.[279,280,281,282,283,284,285]

Fazit: Im "BRD"-System ist die Verwendung von endokrinen Disruptoren in der Industrie und die Zirkulation dieser Stoffe in Natur und insbesondere Trinkwasser gang und gäbe. Diese Stoffe sind in der Industrie überhaupt nicht notwendig. Den Betreibern des "BRD"-Systems kommt die östrogenartige Wirkung dieser Stoffe zur Minderung der Fertilität als Mittel für den Völkermord an den deutschen Völkern und zur Beseitigung der Männlichkeit und damit der Widerstandskraft der Gesellschaft gegen Faschismus sehr entgegen. Die Machthaber im System, die sonst totale Kontrolle in alllen Bereichen beanspruchen, unterlassen jedwede Verbote dieser Stoffe, wobei ihnen der Effekt dieser Stoffe bekannt und als Völkermordinstrument sehr willkommen ist.[286,287,288]

3.11.3.3. Biologischer Völkermord mittels "Impfung"

Die "Impfung" als Völkermordinstrument ist dann besonders effizient einsetzbar, wenn es einen Impfzwang und einen Krankenversicherungszwang gibt. Dann kann man jederzeit unter dem Vorwand

---

276 *Robert Sattelberger: "Hormonell wirksame Substanzen in der aquatischen Umwelt – Analytische Ergebnisse und Überblick"; Österreichisches Umweltbundesamt, Monographien Band 161, Wien, 2002.*

277 *Jinqiong Wang, Yi Xie, Jie Hou, Xinyu Zhou, Jing Chen, Changhong Yao, Yongkui Zhang, Yonghong Li; "Biodegradation of bisphenol A by alginate immobilized beads: Continuous cyclic treatment and degradation pathway analysis"; Biochemical Engineering Journal; Volume 177, January 2022, 108212*

278 *Bergman, Åke., Heindel, Jerrold J., Jobling, Susan., Kidd, Karen A., Zoeller, R. Thomas.: "State of the science of endocrine disrupting chemicals – 2012 : an assessment of the state of the science of endocrine disruptors prepared by a group of experts for the United Nations Environment Programme (UNEP) and WHO". United National Environment Programme, Geneva, Switzerland 2013, ISBN 978-92-4150503-1.*

279 *Andrea Di Nisio, Iva Sabovic, Umberto Valente, Simone Tescari, Maria Santa Rocca, Diego Guidolin, Stefano Dall'Acqua, Laura Acquasaliente, Nicola Pozzi, Mario Plebani, Andrea Garolla, Carlo Foresta; "Endocrine Disruption of Androgenic Activity by Perfluoroalkyl Substances: Clinical and Experimental Evidence; "The Journal of Clinical Endocrinology and Metabolism 104(4) November 2018*

280 *Shanna H. Swan, Stacey Colino "Count down – Was uns immer unfruchtbarer macht: So gefährdet unser moderner Lifestyle die Fortpflanzung und die Zukunft der Menschheit" riva (Verlag) 2021 ISBN 978-3-7423-1808-4*

281 *Alberto Ferlin, Andrea Di Nisio, Luca De Toni, Carlo Foresta; "Impact of Endocrine Disruptors on Male Sexual Development" In book: Pediatric and Adolescent Andrology (pp.29-45) October 2021*

282 *David Lopez-Rodriguez, Delphine Franssen, Sabine Heger, Anne-Simone Parent; "Endocrine-disrupting chemicals and their effects on puberty"; Best Practice & Research Clinical Endocrinology & Metabolism, Volume 35, Issue 5, September 2021.*

283 *Heather B. Patisaul; Chapter Four "Endocrine disrupting chemicals (EDCs) and the neuroendocrine system: Beyond estrogen, androgen, and thyroid" Advances in Pharmacology; Volume 92, 2021, Pages 101-150*

284 *Yuhao Wu, Junke Wang, Yuexin Wie, Jiadong Chen, Lian Kang, Chunlan Long, Shengde Wu, Lianju Shen, Guanghui Wie; "Contribution of prenatal endocrine-disrupting chemical exposure to genital anomalies in males: The pooled results from current evidence" Chemosphere; Volume 286, Part 3, January 2022, 131844*

285 *"Spermageddon: Können die Männer bald keine Kinder mehr zeugen? … Fast niemand spricht darüber…" Der Standard, Wien 06.06.2022*

286 *Brett Aho: "Disrupting regulation: understanding industry engagement on endocrine-disrupting chemicals". In: Science and Public Policy. Band 44, Nr. 5, 15. Februar 2017, ISSN 0302-3427, S. 698–706*

287 *Barbara Casassus: "Hormone disrupting chemicals: slow progress to regulation". In: BMJ. Band 361, 30. April 2018, ISSN 0959-8138,*

288 *EFSA Scientific Committee: "Scientific Opinion on the hazard assessment of endocrine disruptors: scientific criteria for identification of endocrine disruptors and appropriateness of existing test methods for assessing effects mediated by these substances on human health and the environment". In: EFSA Journal. Band 11, Nr. 3, 2013, S. 84*

des kollektiven "Gesundheitsschutzes" in alle Menschen irgendeinen Dreck in ihren Körper spritzen der sie chronisch krank macht oder im Rahmen einer weltweiten Bevölkerungs- Reduktions- Agenda umbringt. So kann sich die die Köperverletzung und den Mord von den Menschen auch noch fürstlich bezahlen lassen. Wenn die Machthaber die Menschen verarmen und dann "Impfung" zur Bedingung für Sozialleistungen machen, ist ein solcher Maasenmord nicht mehr zu stoppen.
Alle Diskussionen über die Gefährlichkeit von bestimmten übertragbaren Krankheiten lenken vom eigentlichen Thema ab: Selbst wenn irgendeine infektiöse Erkrankung eine hohe Letalität aufweisen sollte, gibt es grundsätzlich keine Rechtfertigung, die sogenannten "Grundrechte" mit Füßen zu treten oder irgend jemanden zu irgend etwas zu zwingen. Sonst könnte ja jederzeit irgend eine Polit-Verbrecherbande behaupten, es gebe eine gefährliche übertragbare Krankheit, und schon haben wir Faschismus. Und genau so ist es mit der Covid Plandemie gelaufen!

Grundsätzlich gilt in der Medizin:
Eine Impfung bedeutet, es wird ein modifiziertes Antigen in den Körper eingebracht, welches für sich genommen ungefährlich ist, aber eine Immunantwort des Körpers provoziert. Diese Immunantwort wird mit einem Antikörper-Titer nachgewiesen. Jemand der durch die Impfung immun ist, kann die betreffende Erkrankung nicht bekommen und nicht übertragen. [289]
Kein einziges dieser Kriterien ist mit der sogenannten "Covid-Impfung" erfüllt. Insoweit ist es grundsätzlich falsch, in diesem Zusammenhang überhaupt von einer "Impfung" zu reden.[290,291,292,293]

Alle Kritikpunkte, die in den ersten Wochen der durchgeplanten "Pandemie" von Denkfähigen vorgebracht wurden, sind nach nunmehr fast drei Jahren "Pandemie"- Propaganda nach wie vor gegeben: Es wurde nie zwischen Menschen unterschieden, die lediglich mit einem positiven Genschnipsel-Test verstorben sind oder an dem Virus selbst. Über die Todesursache hat nie ein Arzt entschieden, sondern ein Verwaltungsbediensteter nach einem positiven, fragwürdigen Genschnipsel-Test. Jemand der an eine Verkehrsunfall verstorben ist, und vorher einen positiven Genschnipsel-Test hatte, zählt nach wie vor als Virus-Toter.[294]
Das hat mit Wissenschaft nichts zu tun, das ist allerunterstes Klapsmühlenniveau! Damit sind alle diesbezüglichen Zahlen insbesondere die Letalität gefälscht und unbrauchbar.

Zudem weiß niemand, was in diesen Spritzen überhaupt ist: Kein Beipackzettel, keine Inhaltsangaben, keine Haftung für die Pharmaindustrie.[295] Zudem sind die Verträge, die zwischen "EU", "BRD"-System und "Impfstoff"- Herstellern geschlossen wurden, geheim.[296]
Unter diesen Umständen ist die einzige zuverlässige Zahl die Sterblichkeit beziehungsweise eventuelle Übersterblichkeit. Hier sehen wir, daß es eine Übersterblichkeit in der "schlimmsten Phase der Plandemie", nämlich 2020 überhaupt nicht gegeben hat. Die Übersterblichkeit fing erst mit den "Impfungen" im Jahre 2021 an.[297,298 299,300,301] Ein besonders interessanter Nebeneffekt: Drastischer Geburtenrückgang und Zunahme der Fehlgeburten im Jahre 2022 passend zum "Impf"- Beginn 2021 mit bis zu neun Monaten Verzögerung. [302,303,304,305,306]

---

289 *Herbert Hof, Rüdiger Dörries: Medizinische Mikrobiologie. 5. Auflage. Georg Thieme Verlag, Stuttgart 2014, ISBN 978-3-13-125315-6, insbesondere S.731 ff.*

290 *"Mehrere Tausend Tote, trotz Impfung"; taz Tageszeitung, 12.05.2022*

291 *"Statistik: Geimpfte stecken andere seltener an als Ungeimpfte" MDR Wissen 12.12.2022*

292 *Laura Helbig; "Corona trotz Impfung" Berliner Morgenpost; 28.11.2022*

293 *"Corona-positiv trotz Booster: Wie schlimm sind Impfdurchbrüche?"; NDR.de 27.04.2022*

294 *Dana Bethkenhagen; "Gestorben "mit" oder "an" Covid-19?: Warum in Deutschland so wenige Corona-Tote obduziert werden - Wann jemand als Corona-Toter in die Statistik eingeht, ist in Deutschland nicht ganz eindeutig. Das RKI und die Stadt Hamburg etwa zählen unterschiedlich." Tagesspiegel vom 10.04.2020*

295 *"Pharmakonzerne werden in der EU von Haftung bei Corona-Impfstoff freigestellt";Deutsche Wirtschaftsnachrichten vom 22.09.2020 15:07*

296 *Martin Suter; "Geheimverträge für ImpfstofflieferungPfizer wälzt Risiken auf Käufer ab, grosse Unterschiede bei Preisen"; Tagesanzeiger vom 02.08.2021, 16:41*

297 *"Corona : Trotz Covid-19: 2020 keine Übersterblichkeit in Deutschland"; mdr Wissen vom 22. Oktober 2021*

298 *"Uni Duisburg-Essen: 2020 gab es eine Untersterblichkeit von 2,4 Prozent; Anders als das Statistische Bundesamt bezogen die Uni-Forscher auch demografische Faktoren mit ein." BZ Berliner Zeitung vom 25.10.2021*

299 *Ariel Karlinski; Dmitri Kobak; "Verfolgung der Übersterblichkeit in verschiedenen Ländern während der COVID-19-Pandemie mit dem World Mortality Dataset"; eLife vom 30.06.2021*

300 *Deutschland: Keine erhöhte Sterberate durch COVID-19; Bernd Kowall, Fabian Standl, Florian Oesterling, Bastian Brune, Marcus Brinkmann, Marcel Dudda, Peter Pflaumer, Karl-Heinz Jöckel, Andreas Stang; Excess mortality due to Covid-19? A comparison of total mortality in 2020 with total mortality in 2016 to 2019 in Germany, Sweden and Spain; Public Library of Science (PLOS); Published: August 3, 2021;*

301 *"Sterbefallzahlen im Dezember deutlich höher als vor der Pandemie - Im Jahr 2022 sind mehr Menschen gestorben als in den Vorjahren. Besonders zum Jahresende hin stieg die Übersterblichkeit erheblich. Doch was ist die Ursache?" Spiegel online vom 11.01.2023*

302 *Geburtenrückgang von Januar bis Oktober 2022; Statistisches Bundesamt Destatis; abgerufen 01.02.2023*

303 *Statistisches Bundesamt, Destatis, "Geburten Veränderung der Zahl der Lebendgeborenen zum jeweiligen Vorjahr"*

Eine Unterscheidung zwischen Virus-Toten und "Impf"-Toten ist nur noch möglich, wenn man die Differenz der Übersterblichkeit von vor und von nach der "Impf"-Einführung vergleicht. In den allermeisten Mainstream-Medien wird deshalb nicht differenziert zwischen Übersterblichkeit 2020 und den Jahren danach, so daß man eine Gesamtübersterblichkeit über drei Jahren errechnet und die gesamte Übersterblichkeit dem Virus zuschreibt. Das ist abermals Klapsmühllenniveau und hat mit Wissenschaft nichts zu tun.

Die Ursache des Impfdogmas besteht in den gigantischen erzielbaren Gewinnen der Herstellerfirmen von "Impf"-Stoffen wie auch der "impfenden" Ärzte beziehungsweise Kinderärzte, auch wenn sie medizinisch nicht notwendig oder sogar bekanntermaßen schädlich sind.
Bei einer Million Neugeburten jährlich und vollständiger Durchführung nur der von der "Ständigen Impfkommission" am sogenannten "Robert Koch Institut" ("STIKO") empfohlenen Impfungen gegen Diphtherie, Pertussis, Tetanus, Haemophilus influenza Typ B, Hepatitis B, Poliomyelitis, Masern, Mumps und Röteln ist ein jährlicher Gesamtumsatz von etwa einer Milliarde Euro möglich. Hinzu kommen die Erlöse für "Indikationsimpfungen" und "Reiseimpfungen".
Ein durchschnittliches Kind, welches die Kita-Zeit und die reguläre Schulzeit im "BRD"-System überlebt hat, hat demnach über 30 "Impfungen" erhalten, teilweise in Kombinationspräparaten. Zusatzstoffe wie Leicht- und Schwermetalle können so im Körper akkumulieren und schwere Schäden anrichten.

"Empfohlene" "Standardimpfungen"[307]

COVID-19: Standard alle Menschen ab 12 Jahren
Diphtherie: Standard für Kinder ab zwei Monaten, Auffrischung für Erwachsene alle zehn Jahre
Gebärmutterhalskrebs / HPV: Standard für Kinder vom 9. bis zum vollendeten 14. Lebensjahr, Nachholimpfungen bis zum Alter von 17 Jahren.
Haemophilus influenzae Typ b: Standard für Kinder ab zwei Monaten
Hepatitis B: Standard für Kinder ab zwei Monaten
Herpes Zoster (Gürtelrose): Standard alle Menschen ab einem Alter von 60 Jahren
Influenza: Standard alle Menschen ab 60 Jahre
Masern: Standard für alle Kinder ab elf Monaten
Mumps: Standard für Kinder ab elf Monaten
Pertussis (Keuchhusten): Standard für Kinder ab zwei Monaten, Auffrischung mit fünf bis sechs Jahren, und zwischen dem 9. und 17. Lebensjahr. Alle Erwachsenen
Pneumokokken: Standard für Kinder ab zwei Monaten bis zwei Jahren; alle Menschen über 60 Jahre, Menschen mit geschwächtem Immunsystem
Poliomyelitis: Standard für Kinder ab zwei Monaten/u. U. Auffrischung
Röteln: Standard für Kinder ab elf Monaten
Rotavirus: Standard für Kinder ab der sechsten Lebenswoche, je nach Impfstoff zwei- oder dreimal im Abstand von vier Wochen
Tetanus: Standard für Kinder ab zwei Monaten, Auffrischung für Erwachsene alle zehn Jahre und ggf. im Verletzungsfall
Windpocken: Standard für Kinder ab elf Monaten

Empfohlene "Indikationsimpfungen" und "Reiseimpfungen"[308]

Cholera. FSME, Gelbfieber, Haemophilus influenzae Typ b, Hepatitis A, Hepatitis B, Influenza, Japanische Enzephalitis, Meningokokken Gruppe A, C, W, Y, Meningokokken Gruppe B, Tollwut, Typhus, Windpocken

"Impfungen" unterliegen keinerlei Wirtschaftlichkeitsprüfung und auch keiner Budgetierung. Hier können Ärzte mit der Unterstützung der Pharmalobby ohne jede Kontrolle Injektionen an Patienten vornehmen. Anders als bei Medikamenten, die nach ihrer Effektivität und Wirtschaftlichkeit bewertet werden, werden "Impfungen" zu Lasten aller Beitragszahler der erzwungenen Krankenversicherung ganz im Sinne der "Impfstoff"-Hersteller ohne unabhängige Überprüfung und ohne jede Mengenbegrenzung vorgenommen. Unter Umständen werden "Impfungen" gegen den erklärten Willen der Eltern bei ihren Kindern durchgeführt. Mitunter wird der "Schutz von Leben und Gesundheit des Kindes" vorgeschoben und per "Gerichtsbeschluß" die "Impfung" erzwungen.[309]

---

304 *"Dramatischer Geburtenrückgang in Deutschland und weltweit"; Deutsche Wirtschaftsnachrichten vom 22.07.2022*

305 *Gat I, Kedem A, Dviri M, et al. Covid-19 vaccination BNT162b2 temporarily impairs semen concentration and total motile count among semen donors. First published: 17 June 2022 Andrology. 2022;10:1016–102*

306 *"Ärztenetzwerk Aletheia hält Impfkampagne für einen "strafrechtlich relevanten Feldversuch"; Ärzte fordern die sofortige Aufhebung der Massnahmen und vollständige Impf-Information; Pressetext Ebikon 14.02.2021*

307 *Ständige Impfkommission (STIKO): Empfehlungen der Ständigen Impfkommission (STIKO) beim Robert Koch-Institut 2021. 26.08. 2021.*

308 *Ständige Impfkommission (STIKO): Empfehlungen der Ständigen Impfkommission (STIKO) beim Robert Koch-Institut 2021. 26.08. 2021.*

309 *Andreas Roll; "Gesund ohne Impfung? Impfschäden contra wirksame Krankheitsvorbeugung bei Säuglingen und Kindern" Homoeopathicus-Verlag, Illerkirchberg; 6. Auflage 2007; S. 4 ff. ISBN-10: 3000102396; ISBN-13: 978-3000102394*

Aufgrund der vorliegenden Impfpässe bei Säuglingen und Kindern ist es heutzutage leicht nachvollziehbar, ob ein erkranktes Kind geimpft wurde oder nicht. Dabei ist es immer peinlich für die Pharmaindustrie, wenn bei einem örtlichen Ausbruch einer Infektionskrankheit, den es selbstverständlich immer wieder gibt, nicht-geimpfte Kinder gesund bleiben, die geimpften jedoch erkranken. Aus diesem Grund wird von den Impfstoffherstellern das Ziel verfolgt, möglichst alle Kinder impfen zu lassen, um die Bildung von Kontrollgruppen und die Nachweisbarkeit solcher Zusammenhänge zu verhindern.

Insbesondere Leicht- und Schwermetalle sind für den Organismus ein schweres Problem, da sie die Wirkung von Enzymen und damit das Leben insgesamt beeinträchtigen und aus dem Körper kaum wieder verschwinden. Es besteht die Gefahr der Akkumulation (Anreicherung). Die gefährlichsten Metalle in "Impfungen" sind Quecksilber und Aluminium und neuerdings Graphenhydroxid.
Jahrelang gab es Diskussionen um Quecksilber in "Impf"-stoffen. Autismus und viele andere gesundheitliche Störungen könnten laut vielen Wissenschaftlern die Folgen einer Quecksilberbelastung sein. Regelmäßig sind schnell ein paar pharmafinanzierte Studien zur Hand, die die "Unbedenklichkeit" des Schwermetalls "nachwiesen".
Quecksilber war im "BRD"-System in praktisch allen "Impfstoffen" bis 2001 enthalten. Es ist auch heute noch in Mehrfach-Dosen enthalten, also in Flaschen, aus denen mehrere Menschen "geimpft" werden.
Sogenannte "Faktenchecker" aber auch "Wissenschaftler" behaupten heutzutage frech, Quecksilber oder Aluminium reicherten sich nicht im Körper an und seien in den verabreichten "Impf"-Dosen ohnehin "ungefährlich".

- Die Anreicherung im Körper kann am Lebenden grundsätzlich gar nicht untersucht werden, da sie nicht in allen Kompartimenten (verschiedenen Geweben und Organen) gleichmäßig erfolgt. Die Tatsache, daß man im Blut kein Quecksilber findet, heißt nicht, daß es nicht im Nervensystem, in der Leber oder sonst irgendwo im Körper massenhaft gespeichert wird. Hierfür müßte man eine große Anzahl an Leichen von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen in statistisch verwertbaren Zahlen akribisch an allen Organen und Geweben untersuchen, wobei man genauestens den "Impf"-Status kennen müßte. Das generelle Problem dabei wäre die unge"impfte" Kontrollgruppe. Diese gibt es in der "westlichen Wertegemeinschaft" praktisch nicht.
- Wenn ein Kind nicht klinisch krank wird, bedeutet das nicht, daß es keinen Schaden durch Leicht- oder Schwermetalle erlitten hat. Es ist eine Frage der Meßbarkeit. Bei 30 Impfungen mit giftigen Zusatzstoffen in den ersten 16 Lebensjahren erfolgt die Schädigung schleichend.
  In früheren Jahrhunderten war Arsen ein beliebtes Gift um jemanden umzubringen. Dabei arbeitete man üblicherweise nicht mit einer einzigen Überdosis sondern schleichend über Wochen und Monate hinweg, damit es nicht auffällt.
  Die relevantesten Schädigungen bei Kindern sind ohnehin psychischer Natur, die praktisch nicht objektiv gemessen werden können. Geringfügige körperliche Schäden und mittelgradige psychische Schäden sind deshalb nicht zu verifizieren. Zudem gibt es immer das Problem des Fehlens einer Kontrollgruppe.

Folglich ist mit den Mitteln einer oder mehrerer "Studien" nicht ansatzweise beweisbar

- daß eine "Impfung" keine Schäden verursacht oder verursacht hat
- daß ein Stoff sich nicht im Körper anreichert oder angereichert hat.

Die Belastung des Organismus mit Aluminium führt zu neurologischen Defiziten wie Symptomen von Alzheimer, Amyotropher Lateralsklerose (ALS), Autismus (bei Kindern) und Autoimmunerkrankungen.[310,311,312] Protestaktionen von Interessengruppen und Elternverbänden sorgten letztlich dafür, daß Quecksilber aus Impfstoffen beseitigt wurde. Mit der Verwendung von Aluminium wurde nur ein Gift gegen das andere ausgetauscht. Die Zahl der Autismus-Neuerkrankungen stieg stetig, nachdem der Anteil von Quecksilber in Impfstoffen verringert und zugleich deren Aluminiumanteil erhöht worden war. [313,314,315]

---

310 *C. A. Shaw: L. Tomljenovic, Aluminum in the central nervous system (CNS): toxicity in humans and animals, vaccine adjuvants, and autoimmunity, Etio Pathogenesis of Autoimmunity, 23 04.2013*

311 *LucijaTomljenovic; "Do aluminum vaccine adjuvants contribute to the rising prevalence of autism?" Journal of Inorganic Biochemistry; Volume 105, Issue 11, November 2011, Pages 1489-1499*

312 *Suzanne Humphries, Roman Bystrianyk; "Die Impf-Illusion: Infektionskrankheiten, Impfungen und die unterdrückten Fakten"; Kopp Verlag e.K.; 4. Auflage Februar 2021 (10 Jan. 2018); ISBN-10 : 3864455537; ISBN-13 : 978-3864455537*

313 *Seneff, Stephanie; Davidson, Robert M.; Liu, Jingjing; "Empirical Data Confirm Autism Symptoms Related to Aluminum and Acetaminophen Exposure"; MDPI AG Entropy 14.12 (2012): 2227–2253; ISSN: 1099-4300*

314 *L. Tomljenovic, C.A. Shaw; "Mechanisms of aluminum adjuvant toxicity and autoimmunity in pediatric populations; Lupus, 2021, Issue2.*

Impfeinheiten / Aluminiumgehalt
Infanrix Hexa:Dipht:30IE//Tet:40IE//Pert58ug//Polio80IE//Hämophilus10ug//HepB10ug **Alu (0,82mg)**,
Pentavac:Dipht:30IE//Tet:40IE//Pert58ug//Polio80IE//Hämophilus10ug **Alu (0,3mg)**
Tetravac:Dipht:30IE//Tet:40IE//Pert58ug//Polio80IE **Alu (0,3mg)**
Infanrix:Dipht:30IE//Tet: 40IE// Pert58ug **Alu (0,6mg)**
Tetanol pur:Tet:40IE **Alu (0,5mg)**
Tetanol Merieux:Tet: 40IE **Alu (1,25mg)**
Act Hib:10ug Häm Typ B, konservierungsmittelfrei, **kein Alu**
Polio Salk:Polio 80IE **kein Alu**
Repevax:Dipht:2IE//Tet:20IE//Pert15,5ug//Polio80IE (ab 5.LJ) **Alu (0,33mg)**
Revaxis:Dipht:2IE//Tet:20IE//Polio80IE (ab 6.LJ) **Alu(0,35mg)**
Boostrix:Dipht:2IE//Tet:20IE//Pert 18,5ug (ab 4.LJ) **Alu (0,5 mg)**
Boostrix Polio:Dipht:2IE//Tet:20IE//Pert 18,5ug// Polio80IE (ab 4.LJ) **Alu (0,5mg)**
Dt-reduct: Dipht:2IE//Tet:20IE (ab 6.LJ) **Alu (0,3 mg)**
Td Pur:Dipht:2IE//Tet:20IE (ab 6.LJ) **Alu (0,5mg)**
Triaxis:Dipht:2IE//Tet:20IE//Pert 15,5ug **Alu (1,5mg)**
Prevenar 13:1,3,4,5,6A,6B,7F, 9V, 14,18C, 19A,19F, 23F, **Alu (0,125mg)**
Synflorix:1,4,5,6B,7F, 9V, 14,18C,19F,23F **Alu (0,5mg)**
Neisvac-C:Gruppe C 11, Konjugat (ab 2.LM), **Alu (0,5mg)**
Menjugate:Gruppe C11, Konjugat (ab 2.LM), **Alu (0,4mg)**
Meningitec:Gruppe C11,Konjugat (ab 2.LM), **Alu (0,13mg)**
Bexsero-B: Gruppe B, Fusionsprotein (ab 2.LM), **Alu (0,5mg)**
Havrix Junior:720 IE HepA **Alu (0,25mg)**
Havrix Erwachsene:1440 IE Hep A **Alu (0,5mg)**
Vaqta pro infantibus: HepA **Alu (0,225mg)**
Vaqta Erwachsene: HepA **Alu (0,45mg)**
Twinrix Kinder:360IE HepA, HepB 10ug **Alu (0,23mg)**
Twinrix Erwachsene:720IE Hep A, Hep B20ug **Alu (0,45mg)**
Engerix B 10ug Kinder:Hep B 10ug **Alu(0,25mg)**
Engerix B 20ug Erwachsene:Hep B 20ug **Alu (0,5mg)**
HB VaxPro 10mcg:Hep B 10ug **Alu(0,5mg)**
HB VaxPro 5mcg:Hep B 5ug **Alu(0,5mg)**
Encepur Kinder:0,75 ug Stamm Karlsruhr **Alu (0,17mg)**
Encepur Erwachsene:2 ug Stamm Karlsruhr (Hühnerfibroblasten) **Alu (0,34 mg)**
FSME immun Junior:1,2ug Stamm Neudörfl **Alu (0,06mg)**
FSME immun Erwachsene:2,4ug Stamm Neudörfl **Alu (0,12 mg)**
Gardasil:Humane Papillomviren(HPV) 6,11,16,18, **Alu(0,225mg)**
Cervarix:Humane Pappilomviren (HPV) 16,18, **Alu(0,5mg)**

Fazit: Impfungen sind das perfekte Instrument für den Völkermord. Mittels Impfzwang und Krankenversicherungszwang können die Machthaber unter dem Vorwand des "Gesundheitsschutzes" jedem Menschen jedes Gift in den Körper spritzen und ihn chronisch krank machen, unfruchtbar machen, ermorden, und sich ihre Arbeit an der Völkermord-Agenda noch bezahlen lassen.

3.11.3.4. Biologischer Völkermord mittels psychologischer Kriegsführung

Wenn wir den gegenwärtig stattfindenden Völkermord an den deutschen Völkern analysieren und unsere Völkergemeinschaft erhalten wollen, kommen wir an den Themen "Sexualität", "Ehe", "Familie" und "Volksgemeinschaft" nicht vorbei. Der beste Ort für das Aufwachsen von Kindern ist die bürgerliche Familie mit einer leiblichen, femininen Mutter und einem leiblichen, maskulinen Vater. Deren Kinder zeigen die geringste Wahrscheinlichkeit für das Auftreten von psychischen Störungen wie Suchterkrankungen, Depressionen, Persönlichkeitsstörungen, Delinquenz und Inhaftierungen und haben im späteren Leben die besten Chancen auf Karriere, Einkommen und Gesundheit. Eine intakte Ehe beziehungsweise Familie entsteht jedoch nicht aus dem Nichts.[316,317,318,319,320,321,322,323,324]

---

315 *ROTE LISTE 2022 Buchausgabe Einzelausgabe: Arzneimittelverzeichnis für Deutschland (einschließlich EU-Zulassungen und bestimmter Medizinprodukte); Rote Liste Service GmbH; 1st edition (2 May 2022); ISBN-10: 3946057748; ISBN-13: 978-3946057741*

316 *Alleinerziehende Mütter können tödlich sein; Vaterlosigkeit führt zur Verkürzung der Telomere … Colter Mitchell, Sara McLanahan, Lisa Schneper, Irv Garfinkel, Jeanne Brooks-Gunn, und Daniel A. Notterman. "Father Loss and Child Telomere Length". Pediatrics, 2017.*

317 *Konfliktlösung und Herkunftsfamilie; Zufriedene Paare haben … eine bessere Beziehung zu ihrer Herkunftsfamilie. Anna Marta Maria Bertoni und Guy Bodenmann. "Satisfied and Dissatisfied Couples Positive and Negative Dimensions, Conflict Styles, and Relationships With Family of Origin". European Psychologist, 2010.*

318 *Prügel macht Kinder dümmer … Ewen Callaway. "Smacking Hits Kids' IQ". New Scientist, 2009.*

319 *Weibliche Aggression zeigt sich indirekt … Thomas F. Denson, Siobhan M. O'Dean, Khandis R. Blake, und Joanne R. Beames. "Aggression in Women: Behavior, Brain and Hormones". Frontiers in Behavioral Neuroscience, 2018.*

320 *Frauen sind genauso häufig Täterinnen bei häuslicher Gewalt; 343 wissenschaftliche Untersuchungen (270 empirische Studien und 73 Übersichtsarbeiten) zeigen, daß Frauen in ihren Beziehungen zu ihren Ehepartnern oder andersgeschlechtlichen Partnern körperlich genauso aggressiv sind wie Männer (oder mehr). Die Gesamtstichprobe der untersuchten Studien beträgt mehr als 440.850 Personen; Fiebert, Martin. "References Examining Assaults by Women on Their Spouses or Male Partners: An Updated Annotated Bibliography". Sexuality and Culture 18 (1. Juni 2014): 405–67.*

Grundsätze der Mann-Frau-Dynamik

Der evolutionsbiologische Ansatz ist die beste Herangehensweise für das Verständnis der Mann-Frau-Dynamik, schließlich gibt es keinen menschlichen Verhaltensbereich, der mit der Evolution so grundlegend verbunden wäre, wie der der Sexualität.

Das männliche Prinzip bei der Reproduktion ist

1. **biologische Einfachheit** (Samenzellproduktion ist biologisch unkompliziert)
2. **geringer Elternaufwand** (es genügen theoretisch lediglich fünf Minuten für den "Akt")
3. **Vaterschaftsunsicherheit** (Problem)
4. **Quantität vor Qualität** (klassische "Schrotflinten-Taktik")

Ein Mann kann (zumindest theoretisch) tauende Kinder zeugen, er hat wenig Elternaufwand, hat allerdings keine Sicherheit, ob im Einzelfall das jeweilige Kind tatsächlich von ihm ist.

Grundsatz der männlichen Sexualstrategie: Quantität viel wichtiger als Qualität. Ein Mann hat Sex lieber mit "Irgendeiner" als mit "Keiner". Die wichtigste Aufgabe ist das **Einsammeln** von so vielen Gelegenheiten wie möglich!

Das weibliche Prinzip bei der Reproduktion ist

1. **biologische Komplexität** (Schwangerschaft und Geburt biologisch kompliziert und energieaufwendig)
2. **hoher Elternaufwand** (Versorgung des Kindes über viele Jahre notwendig)
3. **Mutterschaftssicherheit** (kein Problem)
4. **Qualität vor Quantität** (Kinderzahl zumindest in naturnahen steinzeitlichen Verhältnissen extrem begrenzt

Eine Frau kann unter Steinzeitverhältnissen maximal sechs bis acht Kinder im Leben bekommen. Sie hat einen hohen Elternaufwand, weiß dafür immer, daß es ihr Kind ist.

Grundsatz der weiblichen Sexualstrategie: Kein Sex mit möglichst vielen Männern, sondern mit dem "Besten". Qualität ist viel wichtiger als Quantität. Frauen haben Sex lieber mit "Keinem" als mit "Irgendeinem". Ihre wichtigste evolutionsbiologische Aufgabe ist das **Aussortieren** von vermeintlich ungeeigneten Bewerbern und ihren Genen ("weibliche Eugenik").[325]

Würden innerhalb einer Spezies beide Geschlechter auf Quantität und kaum auf Qualität setzen, würde die Fortpflanzung ebensowenig funktionieren wie umgekehrt. Wir sehen eine ideale Kombination aus zwei Strategien, wodurch die Vorteile beider Strategien kombiniert, und die jeweiligen Nachteile neutralisiert werden. Unsere verhaltensbestimmenden Gene sind in der Steinzeit entstanden. Die damaligen Grundsätze für die Ressourcenbeschaffung zeigt eine biologisch vorgegebene Arbeitsteilung:

Männer sind körperlich stärker, haben deshalb bessere Chancen beim Jagen oder auch bei Gefahr zu entkommen. Frauen hingegen sind körperlich weniger stark, sie benötigen Schutz vor Raubtieren, vor kriegerischen Nachbarstämmen etc. Insbesondere in Schwangerschaft, Wochenbett, Stillzeit und Kleinkindzeit sind sie in besonderem Maße hilfe-, schutz-, und fürsorgebedürftig.

Männer waren und sind darauf spezialisiert als Quelle von Ressourcen die Natur zu nutzen (Jagd, Fischerei, Krieg, Erkundung von neuem Terrain etc.). Frauen waren und sind darauf angewiesen und spezialisiert, als Quelle von Ressourcen vorrangig die Männer zu nutzen.
Männer brauchten für ihre Form der Ressourcenaquise körperliche Stärke, Kooperationsfähigkeit, Integrität, Transparenz, Ehre, Loyalität etc.. Frauen brauchten für ihre Vorgehensweise Kommunikationsfähigkeit, Einfühlungsvermögen, soziale Intelligenz und durchaus auch manipulative Fähigkeiten.

Frauen haben offensichtlich zwei evolutionsbiologische "Aufgaben":

1. **Beschaffung der bestmöglichen Gene:** *(Die Frau muß ihre eigenen Gene mit denen eines Mannes kombinieren, wodurch maximal gewährleistet ist, daß ihr Nachkomme selbst überlebensfähig ist, es aber auch schafft, die Gene der Mutter möglichst zahlreich in die übernächste Generation zu bringen).*

---

321 *Wichtigkeit anwesender und involvierter Väter bei der Kindeserziehung; Väterliche Teilnahme bei der Erziehung von Jungen sorgt für weitaus geringere Risiken von Persönlichkeitsstörungen, Anpassungs- und Verhaltensprobleme, depressive Symptome und Drogenmissbrauch. Ronald P. Rohner und Robert A. Veneziano. "The Importance of Father Love: History and Contemporary Evidence": Review of General Psychology, 2001.*

322 *Vorteile der normativen Monogamie; Eine normative Monogamie führt zu stärkerem sozialen Zusammenhalt und verringert die Kriminalitätsraten, einschließlich Vergewaltigung, Mord, Körperverletzung, Raub und Betrug ... Joseph Henrich, Robert Boyd, und Peter J. Richerson. "The puzzle of monogamous marriage". Philosophical Transactions of the Royal Society B, 2012.*

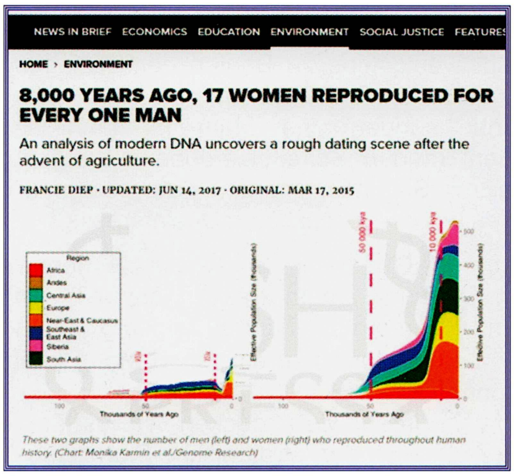
323 *"Alleinerziehend" ist feminin korrekter Neusprech für alleinerziehende Mutter; Statista. "Alleinerziehende in Deutschland nach Geschlecht bis 2020", 19. Oktober 2021.*

324 *Adverse Childhood Experiences (ACE) und gesundheitliche Folgen. Boullier, Mary, und Mitch Blair. "Adverse Childhood Experiences". Paediatrics and Child Health 28, Nr. 3 (1. März 2018): 132–37.*

325 *Partnerschaftspräferenzen und ihre Manifestation im Verhalten. Ein Überblick aller Sexualstrategien; David M. Buss und David P. Schmitt. "Mate Preferences and Their Behavioral Manifestations". Annual Review of Psychology, 2019.*

2. **Maximal bester Schutz und Versorgung für sie als Mutter und für ihre Kinder in der Phase des Aufwachsens:** *(Die Frau muß sich mit dem gesamten Stamm "gut stellen" und wenigstens einen Mann emotional an sich binden zur Versorgung ihrer selbst und ihrer Kinder. Meist hat sie noch ein paar "Orbiter", also Männer für platonische Bezehung für Alltagshilfe und Versorgung, auch als "Plan B", falls ihr Hauptversorger ausfällt, weil er beispielsweise von der Jagd oder aus dem Krieg nicht zurückkehrt.*

In der Tierwelt pflanzt sich bei den meisten höher entwickelten Spezies nur das jeweilige männliche Führungstier, das Alpha-Tier fort. Die übrigen männlichen Tiere (Beta-Tiere) gehen leer aus. Bei uns Menschen ist dies nicht absolut gleich, jedoch ähnlich. Erzwungener Sex findet in naturnahen Gesellschaften praktisch nicht statt. Damit entscheidet die Frau, ob es zum Sex und zur Fortpflanzung kommt oder nicht. Deshalb ist die weibliche Sexualstrategie primär und die männliche sekundär.


NEWS IN BRIEF ECONOMICS EDUCATION ENVIRONMENT SOCIAL JUSTICE FEATURES

HOME › ENVIRONMENT

8,000 YEARS AGO, 17 WOMEN REPRODUCED FOR EVERY ONE MAN

An analysis of modern DNA uncovers a rough dating scene after the advent of agriculture.

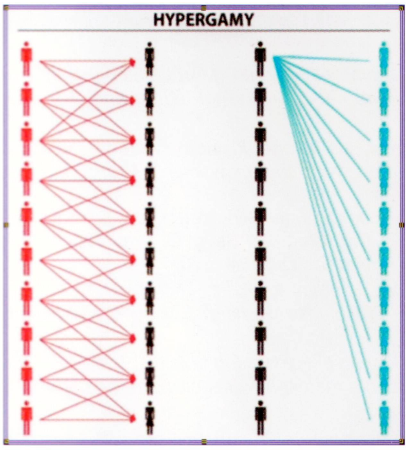
FRANCIE DIEP · UPDATED: JUN 14, 2017 · ORIGINAL: MAR 17, 2015

These two graphs show the number of men (left) and women (right) who reproduced throughout human history. (Chart: Monika Karmin et al./Genome Research)

Vor 8000 Jahren haben sich 17 Frauen im Verhältnis zu einem Mann reproduziert.
Die Graphik links zeigt das absolute Zahlenverhältnis in den Reproduktionsraten der beiden Geschlechter im Laufe der Jahrtausende anhand genetischer Untersuchungen.
Die Graphik ist nachbearbeitet, da in der Original Graphik unterschiedliche Maßstäbe der Y-Achse verwendet wurden.
Nach der Nachberarbeitung mit maßstabgleicher Y-Achse zeigt sich ein durchschnittliches Verhältnis der Reproduktion zwischen Mann und Frau 1:5 bis 1:10, im etwas extremeren Fall vor 8.000 Jahren 1:17!

(Diep, Francie. „8,000 Years Ago, 17 Women Reproduced for Every One Man". Pacific Standard, 17. Mai 2015. https://psmag.com/environment/17-to-1-reproductive-success)

Da Frauen letztlich über Sex und Fortpflanzung entscheiden, und sich in der Natur nur die eher wenigen maskulinen Alpha-Typen fortpflanzen, kann dies nur bedeuten, daß Frauen ein authentisches sexuelles Interesse ausschließlich für maskuline Männer mit klassischen Alpha-Eigenschaften haben. Es gibt sie im körperlichen sowie im psychosozialen Bereich. Der evolutionsbiologische Hintergrund ist, daß der Sohn mutmaßlich so wird wie der Vater. Als möglichst krasser Alpha-Typ kann der Sohn sein eigenes Überleben immer sichern und hat nahezu unbegrenzt sexuelle Optionen, wodurch er die Gene seiner Mutter maximal streuen kann (aus denen er zur Hälfte besteht).



Aus dem Bestreben der Frau nach dem jeweils besten Partner für "beide Bereiche" ist der Begriff "Hypergamie" entstanden. Das Prinzip der weiblichen Hypergamie zeigt und bestätigt sich in zahlreichen sozio-psychologischen Studien.

In unserer heutigen Zeit, das heißt in den letzten 150 Jahren sind 60 Prozent der Männer ohne leibliche Nachkommen, aber nur 20 Prozent der Frauen. Das heißt, 40 Prozent der Männer pflanzen sich mit 80 Prozent der Frauen fort. Das ist ein Verhälntis von 1:2. Aus genetischen Untersuchungen von Knochenfunden ließ sich ermitteln, daß dieses Verhältnis in der Steinzeit noch viel krasser war. Etwa 1:15 bis 1:20.

Bild: Weibliche Hypergamie: links Verteilung des männlichen Interesses, rechts Konzentration des weiblichen Interesses auf die aller obersten Männer der Attraktivitätsskala.

Wie aus der oben gezeigten Graphik ersichtlich, ist das Interesse der Geschlechter aneinander sehr asymmetrisch.[326,] Psychosoziale Aphrodisiaka sind für den Ansatz der psychologischen Kriegsführung der Machthaber zur Umsetzung ihrer Völkermordpläne besonderes bedeutsam. [327,328]

---

326 *Stärkeres Dominanzverhalten bei Männern erhöhte deren Attraktivität für Frauen signifikant …Gorkan Ahmetoglu und Viren Swami. "Do women prefer "nice guys"? The effect of male dominance behavior on women's ratings of sexual attractiveness". Social Behavior and Personality, 2012.*

327 *Frauen bringen körperliche Dominanz sowohl mit Attraktivität als auch mit sozialer Dominanz in Verbindung... Angela D. Bryan, Gregory D. Webster, Gregory D. Webster, Gregory D. Webster, und Amanda L. Mahaffey. "The Big, the Rich, and the Powerful: Physical, Financial, and Social Dimensions of Dominance in Mating and Attraction". Personality and Social Psychology Bulletin, 2011.*

328 *Der Phänotyp von Männern, einschließlich ihrer Psychologie, wurde durch Konkurrenzkampf geformt. Eine Form der sexuellen Selektion… Alexander K. Hill, Drew H. Bailey, und David A. Puts. "Gorillas in Our Midst? Human Sexual Dimorphism and Contest Competition in Men", 2017.*

Psychosoziale Attraktivitätskriterien ("Alpha-Eigenschaften")[329,330,331,332]

1. Sozialstatus / Hohe Position in der sozialen Dominanz-Hierarchie
2. Finanzielle Ressourcen
3. Dominanz / Konfrontationsfähigkeit / Führungsfähigkeit
4. Selbstsicherheit, Willensstärke, Zielstrebigkeit
5. Eigene Ziele und eigene Visionen haben absolute Priorität
6. "gesunder" Egoismus, Macho-mäßiges Auftreten, sexuelle Offensivität
7. soziale Kompetenz / Intelligenz / Charme / Esprit

Beta-Eigenschaften sind das jeweilige Gegenteil der einzelnen Alpha-Eigenschaften. Ein Beta-Typ ordnet sich unter und stellt seine eigenen Interessen unter die von Anderen. Er stellt die Frau gewissermaßen auf ein Podest, ist der Versorger, fühlt sich verantwortlich für ihren Gefühlszustand und ist bestrebt, sie "glücklich" oder "zufrieden" zu machen. Er ist jedoch deshalb für die Frau sexuell eher uninteressant.

Wenn die sexuelle Chemie zwischen Mann und Frau nicht wenigstens zu Beginn der Beziehung stimmt, kann in der Folge eine Ehe oder Familie nicht nachhaltig funktionieren. Die allermeisten Frauen wollen fürs Bett keinen "lieben" Mann "auf Augenhöhe" sondern einen Mann mit männlichen Energien, der sie subtil dominiert und zu dem sie "aufschauen" können. Schaut sie unbewußt auf den Mann "herunter", weil er sie auf ein "Podest" stellt, weil er Selbstunsicherheit oder resignative Schwäche "offen kommuniziert" und auch mal weint, führt dies bei ihr zu sexuellem Desinteresse.

Dabei sind Frauen in einem Dilemma, sie suchen instinktiv die Quadratur des Kreises. Einerseits haben sie Alpha-Bedürfnisse (nach kurzfristigen sexuellen Spaß mit einem krassen Alpha-Typen), andererseits auch Beta-Bedürfnisse (nach Schutz und Versorgung durch einen "lieben", aufopferungsvollen Beta-Typen bzw. "Nice Guy").[333,334,335,336] Es ist für einen einzelnen Mann kaum möglich, beide Bedürfnisbereiche einer Frau abdecken zu können.[337,338,339]
Findet eine Frau einen der wenigen Männer, die beide Bereiche irgendwie abdecken, ist das für sie der "Jackpot". Wenn nicht, kommt sie mit "Plan B" auch ans Ziel. Es ist der "strategische Pluralismus". Hierbei hat eine Frau zumindest zeitweise wenigstens zwei Männer. Einen möglichst krassen Alpha-Typen für die Genbeschaffung bzw. den kurzfristigen sexuellen Spaß und langfristig einen möglichst verläßlichen, emotional an sie gebundenen "lieben", unattraktiven Beta-Typen für ihre Versorgung und die Versorgung ihrer Kinder.[340,341,342,343,344,345] Unter Umständen ist die Frau von ihrem Beta-Typen derart angewidert, daß sie verdeckt oder offen gegen ihn Gewalt ausübt. [346,347,348,349]

---

329 *Dominanz bei Männern ist anziehend für Frauen, aber nicht umgekehrt; Edward K. Sadalla, Douglas T. Kenrick, und Beth Vershure. "Dominance and heterosexual attraction". Journal of Personality and Social Psychology, 1987.*

330 *Dominant aussehende Jungen haben früher Sex... Allan Mazur, Carolyn Tucker Halpem, und J. Richard Udry. "Dominant looking male teenagers copulate earlier". Ethology and Sociobiology, 1994.*

331 *Gewalttätige Jungen von Mädchen zum Anbandeln bevorzugt ... Lídia Puigvert, Loraine Gelsthorpe, Marta Soler-Gallart, und Ramón Flecha. "Girls' perceptions of boys with violent attitudes and behaviours, and of sexual attraction". Palgrave Communications, 2019.*

332 *Lieber größere Männer, als kleinere Frauen; Frauen bevorzugen größere Männer stärker, als Männer kleinere Frauen; Gert Stulp, Abraham P. Buunk, und Thomas V. Pollet. "Women want taller men more than men want shorter women". Personality and Individual Differences, 2013.*

333 *Partnermonopol für die oberen 20 % der Männer. Die oberen 20 % und die obersten 5 % der Männer berichteten von deutlich mehr Partnern als ihre weiblichen Pendants. Christopher R. Harper, Patricia Dittus, Jami S. Leichliter, und Sevgi O. Aral. "Changes in the Distribution of Sex Partners in the United States: 2002 to 2011-2013." Sexually Transmitted Diseases, 2017.*

334 *Je dicker der Geldbeutel, desto mehr Orgasmen. Frauen berichten ... Thomas V. Pollet, Thomas V. Pollet, Thomas V. Pollet, und Daniel Nettle. "Partner wealth predicts self-reported orgasm frequency in a sample of Chinese women". Evolution and Human Behavior, 2009.*

335 *Frauen bevorzugen größere und dominantere Männer; Die Bodyguard Hypothese.... Hannah L. Ryder, John Maltby, Lovedeep Rai, Phil Jones, und Heather D. Flowe. "Women's fear of crime and preference for formidable mates: how specific are the underlying psychological mechanisms?☆". Evolution and Human Behavior, 2016.*

336 *Frauen betrügen als Upgrade zum besseren Mann. ... Erklärung zur Gute-Gene-Hypothese, warum Frauen sexuelle Affären haben. David M. Buss, Cari D. Goetz, Joshua D. Duntley, Kelly Asao, und Daniel Conroy-Beam. "The mate switching hypothesis" Personality and Individual Differences, 2017*

337 *Bitte auf keinen Fall "auf Augenhöhe": Frauen bevorzugen Partner, die im Bezug auf Einkommen, Bildung, Selbstvertrauen, Intelligenz, Dominanz und soziale Stellung höher als sie selbst sind. . Bram P. Buunk, Pieternel Dijkstra, Detlef Fetchenhauer, und Douglas T. Kenrick. "Age and gender differences in mate selection criteria for various involvement levels". Personal Relationships, 2002.*

338 *Der soziale Status von Männern ist für 62 % der Varianz für die Möglichkeit zum Sex verantwortlich. Daniel Pérusse. "Cultural and reproductive success in industrial societies: Testing the relationship at the proximate and ultimate levels". Behavioral and Brain Sciences, 1993.)*

339 *Sexistische Männer haben eher sexuelle Erfahrungen ... Tamara Ramiro-Sánchez, María Teresa Ramiro, María Paz Bermúdez, und Gualberto Buela-Casal. "Sexism and sexual risk behavior in adolescents: gender differences". International Journal of Clinical and Health Psychology, 2018.*

340 *Studien Hypergamie und strategischer Pluralismus; Steven W. Gangestad und Jeffry A. Simpson. "The evolution of human mating: Trade-offs and strategic pluralism. Behavioral and Brain Sciences, 2000"*

341 *Die verborgene Dimension der außerehelichen Paarung bei Frauen; Heidi Greiling und David M. Buss. "Women's sexual strategies: the hidden dimension of extra-pair mating". Personality and Individual Differences, 2000.)*

Dabei erfolgt die Auswahl der Partner für "beide Bereiche" instinktiv, also mehrheitlich unbewußt. Wichtigster Grundsatz ist: ***"Eine natürliche Anziehung ist nicht verhandelbar!"***. Die Einteilung in "Alpha" und "Beta" beschreibt eine Bandbreite und ein Mensch muß die evolutionsbiologisch angelegten Impulse nicht "eins zu eins" ausleben, sondern kann sein Verhalten modifizieren.

Psychologische Zerstörung der Ehe

Der einzige Ort auf der Welt, an dem die Gegensätzlichkeiten der beiden Sexualstrategien auf konstruktive Weise ausgeglichen werden, ist die Institution der Ehe. Diese ist eine vertragliche Kompromißbildung nach folgendem Muster:

1. **Der Mann verzichtet auf das Ausleben seiner polygamen Impulse**
2. **Die Frau verzichtet auf das Ausleben ihrer hypergamen Impulse**

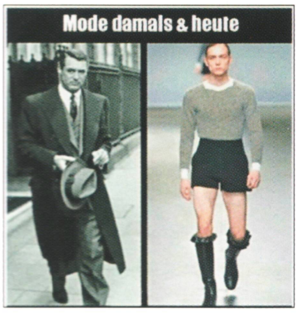
Beide bekommen im Gegenzug auch etwas dafür:

3. **Der Mann bekommt die Vaterschaftssicherheit**
4. **Die Frau bekommt die Versorgungssicherheit.**

Jede Zivilisation, von den Sumerern, Babyloniern, den alten Griechen über die alten Römer bis in die heutige Zeit hatte etwas Vergleichbares wie das Konstrukt der Ehe. Eine vertragliche Kompromißbildung der beiden Sexualstrategien als Grundlage jeder Zivilisation. Als Grundlage, sich als Gesellschaft aus der Steinzeit herauszuentwickeln. Die Demontage der Institution der Ehe ist damit immer ein Angriff auf auf den inneren sozialen Frieden, auf die Familie und auf die Entwicklungschancen der Nachkommen und damit ein Angriff auf das jeweilige Volk selbst.
Mit der Zerstörung der Ehe auf psychologischer Ebene durch Moral- und Werteverfall lassen sich die Kinderzahl reduzieren und die Entwicklungschancen der Kinder gezielt zerstören. Somit ist jeder Angriff auf die Institution der Ehe ein Instrument des Völkermords.

Psychologische Zerstörung der Maskulinität

In der pseudofeministischen "BRD"-Propaganda wird Männlichkeit als "toxisch", als "zerstörerisch", als "gewalttätig", als "kriegsfördernd" und als "frauenfeindlich" dargestellt. Männer werden auf diese Weise extrem verunsichert, sie denken, daß sie Frauen gegenüber besonders "lieb" und "unterwürfig" sein müßten, um eine gute Beziehung führen zu können. Männer sollen "gefühlvoll" sein, "Schwäche zeigen" und auch mal "weinen" und vor allem "offen kommunizieren".



Aufgrund der evolutionsbiologischen Programme finden Frauen Männer attraktiv, zu denen sie "aufschauen" können, die männliche Energien haben, die körperlich und mental stark sind, die Stabilität geben, die der "Fels in der Brandung" sind. Diese natürlichen Eigenschaften von Männern werden heute mit den Mitteln der Propaganda bzw. der psychologischen Kriegsführung zerstört. Insbesondere wird mit Verunsicherung und Zerstörung des maskulinen Selbstwertgefühls der sensible Bereich der Anbahnung sexueller Kontakte zerstört. Kein Interesse für "One-Night-Stands" bedeutet in der Folge keine "Affäre", kein längerfristiges "Verhältnis", keine monogame Beziehung, keine Ehe bzw. keine Familiengründung und folglich keine Kinder.

---

342 *Hausmann ohne Vollzeitjob blüht eher die Scheidung … die Norm des Mannes als Ernährer bleibt bestehen. Alexandra Killewald. "Money, Work, and Marital Stability: Assessing Change in the Gendered Determinants of Divorce". American Sociological Review, 2016.*

343 *Hausarbeit erhöht Scheidungsgefahr für Männer. Hansen, Thomas, und Britt Slagsvold, Hsu, Christine. "The More Chores A Husband Does, The More Likely The Marriage Will End In Divorce". Medical Daily, 28. September 2012.*

344 *Body Negativity: Bitte keine Männer unter 1,80m; Ulrich O. Mueller, Ulrich Mueller, Ulrich Mueller, und Allan Mazur. "Evidence of unconstrained directional selection for male tallness". Behavioral Ecology and Sociobiology, 2001.*

345 *Frauen bevorzugen durchsetzungsfähige und selbstbewusste Männer; Jerry M. Burger und Mica Cosby. "Do Women Prefer Dominant Men? The Case of the Missing Control Condition". Journal of Research in Personality, 1999.*

346 *Frauen in Beziehungen körperlich genauso aggressiv wie Männer (oder mehr); Fiebert, Martin. "References Examining Assaults by Women on Their Spouses … ". Sexuality and Culture 18 (01.06.2014): 405–67.*

347 *Kognitive Verzerrung beim Denken über Geschlechterfragen – Gamma-Bias… Martin Seager und John A. Barry. "Cognitive Distortion in Thinking About Gender Issues: Gamma Bias and the Gender Distortion Matrix". The Palgrave Handbook of Male Psychology and Mental Health, 2019.*

348 *Geschlechtsspezifische Voreingenommenheit in der moralischen Typisierung – Frauen kulturübergreifend eher als Opfer und Männer eher als Täter unzutreffend kategorisiert; Tania Reynolds, Chuck Howard, Hallgeir Sjåstad, Lei Zhu, Tyler G. Okimoto, Roy F. Baumeister, Karl Aquino, und JongHan Kim. "Man up and take it: Gender bias in moral typecasting". Organizational Behavior and Human Decision Processes, 2020.*

349 *Das Paradox der abnehmenden weiblichen Zufriedenheit. Betsey Stevenson, Justin Wolfers; "The Paradox of Declining Female Happiness". American Economic Journal: Economic Policy, 2009.*

Die vaterlose Schrottgesellschaft

Die gegenwärtige Gesellschaft im "BRD"-System läßt sich treffend mit dem Begriff "Schrottgesellschaft" beschreiben.[350] Haben unsere Vorfahren noch zu mehreren Generationen unter einem Dach gelebt, hatten sie richtiges Familienleben, Vereinsleben, Kirchenleben, Arbeitsgemeinschaften und Jagdgemeinschaften etc., stehen sich die Menschen heutzutage mehrheitlich allein und vereinzelt gegenüber.[351]

Der Völkermord durch die "vaterlose Gesellschaft" beruht darauf, daß heranwachsende Jungen und junge Männer kaum Kontakt zu ihrem leiblichen Vater haben. Zudem sind die Väter heutzutage in aller Regel kaum noch wirklich männlich. Im "BRD"-System werden Jungen schon im Kleinkindalter nahezu ausschließlich von ihrer (meist alleinerziehenden) Mutter erzogen. In Kita´s haben sie es ausschließlich mit Frauen als Erzieherinnen zu tun. Ebenso in der Grundschule und darüber hinaus. Männliche Lehrer sind die Ausnahme. Später, als junge Männer werden sie von weiblichen "Polizisten", weiblichen "Finanzbeamten", weiblichen Vermietern und weiblichen Vorgesetzen kontrolliert und gemaßregelt. Jungen werden von allerfrühester Kindheit darauf programmiert, die Anforderungen von Frauen zu erfüllen. Frauen legen fest, wie sich ein Junge zu verhalten hat, obgleich Frauen dies nicht wirklich beurteilen können. Männer können dies viel eher beurteilen, sofern sie noch Männer sind. Jungen brauchen Männer um zu Männern werden zu können. Eine alleinerziehende Mutter kann dies objektiv nicht leisten, unabhängig von ihrem guten Willen. In aller Regel lernen Kinder sehr früh, daß in den Familien die Mütter entscheiden und Väter, falls überhaupt vorhanden, die Funktion einer Topfpflanze haben. Klassisch ist die Situation, daß ein Kind seinen Vater um Erlaubnis für etwas fragt und der Vater sein Kind zur Mutter schickt, damit diese entscheidet und er nichts "falsch" macht.

Durch den unnatürlichen Zustand der Alleinerzieherschaft der Mutter werden Söhne zudem oft zu Ersatzpartnern gemacht und für männliche Verhaltensimpulse beschämt ("Toxische Scham"). In der vaterlosen "BRD"-Schrottgesellschaft erziehen Frauen ihre Söhne mehrheitlich zu "Nice-Guys", die sie als Frau selbst nie daten würden und die von ihren Töchtern später verachtet werden.[352]

Das "BRD"- Besatzersystem ist offensichtlich eine gigantische Beta-Fabrik. In der Summe werden im "BRD"-System Jungen und junge Männer zu "Beta-Männchen" beziehungsweise "Nice Guys" erzogen, die in späteren Jahren bei Frauen für Sahara-artige Zustände unterhalb der Gürtellinie sorgen.[353;354,355,356,357]

Damit ist die vaterlose Schrottgesellschaft im "BRD"-System ebenfalls ein Instrument zur Zerstörung der Männlichkeit in der Gesellschaft und damit ein Instrument für den Völkermord.

Psychologische Zerstörung der Femininität

Wahrer Feminismus wäre die Aufwertung von Femininität und würde sich für Wahlfreiheit für Frauen einsetzen, ob sie für die Familie leben wollen oder für den "Job" oder was auch immer. Stattdessen sehen wir, daß der heutige sogenannte "Feminismus" Frauen zu schlechteren Versionen von Männern degradiert. Offensichtlich haben es die ausländischen Drahtzieher des "BRD"-Systems mit den Mitteln der psychologischen Kriegsführung geschafft, eine kinderfeindliche öffentliche Meinung aufzubauen, in der feminine Frauen mißachtet werden, die sich der Erziehung von Kindern widmen und dies zu ihrem Lebensmittelpunkt machen und nicht eine berufliche "Karriere" bzw. "Job".

Man fragt sich, wie es möglich war, etwas so Wertvolles, was ein Mensch an Leistung für die Gesellschaft erbringen kann, nämlich die Weitergabe des Lebens und die helfende und erzieherische Begleitung von Kindern ins Leben, als minderwertig zu diskreditieren. Der Umgang mit Eva Hermann nach ihren mutigen Meinungsäußerungen zu diesem Thema ist ein sehr anschauliches Beispiel dafür, wie die öffentliche Meinung von Verantwortlichen im Medienbereich in diese Richtung gezielt gesteuert und gelenkt wird.[358]

Es zeigt sich im "BRD"-System eine extreme Umkehrung der grundlegenden Werte, wobei die Ausschließlichkeit auffällt, mit der "Karriere" von Frauen als positiv, und Häuslichkeit und

---

350 *Dr. med. Mag. theol. Ryke Geerd Hamer; "Germanische Heilkunde Kurzinformation"; Verlag Amici di Dirk (1. Jan. 2011); ISBN-10: 8496127532; ISBN-13: 978-8496127531 S. 29*

351 *Ulrike Bahr; "Das soziale Virus der Einsamkeit"; Frankfurter Rundschau, 10.08.2022*

352 *Sigusch, Volkmar; "Sexuelle Störungen und ihre Behandlung" Abschnitt II Sexuelle Entwicklungen und Probleme Kapitel 4 "Probleme der männlichen sexuellen Entwicklung" Vierte Auflage; Georg Thieme Verlag KG; 2007; ISBN: 978-3-13-168944-3*

353 *Körner R., Schütz A.; "Power in romantic relationships: How positional and experienced power are associated with relationship quality." Journal of Social and Personal Relationships (2021)*

354 *Migrantinnen über deutsche Männer:"Schüchtern und asexuell"; TAZ, die Tageszeitung; 08.03.2010*

355 *Hildegard Stausberg; "Deutsche Männer sehen immer abgewrackter aus"; Welt.de 06.12.2015*

356 *Mirna Funk; "Warum ich keine deutschen Männer date"; Welt.de 04.05.2022*

357 *85% aller inhaftierten Jugendlichen kommen aus einem vaterlosen Haushalt. Das ist 20 mal häufiger als der Durchschnitt. The Fatherless Generation. "Statistics", 6. April 2010.*

358 *"Herman-Rauswurf bei Kerner - Der programmierte Eklat"; Spiegel.de 10.10.2007*

Kindererziehung als schlecht propagiert wird. Die deutschen Frauen sollen schließlich im Hamsterrad der Zinssklaven mitlaufen, anstatt kostbare Arbeitszeit für Haushalt, Kinder und den Erhalt der Familie zu "vergeuden". Dies fordern zumindest die "Emanzipationsbeauftragten" in Medien und Politik.
Allein hieran sieht man, daß wir gegenwärtig keinen Feminismus haben sondern falschen, toxischen Pseudo-"Feminismus".
Die Zerstörung der Maskulinität und der Femininität auf psychologischer Ebene führt zwangsläufig zur Zerstörung einer natürlichen, gesunden Mann-Frau-Dynamik. Dies führt zur drastischen Minimierung der Anbahnung und des Auslebens sexueller Beziehungen und vermindert folgerichtig die Zahl der monogamen Beziehungen und Familiengründungen. So sehen wir, daß immer weniger Ehen geschlossen werden, diese Ehen halten kaum noch über längere Zeiträume und es werden immer weniger Kinder geboren. Die psychologische Zerstörung der Männlichkeit in einem Volk ist somit ein geeignetes Mittel für den Völkermord.[359,360,361]

Singles und gleichgeschlechtliche Paare werden in den "BRD"-Mainstream-Medien besonders gefeiert. Dabei hat bis heute niemand je die Zahl der Frauen erfaßt, die aufgrund dieser Manipulationen ihr gesamtes Leben ausschließlich auf berufliches Engagement hin ausgerichtet haben, um dann, in ihren vierziger Lebensjahren angekommen, diese einseitige Schwerpunktsetzung zu bereuen, dann keine Kinder mehr bekommen können und bis ans Lebensende hiermit hadern.
Schließlich wird von den Betreibern des "BRD"-Systems ein gigantisches Subventions- und Förderprogramm für Abtreibungen gefahren.[362,363,364]

Maskuline Männer fühlen sich körperlich zu femininen Frauen hingezogen und finden Frauen mit überwiegend maskulinen Eigenschaften völlig unattraktiv. Durch die psychologische Kriegsführung mit Zerstörung der Weiblichkeit wird die Mann-Frau-Dynamik ebenso zerstört wie durch die Zerstörung von Maskulinität. Damit ist auch die psychologische Zerstörung der Femininität durch falschen, toxischen Pseudo-"Feminismus" ein Instrument des Völkermords.

Desinformation und Fehlinformation von Frauen

Ein bedeutsamer Teil der psychologischen Kriegsführung ist die Propaganda, daß Frauen unbedingt "Karriere" machen sollen. Meistens ist es nur ein "Job" und wird nur "Karriere" genannt. Ein Hamsterrad sieht auch nur von innen aus wie eine Karriereleiter. Es wird propagiert, Frauen könnten noch jenseits des vierzigsten Lebensjahres leicht schwanger werden. Natürlich ist diese Propaganda reiner Unsinn.[365,366]
Das Alter hat großen Einfluß auf die Fruchtbarkeit der Frau. Schon mit 35 Jahren ist sie eingeschränkt. Daran ändert auch ein gesunder Lebensstil nichts. Etwa jeder Vierte der rund sieben Millionen Menschen in Deutschland im Alter zwischen 30 und 50 Jahren ist ungewollt kinderlos, Tendenz steigend. Ein Grund ist das zunehmend höhere Alter bei Beginn der Familienplanung. Aufgrund von Fehlinformation vermutet nur jede dritte Frau zwischen 40 und 50 Jahren ihr Alter als eine Ursache für den unerfüllten Kinderwunsch.
Mit 23 Jahren ist die Fruchtbarkeit einer Frau am höchsten. Bei einer 25 bis 30jährigen Frau liegt die Wahrscheinlichkeit schwanger zu werden bei durchschnittlich 23 Prozent pro Zyklus, bei einer 35jährigen Frau nur noch bei 16 Prozent. Im Alter von 40 Jahren liegen die Chancen auf eine Schwangerschaft dann nur noch bei etwa fünf Prozent pro Zyklus.
Die Wahrscheinlichkeit, daß eine 35-jährige mit unerfülltem Kinderwunsch nach einem Jahr ohne medizinische Hilfe schwanger wird, ist pro Zyklus nur noch circa sechs Prozent.
Das durchschnittliche Alter für das Eintreten der "Wechseljahre" ist 51 Jahre, aber die meisten Frauen können bereits ab Mitte 40 definitiv keine Kinder mehr bekommen. Dies gilt auch für eine künstliche

359 *Faktoren für männerfreundliche Therapien; Was sind die Faktoren, die eine männerfreundliche Therapie ausmachen?; Louise Liddon, Roger Kingerlee, Martin Seager, und John A. Barry. "What Are the Factors That Make a Male-Friendly Therapy?" The Palgrave Handbook of Male Psychology and Mental Health, 2019.*

360 *Die Stärken bei Männern bekräftigen; Positive Männlichkeit zur Unterstützung männlicher Klienten.Matt Englar-Carlson und Mark S. Kiselica. "Affirming the Strengths in Men: A Positive Masculinity Approach to Assisting Male Clients". Journal of Counseling and Development, 2013.*

361 *Gründe für die Teilnahme an einer Pick Up Community; Eine ethnographische Studie über junge Männer...; Rob Whitley und JunWei Zhou. "Clueless: An ethnographic study of young men who participate in the seduction community with a focus on their psychosocial well-being and mental health."* ***PLOS ONE****, 2020.*

362 *Rehder, Stefan; Blasel, Veronika, Staatsaufgabe Abtreibung – Rechtswidrig, straffrei und auch noch subventioniert, in: Lebensforum 04/2003*

363 *Simone Barich; "Wer ist Pro Familia?" Schriftenreihe der Aktion Leben e.V. Postfach 61 - D-69518 Abtsteinach/Odw. II. Auflage 2004 Nr. 18 S. 18 ff.*

364 *Jede siebte Schwangerschaft abgetrieben, BBV-Net-Wissenschaft-Medizin, vom 18.12.2003*

365 *Mit dem 30 Lebensjahr sind bereits 90 % der Eizellen verbraucht; W. Hamish B. Wallace und Tom Kelsey. "Human Ovarian Reserve from Conception to the Menopause". PLOS ONE, 2010.*

366 *Fruchtbarkeit beginnt bereits ab etwa 26 Jahren zu sinken. So liegen die Schwangerschaftschancen bei 35- bis 40-Jährigen nur mehr bei 20 Prozent. Gesundheitsportal. "Kinderwunsch – Alter spielt eine Rolle", 2018.*

Befruchtung. Nach dem 30. Lebensjahr nehmen sowohl Anzahl als auch Qualität der Eizellen deutlich ab. Dieser Abfall beschleunigt sich ab dem 35. Lebensjahr enorm.
Eine Frau wird mit ihrer gesamten lebenslangen Eizell-Reserve von etwa einer Million Eizellen geboren. Zu Beginn der Pubertät sind davon noch etwa 300.000 vorhanden. Von diesen werden im ganzen Leben nur etwa 300 "springen". Ab dem 35. Lebensjahr zeigen die Eizellen zunehmend genetische Veränderungen, was in aller Regel eine Schwangerschaft verhindert. So ist bei Frauen über 34 Jahren nur noch etwa jede zweite Eizelle genetisch in Ordnung, über 38 Jahren nur noch jede fünfte, und über 42 Jahren ist durchschnittlich nur noch eine von zehn Eizellen genetisch intakt. Dies erklärt die deutlich reduzierte Fruchtbarkeit mit zunehmendem Alter.[367]

Darüber hinaus wird ein gigantisches Subventions- und Förderprogramm für Abtreibungen gefahren.[368,369] Laut den Journalisten Stefan Rehder und Veronika Blasel haben die zuständigen Stellen in den "Bundesländern" allein 2002 mit mehr als 40 Millionen Euro die Finanzierung von "straffreien" aber rechtswidrigen Abtreibungen subventioniert.[370]

Sexuelle Traumatisierung und sexuelle Fehlprägung unserer Kinder

Die dargelegten Zusammenhänge müßten Schulwissen sein. Stattdessen werden unsere Kinder an den "BRD" -Schulen sexuell traumatisiert durch Konfrontation mit sexuellen Inhalten in einem Alter, in dem noch nicht die dafür erforderliche Reife besteht. Zudem werden sie mit der genannten Frühsexualisierung auch gleich mit sexuellen Deviationen, Perversionen und nicht zuletzt Gender-Schwachsinn indoktriniert. Hierdurch soll die künftige Sexualität unserer Kinder aufs Schwerste beschädigt werden, um ihre spätere Erwachsen-Sexualität, insbesondere die Fähigkeit zur Führung nachhaltiger monogamer Beziehungen und eines gesunden Familienlebens zu zerstören.[371,372,373]
Damit sind die Frühsexualisierung, sexuelle Traumatisierung und Indoktrination unserer Kinder mit sexuellen Deviatioinen und Perversionen ebenfalls effiziente Instrumente für den Völkermord.

Fazit: Mit den Mitteln der psychologischen Kriegsführung werden heute Frauen zu schlechteren Versionen von Männern gemacht und Männer zu schlechteren Versionen von Frauen. Jungen und Männer werden mit den Mitteln der psychologischen Kriegsführung psychisch kastriert und Frauen werden mit den Mitteln der psychologischen Kriegsführung psychisch sterilisiert.
Durch die Zerstörung von Männlichkeit (und Weiblichkeit) wird die Mann-Frau-Dynamik nachhaltig zerstört. Wir sehen zudem die Zerstörung der künftigen Erwachsenen-Sexualität unserer Kinder durch Fehlinformationen, Fehlprägungen, sexuelle Traumatisierung, Indoktrination sexueller Deviationen und Perversionen und Gender-Schwachsinn. All diese Dinge werden von den Betreibern des "BRD"-Systems als effektive Völkermordinstrumente eingesetzt.
Aufgrund der evolutionsbiologischen Gegebenheiten sind Frauen tendenziell eher sicherheitsorientiert, Männer hingegen eher freiheitsorientiert. In der heutigen gynozentrischen Gesellschaft haben es die Machthaber leichter, unter dem Vorwand von "Sicherheit" faschistische Verhältnisse zu etablieren. Schließlich ist es ein Risiko, sich gegen die herrschenden Faschisten aufzulehnen, was sicherheitsorientierte Menschen vermeiden. Die Zerstörung der Männlichkeit mit den Mitteln der psychologischen Kriegsführung hat für die faschistischen Machthaber am Ende zwei Vorteile: Zum einen vermindert sich auf diese Weise die Widerstandskraft in einer Gesellschaft gegenüber sozialistischen faschistischen Entwicklungen. Zum anderen dient sie der Völkermord-Agenda.

3.11.3.5. Biologischer Völkermord mittels Einsatz der Migrationswaffe

Als weiteres Völkermord-Instrument kommt zudem die Migrationswaffe zum Einsatz. Die "BRD" hat entsprechend den statistischen Jahrbüchern seit ihrer Gründung fast 40 Millionen Staatenlose aus dem Ausland unter diversen Vorwänden nach Deutschland organisiert. Zu Beginn nannte man sie

367 *"Die Fruchtbarkeit der Frau endet viel früher, als die meisten denken"; Focus 10.02.2020*
368 *"Bundesfamilienministerin will Strafbarkeit von Abtreibungen abschaffen"; FAZ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 05.01.2023*
369 *"Abtreibung auf Firmenkosten"; SZ Süddeutsche Zeitung vom 06.05.2022*
370 *Stefan Rehder, Veronika Blasel, "Staatsaufgabe Abtreibung – Rechtswidrig, straffrei und auch noch subventioniert"; in: Lebensforum 68, 04/2003 S. 4 ff.*
371 *""Faschos": Queer-Beauftragter beschimpft besorgte Mutter"; Gesellschaft; 14. April 2022*
372 *Rieke Hümpel, Uwe Steinhoff, Antje Galuschka, Alexander Korte, Marie Vollbrecht; "Wie ARD und ZDF unsere Kinder indoktrinieren" Die Welt 01.06.2022*
373 *Geoffrey L. Ream. "What's Unique About Lesbian, Gay, Bisexual, and Transgender (LGBT) Youth and Young Adult Suicides? Findings From the National Violent Death Reporting System." Journal of Adolescent Health, 2019.*

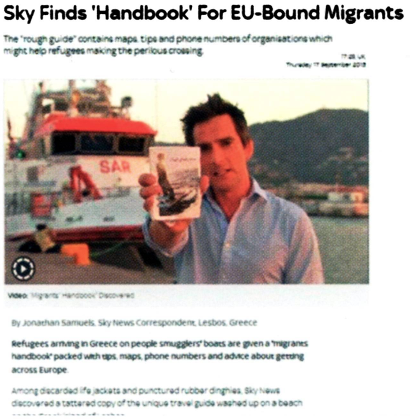
"Fachkräfte", "Gastarbeiter", später "Asylsuchende" und heute "Flüchtlinge". Es sind nicht alle von ihnen geblieben, sonst wären die Verhältnisse heute noch prekärer.
Heute erfolgt die Anwerbung und Umsiedlung vorwiegend aus Ländern, in denen die Menschen überdurchschnittlich pigmentiert sind. Auf diese Weise ist es dann leicht, Kritiker dieser Umvolkung als "Rassisten" zu diffamieren und propagandistisch mit Dreck zu bewerfen.

Gegenwärtig leben in Deutschland über 10 Millionen ohne "deutsche Staatsangehörigkeit" und über 20 Millionen mit Migrationshintergrund.[374] Dies Zahlen täuschen, Migranten, die vom "BRD"-System die "deutsche Staatsangehörigkeit" erhalten haben, werden nicht mehr als Ausländer gezählt. Nach einem geheimen Plan der "EU" sollen mindestens 50 Millionen Schwarzafrikaner in den nächsten Jahren nach Europa geholt werden. Dies enthüllte der "The Daily Express" in seiner Ausgabe vom 11.10.2008. Der Vorwand ist, in der "EU" würden Arbeitskräfte gebraucht.[375]

"Flüchtling" ist man nur, bis man die nächste Grenze erreicht hat und in Sicherheit ist. Hiernach ist man gegebenenfalls Migrant. Besser sollte man sagen Siedler. Unter denen, die derzeit hierher gelangen, gibt es keine "Flüchtlinge":

- Sie kommen aus sicheren Drittländern. Es handelt sich zumeist um junge Männer, die offenbar ihre Familie im Stich gelassen haben, sofern es sich tatsächlich um Kriegsgebiete handelt, aus denen sie gekommen sind.
- Sie haben zudem nicht für nötig gehalten, als Angerhörige ihrer regulären staatlichen Armee die US-geführten Söldner aus ihrem Land hinauszuwerfen.
- Ein merkwürdiger Umstand ist, daß sie alle zwischen 10.000 und 20.000 Euro für einen Schlepper bezahlen konnten (wie wir wissen, werden die Schlepper in Wirklichkeit von der CIA bezahlt).
- Merkwürdigerweise fragen sie, wann sie ihr Haus, ihr Auto und ihren Arbeitsplatz erhalten.

Verursacher von Flucht-Katastrophen sind die Führer der NATO und der EU, die die Kriege in Jugoslawien, Afghanistan, Irak, Libyen und Syrien zu verantworten haben. Es gibt offensichtlich eine Asyl-Industrie und unzählige linke NGO`s sind Bestandteil dieser Asyl-Industrie. Ein Beispiel ist ein von Sky-News veröffentlichtes Handbuch für Migranten, "W2eu", am Strand von Lesbos gefunden.


Sky Finds 'Handbook' For EU-Bound Migrants

The "rough guide" contains maps, tips and phone numbers of organisations which might help refugees making the perilous crossing.

Video: 'Migrants' Handbook' Discovered

By Jonathan Samuels, Sky News Correspondent, Lesbos, Greece

Refugees arriving in Greece on people smugglers' boats are given a 'migrants handbook' packed with tips, maps, phone numbers and advice about getting across Europe.

Among discarded life jackets and punctured rubber dinghies, Sky News discovered a tattered copy of the unique travel guide washed up on a beach

Links: Sky News vom 17.09.2015

Unten: von der Soros-Stiftung finanziertes Handbuch zur Migrationshilfe auch mit Tips zur illegalen Einwanderung für Migranten und Terroristen gleichermaßen.

Linke Gruppen organisieren im Auftrag der angloamerikanischen Hochfinanz den Zustrom von US-gemachten Flüchtlingen und Migranten. Das Handbuch wurde offenbar in der Türkei verteilt, an Bord der Boote, auf den griechischen Inseln oder in Athen und anderen Städten von einer Reihe linker, Rothschildscher Organisationen in Arabisch, Farsi, Somalisch etc. Linke Organisationen wie "Welcome to Europe" oder "Migration Aid" werden von dem der angloamerikanischen Hochfinanz nahestehenden Milliardär George Soros finanziert. "W2eu" als Teil seines "Open-Society-Netzwerks" wird von Soros ebenfalls finanziert. Bekannt ist auch seine Finanzierungshilfe des sogenannten "arabischen Frühlings", der den Nahen Osten destabilisiert und den Aufstieg der ISIS überhaupt erst ermöglicht hat.

Die Migranten selbst sind auch nur Opfer. Einerseits wegen der US-geführten Kriege in ihren Ländern, andererseits wegen der falschen Versprechungen, mit denen sie gelockt wurden. Schließlich auch wegen der Zerstörung ihrer familiären Sozialstruktur in ihren Herkunftsländern durch ihren Weggang.

Jeder Staat auf der Welt hat Regelungen, nach denen die Erlangung der Staatsangehörigkeit möglich ist. Die Frage der Staatsangehörigkeit ist eine Frage des Rechts und der Rechtsstellung und nicht eine Frage von Hautfarbe, Rasse oder ähnlichem. Es spricht nichts dagegen, daß die in Deutschland

---

374 *Die Statis - Statistisches Bundesamt; "Bevölkerung und Erwerbstätigkeit Bevölkerung mit Migrationshintergrund"; Ergebnisse des Mikrozensus 2021 – 2021 Artikelnummer: 2010220217004*

375 *"Secret plot to let 50million African workers into EU"; The Daily Express, 11.10.2008*

lebenden Menschen mit Migrationshintergrund, die sich integriert haben und hier beheimatet sind, unter definierten Voraussetzungen Staatsangehörige in einem der Bundesstaaten des Deutschen Reiches werden können, sofern sie das überhaupt wollen.

Fazit: Die "BRD" ist offensichtlich strukturell und funktionell darauf ausgerichtet, den deutschen Völkern den maximal möglichen Schaden zuzufügen. Dieser Schaden erfolgt durch wirtschaftliche Auspressung, Entindustrialisierung sowie juristischen und biologischen Völkermord. Als Instrumente für den biologischen Völkermord kommen zum Einsatz: Steuerrecht, Familienrecht, die "BRD"- Scheidungsindustrie, Umweltgifte, "Impfungen", die Organisation einer vaterlosen Gesellschaft, die psychologische Kriegsführung mit psychischer Kastration der Männer und psychischer Sterilisation von Frauen, Zerstörung der Mann-Frau-Dynamik, Zerstörung der künftiger Erwachsenen-Sexualität unserer Kinder mittels sexueller Traumatisierung und Indoktrination von sexuellen Deviationen und Perversionen und nicht zuletzt mittels Einsatz der Migrationswaffe.
Dabei geht es offensichtlich darum, die Staatsangehörigen derart zu dezimieren und in die Minderheit zu bringen, daß sie kein politisches Gewicht mehr aufbauen können, um die Staatlichkeit beziehungsweise Rechtsstaatlichkeit wiederherzustellen. Somit ist die "BRD" offensichtlich das Auspressungs- Ausrottungs-, Vernichtungs- beziehungsweise Völkermordinstrument der Besatzer und damit der angloamerikanischen Hochfinanz gegen die deutschen Völker.

4. Nebenaspekte der Ereignisse von 1990

In den Jahren 1990-1994 sind die sowjetischen Truppen aus Mitteldeutschland abgezogen. Im Wesentlichen wurden diverse Vertragswerke und "Grundgesetz"-Änderungen geschaffen, mit denen eine Vereinheitlichung der Verhältnisse von West- und Mitteldeutschland erreicht, und die rechtliche Stellung der Deutschen Völker nach innen und außen hin geklärt werden sollte.

Hierfür relevant sind

1. der sogenannte "Einigungsvertrag von 1990"
2. der sogenannte "2+4-Vertrag von 1990" (und das hieraus resultierende Fehlen einer Friedensregelung für Deutschland)
3. der sogenannte "Überleitungsvertrag von Berlin von 1990"
4. der frühere und gegenwärtige rechtliche Status von Berlin
5. der gegenwärtige rechtliche Status von Mitteldeutschland
6. die Lügen der Präambel des "Grundgesetzes"
7. der neue Artikel 146 des "Grundgesetzes"

4.1. Der sogenannte "Einigungsvertrag" von 1990

Durch den sogenannten "Einigungsvertrag" sollten die inneren Aspekte der Vereinheitlichung der Verhältnisse im Besatzungsgebiet geregelt werden. Hierbei handelt es sich um Recht auf der Ebene der beiden Besatzerverwaltungen "DDR" und "BRD". Dies ist eine sehr niedrige Besatzungsrechts-Ebene, es handelt sich hierbei nicht um Staatsrecht.

Interessant ist unter anderem, daß der "Grundgesetz"-Artikel 23 (alte Fassung), nach welchem der Beitritt der "neuen Länder" erfolgt sein soll, bereits vor deren Beitritt aufgehoben wurde.

Artikel 23 "Grundgesetz" alte Fassung (1990 aufgehoben):

Zitat

1. ***"Dieses Grundgesetz gilt zunächst im Gebiete der Länder Baden, Bayern, Bremen, Groß-Berlin, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern.***
2. ***In anderen Teilen Deutschlands ist es nach deren Beitritt in Kraft zu setzen."***

Die Aufhebung des Art. 23 wurde im "Bundesgesetzblatt" am 28.09.1990 verkündet.[376] In Artikel 10 heißt es:

"Dieses Gesetz tritt am Tag nach seiner Verkündung in Kraft."

Folglich war der gesamte "Grundgesetz"-Artikel 23 (alte Fassung) ab dem 29.09.1990 nicht mehr existent.

---

376 *Gesetz zu dem Vertrag vom 31. August 1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands - Einigungsvertragsgesetz - und der Vereinbarung vom 18. September 1990 vom 23.09.1990 BGBl.1990 Teil II Seite 885, 890, v. 28.09.1990*

Frage: Wie können die "neuen Länder" nach dem "Grundgesetz"-Artikel 23 (alte Fassung) am 03.10.1990 beitreten, obwohl dieser Artikel bereits am 29.09.1990 aufgehoben wurde und am 03.10.1990 längst nicht mehr existierte?

Ein weiterer interessanter Aspekt ist, daß die sogenannten "neuen Länder", die dem "BRD"-Konstrukt am 03.10.1990 beigetreten sein sollen, erst zum 14.10.1990 gebildet wurden:

Verfassungsgesetz zur Bildung von Ländern in der Deutschen Demokratischen Republik
GESETZBLATT
der Deutschen Demokratischen Republik
Berlin, den 14. August 1990, Teil I Nr. 51
Verfassungsgesetz zur Bildung von Ländern in der Deutschen Demokratischen Republik - Ländereinführungsgesetz -

22. Juli 1990

Territoriale Gliederung

§ 1

1. Mit Wirkung vom 14. Oktober 1990 werden in der DDR folgende Länder gebildet:
- Mecklenburg-Vorpommern
  durch Zusammenlegung der Bezirksterritorien Neubrandenburg, Rostock und Schwerin,
  o ohne die Kreise Perleberg, Prenzlau und Templin;
- Brandenburg

Original GESETZBLATT der Deutschen Demokratischen Republik vom 14.08.1990, Teil I Nr. 51;
Datum der "Länder"-"Bildung": 14.10.1990

Frage: Wie können die "neuen Länder", bereits am 03.10.1990 zu etwas beitreten, obgleich sie erst am 14.10.1990 gebildet wurden?

Ein Service des Bundesministeriums der Justiz in Zusammenarbeit mit der juris GmbH - www.juris.de

Verfassungsgesetz zur Bildung von Ländern in der Deutschen Demokratischen Republik (Ländereinführungsgesetz)

LEinfG

Ausfertigungsdatum: 22.07.1990

Vollzitat:

"Ländereinführungsgesetz vom 22. Juli 1990 (GBl. DDR 1990 I S. 955)"

Fußnote

(+++ Textnachweis ab: 3.10.1990 +++)

Im beigetretenen Gebiet in Teilen fortgeltende Rechtsvorschrift der ehem. Deutschen Demokratischen Republik gem. Anlage II Kap. II Sachg. A Abschn. II nach Maßgabe d. Art. 9 EinigVtr v. 31.8.1990 iVm Art. 1 G v. 23.9.1990 II 885, 1150 mWv 3.10.1990.

Territoriale Gliederung

§ 1

(1) Mit Wirkung vom 3. Oktober 1990 werden in der DDR folgende Länder gebildet:
- Mecklenburg-Vorpommern
  durch Zusammenlegung der Bezirksterritorien Neubrandenburg, Rostock und Schwerin,

Beim Fälschen ertappt:
In elektronischen Medien neuerdings als Datum der Ländereinführung 03.10.1990 (http://www.gesetze-im-internet.de/bundesrecht/leinfg/gesamt.pdf – Ein Service des Bundesministeriums der Justiz in Zusammenarbeit mit der Juris-GmbH www.juris.de

Interessanterweise versuchen heutzutage die Betreiber des "BRD"-Systems diesen Pfusch zu verschleiern, indem in elektronischen Medien das "Ländereinführungsgesetz" gefälscht wird. Es empfiehlt sich deshalb grundsätzlich, immer die Quellen im Original zu sichten.

Fazit: An den Vorgängen um den "Einigungsvertrag" ist gut ersichtlich, daß die Juristen des "BRD"-Systems alles ihnen Mögliche getan haben, damit jeder, der bereit ist hinzusehen, erkennen kann, daß hier keine Einigung zweier Staaten und auch keine neue Staatsbildung stattgefunden haben kann. Juristen kennen den Begriff der "Unmöglichkeit". So sind Vereinbarungen oder Verträge nichtig, die Bestandteile oder Voraussetzungen enthalten, die unmöglich sind. Und so ist der sogenannte "Einigungsvertrag" aufgrund dieses (bewußt? fabrizierten) Pfuschs nichtig, da er gleich mehrere Unmöglichkeiten enthält!
Der korrekte juristische Begriff ist **"Juristisches Nullum"**. Ein **"Juristisches Nullum"** ist ein Tatbestand oder eine Handlung, die keine Rechtswirkung entfalten kann.

4.2. Der sogen. "2+4-Vertrag" von 1990 und das Fehlen einer Friedensregelung

Bei Krieg handelt es sich um einen rechtlichen Zustand. Kriegszustand ist eine Form des Ausnahmezustandes, ohne daß militärische oder anderweitige Kampfhandlungen ausgeführt werden müssen. Ausnahmezustand bedeutet, daß die verfassungsmäßige Ordnung außer Kraft gesetzt ist beziehungsweise nicht gelebt wird. Unter diesen Umständen kann das legitime zivile Recht des betreffenden Staates nicht weiterentwickelt werden. Damit ist mit Kriegszustand der Rechtsstand dieses Staates automatisch eingefroren.
Durch den Kriegszustand gilt das Kriegsvölkerrecht in Gestalt der Haager Landkriegsordnung und den Genfer Konventionen als höchstrangiges Recht. Hierdurch werden Handlungen legitimiert, die anderenfalls illegal wären, wie das Zerstören von Sachwerten oder das Bekämpfen oder das Töten anderer Staatsangehöriger etc.

Durch den sogenannten "2+4-Vertrag"[377] sollten die äußeren Aspekte der Vereinheitlichung der Verhältnisse im Besatzungsgebiet geregelt werden. In diesem "2+4-Vertrag" haben die vier Besatzungsmächte einen neuen völkerrechtlichen Begriff eingeführt, namentlich "vereintes Deutschland". In Artikel 1 Absatz (1) definieren sie diesen Begriff:

Zwei-plus-vier-Vertrag Artikel 1

(1) ***"Das vereinte Deutschland wird die Gebiete der Bundesrepublik Deutschland, der Deutschen Demokratischen Republik und ganz Berlins umfassen. Seine Außengrenzen werden die Grenzen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland sein ..."***

Man kann nun zwei Rechtsauffassungen vertreten:

1. Die Besatzungsmächte beschreiben mit dem Begriff "vereintes Deutschland" eine künftig zu bildende Gebietskörperschaft, die das Gebiet der früheren "BRD", der "DDR" und ganz Berlins umfassen soll.
2. Der Begriff "Deutschland" oder "vereintes Deutschland" beschreibt überhaupt kein Rechtssubjekt. Ein Stück Land ist nur eine Sache und kann kein Träger von Rechten und Pflichten sein. Eine juristisch einwandfreie Aussage wäre beispielsweise: "Die "DDR" oder die "BRD" oder "die deutschen Völker" oder "das deutsche Volk" hat die volle Souveränität". Mit der selben Logik könnte man sagen, "der Odenwald in Hessen" oder "die Mecklenburgische Seenplatte" haben volle Souveränität. Gebiete sind keine Rechtssubjekte sondern Sachen ("Objekte") und können deshalb keine Träger von Rechten und Pflichten sein.

Dem Wortlaut dieses Vertrages ist zu entnehmen, daß dieses "vereinte Deutschland" nicht souverän sein sollte. Es findet sich unter anderem ein Verbot von Herstellung, Besitz von und Verfügungsgewalt über ABC- Waffen" (Artikel 3 Abs. 1). Zudem wurden für dieses "vereinte Deutschland" Auflagen zur Obergrenze der Zahl der Truppen gemacht, maximal 370.000 Mann (Artikel 3 Abs. 2). Darüber hinaus wurden umfangreiche Auflagen bezüglich der Inhalte der "Verfassung" dieses "vereinten Deutschland" gemacht, die die "Regierungen" der "BRD" und der "DDR" sicherzustellen hätten. (Artikel 1 Abs. 4)

Es ist zu fragen: Wie können Besatzungsmächte sowie deren Angestellte in den beiden Besatzerverwaltungen "BRD" und "DDR" die "Verfassung" eines angeblich "souveränen Staates" bestimmen? Was soll das denn für ein "Staat" sein, der nicht selbst über die Verfassung, die Größe der Streitkräfte etc. bestimmt?

Die Sachverhalte sind dabei sehr simpel:

Der "2+4-Vertrag" wurde lediglich auf der Ebene des Besatzungsrechtes geschlossen, und nicht auf der Ebene des Siegerrechtes. Die vier Besatzungsmächte USA, Frankreich, Großbritannien und UdSSR (**"Vier Mächte"**) (vgl. Kapitel "3.1. "BRD" - ein Fremdherrschaftsinstrument") hatten sich in diesem "2+4-Vertrag" lediglich auf ein neues fremdbestimmtes Verwaltungskonstrukt namens "vereintes Deutschland" geeinigt. Es hätte sich bei dem "vereinten Deutschland" des "2+4-Vertrages" lediglich um eine neue Form der Besatzerverwaltung gehandelt.

Dieses "vereinte Deutschland" ist als Gebietskörperschaft mit dem in diesem Vertrag definiertem Gebiet und den entsprechenden Außengrenzen niemals handlungsfähig hergestellt worden. Wäre sie existent, würde heute in unseren "Ausweisen" und "Reisepässen" stehen, daß diese von dem "vereinten Deutschland" ausgestellt worden seien, und nicht von einer "BRD".

Weil dieses "vereinte Deutschland" des "2+4-Vertrages" niemals handlungsfähig hergestellt wurde, konnte dieser Vertrag auch von keiner der verhandelnden Seiten jemals rechtswirksam ratifiziert werden, wobei in diesem Vertrag präzise festgelegt wird, wie die Ratifikation zu erfolgen hat:

377 *Vertrag über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland vom 11.10.1990, BGBl. Jahrgang 1990 Teil II Seite 1317 ff*

Zwei-plus-Vier-Vertrag [378]
Artikel 8, Abs. 1:

"Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation ... Die Ratifikation erfolgt auf deutscher Seite durch das vereinte Deutschland."

Artikel 8, Abs. 2:

"Die Ratifikations- oder Annahmeurkunden werden bei der Regierung des vereinten Deutschland hinterlegt."

Artikel 9:

"Dieser Vertrag tritt ... am Tag der Hinterlegung der letzten Ratifikations- oder Annahmeurkunde .... in Kraft."

Da das besagte "vereinte Deutschland" des sogenannten "2+4-Vertrages" bis heute nicht handlungsfähig existiert, hat es niemanden gegeben, der rechtmäßig irgendwelche Ratifikationsurkunden hätte entgegennehmen und hinterlegen können. Deshalb können die "Vier Mächte" jederzeit reklamieren, daß der "2+4-Vertrag" von keiner verhandelnden Seite nach den Bedingungen dieses Vertrages ratifiziert worden ist. Sie können reklamieren, er sei nie in Kraft getreten.

"BRD"-Propagandafunktionäre behaupten immer wieder, durch den sogenannten "2+4-Vertrag" habe die "BRD" "volle Souveränität" erlangt. Sie beziehen sich dabei auf den Artikel 7 Absatz 1:

Zwei-plus-Vier-Vertrag
Artikel 7, Abs. 1:

"Die Französische Republik, das Vereinigte Königreich ..., die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und die Vereinigten Staaten ... beenden hiermit ihre Rechte und Verantwortlichkeiten in bezug auf Berlin und Deutschland als Ganzes. Als Ergebnis werden die entsprechenden, damit zusammenhängenden vierseitigen Vereinbarungen, Beschlüsse und Praktiken beendet und alle entsprechenden Einrichtungen der Vier Mächte aufgelöst.

Im Absatz 2 lesen wir dann:
Artikel 7, Abs. 2:

"Das vereinte Deutschland hat demgemäß volle Souveränität über seine inneren und äußeren Angelegenheiten."

Diese Aussagen stehen in krassem Widerspruch zu den oben genannten schwerwiegenden Souveränitätseinschränkungen (wie Truppenzahlbegrenzung, Verbot von ABC-Waffen oder Gewährleistung bestimmter "Verfassungs"-Inhalte etc.). Offensichtlich ist der "2+4-Vertrag" lediglich eine Täuschung beziehungsweise eine Kriegslist.

Eine Erklärung könnte sein, daß die Rechte der "Vier Mächte" tatsächlich beendet wurden, nicht aber die der "Drei Mächte" (drei westlichen Besatzungsmächte).

Das bedeutet, es sind aufgehoben:

1. Abkommen über Kontrolleinrichtungen vom 14.11.1944 mit Londoner Protokoll vom 12.09.1944 mit Änderungsabkommen vom 01.05.1945
2. Kontrollrats-Gesetze.

Demgegenüber sind nicht aufgehoben:

1. Gesetze / Weisungen der Alliierten Hohen Kommission ("AHK")
2. Militärbefehle zur Gründung der Länder 1945-1947
3. Grundgesetz für die "BRD" (mit Legitimationsschreiben v. 12.05.49)
4. Überleitungsvertrag von 1954
5. Notenwechsel von 1990
6. SMAD-Befehle (einschließlich zur Gründung der "Länder" in Mitteldeutschland)

Französische Republik - Siegermacht versus Besatzungsmacht

Um die Behauptung, der sogenannte "2+4-Vertrag" sei ein Friedensvertrag, ohne den oben geschilderten logischen Bruch aufrecht erhalten zu können, behaupten "BRD"- Funktionäre, Frankreich sei Siegermacht und nicht nur Besatzungsmacht, was leicht als Lüge zu entlarven ist.
Die drei Siegermächte haben ohne Frankreich mehrere Siegermächtekonferenzen durchgeführt:

wichtigste Sieger- Konferenzen der Alliierten seit Beginn des "Zweiten Weltkriegs"

- Erste Konferenz von Moskau; Moskau; 29. September bis 1. Oktober 1941; Stalin, US-Gesandter Harriman, UK-Gesandter Beaverbrook; Moskauer Protokoll vom 2. Oktober 1941
- Zweite Konferenz von Moskau; Moskau; 12. bis 17. August 1942; Churchill, Stalin, Harriman

378 *Vertrag über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland vom 11.10.1990, BGBl. 1990 II Seite 1317 ff*

- Casablanca-Konferenz; Casablanca; 14. bis 24. Januar 1943; Churchill, Roosevelt, Combined Chiefs of Staff (CCS); Aufstellung der Forderung nach bedingungsloser Kapitulation der Achsenmächte; Beschluß zur Einleitung der Combined Bomber Offensive
- Dritte Konferenz von Moskau; Moskau; 19. Oktober bis 1. November 1943; Außenminister Hull, Eden und Molotow; Moskauer Deklaration, Einsetzung der European Advisory Commission (EAC) mit Sitz in London zur Erarbeitung der Kapitulations- und Besatzungsmodalitäten für Deutschland
- Erste Kairo-Konferenz; Kairo; 22. bis 26. November 1943; Churchill, Roosevelt, Chiang Kai-shek; Kairoer Erklärung
- **Teheran-Konferenz; Teheran; 28. November bis 1. Dezember 1943; Churchill, Roosevelt, Stalin;** Sowjetisch-polnische Grenze auf Curzon-Linie festgelegt
- Konferenz von Bretton Woods; Bretton Woods; 1. bis 22. Juli 1944; Vertreter von 44 Staaten; Bretton-Woods-System, Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, Internationaler Währungsfonds
- Konferenz von Dumbarton Oaks; Dumbarton Oaks; 21. August bis 7. Oktober 1944; Vertreter der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs, der Sowjetunion und der Republik China; Erster Entwurf für die "Charta der Vereinten Nationen"
- Zweite Québec-Konferenz; Québec; 12. bis 16. September 1944; Churchill, Roosevelt, William Lyon Mackenzie King, CCS; Alliierte Besatzungszonen im besiegten Deutschland festgelegt, **Morgenthau-Plan**
- Vierte Konferenz von Moskau; Moskau; 9. bis 20. Oktober 1944; Churchill, Stalin, Eden, Molotow, US-Botschafter Harriman; Zukunft Polens und der Länder Ostmittel- und Südosteuropas
- **Konferenz von Jalta; Jalta; 4. bis 11. Februar 1945; Churchill, Roosevelt, Stalin;** Aufteilung Deutschlands, die Machtverteilung in Europa nach dem Ende des Krieges und der Krieg gegen das Japanische Kaiserreich
- **Potsdamer Konferenz; Potsdam; 17. Juli bis 2. August 1945; Churchill (ab 28. Juli Attlee), Truman, Stalin, Eden (ab 28. Juli Bevin), Byrnes, Molotow; Berliner Erklärung, Potsdamer Abkommen**

Die "Provisorische Regierung der Französischen Republik" ist am 01.05.1945 lediglich dem ***"Abkommen über Kontrolleinrichtungen in Deutschland vom 14.11.1944"*** nachträglich beigetreten.[379]
In diesem Abkommen haben die drei Siegermächte die **Modalitäten der Besatzung** Deutschlands in Grundzügen festgelegt: [380]

- Ausübung der obersten Regierungsgewalt durch die Oberbefehlshaber der Streitkräfte der Besatzungsmächte (Art. 1)
- Bildung des Kontrollrats für Deutschland durch die Oberbefehlshaber der Streitkräfte der Besatzungsmächte und Festlegung seiner Aufgaben und Befugnisse (Art. 3)
- Bildung eines Koordinierungsausschusses (Art. 4)
- Festlegung der Aufgaben und Befugnisse des Koordinierungsausschusses (Art. 5)
- Bildung einer Interalliierten Regierungsbehörde (Komendatura) für die gemeinsame Verwaltung von Groß-Berlin (Art. 7)
- Einrichtung von Militärmissionen zur Verbindung zwischen Kontrollrat und anderen Mitgliedern der "Vereinten Nationen" (Art. 8)

Die drei Siegermächte haben zahlreiche Sieger-Konferenzen in exklusiver Dreier-Runde abgehalten und die dazugehörigen Abkommen getroffen. Das ***"Londoner Abkommen über Kontrolleinrichtungen in Deutschland vom 14.11.1944 der European Advisory Commission mit den "Zonenprotokollen"*** wird überhaupt erst gar nicht zu den "Siegerkonferenzen" oder zur "Siegerrechtssetzung" in offiziellen Auflistungen gezählt.

Die "Provisorische Regierung der Französischen Republik" wurde am 03.06.1944 gegründet und hätte an den Konferenzen von Jalta vom 04.-11.02.1945 und Potsdam vom 17.07.-02.08.1945 teilnehmen können. Alternativ hätte sie später den Abkommen nachträglich beitreten können. Die Siegermächte "Dreimächte" haben dies jedoch offensichtlich nicht gewollt - also ist dies auch nicht geschehen.

Fazit: Die Französische Republik ist am 01.05.1945 ausschließlich dem ***"Abkommen über Kontrolleinrichtungen in Deutschland vom 14.11.1944"*** nachträglich beigetreten, in dem es lediglich um die Besatzungsmodalitäten in Deutschland ging. Folgerichtig ist sie später an der Änderung der Besatzungsmodalitäten durch den sogenannten "2+4-Vertrag" abermals beteiligt worden.
Die Französische Republik ist niemals an einer Siegerkonferenz, insbesondere nicht an den wichtigsten Teheran (1943), Jalta (1945) oder Potsdam (1945) beteiligt worden oder den betreffenden Abkommen nachträglich beigetreten. Die Französische Republik ist nachweislich eine Besatzungsmacht und keine Siegermacht, womit ihr nicht zusteht, eine Friedensregelung zum "Zweiten Weltkrieg" auszuhandeln.

---

379 *Documents on Germany 1944-1959, Washington 1959 (Dept. of State Publ. 6757), S. 10-12; zitiert in Potsdamer Abkommen - Dokumente zur Deutschlandfrage; Staatsverlag der Deutschen demokratischen Republik 2. Auflage 1987; S. 34 ff.*

380 *Potsdamer Abkommen - Dokumente zur Deutschlandfrage; Staatsverlag der Deutschen demokratischen Republik 2. Auflage 1987; S. 29 ff.*

Das Fehlen einer Friedensregelung zum "Zweiten Weltkrieg"

In der "BRD"-Propaganda wird immer wieder behauptet, bei dem sogenannten "2+4-Vertrag" handele es sich um einen Friedensvertrag. Dies ist Unsinn und Lüge. Ein Friedensvertrag wird zwischen Siegern und Besiegten geschlossen.Unterlegene Kriegspartei war das sogenannte "Dritte Reich" beziehungsweise "Großdeutsche Reich" Die Siegermächte des Zweiten Weltkrieges sind:

1. USA (als Hauptsiegermacht)
2. Großbritannien
3. UdSSR (Rechtsnachfolger: Russische Föderation).

Frankreich war niemals Siegermacht. Deshalb hätte Frankreich einen Friedensvertrag niemals aushandeln und unterzeichnen können. Der sogenannte "2+4-Vertrag" ist lediglich auf der Ebene des Besatzungsrechtes ("Vier Mächte") und nicht auf der Ebene des Siegerrechts ("Dreimächte") geschlossen wurde. Folglich hätte es sich bei einem Friedensvertrag um einen "2+3-Vertrag" handeln müssen! Allerdings sind die beiden Besatzerverwaltungen "BRD" und "DDR" zu keiner Zeit rechtssubjektidentisch mit dem "Dritten Reich" gewesen, sie sind beide erst 1949 gegründet worden und haben am ersten oder zweiten Weltkrieg nicht teilgenommen, waren also gar keine Kriegspartei.
Ein Friedensvertrag kann nur zwischen den drei Siegermächten einerseits, und dem sogenannten "Dritten Reich" andererseits geschlossen werden, das heißt mit legitimen Vertretern des sogenannten "Dritten Reiches". Ein Friedensvertrag zum "Zweiten Weltkrieg" müßte deshalb ein "3+1-Vertrag" sein, den es bis heute nicht gibt!

1370 *17. Juli 1990: Anlage 2 Protokoll des französischen Vorsitzenden*

2. Der Wortlaut des 2. Prinzips hinsichtlich der Frage der deutschen Grenzen wird wie folgt geändert: Die Worte „die bestehende Westgrenze Polens" werden durch die Worte „die zwischen ihnen bestehende Grenze" ersetzt.
3. Der Außenminister der Bundesrepublik Deutschland, Hans-Dietrich Genscher, erklärt, daß „der Vertrag über die deutsch-polnische Grenze innerhalb der kürzestmöglichen Frist nach der Vereinigung und der Wiederherstellung der Souveränität Deutschlands unterzeichnet und dem gesamtdeutschen Parlament zwecks Ratifizierung unterbreitet werden wird.[11]
   Der Außenminister der Deutschen Demokratischen Republik, Markus Meckel, hat darauf hingewiesen, daß sein Land dieser Erklärung zustimmt.
4. Die vier Siegermächte erklären, daß die Grenzen des vereinigten Deutschland einen endgültigen Charakter haben, der weder durch ein äußeres Ereignis noch durch äußere Umstände in Frage gestellt werden kann.
   Der Außenminister Polens, Krzysztof Skubiszewski, weist darauf hin, daß nach Ansicht der polnischen Regierung diese Erklärung keine Grenzgarantie durch die vier Mächte darstellt.
   Der Außenminister der Bundesrepublik Deutschland, Hans-Dietrich Genscher, weist darauf hin, daß er zur Kenntnis genommen hat, daß diese Erklärung für die polnische Regierung keine Grenzgarantie darstellt. Die BRD stimmt der Erklärung der vier Mächte zu und unterstreicht, daß die in dieser Erklärung erwähnten Ereignisse oder Umstände nicht eintreten werden, d.h., daß ein Friedensvertrag oder eine Friedensregelung nicht beabsichtigt sind. Die DDR stimmt der von der BRD abgegebenen Erklärung zu.

Erklärungen zu Protokoll

BM zu deutsch-polnischem Grenzvertrag:

- „Der deutsch-polnische Grenzvertrag wird innerhalb kürzestmöglicher Zeit nach der Vereinigung und der Herstellung der Souveränität des vereinten Deutschland unterzeichnet und dem gesamtdeutschen Parlament zugeleitet."
- „Innerhalb kürzester Zeit bezieht sich sowohl auf die Unterzeichnung als auch auf die Zuleitung zur Ratifikation."

- BM zu Erklärung der Vier:
  „Die Vier Mächte erklären, daß der endgültige Charakter der Grenzen Deutschlands durch keine ⟨äußeren⟩[12] Umstände oder Ereignisse in Frage gestellt werden kann."

- BM:
- Die Bundesregierung nimmt zur Kenntnis, daß die polnische Regierung in der Erklärung der Vier Mächte keine Grenzgarantie sieht.
- Die Bundesregierung schließt sich der Erklärung der Vier Mächte an und stellt dazu fest, daß die in der Erklärung der Vier Mächte erwähnten Ereignisse und Umstände nicht eintreten werden, nämlich daß ein Friedensvertrag oder eine friedensvertragliche Regelung nicht beabsichtigt sind.

Ein ganz verräterisches Schriftstück!:
Protokoll des französischen Vorsitzenden zu den Verhandlungen über den "2+4-Vertrag" am 17.07.1990. Klar zum Ausdruck kommt, daß von den Vertretern der beiden Besatzerverwaltungen Genscher ("BRD") und Meckel ("DDR") eine Friedensregelung niemals gewünscht beziehungsweise niemals beabsichtigt war! [381]

381 *"Drittes Treffen der Außenminister der Zwei plus Vier am 17.07.1990", Protokoll des französischen Vorsitzenden Nr. 354 B, Anlage 2. Deutsche Einheit. Oldenbourg Verlag Seite 1369 ff.*

Die Machthaber des "BRD"-Systems sind sich durchaus bewußt, daß eine Friedensregelung bis heute nicht besteht und von den Siegermächten nie gewollt war: Während der Verhandlungen zum "2+4-Vertrag" im Rahmen der Außenministerkonferenz am 17.07.1990 in Paris hat der anwesende polnische Außenminister Skubiszewski protestiert und geltend gemacht, daß hiermit keine Friedensregelung realisiert werde und demzufolge eine Grenz- und Gebietsgarantie für die Republik Polen nicht gewährleistet sei. Hierzu die diesbezügliche Stellungnahme der Vertreter der "BRD" und der "DDR" im Protokoll des französischen Vorsitzenden:

"Die BRD ... unterstreicht, ...daß ein Friedensvertrag oder eine Friedensregelung nicht beabsichtigt sind. Die DDR stimmt der von der BRD abgegebenen Erklärung zu."

__Fazit:__ Der sogenannte "2+4-Vertrag" ist ausschließlich auf der Ebene des Besatzungsrechts geschlossen worden (Ebene der "Vier Mächte"), und nicht auf der Ebene des Siegerrechts (Ebene der "Dreimächte"). Die vier Besatzungsmächte haben mit dem "2+4-Vertrag" lediglich die Modalitäten der Besatzung geändert. Sie haben sich in diesem Vertrag auf die Herstellung einer neuen fremdbestimmten Besatzerverwaltung namens "vereintes Deutschland" geeinigt, welches jedoch nie handlungsfähig hergestellt wurde. Deshalb konnte dieser "Vertrag" auch nicht ratifiziert werden. Die Besatzungsmächte können somit jederzeit reklamieren, daß dieser Vertrag nie in Kraft getreten sei.

Aufgrund

- der extremen Widersprüchlichkeit hinsichtlich der Souveränität dieser Körperschaft
- des Fehlens der Definition eines Rechtssubjekts mit Unbestimmtheit des Begriffes "vereintes Deutschland"
- des Unterlassens der Herstellung dieses "vereinten Deutschland" und des damit verbundenen Ausbleibens der Ratifikationen

muß dieser "Vertrag" wohl insgesamt als nichtig beziehungsweise als "juristisches Nullum" angesehen werden. Der sogenannte "2+4-Vertrag" ist offensichtlich eine Täuschung beziehungsweise eine Kriegslist und ist wohl als eine Verhöhnung der deutschen Völker anzusehen. Im Ergebnis der Vorgänge von 1990 besteht bis zum heutigen Tage keine Friedensregelung zum "Zweiten Weltkrieg" zwischen den Alliierten und dem "Dritten Reich" (und auch nicht dem Deutschen Reich). Somit ist völkerrechtlich der Kriegszustand als eine Form des Ausnahmezustandes nie beendet worden.
Die Tatsache, daß von "BRD"-Funktionären gebetsmühlenartig vorgelogen wird, der "2+4-Vertrag" sei ein Friedensvertrag, ist ein sehr anschauliches Beispiel dafür, wie die Menschen im "BRD"-System gezielt manipuliert und verdummt werden.

4.3. Der sogenannte "Überleitungsvertrag von Berlin" von 1990

Der sogenannte "Überleitungsvertrag von Berlin" ist eine besondere juristische Delikatesse, weshalb es sehr verwundert, daß dieses Übereinkommen nicht nur der Öffentlichkeit, sondern selbst angehenden Juristen an den "BRD"-angeschlossenen Universitäten, verschwiegen wird.
In Artikel 2 heißt es dort:

"Alle Rechte und Verpflichtungen, die durch gesetzgeberische, gerichtliche oder Verwaltungsmaßnahmen der alliierten Behörden __in oder__ in Bezug auf Berlin .... begründet oder festgestellt worden sind, sind und bleiben in jeder Hinsicht nach deutschem Recht in Kraft, ohne Rücksicht darauf, ob sie in Übereinstimmung mit anderen Rechtsvorschriften begründet oder festgestellt worden sind." [382]

Die Formulierung *"__in oder__ in Bezug auf Berlin"* ist dabei von besonderer Bedeutung.
Da __alle__ besatzungsrechtlichen Verfügungen sämtlich in Berlin getroffen und verkündet worden sind, bleiben damit auch alle, nicht nur Berlin, sondern auch das übrige Deutschland betreffenden Rechte der Besatzungsmächte in Kraft.
Dies war ja schließlich der Sinn der Aufteilung der Reichshauptstadt Berlin unter den Besatzungsmächten, um von der Reichshauptstadt aus gemeinsam die oberste Regierungsgewalt über das gesamte Reichsgebiet ausüben zu können.

4.4. Der frühere und gegenwärtige rechtliche Status von Berlin

Die westlichen Alliierten haben immer deutlich gemacht, daß Berlin kein Bestandteil der "BRD" ist und von ihr nicht regiert werden darf, sondern einen Sonderstatus behält (siehe auch Unterkapitel "3.2.5. "BRD" ohne Hauptstadt").

---

382 *Übereinkommen zur Regelung bestimmter Fragen in bezug auf Berlin vom 02.10.1990 (BGBl. 1990 Teil II Seite 1274 ff*

Rechtliche Grundlagen hierfür sind:

- das Londoner Protokoll über die Besatzungszonen in Deutschland und die Verwaltung von Groß-Berlin vom 12.09.1944
- das Londoner Abkommen über Kontrolleinrichtungen in Deutschland vom 14.11.1944, Artikel 3
- das "Genehmigungsschreiben" zum "Grundgesetz" vom 12.05.1949, Punkt 3,
- das Genehmigungsschreiben für die Verfassung von Berlin vom 29.08.1950, Punkt 2b
- das Schreiben der Alliierten Kommandantur Berlin an den Regierenden Bürgermeister von Berlin vom 08.10.1951, Punkt 1(a) und (e) sowie Punkt 2
- das Viermächte-Abkommen über Berlin am 03.09.1971, Art. II B
- die Bekanntmachung des Schreibens der Drei Mächte vom 08.06.1990
- das Fehlen Berlins als Beitrittsland im "Einigungsvertrag" von 1990.

Am 01.09.2006 wurde ins "Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland" Art. 22 Abs. 1 Satz 1 aufgenommen: "Die Hauptstadt der Bundesrepublik Deutschland ist Berlin." Die Hauptstadtfrage erst am 01.09.2006 zu regeln, erscheint merkwürdig spät. Zudem widerspricht sie den oben genannten Verfügungen der Besatzungsmächte. Entscheidend ist, daß das "Grundgesetz" gegenüber den beschriebenen Verfügungen der drei westlichen Besatzungsmächte niederrangig ist. Und auf der ganzen Welt gilt: "Höherrangiges Recht bricht niederrangiges Recht". Somit ist dieser Eintrag ins "GG" völlig bedeutungslos.

Fazit: Bis heute gibt es keine verbindliche rechtliche Regelung die beinhaltet, daß Berlin Bestandteil der "BRD" oder deren Hauptstadt ist.
Für die in Berlin lebenden Menschen bedeutet dies, daß die Ausübung von Hoheitsgewalt durch Stellen der "BRD" auch unter diesem Aspekt in Berlin ohne jede Legitimation ist!

4.5. Der gegenwärtige rechtliche Status von Mitteldeutschland

Im Jahre 1990 wurde Art. 23 GG 1990, in dem der territoriale Geltungsbereich des "GG" definiert war, in Gänze aufgehoben. Die Gesetzesverfügungen der drei westlichen Besatzungsmächte in den Jahren 2006 bis 2010 ("Bereinigungsgesetze") beinhalteten ebenfalls die Beseitigung sämtlicher Gebietsbezüge. Auf diese Weise wurde der gebietskörperschaftliche Charakter der "BRD" beseitigt. Die "BRD" ist heute nur noch ein Handelsrechtskonstrukt beziehungsweise eine Firma und ohne Hoheitsgebiet.
Dies war notwendig geworden, weil sonst das gebietskörperschaftliche Recht der "BRD" (Gesetze / Weisungen der Alliierten Hohen Kommission ("AHK"), Grundgesetz für die "BRD" (mit Legitimationsschreiben v. 12.05.49), Überleitungsvertrag von 1954, Notenwechsel von 1990) mit dem gebietskörperschaftlichen Recht der sowjetischen Besatzungszone (SMAD-Befehle) kollidiert wäre.
Wegen des Fehlens einer Friedensregelung ist für das Gebiet Mitteldeutschlands (abzüglich der drei westlichen Sektoren von Berlin) nach wie vor die Besatzungsmacht Russische Föderation (als Rechtnachfolger der UdSSR) Hoheitsmacht und für alle Geschehnisse in diesem Gebiet endverantwortlich. Dies gilt, auch wenn dieses Recht derzeit von der Russischen Föderation nicht wahrgenommen wird.

Die Russische Föderation ist Rechtsnachfolger der UdSSR und damit eine Siegermacht des "Zweiten Weltkrieges". Die "BRD" ist Rechtsnachfolger des "Dritten Reiches". Damit ist die "BRD" an die Vereinbarungen zur bedingungslosen Kapitulation vom 09.05.1945 gegenüber den Siegermächten und somit gegenüber der Russischen Föderation gebunden. Mit der Lieferung von Kriegswaffen an die Ukraine wurde die "BRD" zur Kriegspartei. Hiermit wurden von den Machthabern des "BRD"-Systems die Vereinbarungen zur bedingungslosen Kapitulation, das heißt die Waffenstillstandsvereinbarung vom 09.05.1945 gebrochen.
Die Russische Föderation hat gemäß dem nach wie vor gültigen Siegerrecht des zweiten Weltkrieges (insbesondere die Konferenzen von Teheran 1943, Jalta 1945 und Potsdam 1945) jederzeit das Recht. die Herausgabe / Übergabe ihrer Besatzungszone (Mitteldeutschland) und ihres Besatzungssektors von Berlin zu verlangen und gegebenenfalls unter Aufnahme von Kriegshandlungen durchzusetzen. Die Russische Föderation hat entgegen dem allgemeinen Gewaltverbot innerhalb der "UN" aufgrund der nach wie vor geltenden Feindstaatenklausel jederzeit das Recht. auch ohne Zustimmung des "Sicherheitsrates" militärische Gewalt gegen das "BRD"-System anzuwenden.
Daß das "BRD"-System Teil der "NATO" ist, spielt dabei keine Rolle. Schließlich ist das Recht der "UN" dem Recht der NATO gegenüber höherrangig. Mit der Lieferung von Kriegswaffen an die Ukraine haben die Machthaber im "BRD"-System alle Menschen in Deutschland in unmittelbare Kriegsgefahr gebracht.
Unabhängig hiervon hat die Russische Föderation das Recht, eine militärische Gerichtsbarkeit gegen die verbrecherischen Machthaber des "BRD"-Systems und ihre Handlanger einzurichten und diese

Verbrecher abzuurteilen. Dabei haben die Akteure des "BRD"-Systems ihre kriminellen Handlungen auch noch zu allem Überfluß im sowjetischen Sektor von Berlin begangen ("Auswärtiges Amt"; D-U-N-S® Nummer: 34-489-1643; Firmeninformation: Werderscher Markt 1 in 10117 Berlin). Folgerichtig ist entsprechend dem "Tatortprinzip" von Gebietskörperschaften die volle Zuständigkeit der Militärgerichtsbarkeit der Russischen Föderation unstrittig. Die Militärgerichte der Russischen Föderation müssen diese Fälle nicht in Deutschland verhandeln, es genügt, wenn die Verbrecher des "BRD"-Systems gegebenenfalls unter Einsatz von extern-strukturierenden Maßnahmen in die Russische Föderation "verreisen"...
Da das "Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland" niederrangiges Besatzungsrecht ist. sind die darin formulierten Rechte nur Makulatur. Dementsprechend können die Verbrechen der Machthaber des "BRD"-Systems auch mit der Todesstrafe geahndet werden.

4.6. Die Lügen der Präambel des "Grundgesetzes"

Im Jahre 1990 wurde eine umfassende Änderung der Präambel des "Grundgesetzes" verfügt. Beim Lesen dieser Präambel muß sich der interessierte Leser die Frage stellen, weshalb man sich für die Änderung derselben derart viel Mühe gegeben hat, da ja in einer Präambel nichts rechtsverbindlich geregelt werden kann. Es drängt sich der Verdacht auf, daß hierbei die Öffentlichkeit belogen und betrogen werden sollte.

Und genau dies ist es, worum sich der ganze Inhalt der "Präambel" dreht, nämlich um die Frage:

Wie viele Lügen kann man in drei Sätzen unterbringen?

Präambel "Grundgesetz":

"Im Bewußtsein seiner Verantwortung ... hat sich das Deutsche Volk kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz gegeben.

Die Deutschen in den Ländern Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen haben in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands vollendet.

Damit gilt dieses Grundgesetz für das gesamte Deutsche Volk".

Lüge Nr. 1

"... hat sich das Deutsche Volk .... dieses Grundgesetz gegeben".

Das "Deutsche Volk" (gemäß nationalsozialistischer Definition von 1934) hat sich nichts dergleichen gegeben! Es hat nie eine Abstimmung, weder eine Volksabstimmung, noch eine Abstimmung von legitimen Delegierten oder Repräsentanten zu diesem "Grundgesetz" gegeben. Wie sollte sich auch ein Volk ein Gesetzeswerk selbst geben, welches auf der Basis des Artikels 43 der Haager Landkriegsordnung, von den Besatzungsmächten zur Organisation eines Besatzungsgebietes verfügt wurde?

Lüge Nr. 2

"... kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt ...".

Über das "Grundgesetz" hat keine "verfassungsgebende Gewalt" entschieden. Es hat kein Organ über eine Verfassung abstimmen können, weder eine Nationalversammlung, noch eine Volksabstimmung.

Lüge Nr. 3

"Die Deutschen ... haben in freier Selbstbestimmung ...".

Wie jedermann weiß, haben die Deutschen in politischen Dingen seit 1918 gar nichts mehr entschieden! Insbesondere nichts in freier Selbstbestimmung!

Lüge Nr. 4

"Die Deutschen ... haben ... die Einheit ... Deutschlands vollendet...".

Wie vorliegend nachgewiesen, ist eine staatliche Einheit "Deutschlands" bis heute nicht hergestellt worden, zudem bestehen überhaupt keine staatlichen Verhältnisse. Die "BRD" ist schließlich kein deutscher Staat, sie ist lediglich eine Besatzerverwaltung.

Lüge Nr. 5

"Die Deutschen ... haben ... die ... Freiheit ... Deutschlands vollendet...".

Völkerrechtlich korrekt bedeutet dieser Satz, daß das Gebiet des Deutschen Reiches in den Grenzen vom 31.12.1937 frei ist, also auch frei von Besatzungsrecht. Interessant oder?

<u>Fazit:</u> Die neue Präambel des "Grundgesetzes" ist ein Konglomerat von zahlreichen Lügen. Wer mit dieser Präambel für irgend etwas rechtlich argumentiert, disqualifiziert sich damit automatisch selbst!

4.7. Der neue Artikel 146 des "Grundgesetzes"

Im Verlaufe der Ereignisse von 1990 wurde auch der Artikel 146 einer Änderung unterzogen. In diesem war seit 1949 die Möglichkeit einer Installierung eines neuen Grundregelwerkes unter der Bezeichnung "Verfassung" vorgesehen.

<u>"GG" Artikel 146:</u>

Der frühere Wortlaut bis 1990 lautete:

"Dieses Grundgesetz verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist."

Dieser Artikel wurde jedoch im Jahre 1990 geändert. Hier nun der <u>aktuelle</u> Wortlaut (mit Kennzeichnung der Satzeinschiebung):

"Dieses Grundgesetz, <u>das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt</u>, verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist."

Was soll uns diese Änderung des Art. 146 des "Grundgesetzes" sagen?

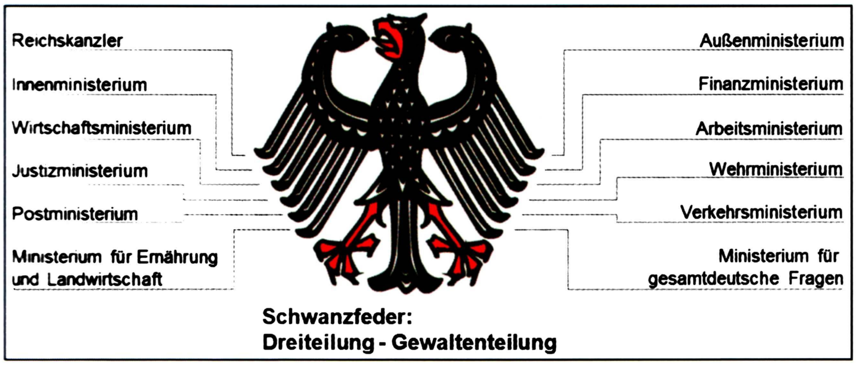
Unzweifelhaft kann dem Artikel 146 "GG" entnommen werden, daß das "Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland" seine Gültigkeit verliert, sobald eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem Deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.
Die "Verfassung der "DDR" von 1949" wurde vom gesamten Deutschen Volk (nach nationalsozialistischer Definition) in freier Selbstbestimmung beschlossen. Das Grundgesetz hat somit <u>nach seinen eigenen Regeln</u> bereits spätestens am 07.10.1949 seine Gültigkeit verloren.

<u>Fazit:</u> Der Artikel 146 ist wie der Rest des "Grundgesetzes" eine Mischung aus Besatzungsrecht und Nazirecht. Wegen des Nazi-Rechts-Anteils wäre eine Abstimmung nach Art 146 "Grundgesetz " ungültig, bevor sie überhaupt begonnen hätte. An den besatzungsrechtlichen Außenbeziehungen würde sich hierdurch ebenfalls nichts ändern.
Die Erstellung eines neuen Grundregelwerkes für das "BRD"-System entsprechend Art 146 "GG ", mit eventuell neuer Namensgebung für das "BRD"-System wäre die Weiterführung des Gefängnisses unter neuem Anstrich.

5. Weitere Kuriositäten

5.1. Das Fehlen von Hoheitszeichen im "BRD"-System

Auf der Vorderseite von Reisepässen und internationalen Urkunden von Staaten muß ein einheitliches Hoheitszeichen vorhanden sein. Man stelle sich beispielsweise einmal vor, daß das Ahornblatt der kanadischen Staatsflagge mal durch ein Kastanienblatt oder mal wieder durch ein Eichenblatt ersetzt werden würde. Niemand würde diesen Staat – noch ernst nehmen. Im "BRD"-System wird eine Vielzahl von Adlern verwendet, deren Ausgestaltung offenbar mehr der künstlerischen Freiheit unterliegt, als irgendwelchen hoheitlichen Regelungen.



Adler der "Weimarer Republik" mit zwölf Federn mit Bedeutungserklärung der Symbolanteile.

Für die Vorderseite des Reisepasses der "BRD" wird der Adler der "Weimarer Republik" verwendet. Die "BRD" muß diesen Adler verwenden, da sie kein eigenes Staatssymbol hat, da sie schließlich kein Staat ist. Man beachte: Es handelt sich nicht um einen "Bundes"-Adler. Die Gestaltung dieses Adlers hat seine Bedeutung: Die zwölf Federn stehen symbolisch für die zwölf Ministerien, die dreigeteilte Schwanzfeder für die Gewaltenteilung in Legislative, Exekutive und Judikative.

Die im "BRD"-System **am häufigsten** verwendeten Täuschungen:

Adler der "Weimarer Republik" mit 12 Federn

häufigste Täuschung "BRD"-Firmenlogo mit 10 Federn

zweithäufigste Täuschung "BRD"-Firmenlogo mit 14 Federn

Reisepaß Außenseite Adler der "Weimarer Republik" 12 Federn

Firmenlogo "Auswärtiges Amt" 10 Federn

"Bundes"-siegel 14 Federn

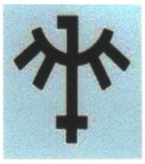
Reisepaß Innenseite 14 Federn

"Weimarer Republik" "Reichswappen" auch von "BRD"- Stellen verwendet

Logo der Firma "Bundespräsident"

Logo der Firma "Bundestag"

Logo der Firma "Bundeswehr"



"Personal"-Ausweis (alt)

Weitere Varianten:

Rückseiten von "BRD"-Münzen - kein staatliches Geld und damit kein Staatssymbol

Im Gegensatz dazu Staatliche Münzen:

Vorder- und Rückseite von Münzen mit staatlicher Legitimation: Rückseite immer mit Hoheitszeichen Beispiel hier: Deutsches Reich!

Fazit: Da die "BRD" kein Staat ist, hat sie auch kein eigenes Hoheitszeichen. Die "BRD" verwendet auf der Vorderseite von Reisepässen und auf international verwendbaren Urkunden das Zeichen der "Weimarer Republik". Die "Weimarer Republik" ist ein bekanntermaßen völlig anderes Rechtssubjekt als die "BRD". **Einen "Bundesadler" gibt es nicht!**

5.2. Ungültigkeit von "BRD"-Pässen und "Personalausweisen"

Sämtliche Reisepässe der Firma "BRD" sind selbst nach "BRD"-Firmenrecht ungültig. Dies ergibt sich aus dem "BRD"- Paßgesetz §4 Abs (1) Punkt 1, wonach der Familienname angegeben sein muß. Die Kategorie >>Familienname<< findet sich jedoch in einem "BRD"-Reisepaß nicht.
Des Weiteren findet sich ein Falscheintrag unter der Rubrik >>Staatsangehörigkeit<<. Gemäß dem "BRD"- Paßgesetz §4 Abs (1) Punkt 10 muß eine Staatsagenhörigkeit verbindlich benannt sein. In den Reisepässen der "BRD" wird die Staatsangehörigkeit mit "DEUTSCH" angegeben. Dies ist absolut unzulässig, da ein Staat namens "DEUTSCH" nicht existiert.

Paßgesetz §11 Satz (2): [383]

"Ein Paß ... ist ungültig, wenn...

...Eintragungen nach diesem Gesetz fehlen oder ... ungültig sind."

Gleiches gilt analog für den "Bundespersonalausweis". Schließlich wird auch in den "Bundespersonalausweisen" unter der Rubrik >>Staatsangehörigkeit<< keine Staatsangehörigkeit angegeben. Zudem wird der Familienname nicht angegeben, da die Kategorie >>Familienname<< in "Bundespersonalausweisen" erst gar nicht existiert.
Dies ist jedoch im §5 Satz (2) "Personalausweisgesetz" vorgeschrieben, und zwar unter Punkt 1 für den Familiennamen und unter Punkt 10 für die Staatsangehörigkeit.

Daß der "Bundespersonalausweis" ungültig ist, kann man dem Personalausweisgesetz entnehmen:

§28 "Personalausweisgesetz"[384]

(1) ***"Ein Ausweis ist ungültig, wenn ...***
  2. ***Eintragungen nach diesem Gesetz fehlen oder ... unzutreffend sind,..."***

Nach §27 "Personalausweisgesetz" Satz 1 Punkt 1 ist der Ausweisinhaber verpflichtet, der Personalausweisbehörde unverzüglich

"... den Ausweis vorzulegen, wenn eine Eintragung unrichtig ist."

Dabei ist die zuständige "BRD"-"Behörde" verpflichtet, den ungültigen "Personalausweis" entgegenzunehmen und die Entgegennahme zu quittieren. Dies ergibt sich aus §29 Satz (3) "Personalausweisgesetz":

"Eine Sicherstellung oder Einziehung ist schriftlich zu bestätigen."

Darüber hinaus ist ein "Bundespersonalausweis" auch nach den Regeln des "BRD"-Systems aus einem weiteren Grunde ungültig. Dies ergibt sich aus §1 "Personalausweisgesetz". In ihm wird die "Ausweispflicht" geregelt:

(1) ***"Deutsche im Sinne des Artikels 116 Abs. 1 des Grundgesetzes sind verpflichtet, einen Ausweis zu besitzen, sobald sie 16 Jahre alt sind ..."***

Dieser Passus ist in Verbindung mit §2 anzuwenden:

(1) ***"Ausweise im Sinne dieses Gesetzes sind der Personalausweis und der vorläufige Personalausweis."***

Im Artikel 116 Abs. 1 des "Grundgesetzes" findet sich die Aussage, daß man Deutscher im Sinne des "Grundgesetzes" sei, wenn man die "deutsche Staatsangehörigkeit" besitzt. Dies ist eine Anwendung nationalsozialistischer Rechtssetzung (Verordnung vom 05.02.1934). Damit ist jemand, der sich mit einem Personalausweis ausweist, bekennender Nationalsozialist. Die Anwendung nationalsozialistischer Rechtssetzung ist jedoch auch nach den Regeln des "BRD"-Systems verboten. Dies ergibt sich aus SHAEF-Gesetz Nr. 1 und Kontrollratsgesetz Nr. 1 in Verbindung mit Art. 139 des "Grundgesetzes". Somit ist ein "BRD"-Personalausweis auch unter diesem Aspekt auch nach den Regeln des "BRD"-Systems ungültig.

Wie bereits ausgeführt, verwendet die "BRD" auf internationalen Urkunden und auf der Außenseite von Reisepässen den Adler der "Weimarer Republik". Auf der Innenseite der "BRD"-Pässe für Erwachsene wird dann jedoch ein Adler verwendet, der dem Zeichen der "Weimarer Republik" sehr ähnlich sieht, er hat jedoch im Gegensatz zu diesem 14 Federn (und nicht 12). Hierbei handelt es sich um eine Täuschung, da man den Unterschied nicht leicht erkennen kann.

Gemäß der "BRD"-Reisepaßgestaltung ist jeder Erwachsene nach außen hin Angehöriger der "Weimarer Republik" und im Inneren findet sich ein Firmenlogo der "BRD". Der Paßinhaber ist offensichtlich eine Geschäftsbeziehung mit der Firma "BRD" eingegangen. Bei Kinderpässen ist jedoch auch auf den Innenseiten das Zeichen der "Weimarer Republik" abgebildet. Die Erklärung hierfür ist: Kinder sind noch nicht geschäftsfähig, und können deshalb keine rechtswirksame Erklärung abgeben, Personal der Firma "BRD" sein zu wollen.

---

383 *"Paßgesetz vom 19.04.1986 (BGBl. I S. 537), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 5. Juli 2021 (BGBl. I S. 2281*

384 *"Personalausweisgesetz vom 18.06.2009 (BGBl. I S. 1346), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 5. Juli 2021 (BGBl. I S. 2281*

Links: "BRD"-Reisepaß: Außenseite mit Hoheitszeichen der "Weimarer Republik", 12 Federn, Innenseite eines der "BRD"-Firmenlogos mit 14 Federn – eine Täuschung
Rechts: "BRD"-Kinderreisepaß Außenseite und Innenseite mit Adler der "Weimarer Republik", da Kinder noch kein Personal der Firma "BRD" sein können.

Fazit: Auch nach den Regeln des "BRD"-Systems sind "Bundespersonalausweise" und "BRD"-"Reisepässe" wegen falschem Eintrag der Staatsangehörigkeit und wegen Fehlens der Rubrik >>Familienname<< ungültig. Insbesondere hat die Eintragung der falschen Staatsangehörigkeit "DEUTSCH" zur Folge, daß man den Status eines Staatenlosen akzeptiert hat. Entsprechend "Personalausweisgesetz" und "Paßgesetz" handelt es sich bei der Eintragung "DEUTSCH" unter der Rubrik "Staatsangehörigkeit" um eine Anwendung von Nazi-Recht. Das Reichsbürgergesetz von 1935 ist Bestandteil des Nazi-Rechts. Wer sich mit einem solchen Dokument ausweist, bekennt sich sowohl zur Staatenlosigkeit als auch zur nationalsozialistischen Rechtssetzung und ist somit staatenlos und bekennender Nazi und bekennender Reichsbürger.

5.3. Rechtliche Situation von "BRD"-Bediensteten

Nach wie vor gilt für das "BRD"-System
SHAEF-Gesetz Nummer 2, Artikel V, Satz 9:[385]

"Niemand darf als Richter, Staatsanwalt, Notar oder Rechtsanwalt tätig werden, sofern er nicht seine Zulassung von der Militärregierung erhalten hat."

Die Tatsache, daß die "BRD" nicht im Staatsrecht agiert sondern lediglich als Firma im Handelsrecht hat die Konsequenz, daß es keine Beamten im "BRD"-System gibt, da nach staats- und völkerrechtlichen Kriterien ein Beamter nur durch einen Staat berufen werden kann und selbst Staatsangehöriger des berufenden Staates sein muß.
Unter Umständen haben "BRD"-Stellen eine gewisse Legitimation zur Gewaltausübung gegenüber Personalangehörigen der Firma "BRD". Sie haben jedoch keine Legitimation zur Ausübung von Hoheitsgewalt oder überhaupt von Gewalt gegenüber Staatsangehörigen. Für Staatsangehörige sind "BRD"-"Gerichte", "Staatsanwaltschaften", "Polizei", "Gerichtsvollzieher" nicht zuständig. Es kommt somit darauf an, die richtige Rechtsposition zu erklären, aus der heraus wir handeln. Jeder Staatsangehörige kann im Notstand seinen Staat repräsentieren. Aus der Rechtsposition des Repräsentanten des Staates heraus ist man allen Menschen und Personen im Hoheitsgebiet dieses Staates voll umfänglich weisungsbefugt und stellt keine Anträge. Wer Anträge stellt, anerkennt die Zuständigkeit des Gegenübers und unterwirft sich dessen AGB´s. Als legitimer Repräsentant des Staates gibt man Anordnungen und "BRD"-Stellen haben diese Anordnungen gefälligst auszuführen. Zuwiderhandlungen sind Widerstand gegen die Staatsgewalt. Im "BRD"-System basiert die Simulation des "Beamtenstatus" auf der Anwendung von Nazi-Recht: Dies ergibt sich aus
"Beamtenstatusgesetz" §7 "Voraussetzungen des Beamtenverhältnisses"[386] sowie
"Bundesbeamtengesetz" §7 "Voraussetzungen des Beamtenverhältnisses"[387]

(1) ***In das Beamtenverhältnis darf nur berufen werden, wer Deutsche oder Deutscher im Sinne des Artikels 116 Absatz 1 des Grundgesetzes ist ...***

385 *"Gesetze der Militär-Regierung und des Kontrollrats, bis 1953… (=Sammlung der vom Alliierten Kontrollrat und der Amerikanischen Militärregierung erlassenen Proklamationen, Gesetze, Verordnungen, Befehle, Direktiven", Hemken, Ruth [Hrsg.]: Verlag: Stuttgart : Deutsche Verlagsanstalt Einband: Ringbuch 1946 - 1953.*

386 *Beamtenstatusgesetz (Gesetz zur Regelung des Statusrechts der Beamtinnen und Beamten in den Ländern) vom 17.06.2008 (BGBl. I S. 1010), in Kraft getreten am 20.06.2008, 12.02.2009 bzw. 01.04.2009 zuletzt geändert durch Gesetz vom 28.06.2021 (BGBl. I S. 2250) m.W.v. 07.07.2021*

387 *Bundesbeamtengesetz Artikel 1 des Gesetzes vom 05.02.2009 (BGBl. I S. 160), in Kraft getreten am 12.02.2009 zuletzt geändert durch Gesetz vom 28.06.2021 (BGBl. I S. 2250) m.W.v. 07.07.2021*

Das bedeutet, ein "Beamter" bringt Nazi-Recht zur Anwendung allein aufgrund der Tatsache, daß er behauptet, "Beamter", "Richter" oder "Staatsanwalt" zu sein. Aussagekräftig hierzu ein Urteil des sogenannten "Bundesverfassungsgerichts" vom 17.12.1953 (AZ: BVerfG, 17.12.1953 - 1 BvR 147/52):

"Alle Beamtenverhältnisse sind am 08.05.1945 erloschen."[388]

Als Staatssimulation kann die "BRD" lediglich einen Beamtenstaus simulieren, indem sie Teile ihrer Bediensteten als "Beamte" bezeichnet und zu besonderer Unterwürfigkeit verpflichtet.

Da das "BRD"-System kein Staat ist und nur im Handelsrecht agieren kann, gibt es auch keine Staatshaftung. Folgerichtig ist das sogenannte "Staatshaftungsgesetz" vom sogenannten "Bundesverfassungsgericht" 1982 für nichtig erklärt worden.[389]

Alle "Beamten" und "Bediensteten" des "BRD"-Systems haften privat und persönlich vollumfänglich mit ihrer eigenen Freiheit und ihrem eigenen Vermögen.

Stattdessen gilt heute ausschließlich §839 BGB ("Haftung bei Amtspflichtverletzung"):[390]

(1) 1 ***"Verletzt ein Beamter vorsätzlich oder fahrlässig die ihm einem Dritten gegenüber obliegende Amtspflicht, so hat er dem Dritten den daraus entstehenden Schaden zu ersetzen."***

Für "Verwaltungsakte" durch Akteure des "BRD"-Systems wie "Beschlüsse" / "Urteile" / "Bescheide" / "Haftbefehle" aus dem Bereich des "öffentlichen Rechts" und des "Strafrechts" wie auch des "Ordnungswidrigkeitenrechts" gilt §44 "Verwaltungsverfahrensgesetz" des "BRD"-Systems ("VwVfG"):

"Verwaltungsverfahrensgesetz" (VerwVG) §44 "Nichtigkeit des Verwaltungsaktes"

(1) ***"Ein Verwaltungsakt ist nichtig, soweit er an einem besonders schwerwiegenden Fehler leidet und dies bei verständiger Würdigung aller in Betracht kommenden Umstände offensichtlich ist."***[391]

(2) ***"Ohne Rücksicht auf das Vorliegen der Voraussetzungen des Absatzes 1 ist ein Verwaltungsakt nichtig,***

1. ***der schriftlich oder elektronisch erlassen worden ist, die erlassende Behörde aber nicht erkennen läßt;***
2. ***der nach einer Rechtsvorschrift nur durch die Aushändigung einer Urkunde erlassen werden kann, aber dieser Form nicht genügt;***
3. ***der die Begehung einer rechtswidrigen Tat verlangt, die einen Straf- oder Bußgeldtatbestand verwirklicht;*** [391]

Nach der "Rechtsprechung" des "BRD"-Systems ergibt sich folgende Situation:

Zur Schriftform gehört auch nach den Regeln des "BRD"-Systems grundsätzlich die eigenhändige Unterschrift unter Verwaltungsakte jedweder Art. Dies gilt insbesondere für "Richter", "Staatsanwälte", "Finanzbeamte", Zoll-Beamte, "Gerichtsvollzieher" etc.

Auch bei Übermittlung bestimmender Schriftsätze auf elektronischem Wege, bei denen unter bestimmten Voraussetzungen auch ohne eigenhändige Unterschrift der Form genüge getan ist, gilt dies nur in den Fällen, in denen aus technischen Gründen die Beifügung einer eigenhändigen Unterschrift unmöglich ist und nicht für die durch normale Briefpost übermittelten Schriftsätze, deren Unterzeichnung möglich und zumutbar ist.
Es müssen bei der richterlichen Unterschrift mindestens einzelne Buchstaben zu erkennen sein, weil es sonst am Merkmal einer Schrift überhaupt fehlt. Die Verwendung bloßer geometrischer Formen oder einfacher (gerader oder nahezu gerader) Linien genügen nicht. Unterschriften unter Schriftsätze müssen den Namen des Unterzeichnenden erkennen lassen. Abkürzungen (sogenannte "Paraphen") sind nicht ausreichend. Undeutlichkeiten gehen zu Lasten des Unterzeichnenden. Die Unterschrift muß ihren Urheber erkennen lassen.[392,393,394,395,396,397,398,399,400,401,402,403,404,405,406]

---

388 *BVerfG, 17.12.1953 - 1 BvR 147/52*

389 *BVerfG. 19.10.1982 - 2 BvF 1/81*

390 *Bürgerliches Gesetzbuch In der Fassung der Bekanntmachung vom 02.01.2002 (BGBl. I S. 42, ber. S. 2909, 2003 S. 738) zuletzt geändert durch Gesetz vom 07.11.2022 (BGBl. I S. 1982) m.W.v. 12.11.2022*

391 *Verwaltungsverfahrensgesetz In der Fassung der Bekanntmachung vom 23.01.2003 (BGBl. I S. 102) zuletzt geändert durch Gesetz vom 25.06.2021 (BGBl. I S. 2154) m.W.v. 01.08.2021*

392 *BGH. 13.07.1967 - Ia ZB 1/67*

393 *BFH. 14.01.1972 - III R 88/70*

394 *BGH. 11.10.1984 - X ZB 11/84*

395 *BGH. 08.10.1986 - VIII ZB 25/86*

396 *BVerwG. 06.12.1988 - 9 C 40.87*

397 *OLG Düsseldorf. 26.06.2000 - 1 Ws 336 - 337/00, 1 Ws 336/00, 1 Ws 337/00*

398 *OLG Köln. 19.07.2011 - III-1 RVs 166/11*

"Vollstreckungstitel" von "Gerichtsvollziehern" oder "Haftbefehle" ohne eigenhändige Richterunterschriften sind unwirksam! Auch Blutentnahmen bei Verkehrskontrollen unterliegen dem Richtervorbehalt (§81a II StPO) und dürfen ohne Richterunterschrift nicht durchgeführt werden.[407]

Justizangestellte geben sich im "BRD"-System oft als "Urkundsbeamte" aus. Ein Angestellter kann kein Beamter sein und begeht somit Amtsanmaßung.

"Urkundsbeamter (§153 GVG) ist der Beamte des mittleren oder gehobenen Diensts, der nach gesetzlich besonders geregelter Ausbildung an der Geschäftsstelle eines Gerichts tätig wird (z. B. Beurkundung, Protokollführung, Aktenführung).[408]

Auch bei der Beglaubigung der Unterschriften (wie sie von sogenannten "Urkundsbeamten" der "Geschäftsstellen" durchgeführt werden) müssen nach den Regeln des "BRD"-Systems Mindestanforderungen eingehalten werden entsprechend
<u>§34 "Verwaltungsverfahrensgesetz"; "Beglaubigung von Unterschriften":</u>

(2) 2: ***"Eine Unterschrift soll nur beglaubigt werden, wenn sie in Gegenwart des beglaubigenden Bediensteten vollzogen oder anerkannt wird."***

(3) 1 ***"Der Beglaubigungsvermerk ist unmittelbar bei der Unterschrift, die beglaubigt werden soll, anzubringen."***

(3) 2 ***"Er muß enthalten***
1. ***die Bestätigung, daß die Unterschrift echt ist,***
2. ***die genaue Bezeichnung desjenigen, dessen Unterschrift beglaubigt wird, sowie die Angabe, ob sich der für die Beglaubigung zuständige Bedienstete Gewißheit über diese Person verschafft hat und ob die Unterschrift in seiner Gegenwart vollzogen oder anerkannt worden ist,***
3. ***den Ort und den Tag der Beglaubigung, die Unterschrift des für die Beglaubigung zuständigen Bediensteten und das Dienstsiegel".***[409]

Ohne Unterschrift oder Beglaubigung liegt lediglich ein unverbindlicher Entwurf und gegebenenfalls ein nichtiges "Amtshilfeersuchen" vor, das deshalb unbeachtlich ist (§44 "VwVerfG").

Von "BRD"-Funktionären wird immer wieder behauptet, das Fehlen der Unterschrift unter Verwaltungsakte sei "schon in Ordnung", schließlich gebe es "Verwaltungsvorschriften" oder "Ausführungsbestimmungen", nach denen eine richterliche Unterschrift nicht nötig sei. Dies ist jedoch Unsinn. Auch nach den Regeln des "BRD"-Systems sind "Gesetze" gegenüber irgendwelchen internen "Verwaltungsvorschriften" oder "Ausführungsbestimmungen" höherrangig. Altes Thema: Höherrangiges Recht bricht niederrangiges Recht. "Verwaltungsbestimmungen", die nicht gesetzeskonform sind, sind automatisch auch nach den Regeln des "BRD"-Systems ungültig!

gez.
Staatsanwalt

Beglaubigungsvermerk:
Beglaubigt:
Staatsanwaltschaft Schweinfurt, 19.11.2010

BAYERN STAATSANWALTSCHAFT

(Name)
(Dienstbezeichnung)

Links: Anschauliches Beispiel für das Fehlen einer Beglaubigung der Unterschrift des "Staatsanwaltes" unter einer Anklageschrift. Derartiges wird gegen die Regeln des "BRD"-Systems alltäglich praktiziert.

Da die Unterschrift des "Staatsanwaltes" nicht vorhanden ist, ist wenigstens die Beglaubigung auch nach den Regeln des "BRD"-Systems absolut notwendig.

---

399 *KG, 02.02.2016 - 3 Ws (B) 60/16 - 122 Ss 188/15, 347 OWi 420/15*
400 *KG, 02.04.2019 - 3 Ws (B) 81/19 - 122 Ss 28/16 9*
401 *OLG Brandenburg, 27.12.2019 - (1 B) 53 Ss-OWi 675/19 (398/19)*
402 *BVerwG, 27.01.2003 - 1 B 92.02, 1 PKH 12.02*
403 *KG, 23.03.2020 - 3 Ws (B) 53/20 - 162 Ss 18/20*
404 *BFH, 10.07.2002 - VII B 6/02*
405 *BayObLG, 28.05.2003 - 1 ObOWi 177/03*
406 *BGH, 11.04.2013 - VII ZB 43/12*
407 *Strafprozeßordnung, In der Fassung der Bekanntmachung vom 07.04.1987 (BGBl. I S. 1074, ber. S. 1319) zuletzt geändert durch Gesetz vom 25.03.2022 (BGBl. I S. 571)*
408 *Urkundsbeamte; Juristisches Wörterbuch: Für Studium und Ausbildung (Vahlen Studienreihe Jura) Taschenbuch – 17. Oktober 2012: Herausgeber : Vahlen; 15. Edition (17. Oktober 2012), ISBN-10 : 3800639610, ISBN-13 : 978-3800639618*
409 *Verwaltungsverfahrensgesetz In der Fassung der Bekanntmachung vom 23.01.2003 (BGBl. I S. 102) zuletzt geändert durch Gesetz vom 25.06.2021 (BGBl. I S. 2154) m.W.v. 01.08.2021*

Ein sogenannter "Beamter" im "BRD"-System muß vor der Ausführung eines Verwaltungsaktes dessen Rechtsgültigkeit prüfen und bei Zweifeln oder offensichtlichen Fehlern die Rechtsunwirksamkeit bei seinen Vorgesetzten reklamieren (sogenannte "Remonstrations-Pflicht"). Ein "Beamter", der einen Verwaltungsakt ausführen soll, der der Form nicht genügt, muß also zuerst diesen Formfehler beheben. Erhält ein "Beamter" ein Schriftstück, das nicht unterschrieben oder nicht formgerecht beglaubigt ist, und handelt trotzdem danach, so handelt er eigenmächtig rechtswidrig und verantwortet und haftet persönlich für die (noch festzustellende) Rechtmäßigkeit seiner Handlung.
Für sogenannte "Beamte" des sogenannten "Bundes" ist maßgeblich:

§63 "Bundesbeamtengesetz"; "Verantwortung für die Rechtmäßigkeit"

(1) ***"Beamtinnen und Beamte tragen für die Rechtmäßigkeit ihrer dienstlichen Handlungen die volle persönliche Verantwortung."***

(2) 1. ***"Bedenken gegen die Rechtmäßigkeit dienstlicher Anordnungen haben Beamtinnen und Beamte unverzüglich bei der oder dem unmittelbaren Vorgesetzten geltend zu machen.***

2. ***Wird die Anordnung aufrechterhalten, haben sie sich, wenn ihre Bedenken gegen deren Rechtmäßigkeit fortbestehen, an die nächsthöheren Vorgesetzte oder den nächsthöheren Vorgesetzten zu wenden.***

3. ***Wird die Anordnung bestätigt, müssen die Beamtinnen und Beamten sie ausführen und sind von der eigenen Verantwortung befreit.***

4. ***Dies gilt nicht, wenn das aufgetragene Verhalten die Würde des Menschen verletzt oder strafbar oder ordnungswidrig ist und die Strafbarkeit oder Ordnungswidrigkeit für die Beamtinnen und Beamten erkennbar ist.***

5. ***Die Bestätigung hat auf Verlangen schriftlich zu erfolgen."***

(3) ***"Verlangt eine Vorgesetzte oder ein Vorgesetzter die sofortige Ausführung der Anordnung, weil Gefahr im Verzug ist und die Entscheidung der oder des höheren Vorgesetzten nicht rechtzeitig herbeigeführt werden kann, gilt Absatz 2 Satz 3 bis 5 entsprechend."***

Für "Beamte" im "BRD"-System, die keine "Beamte" des sogenannten "Bundes" sind, gilt:

§36 "Beamtenstatusgesetz"; "Verantwortung für die Rechtmäßigkeit"

(1) ***"Beamtinnen und Beamte tragen für die Rechtmäßigkeit ihrer dienstlichen Handlungen die volle persönliche Verantwortung."***

(2) 1 ***"Bedenken gegen die Rechtmäßigkeit dienstlicher Anordnungen haben Beamtinnen und Beamte unverzüglich auf dem Dienstweg geltend zu machen.***

2. ***Wird die Anordnung aufrechterhalten, haben sie sich, wenn die Bedenken fortbestehen, an die nächst höhere Vorgesetzte oder den nächst höheren Vorgesetzten zu wenden.***

3. ***Wird die Anordnung bestätigt, müssen die Beamtinnen und Beamten sie ausführen und sind von der eigenen Verantwortung befreit.***

4. ***Dies gilt nicht, wenn das aufgetragene Verhalten die Würde des Menschen verletzt oder strafbar oder ordnungswidrig ist und die Strafbarkeit oder Ordnungswidrigkeit für die Beamtinnen oder Beamten erkennbar ist.***

5. ***Die Bestätigung hat auf Verlangen schriftlich zu erfolgen."***

(3) 1 ***"Wird von den Beamtinnen oder Beamten die sofortige Ausführung der Anordnung verlangt, weil Gefahr im Verzug besteht und die Entscheidung der oder des höheren Vorgesetzten nicht rechtzeitig herbeigeführt werden kann, gilt Absatz 2 Satz 3 und 4 entsprechend.***

2 ***Die Anordnung ist durch die anordnende oder den anordnenden Vorgesetzten schriftlich zu bestätigen, wenn die Beamtin oder der Beamte dies unverzüglich nach Ausführung der Anordnung verlangt."***

Die Realisierung strafrechtlicher Verfolgung sowie die Durchsetzung von Haftungsansprüchen wird in Zukunft unter rechtsstaatlichen Verhältnissen vermutlich eher für persönlich unterschriebene "Verwaltungsakte" möglich sein. Das dürfte das Motiv sein, weshalb Akteure des "BRD"-Systems ihre Unterschriften unter "Verwatungsakte" verweigern, obgleich eine solche Verweigerung auch nach den Regeln des "BRD"-Systems illegal ist. Der Vermerk ***"Dieses Schreiben ist maschinell erstellt und ohne Unterschrift gültig"*** ist ohne Rechtsgrundlage, das betreffende Schreiben ist gerade deshalb ungültig und damit nichtig ("juristisches Nullum")!

Wegen des Firmencharakters des "BRD"-Systems sind "Gesetze" im "BRD"-System nur Allgemeine Geschäftsbedingungen (AGB´s). Die obersten Repräsentanten der Firma "BRD" sind lediglich Geschäftsführer und keine "Staatsoberhäupter" und keine "Verfassungsorgane".
Wer keine Legitimation zur Ausübung von Hoheitsgewalt hat, kann maximal geschäftliche Angebote unterbreiten. Diese kann man annehmen oder auch ablehnen.

Man kann es nicht oft genug wiederholen:

"BRD"-Stellen haben keinerlei Legitimation zur Ausübung von Hoheitsgewalt gegenüber Staatsangheörigen!

Eine besondere geistige Leistung von Juristen des "BRD"-Systems ist die Rechtfertigung der "BRD" mit Hilfe eines Konstruktes, genannt "Normative Kraft des Faktischen". Dies will sagen, daß die faktisch bestehenden Verhältnisse an sich zur Normgebung berechtigen sollen. Hiermit wird jedoch nichts anderes zum Ausdruck gebracht, als:

"Wir pfeifen auf Recht und Gesetz, und schaffen Fakten, weil wir die Macht dazu haben, und behaupten, allein dadurch sei unser Handeln legitim!"

Es können nur Leute ein Interesse haben, sich auf ein Konstrukt namens "Normative Kraft des Faktischen" zu berufen, die sich anmaßen, hoheitlich zu handeln, und dabei sehr genau wissen, daß sie hierzu keinerlei Legitimation haben.

Fazit: Da die "BRD" lediglich eine Firma ist, dennoch aber den Schein erweckt, ein Staat zu sein, betreiben die Repräsentanten der Firma "BRD" eine Staatssimulation. Sie täuschen vor, legitimiert zu sein, Eingriffe in die Rechte von Menschen vorzunehmen. Eine Staatssimulation ist somit eine schwere Form organisierter Kriminalität! Es handelt sich folglich bei den Akteuren des "BRD"-Systems um Schwerstkriminelle, da sie offensichtlich wissentlich den Anschein erwecken, sie seien legitimiert, hoheitlich zu handeln.

5.3.1. Rechtliche Situation von "BRD"-"Richtern" und "BRD"-"Gerichten"

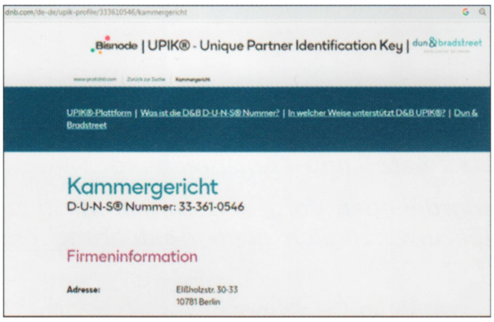
Nach wie vor gilt für das "BRD"-System
SHAEF-Gesetz Nummer 2, Artikel V, Satz 9:[410]

"Niemand darf als Richter, Staatsanwalt, Notar oder Rechtsanwalt tätig werden, sofern er nicht seine Zulassung von der Militärregierung erhalten hat."

Wie aus dem Fehlen der Staatlichkeit der "BRD" folgt, gibt es im "BRD"-System keine Staatsgerichte. Folgerichtig haben die drei westlichen Besatzungsmächte bereits im Jahre 1950 den §15 des "Gerichtsverfassungsgesetzes" aufgehoben, worin es hieß:

"Alle Gerichte sind Staatsgerichte."

Dieser Satz wird zu Verschleierungszwecken in "Gesetzessammlungen" des "BRD"-Systems nicht mehr zitiert, es wird lediglich noch erwähnt, daß der §15 "weggefallen" sei. Kein Gericht im "BRD"-Systems agiert auf der Ebene des Staatsrechts, stattdessen auf der Ebene des Handelsrechts. Folgerichtig haben diese Firmen Ust.-Ident.-Nummern (was es definitionsgemäß nur für Firmen gibt) und sind in US-amerikanisch geführten Firmenverzeichnissen (Dun & Bradstreet) als Firmen gelistet.



Links: Firma "Kammergericht Berlin" im UPIK® Datensatz bei Dun & Bradstreet als Firma gelistet.

UPIK®: Unique Partner Identification Key
DUNS®-Nummer: 33-361-1478-0546

Sämtliche Gerichte im "BRD"-System sind damit als "BRD"-Unterfirmen lediglich private Schiedsgerichte. Man könnte sie auch als Ausnahme- oder Sondergerichte beziehungsweise als Standgerichte bezeichnen.

Dabei heißt es im
Artikel 101 "GG":

(1) ***"Ausnahmegerichte sind unzulässig. Niemand darf seinem gesetzlichen Richter entzogen werden."***

410 *"Gesetze der Militär-Regierung und des Kontrollrats, bis 1953… (=Sammlung der vom Alliierten Kontrollrat und der Amerikanischen Militärregierung erlassenen Proklamationen, Gesetze, Verordnungen, Befehle, Direktiven", Hemken, Ruth [Hrsg.]: Verlag: Stuttgart : Deutsche Verlagsanstalt Einband: Ringbuch 1946 - 1953.*

(2) ***"Gerichte für besondere Sachgebiete können nur durch Gesetz errichtet werden."***

An Staatsgerichten wird gefordert, daß ein Richter sich mit einem Amtsausweis ausweisen kann. An "Gerichten" des Firmengeflechts "BRD" haben "Richter" jedoch lediglich Dienstausweise.

Zur Übersicht an dieser Stelle das Wichtigste über die "Gerichte" im "BRD"-System:
Man unterscheidet im "BRD"-System in

1. **"ordentliche" Gerichtsbarkeit**
   ("ordentlich" im Sinne von "normal", "gewöhnlich") - Gerichte im Zivilrecht und im Strafrecht
2. **"außerordentliche" Gerichtsbarkeit**
   (beispielsweise historisch die akademische, militärische oder Kirchengerichtsbarkeit.[411]

Aus historischen Gründen wird die Verwaltungsgerichtsbarkeit im "BRD"-System zur "außerordentlichen Gerichtsbarkeit" gezählt, da in früheren Jahrhunderten in diesen Verfahren keine "ordentlichen" Richter sondern hohe Verwaltungsbeamte entschieden.

1. **"ordentliche" Gerichtsbarkeit**
   - **Strafgerichtsbarkeit**
   - **Zivilgerichtsbarkeit**
2. **"außerordentliche" Gerichtsbarkeit**
   - **Kirchengerichtsbarkeit**
   - **Wehrstrafgerichtsbarkeit**
   - **Verwaltungsgerichtsbarkeit**
3. **"Sozialgerichtsbarkeit"**
4. **"Arbeitsgerichtsbarkeit"**
5. **"Finanzgerichtsbarkeit"**
6. **"Verfassungsgerichtsbarkeit"**

Gegen uns Aktivisten der Rechtsstaatlichkeitsbewegung wird das sogenannte **"Strafrecht"** des "BRD"-Systems zur Unterdrückung eingesetzt. Zuständigkeitsverteilung im des "BRD"-System:

1. **"Amtsgericht"** (im Strafverfahren sind Entscheidungsgremium "Strafrichter" und "Schöffengericht"; im Zivilverfahren ist dies stets ein Einzelrichter)
   - Erstinstanzlich zuständig bei Streitwert bis 5.000 € (mit Ausnahmen)
2. **"Landgericht"**
   - Erstinstanzlich zuständig bei Streitwert über 5.000 € (mit Ausnahmen)
3. **"Oberlandesgericht" ("OLG") (im "Land Berlin" sogen. "Kammergericht")**
   - Berufungen und Beschwerden u. a.
4. **"Bundesgerichtshof" ("BGH")**
   - in Zivilsachen Rechtsmittel der Revision, der Sprungrevision, der Rechtsbeschwerde und der Sprungrechtsbeschwerde

Entsprechend Art. 97 Absatz 1 und 101 "Grundgesetz" ist ein "Richter" im "BRD"-System verpflichtet, eine Legitimation inne zu haben. Jeder kann in einem "BRD"-"Gerichts"-"Verfahren" die Frage an den "Richter" stellen, ob er entsprechend SHAEF-Gesetz Nummer 2, Artikel V, Satz 9 die Zulassung von der Militärregierung erhalten hat, als Richter tätig zu sein und ob er Richter nach Art. 101 "Grundgesetz" ist und ob er dies nachweisen kann.

Viele Betroffene in "BRD"-"Verfahren" haben dem jeweiligen "Richter" das Angebot gemacht, sich seinem Recht zu unterwerfen, sofern er ihnen schriftlich unter Eid oder "eidesstattlich" versichert, daß er in dem jeweiligen Verfahren der zuständige gesetzliche und staatliche Richter ist.

Eine solche beeidete Aussage oder "eidesstattliche Versicherung" hat ein "BRD"-"Richter" aus reinem Selbstschutz heraus noch nie gegeben, und wird es auch mit Sicherheit in Zukunft niemals tun. Schließlich ist die Abgabe einer falschen Aussage unter Eid oder einer falschen eidesstattlichen Versicherung eine Straftat, die selbst nach den AGB des Firmengeflchts "BRD" zu bestrafen ist. Relevant hierfür sind die §§153 und 154 des "StGB" des "BRD"-Systems:

"Strafgesetzbuch" §153:" Falsche uneidliche Aussage"[412]

"Wer vor Gericht oder vor einer anderen zur eidlichen Vernehmung von Zeugen oder Sachverständigen zuständigen Stelle als Zeuge oder Sachverständiger uneidlich falsch aussagt, wird mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren bestraft."

"Strafgesetzbuch" §154: "Meineid"

(1) ***"Wer vor Gericht oder vor einer anderen zur Abnahme von Eiden zuständigen Stelle falsch schwört, wird mit Freiheitsstrafe nicht unter einem Jahr bestraft."***

---

411 Lexikoneintrag zu »Gerichtsbarkeit«. Meyers Großes Konversations-Lexikon, Band 7.

412 *Strafgesetzbuch In der Fassung der Bekanntmachung vom 13.11.1998 (BGBl. I S. 3322) zuletzt geändert durch Gesetz vom 04.12.2022 (BGBl. I S. 2146) m.W.v. 09.12.2022*

Da Verweigerung des "BRD"-"Richters" einer entsprechenden Versicherung unter Eid oder "eidesstattliche Versicherung" und das Fehlen eines Amtsausweises ist ein Ablehnungsgrund.
Sofern die "Richter" der Firma "BRD" sich an ihre eigenen Regeln halten (was sie gelegentlich noch tun), könnte man das durch sämtliche Instanzen machen. Hierdurch wäre man innerhalb des "BRD"-Systems rechtlich nicht mehr greifbar.

Wegen der von ihnen ausgesprochenen Zwangsmaßnahmen sind "BRD"-"Richter" persönlich haftbar, da sie diese in Zusammenhang mit Straftatbeständen ("Täuschung im Rechtsverkehr", "Betrug" sowie "Amtsanmaßung") verfügen. Denn alle Handlungen, die im Zusammenhang mit Straftaten erfolgen, sind per se illegal und damit ungültig. Für hieraus entstehende Schäden haftet der Verursacher.
Es ist anzunehmen, daß nach Herstellung rechtsstaatlicher Verhältnisse alle Papiere geschreddert werden und den Akteuren nichts bewiesen werden kann. Ohne Unterschrift sind die "Haftbefehle", "Beschlüsse" und "Urteile" eben nur Entwürfe, beziehungsweise Scheindokumente, und selbst nach den AGB des Firmengeflechtes "BRD" rechtsungültig.

Die Rechtsungültigkeit dieser Papiere selbst nach "BRD"-Recht ergibt sich aus den §§315 und 317 der ZPO des "BRD"-Systems (für zivilgerichtliche Dokumente):

"Zivilprozeßordnung" §315: "Unterschrift der Richter"[413]

(1) Satz 1 ***"Das Urteil ist von den Richtern, die bei der Entscheidung mitgewirkt haben, zu unterschreiben."***
Satz 2 ***"Ist ein Richter verhindert, seine Unterschrift beizufügen, so wird dies unter Angabe des Verhinderungsgrundes von dem Vorsitzenden und bei dessen Verhinderung von dem ältesten beisitzenden Richter unter dem Urteil vermerkt."***

"Zivilprozeßordnung" §317: "Urteilszustellung und -ausfertigung"

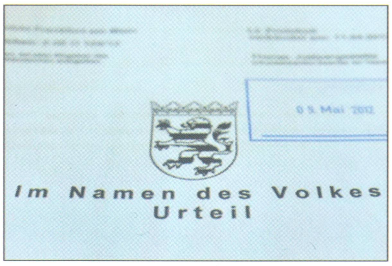
(2) ***"Solange das Urteil nicht verkündet und nicht unterschrieben ist, dürfen von ihm Ausfertigungen, Auszüge und Abschriften nicht erteilt werden."***

(4) ***"Die Ausfertigung und Auszüge der Urteile sind von dem Urkundsbeamten der Geschäftsstelle zu unterschreiben und mit dem Gerichtssiegel zu versehen."***

Für Haftbefehle und Strafurteile gilt §275 "Strafprozeßordnung" ("StPO") des "BRD"-Systems

Strafprozeßordnung (StPO) §275 Absetzungsfrist und Form des Urteils[414]

(2) ***"Das Urteil ist von den Richtern, die bei der Entscheidung mitgewirkt haben, zu unterschreiben. Ist ein Richter verhindert, seine Unterschrift beizufügen, so wird dies unter der Angabe des Verhinderungsgrundes von dem Vorsitzenden und bei dessen Verhinderung von dem ältesten beisitzenden Richter unter dem Urteil vermerkt. Der Unterschrift der Schöffen bedarf es nicht."***[415]



Frage: "Wie ist die Floskel "Im Namen des Volkes" zu interpretieren"? Da die "BRD" kein Staat ist und kein Staatsvolk hat, heißt es heute nicht etwa "Im Namen des deutschen Volkes" sondern einfach "Im Namen des Volkes". Niemand kann nun sagen, um welches Volk es sich dabei handeln soll, um das chinesische, das portugiesische, oder um ein Bienenvolk in den Anden, wer soll das wissen?

Links: Typisches Urteil eines "BRD"-"Gerichtes":
- ***Bezeichnung "Im Namen des Volkes".***

Im "BRD"-System üben die "Justizminister" die oberste Aufsicht über die "BRD"-Richter aus. Die Schnittstellen sind die jeweiligen "Gerichtspräsidenten". Diese sind dem jeweiligen "Justizministern" das heißt Parteisoldaten weisungsgebunden. Diese Parteisoldaten entscheiden über Auswahl, Anstellung und Beförderung beziehungsweise Karriere von "Richtern".
Damit sind "BRD"-"Richter" von der Exekutive abhängig. Im "BRD"-System müssen Richter, die sich beispielsweise über die Zustände an den "BRD"-Gerichten öffentlich kritisch äußern, mit Disziplinarmaßnahmen seitens der Exekutive rechnen (Beamtenstatusgesetz §37, 2 BvR 1047/06).

---

413 *Zivilprozeßordnung In der Fassung der Bekanntmachung vom 05.12.2005 (BGBl. I S. 3202, ber. 2006 I S. 431, 2007 S. 1781) zuletzt geändert durch Gesetz vom 07.11.2022 (BGBl. I S. 1982) m.W.v. 12.11.2022 Stand: 01.01.2023 aufgrund Gesetzes vom 31.10.2022 (BGBl. I S. 1966)*

414 *Strafprozeßordnung In der Fassung der Bekanntmachung vom 07.04.1987 (BGBl. I S. 1074, ber. S. 1319) zuletzt geändert durch Gesetz vom 25.03.2022 (BGBl. I S. 571) Stand: 01.01.2023 aufgrund Gesetzes vom 04.05.2021 (BGBl. I S. 882)*

415 *Zivilprozeßordnung In der Fassung der Bekanntmachung vom 05.12.2005 (BGBl. I S. 3202, ber. 2006 I S. 431, 2007 S. 1781) zuletzt geändert durch Gesetz vom 07.11.2022 (BGBl. I S. 1982) m.W.v. 12.11.2022*

Auch die Mitglieder der Firma "BUNDESVERFASSUNGSGERICHT" (welches lediglich ein Grundgesetzgericht ist) sind ebenfalls parteipolitisch eingesetzte politische Angestellte beziehungsweise Parteisoldaten und keine unabhängigen Richter.

Das "BUNDESVERFASSUNGSGERICHT" ist damit ein politisches Gericht und nicht unabhängig.

Dazu bemerkt Richter Udo Hochschild vom Verwaltungsgericht Dresden:

"In Deutschland** (im "BRD"-System – Anm. d. Verf.) **ist die Justiz fremdbestimmt. Sie wird von ... der Exekutive gesteuert, an deren Spitze die Regierung steht. Deren Interesse ist primär auf Machterhalt gerichtet. Dieses sachfremde Interesse stellt eine Gefahr für die Unabhängigkeit der Rechtsprechung dar. ... Deshalb müssen Richter von Machtinteressen frei organisiert sein. In Deutschland** (im "BRD"-System – Anm. d. Verf.) **sind sie es nicht...."[416,417,418]

Dabei gibt es Unmengen an Literatur, in denen beschrieben wird, wie das eine oder andere Gesetz "auszulegen" sei. Am bekanntesten ist der "Palandt", ein nach Otto Palandt benanntes Kommentarwerk zu diversen Zivilgesetzen. Die Entstehung des "Palandt" vollzog sich in der Zeit der NS-Diktatur. Ziel des NS-Regimes war es, in der Rechtspraxis Recht und Gesetz zu untergraben und die nationalsozialistische Ideologie durch Kontrolle der "Gesetzesauslegung" zu fördern. Nach 1945 wurde der "Palandt" konzeptionell unverändert weitergeführt. Diese Praxis ist skandalös, da es nicht einmal einem Richter zustehen dürfte, Gesetze "auszulegen". Schließlich macht er sich damit zum Ersatzgesetzgeber, was jedoch im "BRD"-System Alltag ist. Daß "BRD"-"Gerichte" Befugnisse beanspruchen, welche vom "Grundgesetz" der Firma "BUNDESTAG" übertragen worden sind, ist ein weiterer Beleg, daß das "Grundgesetz" (in diesem Falle Artikel 20 Abs. 3.) nur eine verbale Show ist.
Im Übrigen hat es noch nie ein Verfahren gegen einen "Richter" wegen Rechtsbeugung gegeben entsprechend

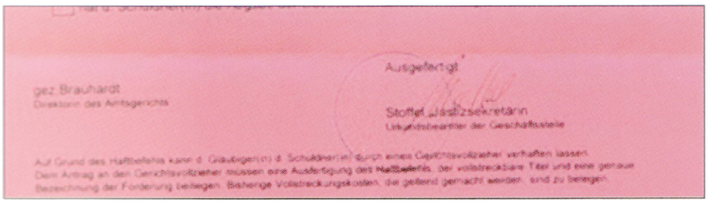
§339 StGB "Rechtsbeugung"

"Ein Richter, ein anderer Amtsträger oder ein Schiedsrichter, welcher sich bei der Leitung oder Entscheidung einer Rechtssache zugunsten oder zum Nachteil einer Partei einer Beugung des Rechts schuldig macht, wird mit Freiheitsstrafe von einem Jahr bis zu fünf Jahren bestraft."

Um frühere Nazi-Richter zu schonen wurde der §339 StGB so konstruiert, daß Anklagen wegen Rechtsbeugung kaum möglich sind. Beispielsweise sieht der "BGH" den Inhalt des §339 StGB wie folgt:

"Rechtsbeugung begeht ein Amtsträger, der sich bewußt und schwerwiegend von Recht und Gesetz entfernt. Die bloße Unvertretbarkeit einer Entscheidung begründet eine Rechtsbeugung hingegen noch nicht..."[419]

Durch die definierte Tatbestands-Voraussetzung, der "Richter" müsse "bewußt" schwerwiegend rechtswidrig gehandelt haben, ist ein Verfahren wegen Rechtsbeugung eines "BRD"-"Richters" innerhalb des "BRD"-Systems praktisch nicht möglich und findet auch de facto nicht statt. [420,421,422]



Beispiel für einen Haftbefehl eines "BRD"-Richters ohne richterliche Unterschrift. Mit "gez. Name" mit Beglaubigung nach den Regeln des "BRD"-Systems "in Ordnung"... Jedoch: keine richterliche Unterschrift und keine Identifizierbarkeit da nur der Familienname nicht jedoch der Name ("Vorname") ersichtlich.

---

416 *Udo Hochschild; "Gewaltenteilung in Bildern", Betrifft JUSTIZ Nr. 81; 21. Jahrgang; März 2005, S. 18 ff. insbesondere S.20 "Die oberste Dienstaufsicht über Richterinnen und Richter führen die Minister" Spalte 3 ab Zeile 2; ISBN: 0179-2776*

417 *Udo Hochschild; "Gewaltenteilung als Verfassungsprinzip"; Winter Industries; 1., edition (30 Aug. 2010) ISBN-10: 3866245025; ISBN-13: 978-3866245020*

418 *Horst Häuser; "Vorfragen richterlicher Ethik – Zur gesellschaftlichen und individuellen Entwicklung von Moral" Betrifft JUSTIZ 2003, S.186 ff.*

419 *BGH. 04.09.2001 - 5 StR 92/01*

420 *Bemmann. Seebode, Spendel: Rechtsbeugung – Vorschlag einer notwendigen Gesetzesreform. In: Zeitschrift für Rechtspolitik. 1997. S. 307 f.*

421 *Friedrich-Christian Schroeder: Ein bedenkliches Richterprivileg S. 12. In: FAZ. 3. Februar 1995, abgerufen am 2. Dezember 2019.*

422 *Rolf Bossi; "Halbgötter in Schwarz: Deutschlands Justiz am Pranger" Eichborn, 8 Mar. 2005; ISBN-10: 3821856092; ISBN-13: 978-3821856094 Anm. 928 S. 271 ff.*

geltenden Fassung sowie auf die Internetseite www.justiz.de verwiesen.

Meretzki
Richterin am Amtsgericht

Für die Richtigkeit der Abschrift
Hamburg, 20.12.2018

Bartels, JSekr'in
Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle
Durch maschinelle Bearbeitung beglaubigt
- ohne Unterschrift gültig

Beispiel für einen Gerichtsbeschluß im "BRD"-System ohne richterliche Unterschrift und ohne Beglaubigung.

Verwiebe
Richterin

Beglaubigt
Amtsgericht Frankfurt am Main, 10.06.2022

Hofmann, Justizsekretärin
als Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle

Beispiel für einen Gerichtsbeschluß im "BRD"-System ohne richterliche Unterschrift, beglaubigt ohne Unterschriftsvermerk wie: "-Unterschrift-" oder "-gezeichnet-". In diesem Fall hat die Justizsekretärin als "Urkundsbeamtin" beglaubigt, daß Richterin Verwiebe nicht unterschrieben hat.

Schattke
Richter am LG

Ausgefertigt
Braunschweig, den 09.11.201[illegible]

Justizfachangestellte
als Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle des Landgerichts

Typischer "Beschluß" eines "BRD"-"Gerichtes"

- *ohne richterliche Unterschrift*
- *Bezeichnung "Richter am LG" (nicht des Landgerichts) ("LG"="Landgericht"??) Bezeichnung XY "als Urkundsbeamter" der Geschäftsstelle ...*
- *Da der Vermerk "gezeichnet" oder "Unterschrift" fehlt, hat die Frau die hier als "Urkundsbeamtin" gehandelt hat, beglaubigt und bestätigt, daß der Richter nicht unterschrieben hat.*

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß kein Schriftstück, welches ein "BRD"-Gericht verläßt, eine richterliche Unterschrift hat, vermutlich aus Haftungsgründen. In diesem Zusammenhang erscheint es folgerichtig, daß in "BRD"-"Gerichtsurteilen" die "Richter" mit der Floskel "Richter am Amtsgericht" bezeichnet werden. Hierbei handelt es sich jedoch lediglich um eine geographische Bezeichnung. Richtig wäre "Richter des Amtsgerichtes", wenn es im "BRD"-System Amtsgerichte mit Richtern gäbe. Aus diesem Grunde wird ein "Richter" im "BRD"-System in aller Regel in "Verhandlungen" von "Anwälten" und "Staatsanwälten" nicht als "Herr Richter" oder "Frau Richterin" angesprochen, sondern als "Herr Vorsitzender" oder "Frau Vorsitzende". Der Begriff Vorsitzender / Vorsitzende kommt aus dem Vereinsrecht, da Gerichte im "BRD"-System keine Staatsgerichte, sondern private Körperschaften sind, erscheint dies logisch.

In der Regel findet sich unter Gerichtsbeschlüssen auch die Angabe "Mustermann, Max als Urkundsbeamter". Es steht nicht geschrieben, daß derjenige auch tatsächlich der Urkundsbeamte ist. Mustermann, Max spielt also offensichtlich nur einen Urkundsbeamten, er ist es jedoch nicht!

Oft wird von "BRD"-Bediensteten geäußert, auf "Ausfertigungen" müsse es keine richterliche Unterschrift geben. Dem widerspricht

"Zivilprozeßordnung" §317 "Urteilszustellung und -ausfertigung"[423]

(2) 1 ***Ausfertigungen werden nur auf Antrag und nur in Papierform erteilt.***

(4) ***Die Ausfertigung und Auszüge der Urteile sind von dem Urkundsbeamten der Geschäftsstelle zu unterschreiben und mit dem Gerichtssiegel zu versehen.***

Auch die "Richter" beim "Bundesverfassungsgericht" sind nur Parteisoldaten und erweisen sich als willfährige Schergen der faschistischen Geschäftsführung der "BRD"

1. beim Durchwinken von Einsperrungen unter dem Vorwand des "Gesundheitsschutzes"
2. beim Durchwinken von milliardenschweren Schenkungen an die angloamerikanische Hochfinanz (Stichwort "Rettungsschirme"),
3. beim Durchwinken der Propaganda-Zwangsabgabe ("GEZ") oder
4. bei der Unterdrückung der Meinungsfreiheit im Zuge der "Plandemie" mit Durchsetzung von Denk-, Rede- und Demonstrationsverboten.

Fazit: Das gesamte Gerichtswesen des "BRD"-Systems ist Bestandteil der Exekutive. Dies verstößt gegen den Demokratie-Grundsatz der Gewaltenteilung und gegen das Gewaltenteilungsprinzip des "Grundgesetzes" (Art 20 Abs. 2 und 3, 92 und 97).
Darüber hinaus erfüllen "Richter" im "BRD"-System in ihrer täglichen Arbeit die Tatbestände "Täuschung im Rechtsverkehr", "Betrug", "Amtsanmaßung", da sie mit den Begriffen "Amtsgericht" oder "Richter am Amtsgericht" eine staatsrechtliche Legitimation vortäuschen. Allein weil sie ihre Rechtsakte unter der Erfüllung von Straftatbeständen ausführen, sind diese auch nach den Regeln des Systems unwirksam. Unter einst rechtsstaatlichen Verhältnissen drohen den "Richtern" im "BRD"-System deshalb Haftungsansprüche. Dies ist der Grund, weshalb kein Dokument, welches ein "BRD"-"Gericht" verläßt, eine richterliche Unterschrift trägt.
Da ihre Beschlüsse / Urteile / Dokumente nicht unterschrieben sind, leiden diese zusätzlich an einer schweren Form des Mangels und sind auch nach den Regeln des Systems nichtig (44 VerwVG).

5.3.2. Rechtliche Situation von "BRD"-"Staatsanwälten"

Nach wie vor gilt für das "BRD"-System
SHAEF-Gesetz Nummer 2, Artikel V, Satz 9:[424]

"Niemand darf als Richter, Staatsanwalt, Notar oder Rechtsanwalt tätig werden, sofern er nicht seine Zulassung von der Militärregierung erhalten hat."

Was für die übrigen Akteure des "BRD"-"Rechtssystems" zutrifft, gilt natürlich auch für die "BRD"-"Staatsanwaltschaften". Auch "Staatsanwälte" im "BRD"-System sind keine Staatsangehörigen der "BRD" und können deshalb keine Beamten der "BRD" sein. Deshalb haben "BRD"-"Staatsanwälte" auch Dienstausweise und keine Amtsausweise.
Neuerdings werden "Staatanwaltschaften" im "BRD"-System umbenannt in "Amtsanwaltschaften". Offenbar versuchen die Drahtzieher des "BRD"-Systems auch in diesem Bereich aus den Tatbeständen "Betrug", "Täuschung im Rechtsverkehr" und "Amtsanmaßung" herauszukommen.

Ein Skandal im "BRD"-"Rechtssystem" ist, daß "Staatsanwälte" politische Entscheidungsträger sind, und nach parteipolitischen Gesichtspunkten von den jeweiligen Justizministern eingesetzt werden und diesen weisungsgebunden sind, wie im in den §§146 / 147 GVG festgelegt.

Damit können die jeweiligen "BRD"-"Politiker", das heißt letztlich Parteisoldaten nach Belieben "Strafverfahren" in Gang setzen oder einstellen lassen.

Der sogenannte "Generalbundesanwalt" wird vom "Justizminister" (mit Zustimmung des "Bundesrates") ernannt und ist politischer "Beamter" nach §30 Abs. 1 "Beamtenstatusgesetz" - er ist damit abhängig und nur ein Polit-Darsteller:

§30 Abs. 1 "Beamtenstatusgesetz"

423 *Zivilprozeßordnung In der Fassung der Bekanntmachung vom 05.12.2005 (BGBl. I S. 3202, ber. 2006 I S. 431, 2007 S. 1781) zuletzt geändert durch Gesetz vom 07.11.2022 (BGBl. I S. 1982) m.W.v. 12.11.2022 Stand: 01.01.2023 aufgrund Gesetzes vom 31.10.2022 (BGBl. I S. 1966)*

424 *"Gesetze der Militär-Regierung und des Kontrollrats, bis 1953... (=Sammlung der vom Alliierten Kontrollrat und der Amerikanischen Militärregierung erlassenen Proklamationen, Gesetze, Verordnungen, Befehle, Direktiven", Hemken, Ruth [Hrsg.]: Verlag: Stuttgart : Deutsche Verlagsanstalt Einband: Ringbuch 1946 - 1953.*

Es handelt sich somit bei den sogenannten "Staatsanwaltschaften" im "BRD"-System um politische Staatsanwaltschaften.
Da die POLIZEI grundsätzlich ein Ausführungsorgan der "Staatsanwaltschaften" ist, besteht im "BRD"-System folglich eine politische POLIZEI.

Presse und Information

Gerichtshof der Europäischen Union
PRESSEMITTEILUNG Nr. 68/19
Luxemburg, den 27. Mai 2019

Urteile in den verbundenen Rechtssachen C-508/18, OG (Staatsanwaltschaft Lübeck), und C-82/19 PPU, PI (Staatsanwaltschaft Zwickau), sowie in der Rechtssache C-509/18, PF (Generalstaatsanwalt von Litauen)

Die deutschen Staatsanwaltschaften bieten keine hinreichende Gewähr für Unabhängigkeit gegenüber der Exekutive, um zur Ausstellung eines Europäischen Haftbefehls befugt zu sein

Pressemitteilung des "Gerichtshof der Europäischen Union" vom 27.05.2019 daß "BRD" - "Staatsanwaltschaften" wegen ihrer Abhängigkeit von Parteisoldaten in Form von "Justizministern" nicht befugt sind, "Europäische Haftbefehle"-auszustellen. EuGH, 27.05.2019 - C-508/18, C-82/19, C-509/18[425]

Zitat aus dem Urteil EuGH, 27.05.2019 - C-508/18, C-82/19, C-509/18

"In seinen heutigen Urteilen kommt der Gerichtshof zu dem Ergebnis, daß ... die deutschen Staatsanwaltschaften der Gefahr ausgesetzt sind, im Rahmen des Erlasses einer Entscheidung über die Ausstellung eines Europäischen Haftbefehls unmittelbar oder mittelbar Anordnungen oder Einzelweisungen seitens der Exekutive, etwa eines Justizministers, unterworfen zu werden ..."

5.3.3. Rechtliche Situation von "Polizisten" im "BRD"-System

Die Tatsache, daß die "BRD" kein Staat ist, und keinerlei Legitimation für hoheitliches Handeln besitzt, hat erhebliche Konsequenzen insbesondere für die Arbeit von "Polizisten" im "BRD"-System:

Wie bereits ausgeführt, sind "Polizisten" im "BRD"-System keine "Beamten". Schließlich sind sie keine Staatsangehörigen der "BRD" und können deshalb keine Beamten der "BRD" sein. Folgerichtig haben "BRD"-"Polizisten" auch Dienstausweise und keine Amtsausweise.
Die Angehörigen der "BRD"-"Polizei" sind deshalb einem Werkschutz oder einem privaten Sicherheitsdienst gleichzusetzen. Sie haben unter Umständen eine Legitimation zur Ausübung von Gewalt gegenüber "BRD"- Personal, jedoch definitiv keine Legitimation zur Ausübung von Hoheitsgewalt gegenüber Staatsangehörigen.

Rechtlich genau betrachtet, handeln Polizeibedienstete im "BRD"-System als Privatpersonen, die verpflichtet sind, sich über ihren rechtlichen Status eigenverantwortlich Klarheit zu verschaffen, wobei sie gegebenenfalls persönlich haften (gem. §§823 und 839 BGB).

Um zu verhindern, daß andere Privatleute ebenfalls einen Sicherheitsdienst eröffnen, und diesen "Polizei" nennen, ist der Begriff "POLIZEI" durch den sogenannten "Freistaat Bayern" beim Deutschen Patentamt in München handelsrechtlich geschützt worden (Aktenzeichen "30243782").
Der sogenannte "Freistaat Bayern" ist somit Markeninhaber. Die anderen "Bundesländer" haben mit dem "Freistaat Bayern" hinsichtlich des Begriffs "POLIZEI" entsprechende Nutzungsvereinbarungen.

Bei "Polizisten" im "BRD"-System handelt es sich folglich um Mitglieder eines privaten Sicherheitsdienstes. Weniger wohlwollend könnte man auch formulieren, daß es sich bei "Polizisten" im "BRD"-System um Mitglieder eines Trachtenträgervereines handelt, wobei der Name dieses Vereins handelsrechtlich geschützt wurde.
Dabei fällt auf, daß der Begriff "POLIZEI" immer in Großbuchstaben geschrieben wird, da es sich hierbei um eine Firma und nicht um eine staatliche Institution handelt.

425 *EuGH, 27.05.2019 - C-508/18, C-82/19, C-509/18*

Registernummer: 30243782

Marke eingetragen
Stand am: 20.11.2012

Zurück zur Einsteigerrecherche | Zurück zur Trefferliste

Stammdaten Details schließen

INID	Kriterium	Feld	Inhalt
	Datenbestand	DB	DE
111	Registernummer	RN	30243782
210	Aktenzeichen	AKZ	302437827
540	Wiedergabe der Marke	WM	POLIZEI
550	Markenform	MF	Wortmarke
220	Anmeldetag	AT	04.09.2002
151	Tag der Eintragung im Register	ET	01.08.2006
156	Verlängerung der Schutzdauer	VBD	01.10.2012
730	Inhaber	INH	Freistaat Bayern, vertreten durch den Staatsminister des Innern, 80539 München, DE
740	Vertreter	VTR	BOEHMERT & BOEHMERT, 28209 Bremen, DE
750	Zustellanschrift	ZAN	Anwaltssozietät BOEHMERT & BOEHMERT, Postfach 107127, 28071 Bremen
	Version der Nizza-Klassifikation		NCL8
511	Klasse(n) Nizza	KL	**38**, 9, 16
	Aktenzustand	AST	Marke eingetragen
180	Schutzendedatum	VED	30.09.2022
450	Tag der Veröffentlichung	VT	01.09.2006
	Beginn Widerspruchsfrist	BWT	01.09.2006
	Ablauf Widerspruchsfrist	EWT	01.12.2006
510	Waren- / Dienstleistungsverzeichnis	WDV	Klasse(n) Nizza 09: Registrierkassen, Rechenmaschinen, Brillen Klasse(n) Nizza 16: Papier, Pappe (Karton) und Waren aus diesen Materialien, soweit in Klasse 16 enthalten; Sc (ausgenommen Möbel) Klasse(n) Nizza 38: E-Mail-Datendienste

Registerauskunft des Patentamtes München zur Wortmarke "POLIZEI".

In den vergangenen Jahren sind im "BRD"-System einige polizeiähnliche Firmen gegründet worden. In vielen Städten sieht man eine Firma namens "STADTPOLIZEI" oder eine Sicherheits-Firma namens "ORDNUNGSAMT". Kaum jemand weiß, wem diese Sicherheitsfirmen unterstehen und welche Befugnisse sie haben. Zudem gibt es im "BRD"-System ein heilloses Durcheinander, was die Gestaltung und das Aussehen der Uniformen angeht. Jede lokale polizeiähnliche Sicherheitsfirma hat offenbar ihr eigenes "Design"!

Polizeiähnliche private Sicherheitsfirmen "STADTPOLIZEI", "ORDNUNGSPOLIZEI" und "ORDNUNGSAMT".

Interessant Zum Thema "Erfüllung hoheitlicher Aufgaben durch private Sicherheitsdienste" ein "Urteil" des "OLG" Frankfurt vom 03.01.2020: Ein Personalangehöriger der Firma "Stadtpolizei" hatte ein "Strafzettel" wegen eines "Verkehrsverstoßes" ausgestellt. Die wichtigsten Aussagen des "Urteils":[426]

1. ***Die den kommunalen Polizeibehörden gesetzlich zugewiesene Verpflichtung der Überwachung des ruhenden Verkehrs und die Ahndung von Verstößen sind hoheitliche Aufgaben. Mangels Ermächtigungsgrundlage dürfen sie nicht durch private Dienstleister durchgeführt werden.***
2. ***Die Vortäuschung von staatlicher Legitimation durch private Dienstleister mittels polizeiähnlicher Uniform ist eine strafbare Handlung.***

Das "Gericht" bestätigt, daß es sich bei der Firma "Stadtpolizei" um eine private Firma handelt, die zur Wahrnehmung hoheitlicher Aufgaben nicht befugt sein kann. Es bestätigt weiterhin, daß die Vortäuschung staatlichen Handelns durch die Verwendung von polizeiähnlichen Uniformen eine strafbare Handlung darstellt. Was das "Gericht" leider bei dieser Gelegenheit nicht klargestellt hat, ist die Tatsache, daß auch sogen. "Polizei" der sogen. "Bundesländer" lediglich private Firmen, und zu hoheitlichen Handlungen nicht befugt sind.

Obgleich keine zitierfähigen Quellen gefunden wurden, sind die folgenden Informationen aufgrund von entsprechenden Indizien und Aussagen von Insidern durchaus plausibel: Der Name POLIZEI ist 2006 im Patentamt in München vom "Bundesland Bayern" handelsrechtlich geschützt worden. Andere "Bundesländer" hatten Nutzungsvereinbarungen mit dem "Bundesland Bayern". Rechtliche Basis war das Seerecht. Deshalb wurden die Uniformen und Fahrzeuge damals von grün nach blau umgestaltet. Ab 2018 sind die "POLIZEI"-Firmen der "Bundesländer" an die Firma BLACKWATER SECURITY verkauft worden. Im August 2018 habe der Militärdienstleister ACADEMI das Unternehmen BLACKWATER SECURITY gekauft. ACADEMI gehört zur CONSTELLIS Group, einer der weltweit größten privaten militärischen Dienstleister. Chef ist Tim Reardon. Die Uniformen wurden 2018 schwarz, symbolisch für Piraterie im Seerecht.
Folglich sind die Polizisten im Status privater Söldner. Auftraggeber wie "Bundesregierung" oder "Landesregierungen" müssen für jeden Polizeieinsatz Geld an ACADEMI bezahlen.

Interessant ist vor diesem Hintergrund das Beispiel des sogenannten "BUNDESGRENZSCHUTZ". Da die "BRD" kein Staat ist und kein Territorium und somit keine Außengrenzen hat, ist diese Firma von vormals "BUNDESGRENZSCHUTZ" im Jahre 2005 kurzerhand in "BUNDESPOLIZEI" umbenannt worden.

Umbenennung von "BUNDESGRENZSCHUTZ" in "BUNDESPOLIZEI", da die "BRD" kein Territorium und damit keinen Außengrenzen hat.

5.3.4. Rechtliche Situation der Firma "BUNDESWEHR"

Da die "BRD" kein Staat ist, kann die Firma "BUNDESWEHR" auch keine reguläre Armee im Sinne des Völkerrechts (Haager Landkriegsordnung, Genfer Konvention) unterhalten. Folgerichtig steht die Firma BUNDESWEHR unter ausländischem Oberbefehl der Hauptsiegermacht USA.

Das Supreme Headquarters Allied Expeditionary Forces ("SHAEF") war von 1943 an das Oberste Hauptquartier der alliierten Streitkräfte in Europa. Dieses SHAEF-Hauptquartier wurde 1945 in Frankfurt am Main in das US Forces, European Theater (USFET) umgewandelt welches wiederum 1952 in das United States European Command (USEUCOM) überführt wurde. Das USEUCOM ist damit eine reine US-amerikanische Militärstruktur, die direkt aus dem SHAEF hervor gegangen ist. Sie untersteht nicht der NATO. Mit dieser Struktur können die USA jederzeit in Deutschland und Europa Krieg führen, ohne in der Verwendung des Militärs auf Mitspracherechte anderer NATO-Mitglieder Rücksicht nehmen zu müssen. Der Kommandeur dieses USEUCOM ist damit immer ein US-amerikanischer General oder Admiral. Dieser Oberbefehlshaber ist in Personalunion der verantwortliche Oberbefehlshaber aller NATO-Strukturen in Europa und damit Oberbefehlshaber der "BUNDESWEHR". Es ist der Supreme Allied Commander Europe (kurz "SACEUR" - deutsch: Oberster alliierter Befehlshaber Europa).

426 *OLG Frankfurt, 03.01.2020 - 2 Ss OWi 963/18*

Anders ausgedrückt: Der Oberbefehlshaber der "BUNDESWEHR" ist immer ein US-amerikanischer General oder Admiral. Die Befehlskette verläuft vom US-Präsidenten über den US-Verteidigungsminister zum SACEUR, gegenwärtig ist dies der General der United States Army Christopher G. Cavoli mit Sitz in den Patch Barracks 70569 Stuttgart, Vaihingen.
Demgegenüber ist die Position des sogenannten "NATO-Generalsekretärs" bedeutungslos. In dieser Funktion finden sich in aller Regel Europäer. Allerdings ist diese Position nicht mit irgendwelchen Entscheidungsbefugnissen verknüpft, sondern eher eine PR-Funktion.
Die "BRD" beziehungsweise die "BUNDESWEHR" ist Zwangsmitglied der NATO, da sie ohne Souveränität "BRD" der NATO nicht freiwillig beitreten konnte.

Angehörige der Firma "BUNDESWEHR" erfüllten die in der Genfer Konvention aufgestellten Kriterien für Söldner. Besondere Kriterien sind dabei, daß die Angehörigen der Firma "BUNDESWEHR" keine Angehörigen einer staatlichen Armee sind, unter dem Oberbefehl einer ausländischen Macht stehen und durch den Einsatz im Ausland erhebliche materielle Vorteile in Anspruch nehmen.[427]

Dies ergibt sich aus dem Zusatzprotokoll zu den Genfer Abkommen vom 12. August 1949 über den Schutz der Opfer internationaler bewaffneter Konflikte; Teil III Methoden und Mittel der Kriegsführung Kombattanten- und Kriegsgefangenenstatus; Abschnitt II "Kombattanten- und Kriegsgefangenenstatus" Artikel 47, Satz 2 Punkt a–f)

Art. 47 "Söldner"

1. **"Ein Söldner hat keinen Anspruch auf den Status eines Kombattanten oder eines Kriegsgefangenen."**
2. **"Als Söldner gilt,**
   a) wer im Inland oder Ausland zu dem besonderen Zweck angeworben ist, in einem bewaffneten Konflikt zu kämpfen
   b) wer tatsächlich unmittelbar an Feindseligkeiten teilnimmt
   c) wer an Feindseligkeiten vor allem aus Streben nach persönlichem Gewinn teilnimmt und wer von oder im Namen einer am Konflikt beteiligten Partei tatsächlich die Zusage einer materiellen Vergütung erhalten hat, die wesentlich höher ist als die den Kombattanten der Streitkräfte dieser Partei in vergleichbarem Rang und mit ähnlichen Aufgaben zugesagte oder gezahlte Vergütung
   d) wer weder Staatsangehöriger einer am Konflikt beteiligten Partei ist noch in einem von einer am Konflikt beteiligten Partei kontrollierten Gebiet ansässig ist
   e) wer nicht Angehöriger der Streitkräfte einer am Konflikt beteiligten Partei ist und
   f) wer nicht von einem nicht am Konflikt beteiligten Staat in amtlichem Auftrag als Angehöriger seiner Streitkräfte entsandt worden ist."

Die "BUNDESWEHR" ist völkerrechtlich betrachtet eindeutig eine reine Söldnertruppe einer Firma (der Firma "BRD") und steht unter ausländischem Oberbefehl, namentlich den USA.
Sofern Angehörige der Söldnertruppe "BUNDESWEHR" in Gefangenschaft geraten, haben sie keinen Anspruch darauf, gemäß den Genfer Konventionen oder der HLKO als Kriegsgefangene behandelt zu werden.

Wie in den vorausgegangenen Kapiteln dargestellt, ist das Besatzungsrecht das vor Gründung der "BRD" etabliert wurde weiterhin in Kraft und dem "Grundgesetz" gegenüber höherrangig. Die Firma "BUNDESWEHR" steht dabei unter dem Oberbefehl der USA. Gemäß dem Kriegsvölkerrecht (Haager Landkriegsordnung Art 45) ist es einer Besatzungsmacht jedoch untersagt, im Besatzungsgebiet Militär zu rekrutieren, das heißt zu mustern, für tauglich zu erklären und zu vereidigen. Dies gilt insbesondere wenn es sich um eine Wehrpflichtigen-Armee handelt.

Art. 45 HLKO - Haager Landkriegsordnung:[428]

"Es ist untersagt, die Bevölkerung eines besetzten Gebiets zu zwingen, der feindlichen Macht den Treueid zu leisten."

Insoweit ist der entsprechende Artikel im "Grundgesetz" ein unmittelbarer Verstoß gegen das Kriegsvölkerrecht in Gestalt der HLKO - Haager Landkriegsordnung

---

427 *Zusatzprotokoll zu den Genfer Abkommen vom 12. August 1949 über den Schutz der Opfer internationaler bewaffneter Konflikte (Protokoll I) Vom 8. Juni 1977; (BGBl. 1990 II S. 1550, 1551); Zuletzt geändert durch Art. 1 ÄndG vom 17.7.1997 (BGBl. 1993 II S. 1366)*

428 *"Die Haager Landkriegsordnung: nebst Anlagen und Ergänzungen"; ISBN: 978-3-86741-223-0*

"Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland"
Art 12a "Wehr- und Dienstpflicht"

(1) ***"Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband verpflichtet werden."***

Dabei ist die Wehrpflicht in der Firma "BUNDESWEHR" nur ausgesetzt und nicht abgeschafft.[429] Hieraus folgt, daß allein die Existenz der Firma "BUNDESWEHR" seit ihrer Gründung eine Verletzung des Kriegsvölkerrechtes darstellt.

Fazit: Die Firma "BUNDESWEHR" ist eine Söldnertruppe unter dem Oberbefehl der USA. Sie führt gemeinschaftlich völkerrechtswidrige Angriffskriege für ausländische Profitinteressen.
Die Verantwortungslosigkeit im Umgang mit den Menschen, die sich unter der Verfolgung von Idealen wie "Rechtsstaatlichkeit", "Menschenrechte" und "Demokratie" in Unkenntnis der Rechtslage zum Dienst in der Söldnertruppe "BUNDESWEHR" verpflichtet haben, ist ein besonders eindrucksvolles Beispiel dafür, mit welcher Gewissenlosigkeit von den Drahtziehern des "BRD"-Systems die Deutschen für fremde Interessen verheizt werden.

5.3.5. Rechtliche Situation von "BRD"-"Rechtsanwälten" und "Notaren"

Nach wie vor gilt das SHAEF-Gesetz Nummer 2, Artikel V, Satz 9:

"Niemand darf als Richter, Staatsanwalt, Notar oder Rechtsanwalt tätig werden, sofern er nicht seine Zulassung von der Militärregierung erhalten hat."[430]

Interessant ist, daß "BRD"-"Rechtsanwälte" über ihre Anwaltskammer in ihrer Berufsausübung kontrolliert und reglementiert werden. Rechtsanwälte haben im "BRD"-System die Aufgabe, dem "Gericht" zuzuarbeiten. Indem man im Rahmen eines "Verfahrens" im "BRD"-System einen "Rechtsanwalt" beauftragt, holt man sich sozusagen den Feind hinter die eigenen Linien. Man bezahlt damit einen Angestellten des Gerichts.

In diesem Kontext ist auch interessant, weshalb im "BRD"-System ein Anwalt dasselbe Honorar erhält, unabhängig davon, ob der Prozeß für die von ihm vertretene Prozesspartei gewonnen wird oder verloren geht.

Es gibt im Rechtssystem der Firma "BRD" eine weitere Kuriosität: In vielen "Gerichts"-"Verfahren" wird ein Anwaltszwang postuliert (beispielsweise §78 I ZPO). Dies ist jedoch auch nach den Regeln des Systems absolut unzulässig, insbesondere nach der
Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte Artikel 6:[431]

"Jeder hat das Recht, überall als rechtsfähig anerkannt zu werden."

Der durch die "BRD"-Justiz aufgestellte Anwaltszwang ist ein direkter Verstoß gegen Art. 6 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte.

Natürlich ist die Frage zu stellen, wieso man im "BRD"-System überhaupt einen Anwalt benötigt, um das Recht zu verstehen. Gesetze müssen doch schließlich so abgefaßt sein, daß jeder sie auch ohne Anwalt verstehen, und sich an sie halten kann. Die Juristen im "BRD"-System müssen eine sehr gute Lobby haben. Sie sorgen dafür, daß Regelungen derart unverständlich und unbestimmt fabriziert werden, daß hierdurch ein gigantisches Beschäftigungsprogramm für Juristen entstanden ist.

---

429 *Gesetz zur Änderung wehrrechtlicher Vorschriften 2011 (Wehrrechtsänderungsgesetz 2011 – WehrRÄndG 2011) Vom 28. April 2011*

430 *Gesetze der Militär-Regierung und des Kontrollrats, bis 1953... (=Sammlung der vom Alliierten Kontrollrat und der Amerikanischen Militärregierung erlassenen Proklamationen, Gesetze, Verordnungen, Befehle, Direktiven), Hemken, Ruth [Hrsg.]: Verlag: Stuttgart : Deutsche Verlagsanstalt Einband: Ringbuch 1946 - 1953.*

431 *Resolution der Generalversammlung 217 A (III). Allgemeine Erklärung der Menschenrechte; UN.org (PDF)*

5.3.6. Rechtliche Situation von "BRD"-"Gerichtsvollziehern"

Auch sogenannte "Gerichtsvollzieher" sind keine Staatsangehörige der "BRD" und können deshalb keine Beamten der "BRD" sein. "Gerichtsvollzieher" wurden bis zum 31.07.2012 im "BRD"-System lediglich "Beamte" genannt. Da der "Gerichtsvollzieher" angeblich hoheitlich tätig wurde, bedurfte es dafür einer grundgesetzlichen Ermächtigung gemäß dem Artikel 33 Abs. 4 GG":

"Die Ausübung hoheitsrechtlicher Befugnisse ist als ständige Aufgabe in der Regel Angehörigen des öffentlichen Dienstes zu übertragen, die in einem öffentlich-rechtlichen Dienst- und Treueverhältnis stehen."

Als Träger hoheitlicher Befugnisse gemäß Art. 33 Abs. 4 "Grundgesetz" war er gemäß Art. 20 Abs. 2 "GG" als ***"besonderes Organ der vollziehenden Gewalt"*** tätig.

Die "Gerichtsvollzieherordnung" ("GVO") fällt in die Zuständigkeit der "Bundesländer" wurde aber von den "Landesjustizverwaltungen" "bundeseinheitlich" beschlossen.

Bis zum 31.07.2012 galten die §§1 und 2 der "GVO" ("Gerichtsvollzieherordnung"):
§1 GVO "Rechtsstellung des Gerichtsvollziehers":

"Der Gerichtsvollzieher ist Beamter im Sinne des Beamtenrechts."

§2 GVO "Dienstbehörde"

1. ***"Dienstbehörde des Gerichtsvollziehers ist das Amtsgericht, bei dem er beschäftigt ist.***
2. ***Unmittelbarer Dienstvorgesetzter des Gerichtsvollziehers ist der aufsichtführende Richter des Amtsgerichts."***

Damit auch jeder wissen kann, daß "Gerichtsvollzieher" im "BRD"-System nicht hoheitlich handeln können, hat man den §1 GVO ***"Der Gerichtsvollzieher ist Beamter im Sinne des Beamtenrechts"*** ab 01.08.2012 ersatzlos aufgehoben!

Der §2 GVO lautet seit dem 01.08.2012 wie folgt:

§2 Dienstaufsicht

"Bei der ihm zugewiesenen Zwangsvollstreckung handelt der Gerichtsvollzieher selbstständig. Er unterliegt hierbei zwar der Aufsicht, aber nicht der unmittelbaren Leitung des Gerichts..."

Fazit: Auch nach den Regeln des "BRD"-Systems fehlt dem sogenannten "Gerichtsvollzieher" seit dem 01.08.2012 die Legitimation, mit Gewalt hoheitliche Vollstreckungsakte zu vollziehen.
Freiberufliche "Gerichtsvollzieher" können somit auch nach den Regeln des "BRD"-Systems nicht mit hoheitlichen Aufgaben betraut werden und dürfen auch nicht im Wege der "Amtshilfe" andere "Behörden" zur Unterstützung heranziehen. Im Gegenzug dürfen keine anderen "Behörden" des "BRD"-Systems "Amtshilfe" gewähren.

Gemäß §113 und §114 StGB ist tätlicher Widerstand gegen Vollstreckungsbeauftragte strafbar.
§113 StGB Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte:

(1) ***"Wer einem Amtsträger ..... der zur Vollstreckung von Gesetzen, Rechtsverordnungen, Urteilen, Gerichtsbeschlüssen oder Verfügungen berufen ist, bei der Vornahme einer solchen Diensthandlung mit Gewalt oder durch Drohung mit Gewalt Widerstand leistet oder ihn dabei tätlich angreift, wird ..... bestraft."***

Dabei beachte man den Satz 3 dieses Gesetzes:

(3) ***"Die Tat ist nicht (!) nach dieser Vorschrift strafbar, wenn die Diensthandlung nicht rechtmäßig ist... "***

Da die "Gerichtsbeschlüsse" im "BRD"-System gemäß §44 "Verwaltungsverfahrensgesetz" aufgrund fehlender richterlicher Unterschriften und wegen der Erfüllung von Straftatbeständen (Täuschung im Rechtsverkehr, Betrug, Amtsanmaßung, Verfassungshochverrat) immer unrechtmäßig sind, ist Widerstand, auch tätlicher Widerstand, gegen sogenannte "Vollstreckungsbedienstete" auch nach den Regeln des "BRD"-Systems durchaus legitim!
Aus diesem Grunde rücken "BRD"-Bedienstete für Enteignungs- und Plünderungsaktionen (beispielsweise wegen angeblicher "Schulden" gegenüber einer Firma namens "FINANZAMT") zumeist mit über 30 Mann starken Überfallkommandos an, um zu verhindern, daß jene, denen die Rechtslage bekannt ist, sich gegen derartige Übergriffe rechtmäßig zur Wehr setzen können.

5.3.7. Fehlende Staatlichkeit von "Zustellungen"

Früher Postamt

Unter staatlichen Verhältnissen gibt es **Amtliche Zustellungen**. Dies bedeutet, daß ein Beamter, der eine besondere Loyalitätspflicht gegenüber dem jeweiligen Staate hat, eine Zustellung vornimmt, die dann amtlich ist.
Dies ist mitunter sehr wichtig, da gerichtliche Zustellungen oder bestimmte amtliche Schreiben eben zuverlässig zugestellt werden müssen.

Heute "Post AG"

Da es im "BRD"-System keine Postämter und keine Beamte gibt, (die Post ist schließlich lediglich eine "AG" und die Zustellungen erfolgen zumeist durch Aushilfskräfte) wird die Zustellung in gelben Umschlägen heute nicht mehr als "Amtliche Zustellung" sondern nur noch als "Förmliche Zustellung" bezeichnet. Hierdurch wollen die Akteure verhindern, daß sie die Straftatbestände Betrug, Täuschung im Rechtsverkehr und Amtsanmaßung erfüllen.

Absender:
Der Polizeipräsident
in Berlin

Hinweis:
Umschlag bitte aufbewahren,
siehe Rückseite!

Zugestellt am
(Datum, ggf. Uhrzeit, Unterschrift)
03.06.11 Vonold

Zugestellt durch Niederlegung am
(Datum, ggf. Uhrzeit, Unterschrift)

Deutsche Post

Geschäftsnummer

Postanschrift
12680 Berlin

Der Polizeipräsident in Berlin, 12680 Berlin
58.20.846867.5 K
Herrn
[redacted]

Förmliche Zustellung

Weitersenden innerhalb des
☐ Bezirks des Amtsgerichts ☐ Bezirks des Landgerichts
☒ Inlands

Bei der Zustellung zu beachtende Vermerke
☐ Ersatzzustellung ausgeschlossen
Keine Ersatzzustellung an:
☐
☐ Nicht durch Niederlegung zustellen
☐ Mit Angabe der Uhrzeit zustellen

Statt Amtlicher Zustellung nur noch "Förmliche" Zustellung

6. "BRD" - Systemimanenz aller Probleme

In der Analyse muß man zwingend zu dem Ergebnis kommen: Das "BRD"-System ist offensichtlich strukturell und funktionell darauf ausgerichtet, den deutschen Völkern den maximal möglichen Schaden zuzufügen. Alle Mißstände im "BRD"-System, alle Probleme die wir haben, sind für uns Deutsche (und nicht nur für uns Deutsche) absolut existentiell. Es sind Fragen auf Leben und Tod. Alle aktuellen schweren Probleme sind systemimmanent. Sie werden durch das System erzeugt und mit erheblichem Energieaufwand durch das System aufrechterhalten. Damit ist das System selbst das Problem.

6.1. "BRD" - ohne politische Reformierbarkeit

Ohne rechtsstaatliche Strukturen, die Industrien Rahmen und Grenzen setzen, schreiben sich die Finanzindustrie, die Pharmaindustrie und auch die Rüstungsindustrie ihre Regeln selbst, produzieren ihre eigenen "Krisen" und liefern die Lösung in der Form der Optimierung des eigenen Geschäftsmodells, einschließlich der Etablierung faschistischer Verhältnisse
Wir müssen erkennen, daß die "BRD" selbst als Staatssimulation komplett versagt. Auch als Staatssimulation müßte das "BRD"-System zum Wohle der "Bevölkerung" der Finanzindustrie, der Pharmaindustrie und der Rüstungsindustrie Grenzen setzen. Stattdessen ist das "BRD"-System der Erfüllungsgehilfe dieser Industrien.

Der Prostitutionscharakter des Systems verhindert jede Reformierbarkeit. Das "BRD"-System ist politisch nicht reformierbar, weil es so konstruiert ist, daß die Profiteure von den Mißständen diejenigen sind, die die Macht haben, diese Mißstände zu beseitigen.

Die notwendigen Maßnahmen, um die Probleme zu lösen wären:

- Demokratisierung des Systems mit Volksentscheiden, Volksbefragungen, Volksbegehren, Subsidiaritätsprinzip, Parteienfinanzierungsverbot und noch besser: Parteienverbot
- Freiheit der Abgeordneten
- Strafbarkeit von Nebeneinkünften und anderen Bestechungsversuchen für Abgeordnete und andere politische Entscheidungsträger
- konsequente Gewaltenteilung mit unabhängigen Richtern und Staatsanwälten
- Rede- und Pressefreiheit, Enteignung von Medienunternehmen und anderen Konzernen, die der Etablierung faschistischer Verhältnisse Vorschub leisten oder geleistet haben

Ein solcher Umbau des Systems müßte nunmehr von denjenigen geleistet werden, die am meisten von diesen Mißständen profitieren.

Fazit: **Wenn die "BRD" als Staatssimulation einen Rechtsstaat simulieren würde, wären die gigantischen Mißstände in diesem System nicht möglich oder könnten kurzfristig behoben werden. Das "BRD"-System ist jedoch so konstruiert, daß man in jedem Bereich die Frösche fragen muß, ob der jeweilige Sumpf trocken gelegt werden kann oder nicht. Damit ist das System politisch noch nicht einmal im Ansatz reformierbar!**

6.2. "BRD" - ohne juristische Heilbarkeit

Im Folgenden wird begründet, weshalb eine juristische Heilung der Einzelaspekte des "BRD"-Systems (siehe auch Kapitel "3. Wesen der "BRD") nicht möglich ist:

Die "BRD" ist nachgewiesenermaßen:

1. **ein Fremdherrschaftsinstrument**
   Dies könnte theoretisch nur behoben werden durch eine Friedensregelung zum "Zweiten Weltkrieg". Hiermit würde die "BRD" jedoch aufhören zu existieren. Das Siegerrecht des zweiten Weltkrieges ist die Grundlage für die "UN" und das Besatzungsrecht mit den Besatzungszonen. Dieses Besatzungsrecht ist die Voraussetzung für die Besatzerverwaltungen "BRD" und (vormals) "DDR". Mit einer Friedensregelung endet der Kriegszustand und damit augenblicklich jede Besatzerverwaltung, so auch die "BRD". Nebenbei hätten dann auch die "UN" keine Rechtsgrundlage mehr und würden augenblicklich aufhören zu existieren.
2. **eine Besatzerverwaltung ohne Staatlichkeit**
   Man kann eine Kolonialverwaltung oder Besatzerverwaltung nicht in einen Staat umwandeln. Es benötigte hierfür staatliche Legitimation. Man kann einen Staat nicht gründen, in einem Staat den es bereits gibt. Die 26 Staaten im Staatenbund Deutsches Reich im Rechts- und Gebietsstand von 1914 existieren formaljuristisch nach wie vor. Man müßte diese erst getrennt und unabhängig voneinander auflösen, ehe man einen neuen Staat errichten kann.
3. **eine gegenwärtig offen sichtbare faschistische Diktatur**
   Faschismus ist eine Einbahnstrasse. Er könnte nur auf friedlichem Wege enden, wenn die Machthaber freiwillig von ihrer Macht abgeben. Dies ist nicht realistisch Der "BRD"-Faschismus unter dem Vorwand des "Gesundheitsschutzes", der "Terrorbekämpfung" und der "Klimarettung" endet erst, wenn das "BRD"-System restlos beseitigt ist.
4. **eine reine Handelsrechtskonstruktion bzw. eine Firma**
   Man kann eine Firma nicht in einen Staat umwandeln. Es benötigte hierfür staatliche Legitimation. In einer Firma gibt es nur Personal und keine Staatsangehörigen. Für eine Abstimmung im Staatsrecht braucht es jedoch die Definition der Staatsangehörigen, weil nur diese im Staatsrecht abstimmungsberechtigt sein können.
5. **eine verfassungsfeindliche verbrecherische Vereinigung**
   Es gibt keinen staatsrechtlichen oder völkerrechtlichen Akt zur Legitimation einer verfassungsfeindlichen verbrecherischen Organisation wie der "BRD".
6. **eine lupenreine Nazi- und Reichsbürger- Organisation**
   Nähme man der "BRD" das Nazi-Recht, bliebe von ihr nichts mehr übrig. Schließlich ist die Definition der Abstimmungsberechtigten (aktives und passives Wahlrecht) und die Definition, wer von der "BRD" verwaltet werden, und wer Funktionär werden kann (deutsche Staatsangehörigkeit entsprechend 116/1 "GG" sowie Verordnung vom 05.02.1934) die Anwendung von Nazi-Recht. Ohne diese wäre die "BRD" augenblicklich nicht mehr existent.

Fazit: Das "BRD"- System ist eine Staatssimulation und besteht aus einer Mischung aus Nazi-Recht und Besatzungsrecht. Beseitigt man auch nur eines der beiden, hört die "BRD" augenblicklich auf zu existieren. Die "BRD" als Besatzerverwaltung und Nazi- beziehungsweise Reichsbürgerorganisation ist somit juristisch noch nicht einmal ansatzweise heilbar.
Zur Herstellung von rechtsstaatlichen Verhältnissen bleibt nur die restlose Beseitigung des "BRD"-Systems und die juristische Aufarbeitung der von "BRD"- Funktionärsbonzen begangenen Verbrechen vor Staatsgerichten.

7. Das "UN"-System und das Scheitern der sogenannten "Nachkriegsordnung"

Gemäß Artikel 24 der Haager Landkriegsordnung ist die Anwendung von Kriegslisten legitim.

Art. 24 HLKO:[432]

"Kriegslisten … sind erlaubt."

Dies hat zur Folge, daß Geheimabsprachen im Kriegszustand legitim sind. Wie bereits ausgeführt, ist der Kriegszustand zum ersten und zweiten Weltkrieg nicht beendet worden. Somit gilt die HLKO - Haager Landkriegsordnung weiterhin im Kriegsgebiet. Hierdurch entsteht für uns das Problem, daß zu vielen Vorgängen keine zitierfähigen Quellen zur Verfügung stehen. Vieles wird auf dieser Rechtsbasis in irgendwelchen Hinterzimmern verabredet. Beispielsweise gibt es bis heute keine zitierfähige Quelle darüber, weshalb in den "UN" - Vereinte Nationen die Russische Föderation Rechtsnachfolger der Sowjetunion ist und nicht beispielsweise die Ukraine, die baltischen Staaten oder Kasachstan. Wenn wir wissenschaftlich die Dinge bearbeiten, müssen wir uns anstelle von zitierfähigen Quellen oft auf Beobachtungen und Indizien stützen.

Die Rechtsgrundlagen der "Vereinten Nationen" sind in erster Linie aus ihrer Entstehungsgeschichte verständlich. Erwähnenswert ist die Atlantik-Charta vom 14.08.1941. Unter dem Eindruck des Krieges des "Dritten Reiches" gegen die Sowjetunion trafen sich Roosevelt und Churchill vom 09. bis 12.08.1941 unter höchster Geheimhaltung auf dem britischen Schlachtschiff HMS Prince of Wales in der Placentia Bay vor Neufundland. Hier vereinbarten sie die "Atlantik-Charta", die am 14.08.1941 veröffentlicht wurde. In ihr wurden gemeinsame Grundsätze ihrer internationalen Politik formuliert. Die Erklärung wurde am 24.09.1941 von der Sowjetunion und neun (Exil-) Regierungen des besetzten Europa unterzeichnet, nämlich von Belgien, Griechenland, Jugoslawien, Luxemburg, den Niederlanden, Norwegen, Polen, der Tschechoslowakei und von Vertretern des "Freien Frankreichs".
Auf der Konferenz wurden unter anderem die Gründung der "Vereinten Nationen" beschlossen, alle Unterzeichner der Atlantik-Charta gelten damit als Gründungsmitglieder der "Vereinten Nationen". [433]
Diese "Anti-Hitler-Koalition" ist rechtssubjektidentisch mit den späteren "UN" - Vereinte Nationen. Von System-Historikern wird behauptet, die "UN" - Vereinte Nationen seien 1945 mit der Erstellung der "Charta der Vereinten Nationen" gegründet worden. Dies ist jedoch offensichtlich eine Ablenkung. Das erste Dokument und damit das Gründungsdokument der "UN" - Vereinte Nationen ist die Unterzeichnung der Erklärung der Atlantik-Charta vom 24.09.1941 bei der die "Anti-Hitler-Koalition" gegründet wurde. Hauptalliierte sind die USA Großbritannien und die Sowjetunion.
Diese "Anti-Hitler-Koalition" wurde von den USA in die "UN" - Vereinte Nationen umgewandelt und ist rechtssubjektidentisch mit den "UN" - Vereinten Nationen.

Erstes Dokument der "UN" - Vereinte Nationen ist die die Deklaration der "Vereinten Nationen" vom 01.01.1942. Durch sie wurden alle Mitglieder der "Anti-Hitler-Koalition" verpflichtet, in den Kriegszustand mit dem "Dritten Reich" einzutreten und die USA als Hauptsiegermacht und Kriegsgesetzgeber anzuerkennen. Sie verpflichteten sich weiterhin, keine separaten Friedensschlüsse oder Waffenstillstandsabkommen abzuschließen. Damit war die "Anti-Hitler-Koalition" in die "Vereinte Nationen" überführt und ein Verlassen der "UN" ohne deren Auflösung durch eine umfassende weltweite Friedensregelung nicht möglich.

USA als Hauptsiegermacht

Die "Deklaration der Vereinten Nationen vom 01.01.1942" ist bis heute Rechtsgrundlage für die Existenz der "Vereinten Nationen". Alle "Staaten", die später den "Vereinten Nationen" beigetreten sind, haben diese rechtlichen Grundlagen anerkannt und unterzeichnet. Alle diese Staaten sind mit Eintritt in die "UN" automatisch in den Kriegszustand mit dem "Dritten Reich" eingetreten.
Die "Vereinten Nationen" sind damit die vereinten Kriegsgegner des "Dritten Reiches" (und Japan) Der nach wie vor bestehende Kriegszustand mit dem "Dritten Reich" (und Japan) ist die Existenzgrundlage der "UN"

432 *RGBl. 1910 Seite 107*
433 *Helmut Vogler, "Geschichte der Vereinten Nationen"; De Gruyter, 2011, ISBN 978-3-486-58230-7, S. 2 ff.*

Mit Beitritt zur "Anti-Hitler-Koalition" beziehungsweise den "Vereinte Nationen" haben diese "Staaten" offenbar eingewilligt, daß der oberste Befehlshaber der US-Streitkräfte (damals General Dwight D. Eisenhower) gleichzeitig weltweit der oberste Befehlshaber aller alliierten Streitkräfte war (beispielsweise auch der Streitkräfte der damaligen Sowjetunion).
Wichtigstes Indiz (kein Beweis) hierfür ist die Proklamation Nr. 1 von Eisenhower

Proklamation Nr. 1 an das deutsche Volk des Obersten Befehlshabers der alliierten Streitkräfte, General D. Eisenhower; 18. September 1944:[434]

"An das Deutsche Volk:
Ich, General Dwight D. Eisenhower, Oberster Befehlshaber der Alliierten Streitkräfte gebe hiermit Folgendes bekannt:

I.
Die Alliierten Streitkräfte, die unter meinem Oberbefehl stehen, haben jetzt deutschen Boden betreten. Wir kommen als ein siegreiches Heer…

II.
Die höchste gesetzgebende, rechtsprechende und vollziehende Machtbefugnis und Gewalt in dem besetzen Gebiet ist in meiner Person als Oberster Befehlshaber der Alliierten Streitkräfte und als Militärgouverneur vereinigt. Die Militärregierung ist eingesetzt, um diese Gewalten unter meinem Befehl auszuüben…."
…
Dwight D. Eisenhower
General
Oberster Befehlshaber
Alliierte Streitkräfte

Eisenhower definiert sich hier ganz klar als "oberster Befehlshaber" aller alliierten Streitkräfte (offenbar auch der Streitkräfte der Sowjetunion) und als Befehlshaber der (US-amerikanischen) Militärregierung in Personalunion in Deutschland. Widersprüche gegen die SHAEF-Gesetze oder gegen diese Proklamation Nr. 1 seitens des Militärs der Sowjetunion, des Vereinigten Königreichs oder der französischen Republik sind dem Verfasser der vorliegenden Abhandlung nicht bekannt.

In der Konsequenz haben die "Staaten", die den "UN" beigetreten sind, offensichtlich bis zu einem Friedensvertrag ihre Militärhoheit auf die USA übertragen.

Die Abgabe der Militärhoheit an einen anderen Staat ist in der Geschichte nicht ungewöhnlich. Beispielsweise haben im Deutschen Krieg von 1866 die meisten deutschen Staaten nördlich der Main-Linie die Militärhoheit an das Königreich Preußen abgegeben. Damit ist in aller Regel ein umfassender Rechtekatalog für die militärische Hoheitsmacht in diesen "Staaten" gegeben.

Die Übertragung der Militärhoheit hätte zur Folge daß die USA in sämtlichen alliierten "Staaten" beispielsweise Truppen stationieren, Kampfhandlungen ausführen, auf die Ressourcen der jeweiligen "Staaten" zuzugreifen und Schäden anrichten könnten, die nicht in Form von Reparationen ausgeglichen werden müßten.
Es gibt kein Beispiel in der Geschichte, wonach die USA jemals von einmal erlangten Rechten wieder abgegeben hätten. Da der Kriegszustand, weder zum ersten noch zum zweiten Weltkrieg jemals beendet wurde, gelten diese Vereinbarungen mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit noch heute.
In der Konsequenz bedeutet dies: Wenn die US-Streitkräfte im Irak auf Saddams Truppen schießen, schießen sie sinngemäß auf ihr eigenes Militär, welches gerade "meutert". Da der Kriegszustand zum sogenannten "Zweiten Weltkrieg" niemals beendet wurde, brauchte es für Kriegshandlungen in Irak oder wo immer auf dieser Welt auch keine Kriegserklärungen.

Offenbar haben die Mitgliedsstaaten der "UN" mit ihrer Mitgliedschaft auch die Kriegsgesetzgebungshoheit an das US-Militär abgegeben. Das Militär der USA hat die SHAEF-Gesetze erlassen. In keinem der SHAEF-Gesetze wird deren Gültigkeit auf bestimmte einzelne Besatzungszonen begrenzt. Es wird immer das Besatzungsgebiet in Gänze benannt. Das heißt, bei den SHAEF-Gesetzen handelt es sich nicht um einfaches Besatzungsrecht für eine der Besatzungszonen sondern um übergeordnetes Besatzungsrecht, welches für alle vier Besatzungszonen und für alle vier Besatzungssektoren von Berlin gilt.

---

434 *Militärregierung Deutschland, Kontrollgebiet des Obersten Befehlshabers; Proklamation Nr. 1 an das deutsche Volk des Obersten Befehlshabers der alliierten Streitkräfte, General D. Eisenhower; 18. September 1944. Sammlung der Gesetze, Verordnungen, Anweisungen und Anordnungen der Militärregierung - Deutschland (Englischer und deutscher Text) Authorized for Publishing by Military Government Druck von Albert Höntges Söhne 1946, Krefeld, Petersstraße 63; 1949*

Mit Verordnung Nr. 1, 2 und 3 und allen SHAEF-Gesetzen bringt das US-Militär zum Ausdruck, daß es neben der Militärhoheit auch die Rechtssetzungshoheit im gesamten Besatzungsgebiet inne hat.

Durch diese Kriegsgesetzgebungshoheit auf der Basis der Militärhoheit hatte das Militär der USA offenbar das Recht, das gesamte "Dritte Reich" im gesamten Besatzungsgebiet zu beschlagnahmen, was sie dann im SHAEF-Gesetz Nr. 52 Artikel 1 Absatz 1 auch gemacht haben.

SHAEF-Gesetz Nr. 52 Artikel 1:

1. ***"Vermögen innerhalb des besetzten Gebietes, das unmittelbar oder mittelbar, ganz oder teilweise im Eigentum oder unter der Kontrolle der folgenden Personen steht, wird hiermit hinsichtlich Besitz oder Eigentumsrecht der Beschlagnahme, Weisung, Verwaltung, Aufsicht oder sonstigen Kontrolle durch die Militärregierung unterworfen:***

(a) ***Das Deutsche Reich oder eines seiner Länder, Gaue oder Provinzen oder eine gleichartige staatliche oder kommunale Verwaltung ..."***

Interessanter Nebenaspekt:
Hier ist vom "Deutschen Reich" die Rede, obgleich das Deutsche Reich von 1871 keine "Länder" oder "Gaue" hatte. Gemeint ist somit klar der Komplex "Weimarer Republik"/"Drittes Reich". Offenbar wird bereits zu diesem Zeitpunkt gezielt der Begriff "Deutsches Reich" mißbraucht, wenn das sogenannte "Dritte Reich" als Modifikation der "Weimarer Republik" gemeint ist.

Bereits 1944 haben die USA ihre Macht als Hauptsiegermacht genutzt und auf einer Finanzkonferenz der "UN" mit den damals 44 "UN"-Mitglieds-"Staaten" in Bretton Woods / USA das sogenannte "Bretton-Woods-System" verfügt. Hierbei handelt es sich um ein internationales Währungssystem mit dem US-Dollar als goldgedeckte Leitwährung. Die "UN"-Mitglies"staaten" lagerten hierfür ihre Goldreserven bei der Federal Reserve in den USA ein (Lagerort "Fort Knox"). Dieses Regelwerk beinhaltete, daß Zentralbanken der "UN"-Mitglieds-"Staaten" für herausgegebenes Kreditgeld in ihren Währungen den entsprechenden Betrag in US-Dollar einlagern müssen ("Currency-board-system"). Somit gibt es auf der ganzen Welt nur US-Dollar ("Leitwährung"), andere Währungen sind nur Etikettenschwindel. Damit ist gewährleistet, daß alle Geldreserven der "UN"-Mitglieds-"Staaten" letztlich Dollarbestände sind und alle internationalen Geschäfte in Dollar abgewickelt werden ("Leitwährung"). Beispielsweise unterliegt auch die Zentralbank der Russischen Föderation aufgrund dieser Regelungen einem solchen "Currency-Board-System", damit ist der Russische Rubel auch nur eine Form des Dollars. Bestandteil des Bretton-Woods-Systems" war ferner die Gründung der "UN"-Organisationen "Weltbank" und "IWF", die die finanziellen Interessen der Hauptsiegermacht USA weltweit durchsetzen.
Mit dem Bretton-Woods-System mußten die "UN"-Mitglieds-"Staaten" ihre Finanzhoheit an die USA, genauer an die Privatbank "Federal Reserve" abgeben.[435,436,437,438,439]

In der Konsequenz bedeutet dies, daß die Mitglieder der "UN" - Vereinte Nationen

1. **die Militärhoheit** an die USA
2. **die Kriegsrechtssetzungshoheit** an die USA
3. **die Finanzhoheit** an die "Federal Reserve" / USA

abgegeben haben. Sie alle bleiben solange rechtlich Knechte der USA, bis die USA einen Friedensvertrag mit dem "Dritten Reich" abschließen.

Diese superiore Rechtsposition ermöglichte es den USA später, die Sowjets auf die Palme zu bringen, indem sie 1948 mit den SHAEF-Gesetzen Nr. 60, 61 und 67 (vermutlich rechtmäßig) verfügten, daß die D-Mark auch in Mitteldeutschland und im sowjetischen Sektor von Berlin gesetzliches Zahlungsmittel sein solle. [440]
Dies beantworteten die frustrierten Sowjets mit der Berlin-Blockade, es führte ferner zur Trennung der Deutschen in die Konstrukte "BRD" und "DDR" und beförderte später den "Kalten Krieg".

---

435 *Michael D. Bordo, Barry Eichengreen: "The Bretton Woods International Monetary System: An Overview. - A Retrospective on the Bretton Woods System." The University of Chicago Press, 1993, ISBN 0-226-06587-1, S. 5 ff.*

436 *Manfred Borchert: "Aussenwirtschaftslehre. Theorie und Politik." 7., überarbeitete Auflage. Gabler, Wiesbaden 2001, ISBN 3-409-63907-1, S. 427.*

437 *Gerhard Rübel; "Grundlagen der monetären Außenwirtschaft"; Oldenbourg Wissenschaftsverlag, (2009) ISBN 978-3-486-59081-4, S. 171 ff.*

438 *Michael Frenkel, Alexander Karmann, Bert Scholtens; "Sovereign Risk and Financial Crises"; Springer Berlin (Verlag) 2004; ISBN: 978-3-540-22248-4*

439 *Eckart Koch; "Internationale Wirtschaftsbeziehungen"; Vahlen/München, 2006, ISBN 978-3-8006-3357-9; S. 320 ff.*

440 *SHAEF-Gesetz Nr. 60, 61 und 67 in "Gesetze der Militär-Regierung und des Kontrollrats, bis 1953... (=Sammlung der vom Alliierten Kontrollrat und der Amerikanischen Militärregierung erlassenen Proklamationen, Gesetze, Verordnungen, Befehle, Direktiven", Hemken, Ruth [Hrsg.]: Verlag: Stuttgart : Deutsche Verlagsanstalt Einband: Ringbuch 1946 - 1953.*

Feindstaatenklausel [441,442]

Gemäß der "Charta der Vereinten Nationen" gibt es ein grundsätzliches Gewaltverbot. Dieses allgemeine Gewaltverbot ist in Artikel 2 Nr. 4 der "Charta der Vereinten Nationen" festgelegt und verbietet den "UN"-"Mitgliedern" die militärische Gewaltanwendung ohne Zustimmung des Weltsicherheitsrates.

Artikel 2 der UN-Charta
Nr. 4

"Alle Mitglieder unterlassen in ihren internationalen Beziehungen jede gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete oder sonst mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbare Androhung oder Anwendung von Gewalt."

Jedoch finden sich zwei Artikel in der Charta der Vereinten Nationen, die die sogenannte "Feindstaatenklausel" verkörpern. Es sind dies die Artikel 53 und 107.

Artikel 53 der UN-Charta

(1) ***"... Ohne Ermächtigung des Sicherheitsrats dürfen Zwangsmaßnahmen .... nicht ergriffen werden; ausgenommen sind Maßnahmen gegen einen Feindstaat ....."***
(2) ***"Der Ausdruck "Feindstaat" in Absatz 1 bezeichnet jeden Staat, der während des Zweiten Weltkriegs Feind eines Unterzeichners dieser Charta war."***

Artikel 107 der UN-Charta

"Maßnahmen, welche die hierfür verantwortlichen Regierungen als Folge des Zweiten Weltkriegs in bezug auf einen Staat ergreifen oder genehmigen, der während dieses Krieges Feind eines Unterzeichnerstaats dieser Charta war, werden durch diese Charta weder außer Kraft gesetzt noch untersagt."

Damit sind "Feindstaaten" vom sogenannten "Gewaltverbot" ausgenommen. Folgerichtig sind Gewalthandlungen gegen ehemalige Kriegsgegner wie Japan oder das "Dritte Reich" (Rechtsnachfolger "BRD") ohne Zustimmung des Weltsicherheitsrates legitim.

Interessanter Nebenaspekt:

Die "BRD" ist bekanntermaßen Rechtsnachfolger des "Dritten Reiches". Demzufolge kann jedes "UN"-Mitglied gegen die "BRD" ohne Zustimmung des Weltsicherheitsrates Kriegshandlungen durchführen. Das bedeutet, daß beispielsweise die Russische Föderation ohne Zustimmung des Weltsicherheitsrates jederzeit rechtmäßig Kriegshandlungen gegen die "BRD" aufnehmen kann.
Wie bereits ausgeführt *(siehe Kapitel "4.5. Der gegenwärtige rechtliche Status von Mitteldeutschland")*, ist die Russische Föderation Rechtsnachfolger der Sowjetunion und damit eine Siegermacht des sogenannten "Zweiten Weltkrieges". Die "BRD" ist Rechtsnachfolger des sogenannten "Dritten Reiches". Damit ist die "BRD" an die Vereinbarungen zur bedingungslosen Kapitulation vom 09.05.1945 gegenüber den Siegermächten und somit gegenüber der Russischen Föderation gebunden. Mit der Lieferung von Kriegswaffen an die Ukraine wurde die "BRD" zur Kriegspartei gegen eine Siegermacht des zweiten Weltkrieges. Hiermit wurden von den Machthabern des "BRD"-Systems die Vereinbarungen zur bedingungslosen Kapitulation, das heißt die Waffenstillstandsvereinbarung vom 09.05.1945 gebrochen.
Als Rechtsnachfolger der Sowjetunion hat die Russische Föderation gemäß dem nach wie vor gültigen Siegerrecht des zweiten Weltkrieges jederzeit das Recht, die Herausgabe / Übergabe ihrer Besatzungszone (Mitteldeutschland) und ihres Besatzungssektors von Berlin zu verlangen und gegebenenfalls unter Aufnahme von Kriegshandlungen durchzusetzen.
Daß das "BRD"-System Teil der "NATO" ist, spielt dabei keine Rolle. Schließlich ist das Recht der "UN" dem Recht der NATO gegenüber höherrangig. Altes Thema: Höherrangiges Recht bricht niederrangiges Recht.
Mit der Lieferung von Kriegswaffen an die Ukraine haben die Machthaber im "BRD"-System alle Menschen in Deutschland in unmittelbare Kriegsgefahr gebracht.

Die "BRD" ist im Jahre 1973 den "Vereinten Nationen" ebenfalls beigetreten und hat sich damit folgerichtig als Kriegsgegner der deutschen Völker beziehungsweise "Deutschlands" positioniert.

Da die drei Siegermächte USA, Großbritannien und die Sowjetunion auf den Konferenzen von Jalta und Potsdam beschlossen und bekräftigt haben, in Fragen, die "Deutschland als Ganzes" betreffen, gemeinsam zu entscheiden, wäre ein Friedensvertrag mit dem Deutschen Reich von den drei Siegermächten einerseits und dem Deutschen Reich andererseits zu schließen. Separate Friedensverträge sind somit nicht möglich. Wie bereits geschildert, wäre ein solcher Friedensvertrag für Europa demzufolge ein "3+1 Vertrag" (und eben nicht ein "2+4-Vertrag").

---

441 *"Laut Charta der Vereinten Nationen - Deutschland ist >>Feindstaat<<"; n-tv online 22.09.2012)*
442 *Gesetz zum Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zur Charta der Vereinten Nationen vom 06.06.1973; BGBl. II 1973 S. 430*

Laut Verfassung der USA ist der jeweilige Präsident der USA der Oberbefehlshaber der Streitkräfte.

(vgl. Verfassung der USA Artikel 2 Abschnitt 2)

Unabhängig hiervon ist <u>nur</u> der US-Kongreß berechtigt, Krieg zu erklären.

(vgl. Verfassung der USA Artikel 1 Abschnitt 8)

Da der Kriegszustand nie beendet wurde, muß der Präsident der USA den Kongreß nicht fragen, ob er Kriegshandlungen ausführen lassen darf. Der Präsident der USA kann dies nach eigenem Gutdünken entscheiden, und das alles, weil ja der Kriegszustand als solcher in der Welt nach wie vor besteht.
Damit kann der Präsident der USA in der Welt praktisch machen was er will. Er kann Foltergefängnisse im Ausland unterhalten, er kann in jedem Land Truppen einmarschieren und Kampfhandlungen ausführen lassen, er kann Gelder von angeblichen "Schurkenstaaten" einfrieren lassen, er kann die CIA mit Sabotage und "false-flag-Aktionen" beauftragen u.s.w..

Der Präsident der USA handelt in jedem Falle rechtskonform nach den Buchstaben der genannten völkerrechtlichen Gesetze, wenn auch nicht nach deren Geiste, da diese Gesetze ja für den Krieg gegen das "Dritte Reich" (und Japan) gemacht wurden, und nicht, um Jahrzehnte später andere Völker zu versklaven. Dennoch kann niemand den Präsidenten der USA (weder innerhalb noch außerhalb der USA) wegen Handlungen zur Rechenschaft ziehen, die er unter dem Recht des noch immer fortbestehenden weltweiten Kriegszustandes ausführt, oder ausgeführt hat.

<u>Formale Kriegserklärungen gegen das "Dritte Reich"</u>

<u>1939</u>
Polen
Großbritannien
Australien
Neuseeland
Frankreich
Südafrikanische Union
Kanada

<u>1940</u>
Norwegen
Dänemark
Niederlande
Belgien
Luxemburg

<u>1941</u>
Jugoslawien
Griechenland
UdSSR
China
Frankreich
<u>"Drittes Reich" an USA</u>
Kuba
Dominikanische Republik
Guatemala
Nicaragua
Haiti
Honduras
El Salvador
Tschechoslowakei

<u>1942</u>
Panama
Mexiko
Brasilien
Äthiopien

<u>1943</u>
Irak
Bolivien
Iran
Italien
Kolumbien

<u>1944</u>
Liberia
San Marino
Rumänien
Bulgarien
Ungarn

<u>1945</u>
Ecuador
Paraguay
Peru
Uruguay
Venezuela
Ägypten
Syrien
Libanon
Saudi Arabier
Türkei
Finnland
Argentinien

<u>Implizite Kriegserklärungen gegen das "Dritte Reich" (und Japan) durch spätere Mitgliedschaft in den "UN" - Vereinten Nationen</u>

<u>1946-2011</u>
sind praktisch alle übrigen Staaten der Welt den "UN" - Vereinte Nationen beigetreten.

Kriegshandlungen der USA seit 1945

1945 bis 1960 – China, 100 000 Soldaten und CIA-Operationen zur Unterstützung Tschiang-Kai-Scheks
1946 – Italien, CIA sabotierte Wahlen
1946 – Bolivien – Die CIA organisiert den Sturz und die Ermordung des reformerischen Präsidenten Gualberto Villarroel López, um die Macht wieder der Oligarchie zu übergeben.
1947 – Griechenland – Logistisches, finanzielles und technisches Eingreifen der USA zur Abwehr des "Kommunismus" in Form der Unterstützung der faschistischen Diktatur.
1950 bis 1953 – Korea – Kriegshandlungen der USA gegen Nordkorea.
1953 – Iran – Die CIA betreibt den Sturz des Premierministers Mohammad Mossadegh zum Zwecke des Einsatzes einer den USA genehmen Regierung ("Operation Ajax").
1954 – Guatemala – Die CIA organisiert eine Söldnerinvasion gegen Guatemalas Präsidenten Jacobo Arbenz Guzmán, der eine durchgreifende Landreform durchführen und den Grundbesitz der United Fruit Company verstaatlichen will ("Operation PBSUCCESS"). In einem Putsch wird Arbenz mit Unterstützung der USA gestürzt. In den folgenden drei Jahrzehnten herrschen Militärterror und Bürgerkrieg, dem über 140.000 Menschen zum Opfer fallen. Der Bürgerkrieg endet erst am 30.12.1996 mit der Unterzeichnung eines Waffenstillstandsvertrages.
1956 – Ägypten – Militärisches Eingreifen der USA in der "Suez-Krise".
1958 – Libanon – Militärisches Eingreifen der USA im Bürgerkrieg im Libanon ("Operation Blue Bat").
1958 – Militärisches Eingreifen der USA in der Taiwan-Straße.
1959 – Kuba – Logistisches, finanzielles und technisches Eingreifen der USA zum Sturz der Regierung von Ministerpräsident Fidel Castro.
1960 – Kongo – Die CIA betreibt den Putsch gegen die legitime Regierung. Der demokratisch gewählte Ministerpräsident Lumumba wird ermordet.

1961 – Kuba – Eine von den USA ausgebildete und ausgerüstete Guerillagruppe aus Exilkubanern scheitert bei der Invasion in der Schweinebucht auf Kuba. Die Operation wird durch die US-amerikanische Bombardierung kubanischer Luftabwehrstellungen vorbereitet.
1962 – Kuba – Während der so genannten Kubakrise (Oktober/November) wird die Insel durch die USA mit einer totalen Blockade belegt.
1963 – Dominikanische Republik – Der legitime Präsident wird unter direkter Beteiligung der CIA gestürzt.
1964 – Laos – jahrelange massive direkte Kriegshandlungen der USA gegen Laos.
1964 – Brasilien – Mit logistischer Unterstützung durch die CIA wird der linksgerichtete Präsident João Goulart gestürzt. Es erfolgt die Errichtung einer Militärdiktatur durch die USA, die bis 1982 das Land beherrscht.
1964 bis 1975 – Vietnam – Kriegshandlungen der USA gegen Nordvietnam.
1964 bis 1982 – Bolivien – Die USA inszenieren eine Vielzahl von militärischen Staatsstreichen
1965 – Dominikanische Republik – Milliträrintervention der USA mit Installation einer Marionettenregierung.
1965 – Kambodscha – Kriegshandlungen der USA gegen Kambodscha zur Ausweitung des Vietnamkrieges.
1965 – Indonesien – Militärputsch unter direkter Beteiligung der CIA. Die Putschisten lassen unmittelbar nach dem Putsch bis zu 1.000.000 Menschen umbringen.
1966 – Ghana, die CIA betreiben einen Putsch gegen den Präsidenten Nkrumah
1967 – Logistisches, finanzielles und technisches Eingreifen der USA für Israel und gegen die arabischen Staaten in Nahost im "Sechs-Tage-Krieg".
1967 – Bolivien – Militärisches Eingreifen der USA / USA, insbesondere der CIA zur Ermordung des kubanischen Revolutionärs Ernesto Che Guevara in Bolivien.
1970 – Kambodscha – Eingreifen der USA zur Installation einer Marionettenregierung und Ausweitung des Vietnam-Krieges auch auf Kambodscha.
1970 – Jordanien – Im jordanischen Bürgerkrieg ergreifen die Vereinigten Staaten Partei für das Königshaus und entsenden Flugzeugträger und Kriegsschiffe ins östliche Mittelmeer.
1971 – Indien/Pakistan – Im indisch-pakistanischen Konflikt um die Unabhängigkeit Bangladeschs entsenden die Vereinigten Staaten Flottenverbände in den Golf von Bengalen.
1973 – Chile – Die CIA stürzt Präsident Salvador Allende. In der Folge des Putsches werden mindestens 3.000 Menschen umgebracht. Die Macht übernimmt auf Betreiben der USA eine Militärjunta.
1975 – Peru – Die USA fördern einen Staatsstreich gegen den peruanischen Präsidenten Alvarado, um Wirtschaftsentscheidungen wieder unter die Ägide des Internationalen Währungsfonds zu bringen.
1976 – Angola – Militärisches Eingreifen der USA zur Unterstützung von "Rebellen" in ihrem Kampf gegen die Regierung.
1976 – Argentinien – Die CIA betreibt den Militärputsch gegen die legitime Regierung und installiert eine Militärdiktatur, unter der 30.000 Menschen umgebracht werden. Die Militärdiktatur endet erst 1983.
1977 – El Salvador – Logistisches, finanzielles und technisches Eingreifen der USA / USA, Folge: zehn Jahre Bürgerkrieg.
1980 – Iran – Militärisches Eingreifen der USA zur Befreiung von Geiseln.
1981 – Nicaragua – Finanzielle, militärische und logistische Unterstützung der USA für Anhänger der davongejagten Diktatur von Anastasio Somoza und Kampf gegen die Regierung von Nicaragua.
1981 – Panama – Der seit 1970 auf einer geheimen und später vom Kongreß veröffentlichten Mordliste des CIA stehende General Omar Torrijos – seit 1968 der führende Politiker in Panama – wird von der CIA durch eine als Hubschrauberabsturz getarnte Aktion umgebracht.
1981 – Afghanistan – Massive finanzielle, militärische und logistische Hilfe der U.S. . für die Taliban in ihrem Kampf gegen die sowjetische Besetzung.
1982 – Argentinien – Militärische Unterstützung der USA für die Britische Armee im "Falkland Krieg".
1983 – Libanon – Militärisches Eingreifen der USA in den libanesischen Bürgerkrieg.
1983 – Grenada – Direkte Kriegshandlungen der USA gegen die dortige Regierung.
1985 – Nicaragua – Handelsembargo der USA gegen Nicaragua.
1986 – Libyen – Direkte Kriegshandlungen der USA gegen die dortige Regierung.
1988 – Iran – Grundloser Abschuß eines Airbus A300 der Iran Air in Verbindung mit Verletzung der Hoheitsgewässer des Iran.
1989 – Panama – Kriegshandlungen der USA gegen die dortige Regierung, Panama wird besetzt. Der Präsident Panamas, General Manuel Noriega, wird in die USA entführt.
1990 – Liberia – Kriegshandlungen der USA im dortigen Bürgerkrieg.
1990 – Kolumbien – Kriegshandlungen der USA zur Bekämpfung "kommunistischer Rebellen".
1991 – Irak – Kriegshandlungen der USA nach der Besetzung Kuweits durch den Irak.
1992 – Jugoslawien – Kriegshandlungen der USA zur Schwächung und Destabilisierung von Jugoslawien.
1992 – Irak – militärisches Eingreifen der USA zur Errichtung und Durchsetzung einer Flugverbotszone durch die USA für irakische Flugzeuge.
1992 – Somalia – Direktes militärisches Eingreifen der USA in den dortigen Bürgerkrieg.
1993 – Irak – Kriegsschiffe der USA feuern 23 Marschflugkörper auf Bagdad ab.
1994 – Haiti – Die USA setzen militärisch die Reinstallation des 1991 durch einen Militärputsch gestürzten Präsidenten Jean-Bertrand Aristide durch.
1998 – Sudan – Militärische Intervention der USA in Form eines Luftangriffs auf eine angebliche Giftgasfabrik, die sich im Nachhinein als Arzneimittelfabrik herausstellte.
1999 – Jugoslawien – Kriegshandlungen der USA in Form von umfangreichen Bombardements gegen Ziele in Jugoslawien zur Abspaltung des Kosovo.
2001 – Afghanistan – massive Kriegshandlungen der USA zum Sturz des Taliban-Regimes, Einsetzen eines Marionetten-Regimes und zur dauerhaften militärischen Besetzung. Als Vorwand diente die Lüge vom "11. September".
2002 – Venezuela – Auf Betreiben der CIA wird Präsident Hugo Chávez in einem Militärputsch gestürzt. Die Revolte dauert jedoch nur drei Tage und Chávez kehrt wieder in das Präsidentenamt zurück.
2003 – Irak – Kriegshandlungen der USA gegen den Irak zum Sturz des Regimes von S. Hussein sowie zur dauerhaften militärischen Besetzung unter dem Vorwand der Lüge von den Chemiewaffen im Irak
2004 – Haiti – Truppenstationierung nach dem Sturz von Präsident Jean-Bertrand Aristide zur Unterdrückung von Unruhen in der Bevölkerung
2011 – Libyen – Kriegshandlungen der USA zum Sturz von Präsident Gaddafi.
2011 – Irak & Syrien – Militäreinsätze gegen Syrien unter dem Vorwand, die sogenannte "ISIS" zu bekämpfen, die wie Taliban und Al Quaida von den USA gegründet, aufgebaut und umfassend finanziert worden sind
2013 – Ukraine – Die US-Administration investiert 5 Milliarden Dollar um gegen den legitimen Präsidenten, der sich für engere Zusammenarbeit mit Rußland auf dem Energiesektor eingesetzt hat, einen Putsch zu organsieren. Durch CIA-

Scharfschützen werden am 19.02.2014 auf dem Maidan (Scharfschützen Masaker) mindestens 40 Menschen ermordet, was als mediales Fanal zum "Feldzug" gegen die Ost-Ukraine und zur politisch-medialen Kampagne gegen Rußland diente.

2013 – Uganda, Militäreinsatz unter dem Vorwand, gegen den mutmaßlichen Kriegsverbrecher Joseph Kony vorzugehen

2014 – West Afrika, Entsendung von knapp 5.000 Soldaten unter dem Vorwand einer Ebola-Epidemie

2014 – Die US-Administration fördert Krieg in der Ukraine durch Entsendung von Söldnern, die mit Brutalität wehrlose Zivilisten in der Ostukraine beschießen und den Konflikt weiter anfachen. Ziel ist offenbar, Rußland in einen Krieg zu ziehen.

Allein die Länge dieser Liste ist schon bemerkenswert! Viel bedeutsamer ist dabei jedoch, daß die USA seit 1945 in höchsten 5% dieser Fälle die Zustimmung des "Weltsicherheitsrates" eingeholt haben. Aber wirklich interessant ist nicht, was die USA alles während dieser Aktionen gemacht haben, sondern was sie (von den meisten unbemerkt) unterlassen haben!

In keinem dieser Fälle hat jemals jemand davon gehört, daß die USA oder eine sonstige beteiligte Konfliktpartei eine Kriegserklärung abgegeben hätten!
Und genau das brauchen sie auch nicht!

Da der Zweite Weltkrieg durch das Fehlen eines Friedensvertrages mit dem "Dritten Reich" völkerrechtlich weltweit noch im Gange ist, finden sämtliche Kriegshandlungen der USA unter dem Kriegsrecht des Zweiten Weltkrieges statt. Kriegserklärungen wären deshalb völliger Unsinn.
Die Siegermächte haben die gesamte Rechtssetzung des sogenannten "Dritten Reiches" für illegal und damit für ungültig erklärt. Dies ergibt sich aus dem SHAEF-Gesetz Nr. 1 und dem Kontrollratsgesetz Nr. 1. Die Illegalität und Ungültigkeit der gesamten Rechtssetzung des sogenannten "Dritten Reiches" wurde im sogenannten "Tillesen-Urteil" vom 06.01.1947 bestätigt. Dies bedeutet, daß aus heutiger juristischer Sicht, rückblickend betrachtet, es ist, als hätte es das sogenannte "Dritte Reich" und den sogenannten "Zweiten Weltkrieg" nie gegeben. Damit haben sich die USA elegant ihres Kriegsgegners entledigt. Somit ist es niemals möglich, daß legitime Vertreter des sogenannten "Dritten Reiches" aufgestellt werden können, die dann einen Friedensvertrag zum "Zweiten Weltkrieg" unterzeichnen könnten. Damit haben die USA gewährleistet, daß der Kriegszustand des sogenannten "Zweiten Weltkrieges" niemals beendet werden kann.

Interessanter Nebenaspekt:
Da alle "UN"-Mitglieder sich damit im Kriegszustand als Form des Ausnahmezustandes befinden ist die verfassungsmäßige Ordnung in den jeweiligen sogenannten "UN"-"Mitgliedsstaaten" außer Kraft gesetzt, beziehungsweise muß von den Regierenden / Herrschenden nicht eingehalten werden. Es sind demzufolge keine Staaten mit verfassungsmäßiger Ordnung sondern lediglich Kriegsgebietsverwaltungen.
Inzwischen sind fast alle sogenannten "Staaten" dieser Welt dem "UN"-System beigetreten. Damit ist die ganze Welt im Kriegszustand beziehungsweise Ausnahmezustand. Dies ist die Grundlage für die weltweite Etablierung faschistischer Verhältnisse und Verweigerung der verfassungsmäßig garantierten Rechte in allen "Staaten" im Rahmen der sogenannten "Pandemie".

Und an dieser Stelle schließt sich der Kreis:
Die Hauptsiegermacht des Zweiten Weltkrieges, die USA haben offensichtlich keinerlei Interesse daran, daß der Kriegszustand zum "Zweiten Weltkrieg" beendet wird. Mit Friedensschluß wären die USA ihrer internationalen rechtlichen Vormachtstellung in der Welt umgehend enthoben. Zudem wären dann auch die "UN" augenblicklich aufgelöst, da die Existenz der "UN" mit den gesamten Rechtsgrundlagen auf dem nach wie vor fortbestehenden Kriegszustand mit dem "Dritten Reich" basiert. Darüber hinaus würden die Kriege der USA um Öl und sonstige Rohstoffe oder irgendwelche Privilegien in der Welt, die unter dem Mantel der "Menschenrechte", "Demokratie", "Frieden" und "Sicherheit" publizistisch verkauft werden, keine rechtlichen Grundlagen mehr haben.

Das Deutsche Reich von 1871 sowie das sogenannte "Dritte Reich" werden mit Hilfe der Firma "BRD" (somit von den Besatzern - vorrangig von den USA) handlungsunfähig gehalten, damit keine dieser Körperschaften einen Friedensvertrag abschließen kann - weder zum ersten noch zum zweiten Weltkrieg. Folgerichtig werden die deutschen Völker gezielt mittels "Lehrplänen" und Massenmedien belogen und mit einem Kollektiv-Schuldkonzept manipuliert, damit sie bloß nicht die Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Ordnung und rechtsstaatliche Verhältnisse oder einen Friedensvertrag einfordern.

Das Recht der "UN" ist kein Völkerrecht sonder Kriegsrecht des zweiten Weltkrieges. Die USA sind offenbar der Kriegsgesetzgeber und haben weltweit neben der Finanzhoheit insbesondere die Militärhoheit. Damit stehen die USA über dem "UN"-Recht. Wenn sie wollen, können die USA in der Rolle als UN-Mitglied auftreten, wo sie offensichtlich schon nicht "Gleiche unter Gleichen" sind sondern eine superiore Position haben. Die USA können aber auch aus der Rolle des "UN"-Mitglieds heraustreten und sich in die Rolle des Kriegsgesetzgebers begeben und sich damit über das Recht der "UN" stellen. Damit können die USA Kriegshandlungen ohne Zustimmung des Weltsicherheitsrates ausführen. Sie können eine "Koalition der Willigen" basteln und einfach jedes andere "UN"-Mitglied überfallen, false-flag-Aktionen organisieren etc.

Folgerichtig haben die USA den "Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag" nicht anerkannt und nehmen sich entgegen dem Gewaltverbot der "UN" (offenbar ganz legal) das Recht heraus, jederzeit in den Niederlanden militärisch zu intervenieren, sofern irgendwelche Schergen der USA dort für entsprechende Verbrechen zur Rechenschaft gezogen werden sollen.[443,444,445,446]

Fazit: Das Recht der "UN" ist kein Völkerrecht sondern Kriegsrecht des "Zweiten Weltkrieges". Die Existenzgrundlage der "UN" ist der permanent andauernde weltweite Kriegszustand zum "Zweiten Weltkrieg". Die "UN" sind die Ursache für Kriege, Elend und Not in der Welt.
Die fünf ständigen Mitglieder des "UN"- Sicherheitsrates sind die größten Waffenexporteure und begehen die schwersten Verbrechen weltweit. Sie haben Veto-Recht und können für ihre Verbrechen nicht verurteilt oder überhaupt belangt werden.
Die "UN" sind eine mafiös organisierte Verbrecherorganisation. Die sogenannte "Nachkriegsordnung" auf der Basis der "UN" ist grandios gescheitert. Die "UN" sind juristisch nicht heilbar und politisch nicht reformierbar. Es gibt nur eine einzige Möglichkeit, die Völker der Welt zu befreien, indem alles unternommen wird, das verbrecherische "UN"-System restlos zu beseitigen und die Verbrechen der Vertreter des "UN"-Systems juristisch aufzuarbeiten. Die Auflösung des verbrecherischen "UN"- Systems kann vermutlich nur durch eine weltweite Friedensregelung zum sogenannten "Ersten" und "Zweiten Weltkrieg" erreicht werden.

8. Unsere Staatsangehörigkeit und unsere verfassungsmäßige Ordnung

Gemäß den beiden wichtigsten Rechtsgrundsätzen:

1. **Höherrangiges Recht bricht niederrangiges Recht** [447]
   (sogenannte "Kollisionsregel")
2. **Rechtsakte die illegal sind, sind unwirksam** [448]
   (sogenanntes "Nichtigkeitsdogma")

machen wir uns auf die Suche nach unserem gültigen Rechtsstand das heißt unserer verfassungsmäßigen Ordnung und unserer Staatsangehörigkeit.

8.1. Der Fortbestand der deutschen Staaten und des Deutschen Reichs

Von "BRD"-Vertretern wird immer wieder behauptet, das Deutsche Reich mit seinen einzelnen Bundesstaaten sei durch diverse Ereignisse "verschwunden" beziehungsweise "untergegangen", wie beispielsweise

1. mit der militärischen Niederlage der Wehrmacht im Jahre 1945
2. mit der Gründung der "BRD" und der "DDR" im Jahre 1949
3. mit dem Grundlagenvertrag zwischen der "BRD" und der "DDR" im Jahre 1972
4. mit dem Beitritt der "BRD" und der "DDR" zur UNO im Jahre 1973
5. mit dem "Einigungsvertrag" zwischen der "BRD" und der "DDR" im Jahre 1990
6. mit dem sogenannten "2+4-Vertrag" aus dem Jahre 1990.

In der "BRD"-Propaganda wird nicht zwischen dem sogenannten "Dritten Reich", der "Weimarer Republik" und dem Deutschen Reich von 1871 unterschieden. Somit wissen wir nicht, was mit dem Begriff "Deutsches Reich" gemeint ist. Nach Studium der betreffenden Rechtstexte kann man feststellen, daß der Begriff "Deutschland" in unterschiedlichen Rechtsebenen unterschiedlich definiert wird.

Das Kriegsvölkerrecht in Gestalt der Haager Landkriegsordnung und den Genfer Konventionen, sieht im Falle einer militärischen Niederlage das "Verschwinden" des unterlegenen Staates grundsätzlich nicht vor. Es gab schon viele Staaten, die Kriege verloren haben und deshalb nicht

---

443 *American Servicemembers' Protection Act of 2001; A BILL To protect United States military personnel and other elected and appointed officials of the United States Government against criminal prosecution by an international criminal court to which the United States is not party; S.1610 — 107th Congress (2001-2002)*

444 *Steven Geyer; "US-Kongress droht Niederlanden mit Invasion - Parlament und Regierung in den Niederlanden sind empört: Beide Häuser des US-Kongresses haben einem Gesetz zugestimmt, das, falls amerikanische Bürger vor dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag angeklagt werden, sogar die Invasion im NATO-Partnerland vorsieht."; Spiegel online" vom 12.06.2002*

445 *Ekkehard Jänicke; "USA drohen mit Invasion in Den Haag - Ermächtigungsgesetz passierte Senat / Anklage gegen US-Bürger soll notfalls militärisch verhindert werden"; ND Neues Deutschland; 13.06.2002*

446 *"USA drohen Mitarbeitern des Strafgerichtshofs mit Sanktionen - Der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag will wegen möglicher Kriegsverbrechen in Afghanistan auch gegen US-Sicherheitskräfte ermitteln. Die US-Regierung läuft dagegen Sturm und verschärft nun die Gangart"; DW Deutsche Welle 12.06.2020*

447 *Röhl, Klaus F./Röhl, Hans Christian: Allgemeine Rechtslehre. Ein Lehrbuch. 3. Auflage. Carl Heymanns, Köln 2008, ISBN 978-3-452-26001-7, S. 154 ff.*

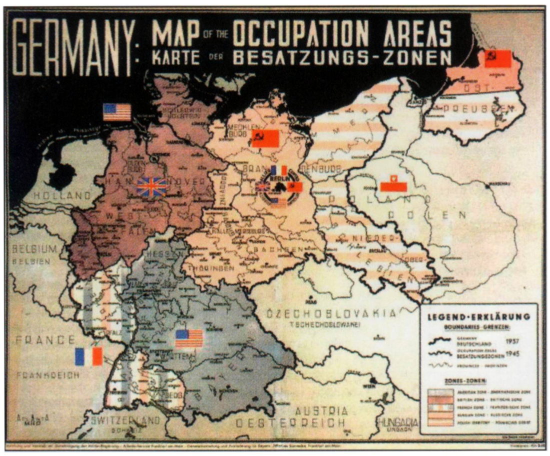
448 *Jürgensen, Hendrik; "Die Theorie vom Geltungsbeendigungsanlass - Ein Beitrag zur Fehlerlehre bei öffentlich-rechtlichen Satzungen" Schriften zum Öffentlichen Recht (SÖR), Band 1454; 2021. ISBN 978-3-428-18164-3*

"verschwunden" sind, solange sie nicht annektiert wurden. Eine Annektierung deutscher Staaten ist durch "Ersten" oder "Zweiten Weltkrieg" nachweislich nicht erfolgt.

Es gibt nur drei Möglichkeiten, einen Staat zum "Verschwinden" zu bringen ("Debellatio"):

1. **der oberste Souverän des Staates (also das Staatsvolk oder das legitime verfassungsgebende Gremium) entscheidet in freier Selbstbestimmung, daß der Staat aufhört zu existieren**
2. **nach einer militärischen Niederlage wird das gesamte Staatsvolk bis auf den letzten einzelnen Staatsangehörigen verschleppt oder umgebracht** (Verschleppen würde zur Folge haben, daß der Staat nicht reorganisiert werden kann. Staatsangehörige haben nämlich nur in ihrem Staatsgebiet die Rechte von Staatsangehörigen. Im Ausland sind sie dort ohne Staatsangehörigkeit und damit ohne die Rechte dortiger Staatsangehöriger)
3. **nach einer militärischen Niederlage wird das gesamte Staatsgebiet vollständig annektiert, das heißt von den Siegerstaaten einverleibt** (Eine Annexion würde bewirkten, daß die Staatsangehörigen des annektierten Staates zu Staatsangehörigen des annektierenden Staates werden, selbstverständlich mit allen Rechten und Pflichten.

Für das Deutsche Reich von 1871 oder auch nur eines seiner Bundesstaaten ist keines dieser drei Kriterien erfüllt, insbesondere nicht Punkt 3: Eine Annexion ist von den Siegermächten des "Ersten" und "Zweiten Weltkrieges" ausdrücklich nicht praktiziert worden:



Karte der in Deutschland von den Alliierten eingerichteten Besatzungszonen, Besatzungssektoren und Verwaltungsgebieten

Bereits in den drei "Londoner Protokollen" ("Zonenprotokolle") vom 12.09.1944, vom 14.11.1944 und vom 26.071945 wurde von den Drei Siegermächten ("Dreimächte") festgelegt, daß das Gebiet des Deutschen Reiches nicht annektiert und das Deutsche Reich nicht ausgelöscht wird, sondern lediglich innerhalb seiner Grenzen vom 31.12.1937 in Besatzungszonen eingeteilt, und ein besonderes Berliner Gebiet geschaffen wird.[449]

Auch in der "Berliner Erklärung vom 05.06.1945" wurde von den Besatzungsmächten (Viermächte) klargestellt, daß die vier Besatzungsmächte die oberste Regierungsgewalt in Deutschland übernehmen, es jedoch nicht annektieren werden, und daß eventuelle Grenzänderungen in einer späteren Friedensregelung festzulegen seien:

Berliner Erklärung vom 05.06.1945 [450]
Abs 5
"Die Regierungen des Vereinigten Königreichs, der Vereinigten Staaten von Amerika, der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken und die Provisorische Regierung übernehmen hiermit die oberste Regierungsgewalt in Deutschland ... Die Übernahme ...bewirkt nicht die Annektierung Deutschlands.

Abs. 6
Die Regierungen ... werden später die Grenzen Deutschlands ... festlegen."

Somit wird selbst von den Alliierten Siegermächten klar gesagt, daß das Deutsche Reich mit seinen Bundesstaaten allein aufgrund der militärischen Niederlage nicht annektiert wurde und mit der Besatzung nicht "untergegangen" sein kann.

---

449 *Londoner Protokoll über die Besatzungszonen in Deutschland und die Verwaltung von Groß-Berlin vom 12.09.1944, letzte Fassung vom 13.08.1945; Dietrich Rauschning "Rechtsstellung Deutschlands: Völkerrechtliche Verträge und andere rechtsgestaltende Akte" Deutscher Taschenbuch Verlag, Band 5552 im dtv 1985; ISBN: 3423055294; 9783423055291;*

450 *Erklärung in Anbetracht der Niederlage Deutschlands und der Übernahme der obersten Regierungsgewalt hinsichtlich Deutschlands ... vom 05.06.1945, in: Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland, Ergänzungsblatt Nr. 1, Seite 7-9*

Von "BRD"- Vertretern wird zudem gerne behauptet, mit der Gründung der "DDR" und der "BRD" sei das Deutsche Reich "untergegangen". Dies ist jedoch Unsinn, da die Gründung von "BRD" und "DDR" keine Staatsgründungen waren, sondern lediglich die Etablierung von Besatzerverwaltungen, jeweils ohne eigene Staatsangehörigkeit und damit jeweils ohne Staatsvolk. Folgerichtig waren sie zu keiner Zeit Staaten, sie waren niemals rechtssubjektidentisch mit dem Deutschen Reich oder auch nur eines seiner Bundesstaaten und auch nicht Rechtsnachfolger. Demzufolge lautet ein entsprechendes Urteil des "BRD"-Grundgesetzgerichtes 1983:

BVGU 2 BvR 373/83: [451]

"... Das Inkrafttreten des Grundgesetzes ... und der Verfassung der DDR änderte am Fortbestand des deutschen Staates nichts; beide Vorgänge erfüllten nicht einen völkerrechtlichen Tatbestand des Staatsunterganges. ..."

Die Gründung der Besatzerverwaltungen "DDR" und "BRD" führten auch nach den Regeln des Besatzersystems "BRD" nicht zu einem Untergang der einzelnen Bundesstaaten des Deutschen Reichs oder des Deutschen Reichs selbst.

Es wird von "BRD"-Vertretern behauptet, mit dem "Grundlagenvertrag" zwischen der "BRD" und der "DDR" im Jahre 1972 oder mit Beitritt der "BRD" und der "DDR" zu den "Vereinten Nationen" im Jahre 1973 sei das Deutsche Reich untergegangen. Dies ist jedoch ebenfalls Unsinn. Die Tatsache, daß von zwei Kolonialverwaltungen, die weder Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches waren, noch mit ihm rechtssubjektidentisch waren die Außenbeziehungen neu gestaltet wurden, kann natürlich nicht zu einem Untergang des Deutschen Reiches geführt haben.
Folgerichtig wurden bereits in einem Grundsatzurteil aus dem Jahre 1973 des sogenannten "Bundesverfassungsgerichtes" folgende Ausführungen gemacht:

BVGU 2 BvF 1/73: [452]

"Das Grundgesetz – nicht nur eine These der Völkerrechtslehre und der Staatsrechtslehre ! – geht davon aus, daß das Deutsche Reich den Zusammenbruch 1945 überdauert hat und weder mit der Kapitulation, noch durch Ausübung fremder Staatsgewalt in Deutschland durch die alliierten Okkupationsmächte, noch später untergegangen ist; das ergibt sich aus der Präambel, aus Art. 16, Art. 23, Art. 116 und Art. 146 GG. Das entspricht auch der ständigen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, an der der Senat festhält. Das Deutsche Reich existiert fort (BVerfGE 2, 266 [277]; 3, 288 [319 f.]; 5, 85 [126]; 6, 309 [336, 363]), besitzt nach wie vor Rechtsfähigkeit, ist allerdings ... nicht handlungsfähig.
[…] Mit der Errichtung der Bundesrepublik Deutschland wurde nicht ein neuer westdeutscher Staat gegründet, sondern ein Teil Deutschlands neu organisiert (vgl. Carlo Schmid in der 6. Sitzung des Parlamentarischen Rates – StenBer. Seite 70)[453]. Die Bundesrepublik Deutschland ist also nicht Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches … "

Obgleich das sogenannte "Bundesverfassungsgericht" in Fragen des Staatsrechts üblicherweise auch mit Täuschungen und Tricks arbeitet, ist dies doch eine klare Aussage: Weder die Kapitulation, noch die Ausübung der obersten Regierungsgewalt durch die Okkupationsmächte noch die Gründung von "BRD" und "DDR", noch der "Grundlagenvertrag" haben zu einem Verschwinden des Deutschen Reichs geführt.

Darüber hinaus ist eine beliebte Behauptung von "BRD"-Vertretern, das Deutsche Reich sei mit dem "2+4-Vertrag" im Jahre 1990 "untergegangen".

Dies ist jedoch Unsinn. Weder durch eine Zusammenlegung zweier Besatzerverwaltungen noch durch eine Personalaufstockung der einen Besatzerverwaltung auf Kosten der anderen, ist eine Staatsgründung erfolgt. Andererseits sind "BRD" und "DDR" nicht rechtssubjektidentisch mit dem Deutschen Reich von 1871 oder auch nur eines seiner Bundesstaaten gewesen. Eine Änderung am Personalbestand oder an den AGB´s einer oder zweier Besatzerverwaltungen kann logischerweise nicht zu einen Staatsuntergang geführt haben.

Fazit: Es gibt keinen völkerrechtlichen Akt, durch den das Deutsche Reich oder eines seiner Bundesstaaten untergegangen wäre.

Interessanter Nebenaspekt:
"BRD"-Vertreter behaupten oft, die "BRD" sei "identisch" mit dem Deutschen Reich. Auch hierbei handelt es sich um Desinformation und Lüge.

---

451 *BVGU 2 BvR 373/83 Papierfundstelle: BVerfGE 77, 137*
452 *BVGU 2 BvF 1/73; Papierfundstellen: BVerfGE 36, 1; NJW 1973, 1539*
453 *Rede des Abgeordneten Carlo Schmid im Parlamentarischen Rat, 08.09.1948 in Der Parlamentarische Rat 1948 – 1949, Akten und Protokolle, Band 9, Plenum, Harald Boldt Verlag im R. Oldenbourg Verlag München 1996*

Die "BRD" basiert auf dem Grundgesetz von 1949, wohingegen, das Deutsche Reich auf der "Verfassung" (besser: dem "Bundesvertrag") von 1871 basiert. Die "BRD" bestand (bis 1990) aus "Ländern" beziehungsweise "Bundesländern", das Deutsche Reich aus jahrhundertealten Staaten, die mit Reichsgründung 1871 zu Bundesstaaten wurden. Zudem sind die Territorien dieser Bundesstaaten und der "Bundesländer" völlig unterschiedlich.
Wenn die "BRD" und das Deutsche Reich "identisch" wären, müßte es ein Reichsgesetz geben, aus dem zu entnehmen wäre, daß das Deutsche Reich in "Bundesrepublik Deutschland" umbenannt werde und nicht mehr der Bundesvertrag von 1871 sondern das Grundgesetz von 1949 als Grundlage gelte.
Jedem Laien leuchtet sofort ein, daß es sich bei der "BRD" und dem Deutschen Reich um zwei völlig verschiedene Körperschaften, beziehungsweise zwei völlig verschiedene Rechtssubjekte handelt.
Die Behauptung von "BRD"-Propagandafunktionären, das Deutsche Reich und die "BRD" seien "identisch", das heißt ein und dasselbe Rechtssubjekt, ist ein sehr anschauliches Beispiel für Lüge und Verdummung, die auch für den Laien sehr leicht zu durchschauen ist.

In den entsprechenden Siegerrechtsregelungen im Rahmen der SHAEF-Gesetzgebung definieren die USA den Begriff "Deutschland":

SHAEF-Gesetz Nr. 52, Artikel VII "Begriffsbestimmungen" Absatz (e): [454]

"Deutschland" bedeutet das Gebiet des Deutschen Reiches, wie es am 31.12.1937 bestanden hat.

Im Weiteren wurde auf der Potsdamer Konferenz vom 17.07.1945 bis zum 25.07.1945 bestätigt, daß eventuelle Grenzänderungen des Deutschen Reiches einer Friedensregelung vorbehalten bleiben.
Die preußischen Gebiete, welche östlich der Oder-Neiße-Linie liegen, wie beispielsweise Ostpreußen, Großteile Pommerns und Schlesiens wurden unter polnische und sowjetische Zivilverwaltung gestellt, blieben jedoch völkerrechtlich Gebietsteile des Königreich Preußen und damit Teil des Deutschen Reiches:

"Die Häupter der drei Regierungen bekräftigen ihre Auffassung, daß die endgültige Festlegung der Westgrenze Polens bis zur Friedenskonferenz zurückgestellt werden soll. Die Häupter der drei Regierungen stimmen überein, daß bis zur endgültigen Festlegung der Westgrenze Polens die ... deutschen Gebiete östlich der Linie ... unter die Verwaltung des polnischen Staates kommen ..."

(vgl. Potsdamer Protokoll vom 02.08.1945)

Beispielsweise konnten weder die "Regierung" Brandt 1970, noch die "Regierung" Kohl 1990 Gebiete eines Staates im Staatenbund Deutsches Reich an die Republik Polen abtreten, sondern nur die Potsdamer Protokolle vom 02.08.1945 bestätigen. Dies ergibt sich aus der Tatsache, daß die Bestätigung einer gegenwärtigen Grenze keine dauerhafte Gebietsabtretung darstellt.
Folgerichtig stellte die "Regierung Brandt" 1970 in einer Note an die drei Westmächte anläßlich der Paraphierung des Warschauer Vertrags vom 19.12.1970 klar, daß sie ausschließlich im Namen der "BRD" handeln kann *(und eben nicht im Namen des Deutschen Reichs oder für das Deutsche Reich – oder etwa für einen Bundesstaat Anm. d. Verf.).*

Note der Bundesregierung an die drei Westmächte anläßlich der Paraphierung des Warschauer Vertrags vom 19.12.1970: [455]

"Im Laufe der Verhandlungen, die zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen ... geführt worden sind, ist von der Bundesregierung klargestellt worden, daß der Vertrag . die Rechte und Verantwortlichkeiten der Französischen Republik, des Vereinigten Königreiches ... der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Vereinigten Staaten ... nicht berührt, und nicht berühren kann.
Die Bundesregierung hat ferner darauf hingewiesen, daß sie nur im Namen der Bundesrepublik Deutschland handeln kann."

Ebenfalls folgerichtig hat das sogenannte "Bundesverfassungsgericht" auch im Jahre 1992, in dem das "Gericht" über den Inhalt des deutsch-polnischen Grenzbestätigungsvertrages der "Regierung" Kohl vom 14.11.1990 zu befinden hatte, klargestellt, es sei:

"... nur der reine Wortlaut des Vertrages maßgebend, irgendwelche Gebietsabtretungen dürfen nicht hineininterpretiert werden." [456]

---

454 *"Gesetze der Militär-Regierung und des Kontrollrats, bis 1953... (=Sammlung der vom Alliierten Kontrollrat und der Amerikanischen Militärregierung erlassenen Proklamationen, Gesetze, Verordnungen, Befehle, Direktiven", Hemken, Ruth [Hrsg.]: Verlag: Stuttgart : Deutsche Verlagsanstalt Einband: Ringbuch 1946 - 1953.*

455 *Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen "Warschauer Vertrag" vom 07.12.1970; BGBl. 1972 II S. 361 in Verbindung mit "Note der Bundesregierung an die drei Westmächte anläßlich der Paraphierung des Warschauer Vertrags" vom 19.12.1970 BGBl. 1972 II; Nr. 27 vom 24.05.1972; S. 361.*

456 *Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über die Bestätigung der zwischen ihnen bestehenden Grenze vom 14. November 1990; BGBl. II 1991 S. 1328 in Verbindung mit BVGU 2 BvR 1613/91*

In der "Rechtsprechung" des "Bundesverfassungsgerichts" auch nach 1990 kommt zum Ausdruck, daß die Oder-Neiße-Grenze lediglich eine Demarkationslinie und keine staatsrechtlich und völkerrechtlich gültige Grenze ist beziehungsweise Gebietsabtretungen von einem deutschen Bundesstaat des Deutsche Reichs nie rechtsgültig stattgefunden haben. Die Siegermächte des "Zweiten Weltkrieges" definieren damit offensichtlich noch heute "Deutschland" entgegen der Definition für das "vereinte Deutschland" als das Gebiet des Deutschen Reiches vom 31.12.1937.

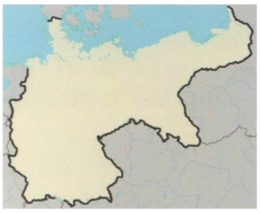
Begriff "Deutschland"

1. Auf der Ebene des Staatsrechts:

Gemäß Artikel 1 und 2 der "Verfassung" des Deutschen Reiches von 1871

I. Bundesgebiet.
Artikel 1.

"Das Bundesgebiet besteht aus den Staaten Preußen ... Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden ..."



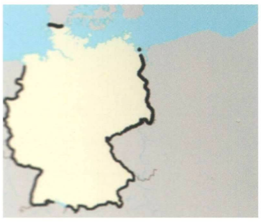
Links: "Deutschland" im Staats- und Völkerrecht

Der Begriff "Deutschland" in der höchsten Rechtsebene, der Staats- und Völkerrechtsebene bedeutet das Bundesgebiet des Staatenbundes "Deutsches Reich" entsprechend der verfassungsmäßigen Ordnung im Rechts- und Gebietsstand vom 30.07.1914.
Gemäß HLKO sind Gebietsänderungen oder Gebietsabtretungen durch Niederlage im Krieg grundsätzlich nicht möglich.

2. Auf der Ebene des Siegerrechts des "Ersten" und "Zweiten Weltkrieges"

Links: "Deutschland" im Siegerrecht des WK I und WK II
Das Siegerrecht des WK I in Gestalt des Versailler Diktats definiert "Deutschland" wie in der Abbildung dargestellt. Bestätigt durch Siegerrecht WK II im "Protokoll betreffend die Besatzungszonen und die Verwaltung von "Groß-Berlin" (12.09.1944) sowie durch die Sieger-Konferenzen von Jalta (1945) und implizit Potsdam (1945). Insbesondere im Potsdamer Abkommen abschließende Festlegung der Besatzungszonen und Besatzungssektoren (Berlin) und Zivilverwaltungsgebiete (Polen, UdSSR), ohne Änderung des Gebietsstandes vom 31.12.1937.

3. Auf der Ebene des Besatzungsrechts des "Zweiten Weltkrieges"



"Vereintes Deutschland" des "2+4-Vertrages" Besatzungsrecht des WK II
Im übergeordneten, für alle vier Besatzungsmächte geltenden, Besatzungsrecht des "Zweiten Weltkrieges" in Form der SHAEF-Gesetze wird zunächst die "Deutschland"-Definition der Siegermächte des "Ersten" und "Zweiten Weltkrieges" im Gebietsstand vom 31.12.1937 bestätigt (SHAEF Gesetz 52 Artikel VII Abs. (e)). Ebenso im "Grundgesetz"-Artikel 116/1.
Ausschließlich auf der Ebene des Besatzungsrechts des WK II wurde das "Vereinte Deutschland" definiert als Änderung der Besatzungsmodalitäten.

Die Verwendung des Begriffs "Deutschland" ist auf drei verschiedene Weisen möglich:
1. im gültigen Staats- und Völkerrecht bedeutet der Begriff das Bundesgebiet des Deutschen Reiches von 1871 Gebietsstand vom 30.07.1914.
2. im Siegerrecht des "Ersten" und "Zweiten Weltkrieges" bedeutet der Begriff das Gebiet der "Weimarer Republik"/ "Drittes Reich" im Gebietsstand vom 31.12.1937.
3. im Besatzungsrecht des "Zweiten Weltkrieges" bedeutet der Begriff "Vereintes Deutschland" das Gebiet der vier Besatzungszonen und vier Besatzungssektoren.

Fazit: Das Siegerrecht des "Ersten" und "Zweiten Weltkrieges" ist dem Besatzungsrecht des "Zweiten Weltkrieges" gegenüber höherrangig. Die "Siegerkonferenz von Jalta" und das "Potsdamer Abkommen" (Siegerrecht) sind beispielsweise dem "Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland" (Besatzungsrecht) sowie dem "2+4-Vertrag" (Besatzungsrecht) gegenüber höherrangig.
In der höchsten Rechtsebene, im Staats- und Völkerrecht, ist der Begriff "Deutschland" nach wie vor zwingend zu verwenden als Bezeichnung des Bundesgebietes des Staatenbundes Deutsches Reich im einzig gültigen Rechts- und Gebietsstand vom 30.07.1914.
Früher oder später ist eine Rückkehr zum höchstrangigen Recht, dem gültigen Staats- und Völkerrecht und damit zum Rechts- und Gebietsstand vom 30.07.1914 unvermeidlich.

Begriff "Deutscher"

1. Auf der Ebene des Staatsrechts:

Gemäß Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz vom 22. Juli 1913
§1

"Deutscher ist, wer die Staatsangehörigkeit in einem Bundesstaat (§§3 bis 32) oder die unmittelbare Reichsangehörigkeit (§§3 bis 35) besitzt.

Entsprechend dem RuStAG bezeichnet der Begriff "Deutscher" somit nicht eine Staatsangehörigkeit sondern eine Rechtsstellung gegenüber dem Reich.

2. Auf der Ebene des Besatzungsrechts

Gemäß "GG" - "Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland" vom 23. Mai 1949
Art. 116

(1) ***Deutscher im Sinne dieses Grundgesetzes ist vorbehaltlich anderweitiger gesetzlicher Regelung, wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt oder als Flüchtling oder Vertriebener deutscher Volkszugehörigkeit oder als dessen Ehegatte oder Abkömmling in dem Gebiete des Deutschen Reiches nach dem Stande vom 31. Dezember 1937 Aufnahme gefunden hat.***

Fazit: Der Begriff "Deutscher" im ethnischen Sinn bezeichnet einen Menschen, der subjektive und objektive Kriterien erfüllt wie deutsche Abstammung, deutsche Muttersprache, Pflege deutscher Kultur, das Bekenntnis zum deutschen Volkstum und zur deutschen Geschichte und der Glaube an diese Gemeinsamkeiten.
Im staats- und völkerrechtlichen Sinn bedeutet dieser Begriff eine Rechtsstellung gegenüber dem Deutschen Reich von 1871 unabhängig von einer Staatsangehörigkeit. Somit waren die Menschen gegenüber dem Reich gleichgestellt, unabhängig davon, ob sie eine Staatsangehörigkeit in einem Bundesstaat haben oder nicht, beispielsweise wenn sie Einheimische in einem der Schutzgebiete des Deutschen Reichs waren.
Auf der Ebene des Besatzungsrechts des "Zweiten Weltkrieges" bezeichnet der Begriff "Deutscher" eine Person, die die "deutsche Staatsangehörigkeit" nach nationalsozialistischer Definition vom 05.04.1934 inne hat, als Form der Staatenlosigkeit. Damit ist eine Rechtsstellung gegenüber der Besatzerverwaltung "BRD" gemeint, unabhängig von einer Staatsangehörigkeit.

8.2. Gültiger Rechtsstand in den Gebietskörperschaften in Deutschland

Zur Beurteilung des Rechtsstandes einer Gebietskörperschaft sind folgende Aspekte von Bedeutung:

Am 01.08.1914 wurde seitens des Deutschen Reichs gegenüber dem Kaiserreich Rußland Krieg erklärt und der Kriegszustand ausgerufen. Der Kriegszustand ist eine Form des Ausnahmezustandes. Ausnahmezustand bedeutet, daß die verfassungsmäßige Ordnung teilweise oder in Gänze außer Kraft gesetzt wird - oder zumindest nicht gelebt wird. Unter diesen Umständen ist die Weiterentwicklung des legitimen zivilen Rechts der jeweiligen Staaten und des Reiches nicht möglich. **Damit ist der Rechtsstand eingefroren. Wie sehr leicht nachgewiesen werden kann, gibt es bis heute keine Friedensregelung zum ersten Weltkrieg. Damit befinden wir uns im Rechtsstand vom 30.07.2014 (zwei Tage vor Ausbruch des Krieges).**

Mit Etablierung der "Weimarer Republik" wurden die deutschen Völker unter Fremdherrschaft gestellt. Auch die späteren Konstrukte wie "Drittes Reich", "DDR" und "BRD" waren und sind Fremdherrschaftsinstrumente.
Ein Volk oder eine Völkergemeinschaft unter Fremdherrschaft ist zu einer freien Willensbildung nicht in der Lage. Unter diesen Umständen ist die Weiterentwicklung des legitimen zivilen Rechts des betreffenden Staates nicht möglich.
Damit sind alle Abstimmungen seit Existenz der "Weimarer Republik", in denen staatliche oder völkerrechtliche Relevanz vorgespiegelt wurde, per se ungültig.

Da die "BRD" nachweislich ein Fremdherrschaftsinstrument ist, sind ohne die restlose Beseitigung des "BRD"-Systems rechtsgültigen Abstimmungen mit staatsrechtlicher oder völkerrechtlicher Relevanz nicht möglich.

Ein Parlament, ein Präsident oder eine Regierung sind niemals legitimiert, eine Verfassung aufzuheben oder eine neue in Kraft zu setzen, oder gar den Staat aufzulösen. Das Präsidentenamt sowie die Regierung gibt es überhaupt nur auf der Basis der Verfassung, beide stehen damit unter der Verfassung.
Ein Parlament kann die Verfassung lediglich unter besonderen Bedingungen (beispielsweise bei Zwei-Drittel-Mehrheit) ergänzen. Das Parlament gibt es überhaupt nur auf der Basis der Verfassung und steht

damit unter der Verfassung. Mit Beseitigung einer Verfassung beseitigt sich das Parlament selbst, zudem beginge es gemeinschaftlich Verfassungshochverrat. Es wäre illegal und damit ungültig.
Eine Verfassung aufzuheben oder den Staat abzuschaffen, beispielsweise per Parlamentsbeschluß, per Regierungsverordnung oder per Präsidialerlaß ist folglich nicht möglich. Im Gegenteil. Die genannten Organe unterstehen der Verfassung und haben sie zu schützen. Gegenteilige Handlungen sind Verfassungshochverrat.

Für die Abschaffung einer Verfassung oder die Inkraftsetzung einer neuen Verfassung benötigt es ein Gremium mit ausdrücklicher Legitimation hierfür. In der Regel eine Nationalversammlung, deren Verfassungsentwurf per Volksentscheid dann beschlossen wird. Für die Einberufung einer Nationalversammlung braucht es eine Gesetzesregelung des Staates, schließlich müssen die Modalitäten der Zusammensetzung einer Nationalversammlung und die Definition der Abstimmungsberechtigten geregelt sein.
In folgender Reihenfolge müssen die Voraussetzungen für einen legitimen Staat gegeben sein beziehungsweise geschaffen werden:

1. Das künftige Staatsgebiet muß rechtlich unbelastet sein
2. Gründung des Staates
    - Definition der Staatsangehörigen
    - Definition der Abstimmungsberechtigten
    - Erschaffung der Regeln dieses Staates
        - Regeln wie Regeln gemacht werden (Verfassung)
        - Regeln für die übrigen Regelungsbereiche
3. Wenn der Staat auf diese Weise bereits legitim vorhanden ist oder gegründet wurde
4. Schaffung einer (neuen) Verfassung nach den Regeln des Staates
    - Erstellung eines Gesetz über eine Nationalversammlung
        - Definition der Abstimmungsberechtigten
        - Bildung der Nationalversammlung
        - Konkrete Regelung des Ablaufs der Abstimmung.

8.2.1. Rechtsstand "BRD"

Da die "BRD" kein Staat ist, beziehungsweise das Recht der "BRD" kein Recht eines Staates ist, kann das Recht der "BRD" nicht unsere verfassungsmäßige Ordnung sein. Alle Körperschaften, auch die "Gemeinden" im "BRD"-System sind Filialunternehmen, sie haben "Umsatzsteuer-Identifikationsnummern" (was es definitionsgemäß nur für Firmen gibt) und werden in US-amerikanisch geführten Firmenverzeichnissen gelistet (D&B). Die obersten Verantwortlichen werden nicht als Amtsvorsteher, Ortsvorsteher oder Bürgermeister sondern als "Geschäftsführer" ausgewiesen.

Fazit: Die "BRD" und die "Bundesländer" bestehen außerhalb des Staatsrechts. Sie können deshalb nicht unsere verfassungsmäßige Ordnung sein. Hieraus könnte man annehmen, daß der Rechtsstand von vor Gründung der "BRD", somit das Recht des sogenannten "Dritten Reiches" der gültige Rechtsstand beziehungsweise unsere verfassungsmäßigen Ordnung sei.

8.2.2. Rechtsstand "Drittes Reich"

Zum Zwecke der Täuschung wird von den alliierten Kriegsverbrechern und den ihnen weisungsgebundenen Akteuren im "BRD"-System das sogenannte "Dritte Reich" begrifflich gleichgesetzt mit dem Begriff "Deutsches Reich", obwohl keine Rechtssubjektidentität zwischen dem Deutschen Reich von 1871 und dem sogenannten "Dritten Reich" besteht.

Die Rechtsgrundlagen des sogenannten "Dritten Reiches" waren

- **"Ermächtigungsgesetz"** vom 24. März 1933 [457]
- **"Gesetz über den Neuaufbau des Reichs"** vom 30. Januar 1934 [458]
- **"Verordnung zur deutschen Staatsangehörigkeit"** vom 05. Februar 1934 [459]
- **"Reichsbürgergesetz"** vom 15. September 1935 [460]

457 *Reichsgesetzblatt. 1933, Nr. 25, S. 141.*
458 *Reichsgesetzblatt 1934 Teil I, Nr. 11, S. 75*
459 *Reichsgesetzblatt 1934 Teil I Nr. 14 S. 85*
460 *Reichsgesetzblatt. 1935, Nr. 100, S. 1146.*

Der Rechtsstand des "Dritten Reiches" kann nicht unsere verfassungsmäßige Ordnung sein, denn:

1. Das sogenannte "Ermächtigungsgesetz" vom 24. März 1933 ist nach den Regeln der "Weimarer Republik" illegal zustande gekommen. Die Gewaltenteilung war in der Staatssimulation "Weimarer Reichsverfassung" ein "Verfassungs"-grundsatz. Ein Parlament kann eine Verfassung nicht grundlegend ändern oder außer Kraft setzen. Das Parlament gibt es überhaupt nur auf der Basis der Verfassung und steht damit unter der Verfassung. Ein Parlament kann die Verfassung lediglich unter besonderen Bedingungen (beispielsweise bei Zwei-Drittel-Mehrheit) ergänzen. Das Ermächtigungsgesetz kam einer Beseitigung der "Weimarer Reichsverfassung" gleich und war Verfassungshochverrat, illegal und damit ungültig.
2. Für eine neue Verfassung hätte es ein hierfür legitimiertes Gremium, beispielsweise eine Nationalversammlung mit legitimen Vertretern und definierten Abstimmungsberechtigten gebraucht. Dies hat es bei der Errichtung des "Dritten Reiches" nicht gegeben.
3. Das sogenannte "Ermächtigungsgesetz vom 24. März 1933" ist doppelt illegal, da bereits die "Weimarer Republik" illegal war. Sie war ein Putsch, durch den die 26 deutschen Staaten und das Reich selbst handlungsunfähig gestellt wurden. Sie war damit 26facher Verfassungshochverrat. Auch unter diesem Aspekt war die Errichtung des sogenannten "Dritten Reiches" illegal und damit ungültig.
4. Die "Weimarer Republik" war kein Staat sondern eine Staatssimulation (ohne eigene Staatsangehörigkeit und damit ohne Staatsvolk). Folglich war die sogenannte "deutsche Staatsangehörigkeit" von Adolf Hitler von Beginn an eine Form der Staatenlosigkeit. Auch unter diesem Aspekt war das "Dritte Reich" kein Staat.
5. Zudem haben die Alliierten des zweiten Weltkrieges die gesamte Rechtssetzung des sogenannten "Dritten Reiches" rückwirkend für illegal und ungültig erklärt und aufgehoben.
   Dies taten sie entgegen der Haager Landkriegsordnung, nach der eine Besatzung auf der Basis der Landesgesetze zu organisieren ist.

   Art. 43 HLKO (1907) "Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung"

   "Nachdem die gesetzmäßige Gewalt tatsächlich in die Hände des Besetzenden übergegangen ist, hat dieser alle von ihm abhängenden Vorkehrungen zu treffen, um nach Möglichkeit die öffentliche Ordnung und das öffentliche Leben wiederherzustellen und aufrechtzuerhalten, und zwar, soweit kein zwingendes Hindernis besteht, unter Beachtung der Landesgesetze."

   Somit kommt der Leser unter Umständen zu dem Ergebnis, daß die Aufhebung der Rechtssetzung des sogenannten "Dritten Reiches" durch die Alliierten des "Ersten Weltkrieges" illegal und damit ungültig gewesen sein könnte. Dem steht entgegen:

   1. *Das sogenannte "Dritte Reich" war kein Signatarstaat der Haager Landkriegsordnung.*
   2. *Hitler hatte sein "Drittes Reich" als sogenannter "Reichskanzler" der sogenannten "Weimarer Republik" durch entsprechende Rechtssetzung geschaffen. Schlüsselregelungen waren die "Verordnung zur deutschen Staatsangehörigkeit vom 05.02.1934" wodurch er neue Mitgliedsvoraussetzungen definiert hat, und das "Gesetz zum Neuaufbau des Reiches vom 30.01.1934", womit er eine neue Struktur geschaffen hat.*

   Dabei war die "Weimarer Republik" eine Firma der Alliierten des ersten Weltkrieges. Die "Weimarer Reichsverfassung" war ein Anhängsel des Versailler Diktats, das Siegerrecht des "Ersten Weltkrieges", das heißt das "Versailler Diktat" und die Rechte der Alliierten des "Ersten Weltkrieges" waren höherrangig. Die "Weimarer Republik" war somit nicht souverän.
   In ihrer eigenen Firma können die Alliierten selbstverständlich bestimmen, was in dieser Firma legal ist und was nicht. Folgerichtig konnten sie die gesamte Rechtssetzung des sogenannten "Dritten Reichs" rückwirkend für illegal und damit für ungültig erklären.

- Die faschistische Verfolgung von Andersdenkenden mit Konzentrationslagern etc. hat zudem eine reguläre politische Arbeit grundsätzlich unmöglich gemacht.

Fazit: Das Recht des sogenannten "Dritten Reiches" ist kein Staatsrecht, es ist unter mehreren Aspekten illegal und damit ungültig, Es kann somit nicht unsere verfassungsmäßige Ordnung sein.
Somit könnte man annehmen daß der Rechtsstand von 1932 auf deutschem Boden der gültige ist. Dies wäre das Recht der "Weimarer Republik"

8.2.3. Rechtsstand "Weimarer Republik"

Die Rechtsgrundlagen der sogenannten "Weimarer Republik" sind:

- **Gründung der "Weimarer Republik" mit Ausrufung** von Scheidemann am 09.11.1918
- **sogenannte "Weimarer Reichsverfassung"** vom 11.08.1019
- **Siegerrecht des "Ersten Weltkriegs" insbesondere Versailler Diktat** - Das Versailler Diktat ist Bestandteil des Rechts der "Weimarer Republik", ist der sogenannten "Weimarer Reichsverfassung" jedoch gegenüber höherrangig.

1. Die Etablierung der "Weimarer Republik" war ein 26facher Staatsstreich. Die 26 Bundesstaaten und das Deutsche Reich von 1871 wurden nicht aufgelöst sondern mit Etablierung der "Weimarer Republik" handlungsunfähig gestellt. Damit ist die "Weimarer Republik" ein Instrument für den Verfassungshochverrat. Das Recht der "Weimarer Republik" ist folglich illegal und somit ungültig.
2. Die Etablierung der "Weimarer Republik" erfolgte außerhalb des Staatsrechts.
   - Weder die "Länder" noch die sogenannte "Weimarer Republik" als Ganzes waren Staaten mit Staatsangehörigen oder Staatsvolk
   - Die "Weimarer Republik" gewährleistete auch keine Staatlichkeit auf der Ebene der Bundesstaaten des Deutschen Reichs. Es wurden in der "Weimarer Republik" "Freistaaten" installiert. Diese waren keine Staaten, sie waren als sogenannte "Länder" nur Verwaltungsbezirke der "Weimarer Republik".
3. Zur Etablierung eines deutschen Gesamtstaates hätte es eine legitim zustande gekommene Zustimmung aus jedem einzelnen Bundesstaat getrennt und unabhängig voneinander gebraucht, die es nie gegeben hat.
4. Der Begriff "Weimarer Reichsverfassung" ist mindestens aus zwei Gründen falsch und irreführend.
   - Die "Weimarer Reichsverfassung" ist nicht die höchste Rechtsnorm in der "Weimarer Republik", Kirchenrecht und Siegerrecht des "Ersten Weltkrieges" (Versailler Diktat) sind höherrangig.
   - Da die "Weimarer Republik" kein Staat ist, kann die "Weimarer Reichsverfassung" keine "Verfassung" sein.
5. Zum Zwecke der Täuschung wurde die "Weimarer Republik" "Deutsches Reich" genannt, obwohl keine Rechtssubjektidentität zwischen dem Deutschen Reich von 1871 und der "Weimarer Republik" besteht

Fazit: Die sogenannte "Weimarer Republik" ist ein Fremdherrschaftsinstrument der Alliierten des ersten Weltkrieges ohne Souveränität. Die "Weimarer Reichsverfassung" ist selbst unter Rechtsbruch zustande gekommen und beinhaltet ihrerseits wiederum schwere Rechtsbrüche. Sie stellt zudem kein Staatsrechtsgebilde dar. Sie ist eine ausschließlich im Handelsrecht agierende Firma.
Das Recht der "Weimarer Republik" und der "Freistaaten" sind kein gültiges Staatsrecht, es kann deshalb nicht unsere verfassungsmäßige Ordnung sein.
Somit könnte man annehmen daß der Rechtsstand von 1918 (von vor Gründung der "Weimarer Republik") in Deutschland der gültige sei.

8.2.4. Erster Weltkrieg / Kriegsrecht / Versailler Diktat

Am 01.08.1914 wurde seitens des Deutschen Reichs gegenüber dem Zarenreich Rußland Krieg erklärt und der Kriegszustand ausgerufen. Der Kriegszustand ist eine Form des Ausnahmezustandes. Ausnahmezustand bedeutet, daß die verfassungsmäßige Ordnung teilweise oder in Gänze außer Kraft gesetzt wird. Unter diesen Umständen ist die Weiterentwicklung des legitimen zivilen Staatsrechts nicht möglich. Damit ist der Rechtsstand mit Kriegsbeginn automatisch eingefroren.
Wie sehr leicht nachgewiesen werden kann, gibt es bis heute keine Friedensregelung zum ersten Weltkrieg.

8.2.5. Das Fehlen einer Friedensregelung zum "Ersten Weltkrieg"

Entgegen anderslautender Behauptungen handelt es sich bei dem Versailler Diktat nicht um einen Friedensvertrag.[461]

1. Im Versailler Diktat werden Forderungen an "Deutschland" gerichtet, wobei hiermit kein Rechtssubjekt benannt wird. Wegen der Unbestimmtheit und insbesondere dessen fehlenden Rechtssubjektcharakters (ein Stück Land kann kein Rechtssubjekt sein) ist das Versailler Diktat tatsächlich als nichtig ("juristisches Nullum") anzusehen.
2. Das Versailler Diktat wird fälschlicherweise auch als "Versailler Vertrag" oder "Friedensvertrag" bezeichnet. Es ist jedoch lediglich eine Forderungsliste der Alliierten Siegermächte des "Ersten Weltkrieges" an "Deutschland". Wegen der Weisungsgebundenheit der unterzeichnenden Vertreter der "Weimarer Republik" gegenüber den Siegermächten und der damit verbundenen Selbstkontrahierung kann die Bezeichnung "Vertrag" nur als Täuschung interpretiert werden. Es handelt sich folglich um ein Diktat, auf das sich die alliierten Siegermächte des "Ersten Weltkrieges" untereinander geeinigt haben.
3. Eine Friedensregelung kann es nur zwischen vormaligen Kriegsgegnern geben. Von deutscher Seite haben Vertreter der sogenannten "Weimarer Republik" das Versailler Diktat unterzeichnet. Es hätten jedoch legitime Vertreter des Kaiserreichs sein müssen. Die "Weimarer Republik" ist schließlich erst 1918 gegründet worden, sie ist ein völlig anderes Rechtssubjekt als das Kaiserreich von 1871 und hat am ersten Weltkrieg nicht teilgenommen.
4. Ein Friedensvertrag ist eine abschließende Regelung sämtlicher Konflikte und Ansprüche zwischen den vormals kriegführenden Staaten. Demzufolge sind nach Friedensschluß alle beteiligen Staaten wieder

461 *Versailler Diktat Artikel 118, Reichsgesetzblatt Jahrgang 1919 Seite 687 bis 1349*

souverän. Dies war jedoch für die deutschen Völker nicht gegeben. Die Regelungen waren nicht abschließend, das Versailler Diktat war entsprechend Art. 118 so abgefaßt, daß die Siegermächte des "Ersten Weltkrieges" jederzeit Forderungen "nachschieben" konnten. Die "BRD" hat bis 2010 das Versailler Diktat bezahlt.

5. Nach dem Versailler Diktat waren die deutschen Völker nicht souverän. Die "Weimarer Reichsverfassung" war niederrangiges Recht gegenüber dem Versailler Diktat. Die "Weimarer Republik" war damit ein Fremdherrschaftsinstrument beziehungsweise der verlängerte Arm der Alliierten des "Ersten Weltkrieges" Erhebliche Souveränitätseinschränkende Regelungen des Versailler Diktats gelten heute noch. (Bestimmungen zur Internationalisierung aller Binnenwasserstraßen (u. a. Elbe, Donau, Rhein) und Bildung eines zollfreien tschechischen Teils im zollfreien Teil des Hamburger Hochseehafens.[462;463,464,465,466]
6. Mit Friedensschluß ist der Kriegszustand als Ausnahmezustand beendet, weshalb in allen vormals kriegführenden Staaten die verfassungsmäßige Ordnung wiederhergestellt wird. Dies ist jedoch in "Deutschland" nicht erfolgt.
7. Die westlichen Siegermächte haben schon seit 1916 die Position vertreten, daß sie mit dem Kaiser beziehungsweise mit einer Monarchie keinen Frieden schließen werden. Abgesehen davon, daß dies eine illegale Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Staatenbundes Deutsches Reich war, waren der Kaiser oder legitime Vertreter der konstitutionellen Monarchie die einzigen, die einen Friedensvertrag hätten signieren können. Offenbar wußten die Westalliierten Kriegstreiber schon damals, daß sie den Kriegszustand zum ersten Weltkrieg niemals beenden werden.
8. Da das "Versailler Diktat" kein Friedensvertrag ist, wurde es auch nicht Friedensvertrag "Peace Treaty" genannt, sondern zum Zwecke der Täuschung "Treaty of Peace".

Bis heute gibt es keine Friedensregelung zum ersten Weltkrieg, somit ist bis heute der Kriegszustand zum ersten Weltkrieg nicht beendet worden. Damit ist der Rechtsstand von vor Ausbruch des Krieges eingefroren.

Fazit: Durch den Kriegszustand als Form des Ausnahmezustandes ist der Rechtsstand der verfassungsmäßigen Ordnung automatisch eingefroren. Als Grundlage für die Beurteilung des Rechtsstandes des zivilen Staatsrechts gilt im Völkergewohnheitsrecht der Rechtsstand von zwei Tage vor Ausbruch eines Krieges. Der Sinn dessen ist, daß eine Regelung, eine Verordnung, ein Gesetz, welches erlassen wurde, wenigstens einen ganzen Tag lang unter der verfassungsmäßigen Ordnung auch in Kraft gewesen sein sollte, damit es zum gültigen Rechtsstand gezählt werden kann.
Das letzte legitime zivile staatliche Recht auf deutschem Boden, das heißt unsere verfassungsmäßige Ordnung ist der Rechtsstand vom 30. Juli 1914. Dies betrifft alle Ebenen, es betrifft Die Ebene des Kaiserreichs, die Ebene der Bundesstaaten und die Ebene der staatlichen Gemeinden. Dabei ist völlig irrelevant, ob der Kaiser abgedankt hat oder nicht, ob er eine Abdankungsurkunde unterschrieben hat, ob er bei der Unterschrift eine Pistole am Kopf hatte etc.

8.2.6. Zur Ergänzung: Die Paulskirchenverfassung von 1848

In der Zeit von 1815 bis 1866 existierte der Deutsche Bund, es war ein Bündnis von souveränen einzelnen Staaten. Nach der sogenannten "Märzrevolution von 1848" war in der Paulskirche in Frankfurt am Main eine selbsternannte Nationalversammlung zusammengetreten. Diese hatte die sogenannte "Paulskirchenverfassung" beschlossen, und als "Verfassung des Deutschen Reiches", welches zu jenem Zeitpunkt noch gar nicht existierte, am 28.03.1849 verkündet. In dieser "Verfassung" waren ein Grundrechtekatalog sowie eine konstitutionelle Monarchie mit einem vom Volke legitimierten Erbkaiser an der Spitze vorgesehen. Diese Rolle des Erbkaisers sollte der damalige preußische König Friedrich Wilhelm IV. übernehmen.
Die Realisierbarkeit dieser Verfassung war somit nach ihrem Text von der Kooperation des preußischen Königs Friedrich Wilhelm IV. existentiell abhängig. Dieser lehnte jedoch ab, die übrigen Fürsten, als oberste Souveräne der deutschen Einzelstaaten blockierten dieses Grundregelwerk sowie die Bildung eines deutschen Gesamtstaates ebenfalls.
Um die sogenannte "Paulskirchenverfassung" zur gültigen Verfassung für einen gesamtdeutschen Staat zu machen, hätte jeder einzelne Staat in Deutschland konform nach seinen eigenen Regeln seine eigene Auflösung als Staat beschließen und den Übergang in einen deutschen Gesamtstaat durchführen müssen. Nur auf diese Wiese hätte ein gesamtdeutscher Staat eine Legitimation gehabt.

---

462 *"Zur Geschichte des Nord-Ostsee-Kanals"; Kiel.de*

463 *Albert Dittmann; "Das deutsche Flußschiffahrtsrecht nach dem Versailler Friedensvertrag vom 28. Juni 1919" Springer; Weltwirtschaftliches Archiv; 17. Bd. (1921/1922), S. 201-217*

464 *"An 346 Tagen im Jahr schiffbar"; TAZ Die Tageszeitung vom 12.08.2012*

465 *Landtag von Sachsen-Anhalt "Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung" Punkt 3; Drucksache 7/6871 17.11.2020*

466 *Miriam Rasched: "Die Elbe im Völker- und Gemeinschaftsrecht." ISBN 3-8258-6779-X, S. 101*

Die sogenannte "Paulskirchenverfassung" konnte folglich niemals zu einer rechtsgültigen Verfassung für einen gesamtdeutschen Staat namens "Deutsches Reich" werden. Sie hat somit lediglich den Charakter eines politischen Manifestes mit der Idealisierung der bürgerliche Grundrechte und der Idee einer Einigung der Deutschen Einzelstaaten zu einem gesamtdeutschen Staat.

Fazit: Die sogenannte "Pauskirchenverfassung" von 1848 kann kein gültiges Recht eines deutschen Staates, beziehungsweise kann nicht unsere verfassungsmäßige Ordnung sein.

8.3. Unsere Staatsangehörigkeit

Da die "BRD" als Besatzerverwaltung keine eigene Staatsangehörigkeit vergeben kann, ergibt sich zwangsläufig die Frage, welche Staatsangehörigkeit wir inne haben. Schließlich dürfen wir eine Anleihe bei der "Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte" nehmen, in der es in Artikel 15 heißt:

Allgemeine Erklärung der Menschenrechte Art. 15: [467]

(1) ***"Jeder hat das Recht auf eine Staatsangehörigkeit."***
(2) ***"Niemandem darf seine Staatsangehörigkeit willkürlich entzogen ... werden ..."***

Somit ist klar, daß uns auch nach den Regeln des "BRD"-Systems die Staatsangehörigkeit nicht genommen werden kann.

Selbst nach den Regeln des "BRD"-Systems wird in Artikel 116(1) "Grundgesetz" sowie im "Staatsangehörigkeitsgesetz der BRD" für "Deutsche im Sinne des Grundgesetzes" eindeutig beschrieben, daß die "BRD" die Angehörigen des "Dritten Reiches" verwaltet, und keine eigene Staatsangehörigkeit definiert oder vergibt.

Da die "BRD" nicht identisch mit dem Deutschen Reich und kein Rechtsnachfolger des Deutschen Reichs ist, ist sie nicht legitimiert, das Staatsangehörigkeitsrecht des Deutschen Reiches (RuStAG von 1913) zu ändern. Alle Regelungen, die die "BRD" jemals unter dem Begriff "Staatsangehörigkeitsgesetz der BRD" erstellt hat, konnten niemals zum Recht des Deutschen Reichs werden, sondern sind nur Bestandteil des Rechtes der "BRD".

Auch die Regelungen, die zwischen 1933 und 1945 durch das nationalsozialistische Unrechtsregime vorgenommen wurden, sind ungültig, da die gesamte Rechtssetzung des "Dritten Reiches" illegal und damit ungültig ist.

In der der "Weimarer Republik" wurden keine Regelungen im Staatsangehörigkeitsrecht getroffen. Die "Weimarer Republik" verwaltete die Staatsangehörigen in den Bundesstaaten, ohne dies explizit festzulegen. Die "Weimarer Republik" war kein Staat und agierte nicht im Staatsrecht.
Gemäß der Tatsache, daß unsere verfassungsmäßigen Ordnung der gültige Rechtsstand von 1914 ist (von vor Ausbruch des Krieges und vor Beginn der Fremdherrschaft), gilt das Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz RuStAG vom 22.07.1913 bis heute ohne Einschränkungen!

RuStAG vom 22.07.1913 §1

"Deutscher ist, wer die Staatsangehörigkeit in einem Bundesstaat ... oder die unmittelbare Reichsangehörigkeit ... besitzt."

Das bedeutet, es gab zwei Konstellationen der Reichsangehörigkeit:

1. Die Menschen in Deutschland waren Staatsangehörige eines Bundesstaates (Preußen, Bayern, Sachsen, Baden etc.) und hatten hierüber mittelbar die Angehörigkeit zum Deutschen Reich.
2. Die Menschen in den Schutzgebieten hatten keine Staatsangehörigkeit in einem Bundesstaat, sie waren jedoch auch Angehörige des Deutschen Reichs, allerdings unmittelbar. Auf diese Weise waren sie rechtlich den Staatsangehörigen zumindest teilweise gleichgestellt.

---

467 *Resolution der Generalversammlung 217 A (III). Allgemeine Erklärung der Menschenrechte; UN.org (PDF)*

Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz für das Deutsche Reich "RuStAG" vom 22. Juli 1913:
Zitat:
§ 1 *"Deutscher ist, wer die Staatsangehörigkeit in einem Bundesstaat ...., oder die unmittelbare Reichsangehörigkeit .... besitzt."*

Verordnung über die deutsche Staatsangehörigkeit vom 5. Februar 1934:
Zitat:
"Auf Grund des Artikels 5 des Gesetzes über den Neuaufbau des Reichs vom 30. Januar 1934 (RGBl. I. S. 75) wird folgendes verordnet:
§ 1. (1) Die Staatsangehörigkeit in den deutschen Ländern fällt fort.
(2) Es gibt nur noch eine deutsche Staatsangehörigkeit ***(Reichsangehörigkeit).****"*

Art 116 "GG":
Zitat:
"(1) Deutscher im Sinne dieses Grundgesetzes ist ..... , wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt ......"

Organigramm der Staatsangehörigkeitsregelungen:
Oben: Regelung aus der Zeit des Kaiserreiches,
Mitte: Regelung von Adolf Hitler aus der Zeit des sogen. "Dritten Reiches",
Unten Regelung im "BRD"-System ("Grundgesetz").
Die "BRD" übernimmt die illegale Staatsangehörigkeitsdefinition des "Dritten Reiches". Das heißt, die "BRD" wendet nationalsozialistisches Recht von Adolf Hitler an und verwaltet nach ihren eigenen Regeln die Angehörigen des sogenannten "Dritten Reiches", ohne eine eigene Staatsangehörigkeit zu definieren bzw. zu vergeben.

Die "deutsche Staatsangehörigkeit" von Adolf Hitler vom 05.02.1934 war seit jeher eine Form der Staatenlosigkeit, weil das "Dritte Reich" kein Staat war. Schließlich ist das "Dritte Reich" illegal aus der "Weimarer Republik" hervor gegangen, die ihrerseits bereits kein Staat war. Selbst wenn Hitler mit der "unmittelbaren" Reichsangehörigkeit die Angehörigkeit zum Deutsche Reich von 1871 gemeint haben sollte, wäre dies auch eine Form der Staatenlosigkeit, das das Deutsche Reich von 1871 kein Staat sondern ein Staatenbund ist.

Wir, die wir in Deutschland geboren und aufgewachsen sind, sind jedoch keine Bewohner von Schutzgebieten. Dementsprechend können wir nur eine Angehörigkeit zum Deutschen Reich durch eine Staatsangehörigkeit in einem seiner Bundesstaaten haben.
Das RuStAG schreibt vor, daß die Staatsangehörigkeit erblich ist. Wenn die Eltern bei der Geburt verheiratet waren, nach der väterlichen Linie, ansonsten nach der mütterlichen Linie. Somit haben wir die Staatsangehörigkeit von unseren Vorfahren geerbt.

Fazit Die Bundesstaaten im Staatenbund Deutsches Reich erfüllen derzeit zwei der drei völkerrechtlich notwendigen Staatsmerkmale nach der Drei-Elemente-Lehre. Sie haben ein

- Staatsgebiet sowie ein
- Staatsvolk.

Sie sind lediglich nicht handlungsfähig, können also gegenwärtig die

- Staatsgewalt

nicht ausüben.

Somit sind die Bundesstaaten im Deutschen Reich jedoch auch gegenwärtig viel mehr Staat, als es die "BRD" je gewesen ist, die keines der drei völkerrechtlich notwendigen Merkmale eines Staates (der Drei-Elemente-Lehre) erfüllt.
Aufgrund der Erblichkeit der Staatsangehörigkeit entsprechend dem RuStAG von 1913 haben wir unsere Staatsangehörigkeit von unseren Vorfahren geerbt und sind Staatsangehörige eines Bundesstaates des Deutschen Reichs (Königreich Bayern, Königreich Preußen, Königreich Sachsen etc.) und hierüber mittelbar Angehörige des Deutschen Reichs!
Unsere verfassungsmäßigen Ordnung ist der Rechtsstand von 1914 vor Ausbruch des Krieges und vor Beginn der Fremdherrschaft durch die Fremdherrschaftsinstrumente "Weimarer Republik", "Drittes Reich", "DDR" oder "BRD".

8.4. Gültiger Rechtsstand auf der Ebene des Staatenbundes Deutsches Reich[468]

In letzter Zeit wird vermehrt argumentiert, daß das Deutsche Reich von 1871 ein Staat sein müsse, und kein Staatenbund. Genauer, es wird nicht gesagt, das Deutsche Reich von 1871 sei ein "Staat" sei, es wird gesagt es sei ein "Bundesstaat", vermutlich um zu suggerieren, daß es sich beim Deutschen Reich von 1871 um einen Staat handele, ohne daß man diese Falschbehauptung offen aussprechen will. Begründet wird dies damit, weil es sich ja beim Deutschen Reich von 1871 um ein "Völkerrechtssubjekt" handele. Deshalb müsse das Deutsche Reich von 1871 ein Staat sein.

Deutsches Reich: Staat versus Staatenbund

Es wird gegenwärtig sehr viel Energie investiert uns glauben zu machen, das Deutsche Reich von 1871 sei ein Staat und nicht ein Staatenbund. Die Alliierten des "Ersten" und "Zweiten Weltkrieges" haben offenbar hieran ein großes Interesse. Zum einen ist es immer gut, wenn mögliche Gegner des eigenen Herrschaftssystems auf den Holzweg geführt werden und rechtliche Fehler begehen. Der wahre Grund jedoch ist unter Umständen ein anderer:

Es ist für die Kriegsgegner rechtlich übersichtlich, gegen einen Staat Krieg zu führen, zu besetzen und von der Hauptstadt aus zu regieren und auszupressen. Bei einem Staatenbund ist dies nicht so einfach möglich. Die Frage ist grundsätzlich, ob das Deutsche Reich von 1871 eine Hauptstadt hatte, im Bundesvertrag von 1871 (fälschlich "Verfassung" genannt) steht hiervon nichts. Unabhängig davon, ist problematisch, einem Staatenbund mit 26 Staaten und 26 Hauptstädten den Krieg zu erklären und zu führen. Die Alliierten hätten jeden der 26 Staaten besetzen und für jeden der 26 Staaten ein eigenes Besatzungsrecht erstellen müssen und die Regierungsgewalt von der jeweiligen Hauptstadt aus organisieren müssen.

Man stelle sich vor, die "NATO" ist im "Bündnisfall" und führt Krieg. Der Kriegsgegner - beispielsweise die Russische Föderation - nimmt an, die Hauptstadt der "NATO" sei Brüssel. Schließlich befindet sich dort das "NATO"-Hauptquartier. Jetzt könnten die Führer in der Russischen Föderation auf die Idee kommen, Brüssel zu besetzen um von dort aus alle "NATO"-Mitglieds-"Staaten" einschließlich die USA und Kanada zu regieren und "Reparationen" einzutreiben.

In Analogie zum Deutschen Reich von 1871 bedeutet dies, daß die rechtlichen Konstruktionen der Alliierten hinsichtlich des Siegerrechts und Besatzungsrechts unter Umständen unsinnig und nichtig sind. Die einzelnen Bundesstaaten waren ja nicht im Krieg sondern ein ganz anderes Rechtssubjekt nämlich der Staatenbund. Die Militärangehörigen in der "Reichswehr" waren demzufolge nur Söldner. Da der Staatenbund Deutsches Reich kein Staat ist und kein eigenes Hoheitsgebiet und (vermutlich) keine Hauptstadt hat, hatten die Alliierten keinen Staat, gegen den sie rechtlich sauber Krieg führen, besetzen und von der Hauptstadt aus regieren und auspressen konnten.

Ein zusätzliches Interesse der Alliierten, uns Glauben zu machen, daß Deutsche Reich von 1871 sei ein Staat, könnte darin bestehen, die "Weimarer Republik" durch die Hintertür wenigstens teilweise zu legitimieren. Eine Nationalversammlung gibt es immer nur für einen Staat, niemals jedoch für einen Staatenbund. Im Deutschen Reich von 1871 hätten nur 26 Nationalversammlungen getrennt und unabhängig voneinander Verfassungsänderungen oder Staatsabschaffungen legitim zustande bringen können. Es versuchen Desinformanten oft, die "Weimarer Republik" als legitim zustande gekommen und als rechtssubjektidentisch mit dem Deutschen Reich von 1871 darzustellen. Die Einberufung einer "Nationalversammlung" für das gesamte Deutsche Reich war Rechtsbruch, da das Deutsche Reich von 1871 ein Staatenbund ist und aus einzelnen Bundesstaaten besteht. Es gab somit zu jenem Zeitpunkt kein Staatsvolk des Deutschen Reichs, das eine Nationalversammlung hätte legitimieren können. Zur Etablierung eines deutschen Gesamtstaates hätte es eine legitim zustande gekommene Zustimmung aus jedem einzelnen Bundesstaat getrennt und unabhängig voneinander gebraucht, die es nie gegeben hat.

Nur unter der falschen Rechtsannahme, das Deutsche Reich von 1871 sei ein Staat, läßt sich eine Legitimation der "Weimarer Nationalversammlung" und damit der "Weimarer Republik" postulieren, wobei noch weitere Gründe für die Illegalität der "Weimarer Republik" anzuführen wären (Gründung außerhalb des Staatsrechts da kein Staatsvolk etc.).

Bei der Beurteilung, ob das Deutsche Reich von 1871 ein Staat oder ein Staatenbund ist, und dementsprechend die Reichsangehörigkeit eine Staatsangehörigkeit ist, sind folgende Aspekte zu berücksichtigen:

1. Der Bundesvertrag von 1871 wurde von unseren Vorfahren fälschlich "Verfassung" genannt. Es handelt sich schließlich nicht um die höchste Rechtsnorm eines Staates. Diese unkorrekte Verwendung des Begriffs "Verfassung" ist darauf zurückzuführen, daß damals der Begriff "Verfassung" nicht in derselben Weise verwendet wird wie heute, oder wie Prof. Carlo Schmidt ihn gebraucht hat, nämlich als die höchste Rechtsnorm eines Staates.

468 *Julius Wilhelm Otto Richter; "Das deutsche Reich"; Nabu Press (9 April 2012); ISBN-10: 1279827637; ISBN-13: 978-1279827635*

2. Alle Publikationen zu staats- und völkerrechtlichen Themen, die nach 1918 herausgegeben wurden, sollten für den Erkenntnisprozeß eher nicht genutzt werden, da hier Lüge und Betrug zu erwarten sind. Schließlich begann 1918 die Fremdherrschaft mit der "Weimarer Republik" und setzte sich seither über "Drittes Reich" "DDR" und "BRD" fort. Unter Fremdherrschaft ist in jeder Publikation zu staats- und völkerrechtlichen Themen Betrug zu erwarten.
3. Zudem ist es ratsam, die Publikationen, die vor 1900 herausgegeben wurden, kritisch zu verwenden. Die Drei-Elemente-Lehre wurde erstmals im Jahre 1900 publiziert. Der Begriff "Staat" war zuvor nicht präzise definiert. Unter Umständen finden sich deshalb in Publikationen beziehungsweise Dokumenten von vor 1900 unpräzise Verwendungen der Begriffe "Staat", "Volk", "Staatsvolk", "Verfassung" etc.
4. Die Angehörigkeit von Menschen zu einer Körperschaft, ohne daß es sich um einen Staat handelt, ist nicht ungewöhnlich. Beispielsweise sind 380 Millionen Menschen definitionsgemäß "EU"-"Angehörige" oder Neusprech: "EU"-"Bürger". Hierbei handelt es sich jedoch nicht um eine Staatsangehörigkeit, da die "EU" schließlich kein Staat ist. Man könnte die "EU"-Angehörigkeit als eine Form der Vereinsmitgliedschaft auffassen.
5. Eine Staatsangehörigkeit "Deutsches Reich" hat es definitiv nie gegeben. Weder in irgendeiner rechtlichen Regelung noch in irgendeinem Dokument. Somit gibt es kein Staatsvolk des Deutschen Reiches von 1871.
6. Es wird argumentiert, durch Eintritt in diesen "Ewigen Bund" haben die Bundesstaaten einen Teil ihrer Souveränität "verloren", wodurch sie keine Staaten mehr waren und stattdessen eine Staatsgründung auf der Ebene des Reiches stattgefunden habe. Tatsächlich haben die Staaten universelle Rechte freiwillig an den hierdurch entstandenen Staatenbund Deutsches Reich abgegeben. Die Abgabe von Rechten an das Reich hat nicht zu einer Auflösung der Staaten oder zu einer neuen Staatsgründung geführt. Es ist nun mal das Wesen eines Staatenbundes, daß die Bundesstaaten von Souveränitätsrechten freiwillig abgeben, sonst kann ein Staatenbund gar nicht funktionieren. Eine Staatsgründung gemäß der Drei-Elemente-Lehre ist mit der freiwilligen Aufgabe von Souveränitätsrechten eines Bundesstaates grundsätzlich nicht verbunden. Wäre es so, könnte man einen Staatenbund überhaupt nicht gründen und es hätte in der Geschichte nie einen Staatenbund gegeben. Schließlich würde man sofort einen Staat gegründet haben, wenn man versuchte, mit freiwilliger Abgabe von Rechten der jeweiligen Staaten einen Staatenbund zu gründen.
7. Im Artikel 3 des Bundesvertrages (fälschlich "Verfassung") wurde das sogenannte "Bundesindigenat" definiert, dies bedeutete, daß ein Angehöriger eines Bundesstaates in jedem anderen Bundesstaat dieselben Rechte hatte, wie ein Staatsangehöriger in dem betreffenden Bundesstaat. Es wird behauptet, durch das Bundesindigenat sei ein Staatsvolk entstanden, weshalb das Deutsche Reich von 1871 ein Staat sein müsse. Ein gemeinsames Indigenat ist für die Beurteilung von Staatlichkeit nach der Drei-Elemente-Lehre nicht relevant. Die Tatsache, daß Angehörige eines fremden Staates die selben Rechte in einem Staat erhalten, wie sie die Angehörigen des Staates haben, bedeutet nur daß eine rechtliche Gleichstellung vorgenommen wurde. Es bedeutet logischerweise nicht, daß eine neue Staatsangehörigkeit definiert wurde oder daß hierdurch ein gemeinsames Staatsvolk entstanden sei. Mit derselben Logik wäre die "EU" auch ein Staat, schließlich haben alle Angehörigen eines Mitglieds-"Staates" der "EU" in jedem anderen dieselben Rechte.
8. Es wird mitunter behauptet, man könne einen Staat allein dadurch gründen, indem man eine Verfassung beschließt. Dies ist nicht richtig. Zuerst muß der Staat vorhanden sein, bevor man die Regeln für diesen Staat erstellen, und die höchste Rechtsnorm in diesem Staat "Verfassung" nennen kann. Schließlich braucht man zuerst den Staat, um definieren zu können, wer Angehöriger dieses Staates ist, nur so lassen sich die Abstimmungsberechtigten für die Erstellung einer Verfassung und sonstiger Regeln definieren.
9. In letzter Zeit wird behauptet, wenn die "EU" beispielsweise eine "Verfassung" bekäme, würde man damit aus ihr einen Staat machen. Dies ist jedoch falsch. Es ist genau umgekehrt. Erst wenn ein Staat vorhanden ist, ist es statthaft, die höchste Rechtsnorm in dieser Körperschaft "Verfassung" zu nennen. Würde man über eine "Verfassung" der "EU" abstimmen. ohne aus ihr vorher einen Staat gemacht zu haben, hätte man das Problem, daß man für ein Handelsrechtskonstrukt, das heißt für eine Firma beziehungsweise einen Verein ein Grundregelwerk erstellt, und dieses dann fälschlicherweise "Verfassung" nennt.
10. Mit Gründung des Deutschen Reichs 1871 sind die süddeutschen Staaten dem Norddeutschen Bund beigetreten. Die "Verfassung" des "Norddeutschen Bundes" (richtiger "Bundesvertrag") wurde somit zur "Verfassung" des "Deutschen Reiches". Dabei wurden lediglich zwei Begrifflichkeiten geändert, aus "Bund" wurde "Reich" und aus "Präsidium" wurde "Kaiser". Das bedeutet, bis auf zwei Begrifflichkeiten war die "Verfassung" (richtiger "Bundesvertrag") des Norddeutschen Bundes identisch mit der "Verfassung" (richtiger "Bundesvertrag") des Deutschen Reichs von 1871. Wenn der Norddeutsche Bund kein Staat war, kann das Kaiserreich schon aus diesem Grunde auch kein Staat gewesen sein. Bisher gab es niemanden, der ernsthaft behauptet hat, der Norddeutsche Bund sei ein Staat gewesen. Schließlich gab es keine Staatsangehörigkeit "Norddeutscher Bund" und damit kein entsprechendes Staatsvolk. Inzwischen werden alle Quellen im Internet offenbar vom "Wahrheitsministerium" a la "Orwell 84" umgeschrieben und es wird auch in der Wikipedia behauptet, der Norddeutsche Bund sei ein Staat gewesen. Offenbar wird hier versucht, die logischen Brüche zu verschleiern, die mit der Behauptung entstehen, das Deutsche Reich von 1871 sei ein Staat.

11. Das Deutsche Reich von 1871 wurde gemäß der Eingangsformel seiner "Verfassung" (besser "Bundesvertrag") als "Ewiger Bund" bezeichnet. Ein Verlassen dieses Bundes war somit nicht vorgesehen und es gab hierfür keine rechtlichen Regelungen. Die Tatsache, daß kein rechtlicher Weg vorgesehen oder vorgezeichnet wurde, wie ein Bundesstaat das Reich wieder verlassen konnte, bedeutet jedoch nicht, daß es nicht möglich gewesen wäre. Die "EU" hatte schließlich auch keine Regeln für einen Austritt und trotzdem ist Großbritannien ausgetreten. Offensichtlich ist das Fehlen von Austrittsregeln im Staatenbund kein Kriterium für eigene Staatlichkeit. Zudem: Ein Austritt eines oder mehrerer Bundesstaaten aus dem Deutschen Reich von 1871 hätte "verfassungsändernden" Charakter. Eine Änderung der "Verfassung" (richtiger "Bundesvertrag") des Deutschen Reichs von 1871 wäre unter Einhaltung der entsprechenden Regularien für die Gesetzgebung durchaus möglich: Mehrheit im Reichstag und im Bundesrat, Zustimmung durch den Kaiser.
12. Oft ist die Behauptung zu hören, daß im RuStAG von 1913 der Begriff "Deutscher" definiert worden sei, wodurch "die deutsche Staatangehörigkeit" und damit "das deutsche Volk" entstanden seien. Hierdurch habe sich gezeigt, daß das Deutsche Reich von 1871 ein Staat mit Staatsangehörigkeit und Staatsvolk sei. Dies ist jedoch eine falsche Rechtsbehauptung. Der Begriff "Deutscher" definiert keine Staatsangehörigkeit sondern beinhaltet eine Rechtsstellung. Es handelt sich um eine teilweise rechtliche Gleichstellung aller Angehörigen des Deutschen Reichs von 1871, unabhängig davon, ob sie eine Staatsangehörigkeit in einem Bundesstaat haben oder nicht, also auch wenn sie Bewohner eines der Schutzgebiete waren. Die rechtliche Stellung von Staatsangehörigen war den Menschen mit unmittelbarer Reichsangehörigkeit (in den Schutzgebieten) dennoch nicht voll umfänglich gegeben. Wäre das Deutsche Reich von 1871 ein Staat, hätte es dafür Sorge tragen müssen, daß alle seine Angehörigen als Staatsangehörige das Recht und die Möglichkeit haben, beispielsweise Reichstagsabgeordnete zu wählen und Abgeordnete in den Bundesrat zu entsenden. Diese Möglichkeit bestand jedoch nicht, weil die Angehörigen der Schutzgebiete keine Staatsangehörigen waren. Die Gleichstellung bezog sich lediglich darauf, daß Angehörige der Schutzgebiete, wenn sie sich in einem der Bundesstaaten aufhielten, den Angehörigen des jeweiligen Bundesstaates rechtlich gleichgestellt wurden. In den Schutzgebieten hatten sie keine Rechte von Staatsangehörigen. Dies ist ein Beleg dafür, daß das Deutsche Reich von 1871 kein Staat ist.
13. Es wird behauptet, alten Publikationen, beispielsweise auch Reichstagsprotokollen könne entnommen werden, daß unsere Vorfahren der Ansicht waren, unabhängig von der (vor 1900 nicht bekannten) Drei-Elemente-Lehre handele es sich beim Deutschen Reich von 1871 um einen Staat. Derartiges ist jedoch nicht maßgeblich. Maßgeblich sind die originalen Texte des Bundesvertrages von 1871 (fälschlich "Verfassung" genannt) und die Gesetze im Original. Erst wenn diese sich als unverständlich herausstellen, kann man versuchen zu interpretieren. Die Texte des Bundesvertrages von 1871 und die Gesetze der Staaten und des Reiches sind jedoch so eindeutig abgefaßt, daß sie gar keinen Interpretationsspielraum zulassen.
14. Das Deutsche Reich von 1871 kann auch allein deshalb kein Staat sein, weil man keinen Staat gründen kann in einem Staat, den es bereits gibt. Mit Gründung des Deutschen Reiches von 1871 wurden die bestehenden Staaten nicht aufgelöst sondern zu Bundesstaaten. Die Staaten behielten ihr Staatsangehörigkeitsrecht und damit ihr jeweiliges Staatsvolk. Wenn das Deutsche Reich von 1871 ein Staat wäre, würden mindestens zwei Staaten über ein und das selbe Gebiet herrschen. Dies ist jedoch grundsätzlich nicht möglich. Mit der selben Logik könnten wir eines Tages nicht nur zwei Staatsangehörigkeiten haben sondern auch drei vier oder fünf, wenn das Deutsche Reich von 1871 sich anderen Strukturen freiwillig unterordnet und diese dann ihrerseits wieder Teil einer größeren Organisationsstruktur werden. Allein der gesunde Menschenverstand sagt, daß dies Unsinn sein muß.
15. Es wird behauptet, das Deutsche Reich von 1871 sei ein "Bundesstaat", gleichzeitig werden beispielsweise im RuStAG die Staaten des Bundes "Bundesstaaten" genannt. In der Endkonsequenz hieße das, daß es in Deutschland 27 Bundesstaaten gäbe oder die USA aus 51 Bundesstaaten und nicht aus 50 Bundesstaaten bestehe, was natürlich Unsinn sein muß. Ein Bundesstaat hat eine andere Struktur als ein Staatenbund. Mit dieser falschen Begriffsverwendung könnte man diese Unterscheidung der Strukturen gar nicht mehr vornehmen. Mit der Verwendung des Begriffes "Bundesstaat" sowohl für die Bundesstaaten, als auch für den Staatenbund Deutsches Reich läßt sich maximal mögliche Verwirrung stiften, was wohl auch beabsichtigt ist.
16. Daß das Deutsche Reich von 1871 kein Staat sein kann, ergibt sich auch aus Artikel 11 des *Bundesvertrages (fälschlich "Verfassung") vom 16.04.1871:*

    Artikel 11:
    "Das Präsidium des Bundes steht dem König von Preußen zu, welcher den Namen Deutscher Kaiser führt."
    *Mit Verwendung des Begriffes "Bund" wird klar gesagt, daß es sich um einen "Bund" (Staatenbund) also eine Art Verein handelt und nicht um einen Staat. Beleg hierfür ist insbesondere die Begrifflichkeit **Name** Deutscher Kaiser und nicht **Titel** Deutscher Kaiser…*
    Wenn das Deutsche Reich von 1871 ein Staat wäre, hätte man formulieren müssen:
    "Das Amt des Staatspräsidenten des Deutschen Reiches steht dem König von Preußen zu, er ist berechtigt, den Titel "Deutscher Kaiser" zu führen".

Dies wurde jedoch aus gutem Grunde nicht so formuliert, weil das Deutsche Reich von 1871 als Staatenbund konzipiert wurde und nicht als Staat.

Begriff "Völkerrechtssubjekt":

Ein **Völkerrechtssubjekt** ist ein Rechtssubjekt im Völkerrecht, also ein Träger völkerrechtlicher Rechte und Pflichten, dessen Verhalten unmittelbar durch das Völkerrecht geregelt wird.

Sinnvolle Unterteilung: [469,470,471,472]

- **Originäre Völkerrechtssubjekte:** Ihnen haftet ihre Völkerrechtsfähigkeit aus sich selbst heraus an. Zu differenzieren sind dabei
  - originäre staatliche Völkerrechtssubjekte:
    - Staaten (im völkerrechtlichen Sinne)
  - originäre nichtstaatliche Völkerrechtssubjekte:
    - Internationales Komitee vom Roten Kreuz
    - Heiliger Stuhl
    - Souveräner Malteser-Ritterorden
- **Derivative Völkerrechtssubjekte:** Sie leiten ihre Völkerrechtsfähigkeit aus der Rechtsfähigkeit ihrer Gründungssubjekte ab. Es handelt sich hierbei insbesondere um die Internationalen Organisationen wie
  - "Vereinten Nationen"
  - "Europäische Union" (im engeren Sinne Simulation eines Staatenbundes) (nach herrschender Lehrmeinung seit Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon eine eigene Rechtspersönlichkeit)
  - reale Staatenbünde beispielsweise
    - Deutscher Bund von 1815 - 1866
    - Norddeutscher Bund von 1866 bis 1871
    - Deutsche Reich von 1871

Fazit: Jeder Staat ist ein Völkerrechtssubjekt, aber nicht jedes Völkerrechtssubjekt ist ein Staat. Das Deutsche Reich von 1871 ist als Staatenbund ein Völkerrechtssubjekt, ohne selbst ein Staat zu sein. Es ist als Staatenbund ein Völkerrechtssubjekt wie der Norddeutsche Bund von 1867 oder der Deutsche Bund von 1815.

Im Bundesvertrag (fälschlich "Verfassung") von 1871 wurden in den Artikeln 2 und 5 (1) Bereiche definiert, in denen das Reich ausschließliche hoheitliche Kompetenzen erhielt. Dabei wurde geregelt, daß Reichsrecht gegenüber dem Recht der Bundesstaaten höherrangiges Recht darstellt.[473]

Diese Bereiche waren unter anderem

- die Hoheit über das Militär einschließlich über Luftwaffe und Kriegsmarine, einschließlich über Militärgesetzgebung, Militärstrafgesetzgebung sowie Entscheidung über Krieg und Frieden, Kriegserklärungen und Friedensverträge *(vgl Art. 11(1,2) 53, 61, 63, 64 der Verfassung des Deutschen Reichs vom 16.04.1871)*
- Recht des Kaisers, in jedem Teil des Reiches den Kriegszustand zu erklären und Truppen auch im Inland zu befehligen *(vgl Art. 68 der Verfassung des Deutschen Reichs vom 16.04.1871)*
- die Hoheit über die Vertretung gegenüber dem Ausland beziehungsweise die Gestaltung der Außenbeziehungen und der Außenpolitik *(vgl Art. 3(6), 11 u. 56 der Verfassung des Deutschen Reichs vom 16.04.1871)*
- die Hoheit über das Finanzwesen, einschließlich Bestimmungen über das Bankwesen, Obligationenrecht, Handels- und Wechselrecht und das Maß-, Münz- und Gewichtsystem
- der Schutz des geistigen Eigentums und die Erfindungspatente *(vgl Art. 4 der Verfassung des Deutschen Reichs vom 16.04.1871)*
- die hoheitliche Kompetenz über die Ernennung und Absetzung von Reichsbeamten *(vgl Art. 18 der Verfassung des Deutschen Reichs vom 16.04.1871)*
- die Hoheit über die Gestaltung des Strafrechts *(vgl Art. 4 der Verfassung des Deutschen Reichs vom 16.04.1871)*
- die Hoheit über die Zoll- und Handelsgesetzgebung *(vgl Art. 4 und Art. 35 der Verfassung des Deutschen Reichs vom 16.04.1871)*
- die Hoheit über das Eisenbahnwesen (vorbehaltlich gesonderter Bestimmungen für Bayern), insbesondere die Hoheit über die Bahnlinienführung auch gegen den Willen der betroffenen Bundesstaaten durchsetzen zu können *(vgl Art. 4 und Art. 41 und 42 der Verfassung des Deutschen Reichs vom 16.04.1871)*
- die Kontrolle über das Tarifwesen *(vgl Art. 45 und 46 der Verfassung des Deutschen Reichs vom 16.04.1871)*
- die Hoheit über das Post- und Telegraphenwesen (vorbehaltlich gesonderter Bestimmungen in Bayern und Württemberg) *(vgl Art. 4 und Art. 48 und 50 der Verfassung des Deutschen Reichs vom 16.04.1871)*
- die Hoheit über die Handelsmarine *(vgl Art. 54 der Verfassung des Deutschen Reichs vom 16.04.1871)*
- die Immunität der Reichstagsabgeordneten gegenüber rechtlicher Verfolgung durch die Bundesstaaten *(vgl Art. 31 der Verfassung des Deutschen Reichs vom 16.04.1871)*

---

469 *Alfred Verdross/Bruno Simma, Universelles Völkerrecht, 3. Aufl., Berlin 1984, §375.*

470 *Kay Hailbronner, in: Wolfgang Graf Vitzthum (Hrsg.), Völkerrecht, 3. Aufl., Berlin 2004, 3. Abschn., Rn. 7 ff., 39 ff.*

471 *Marcel Kau: Der Staat und der Einzelne als Völkerrechtssubjekte. In: Wolfgang Graf Vitzthum und Alexander Proelß (Hrsg.): Völkerrecht. 8. Auflage, de Gruyter, Berlin/Boston 2019, ISBN 978-3-11-063326-9, S. 179, Rn. 32 f. (abgerufen über De Gruyter Online).*

472 *Georg Dahm, Jost Delbrück, Rüdiger Wolfrum: "Die Grundlagen. Die Völkerrechtssubjekte", Völkerrecht, Bd. I/1; 2. Auflage; de Gruyter. Berlin 1989, S. 356 ff.*

473 *Art. 2 und Art. 5(1) der Verfassung des Deutschen Reichs vom 16.04.1871*

Besondere Bedeutung hat Artikel 18 der Verfassung des Deutschen Reichs vom 16.04.1871:

"Wenn Bundesglieder ihre verfassungsmäßigen Bundespflichten nicht erfüllen, können sie dazu im Wege der Exekution angehalten werden. Diese Exekution ist vom Bundesrathe zu beschließen und vom Kaiser zu vollstrecken."

Diesem Recht haben sich die Bundesstaaten freiwillig untergeordnet. Hierdurch ist kein neuer Staat entstanden. Weder die deutschen Staaten noch das Deutsche Reich selbst sind je nach ihren eigenen Regeln aufgelöst, abgewickelt oder in andere Körperschaftsstrukturen überführt worden. Eine Annexion durch die Alliierten des "Ersten" und "Zweiten Weltkrieges" ist zu keiner Zeit erfolgt.
Es wäre deshalb falsch, beispielsweise gegenüber "BRD"-Stellen zu behaupten, man habe "die deutsche Staatsangehörigkeit" oder die Staatsangehörigkeit "Deutsches Reich" inne. "BRD"-Stellen werden das als Bezugnahme auf Nazi-Recht interpretieren und denjenigen systematisch terrorisieren, weil "BRD"-Stellen sich als Nazi-Organisation für bekennende Nazis als zuständig betrachten.

Die Flagge des Deutschen Reichs hat die Farben Schwarz-Weiß-Rot, Hoheitszeichen ist der Reichsadler.

Links: Gebietsstand der Bundesstaaten des Deutschen Reichs zur Zeit des letzten legitimen staatlichen zivilen Rechtes am 30.07.1914.

<u>Schutzgebiete / Territorium des Deutschen Reichs</u>

Deutsch-Witu	*Deutsch-Südwestafrika*
Deutsch-Ostafrika	*Kamerun*
Togo	*Deutsch-Neuguinea*
Samoa	*Kiautschou*
Elsaß-Lothringen	

Auch die in den Schutzgebieten lebenden Menschen waren und sind heute noch Deutsche nach RuStAG von 1913, sie gehören dem Deutschen Reich (unmittelbar) an. Die unmittelbare Reichsangehörigkeit ist jedoch keine Staatsangehörigkeit, da das Deutsche Reich im Rechtsstand von 1914 zwar ein Völkerrechtssubjekt, jedoch kein Staat ist.

<u>Interessanter Nebenaspekt</u>
Im Jahre 1871 wurde die Deutsche Reichsbank gegründet. Sie war keine staatliche Bank sondern im Besitz von privaten Anteilseignern. Das Geld der Reichsbank war durch Gold gedeckt, die sogenannte "Goldmark". Ansonsten bestand sehr große Ähnlichkeit zur Bank von England und der 1913 gegründeten "FED". Möglicherweise ist unter anderem ein Grund für den Ersten Weltkrieg, daß sich die angloamerikanische Hochfinanz die lästige deutsche Bankkonkurrenz vom Halse schaffen wollte.

8.5. Gültiger Rechtsstand auf der Ebene der Bundesstaaten

Bundesstaaten im Staatenbund Deutsches Reich im Jahre 1914:

Staat	Hauptstädte
Königreich Preußen	Berlin
Großherzogtum Sachsen-Weimar-Eisenach	Weimar
Herzogtum Sachsen-Coburg-Gotha	Coburg und Gotha
Herzogtum Sachsen-Altenburg	Altenburg
Herzogtum Sachsen-Meiningen	Meiningen
Fürstentum Schwarzburg-Rudolstadt	Rudolstadt
Fürstentum Schwarzburg-Sondershausen	Sondershausen
Fürstentum Reuß ältere Linie	Greiz
Fürstentum Reuß jüngere Linie	Gera
Königreich Bayern	München
Königreich Sachsen	Dresden
Königreich Württemberg	Stuttgart
Großherzogtum Baden	Karlsruhe
Großherzogtum Hessen	Darmstadt
Großherzogtum Mecklenburg-Schwerin	Schwerin
Großherzogtum Mecklenburg-Strelitz	Neustrelitz
Großherzogtum Oldenburg	Oldenburg

Herzogtum Anhalt	Dessau
Herzogtum Braunschweig	Braunschweig
Fürstentum Lippe	Detmold
Fürstentum Schaumburg-Lippe	Bückeburg
Fürstentum Waldeck	Arolsen
Freie und Hansestadt Bremen	Bremen
Freie und Hansestadt Hamburg	Hamburg
Freie und Hansestadt Lübeck	Lübeck
Reichsland Elsaß-Lothringen	Straßburg

8.5.1. Königreich Preußen

Flagge

Hoheitszeichen / Wappen

Das Königreich Preußen ist eine konstitutionelle Monarchie, mit seiner Verfassung vom 31.01.1850. Heutzutage oft unbeachtet bleiben preußische Errungenschaften, dazu zählen die Etablierung eines Schul- beziehungsweise Bildungssystems, die Toleranz gegenüber anderen Religionen, die Aufnahme von Glaubensflüchtlingen und schließlich auch die Rechtsgleichheit vor dem Gesetz.
Gesetzgebende Organe im Königreich Preußen gibt es drei: Danach gab es das "Herrenhaus" als erste Kammer und das "Haus der Abgeordneten" als zweite Kammer. Beide zusammen bilden "die beiden Häuser des Landtags".
In der Verfassung des Königreich Preußen im Artikel 53 ist definiert, daß es sich beim Königreich Preußen um eine Erbmonarchie handelt, wobei der Monarch durch die agnatische Linealfolge (männliche Linie) bestimmt wird.

Im Artikel 57 lesen wir:

"Ist kein volljähriger Agnat vorhanden und nicht bereits vorher gesetzliche Fürsorge für diesen Fall getroffen, so hat das Staatsministerium die Kammern zu berufen, welche in vereinigter Sitzung einen Regenten erwählen. Bis zum Antritt der Regentschaft von Seiten desselben führt das Staatsministerium die Regierung."

Im Artikel 62 findet sich die Regelung:

"Die gesetzgebende Gewalt wird gemeinschaftlich durch den König und durch zwei Kammern ausgeübt. Die Übereinstimmung des Königs und beider Kammern ist zu jedem Gesetze erforderlich."

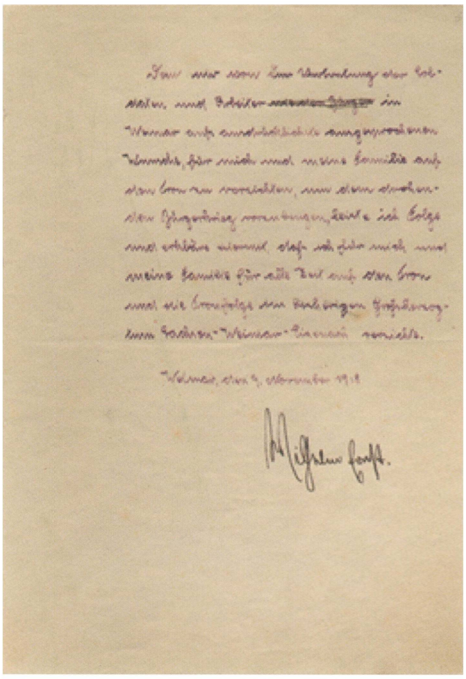
Fazit: Das Königreich Preußen ist niemals aufgelöst oder umbenannt worden. Der Kriegszustand des ersten Weltkrieges als Form des Ausnahmezustandes und die Bedingungen der Fremdherrschaft in Form der "Weimarer Republik", des "Dritten Reiches", der "DDR" und der "BRD" haben bis heute nicht geendet. Das legitime zivile Recht dieses Staates konnte deshalb seit Kriegsbeginn nicht weiterentwickelt werden. Es besteht zudem keine Rechtssubjektidentität und keine Rechtskontinuität mit dem später gegründeten "Freistaat Preußen". Hierbei handelt es sich um eine Neugründung außerhalb des Staatsrechts.
Somit befinden wir uns im Königreich Preußen im Rechtsstand vom 30.07.1914 (mit der Verfassung vom 31.01.1850 mit Rechtsfortentwicklung bis zum 30.07.1914).

8.5.2. Großherzogtum Sachsen (-Weimar-Eisenach)

Flagge seit 29.01.1897

Hoheitszeichen / Wappen

Das Großherzogtum Sachsen-Weimar-Eisenach ist ein ernestinisches Herzogtum. Die Hauptstadt ist Weimar. Es entstand 1741, als das Herzogtum Sachsen-Eisenach an das Herzogtum Sachsen-Weimar fiel. 1809 wurden Sachsen-Eisenach und Sachsen-Weimar unter Herzog Carl August von Sachsen-Weimar-Eisenach per Verfassung auch staatsrechtlich zum Herzogtum Sachsen-Weimar-Eisenach vereinigt.



Auf dem Wiener Kongreß erlangte das Herzogtum 1815 den Status eines Großherzogtums, ab 1903 bezeichnete es sich als Großherzogtum Sachsen.
Das Großherzogtum Sachsen-Weimar-Eisenach besteht aus drei großen Gebietsteilen, welche die Kreise bilden, sowie einigen Exklaven.

Nach der Verfassung vom 05.05.1816 (ergänzt am 15. Okt. 1850) ist das Großherzogtum Sachsen-Weimar-Eisenach eine konstitutionelle Monarchie. in agnatischer Linealfolge. Nach dem Landtagswahlgesetz von 1852 besteht der Landtag aus 31 Abgeordneten.

Auf Carl Alexander folgte 1901 sein Enkel Wilhelm Ernst, verheiratet in erster Ehe mit Karoline von Reuß Ältere Linie und in zweiter Ehe mit Feodora von Sachsen-Meiningen. Am 09.11.1918 verzichtete er auf den Thron. Die Rechtmäßigkeit der Abdankung ist seither von keiner Instanz bestritten worden.

***Links:** Abdankungsurkunde des Großherzogs Wilhelm Ernst von Sachsen-Weimar-Eisenach 09.11.1918.*

Zum grundlegenden Verständnis der Verfassung sind die folgenden Paragraphen ausreichend:

§. 117: ***"Der Vorschlag zu neuen, das Allgemeine angebenden, Gesetzen kann sowohl von dem Fürsten dem Landtage, als von dem Landtage dem Fürsten, vorgelegt werden.***
Versagt in dem letzten Falle der Fürst die Genehmigung; so darf der Landtag seinen Vorschlag noch auf zwei andern seiner verfassungsmäßigen Zusammenkünfte wiederholen.
Die Ständische Versammlung hat, wenn sie ihre Zustimmung zu einem ihr vorgelegten Gesetzesentwurf verweigert, jedesmal die Gründe ausführlich anzugeben; der Fürst hingegen wird auf einen, von dem Landtage gethanen Gesetzesvorschlag, nur die Ertheilung, oder die Vorenthaltung seiner Sanction aussprechen."

§. 123: ***"An diesem Grundgesetze des Großherzogthums Sachsen-Weimar-Eisenach und der durch solches gestifteten Verfassung darf in keinem Puncte, und weder mittelbar, noch unmittelbar, weder durch Aufhebung, noch durch Zusätze, etwas geändert werden, ohne Übereinstimmung des Landesfürsten und des Landtages."***

§. 125: ***"Jede absichtliche Verletzung der Verfassung im Staatsdienste soll als Verbrechen angesehen und gestraft werden. Jede Handlung eines Staatsdieners, welche in der Absicht unternommen wird, um diese Verfassung heimlich zu untergraben, oder gewaltsam aufzulösen, ist Hochverrath."***

§. 126: ***"Tritt der Fall eines Regierungswechsels ein; so soll der neue Landesfürst bei dem Antritte der Regierung sich schriftlich bei fürstlichen Worten und Ehren verbindlich machen, die Verfassung, so wie sie durch gegenwärtige Urkunde bestimmt worden, nach ihrem ganzen Inhalte während seiner Regierung zu beobachten, aufrecht zu erhalten und zu schützen."***

§. 128: ***"Im Fall der Unmündigkeit des Regenten, oder einer andern Verhinderung des Regierungsantritts, ist dieselbe Versicherung von dem Verweser der Regierung (dem Administrator) für die Zeit seiner Verwaltung auszustellen."***

Gesetzesänderungen und Verfassungsänderungen waren somit möglich, wenn der Landtag und der Monarch beide zustimmen. War der Monarch minderjährig oder verhindert, war der Administrator der Regierung in der Funktion des Verwesers.

Das Großherzogtum Sachsen-Weimar-Eisenach wurde niemals aufgelöst, abgewickelt, oder nach seinen eigenen Regeln in einen "Freistaat Sachsen-Weimar-Eisenach" überführt.
Es besteht zudem keine Rechtssubjektidentität und keine Rechtskontinuität mit dem später gegründeten "Freistaat Sachsen-Weimar-Eisenach". Bei dem "Freistaat Sachsen-Weimar-Eisenach" handelt es sich um eine Neugründung außerhalb des Staatsrechts.
Der "Landtag" hatte später die Auflösung des Staates "beschlossen", und für eine Fusion mit anderen thüringischen Verwaltungskonstrukten gestimmt, um einen "Freistaat Thüringen" zu installieren.
Ein Landtag, also ein Parlament, ist niemals befugt, die Verfassung abzuschaffen oder den Staat aufzulösen. Ein Parlament kann unter besonderen Voraussetzungen beispielsweise Zwei-Drittel-Mehrheit eine Verfassung modifizieren beziehungsweise ergänzen. Eine Abschaffung der Verfassung oder eine Auflösung des Staates durch ein Parlament ist Verfassungshochverrat und kann niemals rechtsgültig erfolgen. Eine legitime Abschaffung des Staates Großherzogtum Sachsen-Weimar-Eisenach ist somit auch aus diesen Gründen nicht erfolgt.
Fazit: Das Großherzogtum Sachsen-Weimar-Eisenach ist niemals aufgelöst oder umbenannt worden. Der Kriegszustand des ersten Weltkrieges als Form des Ausnahmezustandes und die Bedingungen der Fremdherrschaft in Form der "Weimarer Republik", des "Dritten Reiches", der "DDR" und der "BRD" haben bis heute nicht geendet. Das legitime zivile Recht dieses Staates konnte deshalb seit Kriegsbeginn nicht weiterentwickelt werden. Es besteht zudem keine Rechtssubjektidentität und keine Rechtskontinuität mit dem später gegründeten "Freistaat Sachsen-Weimar-Eisenach" oder dem Freistaat Thüringen". Hierbei handelt es sich um Neugründungen außerhalb des Staatsrechts.
Somit befinden wir uns im Großherzogtum Sachsen-Weimar-Eisenach im Rechtsstand vom 30.07.1914 mit der Verfassung vom 05.05.1816 (ergänzt am 15. Okt. 1850) mit der Rechtsfortentwicklung bis zum 30.07.1914).

8.5.3. Herzogtum Sachsen-Coburg und Gotha

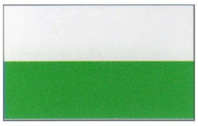
Flagge seit 1911

Hoheitszeichen / Wappen

Das Herzogtum Sachsen-Coburg und Gotha entstand 1826 aus den ernestinischen Herzogtümern Sachsen-Coburg und Sachsen-Gotha. Das neu entstandene Herzogtum Sachsen-Coburg und Gotha ist ein Doppelherzogtum, das vom Haus Sachsen-Coburg und Gotha in Personalunion regiert wurde. Spätere Versuche zur Verschmelzung der Herzogtümer scheiterten.
Die Verfassung des Herzogtums Sachsen-Coburg und Gotha ist konstitutionell-monarchistisch und beruht auf dem Staatsgrundgesetz vom 03.05.1852.
Der Herzog übt als Oberhaupt des Staates die Rechte der Staatsgewalt aus. Die Regierungsnachfolge ist erblich in agnatischer Linealerbfolge. Es besteht für jedes Herzogtum ein eigener Landtag (11 Mitglieder im Coburger Landtag und 17 Mitglieder in Gotha), die durch Zusammentritt einen gemeinschaftlichen Landtag bilden konnten.
Durch den Vertrag vom 18.08.1866 trat das Herzogtum dem Norddeutschen Bund bei und wurde so 1871 Bundesstaat im Staatenbund Deutsches Reich.
Am 9. November 1918 proklamierte der Gothaer Reichstagsabgeordnete Wilhelm Bock (USPD) auf dem Gothaer Hauptmarkt illegalerweise die "Gothaer Republik". Parallel hierzu wurde illegalerweise von Putschisten der Freistaat "Coburg" gegründet. Am 14. November, ließ der Herzog seinen Rücktritt bekanntgeben, wodurch jedoch der Staat nicht "verschwunden" ist.
Eine Rechtssubjektidentität zwischen Herzogtum Sachsen-Coburg und Gotha und den genannten Freistaaten besteht nicht. Nach einer "Volksabstimmung" am 30.11.1919 vereinigte sich der "Freistaat Coburg" am 01.07.1920 mit dem "Freistaat Bayern".

Der "Volksentscheid" des Freistaates Coburg, sich dem Freistaat Bayern anzuschließen, ist für das Herzogtum Sachsen-Coburg und Gotha ohne Bedeutung, da es nur für die Firma "Freistaat Coburg" gelten kann, nicht jedoch für das Herzogtum Sachsen-Coburg und Gotha.
Zudem ist der "Freistaat Bayern" seinerseits illegal zustande gekommen.
Fazit: Das Großherzogtum Herzogtum Sachsen-Coburg und Gotha ist niemals aufgelöst oder umbenannt worden. Der Kriegszustand des ersten Weltkrieges als Form des Ausnahmezustandes und die Bedingungen der Fremdherrschaft in Form der "Weimarer Republik", des "Dritten Reiches", der "DDR" und der "BRD" haben bis heute nicht geendet. Das legitime zivile Recht dieses Staates konnte deshalb seit Kriegsbeginn nicht weiterentwickelt werden. Es besteht zudem keine Rechtssubjektidentität und keine Rechtskontinuität mit den später gegründeten "Freistaat Gotha" und "Freistaat Coburg". Hierbei handelt es sich um Neugründungen außerhalb des Staatsrechts.
Somit befinden wir uns im Großherzogtum Sachsen-Weimar-Eisenach im Rechtsstand vom 30.07.1914 mit der Verfassung vom 03.05.1852 mit der Rechtsfortentwicklung bis zum 30.07.1914.

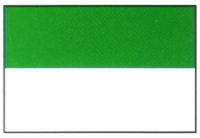
8.5.4. Herzogtum Sachsen-Altenburg



Flagge *Hoheitszeichen / Wappen*

Das Herzogtum Sachsen-Altenburg ist eine konstitutionelle Monarchie. Herzog Friedrich (1826-34) gab dem Lande 1831 eine ständische Verfassung. Das Herzogtum war Bundesstaat im Norddeutschen Bund, es schloß 1867 eine neue Militärkonvention mit dem Königreich Preußen. 1871 wurde das Herzogtum Sachsen-Altenburg ein Bundesstaat im Staatenbund Deutsches Reich.
Nachdem Herzog Ernst nach 55-jähriger Regentschaft 1908 ohne männlichen Thronerben gestorben war, folgte ihm sein Neffe Ernst II.
Im Zuge "revolutionärer Ereignisse" ruft der am 09.11.1918 gebildete "Arbeiter- und Soldatenrat Sachsen-Altenburgs" am 10.11.1918 während einer großen Volksversammlung die "Republik Sachsen-Altenburg" aus. Es war der Versuch, einen Staat zu gründen, in einem Staat den es bereits gibt und damit illegal.
Herzog Ernst II. dankte am 14.11.1918 ab. Hierdurch ist jedoch der Staat nicht verschwunden beziehungsweise die konstitutionelle Monarchie nicht beendet worden.
Fazit: Das Herzogtum Sachsen-Altenburg ist niemals aufgelöst oder umbenannt worden. Der Kriegszustand des ersten Weltkrieges als Form des Ausnahmezustandes und die Bedingungen der Fremdherrschaft in Form der "Weimarer Republik", des "Dritten Reiches", der "DDR" und der "BRD" haben bis heute nicht geendet. Das legitime zivile Recht dieses Staates konnte deshalb seit Kriegsbeginn nicht weiterentwickelt werden. Es besteht zudem keine Rechtssubjektidentität und keine Rechtskontinuität mit den später gegründeten "Freistaat Sachsen-Altenburg" Hierbei handelt es sich um eine Neugründung außerhalb des Staatsrechts.
Somit befinden wir uns im Großherzogtum Sachsen-Weimar-Eisenach im Rechtsstand vom 30.07.1914 mit der Verfassung von 1831 mit der Rechtsfortentwicklung bis zum 30.07.1914.

8.5.5. Herzogtum Sachsen-Meiningen

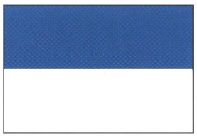


Flagge *Hoheitszeichen / Wappen*

Das Herzogtum Sachsen-Meiningen ist ein ernestinisches Herzogtum. Seit 1815 ist das Herzogtum Sachsen-Meiningen Mitglied des Deutschen Bundes. Es erhielt 1829 eine eigene Verfassung. Im Deutschen Krieg 1866 stand Sachsen-Meiningen auf der Seite Österreichs. 1871 wurde das Herzogtum Bundesstaat im Staatenbund Deutsches Reich.
Nach den zur Verfügung stehenden Quellen soll im Jahre 1918 der Herzog abgedankt haben.
Unbekannte haben später den "Freistaat Sachsen-Meiningen" ausgerufen.

Fazit: Das Herzogtum Sachsen-Meiningen ist niemals aufgelöst oder umbenannt worden. Der Kriegszustand des ersten Weltkrieges als Form des Ausnahmezustandes und die Bedingungen der Fremdherrschaft in Form der "Weimarer Republik", des "Dritten Reiches", der "DDR" und der "BRD" haben bis heute nicht geendet. Das legitime zivile Recht dieses Staates konnte deshalb seit Kriegsbeginn nicht weiterentwickelt werden. Es besteht zudem keine Rechtssubjektidentität und keine Rechtskontinuität mit den später gegründeten "Freistaat Sachsen-Meiningen" Hierbei handelt es sich um eine Neugründung außerhalb des Staatsrechts.
Somit befinden wir uns im Herzogtum Sachsen-Meiningen im Rechtsstand vom 30.07.1914 (mit der Verfassung vom 23.08.1829 mit der Rechtsfortentwicklung bis zum 30.07.1914).

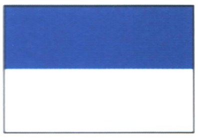
8.5.6. Fürstentum Schwarzburg-Rudolstadt



Flagge ***Hoheitszeichen / Wappen***

Das Staatsgebiet von Schwarzburg-Rudolstadt besteht aus den drei getrennten Teilgebieten Rudolstadt, Frankenhausen und Leutenberg. Dazu kommt noch eine größere Anzahl von Exklaven. Die Geschichte des Fürstentums geht auf das Geschlecht der Grafen von Schwarzburg zurück, die erstmals 1123 ihren heutigen Namen führten. Mit dem Stadtilmer Vertrag vom 21.11.1599 wurden die schwarzburgischen Gebiete neu aufgeteilt. Die Gebiete der beiden Grafschaften und späteren Fürstentümer Schwarzburg-Rudolstadt und Schwarzburg-Sondershausen blieben im Wesentlichen bis in die Gegenwart unverändert.
1815 trat das Fürstentum dem Deutschen Bund bei, nachdem es 1807 Mitglied des Rheinbunds geworden war und damit bis 1813 unter der Protektion Napoleons gestanden hatte. 1816 trat die erste Verfassung des Landes in Kraft. 1866 trat das Fürstentum dem neuen Norddeutschen Bund bei, wodurch 1867 die Militärhoheit an Preußen überging. 1871 wurde das Fürstentum Schwarzburg-Rudolstadt Bundesstaat im Deutschen Reich.
Das Fürstentum besitzt eine konstitutionell-monarchische Verfassung, die auf der Verfassung vom 21.03.1854 und dem Gesetz vom 16.11.1870 beruht.
Von 1890 bis 1918 regierte Fürst Günther Victor als letzter Monarch des Landes. Da 1909 die Linie Schwarzburg-Sondershausen mit dem Tod Fürst Carl Günther ausstarb, regierte Fürst Günther Victor von Schwarzburg-Rudolstadt auch das Fürstentum Schwarzburg-Sondershausen bis 1918 in Personalunion. Am 23.11.1918 dankte Fürst Günther Victor als letzter deutscher Monarch ab.
Unbekannte haben später den "Freistaat Schwarzburg Rudolstadt" ausgerufen.
Fazit: Das Fürstentum Schwarzburg-Rudolstadt ist niemals aufgelöst oder umbenannt worden. Der Kriegszustand des ersten Weltkrieges als Form des Ausnahmezustandes und die Bedingungen der Fremdherrschaft in Form der "Weimarer Republik", des "Dritten Reiches", der "DDR" und der "BRD" haben bis heute nicht geendet. Das legitime zivile Recht dieses Staates konnte deshalb seit Kriegsbeginn nicht weiterentwickelt werden. Es besteht zudem keine Rechtssubjektidentität und keine Rechtskontinuität mit den später gegründeten "Freistaat Schwarzburg-Rudolstadt" Hierbei handelt es sich um eine Neugründung außerhalb des Staatsrechts.
Somit befinden wir uns im Fürstentum Schwarzburg-Rudolstadt im Rechtsstand vom 30.07.1914 mit der Verfassung vom 21.03.1854 und dem Gesetz vom 16.11.1870 mit der Rechtsfortentwicklung bis zum 30.07.1914.

8.5.7. Fürstentum Schwarzburg-Sondershausen



Flagge ***Hoheitszeichen / Wappen***

Die Geschichte des Fürstentums geht auf das Geschlecht der Grafen von Schwarzburg zurück, die erstmals im 11. Jahrhundert erwähnt wurden. Durch Erbteilungen und Erwerbungen veränderte die Grafschaft Schwarzburg bis zum 16. Jahrhundert häufig ihre Gestalt. Mit dem Stadtilmer Vertrag vom

21.11.1599 wurden die schwarzburgischen Territorien neu aufgeteilt. Es entstanden die beiden Grafschaften Schwarzburg-Sondershausen und Schwarzburg-Rudolstadt. Die beiden Grafschaften blieben seither im Wesentlichen unverändert. Auf dem Wiener Kongreß wurden sie zu Fürstentümern erhoben. 1815 trat das Fürstentum dem Deutschen Bund bei.
Am 12.12.1849 wurde eine freisinnige Verfassung verkündet. Am 08.07.1857 wurde die Verfassung konservativ umgestaltet, und somit waren zuvor beschnittene fürstliche Rechte im Wesentlichen wieder hergestellt.
Das Fürstentum Schwarzburg-Sondershausen trat 1866 dem Norddeutschen Bund bei, wodurch 1867 die Militärhoheit an Preußen überging. Seit 1871 ist das Fürstentum Bundesstaat im Staatenbund Deutsches Reich. Im Jahr 1909 starb Fürst Karl Günther von Schwarzburg-Sondershausen kinderlos, und die sondershäuser Linie erlosch im Mannesstamm. Gemäß dem Hausvertrag von 1713 übernahm Günther Victor von Schwarzburg-Rudolstadt die Herrschaft. Bemühungen, einen schwarzburger Gesamtstaat zu schaffen, scheiterten an den konservativen Kräften in Sondershausen. Am 25.11.1918 dankte Fürst Günther Victor ab.
Fazit: Das Fürstentum Schwarzburg-Sondershausen ist niemals aufgelöst oder umbenannt worden. Der Kriegszustand des ersten Weltkrieges als Form des Ausnahmezustandes und die Bedingungen der Fremdherrschaft in Form der "Weimarer Republik", des "Dritten Reiches", der "DDR" und der "BRD" haben bis heute nicht geendet. Das legitime zivile Recht dieses Staates konnte deshalb seit Kriegsbeginn nicht weiterentwickelt werden. Es besteht zudem keine Rechtssubjektidentität und keine Rechtskontinuität mit den später gegründeten "Freistaat Schwarzburg-Sondershausen" Hierbei handelt es sich um eine Neugründung außerhalb des Staatsrechts.
Somit befinden wir uns im Fürstentum Schwarzburg-Sondershausen im Rechtsstand vom 30.07.1914 (mit der Verfassung vom 12.12.1849, deren Umgestaltung vom 08.07.1857 mit der Rechtsfortentwicklung bis zum 30.07.1914).

8.5.8. Fürstentum Reuß ältere Linie

Die beiden Fürstentümer Reuß

Die Vorfahren des reußischen Fürstenhauses waren im 12. Jahrhundert kaiserliche Vogte im Vogtland. Ihr Gebiet war einst erheblich größer und umfaßte auch Plauen und Hof. Heinrich, Vogt von Plauen (gestorben vor 1296), erhielt infolge seiner Heirat mit der Tochter einer russischen Fürstin den Beinamen "Reuß" (deutsches Wort für Russe), der seinen Nachkommen blieb. 1564 teilten die Reußen ihr Herrschaftsgebiet in die Linien Obergreiz - mittlere Linie Reuß, in Untergreiz - ältere Linie Reuß und in Gera - jüngere Linie. Im Jahre 1616 starb die mittlere Linie Reuß aus und deren Gebiet wurde auf die beiden anderen Linien aufgeteilt. 1778 erfolgte die Ernennung zum Reichsfürsten für Reuß ältere Linie und 1790 bzw. 1806 für die Vertreter von Reuß jüngerer Linie. Alle Fürsten und Prinzen des Hauses Reuß führen den Namen Heinrich, wobei die ältere Linie alle hintereinander bis hundert, die jüngere bis zum Ende eines Jahrhunderts fortzählt und dann von vorne anfängt. Im Aussterben der einen Linie fällt das Land an die andere Linie.

Flagge

Hoheitszeichen / Wappen

Das Fürstentum Reuß älterer Linie ist ein Kleinstaat im Deutschen Reich. Hauptstadt ist Greiz. Durch die Verfassung vom 28.03.1867 wurde im Fürstentum als letzter Staat Thüringens die konstitutionelle Monarchie eingeführt.
Im Deutschen Krieg 1866 war Reuß ä. L. Verbündeter Österreichs. Am 11.08.1866 kam es zur militärischen Besetzung durch das Königreich Preußen. Am 26.09.1866 wurde dann in Berlin der Friedensvertrag unterzeichnet, Reuß ä. L. trat dem Norddeutschen Bund bei. Die Außenpolitik und Militärhoheit ging an Preußen über. Mit der Reichsgründung 1871 war Reuß ä. L. fortan Bundesstaat im Deutschen Reich.
Mit dem Tod von Fürst Heinrich XXII. endete 1902 die Regentschaft der älteren Linie, da sein Sohn Fürst Heinrich XXIV. für krank und dauernd regierungsunfähig erklärt wurde. So fiel die Vormundschaft und Regentschaft an Fürst Heinrich XIV. (Reuß jüngere Linie). Seit 1908 regierte sein Sohn Heinrich XXVII. beide Fürstentümer in Personalunion bis 1918.

Unbekannte haben 1919 den "Volksstaat Reuß" ausgerufen. Am 11.11.1918 erklärte Fürst Heinrich XXVII. als Regent beider Fürstentümer seinen Thronverzicht.
Fazit: Das Fürstentum Reuß ältere Linie ist niemals aufgelöst oder umbenannt worden. Der Kriegszustand des ersten Weltkrieges als Form des Ausnahmezustandes und die Bedingungen der Fremdherrschaft in Form der "Weimarer Republik", des "Dritten Reiches", der "DDR" und der "BRD" haben bis heute nicht geendet. Das legitime zivile Recht dieses Staates konnte deshalb seit Kriegsbeginn nicht weiterentwickelt werden. Es besteht zudem keine Rechtssubjektidentität und keine Rechtskontinuität mit dem später gegründeten "Freistaat Reuß" Hierbei handelt es sich um eine Neugründung außerhalb des Staatsrechts.
Somit befinden wir uns im Fürstentum Reuß ältere Linie im Rechtsstand vom 30.07.1914 (mit der Verfassung vom 28.03.1867 mit der Rechtsfortentwicklung bis zum 30.07.1914).

8.5.9. Fürstentum Reuß jüngere Linie

Flagge ***Hoheitszeichen / Wappen***

Reuß jüngere Linie ist ein Hauptzweig des Fürstenhauses Reuß. Im Jahre 1849 erhielt das Fürstentum als konstitutionelle Monarchie eine Verfassung. Im Deutschen Krieg von 1866 hielt sich Reuß jüngere Linie neutral, trat aber schon am 26.06.1866 durch freiwilligen Vertrag mit Preußen dem in Aussicht genommenen Norddeutschen Bund bei. 1867 ging infolge einer Konvention die Militärhoheit auf Preußen über. 1871 wurde das Fürstentum Reuß jüngere Linie Bundesstaat im Deutschen Reich. Am 11.11.1918 erklärte Fürst Heinrich XXVII seinen Thronverzicht.
Fazit: Das Fürstentum Reuß jüngere Linie ist niemals aufgelöst oder umbenannt worden. Der Kriegszustand des ersten Weltkrieges als Form des Ausnahmezustandes und die Bedingungen der Fremdherrschaft in Form der "Weimarer Republik", des "Dritten Reiches", der "DDR" und der "BRD" haben bis heute nicht geendet. Das legitime zivile Recht dieses Staates konnte deshalb seit Kriegsbeginn nicht weiterentwickelt werden. Es besteht zudem keine Rechtssubjektidentität und keine Rechtskontinuität mit dem später gegründeten "Freistaat Reuß" oder "Freistaat Thüringen". Hierbei handelt es sich um Neugründungen außerhalb des Staatsrechts.
Somit befinden wir uns im Staat Fürstentum Reuß jüngere Linie im Rechtsstand vom 30.07.1914 (mit der Verfassung von 1849 mit der Rechtsfortentwicklung bis zum 30.07.1914).

8.5.10. Königreich Bayern

Flagge ***Hoheitszeichen / Wappen***

Das Königreich Bayern ist eine konstitutionelle Monarchie und besteht aus zwei Landesgebieten, dem rechtsrheinischen Bayern und dem linksrheinischen Bayern mit dem einen Regierungsbezirk Pfalz. Haupt- und Residenzstadt ist München. Am 26.05.1818 erließ König Maximilian I. Joseph von Bayern eine neue konstitutionell-monarchische Verfassung.
Erst am 21.01.1871 nahm der Landtag in München mit 102 zu 48 Stimmen den Vertrag Bayerns mit dem Norddeutschen Bund an; mit seiner Unterschrift setzte Ludwig II. diese Ratifizierung am 30.01.1871 rückwirkend zum Jahresbeginn in Kraft. Die Widerstände gegen einen Beitritt zum preußisch dominierten Staatenbund Deutsches Reich waren beachtlich.
Am 07.11.1918 floh der bayerische König Ludwig III. mit seiner Familie von München nach Salzburg, wo er im Schloß Anif vorerst Zuflucht fand. Am selben Tag proklamierten Putschisten die "Räterepublik Bayern". Die Berufsrevolutionäre Levien und Leviné aus Rußland übernahmen alsbald die Macht und stellten sogar eine "Rote Armee" auf.
Fazit: Das Königreich Bayern ist niemals aufgelöst oder umbenannt worden. Der Kriegszustand des ersten Weltkrieges als Form des Ausnahmezustandes und die Bedingungen der Fremdherrschaft in Form

der "Weimarer Republik", des "Dritten Reiches", der "DDR" und der "BRD" haben bis heute nicht geendet. Das legitime zivile Recht dieses Staates konnte deshalb seit Kriegsbeginn nicht weiterentwickelt werden. Es besteht zudem keine Rechtssubjektidentität und keine Rechtskontinuität mit dem später gegründeten "Freistaat Bayern" Hierbei handelt es sich um eine Neugründung außerhalb des Staatsrechts.
Somit befinden wir uns im Königreich Bayern im Rechtsstand vom 30.07.1914 (mit der Verfassung vom 26.05.1818 mit der Rechtsfortentwicklung bis zum 30.07.1914).

8.5.11. Königreich Sachsen

Flagge ***Hoheitszeichen / Wappen***

Das Königreich Sachsen ist eine konstitutionelle Monarchie; Die Verfassung beruht auf der Verfassungsurkunde vom 04.09.1831, welche durch die Gesetze vom 05. Mai 1851, 27. November 1860, vom 19. Oktober 1861, 03. Dezember 1868 und 12. Oktober 1874 modifiziert worden ist.
Während des Deutschen Krieges stand das Königreich Sachsen an der Seite Österreichs und wurde vom Königreich Preußen besetzt. Im Frieden zu Berlin (21. Oktober 1866) trat Sachsen dem Norddeutschen Bund bei.
Bereits am 10. November 1918 riefen "Arbeiter- und Soldatenräte" in Selbstermächtigung die "Republik Sachsen" aus. Am 13.11.1918 verzichtet König Friedrich August III., mit den Worten "Macht euren Dreck alleene!", auf den Thron. Als er auf dem Bahnhof von einer Menschenmenge umjubelt wird, soll er gesagt haben: "Scheene Demokraten seid ihr".
Fazit: Das Königreich Sachsen ist niemals aufgelöst oder umbenannt worden. Der Kriegszustand des ersten Weltkrieges als Form des Ausnahmezustandes und die Bedingungen der Fremdherrschaft in Form der "Weimarer Republik", des "Dritten Reiches", der "DDR" und der "BRD" haben bis heute nicht geendet. Das legitime zivile Recht dieses Staates konnte deshalb seit Kriegsbeginn nicht weiterentwickelt werden. Es besteht zudem keine Rechtssubjektidentität und keine Rechtskontinuität mit dem später gegründeten "Freistaat Sachsen" Hierbei handelt es sich um eine Neugründung außerhalb des Staatsrechts.
Somit befinden wir uns im Königreich Sachsen im Rechtsstand vom 30.07.1914 (mit der Verfassung vom 04.09.1831, welche modifiziert worden ist mit der Rechtsfortentwicklung bis zum 30.07.1914).

8.5.12. Königreich Württemberg

Flagge ***Hoheitszeichen / Wappen***

Das Königreich Württemberg, im Südwesten des Deutschen Reiches, entstand als souveränes Königreich auf Betreiben des französischen Kaisers Napoléon Bonaparte zum 01.01.1806 und ging aus dem Herzogtum Württemberg hervor. Nach der Verfassung vom 25.09.1819 ist das Königreich eine konstitutionelle Monarchie mit im Vergleich zu vielen anderen deutschen Staaten relativ stark ausgeprägten liberalen und demokratischen Zügen.
Das Königreich Württemberg war von 1806 bis 1813 Mitglied des Rheinbundes und von 1815 bis 1866 Bundesstaat im Deutschen Bund. Nach dem Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71 schloß sich das Königreich dem Kaiserreich als Bundesstaat an.
Infolge der "revolutionären Ereignisse" von 1918 verzichtete König Wilhelm II. von Württemberg als einer der letzten deutschen Monarchen am 29.11.1918 auf den Thron.

Zur Verdeutlichung der entscheidenden Verfassungsgrundsätze:

II. Kapitel; §4: ***"Der König ist das Haupt des Staates, vereinigt in sich alle Rechte der Staatsgewalt, und übt sie unter den durch die Verfassung festgesetzten Bestimmungen aus. Seine Person ist heilig und unverletzlich."***

VII. Kapitel; §85: ***"... Es kann ... ohne Einwilligung der Stände ... kein Landesgesetz abgeändert oder aufgehoben ... werden."***

VII. Kapitel; §88: ***"Ohne Beistimmung der Stände kann kein Gesetz gegeben, aufgehoben, abgeändert oder authentisch erläutert werden."***

Unter Einhaltung dieser Regeln, hätte theoretisch unter den Bedingungen der Souveränität das Königreich Württemberg aufgelöst oder in einen "Volksstaat Württemberg" überführt werden können. Dies ist jedoch nicht erfolgt. König Wilhelm II. verzichtete am 29. November 1918 auf die Krone.
Fazit: Das Königreich Württemberg ist niemals aufgelöst oder umbenannt worden. Der Kriegszustand des ersten Weltkrieges als Form des Ausnahmezustandes und die Bedingungen der Fremdherrschaft in Form der "Weimarer Republik", des "Dritten Reiches" und der "BRD" haben bis heute nicht geendet. Das legitime zivile Recht dieses Staates konnte deshalb seit Kriegsbeginn nicht weiterentwickelt werden. Es besteht zudem keine Rechtssubjektidentität und keine Rechtskontinuität mit dem später gegründeten "Volksstaat Württemberg ". Hierbei handelt es sich um eine Neugründung außerhalb des Staatsrechts.
Somit befinden wir uns im Königreich Württemberg im Rechtsstand vom 30.07.1914 (mit der Verfassung vom 25.09.1819 mit der Rechtsfortentwicklung bis zum 30.07.1914).

8.5.13. Großherzogtum Baden

Flagge ***Hoheitszeichen / Wappen***

Das Großherzogtum Baden kam in den historischen Umwälzungen in der Folge der Französischen Revolution und der ihr folgenden Koalitionskriege zuwege. Zu Beginn des 19. Jahrhundert entstand so aus einem territorialen Flickenteppich entlang des Oberrheins ein geschlossenes Staatsgebiet.
Durch die Verfassung vom 22.08.1818 wurde Baden zur konstitutionellen Monarchie. Hauptstadt ist Karlsruhe. Am 18.01.1871 wurde das Großherzogtum Baden ein Bundesstaat des Staatenbundes Deutsches Reich.

Zu den Grundsätzen der Verfassung des Großherzogtum Baden:

§5 ***"Der Großherzog vereinigt in Sich alle Rechte der Staatsgewalt, und übt sie unter den in dieser Verfassungsurkunde festgesetzten Bestimmungen aus. Seine Person ist heilig und unverletzlich."***

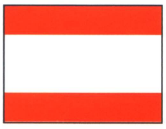
§6 ***"Das Großherzogthum hat eine ständische Verfassung."***

§42 ***"Der Großherzog ruft die Stände zusammen, vertagt sie und kann sie auflösen."***

§64 ***"Kein Gesetz, das die Verfassungsurkunde ergänzt, erläutert oder abändert, darf ohne Zustimmung einer Mehrheit von zwey Drittel der anwesenden Ständeglieder einer jeden der beyden Kammern gegeben werden."***

Unter Einhaltung dieser Regeln, also mit Zustimmung der beiden Kammern und des Monarchen hätte theoretisch unter den Bedingungen der Souveränität das Großherzogtum Baden aufgelöst oder in einen "Freistaat Baden" überführt werden können. Dies ist jedoch nicht geschehen. Eine selbsternannte und damit illegale "provisorische Regierung" proklamierte schließlich am 14.11.1918 die "Freie Volksrepublik Baden".
Fazit: Das Großherzogtum Baden ist niemals aufgelöst oder umbenannt worden. Der Kriegszustand des ersten Weltkrieges als Form des Ausnahmezustandes und die Bedingungen der Fremdherrschaft in Form der "Weimarer Republik", des "Dritten Reiches" und der "BRD" haben bis heute nicht geendet. Das legitime zivile Recht dieses Staates konnte deshalb seit Kriegsbeginn nicht weiterentwickelt werden.
Somit befinden wir uns im Großherzogtum Baden im Rechtsstand vom 30.07.1914 (mit der Verfassung vom 22.08.1818 mit Rechtsfortentwicklung bis zum 30.07.1914).

8.5.14. Großherzogtum Hessen



Flagge ***Hoheitszeichen / Wappen***

Mit der am 17.12.1820 eingeführten Verfassung des Großherzogtums Hessen beendete Großherzog Ludwig I. den Absolutismus in seinem Staat zugunsten einer konstitutionellen Monarchie. Die Position des Großherzogs blieb aber stark. Das Großherzogtum Hessen war von 1815 bis 1866 ein Bundesstaat des Deutschen Bundes.
Die regierenden Fürsten entstammten dem Haus Hessen und führten nach der Erweiterung ihres Herrschaftsgebietes um die linksrheinischen Gebiete in Anlehnung an die ehemalige Pfalzgrafschaft bei Rhein den Titel "Großherzog von Hessen und bei Rhein".
Nach den preußischen Annexionen Kurhessens 1866 verblieb das Großherzogtum als letzter selbständiger hessischer Staat mit der Hauptstadt Darmstadt.
Mit der Reichsgründung 1871 wurde das Großherzogtum Hessen Bundesstaat des Staatenbundes Deutsches Reich.
Nach der Verfassung des Großherzogtum Hessen gab es eine Zweigliederung der Legislative, es gab den Monarchen und einen Landtag mit einem Zwei-Kammer-System. Der Landtag hatte nur in bestimmten Bereichen Mitspracherecht.
Am 09.11.1918 wurde der amtierende Großherzog Ernst Ludwig vom Darmstädter "Arbeiter- und Soldatenrat" verjagt. Er dankte jedoch nie ab.
Unbekannte haben am 26.01.1919 eine "Republik Volksstaat Hessen" ausgerufen.
Fazit: Das Großherzogtum Hessen ist niemals aufgelöst oder umbenannt worden. Der Kriegszustand des ersten Weltkrieges als Form des Ausnahmezustandes und die Bedingungen der Fremdherrschaft in Form der "Weimarer Republik", des "Dritten Reiches" und der "BRD" haben bis heute nicht geendet. Das legitime zivile Recht dieses Staates konnte deshalb seit Kriegsbeginn nicht weiterentwickelt werden.
Somit befinden wir uns im Großherzogtum Hessen im Rechtsstand vom 30.07.1914 (mit der Verfassung vom 17.12.1820 mit der Rechtsfortentwicklung bis zum 30.07.1914).

8.5.16. Großherzogtum Mecklenburg-Schwerin

Flagge ***Hoheitszeichen / Wappen***

Mecklenburg-Schwerin ist ein altes Herzogtum, mit altständischer Verfassung, wie sie durch den Erbvergleich von 1755 mit den Ständen vereinbart wurde. Haupt- und Residenzstadt ist Schwerin. Auf dem Wiener Kongreß 1815 wurde es wie Mecklenburg-Strelitz zum Großherzogtum. Die Staatsform ist eine erbliche, durch Feudalstände beschränkte Monarchie.
Nach der Auflösung des Deutschen Bundes und im Deutschen Krieg von 1866 standen beide mecklenburgischen Staaten auf der Seite des Königreichs Preußen und wurden Bundesstaaten im Norddeutschen Bund. 1871 wurden beide Staaten Bundesstaaten im Deutschen Reich. Großherzog Friedrich Franz IV von Mecklenburg-Schwerin entsagte am 14.11.1918 infolge von Putschartigen Ereignissen dem Thron.
Am 26.01.1919 erfolgte eine Wahl zur "verfassunggebenden Versammlung". Deren erste Sitzung soll am 21.02.1919 stattgefunden haben. Gewählt wurden keine unabhängigen Vertreter sondern Parteisoldaten. Eine Legitimation ist schon aus diesem Grunde nicht gegeben. Eine Abstimmung über die alte oder neue Verfassung fand nicht statt.
Nach der "Verfassung" war der "Freistaat Mecklenburg-Schwerin" ein Parteiensystem. Parteien sind immer privatrechtliche Konstrukte und damit kann es sich beim "Freistaat Mecklenburg-Schwerin" nicht um einen legitimen Staat handeln.
Fazit: Das Großherzogtum Mecklenburg-Schwerin ist niemals legal aufgelöst oder umbenannt worden. Der Kriegszustand des ersten Weltkrieges als Form des Ausnahmezustandes und die Bedingungen der Fremdherrschaft in Form der "Weimarer Republik", des "Dritten Reiches", der "DDR" und der "BRD" haben

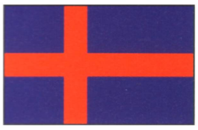
bis heute nicht geendet. Das legitime zivile Recht dieses Staates konnte deshalb seit Kriegsbeginn nicht weiterentwickelt werden.
Es besteht zudem keine Rechtssubjektidentität und keine Rechtskontinuität mit dem später gegründeten "Freistaat Mecklenburg-Schwerin". Hierbei handelt es sich um eine Neugründung außerhalb des Staatsrechts.
Somit befinden wir uns im Großherzogtum Mecklenburg-Schwerin im Rechtsstand vom 30.07.1914 (mit der Verfassung von 1755 mit der Rechtsfortentwicklung bis zum 30.07.1914).

8.5.16. Großherzogtum Mecklenburg-Strelitz

Flagge ***Hoheitszeichen / Wappen***

Das (Teil-) Herzogtum Mecklenburg-Strelitz entstand 1701 nach mehr als fünfjährigem Thronfolgestreit der mecklenburgischen Dynastie. Mecklenburg-Strelitz, verkürzt Strelitz, ist seit 1701 ein (Teil-) Herzogtum des mecklenburgischen Gesamtstaates ohne eigene Legislative, Haupt- und Residenzstadt ist Neustrelitz.
Beide Staaten haben einen gemeinschaftlichen Landtag, der abwechselnd in Mecklenburg-Schwerin (Malchin) und in Mecklenburg-Strelitz (Sternberg) tagt, auf dem aber nur die Ritterschaft und die Städte vertreten sind.
Auf dem Wiener Kongreß wurden die beiden mecklenburgischen Herzogtümer 1815 zu Großherzogtümern.
Im Deutschen Krieg von 1866 standen beide mecklenburgischen Staaten auf der Seite des Königreichs Preußen und wurden Bundesstaaten im Norddeutschen Bund. 1871 wurden beide Staaten Bundesstaaten im Deutschen Reich.
In Mecklenburg-Strelitz folgte nach dem Tod des Großherzogs Adolf Friedrich am 11.06.1914, dessen Sohn, der am 24.02.1918 durch Freitod aus dem Leben schied. Großherzog Friedrich Franz IV von Mecklenburg-Schwerin übernahm daraufhin die Regentschaft über Mecklenburg-Strelitz. Am 14.11.1918 entsagte er infolge der revolutionären Ereignisse dem Thron.
Unbekannte haben im November 1918 einen "Freistaat Mecklenburg-Strelitz" ausgerufen.
Fazit: Das Großherzogtum Mecklenburg-Strelitz ist niemals legal aufgelöst oder umbenannt worden. Der Kriegszustand des ersten Weltkrieges als Form des Ausnahmezustandes und die Bedingungen der Fremdherrschaft in Form der "Weimarer Republik", des "Dritten Reiches", der "DDR" und der "BRD" haben bis heute nicht geendet. Das legitime zivile Recht dieses Staates konnte deshalb seit Kriegsbeginn nicht weiterentwickelt werden. Es besteht zudem keine Rechtssubjektidentität und keine Rechtskontinuität mit dem später gegründeten "Freistaat Mecklenburg-Strelitz". Hierbei handelt es sich um eine Neugründung außerhalb des Staatsrechts.
Somit befinden wir uns im Großherzogtum Mecklenburg-Strelitz im Rechtsstand vom 30.07.1914 (mit der Verfassung von 1755 mit der Rechtsfortentwicklung bis zum 30.07.1914).

8.5.17. Großherzogtum Oldenburg



Flagge ***Hoheitszeichen / Wappen***

Oldenburg ist ein altes Herzogtum. Auf dem Wiener Kongreß 1815 folgte die Erhebung zum Großherzogtum. Zusätzlich erhielt Oldenburg als weitere Exklave das Fürstentum Birkenfeld an der Nahe. 1818 erhielt Oldenburg die Herrschaft Jever vom russischen Zaren Alexander I. zurück, so daß das Staatsgebiet nunmehr drei Teile umfaßt.
Am 28.02.1849 trat die Verfassung in Kraft. Diese wurde bereits 1852 wieder revidiert. 1854 trat das Großherzogtum Oldenburg dem Deutschen Zollverein bei.
Im Deutschen Krieg 1866 stand Oldenburg auf Seiten Preußens. 1871 wurde das Großherzogtum Oldenburg Bundesstaat im Staatenbund Deutsches Reich. Großherzog Friedrich August dankte am

11.11.1918 ab. Danach rief ein "Arbeiter- und Soldatenrat" die "Selbständige Republik Oldenburg-Ostfriesland" aus.
Fazit: Das Großherzogtum Oldenburg ist niemals legal aufgelöst oder umbenannt worden. Der Kriegszustand des ersten Weltkrieges als Form des Ausnahmezustandes und die Bedingungen der Fremdherrschaft in Form der "Weimarer Republik", des "Dritten Reiches" und der "BRD" haben bis heute nicht geendet. Das legitime zivile Recht dieses Staates konnte deshalb seit Kriegsbeginn nicht weiterentwickelt werden.
Es besteht zudem keine Rechtssubjektidentität und keine Rechtskontinuität mit der später gegründeten "Selbständigen Republik Oldenburg-Ostfriesland". Hierbei handelt es sich um eine Neugründung außerhalb des Staatsrechts.
Somit befinden wir uns im Großherzogtum Oldenburg im Rechtsstand vom 30.07.1914.

8.5.18. Herzogtum Anhalt

Flagge ***Hoheitszeichen / Wappen***

Das alte niedersächsische Fürstengeschlecht der Askanier herrschte im mitteldeutschen Raum und brachte u. a. Sophie Auguste Friederike von Anhalt-Zerbst (1729 - 1796), die spätere Katharina II. (Katharina die Große) hervor.
Das Herzogtum Anhalt ist seit dem 17.09.1859 eine konstitutionelle Monarchie.
Die anhaltinischen Truppen nahmen am Deutschen Krieg nicht teil. Kurz nach dem Deutschen Krieg 1866 wurde Anhalt Bundesstaat im Norddeutschen Bund und 1871 im Staatenbund Deutsches Reich.
Nach dem Tode Friedrichs I. am 24.01.1904 folgte dessen Sohn Friedrich II. (gestorben am 21.04.1918), diesem dessen Bruder Eduard (gestorben am 13.09.1918), darauf dessen Sohn Joachim Ernst unter Vormundschaft seines Onkels Aribert.
Im Zuge der "revolutionären Ereignisse" 1918 wurden auch in Anhalt Arbeiter- und Soldatenräte gebildet. Prinzregent Aribert von Anhalt erklärte am 12.11.1918 für den minderjährigen Joachim Ernst den Thronverzicht.
Am 15.12.1918 wurde eine konstituierende (= verfassunggebende) Landesversammlung gewählt, die von ihr erarbeitete Verfassung für den "Freistaat Anhalt" wurde am 18.07.1919 beschlossen.
Nach der Verfassung war der "Freistaat Anhalt" ein Parteiensystem. Parteien sind immer privatrechtliche Konstrukte, allein deshalb kann es sich beim "Freistaat Anhalt" nicht um einen legitimen Staat handeln. Zudem ist die Frage zu verneinen, ob das Staatsvolk bei der Abstimmung zu einer freien Willensbildung imstande war, da unter den Verhältnissen der aufkommenden "Weimarer Republik" die deutschen Völker unter Fremdherrschaft standen.
Fazit: Das Herzogtum Anhalt ist niemals legal aufgelöst oder umbenannt worden. Der Kriegszustand des ersten Weltkrieges als Form des Ausnahmezustandes und die Bedingungen der Fremdherrschaft in Form der "Weimarer Republik", des "Dritten Reiches", der "DDR" und der "BRD" haben bis heute nicht geendet. Das legitime zivile Recht dieses Staates konnte deshalb seit Kriegsbeginn 1914 nicht weiterentwickelt werden.
Somit befinden wir uns im Herzogtum Anhalt im Rechtsstand vom 30.07.1914 (mit der Verfassung vom 17.09.1859 mit der Rechtsfortentwicklung bis zum 30.07.1914).

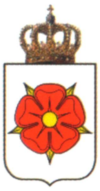
8.5.19. Herzogtum Braunschweig

Flagge ***Hoheitszeichen / Wappen***

Das Herzogtum Braunschweig wurde 1814 nach dem Wiener Kongreß in der Nachfolge des Fürstentums Braunschweig-Wolfenbüttel begründet. Seine Wurzeln liegen im Herzogtum Braunschweig-Lüneburg, das 1235 durch Aufteilung des sächsischen Stammesherzogtums der Welfen entstand. Nach dem Wiener Kongreß wurde das Herzogtum Braunschweig 1814 in den alten Grenzen des Fürstentums Braunschweig-Wolfenbüttel errichtet.

Am 12.10.1832 wurde die Neue konstitutionell-monarchische Verfassung namens "Landschaftsordnung" erlassen, welche 1848 vorübergehend liberale Änderungen, und 1851 und 1886 weitere Überarbeitungen erfuhr. Der Regent führt den Titel Herzog zu Braunschweig und Lüneburg. Im Deutschen Krieg war das Herzogtum Braunschweig neutral.
Das Herzogtum Braunschweig schloß sich schon 1841 dem Deutschen Zollverein an. Mit der Reichsgründung 1871 wurde das Herzogtum ein Bundesstaat im Staatenbund Deutsches Reich.
Am 08.11.1918 verzichtet Herzog Ernst August im Rahmen der "revolutionären Ereignisse" auf den Thron. Unbekannte riefen eine "Sozialistische Republik Braunschweig" aus. Später wurde ein "Freistaat Braunschweig" gegründet.
Fazit: Das Herzogtum Braunschweig ist niemals legal aufgelöst oder umbenannt worden. Der Kriegszustand des ersten Weltkrieges als Form des Ausnahmezustandes und die Bedingungen der Fremdherrschaft in Form der "Weimarer Republik", des "Dritten Reiches" und der "BRD" haben bis heute nicht geendet. Das legitime zivile Recht dieses Staates konnte deshalb seit Kriegsbeginn nicht weiterentwickelt werden. Es besteht zudem keine Rechtssubjektidentität und keine Rechtskontinuität mit dem später gegründeten "Freistaat Braunschweig". Hierbei handelt es sich um eine Neugründung außerhalb des Staatsrechts.
Somit befinden wir uns im Herzogtum Braunschweig im Rechtsstand vom 30.07.1914 (mit der Verfassung vom 12.10.1832, welche modifiziert worden ist mit der Rechtsfortentwicklung bis zum 30.07.1914).

8.5.20. Fürstentum Lippe



Flagge *Hoheitszeichen / Wappen*

Als Stammvater der Lippeschen Dynastie gilt Bernhard de Lippia um 1123. Lippe wurde 1720 Reichsfürstentum und 1807 durch Beitritt zum Rheinbund eigenständig. Nach Überwindung der französischen Fremdherrschaft gehörte es von 1815 bis 1866 dem Deutschen Bund an. Die Verfassung vom 06.07.1836 wurde 1848 und 1849 durch den Fürsten Leopold II. liberalisiert, aber unter seinem Nachfolger Leopold III. am 26.03.1853 wieder hergestellt, worauf ein langjähriger Verfassungskonflikt entstand.
Das Fürstentum Lippe ist eine konstitutionelle Monarchie. Durch Gesetz vom 08.12.1867 ist den Landständen eine entscheidende Stimme bei der Gesetzgebung gegeben.
Im Deutschen Krieg von 1866 unterstützte das Fürstentum Lippe von vornherein das Königreich Preußen. Das Fürstentum trat dem Norddeutschen Bund bei und wurde 1871 ein Bundesstaat im Staatenbund Deutsches Reich. Ein Streit über die Erbfolge in Lippe wurde von einem Schiedsgericht unter Vorsitz des Königs von Sachsen am 22.06.1897 zugunsten des Grafen Ernst zur Lippe-Biesterfeld entschieden, worauf dieser die Regentschaft antrat. Als er am 26.09.1904 starb, übernahm sein Sohn Leopold die Regentschaft die er bis zum 12.11.1918 ausübte.
Fazit: Das Fürstentum Lippe ist niemals legal aufgelöst oder umbenannt worden. Der Kriegszustand des ersten Weltkrieges als Form des Ausnahmezustandes und die Bedingungen der Fremdherrschaft in Form der "Weimarer Republik", des "Dritten Reiches" und der "BRD" haben bis heute nicht geendet. Das legitime zivile Recht dieses Staates konnte deshalb seit Kriegsbeginn nicht weiterentwickelt werden. Es besteht zudem keine Rechtssubjektidentität und keine Rechtskontinuität mit dem später gegründeten "Freistaat Lippe". Hierbei handelt es sich um eine Neugründung außerhalb des Staatsrechts.
Somit befinden wir uns im Fürstentum Lippe im Rechtsstand vom 30.07.1914 (mit der Verfassung vom 06.07.1836, welche modifiziert worden ist mit der Rechtsfortentwicklung bis zum 30.07.1914).

8.5.21. Fürstentum Schaumburg-Lippe

Flagge

Hoheitszeichen / Wappen

Das Fürstentum Schaumburg-Lippe entstand 1647 durch die Aufteilung der Grafschaft Schaumburg zwischen dem Haus Braunschweig-Lüneburg, den Landgrafen von Hessen-Kassel und den Grafen zur Lippe. 1807 trat Graf Georg Wilhelm dem Rheinbund bei, nahm darauf den Fürstentitel an. Nach längeren Verhandlungen wurde am 17.11.1868 eine neue ständische Verfassung vereinbart.
Im Deutschen Krieg stand Schaumburg-Lippe zunächst an der Seite Österreichs, trat aber am 18.08.1866 dem Norddeutschen Bund bei und wurde 1871 ein Bundesstaat im Staatenbund Deutsches Reich.
Fürst Adolf zu Schaumburg-Lippe verzichtete am 15.11.1918 auf seinen Thron, unbekannte haben einen "Freistaat Schaumburg-Lippe" ausgerufen.
Fazit: Das Fürstentum Schaumburg-Lippe ist niemals legal aufgelöst oder umbenannt worden. Der Kriegszustand des ersten Weltkrieges als Form des Ausnahmezustandes und die Bedingungen der Fremdherrschaft in Form der "Weimarer Republik", des "Dritten Reiches" und der "BRD" haben bis heute nicht geendet. Das legitime zivile Recht dieses Staates konnte deshalb seit Kriegsbeginn nicht weiterentwickelt werden. Es besteht zudem keine Rechtssubjektidentität und keine Rechtskontinuität mit dem später gegründeten "Freistaat Schaumburg-Lippe". Hierbei handelt es sich um eine Neugründung außerhalb des Staatsrechts.
Somit befinden wir uns im Fürstentum Schaumburg-Lippe im Rechtsstand vom 30.07.1914 (mit der Verfassung vom 17.11.1868 mit der Rechtsfortentwicklung bis zum 30.07.1914).

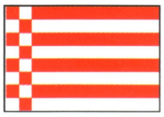
8.5.22. Fürstentum Waldeck und Pyrmont

Flagge

Hoheitszeichen / Wappen

Waldeck ist ein altes Fürstentum. Am 19.04.1816 erhielt das Fürstentum Waldeck eine neue von Fürst und Ständen gemeinsam verabschiedete Verfassung.
Durch einen Akzessionsvertrag mit dem Königreich Preußen vom 18.07.1867 ging die Verwaltung des Staates am 01.01.1868 an das Königreich Preußen. Der Fürst behielt sich das Begnadigungsrecht, das Kirchenregiment und die Zustimmung bei der Gesetzgebung, die von der Abtretung der Verwaltung nicht berührt wird. 1871 wurde Waldeck ein Bundesstaat im Staatenbund Deutsches Reich. 1879 heiratete die 20jährige Prinzessin Emma von Waldeck-Pyrmont (Tochter von Fürst Georg Viktor) König Wilhelm III. der Niederlande und wurde damit zur Ahnin aller folgenden niederländischen Könige und Königinnen.
Am 13.11.1918 wurde der letzte regierende Fürst, Friedrich (1865–1946) durch selbsternannte Vertreter der Kasseler "Arbeiter- und Soldatenräte" für abgesetzt erklärt. Die Putschisten machten sich erst gar nicht die Mühe, eine republikanische Verfassung auszuarbeiten.
Fazit: Das Fürstentum Waldeck und Pyrmont ist niemals legal aufgelöst oder umbenannt worden. Der Kriegszustand des ersten Weltkrieges als Form des Ausnahmezustandes und die Bedingungen der Fremdherrschaft in Form der "Weimarer Republik", des "Dritten Reiches" und der "BRD" haben bis heute nicht geendet. Das legitime zivile Recht dieses Staates konnte deshalb seit Kriegsbeginn nicht weiterentwickelt werden. Es besteht zudem keine Rechtssubjektidentität und keine Rechtskontinuität mit dem später gegründeten "Freistaat Waldeck und Pyrmont". Hierbei handelt es sich um eine Neugründung außerhalb des Staatsrechts.
Somit befinden wir uns im Fürstentum Waldeck und Pyrmont im Rechtsstand vom 30.07.1914 (mit der Verfassung vom 19.04.1816 mit der Rechtsfortentwicklung bis zum 30.07.1914).

8.5.23. Bremischer Staat



Flagge ***Hoheitszeichen / Wappen***

782 wurde die Fischer- und Fährleutesiedlung an der Weser zum ersten Male erwähnt. 788 gründete Karl der Große in Bremen ein Bistum, das 849 Erzbistum wurde. 1646 wurde Bremen formell die Reichsunmittelbarkeit zuerkannt. Kaiser Ferdinand III. verlieh 1646 der Stadt die Freiheiten einer Reichsstadt. Kurfürst Georg von Hannover, der 1720 das Erzstift erwarb, erkannte die Reichsfreiheit Bremens an. Die Weser genügt trotz zahlreicher Ausbauten nur für den Verkehr von Flußschiffen und kleinen Seeschiffen. Bremen gründete deshalb 1827 an der Unterweser den Ort Bremerhaven. Von 1815 bis 1866 gehörte die Stadt Bremen zum Deutschen Bund. 1866 trat Bremen dem Norddeutschen Bund bei und wurde 1871 ein Bundesstaat im Staatenbund Deutsches Reich.
Die "Verfassung des Bremischen Staat" ist republikanisch. Am 08.03.1849 publiziert, im März 1852 aber durch Einschreiten des Deutschen Bundes teilweise suspendiert, hat sie endlich am 21.02.1854, 17.11.1875 und 01.01.1894 durch Revision ihre gegenwärtige Gestalt erhalten. Nach derselben üben Senat und Bürgerschaft die Staatsgewalt gemeinschaftlich aus.
Am 14.11.1918 verkündeten Unbekannte an der Bremer Börse die Übernahme der Macht durch den "Arbeiter- und Soldatenrat" sowie die "Auflösung" des Senats und der Bürgerschaft.
Am 10.01.1919 haben Unbekannte eine "Bremer Räterepublik" ausgerufen. Später hatte sich eine "provisorische Regierung" selbst eingesetzt. Die "Bremer Räterepublik" wurde militärisch niedergeschlagen. Am 09.03.1919 wurde eine Wahl zur Bremer "Nationalversammlung" durchgeführt. Die "Nationalversammlung" konstituierte sich am 04.04.1919. Am 18.05.1920 wurde die "Verfassung der Freien Hansestadt Bremen" verkündet.
Nach dieser "Verfassung" war die "Freie Hansestadt Bremen" ein Parteiensystem. Parteien sind immer privatrechtliche Konstrukte und damit kann es sich bei der "Freien Hansestadt Bremen" nicht um einen legitimen Staat handeln. Zudem ist die Frage zu verneinen, ob das Staatsvolk unter den Verhältnissen des Fremdherrschaftsinstrumentes "Weimarer Republik" zu einer freien Willensbildung in der Lage waren.
Fazit: Der Bremische Staat ist niemals legal aufgelöst oder umstrukturiert oder umbenannt worden. Der Kriegszustand des ersten Weltkrieges als Form des Ausnahmezustandes und die Bedingungen der Fremdherrschaft in Form der "Weimarer Republik", des "Dritten Reiches" und der "BRD" haben bis heute nicht geendet. Das legitime zivile Recht dieses Staates konnte deshalb seit Kriegsbeginn nicht weiterentwickelt werden. Es besteht zudem keine Rechtssubjektidentität und keine Rechtskontinuität mit dem später gegründeten "Freie Hansestadt Bremen" als Parteiensystem. Hierbei handelt es sich um eine Neugründung außerhalb des Staatsrechts.
Somit befinden wir uns im Bremischen Staat im Rechtsstand vom 30.07.1914.

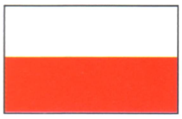
8.5.24. Freie und Hansestadt Hamburg

Flagge ***Hoheitszeichen / Wappen***

Die Gründung Hamburgs geht vermutlich auf Karl den Großen zurück, der 810 als Schutz gegen die Heiden eine Burg anlegen ließ. Infolge seines Vertrags mit Lübeck im Jahr 1241 wurde Hamburg einer der Gründungsstädte der Hanse. Durch die Bundesakte vom 08.06.1815 trat Hamburg als souveräner Staat dem Deutschen Bund bei und bildete mit Bremen, Lübeck und Frankfurt die Kurie der Freien Städte. Die Militärhoheit ging infolge der Konvention vom 23.07.1867 an das Königreich Preußen über.
Bereits am 11.08.1859 stimmten Rat und Bürgerschaft einer neuen Verfassung, die 1860 in Kraft trat. Die Verfassung von 1860 wurde später nochmals überarbeitet und am 13.10.1879 durch die revidierte Fassung ersetzt.
Der selbsternannte "Arbeiter- und Soldatenrat für Groß-Hamburg" putschte sich am 06.11.1918 nach kurzen Kämpfen mit zehn Toten an die Macht. Dieser erklärte in Selbstermächtigung illegalerweise den Senat für abgesetzt. Ohne Nationalversammlung und ohne Volksentscheid hat die illegal zustande gekommene "Bürgerschaft" eine "Verfassung" am 07.01.1921 verordnet. Da ein Parlament hierzu nie berechtigt ist, war diese Aktion auch unter diesem Aspekt illegal und damit ungültig. Eine freistaatlich-körperschaftliche Neugründung mit neuer Bezeichnung hat somit nicht rechtsgültig stattgefunden.

Das spätere Konstrukt "Freie und Hansestadt Hamburg" als "Land" der "Weimarer Republik" und der "Bundesland" der "BRD" hat sich des Namens dieser Körperschaft bemächtigt, ist jedoch nicht rechtssubjektidentisch mit der Freien und Hansestadt Hamburg aus der Zeit bis 1918.
Fazit: Die Freie und Hansestadt Hamburg ist niemals legal aufgelöst oder umstrukturiert oder umbenannt worden. Der Kriegszustand des ersten Weltkrieges als Form des Ausnahmezustandes und die Bedingungen der Fremdherrschaft in Form der "Weimarer Republik", des "Dritten Reiches" und der "BRD" haben bis heute nicht geendet. Das legitime zivile Recht dieses Staates konnte deshalb seit Kriegsbeginn nicht weiterentwickelt werden.
Folglich befinden wir uns in der Freien und Hansestadt Hamburg im Rechtsstand vom 30.07.1914 (mit der Verfassung vom 13.10.1879 und der Rechtsfortentwicklung bis zum 30.07.1914).

8.5.25. Freie und Hansestadt Lübeck



Flagge ***Hoheitszeichen / Wappen***

1072 wurde die Stadt als "Liubice" erstmals urkundlich erwähnt. 1157 brannte die Stadt völlig nieder. 1159 gründete Herzog Heinrich der Löwe Lübeck ein zweites Mal. Von der französischen Fremdherrschaft wurde Lübeck 1813 befreit und durch die Wiener Kongreßakte 1815 Bundesstaat im Deutschen Bund. Während des Deutschen Krieges stand die Freie und Hansestadt Lübeck an der Seite Preußens. Am 27.06.1867 ging die Militärhoheit an das Königreich Preußen über. 1871 wurde Lübeck ein Bundesstaat im Deutschen Reich. Die Verfassung des Freistaats ist republikanisch. Nach der Verfassung vom 07.04.1875 und der revidierten Fassung vom 26.10.1907 steht die Staatsgewalt dem Senat und der Bürgerschaft gemeinschaftlich zu.
Fazit: Die Freie und Hansestadt Lübeck ist niemals legal aufgelöst oder umstrukturiert oder umbenannt worden. Der Kriegszustand des ersten Weltkrieges als Form des Ausnahmezustandes und die Bedingungen der Fremdherrschaft in Form der "Weimarer Republik", des "Dritten Reiches", der "DDR" und der "BRD" haben bis heute nicht geendet. Das legitime zivile Recht dieses Staates konnte deshalb seit Kriegsbeginn nicht weiterentwickelt werden.
Somit befinden wir uns in der Freien und Hansestadt Lübeck im Rechtsstand vom 30.07.1914.

8.5.26. Reichsland Elsaß-Lothringen

Flagge ***Hoheitszeichen / Wappen***

Wenn die Elsässer auch in geistiger Beziehung eine Vermittlerrolle zwischen deutschem und französischem Wesen einnahmen, so waren sie doch in politischer und materieller Hinsicht mit dem französischen Staat völlig verschmolzen als 1870 der Deutsch-Französische Krieg ausbrach.
Im Präliminarfrieden von Versailles am 26.02.1871 wurde die Abtretung des Elsaß an das Deutsche Reich festgesetzt. Da man das Land nicht teilen wollte wurde das Elsaß mit dem Departement Mosel (Lothringen) vereinigt und Elsaß-Lothringen zum Reichsland erklärt, über welches das Deutsche Reich selbst die Herrschaft ausübte. Es war also zunächst kein eigenständiger Bundesstaat.
Am 01.01.1874 wurde die Reichsverfassung in Reichsland Elsaß-Lothringen in Kraft gesetzt. Am 10.11.1918 erklärte sich Elsaß-Lothringen nach Aufgabe der militärischen Kontrolle durch die Reichswehr zur unabhängigen Republik. Nichtsdestotrotz besetzen französische Truppen Elsaß-Lothringen. Das Versailler Diktat verfügte entgegen der Haager Landkriegsordnung und damit rechtswidrig 1919 die Angliederung Elsaß-Lothringens an Frankreich. Alle nach 1870 zugewanderten Deutschen wurden vertrieben. Es folgte eine radikale Unterdrückung der deutschen Sprache.
Aufgrund der französischen Assimilierungspolitik wuchs insbesondere im Elsaß eine starke Autonomiebewegung, die massiv unterdrückt wurde. So wurde der Führer der Autonomistenpartei Karl Roos am 07.02.1940 in Nancy wegen angeblicher "Spionage" hingerichtet.
Ab Mitte Juni 1940 besetzte die Wehrmacht Elsaß-Lothringen. Jedoch verzichtete das sogenannte "Dritte Reich" auf eine Eingliederung des Landes in das Reichsgebiet, um sich alle Optionen für einen Frieden im Westen offenzuhalten.

Nach 1945 verfolgte Frankreich eine massive Unterdrückung der deutschen Sprache, so daß nachfolgende Generationen inzwischen nur noch Französisch sprechen.
Die Eingliederung von Elsaß Lothringen in den Staatenbund Deutsches Reich von 1871 war möglicherweise ein Fehler unserer Vorfahren, da sie den Boden für Rachsucht und einen neuen Krieg genährt hat. Unabhängig hiervon haben die europäischen Mächte mit der Haager Landkriegsordnung den Status quo anerkannt. Seither sind Gebietsabtretungen durch Krieg nicht mehr möglich.
Wir müssen deshalb davon ausgehen, daß wir uns nach gültigem Völkerrecht in Elsaß-Lothringen im Rechts- und Gebietsstand vom 30.07.1914 befinden.

9. Vorläufige Zusammenfassung

Wie in den vorausgegangenen Kapiteln nachgewiesen, ist die "BRD"

1. ein Fremdherrschaftsinstrument
2. eine Besatzerverwaltung ohne Staatlichkeit
3. eine antidemokratische, zentralistische Besatzerverwaltung
4. eine gegenwärtig offen sichtbare faschistische Diktatur
5. eine reine Handelsrechstkonstruktion bzw. eine Firma
6. eine verfassungsfeindliche verbrecherische Vereinigung
7. eine lupenreine Nazi- und Reichsbürger- Organisation
8. eine Religionsgemeinschaft bzw. eine Sekte
9. eine gigantische Anstalt
10. ein Enteignungsinstrument der angloamerikanischen Hochfinanz
11. ein Völkermord- beziehungsweise Vernichtungsinstrument gegen die deutschen Völker.

Es ist offensichtlich, daß das "BRD"-System so auch das sogenannte "Bundesverfassungsgericht" den Boden des "Grundgesetzes" verlassen hat. Hierdurch kommen viele Menschen zu dem Schluß, daß mit juristischen Mitteln die faschistische Willkür der Systemvertreter nicht abgewendet werden kann.

Das "BRD"-System ist offensichtlich politisch nicht reformierbar und juristisch nicht heilbar. Das "Grundgesetz" ist eine Kriegslist, eine komplette Täuschung. Es ist das perfekte Instrument, die Deutschen komplett zu entrechten, und ihnen nicht vorhandene Rechte vorzugaukeln. Zudem beinhaltet das "Grundgesetz" Nazi-Recht und hat sich als Einladung für Faschismus erwiesen.
Entgegen allen Propagandalügen der Alliierten ist damit das "Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland" eben nicht die angeblich "freiheitlichste" angebliche "Verfassung", sondern vielmehr der größte Dreck, den es auf deutschem Boden je gegeben hat!

Unsere verfassungsmäßige Ordnung ist der Rechtsstand vom 30.07.1914. Unsere Staatsangehörigkeit haben wir entsprechend RuStAG von 1913 von unseren Vorfahren geerbt. Wir haben sie in einem Bundesstaat des Deutschen Reiches. Jeder Deutsche mit einer Staatsangehörigkeit nach RuStAG von 1913 hat damit nicht nur das Recht, sondern sogar die Pflicht, dem verbrecherischen "BRD"-System den maximal möglichen Widerstand entgegen zu bringen. Grundsätzlich ist klar, daß Staatsangehörige selbstverständlich jederzeit das Recht haben, zur Herstellung ihrer verfassungsmäßigen Ordnung erforderlichenfalls Gewalt anzuwenden. Ob die Gewaltanwendung im Einzelfall eine geeignete und angemessene Maßnahme war, die verfassungsmäßige Ordnung zu schützen oder wiederherzustellen, kann schließlich nur von einem Staatsgericht entschieden werden. Staatsgerichte gibt es im "BRD"-System bekanntermaßen nicht. "BRD"-Gerichte sind für Menschen, die als Staatsangehörige handeln nicht zuständig.
Umgekehrt haben "BRD"-Stellen aufgrund des Agierens im Handelsrecht keinerlei Legitimation zur Ausübung von Gewalt beziehungsweise Hoheitsgewalt gegenüber Staatsangehörigen.
Dabei ist zu differenzieren beispielsweise zwischen Todesstrafe und Tötung als unvermeidliche Maßnahme zur Herstellung der verfassungsmäßigen Ordnung.
Die Todesstrafe ist eine geplante Tötung aus niederen Motiven. Dies ist die Definition von Mord. Das Motiv bei der Todesstrafe ist offenbar Rache. Schließlich können durch die Vollstreckung einer Todesstrafe die Tat oder die Tatfolgen nicht ungeschehen gemacht werden. Somit handelt es sich bei der Vollstreckung einer Todesstrafe, wie dies beispielsweise in den USA gang und gäbe ist, um staatlichen Mord. Demgegenüber ist die Gewaltanwendung gegenüber Verfassungsverbrechern im Einzelfall unter Umständen eine legitime und geeignete Maßnahme zur Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Ordnung, insbesondere wenn Verfassungsverbrecher von ihrem verbrecherischen Tun anders nicht abzubringen sind.

9.1. Raus aus dem gegenwärtigen System

Da die "BRD" nachgewiesenermaßen kein Staat ist, ist die folgende Regelung aus der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte Artikel 20 Satz 2 anwendbar: [474]

"Niemand darf gezwungen werden, einer Vereinigung anzugehören."

(AEM (Resolution 217 A (III) der Generalversammlung vom 10.12.1948))

Die Mitgliedschaft in der Vereinigung "BRD" ist auch nach den Regeln des "BRD"-Systems freiwillig.

9.2. Die frohe Kunde vom Deutschen Reich

In der vorliegenden Abhandlung wurde der "2+4-Vertrag" analysiert. Obgleich der Vertrag ein "juristisches Nullum" darstellt, haben sich die Alliierten in Anschreiben bisher immer dahingehend geäußert, daß sie sich an dessen Inhalt gebunden sehen. Im Artikel 7 Abs. 1 steht, daß die "Vier Mächte" ihre Verantwortlichkeiten für Berlin und Deutschland als Ganzes beenden.

Britische Botschaft
Berlin

Abt. für Presse,
Öffentlichkeitsarbeit und Politik
Britische Botschaft
Wilhelm Straße 70
10117 Berlin

Tel: 030 20457 0
UKinGermany.fco.gov.uk

Frau
Martina Sass
Sophienstr. 2
50321 Brühl

18. November 2011

Sehr geehrte Frau Sass,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 4. November 2011.

Die Militärregierung in Deutschland wurde am 21. September 1949 mit Inkrafttreten des Besatzungsstatuts aufgelöst. Dieses galt, bis die Pariser Verträge am 5. Mai 1955 wirksam und die besatzungsrechtlichen Befugnisse und Zuständigkeiten dadurch vollständig aufgehoben wurden. Die damit verbundenen alliierten Vorbehaltsrechte verloren erst 1990 mit der Deutschen Wiedervereinigung und dem Inkrafttreten des Zwei-plus-Vier-Vertrages am 15. März 1991 auch völkerrechtlich ihre Wirkung, als Deutschland die volle Souveränität wiedererlangte.

Heute ist kein Gesetz der Militärregierung in Kraft.

Ich hoffe, Ihnen hiermit geholfen zu haben.

Mit freundlichen Grüßen

Sibel Ucar
Intern: Receptionist & Public Enquiries Officer

Schreiben der britischen Botschaft mit der Bestätigung, daß Deutschland die volle Souveränität habe und das Besatzungsrecht in Deutschland nicht mehr in Kraft sei.

Die Festlegung der Alliierten, daß sie ihre Verantwortlichkeiten für das Deutsche Reich beenden, ist kein Friedensvertrag. Es ist lediglich eine einseitige Unzuständigkeitserklärung. Diese ist nicht unbefristet und unwiderruflich erfolgt. Die Alliierten können jederzeit von ihren Rechten als Siegermächte und Besatzungsmächte wieder Gebrauch machen.

Trotz des Fehlens eines Friedensvertrages, liegt in der Festlegung des Artikel 7 des "2+4-Vertrages" etwas sehr entscheidendes:.

Die Alliierten haben das Gebiet des Deutschen Reichs freigegeben.

Aber wie verträgt sich das mit der früheren Feststellung in dieser Abhandlung, daß das Besatzungsrecht weiterhin in Kraft sei, ja im Jahre 2007 auch früher aufgehobene Teile des Besatzungsrechts im "BRD"-System wieder voll hergestellt worden seien?

474 *Resolution der Generalversammlung 217 A (III). Allgemeine Erklärung der Menschenrechte; UN.org (PDF)*

Bundesministerium der Justiz

Berlin, den 29. Marz 2004

Postanschrift:
Bundesministerium der Justiz, 11015 Berlin
Hausanschrift: Mohrenstraße 37, 10117 Berlin
Lieferanschrift: Kronenstraße 41, 10117 Berlin
Telefon: 0 18 88 5 80 - 0
(0 30) 20 25 - 70
bei Durchwahl: 0 18 88 5 80 - 95 14
(0 30) 20 25 - 95 14
Telefax: 0 18 88 5 80 - 95 25
(0 30) 20 25 - 95 25

Geschäftszeichen: E 4 - 9161 II E2 355/2004
(bei Antwort bitte angeben)

Schutzbund der Kreditnehmer
Landesverband Hessen e. V.
Postfach 1253
35315 Homberg / Ohm

EINGEGANGEN
31. MRZ 2004

Betr.: Uberleitungsvertrag

Bezug: Ihr Schreiben vom 20. März 2004

Sehr geehrter Herr [redacted],

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 20. März 2004, mit dem Sie sich nach der Geltung von Artikel 2 des Überleitungsvertrages erkundigt hatten.

Ihre Annahme, wonach Artikel 2 Abs. 1 des Überleitungsvertrages (BGBl. 1955 II S. 405) weiterhin in Kraft sei, ist zutreffend. In der Vereinbarung vom 27. / 28. September 1990 zu dem Vertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den drei Mächten (in der geänderten Fassung) sowie zu dem Vertrag zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen (in der geänderten Fassung) (BGBl.1990 II S. 1386) ist unter Ziffer 3 bestimmt, dass unter anderem Artikel 2 Abs. 1 des Überleitungsvertrages in Kraft bleibt.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

(Dr. Hiestand)

Schreiben einer "BRD"-Stelle, daß das Besatzungsrecht heute voll wirksames Bundesrecht sei.

Konkretisieren wir die verschiedenen Aussagen:

<u>Die Alliierten schreiben:</u> "Deutschland hat die volle Souveränität".
<u>"BRD"-Stellen schreiben:</u> "Das Besatzungsrecht ist voll wirksames Bundesrecht".

Das klingt zunächst nach einem Widerspruch. Man fragt sich, wer von beiden lügt hier?! Die Erklärung hierfür ist jedoch am Ende ganz einfach: Man kann diese Aussagen verstehen, wenn man berücksichtigt, daß die "BRD" und "Deutschland" zwei Dinge sind, die nichts miteinander zu tun haben!

Fassen wir zusammen:

1. Im Jahre 1945 wurden von den Besatzungsmächten Besatzungszonen und Besatzungssektoren eingerichtet. Diese waren Gebietskörperschaften. In diesen Gebietskörperschaften galt das Besatzungsrecht. Das Besatzungsrecht war somit gebietskörperschaftliches Recht.
2. Dieses Besatzungsrecht ist heute offenbar nur noch als "BRD"-Recht ("Bundesrecht") vorhanden.
3. Da die "BRD" keine Gebietskörperschaft mehr ist, sondern nur noch eine Personenvereinigung, ist das Besatzungsrecht als gebietskörperschaftliches Recht nicht mehr vorhanden.
4. Mit der Freigabe des Deutschen Reichs in Artikel 7 des "2+4-Vertrages" ist das gebietskörperschaftliche Besatzungsrecht für das Deutsche Reich außer Kraft getreten.
5. Das Deutsche Reich hat somit die volle Souveränität.
6. Demgegenüber ist das "BRD"-System lediglich Besatzungsrecht. Das Besatzungsrecht gilt heute nur noch als Firmenrecht für Personal der Firma "BRD". Wer aus der Rechtsposition eines Staatsangehörigen handelt und nicht aus der eines "BRD"-Personalangehörigen für den gilt das Besatzungsrecht nicht, auch wenn er sich in Deutschland aufhält.

Fazit: Das Besatzungsrecht der "Vier Mächte" ist offenbar durch den "2+4-Vertrag" suspendiert beziehungsweise aufgehoben worden. Das Besatzungsrecht der "Drei Mächte" (drei westliche Besatzungsmächte) wird heute offenbar auch von den drei westlichen Besatzungsmächten nicht als gebietskörperschaftliches Recht betrachtet, sondern nur noch als Recht einer Personenvereinigung, das heißt als Firmenrecht für Personalangehörige der Firma "BRD". Damit ist das Territorium der Staaten des Deutschen Reichs frei vom Besatzungsrecht.

Das Problem ist nur, daß kaum jemand aus der Rechtsposition eines Staatsangehörigen handelt. Die meisten von uns handeln aus freien Stücken heraus für die juristische Person, die das "BRD"-System kreiert hat und weisen sich mit einer NS-Kennkarte Namens "Bundespersonalausweis" aus. Hierüber lassen sie sich freiwillig enteignen und versklaven.

Das Deutsche Reich beziehungsweise seine Einzelstaaten sind niemals den "UN" oder der "EU" beigetreten. Für Staatsangehörige gilt offenbar das Sieger- und Besatzungsrecht nicht mehr, obgleich das Siegerrecht der UN für deren 192 Mitglieder (einschließlich "BRD") gilt und worüber sie an den Präsidenten der USA versklavt werden.
Da das Deutsche Reich mit seinen Einzelstaaten niemals der "EU" beigetreten ist, gelten in den Einzelstaaten des Deutschen Reichs keine "EU"-Knebelverträge oder "EU"-Schwachsinnsauflagen in der Wirtschaft, in der Landwirtschaft oder im Bildungswesen.
Die einzelnen Bundesstaaten des Deutschen Reichs haben niemals einer "internationalen Hochfinanz" deren Betrugsgeldsystem in ihren Territorien erlaubt.
Das Deutsche Reich mit seinen Bundesstaaten ist damit das freieste Land der Erde.

10. Die globale kommunistische Langzeitstrategie

In der Rechtsstaatlichkeitsbewegung propagieren Menschen immer wieder, es komme eines nahen Tages Rettung für uns durch einen Messias, einen Heiland, durch "höhere Energien", durch "white hats" oder durch Außerirdische... Die Ideen sind vielfältig. Am meisten verbreitet ist die Hoffnung auf Trump, der das gesamte US-amerikanische Militär hinter sich habe oder Putin, der irgendwie die einfachen Menschen in Europa rettet und befreit.
Es scheint eher notwendig zu sein, daß wir unser Schicksal in die eigenen Hände nehmen, als daß jemand unsere Probleme für uns löst.

10.1. "Links" und "Rechts"

Der Begriff "Sozialismus" beschreibt Gesellschaften, in denen vermeintlich gesellschaftliche Interessen den individuellen Interessen übergeordnet werden nach dem Motto: "Gemeinnutz geht vor Eigennutz". Kommunismus ist die Steigerungsform von Sozialismus ("klassenlose Gesellschaft). Sozialismus / Kommunismus sind damit gegen die individuellen Bestrebungen der Menschen gerichtet. Die Begriffe "Sozialismus" und "Kommunismus" sind dem Begriff "Individualismus" gegenüberzustellen, und nicht dem Begriff "Kapitalismus", der eine ganz andere Dimension beschreibt.

Der Begriff "Kapitalismus" beschreibt lediglich, über welches Instrument der Mehrwert in einer Gesellschaft generiert wird. Im Kapitalismus erfolgt die Generierung des Mehrwertes über die Verleihung von virtuellen Werten, nämlich von Kapital in Form von Krediten, das heißt Papiergeld und heute nur noch mittels Nullen und Einsen im Computer. Das Gegenstück zu Kapitalismus ist nicht Sozialismus sondern beispielsweise Feudalismus. Im Feudalismus wird der Mehrwert über die Verleihung nicht von Kapital, sondern von Sachwerten, beispielsweise Grundstücken (lateinisch: "feudum" - das Lehen) generiert. Somit ist der Begriff "Kapitalismus" in Gegenüberstellung zum Begriff "Feudalismus" zu gebrauchen.

Die Begriffe "Sozialismus" und "Kapitalismus" beschreiben somit völlig unterschiedliche Dimensionen, sie sind keine Gegensätze und sie lassen sich gut miteinander kombinieren.

Die Begriffe "Sozialismus" und "Kommunismus" beschreiben eine individualismusfeindliche Gesellschaft. Der Begriff "Links" beschreibt die dazugehörige politische Ausrichtung. Der Begriff "Faschismus" beschreibt die dazugehörige Methode, mit der linke Politik und sozialistische und kommunistische Gesellschaftsstrukturen gegen die natürlichen Individualbestrebungen der Menschen durchgesetzt werden. [475]

Systematisiert zusammengetragen bedeutet dies:
"Sozialismus" ist eine individualitätsfeindliche Gesellschaftsstruktur
"Kommunismus" ist die Steigerungsform von "Sozialismus" hin zu einer "klassenlosen Gesellschaft"
"Links" ist die dazugehörige Politik / Tagespolitik zur Etablierung und Aufrechterhaltung sozialistischer und kommunistischer Strukturen, Kulturmarxismus beziehungsweise Kulturzerstörung sind wichtige linke Politikinhalte.
"Faschismus" ist die dazugehörige unverzichtbare Methode zur Etablierung und Aufrechterhaltung des Sozialismus gegen die individuellen Interessen.
"Links" / "Sozialismus / Kommunismus" einerseits, und "Faschismus" andererseits gehören zwangsläufig zusammen! "Sozialismus" und "Kommunismus" sind die Voraussetzung für Faschismus. Es gibt keinen Faschismus ohne Sozialismus / Kommunismus. Je konsequenter der "Sozialismus / Kommunismus" etabliert wird, um so brutaler muß der dazugehörige Faschismus sein. Den brutalsten Faschismus gab es in der Geschichte deshalb unter den radikalsten linken, sozialistischen Gesellschaftsexperimenten (Pol Pot, Stalin, Hitler, Mao Tsetung).

Mit dem Wissen dieser Gegenüberstellung läßt sich auch das sogenannte "Dritte Reich" präziser beurteilen: Auch hier fand eine Zentralisierung und Konzentration der Macht und eine Gleichschaltung statt. Das Motto war: ***"Ein Volk – ein Reich – ein Führer!"***.
Es wurden in nie zuvor gewesenem Ausmaß die deutschen Völker vergewaltigt und die individuellen Rechte mit Füßen getreten. Die Methoden zur Disziplinierung waren die Verbreitung von Angst und Schrecken mittels systematischer und willkürlicher Gewalt, somit Terror. Dabei ging es nur darum, die deutschen Völker politisch gefügig zu machen, letztlich im Interesse der angloamerikanischen Hochfinanz. Hitler ist maßgeblich von der angloamerikanischen Hochfinanz finanziert beziehungsweise aufgebaut worden. Infolgedessen waren im sogenannten "Dritten Reich" die Dimitrov-Kriterien für den Faschismus erfüllt.
Es ist deshalb völlig offensichtlich, daß der Nationalsozialismus im sogenannten "Dritten Reich" eine linke Bewegung war. Folgerichtig trug sie auch den Begriff "Sozialismus" in ihrem Namen.

Der Historiker Courtois listete in seiner Einleitung zum Buch "Schwarzbuch des Kommunismus" Opferzahlen durch selbsternannte Kommunisten auf:[476]

- Sowjetunion: 20 Millionen
- Volksrepublik China: 65 Millionen
- Vietnam: 1 Million
- Nordkorea: 2 Millionen
- Kambodscha: 2 Millionen
- Osteuropa: 1 Million
- Lateinamerika: 150.000
- Afrika: 1,7 Millionen

Courtois benennt die Versuche der Täter und Anhänger der marxistisch-leninistischen Ideen, die kommunistischen Verbrechen zu verschleiern oder zu verharmlosen:

- Rechtfertigung der die Revolution betreffenden Verbrechen: "Wo gehobelt wird, fallen Späne"; "Der Zweck heiligt die Mittel"
- Einschüchterung, Diffamierung von Gegnern und Kritikern bis hin zu Morden;
- Selbstdarstellung als herausragendste Vertreter des Antifaschismus angesichts der Tatsache des sowjet-kommunistischen Sieges über den verbrecherischen Nationalsozialismus; wer über das Böse siegt, müsse "ins Lager der Guten" gehören.

---

475 *Wolfgang Wippermann: Faschismustheorien. Zum Stand der gegenwärtigen Diskussion. Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 1989, S. 21 ff. und 58 ff.*

476 *Stephane Courtois, Nicolas Werth, Jean-Louis Panne und andere; "Das Schwarzbuch des Kommunismus, Unterdrückung, Verbrechen und Terror."; Piper Verlag München, (1 Jan. 1998) ASIN: B002PR6YRE*

In der folgenden Tabelle sind die politischen Grundausrichtungen zusammengefaßt.

"Links" / "Sozialistisch":	"Rechts" / "Individualistisch":
Organisation der Gesellschaft "von oben nach unten"	Organisation der Gesellschaft "von unten nach oben"
Schlüsselbegriff: **Sozialismus**	Schlüsselbegriff: **Individualismus**
vermeintliche **"gesellschaftliche Interessen" übergeordnet**	**Bürgerliche und individuelle Rechte** und Rechte der Gemeinden werden umfassend gewahrt
Prinzip der **Vereinheitlichung** und **Gleichschaltung**	Prinzip der **Vielfalt**, **Individualität** und **Toleranz**
Zentrale Macht- und Kompetenzverteilung, "viel Macht in wenig Händen" Schlüsselbegriff **Zentralismus** Antidemokratische Machtausübung durch Cliquen wie **"Räte"** / **"Sowjets"**	**Dezentrale** Macht- und Kompetenzverteilung, möglichst so wenig Macht an die Zentrale wie möglich, nur so viele Befugnisse an die Zentrale wie unbedingt nötig: **Dezentralismus**, **Föderalismus**, **Subsidiaritätsprinzip**
sozialistische Planwirtschaft Staatskonzerne	**freie Marktwirtschaft, Mittelstand Privateigentum an Produktionsmitteln,**
in Ermangelung jeglicher Legitimation Nutzung von **Verordnungen** und **Ermächtigungsgesetzen**.	Staatliche Legitimation gegeben, deshalb Geltung von **Verfassung** und **Gesetzen**.
umfassender **Kulturmarxismus**	**Kulturelle Blüte** in allen Bereichen
"Political Correctness" Tabuisierungen, Denk- und Redeverbote	**Freie Meinungsäußerung**
Verdummung, **Infantilität** **Unreife der Persönlichkeit**	**Persönlichkeitsreife, Bildungsideal erwachsentypisches Verhalten**
Nutzung von **Terror** zur Steuerung und Disziplinierung (**Angst** und **Schrecken** **Gewalt**) Schlüsselbegriffe: **Faschismus** und **Versklavung /**	Gewährung von **Eigeninitiative**, **Kreativität**, **Eigenverantwortung** und Entwicklung von individueller Motivation zu konstruktivem sozial verantwortungsbewußtem Handeln
Bürgerlicher Tod	**Bürgerliche Freiheit**

Gegenüberstellung der beiden politischen Kategorien "Links" und "Rechts".

Als Symbol des Faschismus wird das "Fascis" (lateinisch "Bündel") genauer "Axtbündel" als ein Symbol für "Bund", "Bündelung" und "Gewalt" beziehungsweise gewaltsame Unterdrückung wie bereits im Römischen Reich genutzt.

Römisches Fascis ("Bündel") = Axtsymbol beziehungsweise Symbol von Gewalt und Terror gegenüber dem eigenen Volk zur Disziplinierung.

Das wahre Symbol des Faschismus – und nicht etwa die Swastika.

Merkwürdigerweise gilt heutzutage dieses wahre Symbol des Faschismus nicht als "beschmutzt" oder "diskreditiert", was nach vielen linken faschistischen Diktaturen weltweit sehr verwundern muß.
Statt dessen hat man es geschafft, daß die Swastika als Symbol "diskreditiert" und "beschmutzt" gilt, die lediglich ein Energie- / Kraft- und Glückszeichen unserer germanischen Vorfahren ist, und die mit Terror und Menschenverachtung niemals etwas zu tun hatte!

"Bundesrepublik Deutschland" könnte man in diesem Kontext deshalb auch übersetzen mit "Faschistische Gesellschaftsstruktur in Deutschland". Wir bekommen wohl immer die Wahrheit gesagt…

Den individuellen Interessen der Menschen kommt eine Gesellschaft entgegen, die möglichst dezentral organisiert ist. Das heißt, mit einem hohen Maß an individuellen Rechten und Rechten der unteren regionalen Körperschaften, insbesondere der staatlichen Gemeinden.

Kompetenzen und Macht werden nur an übergeordnete Strukturen delegiert, sofern dies unbedingt notwendig ist, ansonsten verbleiben so viel Macht und Befugnisse wie möglich in der Gemeinde und beim einzelnen Staatsangehörigen **(Subsidiaritätsprinzip)**.

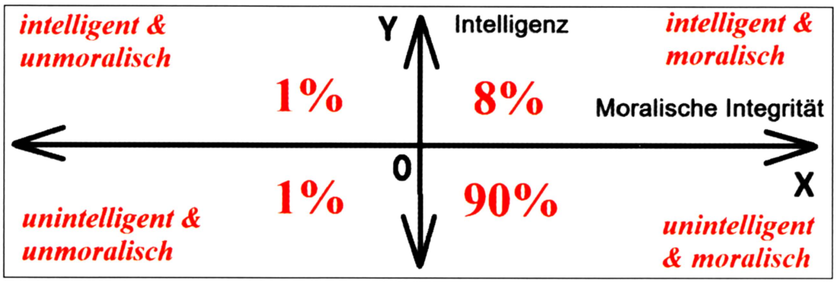
Die von "Linken", "Sozialisten" und "Kommunisten" willkürlich definierten "gesellschaftliche Interessen" können sein:

- "Klima / CO_2" - "gemeinsam gegen den Klimawandel"
- "Gesundheit" - "gemeinsam gegen Corona"
- "Frieden und Sicherheit " - "gemeinsam im >Krieg gegen den Terror<"
- "Landesverteidigung" - gemeinsam "Putin stoppen" etc.

Derartige willkürlich definierte "gesellschaftlichen Interessen" sind wesentlicher Bestandteil der linken / sozialistischen / kommunistischen Ideologie und der globalen kommunistischen Langzeitstrategie.

10.2. Psychologische Grundlagen für Sozialismus, Kommunismus und Faschismus

Das Problem sozialistischer / kommunistischer Gesellschaften ist eine kleine Minderheit von Psychopathen, die im Alltag nicht unbedingt erkannt werden. Sie empfinden keine Empathie und erleben mitfühlende Menschen fremdartig. Im selben Maße, wie unsere Gesellschaft sozialistischer und kommunistischer wird, wird sie durch eine kleine geschickte Elite aus Psychopathen gelenkt, die die ganze Gesellschaft mit ihrem Kommunismus krank macht. Man kann mit einer einfachen Vier-Felder-Tafel die verschiedenen Fraktionen einer Gesellschaft beschreiben:



Vier-Felder-Tafel zur Beschreibung der Fraktionen in einer westlichen Lügen- und Prostitutions-"Demokratie". Die Y-Achse beschreibt die Intelligenz und die X-Achse die moralische Integrität von Menschen einer solchen Gesellschaft.
In der äußersten Ecke links-oben: die moralisch verkommensten, dabei intelligentesten Elemente, wie sie in einer westlichen Lügen- und Prostitutions-"Demokratie" durch Negativ-Auslese "nach oben" kommen. Das eine Prozent, am äußersten linken oberen Rand der Vier-Felder-Tafel herrscht über den Rest der Menschen einer solchen Gesellschaft

Einige weitere Interpretationen zu dieser Vier-Felder-Tafel sind möglich: In der äußersten Ecke **links-unten** finden sich die Menschen mit krimineller Energie aber mit wenig Intelligenz. Diese landen früher oder später im Gefängnis. In der äußersten Ecke **rechts-oben** sind die intelligenten Menschen repräsentiert, die die gesellschaftlichen Mißstände durchschauen und darunter psychisch leiden, weil sie moralisch integer sind. **Unten-rechts** ist die große Mehrheit der Menschen (schätzungsweise 90 Prozent), Menschen die integer sind, aber wenig wissend. Sie machen was sie gesagt bekommen und fühlen sich in einer sozialistischen Gesellschaft durchaus wohl.
Linke Politik, Sozialismus und Kommunismus treffen auf Akzeptanz in einer Gesellschaft aufgrund der Psyche der meisten Menschen. Dabei ist nicht ausschließlich der Intelligenzgrad der Menschen für den Erfolg des Faschismus ausschlaggebend, sondern ihr Charakter beziehungsweise ihre Persönlichkeitsreife. Reife Persönlichkeiten haben eine erwachsentypische Grundhaltung dem Leben gegenüber. Sie haben den Drang, ihr Schicksal in die eigene Hand zu nehmen, sie hinterfragen, bilden sich eine eigene Meinung und trauen ihrer Wahrnehmung. Sie sind kreativ, verhalten sich konstruktiv und übernehmen Verantwortung für sich selbst und darüber hinaus für die Gemeinschaft. Für solche Menschen sind "linke" oder "links-grüne" sozialistische oder kommunistische Gesellschaftsentwürfe vollkommen unattraktiv. Solche Menschen leiden unter Sozialismus / Kommunismus, da sie Angriffe auf ihre Individualität, insbesondere sinnlose Limitierungen nicht ertragen können.

Phasen der Persönlichkeitsentwicklung [477,478479]

Säuglingsphase: Der Säugling (0 - 1. Lebensjahr) ist mit den wichtigsten Bezugsmenschen (in aller Regel die Mutter) verschmolzen. Er unterscheidet nicht zwischen seinem Selbst und dem Selbst der Mutter. Er ist komplett abhängig von seiner Umwelt, insbesondere von der Mutter. Ein Autonomieerleben besteht offenbar noch nicht. Gegen Ende der Säuglingsphase trainiert der Säugling ansatzweise Autonomie. Er entfernt sich spielerisch von den wichtigsten Bezugsmenschen, braucht dafür den Rückhalt der Mutter, insbesondere die Sicherheit, nach Entfernen jederzeit wieder zu einer wohlmeinenden Mutter zurückkehren zu können. [480,481]

Kleinstkindphase: In dieser Zeit (1. bis 3. Lebensjahr) übt das Kind erste autonome Handlungen, es entwickelt einen eigenen Willen und lernt, diesen weitestgehend sozial angemessen zum Ausdruck zu bringen. Erst ab dem zwölften Lebensmonat unterscheidet das Kind zwischen sich und der Umwelt. Es erlernt Sprachfertigkeiten, entwickelt Phantasie und soziales Rollenverhalten. Das Denken wird [482]anschaulich und findet Betätigung vor allem im Spiel.
Die eigenen Eltern und andere Menschen aus der Erwachsenenwelt werden in dieser Phase als "allmächtig" erlebt. Es kommt zu Widersetzungen gegen den Willen der Eltern und das Austesten ihrer Reaktionen. [483]

frühe Kindheitsphase: In dieser Zeit (3. bis 5. Lebensjahr) ist das durchschnittlich entwickelte Kind noch sehr regelgeleitet. Es übt erste autonome Handlungen, es nimmt an, daß "Erwachsene" "allmächtig" sind. Es kommt zur Ausbildung eines eigenen Willens und teilweise zu sozial inadäquaten Versuchen, diesen durchzusetzen ("Trotzphase").

mittlere Kindheitsphase: In dieser Zeit (5. bis 8. Lebensjahr) übt das Kind erste komplexe autonome Handlungen ohne die Eltern (Gang zur Schule, ins Schwimmbad, Einkaufen) es erkennt, daß "Erwachsene" nicht "allmächtig" sind. Im Ansatz entwickeln Kinder in dieser Phase die Fähigkeit, auch das Handeln der Eltern zu hinterfragen, lassen sich jedoch durch konsequente Verhaltenskontrolle lenken. Sie wissen und akzeptieren, daß die Eltern das letzte Wort haben. In dieser Zeit entwickelt sich Sinn für Gerechtigkeit, Gleichbehandlung, Ungleichbehandlung und Ungerechtigkeit. Kinder in diesem Alter sind noch voll umfänglich regelgeleitet und denken in Hierarchien und Machtstrukturen. Ohne klare, konkrete Regeln sind sie überfordert. Sie lernen und verhalten sich gut, um dem Lehrer oder den Eltern zufrieden zu stellen. Nicht für sich selbst. In diesem Alter besteht in unvertrauten Situationen das höchste Bedürfnis nach Konformität aller Gruppenmitglieder. Kinder die "anders" sind, laufen in diesem Alter am meisten Gefahr, gemobbt oder anderweitig ausgegrenzt zu werden.[484]

späte Kindheitsphase: In dieser Zeit (8. bis 11. Lebensjahr) beginnt das Kind, sich nicht mehr konkret regelgeleitet sondern ansatzweise wertegeleitet zu verhalten. Es hinterfragt das Handeln von Gleichaltrigen, das von Erwachsenen höchstens teilweise. Starke Subgruppenbildung mit hohem Identifikationsgehalt (Hobbygruppe, Sportgruppe etc.). "Dazugehören" ist sehr wichtig.[485]

Präpubertät: in dieser Entwicklungsphase der Persönlichkeit (idealerweise zwischen 11. und 14. Lebensjahr) lernt der junge Mensch, sofern keine Entwicklungshindernisse bestehen, seinen eigenen Willen zu erkennen, diesen sozial angemessen zu artikulieren und seiner Wahrnehmung zu trauen. Durch Reframing ist er jedoch durchaus in seinen Ansichten sehr beeinflußbar z.B. durch Werbung. Er orientiert sich an anderen Menschen oder unter Umständen auch an Filmfiguren als Identifikationsfiguren..[486]

---

477 *Cornelia Wrzus, Frieder R. Lang: Entwicklung der Persönlichkeit. In: Frieder R. Lang, Mike Martin, Martin Pinquart: Entwicklungspsychologie – Erwachsenenalter. Hogrefe, Göttingen 2012, S. 141–159*

478 *Werner Greve, Tamara Thomsen: Entwicklungspsychologie. Eine Einführung in die Erklärung menschlicher Entwicklung. Springer, Berlin/Heidelberg 2019, S. 156 ff.*

479 *Hans Dieter Mummendey: Psychologie des ‚Selbst‘. Theorien, Methoden und Ergebnisse der Selbstkonzeptforschung. Hogrefe, Göttingen 2006, S. 7 ff.*

480 *Remo H. Largo: "Babyjahre"; Piper 2008, S. 344 ff.*

481 *Wolfgang Butzkamm, Jürgen Butzkamm:; "Wie Kinder sprechen lernen: Kindliche Entwicklung und die Sprachlichkeit des Menschen." Francke 2008, S. 103 ff.*

482 *Bettina Hannover, Werner Greve: Selbst und Persönlichkeit. In: Wolfgang Schneider, Ulman Lindenberger (Hrsg.): Entwicklungspsychologie. 7., vollständig überarbeitete Auflage, Beltz, Weinheim/Basel 2012, S. 543 ff.*

483 *Martin Pinquart, Gudrun Schwarzer, Peter Zimmermann: Entwicklungspsychologie – Kindes- und Jugendalter. 2., überarbeitete Auflage, Hogrefe, Göttingen 2019, S. 16 ff. u. 247 ff.*

484 *Günter Krampen, Werner Greve: Persönlichkeits- und Selbstkonzeptentwicklung über die Lebensspanne. In: Rolf Oerter, Leo Montada (Hrsg.): Entwicklungspsychologie. 6., vollständig überarbeitete Auflage, Beltz, Weinheim/Basel 2008, S. 652 ff.*

485 *Arnold Lohaus, Marc Vierhaus: Entwicklungspsychologie des Kindes- und Jugendalters für Bachelor. 3., überarbeitete Auflage, Springer, Berlin/Heidelberg 2015, S. 181 ff.*

486 *Bettina Hannover, Werner Greve: Selbst und Persönlichkeit. In: Wolfgang Schneider, Ulman Lindenberger (Hrsg.): Entwicklungspsychologie. 7., vollständig überarbeitete Auflage, Beltz, Weinheim/Basel 2012, S. 543 ff.*

Pubertät: Nach erfolgreicher Pubertät (idealerweise zwischen 14. und 17. Lebensjahr) kann ein junger Mensch seine engsten Bezugsmenschen (in aller Regel die Eltern) hinsichtlich ihrer Werte, ihrer Motive und ihre Handlungen im Lebensverlauf konstruktiv-kritisch hinterfragen. Er entscheidet für sich konstruktiv, welchen Werten er langfristig folgen will. Aufbau eines eigenen Wertesystems mit entsprechender Werte-Hierarchie. Er entscheidet, welche Elternaspekte er in sein Leben übernimmt und welche er hinter sich läßt. Dieser Mensch kann auch die soziale Umwelt hinterfragen und sich eine eigene Meinung zu den gesellschaftlich relevanten Aspekten seiner Umwelt bilden. Er nimmt sein Schicksal in die eigenen Hände, er traut seiner Wahrnehmung und übernimmt Verantwortung für sich und darüber hinaus für die Gemeinschaft in der er lebt. [487]

Sozialistische / kommunistische Gesellschaften sind im Grunde kindliche beziehungsweise infantile Gesellschaften. Die in diesen Gesellschaften propagierten Umverteilungsregeln führen zu einer Gleichmacherei und dazu, daß sie sich mit dem Leben nicht auseinandersetzen müssen sondern Dritte ("Vater Staat" und "Mutter Kirche") für das Entwerfen ihrer eigenen Lebensplanung und nicht zuletzt für das Bestreiten ihres Lebensunterhaltes verantwortlich gemacht werden.
Solche Menschen sind auch faschistischen Methoden zur Herstellung und Aufrechterhaltung von kommunistischen Gesellschaftsstrukturen sehr aufgeschlossen.[488,489,490]

Wir erkennen gegenwärtig, daß "linke", "links-grüne", "national-sozialistische" "international-sozialistische" oder "kommunistische" Ideen für unreife Persönlichkeiten äußerst anziehend sind. Infantile Charaktere neigen zur Delegation von Verantwortung, übernehmen bereitwillig die herrschende Meinung zu den gesellschaftlich relevanten Dingen, auch wenn sie ihrer Wahrnehmung widersprechen. Sie hinterfragen nicht und für sie ist Gleichschaltung durchaus willkommen, da sie sich hierbei keine eigene Meinung aus mehreren möglichen Ansichten bilden müssen. Für sie ist eigenverantwortlich Denken und Urteilen zu müssen die größte Zumutung. Linke Politik und sozialistisches Gedankengut kommt ihrer Persönlichkeit sehr entgegen. [491,492]

Folgerichtig finden wir in der jeweiligen Wählerschaft und Führungsriege "linker" Parteien vorwiegend charakterlich unreife Menschen, mit Neigung zur Delegation von Verantwortung, die in ihrem Leben kaum selbständig gearbeitet haben und insgesamt wenig "auf die Kette" bekommen haben. Bei den "Grünen" sind es vorwiegend jüngere Menschen mit wenig Lebenserfahrung und eigener Lebensleistung, die gewissermaßen in der Buttercremetorte aufgewachsen sind. Man sehe sich nur den Bildungs- und Ausbildungsgrad von "grünen" Funktionärsbonzen an.[493,494,495,496,497]
Mit "SPD" und "Linke" sympathisieren hauptsächlich Menschen, die ein Leben lang im Angestelltenverhältnis einem Unternehmer oder Abteilungsleiter gedient haben. Diese Menschen stellen das Prinzip der Herrschaft grundsätzlich nicht in Frage, sie wünschen sich nur eben einen "guten Herrscher".

Beispielhaft hierfür die fünf grünen "Vorzeige-Nullen":

1. **Katrin Göring-Eckardt**, Jahrgang 1966; Theologie-Studium in Leipzig nach vier Jahren erfolglos abgebrochen. Ohne jede Berufsausbildung. Später Küchenhilfe. 1989 "Demokratischer Aufbruch" und 1990 "Demokratie Jetzt" sowie "Bündnis 90" Parteikarriere. "Vizepräsidentin" des "Deutschen Bundestages", Fraktionsvorsitzende.
2. **Claudia Roth**, Jahrgang 1955. Studium der Theaterwissenschaft, Geschichte und Germanistik nach einem Jahr abgebrochen. Ohne jede Berufsausbildung. "Bündnis 90/Die Grünen" Pressesprecherin der Bundestagsfraktion, Abgeordnete des Europäischen Parlaments - Vorsitzende der Grünen-Fraktion; Bundesvorsitzende von "Bündnis 90/Die Grünen". "Vizepräsidentin" des "Deutschen Bundestages".

---

487 *Tamara Thomsen u. a.: Selbstkonzept und Selbstwert. In: Arnold Lohaus (Hrsg.): Entwicklungspsychologie des Jugendalters. Springer, Berlin/Heidelberg 2018, S. 91–111, hier: 92.*

488 *Theodor W. Adorno (Autor), Ludwig von Friedeburg (Einleitung), Milli Weinbrenner (Übersetzer); "Studien zum autoritären Charakter; Institut für Sozialforschung der J.W.Goethe-Universität Frankfurt (Herausgeber)*

489 *Friedrich Hacker; "Das Faschismus-Syndrom"; Econ (1 Jan. 1990); ISBN-10: 3430137500; ISBN-13: 978-3430137508*

490 *Erich Fromm; "Die Furcht vor der Freiheit"; dtv Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG; 27. edition (1 Mar. 1993) ISBN-10: 3423350245; ISBN-13: 978-3423350242*

491 *Peter Fonagy, György Gergely,, Elliot L. Jurist, Mary Target; "Affektregulierung, Mentalisierung und die Entwicklung des Selbst" Klett-Cotta; 4th edition (1 Nov. 2011); ISBN-10: 3608943846, ISBN-13: 978-3608943849*

492 *Dr. Manfred Strecker; "Der autoritäre Charakter – politisch wirksam wie lange nicht mehr"; TZI Fachzeitschrift des Ruth Cohn Institute for TCI International; Heft 1/2020*

493 *Jürgen Fritz; "Claudia Roth wird Kulturstaatsministerin - Es geht auch ohne abgeschlossene Berufsausbildung" - "Zwei Dinge sind von entscheidendem Vorteil: a) das "richtige" Geschlecht und b) der Eintritt in die "richtige" Partei…"; The European vom 16.11.2022*

494 *Politiker ohne Berufsabschluss dürfen nicht zum Normalfall werden; Neue Züricher Zeitung vom 01.02.2022*

495 *Jürgen Fritz; "Claudia Roth wird Kulturstaatsministerin - Es geht auch ohne abgeschlossene Berufsausbildung"; The European vom 16.11.2022*

496 *Peter Tiede; "Minister ohne Bildung und Job - Deutsche haben keinen Bock auf Ahnungslos-Politiker"; BILD vom 15.11.2022*

497 *"Von der Schulbank ins Parlament – und keine Ahnung vom normalen Leben"; "Meinungsforscher Güllner: "Keine Erfahrung mit dem normalen Leben"; "Kevin Kühnert: Nix gelernt, aber große Klappe"; "Unreife umgeben sich mit Unreifen"; "Auch Ricarda Lang und Omid Nouripour brachen ab"; Augsburger Allgemeine vom 29.03.2022*

3. **Ricarda Lang**. Jahrgang 1994; studierte Rechtswissenschaften, nach sieben Jahren Abbruch. Ohne jede Berufsausbildung. "Bündnis 90/Die Grünen"; "Sprecherin der Grünen Jugend" "Bundesvorsitzende" "frauenpolitische Sprecherin der Grünen". "Bundesvorsitzende" der "Grünen".
4. **Annalena Baerbock**, Jahrgang 1980. Studium der Politikwissenschaft, nach 4 Jahren abgebrochen. Anschließend in London fragwürdiger "Master" innerhalb von nur einem Jahr, in einem Studiengang, in den man sich gegen eine fünfstellige Summe einkaufen muß. Ihre Master-Arbeit laut der Hochschule in London nicht mehr auffindbar, "verschwunden". Im Jahre 2009 begann Baerbock an der Freien Universität Berlin eine von der grünen Heinrich-Böll-Stiftung aus öffentlichen Mitteln geförderte Dissertation. Nach drei Jahren Abbruch. "Sprecherin der Bundesarbeitsgemeinschaft Europa, Vorstandsmitglied der Europäischen Grünen Partei, "Landesvorsitzende" der Brandenburger "Grünen", "Bundestags"- "Abgeordnete" über die Landesliste. 2018 "Bundesvorsitzende" der "Grünen", "Kanzlerkandidatin". "Außenministerin".

Fazit: Aktuell sehen wir, daß die meisten Menschen im "BRD"-System der Entwicklungsstufe eines durchschnittlich entwickelten Kindes im Alter von 5-8 Jahren entsprechen.
In diesem Alter werden die Eltern größerenteils für weitestgehend "allwissend" und teilweise auch "allmächtig" gehalten. Diese Menschen sind streng regelgeleitet und nicht wertegeleitet. Sie tun Dinge, nicht weil sie richtig sind, sondern weil sie befohlen werden. Sie neigen dazu, andere sadistisch zu verfolgen, zu mobben, auszugrenzen, nur weil sie irgendwie "anders" sind (Unge"impfte", Ausländer, Fans der "falschen" Fußballmannschaft, Vegetarier, Schwule, Lesben, Transen etc.) Solche Menschen denken in Hierarchien und Machtstrukturen und neigen dazu, zum Zwecke der Befolgung einer Regel, allergrößten Schaden anzurichten oder zuzulassen.

Allein die Tatsache, daß 90 Prozent derjenigen, die sich fälschlich als "Impfung" bezeichneten Schmutz in ihren Körper hineinspritzen lassen haben (insgesamt 80% der Gesellschaft), wollten gar nicht wissen, was in diesen Spritzen ist. Mutti Merkel hat gesagt, sie sollen es machen, und sie haben wie Fünfjährige gehorcht.
Eine sozialistische oder kommunistische Gesellschaft ist im Grunde ihres Wesens ein gigantischer Kindergarten, die passende Methode zur Herstellung und Aufrechterhaltung sozialistischer und kommunistischer Gesellschaften ist der Faschismus, um Andersdenkende oder erwachsenere Menschen in ihrer Individualität, ihren Werten und ihren Selbstbestimmungsbestrebungen sadistisch zu unterdrücken.

10.3. Phasen der globalen kommunistischen Langzeitstrategie [498]

Sozialistische / kommunistische Gesellschaften sind hauptsächlich mit Machterhalt einer kleinen skrupellosen Elite beschäftigt. Hierfür wird die große Mehrheit der Menschen in Unfreiheit gehalten, unterdrückt gegängelt und terrorisiert. Aus diesem Grunde sind kommunistische Gesellschaften nicht kreativ und dementsprechend nicht innovativ. Der "real existierende Sozialismus / Kommunismus" ("Ostblock") war auf die Innovation aus dem Westen angewiesen. Ohne Industriespionage und Militärspionage und ständigen Transfer von innovativen Technologien wäre er kaum lebensfähig und schon gar nicht konkurrenzfähig gewesen.
Weshalb Führungseliten weltweit kommunistische Strukturen anstreben, läßt sich nur mit ihrer Psychopathologie erklären. Kommunismus bedeutet grenzenlose Macht und Kontrolle einer verschwindend kleinen psychopathischen Minderheit über eine gigantische amorphe Menschenmasse. Die dahinterstehende Psychopathologie läßt sich nur mit dem Satz beschreiben: **Hauptsache die Herrscher herrschen. Die Herrscher sind lieber Herrscher in einer extrem schlechten Firma als "Normalo im Paradies". Es ist nur Machtgeilheit und Kontrollwahn, was die Eliten antreibt, sozialistische, kommunistische und damit zwangsläufig faschistische Verhältnisse anzustreben.**

Die kommunistische Langzeitstrategie ist ein kommunistischer Masterplan einer weltweiten kommunistischen Bewegung mit Kristallisationspunkt in der UdSSR. Sie wird offen sichtbar heute mehr denn je umgesetzt. Es geht um die Etablierung einer kommunistischen NWO-Weltregierung. Hierfür gibt es seriöse Quellen: Ex-KGBs und Autobiographien namhafter Eliten.

Phase 1: 1956-1960: Vorbereitung.
Phase 2: 1960-80er: Zersetzung des Westens. Im Westen wurden von "DDR" und UdSSR gezielt oppositionelle, insbesondere marxistisch geprägte Bewegungen gefördert. Aus der durch den KGB-gesteuerten marxistischen 68er-Bewegung sind Feminismus, Friedensbewegung, Grüne Bewegung, Kirchenreformer und weitere neue soziale Bewegungen hervorgegangen.
Ganze politische Bewegungen werden durch Scheinwissenschaften initialisiert und aufrecht erhalten. "Klimatologie", durch die "Grüne Bewegung" betrieben, dient dem Zweck, über die Theorie des anthropogenen Treibhauseffekts transnationale Machtstrukturen zu schaffen. Die Konferenz der

498 *Expresszeitung Doppelausgabe 41 und 42; InfoXpress GmbH 2022*

"Vereinten Nationen" über Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro 1992 ist aktiv durch die UdSSR angeschoben worden.
Phase 3: 1980er-...: Zusammenbruch des Sozialismus / Beginn des Turbo-Kapitalismus.
Phase 4: Verschmelzung von Kapitalismus und Kommunismus zu einem Welt-Sozialismus unter einer einzigen Weltregierung.

Zunächst ein kurzer Blick in die Vergangenheit: Die Leute, die 1913 in den USA die Zentralbank "Federal Reserve" installierten, waren hauptsächlich die J.P.-Morgan-Bankengruppe und das Rockefeller-Geschäftsimperium. Offensichtlich waren diese nur Abgesandte weiterer Finanz- und Machtinteressen: Mastermind hinter allem war Baron Alfred Rothschild aus London.
Der Großbankier Warburg leitete zusammen mit einem gewissen Jacob Schiff die Bank Kuhn, Loeb & Co.. Diese war im 19. Jahrhundert der wichtigste Geldgeber der Rockefeller-Familie. Sie machte den Aufbau des Rockefeller-Öl- und Banken-Imperiums erst möglich.
Im 18. Jahrhundert teilten sich die Schiffs und Rothschilds eine gemeinsame Firma in Frankfurt. Die Familien Rockefeller, Warburg, Schiff und Rothschild, die die "Federal Reserve" gründeten, waren seit Jahrzehnten eng miteinander vernetzt.
Mit der "Federal Reserve" wurde 1913 von diesen Leuten eine Zentralbank in den USA gegründet. In Folge des Sieges der Hauptsiegermacht USA im zweiten Weltkrieg hat die "Federal Reserve" seit 1944 das Monopol inne, das universelle Zahlungsmittel der Welt herauszugeben. Derartiges hatte Karl Marx bereits 1848 in Punkt 5 seines 10-Punkte-Programms in seinem "Kommunistischen Manifest" gefordert. ("Zentralisation des Kredits in den Händen des Staats durch eine Nationalbank mit Staatskapital und ausschließlichem Monopol") [499]
Seit 1913 ermöglichte das "Federal-Reserve-System" ihren Gründern grenzenlosen Zugriff auf die weltweite Geldmenge. Prompt machten sie sich daran, den ersten Weltkrieg und eine marxistische Revolution in Rußland zu finanzieren. Folgerichtig war laut Anthony C. Sutton die Zentrale der "bolschewistischen Oktoberrevolution" im weit entfernten New York.[500,501]

Gegenwärtig ist der "Great Reset" in aller Munde. Das größenwahnsinnige Projekt des Weltwirtschaftsforums ("WEF"), welches im Juni 2020 der Öffentlichkeit vorgestellt wurde. Er ist die totale Umgestaltung des Lebens aller Menschen. Der "Great Reset" nutzt die "COVID-19-Pandemie" und richtet sich gegen Mittelstand und freie Marktwirtschaft. Gegen Nationen, hin zu einem neuen Staats-, Wirtschafts- und Gesellschaftssystem mit besitz- und rechtlosen Untertanen, die dem Willen einer kleinen Herrschaftskaste hilflos ausgeliefert sind. Parallelen zum real existierenden Sozialismus / Kommunismus sind offensichtlich.

Die angloamerikanische Hochfinanz strebt eine Art "Weltregierung" an, wie dies bereits Marx gefordert hatte. Das WEF von Klaus Schwab ist offensichtlich eine Frontorganisation dieser Finanzoligarchie und der an sie angeschlossenen Großkonzerne. Die marxistische Ideologie als Werkzeug der angloamerikanischen Hochfinanz zieht sich wie ein roter Faden durch den "Great Reset", u. a. wenn Klaus Schwab in seinem Buch eine Art "Weltregierung" einfordert (so wie es auch schon Lenin, Trotzki, Marx, Warburg usw. taten). Lenin: ***"Wir sind Internationalisten. Wir streben nach der festen Vereinigung ... in einer einzigen weltweiten Sowjetrepublik."***[502,503]
Die Errichtung des Weltkommunismus war Staatsdoktrin und in der ersten Verfassung der UdSSR im Art. 28 festgeschrieben, wobei alle Mittel erlaubt waren, die diesem Ziel Vorschub leisteten.[504]
Marx hat erstaunlicherweise in der "westlichen Wertegemeinschaft" einen guten Ruf: Im "BRD"-System haben wir 52 öffentliche Plätze, über 500 Straßen und mehrere Schulen, die nach ihm benannt sind.[505]
Dies alles steht in Widerspruch zum Narrativ, der Kommunismus gehöre mit dem Untergang des Ostblocks im Jahr 1991 der Vergangenheit an. Die "EU" nimmt immer sozialistischere Formen an. Auch in der "Hochburg der Freiheit", in den USA arbeitet momentan eine Regierung, die sozialistischer nicht sein könnte.

---

499 *Karl Marx; Friedrich Engels; "Das kommunistische Manifest"; Pretorian Books (25 Nov. 2019); ISBN-10: 3903352217; ISBN-13: 978-3903352216, Punkt 5*

500 *Walter Görlitz; "Geldgeber der Macht: Wie Hitler, Lenin, Mao Tse-tung, Mussolini, Stalin, Tito ihren Aufstieg zur Macht finanzierten"; Econ-Veslag; 1. Aufl Edition (1. Januar 1976); ISBN-10: 3430132428; ISBN-13: 978-3430132428, S.85 ff.*

501 *Anthony Sutton; " Wall Street and the Bolshevik Revolution: The Remarkable True Story of the American Capitalists Who Financed the Russian Communists; Clairview Books (31 Dec. 2011);; ISBN-10: 190557035X; ISBN-13: 978-1905570355*

502 *Elliot R. Goodman; "The Soviet Design for a World State"; Columbia University Press (21 Jan. 2020); ISBN-10: 0231941986; ISBN-13: 978-0231941983 S. 33 ff.*

503 *Klaus Schwab, Thierry Malleret; COVID-19: Der Grosse Umbruch; Forum Publishing (25 Sept. 2020); ISBN-10: 2940631190; ISBN-13: 978-2940631193 S.119 ff.*

504 *Torsten Mann; "Weltoktober - Wer plant die sozialistische Weltregierung?"; Torsten Mann; Paperback edition (7 Nov. 2015); ISBN-10: 3946168027; ISBN-13: 978-3946168027 S.34 ff.*

505 *"Person der Woche: Karl Marx war einer der übelsten Rassisten" n-tv.de 16.06.2020*

Was wir gegenwärtig erleben, ist ein Siegeszug einer weltweiten linken Bewegung. In der gesamten "Westlichen Wertegemeinschaft". Es besteht ein unaufhörlicher Trend zur Zentralisierung, Gleichschaltung, Infantilisierung, Entrechtung der Individuen und Gemeinden und eine Organisation der Gesellschaft von oben nach unten.
Wir sehen die Beseitigung der individuellen Rechte, die mit der Staatsangehörigkeit verbunden sind. Durch die Entstaatlichung, die Anhäufung von viel Macht in wenigen Händen mittels der Konstrukte "UN", "NATO" und "EU", "WEF" deren Vertreter von niemandem gewählt wurden, der für alle sichtbare Terror unter dem Vorwand "Gesundheitsschutz", "Klimaschutz" oder für "Krieg gegen Terror " ist die Etablierung eines linken, sozialistischen beziehungsweise kommunistischen Regimes in ganz Europa und weltweit. Eine besondere Rolle spielen dabei Ermächtigungsgesetze wie "TTIP", "ESM" etc.
Das WEF zeigt vollste Unterstützung für marxistische Organisationen wie "Black Live Matter" und deren Ideologie, die wiederum praktisch identisch ist mit dem Konzept der "Rassenkriegsführung" in der globalen kommunistischen Langzeitstrategie.
Klaus Schwab, Michail Gorbatschow und Henry Kissinger sind sich einig darin, daß Krisen unverzichtbar sind, um ihre Agenda voranzutreiben.

Das heutige Rußland unter Wladimir Putin ist voll eingebunden in den "Great Reset" und in die globale kommunistische Langzeitstrategie. Auch in Rußland gibt es einen "Krieg gegen den Terror" und eine Impfzwangcampagne.
Die angloamerikanische Hochfinanz unterstützte den industriellen Aufbau der Sowjetunion und Chinas. Der Mentor von Klaus Schwab, Henry Kissinger, ist Auftragsnehmer der angloamerikanischen Hochfinanz und nach glaubwürdigen Quellen KGB-Agent. Er ist wichtigster Erfüllungsgehilfe der globalen kommunistischen Langzeitstrategie im Westen. Ausgerechnet ihn zählt Schwab zu den wichtigsten Leuten, die sein Denken prägten.
Der "Great Reset" baut auf Ideen auf, die von der UdSSR eingesetzt wurden, um die Gesellschaft des Westens zu zersetzen: Ablehnung traditioneller Werte, des Individualismus, der Familie und der Marktwirtschaft, Instrumentalisierung von Randgruppen, marxistisch motivierter "Umweltschutz" und Zensur abweichender Meinungen gehören dazu.
Es lassen sich deutliche Parallelen zwischen dem "Great Reset" und dem Weltbild von Putins "Chef-Ideologen" Aleksandr Dugin erkennen. Beide ("WEF" und Dugin) arbeiten für einen ökonomisch-politischen Untergang der USA und führen diesen teils auch als handelnde Akteure herbei.

Fazit: **Es ist eher unwahrscheinlich, daß wir von Dritten wie Putin, Dugin oder Trump Hilfe erwarten können. Wir müssen unser Schicksal in die eigenen Hände nehmen und unsere existentiellen Probleme selbst lösen.**

10.4. Verschwörungen und Verschwörer[506]

Eine Verschwörung ist "ein Zusammenschluß aus mindestens zwei Leuten (oder mehr) zum Zwecke der gemeinsamen Begehung von kriminellen Handlungen". Das ist alles.
Man frage einmal einen "Polizisten", "Staatsanwalt", "Richter" oder "Politiker" des "BRD"-Systems, ob er meine, daß es "organisierte Kriminalität" gäbe. Die Antwort kann sich jeder selbst geben, selbstverständlich gibt es organisierte Kriminalität! Nun ist aber jeder, der dies behauptet, definitionsgemäß automatisch ein "Verschwörungstheoretiker". Man stelle sich einmal vor, irgendein Drogendealer empfiehlt einem "Staatsanwalt", "Richter" oder "Polizisten" im "BRD"-System sich einmal gründlich untersuchen zu lassen, da die gegen ihn erhobenen Vorwürfe ein klarer Ausdruck einer Verschwörungstheorie und damit wohl krankhaft seien.
Wir sehen, daß mit den passend verfälschten Begrifflichkeiten die Menschen gut manipuliert werden können. Sofern es Verschwörungen unter "einfachen Leuten" gibt, nennt man dies "organisierte Kriminalität" und es leuchtet jedem ein, daß man dies bekämpfen muß. Verschwörungen beziehungsweise organisierte Kriminalität unter politischen Machthabern gibt es selbstverständlich auch. Aber es darf natürlich nicht so benannt werden. Vielmehr muß jemand, der behauptet, unter Machthabern gebe es ebenfalls organisierte Kriminalität, als "Spinner" oder "geisteskrank" erklärt werden. Hierfür hat man den Begriff "Verschwörungstheoretiker" erfunden. Um noch einen drauf zu setzen, hat man inzwischen diesen Begriff zu "Verschwörungsfetischist" gesteigert.
Es ist zu fragen, weshalb es den Begriff "Verschwörungstheoretiker" überhaupt gibt, und weshalb beispielsweise der Begriff "Psychoanalytiker" etabliert wurde. Richtiger wäre es stattdessen zu sagen: "**Verschwörungsanalytiker**" und "**Psychotheoretiker**".

---

506 *A. W. von Staufen, M. J. Lützeler von Roden; "Der geheime Pakt der Freimaurer, Khasaren und Jesuiten"; Pravda TV (Verlag) 2021; ISBN 13: 978-1-63848-365-6*

Vatikan / Jesuiten[507]

Den Menschen vor 2.000 Jahren ging es im Grunde nicht anders als uns heute. Das Römische Reich war ein faschistisches Verbrechersystem, mit Kriegen, Kolonialisierung, Versklavung, Menschenhandel, Kulturlosigkeit, Prostitution, Korruption, sadistischen Metzeleien im Kolosseum nach dem Grundsatz "Brot und Spiele" etc. Die Parallelen zur Gegenwart sind offensichtlich. Viele Menschen hatten bereits vor 2.000 Jahren diese Destruktivität irgendwann satt.
Sie haben schließlich begonnen, ihre eigenen Gemeinden zu gründen. Ihr Vordenker und Inspirator war Jesus von Nazareth, der den Menschen Alternativen nahe brachte, wie beispielsweise: daß Geld nicht alles ist im Leben und daß es noch andere Werte geben könnte, als Herrschaft über Andere, Versklavung, Zerstörung und Sadismus. In diesen ersten christlichen Urgemeinden wurde ein menschliches Wertesystem gelebt mit Nächstenliebe, Hilfsbereitschaft etc.
Hierdurch waren diese Menschen, "Christen" genannt, eine Gefahr für das faschistische Herrschaftssystem des Römischen Reiches. Aus diesem Grunde hatten die Herrscher sie mit aller Macht verfolgt. Jedoch erfolglos, die Menschen, die sich einmal aus dem faschistischen System verabschiedet hatten, waren hierfür nicht mehr zurückzugewinnen. Und es wurden immer mehr.
Zur Stabilisierung des angeschlagenen Herrschaftssystems wurden nicht nur Gewalt sondern auch psychologische Tricks angewendet: Nach etwa dreihundert Jahren Christenverfolgung hatte Kaiser Konstantin dann eine glorreiche Idee: Er machte das Christentum zur "Staatsreligion". Dies war letztlich Betrug und Täuschung. Die Herrscher im Römischen Reich haben das Christentum als "Etikett" genutzt. Hintenherum lief jedoch alles wie bisher.
Während Jesus ein Loslassen von Geldgier predigte und die Tische der Ablaßhändler und Wucherer im Tempel zu Jerusalem umstürzte, arbeitete das Bankensystem des Römischen Reichs weiter auf Hochtouren. Bis in die Gegenwart wurde dieses System perfektioniert.
Das erfolgreichste Geschäftsmodell der katholischen Kirche war und ist der Ablaßhandel, also eine Form der Geldmacherei, in der das "Seelenheil" als Handelsgut angeboten wird.
Weitere psychologische Tricks sind, die Menschen zu Götzenanbetung und Gotteslästerung zu verführen. In Ritualen verführt man die Menschen, gegen die Gebote zu verstoßen. Gemäß der Heiligen Schrift gibt es nur einen Gott, von dem man sich kein Bild machen könne und auch nicht solle. Die Herrscher in der katholischen Kirche erklärten Jesus zu Gott. Bilder und Skulpturen von ihm werden angebetet. Also Götzendienst. Die ganze "Dreifaltigkeitslehre" ist nichts weiter als Gotteslästerei. Auch sehen wir in der katholischen Kirche die Anbetung von Bildern und Statuen sogenannter "Heiliger" wie "Maria", "Christophorus" etc. Diese sind nicht Gott, ihre Anbetung ist damit Götzendienst. Auch wird in der katholischen Messe symbolisch das "Blut des Herrn" in Form von verwässertem Rotwein getrunken und "der Leib des Herrn" in Form einer Oblate gegessen. Symbolisch Kannibalismus und Gotteslästerei. Das Kreuz steht symbolisch für die vier Elemente, aus denen nach antikem Verständnis die materielle Welt besteht - Feuer, Wasser, Luft und Erde. Der ans Kreuz genagelte Jesus symbolisiert die Verhaftung des Geistigen an das Materielle. Und das wird angebetet.
Offensichtlich ist die katholische Kirche nicht etwa eine Organisation, die das Christentum fördert. Die katholische Kirche hat im Laufe ihrer Geschichte alles getan, um das wahre Christentum zu zerstören. So war es beispielsweise im Mittelalter verboten, eine eigene Bibel im privaten Haushalt zu haben, dies wurde mit dem Tode bestraft. Die Bibel sollte nur in der Kirche oder in Räumlichkeiten vorhanden sein dürfen, die von der katholischen Kirche kontrolliert wurden.
Darüber hinaus durfte die Bibel nur in Latein verfaßt sein, damit sich die einfachen Menschen den Inhalt nicht erschließen konnten. Folgerichtig war es auch von der katholischen Kirche verboten worden, die Bibel in die jeweilige Volkssprache zu übersetzen. Die Messe wurde in Latein gehalten, einer Sprache die kaum jemand verstand, damit die Religion mystisch blieb. Tatsächlich hat die katholische Kirche immer versucht, den lebendigen Geist Gottes von den Menschen fern zu halten. Sowohl über die Bildersprache als auch über ihre Macht- und Geldgeilheit, Skrupellosigkeit und Neigung zum Massenmord wie auch durch ihr Bemühen, die wirklichen Inhalte der Bibel von den Menschen fern zu halten, ist die katholische Kirche sehr leicht als satanische Organisation zu identifizieren. Sie hat die Lehren, den Geist von Jesus von Nazareth nur als Etikett aufgeklebt, im Hintergrund läuft dagegen seit über 2000 Jahren dasselbe satanische Spiel.

Dies haben die Menschen in der Renaissance irgendwann erkannt und es hat eine Gegenbewegung gegeben, genannt "Reformation". Folgerichtig haben die Reformatoren als erstes die Bibel in die Volkssprachen übersetzt und den Ablaßhandel als illegal angeprangert. Alle Reformatoren, von Luther über Calvin, Cranmer, Wycliffe, Tyndale, Bunyan, Isaac Newton neben unzähligen anderen sahen im Papsttum den Anti-Christen schlechthin.

---

507 *Peter Philipp Wolf; Allgemeine Geschichte der Jesuiten; Nabu Press (28. Februar 2010); ISBN-10: 1146074565; ISBN-13: 978-1146074568*

Da die katholische Kirche befürchten mußte, daß ihr geistiges und physisches Versklavungssystem durch die Reformation verschwindet, hat sie eine "Gegenreformation" initiiert. Ihre bedeutsamste Waffe dabei war die Gründung eines militanten Ordens, der mit allen Mitteln gegen die Reformation und ihre Protagonisten vorgehen sollte. Es wurde als geheime militante Verbrecherorganisation der Orden der Jesuiten, von dem baskischen Adeligen Ignatius von Loyola als Militärorganisation des Papstes für die Gegenreformation gegründet. Die Jesuiten sind nach allem was wir wissen können, heute die wohl mächtigste Geheimgesellschaft in der Welt, die Spitze der weltweiten Pyramide.

Der Orden hat die Rosenkreuzer aufgenommen. Die Rosenkreuzer waren die Entwickler der Freimaurerei, deren Ziel ein kommunistischer / faschistischer Weltstaat mit Weltregierung ist. Die Jesuiten sind die direkten Erben der Tempelritter.

Papst Paul III. genehmigte mit der Bulle "Regimini militantis ecclesiae" vom 27.09.1540 das geheime Grundstatut der Gemeinschaft ("Constitutiones"). Damit waren die Jesuiten als Orden anerkannt. Ignatius Loyola wurde zum ersten Oberen ernannt und leitete den rasch wachsenden Orden von Rom aus bis zu seinem Lebensende im Jahre 1556.

Links: Erkennungszeichen des Ordens der Jesuiten: IHS - Kurzform für "Iesum Habemus Socium" ("Wir haben Jesus als Gefährten")

Dem Novizen wird bei seiner Initiation durch das Jesuiten-Oberhaupt folgendes gesagt: [508]

"Mein Sohn, es wurde dir bereits beigebracht, als Heuchler zu handeln: unter den römischen Katholiken ein römischer Katholik zu sein, und ein Spion selbst unter deinen eigenen Brüdern; keinem Menschen zu glauben, keinem Mann zu vertrauen; unter den Reformatoren ein Reformator zu sein, unter den Hugenotten ein Hugenotte zu sein, unter den Calvinisten ein Calvinist zu sein; unter anderen Protestanten ... ein Protestant zu sein, um ihr Vertrauen zu gewinnen, um auch zu versuchen, von ihren Kanzeln zu predigen, und mit aller Vehemenz in deiner Natur unsere heilige Religion und den Papst zu diffamieren, und sogar so niedrig zu sinken ein Jude unter Juden zu sein, damit du imstande seiest, alle Informationen zum Nutzen deines Ordens als treuer Soldat des Papstes zu sammeln... Du mußt Dich der richtigen Zeit als Instrument und Henker bedienen, wie von deinen Vorgesetzten befohlen, denn keiner kann hier befehlen, der seine Arbeit noch nicht mit dem Blut des Ketzers geheiligt hat, denn ohne Blutvergießen kann kein Mensch gerettet werden. Deshalb wirst Du, um Dich für Deine Arbeit geeignet zu machen und deiner eigenen Erlösung sicher zu sein, zusätzlich zu Deinem vorigen Eid des Gehorsams auf Deinen Orden und deine Treue zum Papst, nach mir wiederholen:

Der Schwur der Jesuiten:

"Ich ... werde ... zu dir, meinem geistlichen Vater, dem oberen General der Vereinigung Jesu, gegründet durch den Heiligen Ignatius von Loyola ... schwören, daß seine Heiligkeit, der Papst, Christi stellvertretender Vize-Regent ist; ... und daß ... er die Macht hat, ketzerische Könige, Prinzen, Staaten, Republiken und Regierungen aus dem Amt abzusetzen, die alle illegal sind ohne seine heilige Bestätigung, und daß sie mit Sicherheit vernichtet werden mögen. Weiter erkläre ich, daß ich ... mein Äußerstes tun will, um die ketzerischen protestantischen oder freiheitlichen Lehren auf rechtmäßige Art und Weise oder auch anders auszurotten, und alle von ihnen beanspruchte Macht zu zerstören. Ich verspreche und erkläre auch ... alles auszuführen, das du, mein geistlicher Vater, mir vorschlägst, aufträgst oder offenbarst .... Weiter verspreche ich, daß ich keine eigene Meinung oder eigenen Willen haben will ... sondern bereitwillig jedem einzelnen Befehl gehorche... Außerdem verspreche ich, daß ich ... unbarmherzig den Krieg erkläre und geheim oder offen gegen alle Ketzer, Protestanten und Liberale vorgehe, wie es mir zu tun befohlen ist, um sie mit Stumpf und Stiel auszurotten und sie von der Erdoberfläche verschwinden zu lassen; und ich will weder vor Alter, gesellschaftlicher Stellung noch irgendwelchen Umständen halt machen. Ich werde sie hängen, verbrennen, verwüsten, kochen, enthaupten, erwürgen und diese Ketzer lebendig vergraben, die Bäuche der Frauen aufschlitzen und die Köpfe ihrer Kinder gegen die Wand schlagen, nur um ihre verfluchte Brut für immer zu vernichten. Und wenn ich sie nicht öffentlich umbringen kann, so werde ich das mit einem vergifteten Kelch, dem Galgen, dem Dolch oder der bleiernen Kugel heimlich tun, ungeachtet der Ehre, des Ranges..."

So erklärte einst Ignatius von Loyola selbst:
"Ich werde glauben, daß Weiß Schwarz ist, wenn es die Kirche so definiert."

Die katholische Kirche ist in höchstem Maße straff organisiert. In den Gemeinden gibt es Pfarrer, die über die Gemeindemitglieder extrem gut Bescheid wissen. Durch Predigten werden die Menschen vorrangig mit Schuldkonzepte indoktriniert. Eine noch größere Macht ergibt sich jedoch durch die "Beichte", wodurch der Pfarrer das Intimste und Persönlichste über die Gemeindemitglieder weiß. Ein sehr sicherer Weg, um sich Kritik vom Halse zu halten. Die erfolgreichsten Kirchenbediensteten steigen in der Hierarchie auf. An der Spitze finden sich diejenigen, die am erfolgreichsten Menschen mit Hilfe von Schuldkonzepten manipuliert, und dazu gebracht haben, ihnen zu dienen. Das Wissen, wie man eine große Anzahl von Menschen manipuliert und führt, wird im engsten Machtkreis der katholischen Kirche seit Jahrtausenden konserviert

508 *Verzeichnis des Kongresses der Vereinigten Staaten von Amerika (House Bill 1523, Contested election case of Eugene C. Bonniwell, against Thos. S. Butler, February 15, 1913, pp. 3215-16) zitiert in Edmond Paris; "Die verborgene Geschichte der Jesuiten"; Chick Publications (1. August 1983); ISBN-10: 0937958107; ISBN-13: 978-0937958100 S. 74 ff.*

und ständig verfeinert. Man muß hierbei bedenken, daß die katholische Kirche ein Relikt des Römischen Reiches ist mit dem Synonym "Die Hure Babylon". Die katholische Kirche kann somit auf mindestens 2.000 Jahre Wissen und Erfahrung in Schuldpropaganda, Manipulation, Machtaufbau, Auspressung, Unterdrückung und Macherhalt zurückgreifen.

Die Jesuiten waren im Laufe der Jahrhunderte Meister in der Unterwanderung sämtlicher Regierungen und natürlich im Meucheln unliebsamer Gegner, getreu ihrem Schwur. Es gilt noch heute die Regel, daß der Beichtvater des Papstes ein Jesuit sein muß. Für gewöhnlich ist es der Anführer der Jesuiten, der sogenannte "Jesuitengeneral". Da die Jesuiten im Vatikan schwarze Roben tragen, wird er der "schwarze Papst" genannt.

Der Papst, der uns gezeigt wird, ist der sogenannte "weiße Papst". Der schwarze Papst ist jedoch das wirkliche Oberhaupt. Wenn der "weiße Papst" aus der Reihe tanzt, wird er kaltgestellt oder umgebracht. Dies ist in der Geschichte oft genug vorgekommen.

Links: Jesuiten und weißer Papst im Vatikan; Mitte: Schwarzer und weißer Papst; Rechts: interessante Symbolik, in der Architektur des Petersdoms; Ägyptischer Obelisk als Phallussymbol in einem umbauten Innenhof mit Übergang zu einem gigantischen Gebäude mit Kuppel als Symbol des weiblichen Genitaltraktes - Symbolik für die Entstehung von Neuem aus der Polarität ...."These-Antithese-Synthese"... Nebenbei: Gleiche Symbolik in Washington D.C.

Eine typische Vorgehensweise der Jesuiten ist die Inszenierung von Geschichte nach dem Hegelschen Drei-Stufen-Prinzip: These - Antithese - Synthese. Im politischen Alltagsgeschäft bedeutet dies: Man erschafft ein Problem, kontrolliert diejenigen, die gegen das selbst erschaffene Problem ankämpfen und sorgt dafür, daß sie keinen Erfolg haben. Im Weiteren gibt man eine Lösung für das Problem, das man selbst erschaffen hat. Natürlich ist diese Lösung dann im eigenen Machtinteresse, man kann jedoch als "Retter" auftreten.

So ist es nicht verwunderlich, daß die Jesuiten weitere Organisationen gegründet haben. Die Gründer der Illuminaten und der Freimaurer waren Jesuiten. Die Jesuiten unterhalten heute weltweit Klöster, Missionsstationen, Universitäten. Ihre Macht als Geheimgesellschaft sowie als sichtbare Organisation ist bis heute ungebrochen.

Die Templer[509]

Erkennungszeichen des Ordens der Templer

Der Templerorden (auch die Templer, Tempelritter oder Tempelherren genannt) war ein geistlicher Ritterorden, der zwischen 1118 bis 1121 infolge des Ersten Kreuzzugs gegründet wurde. Sein voller Name lautete "Arme Ritterschaft Christi und des salomonischen Tempels zu Jerusalem" ("Pauperes commilitones Christi templique Salomonici Hierosolymitanis"). Der Orden verdient besondere Aufmerksamkeit, da er für uns das früheste Beispiel für eine Geheimgesellschaft ist, durch die ein "Staat im Staat" gebildet wurde und die mit entsprechendem Machtzuwachs auch ganz offen aufgetreten ist. Andere Machthaber sahen sich durch die Templer beeinträchtigt, weshalb dieser Orden wieder in die Illegalität gehen mußte.

Papst Innozenz II. stellte am 29.03.1139 mit der Bulle "Omne datum optimum" den Orden unter päpstliche Protektion, wodurch der Orden verschiedene Privilegien erhielt. Die Templer bauten ein eigenes Geldsystem auf welches auf dem illegalen Zinshandel basierte. Der Orden war europaweit organisiert, unterstand direkt dem Papst und wurde nach einem großen aufsehenerregenden Prozeß 1312 auf Druck des französischen Königs Philipp IV. von Papst Clemens V. am 22.03.1312 auf dem Konzil von Vienne aufgelöst. Der letzte Großmeister de Molay hatte kurz vor seiner Hinrichtung prophezeit, das König und Papst innerhalb eines Jahres sterben würden, was auch geschah. In aufgeklärten Kreisen wird heute angenommen, daß die Templer weiterhin als Hintergrundgesellschaft aktiv sind und seit jeher die Abschaffung der Monarchien und die Errichtung einer "Neuen Weltordnung" anstreben. Später wurde der

509 *Piers Paul Read; "Die Templer"; Nikol-Verlag; ISBN 978-3-86820-042-3; s.97 ff.*

Templerorden von Monarchen, insbesondere Philipp IV. König von Frankreich verfolgt und unter anderem der Ordensführer Molay hingerichtet.
Bei der Hinrichtung von Ludwig XVI. während der französischen Revolution soll ein Mann aufs Schafott gesprungen sein und gerufen haben "Jacques de Molay, endlich bist du gerächt!".
Wegen der immer wieder auftauchenden Ansichten, die Templer existierten im Untergrund weiter, sah sich der "Heilige Stuhl" veranlaßt, in einer Nachricht des "L'Osservatore Romano" vom 21.05.2006 klarzustellen:

"Wie bekannt ist, wurde der alte Orden der Templer von Papst Clemens V. (1305–1314) unterdrückt und von keinem anderen Nachfolgestaat wiederhergestellt."

Am 16.10.2012 stellte das Staatssekretariat des Vatikans nochmals fest, daß eine kirchliche Anerkennung des Templerordens seitens der katholischen Kirche nicht gegeben ist.

Freimaurer[510]

Erkennungszeichen der Geheimgesellschaft der Freimaurer

Der Begriff "Freimaurer" ist eine Lehnübersetzung des 18. Jahrhunderts für englisch "Freemason". Die Gemeinschaft entstand aus den mittelalterlichen Steinmetzbruderschaften. Sie versteht sich als Geheimgesellschaft. Die fünf Grundideale der Freimaurerei sind Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, Toleranz und Humanität. Hier zeigt sich die Nähe zur Französischen Revolution, welche den Freimaurern aus aufgeklärten Kreisen zugeschrieben wird. Die Freimaurer sind somit aus der technischen Intelligenz des Spätmittelalters hervor gegangen. Sie waren seit jeher international organisiert. Offenbar hatten sie die gesellschaftlichen Limitierungen durch Vatikan und Monarchen irgendwann satt, und haben sich gesagt, daß sie selbst die Gesellschaft besser organisieren können.
Die Gründung der USA ist das Resultat der jahrhundertelangen Geheimarbeit der Freimaurer. Der "Unabhängigkeitskrieg" war durch die Freimaurer organisiert und geführt worden, ebenso wurde die Verfassung der USA von Freimaurern geschrieben und unterzeichnet. Mindestens zwei Drittel der US-amerikanischen Präsidenten waren Freimaurer. Die meisten Freimaurer glauben, daß es über dem 33. Grad keine weiteren gibt. Vermutlich aber werden die Mitglieder des 33. Grades später in die Illuminatengrade eingeweiht.

Wahrscheinlich haben 90% der heute organisierten Freimaurer nicht die geringste Ahnung, was ihre obersten Führer, die mit den Illuminaten vernetzt sind, im Schilde führen. Die Freimaurer werden, wie auch andere Organisationen, als Deckmantel benutzt, um den Einfluß der Illuminaten immer weiter auszubauen.

Links: Die 33-Grad-Hochgradfreimaurer Churchill, Truman und Stalin in Potsdam 1945

Einige bedeutendere Freimaurer - auch hier die üblichen Verdächtigen:

David Rockefeller; Edmund de Rothschild; George Bush; Bill Clinton; Collin Powell; Newt Gingrich; Tony Blair; Franklin D. Roosevelt; Winston Churchill; Harry S. Truman; Gerhard Schröder; Saddam Hussein; König Hussein von Jordanien; Yasser Arafat; Helmut Kohl; Michael Gorbatschow; Adolf Hitler; Joseph Göbels; Ronald Reagen; Shimon Perez; Ytzak Rabin; Francois Mitterand; Karl Marx; Friedrich Engels; Wladimir I. Lenin; Josef W. Stalin; Angela Kasner alias Merkel alias Sauer.

510 *E.R.Carmin; "Das schwarze Reich - Geheimgesellschaften"; Nikol-Verlag 1994; ISBN: 3-933203-62-7*

Rothschilds, Rockefeller & Co.

Heute wird bevorzugt die Legende verbreitet, daß die Rothschilds nur "früher mal" reich waren, daß sie ihr Vermögen während des "zweiten Weltkriegs" aber weitgehend verloren haben. All dies war und ist tatsächlich nur eine clevere Desinformation, um die Aufmerksamkeit abzulenken von der Dynastie, die seit Jahrhunderten über das Weltgeschehen, Krisen, Kriege, Hungersnöte, Politikerschicksale, Geburten- und Todesraten, Staatsgründungen und -bankrotte, Aufstieg und Fall von Weltkonzernen maßgeblich entscheidet. Das meisterliche "Kunststück" Rothschilds bestand darin, dies für über 99% der Weltbevölkerung zu verschleiern und zu vernebeln.[511]

Der Vordenker des Imperiums sandte seine Söhne nach Berlin (Amschel), Wien (Salomon Mayer), London (Nathan Mayer), Paris (James Mayer) und Neapel (Karl Mayer) um dort weitere Rothschild-Banken zu etablieren. Durch dieses System einer überregionalen Sicht auf die Geschehnisse in die wichtigsten europäischen Staaten des 18./19. Jahrhunderts konnte Rothschild sein Imperium bereits supranational aufbauen, insbesondere weil Rothschild ein eigenes Informationsnetz (Boten und Brieftauben) aufbaute, das schneller agierte als das jeweilige regierungseigene Informationssystem.

Die Medienkontrolle in der "westlichen Wertegemeinschaft" liegt praktisch vollständig in der Hand von Rothschild-Subunternehmen, angefangen von Nachrichten-Agenturen bis hin zu Hollywood oder TV-Produktionen. Da somit immer einer den anderen zitieren kann, entsteht ein komplettes Bild von "Glaubwürdigkeit" und "Beweiskraft", eben selbst für die unglaublichsten Dinge.

Ein wirklich großer Coup ist Rothschilds mit ihrer Londoner Filiale gelungen nach der Schlacht von Waterloo, weil Rothschilds aufgrund ihres Informationssystems vorab wußten, daß Napoleon geschlagen war. Sie selbst streuten das Gerücht von Napoleons Sieg. Rothschild London verkaufte Aktien in großem Stil und da Rothschild in London durch seine Verbindung zur Krone bereits eine "große Nummer" war, verkauften alle anderen ebenfalls panikartig, in der Annahme Napoleon habe gesiegt. Alle Aktien stürzten ins Bodenlose.... und Rothschild konnte durch Agenten praktisch alle Aktien in einem Schlag billigst wieder einsammeln.

Seit 1823 sind die Rothschilds als Verwalter auch für die Finanzen der katholischen Kirche weltweit zuständig. Rothschild-Banken gehörten seit jeher zu den drei wichtigsten in den USA neben J.P. Morgan und Drexel. Rothschild war Hauptfinanzier beider Seiten der Sezessionskriege (Krieg ist für Bankster immer ein gutes Geschäft, weil alle Krieg führenden Parteien sich bei ihnen verschulden müssen, sie sitzen dann auch bei den Friedensverhandlungen lenkend mit am Tisch ihrer Handlanger aus der Politik – Nicht nur in Versailles 1918...).

1863 gab es einen Kontakt zwischen Abraham Lincoln (der den Banken das Geldmonopol entziehen wollte) und dem russischen Zaren Alexander, der sich dem Rothschild-Plan einer Zentralbank für Rußland widersetzte. Um Lincoln zu stärken, gab Zar Alexander eine Garantie ab, daß Rußland auf Seiten Lincolns stehen würde, falls England oder Frankreich die Südstaaten unterstützen würden. Um dies zu untermauern, entsendet der Zar Teile seiner Pazifik-Flotte nach San Francisco bzw. New York. Diese den Rothschild-Interessen zuwider laufende Handlung des Zaren soll angeblich Rothschild zur Drohung veranlaßt haben, der Zar werde dafür büßen...

Fünf Jahre nach dem Tod des russischen Zaren erhielt Rothschild-France bedeutende Anteile an russischen Ölfeldern am kaspischen Meer. Die neue "Caspian and Black Sea Petroleum Company" wurde rasch zweitgrößter Erdölproduzent der Erde. 1906 ging dieser Rothschild-Besitz an Royal Dutch & Shell über. Dieser Konzern ist bis heute Teil des verschachtelten Rothschild-Imperiums.

Im selben Jahr finanzierte Rothschild die Kimberley Diamant-Förderung in Südafrika, in der Folge wurden Rothschilds größte Anteileigner bei De Beers.

Nachdem Rothschild mit "schlechter Presse" konfrontiert war, begann er zusätzliche Kontrolle über die Medien anzustreben und kaufte die Nachrichtenagentur Reuters.

Nach einem Besuch von Edmond James de Rothschild in Palästina 1895 begannen die Rothschilds die Finanzierung jüdischer Siedlungen als Basis des von Ihnen geplanten "eigenen" Staates "Israel". 1897 begründeten Rothschilds den "Zionistischen Weltkongreß", mit dem Ziel, Juden für das Ziel eines jüdischen Staats zu mobilisieren. Das Rothschild-Hexagram wird auch für die zionistische Flagge (spätere Flagge Israels) übernommen.

Bedingt durch die Entdeckung großer Vorkommen an Gold und Diamanten in Südafrika sorgt Rothschild durch seine Beauftragten Lord Milner und Cecil Rhodes für die Entsendung von 400.000 britischen Soldaten, um die 30.000, mit Gewehren bewaffnete Buren zu "überzeugen", ihr Land aufzugeben. Für Männer, Frauen und Kinder die im Verdacht standen, mit den aufständischen Buren zu sympathisieren, wurden von den Briten erstmals in der Geschichte Konzentrationslager errichtet. Durch den Sieg der

---

511 *Tilman Knechtel, Die Rothschilds - Eine Familie beherrscht die Welt, K.J.Fischer Verlag; ISBN: 978-3-941956-21-6*

britischen Rothschild-Soldaten gelang dem Imperium eine Monopolstellung bei der Ausbeutung der südafrikanischen Bodenschätze, insbesondere bei der Gold- und Diamantenförderung.

Aus der Zeit der ersten Eisenbahnen in den USA stammt Rothschilds Zusammenarbeit (via Kuhn&Loeb) mit Rockefeller. Er überzeugte jedoch Rothschild von seinen Talenten und Rockefellers Nachfahren haben in den letzten 150 Jahren dieses Vertrauen gerechtfertigt. So haben die Rockefellers beispielsweise, um die Kontrolle über das Schienennetz der Konkurrenz zu erlangen, die Transport-Preise stark gedrückt. Das ist nur möglich, wenn man einen Geldgeber im Rücken hat, der einem so lange über Wasser hält, bis den Wettbewerbern die Luft ausgeht. Danach konnte Rockefeller die Transportpreise nach Belieben gestalten. Ebenso haben Rockefellers rechtzeitig die Chancen von Erdöl und automobilem Verkehr erkannt und mit den gleichen Methoden die Kontrolle über diese neue Branche erpreßt. (Standard Oil, Exxon).[512]

Die Kontrolle über die "Währungen der ganzen Welt" von England aus anzustreben, war zu unsicher. Die britische Insel ist schon räumlich und von der Bevölkerung her klein. Eine Machtkonzentration im Finanzwesen wäre dort rasch aufgefallen, zudem war eine Monarchie potentiell nicht so leicht zu dirigieren wie eine "Demokratie", deren Spielregeln man selbst erschaffen konnte. Auch hätte England selbst leicht unfreiwillig in Kriege verwickelt und erobert werden können, was dann möglicherweise den Untergang oder Machtverlust des bestehenden Bankensystems ausgelöst hätte.
Aus geopolitisch-strategischen Überlegungen war Nordamerika - noch heute eine britische Kolonie - wesentlich sicherer. Es mußte logischerweise das Ziel Rothschilds sein, sein Machtzentrum zum Machtzentrum der Welt zu machen. Von Nordamerika aus war die globale Währungskontrolle zu implementieren, da Amerika praktisch unangreifbar ist.
Mit der Börsenpanik von 1907 und dem Crash von 1909, ausgelöst durch den Rothschild-Verbündeten und seinerzeit mächtigsten Banker der Wallstreet, J.P. Morgan, setzte man bereits ein Signal, das man als Argument für ein "stabilisierendes" Zentralbanksystem verwenden konnte.
Dies alles führte 1910 auf Jekyll-Island zum Geheimtreffen der wichtigsten Banker, die damals über ein Drittel des gesamten Weltvermögens verfügten, um sich selbst besonders üppig zu beschenken.
Bei diesem Treffen wurde vereinbart, ein privates, zinsbasiertes Zentralbanksystem in den USA durchzusetzen. Mit dem Federal Reserve Act von 1913 wurde dies dann auch realisiert.
Praktischerweise waren 1912 bereits die wichtigsten Banker und Politiker, die sich dem FED-System aus Gewissensgründen widersetzt hatten, bei dem Unglück der RMS TITANIC ums Leben gekommen... Zur Durchsetzung fand man mit Woodrow Wilson einen charakterschwachen Politiker. Mit einem bis dahin einzigartigen Wahlkampf, verbunden mit entsprechendem finanziellem Einsatz der Banker, sollte er Präsident werden und im Gegenzug dafür den FED-Plan durchsetzen.

Parallel zur Gründung der "FED" wurde 1913 die sogenannte Anti-Diffamation League (ADL) gegründet, deren einzige Aufgabe darin besteht, jeden als "Antisemiten" zu beschimpfen, der Rothschilds Allmacht kritisierte. Durch die Kontrolle der drei führenden europäischen Nachrichtenagenturen WOLFF in Deutschland, REUTERS in England und HAVAS in Frankreich war Rothschild längst in der Lage, die eigene "Wahrheit" zur unbestreitbaren Tatsache zu erklären.

Weil Kriege immer ein Erfolgsrezept der Bankster waren um reichen Ländern ihre Besitztümer abzunehmen, war ein Krieg in Europa das beste Rezept. Und wenige Monate nachdem die "FED" 1913 ihren Betrieb aufgenommen hatte, begann der Erste Weltkrieg, bei dem Rothschilds sowohl Deutschland wie auch dessen Gegner Frankreich und England finanzierten. Am Ende des 1. Weltkrieges hatte Rothschild alle beteiligten Staaten der Welt zu seinen Zinsknechten gemacht.
Mit dem Bretton-Woods-Diktat von 1944 haben sie die Macht über die Währung nahezu der gesamten Welt erlangt und in den folgenden Jahren, ging es lediglich um Profitmaximierung und logistische Absicherung ihres Systems.
Eine besonders perfide Art der Übernahme eines Staates ist die Etablierung eines teilweisen oder vollständigen sogenannten "Currency Board Systems". Bei einem vollständigen "Currency Board System" wird die Zentralbank eines Staates verpflichtet, für das herausgegebene einheimische Geld die entsprechende Menge an FED-Dollar aufzukaufen und einzulagern. Beispielsweise unterliegt auch die Zentralbank der Russische Föderation einem vollständigen Currency Board System. Das heißt für jeden Rubel, den die russische Zentralbank herausgibt, muß sie die entsprechende Menge an Dollar aufkaufen und hinterlegen. Das bedeutet, der Rubel ist nichts weiter als ein FED-Dollar, er läuft nur unter einem anderen Etikett. Es handelt sich somit um einen Etikettenschwindel. Die russische Zentralbank ist damit quasi eine Wechselstube der Rothschilds. Damit bestimmt Rothschild die Geldmenge und Kreditvergabe der Russischen Föderation, und ***"Wer die Geldmenge eines Landes bestimmt, braucht sich nicht mehr um dessen Gesetze zu scheren."*** Nathan Mayer Rothschild (1777-1836):

---

512 *Tilman Knechtel; "Die Rockefellers - Ein amerikanischer Albtraum"; K.J.Fischer Verlag; ISBN: 978-3-941956-37-7*

Interessanterweise gibt es in der Welt kaum noch Staaten, die ihr eigenes staatliches Geld herausgeben. Der Euro und der Schweizer Franken unterliegen einem teilweisen "Currency Board System", so daß der Euro zu 80 Prozent aus Dollar besteht und der Schweizer Franken zu etwa 70 Prozent. Selbst in der Wikipedia ist das Currency Board System (derzeit noch) gut erklärt.
Es gab bis vor Kurzem noch einige, wenn auch wenige Länder auf dieser Erde, die keine Rothschild-Zentralbank hatten, sondern eigenes, staatliches Geld **ohne exponentielles Staatschuldenwachstum** herausgaben: • Afghanistan, • Irak, • Libyen, • Kuba, • Nordkorea, • Sudan, • Iran. Für Denkfähige ist klar, weshalb diese Länder zu "Schurkenstaaten" erklärt, und mit Krieg überzogen wurden.

Als kleiner Exkurs lohnt sich ein Blick auf die Familie Warburg. Max Warburg (1867-1946) entstammt einer Hamburger Bankiers-Familie. Er machte eine Banklehre mit Stationen bei Privatbanken in Frankfurt am Main, Amsterdam Paris und 1891 in London beim Bankhaus N. M. Rothschild & Sons.
Er nahm nicht nur innerhalb des deutschen Bankwesens eine wichtige Stellung ein, sondern galt auch als einer der besten Kenner der deutschen und internationalen "Finanzprobleme". Max Warburg war außerdem ganz in die Politik engagiert und zudem Chef des deutschen Geheimdienstes. In dieser Funktion sorgte er 1917 für den unbehinderten Transport von Lenin aus der Schweiz durch die Kriegsgebiete des 1. Weltkrieges mit Hilfe eines verplombten Zuges, um ihn rechtzeitig zur Oktoberrevolution in St. Petersburg zu platzieren. Lenin war zuvor in den USA ausgebildet worden.
Fünf Tage nach dem Waffenstillstandsabkommen vom 11.11.1918 ernannte die "Putschisten-Regierung" der "Weimarer Republik" Max Warburg zum Leiter einer Verhandlungskommission in Versailles. Max Warburg war einer der Privilegierten, die 1938 problemlos in die USA emigrieren konnten.

Der Bruder von Max Warburg, Paul Warburg, wurde Mitglied des Aufsichtsrates der FED wie auch des einflußreichen "Council on Foreign Relations".

Die Rothschild-Dynastie steuert über die Global Environmental Facility (die größte Bank der Welt) und über ihre Zentralbanken und Banken der Wall Street die Londoner City und seit 1830 die Vatikan Bank und hierüber die Geldmenge großer Teile der Welt. Sie nimmt die Bodenschätze ganzer Staaten als Sicherheiten, bislang bis zu 30% der Oberfläche der Erde.
1930 wurde von den Rothschildagenten Charles G. Dawes, Owen D. Young, und dem Deutschen Hjalmar Schacht (Präsident der Reichsbank) die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) in Basel etabliert.

Die Rothschildsche BIZ in Basel: *ist die Zentralbank hinter den Zentralbanken. Sie führt ca. 60 Zentralbanken in der ganzen Welt. Sie ist selbst eine Rothschild-Zentralbank. Die BIZ ist keinem Prüfer gegenüber verantwortlich, insbesondere nicht gegenüber öffentlichen Organen der jeweiligen Heimatländer, oder der Schweiz. Die BIZ in Basel ist exterritoriales Gebiet. Ihre sogenannten "Gouverneure" und deren Familien genießen schon seit Gründung lebenslange diplomatische Immunität. Dies war die Blaupause für den ESM, dessen "Gouverneure" ebenfalls immun sind.*[513]
Im Jahr 1944 rief die US-Regierung zu einer Resolution zur Abwicklung der BIZ bei der Konferenz von Bretton Woods auf nach tschechischen Anschuldigungen, daß sie das Gold gewaschen habe, das von den Nazis im besetzten Europa gestohlen wurde. Den Zentralbankstern gelang es jedoch, die Resolution im Keim zu ersticken.
Am 10.03.2003, gab die Baseler BIZ den Schweizer Gold-Franken als Rechnungseinheit der Bank seit 1930 auf und ersetzte ihn durch "Sonderziehungsrechte des IWF" ("SZR"). Es besteht kein Zweifel, daß die BIZ im Sinne der globalen kommunistischen Langzeitstrategie die Welt der regionalen Währungen auf letztlich eine einzige globale Währung zubewegen will. Diese globale Währung könnte eine Weiterentwicklung der "SZR" sein.
Heute hat die BIZ Regierungsimmunität, bezahlt keine Steuern, unterliegt keiner Wirtschaftsprüfung und hat ihre eigene private Polizeitruppe. Sie steht, über jeglichem Gesetz der Welt und es ist völlig klar, von wo aus die Welt regiert wird!

Die R&R Dynastien (Rothschild und Rockefeller) schufen 2007 eine Subprime-Hypothekenkrise. Dabei konnten sie die Werte ihrer Konkurrenten erst abstürzen lassen, und dann die Vermögenswerte (z.B. die der Lehman Brothers) für ein Butterbrot aufkaufen, wobei ihnen dabei ihr Agent, der US Finanzminister Henry Paulson, mit dem Geld der Steuerzahler zu Hilfe kam. Paulson war ehemaliger Chefdirektor von Rothschilds Goldman Sachs, die Griechenland und andere Länder durch Lug und Trug dazu verhalfen, in die "EU" hineinzukommen.

---

513 *Andrew Carrington Hitchcock "Die Banker Satans: Aktualisiert Erweitert Unzensiert"; (06.10.2014); ASIN: B010IM5ESC; S.64ff.*

Bilderberger

Die Bilderberg-Konferenzen sind konspirative Treffen von einflußreichen Leuten aus Wirtschaft, Rüstungsindustrie & Militär, Hochfinanz, Politik, Wissenschaft & Medien. Die Geheimtreffen finden jedes Jahr an einem anderen Ort der Welt statt. Zum ersten Mal wurde die Konferenz im Mai 1954 im Hotel de Bilderberg in Oosterbeek in den Niederlanden veranstaltet, der Name Bilderberg wurde vom ersten Tagungsort übernommen. [514]

Wer vor fünfzehn Jahren die Geheimtreffen auch nur erwähnte oder irgendwelche Vermutungen anstellte, galt als "Verschwörungstheoretiker" und "Spinner". Heute haben diese Leute eine eigene Internetpräsenz und stellen ganz offen dar, daß sie seit 1954 eine weltweite Verschwörung im Sinne einer Ein-Welt-Regierung, das heißt im Sinne der globalen kommunistischen Langzeitstrategie betreiben.

Die Trilaterale Kommission

Diese Geheimorganisation wurde im Juli 1973 von David Rockefeller und Zbigniew Brzezinski bei einer Bilderberg-Konferenz gegründet. Sie wird eingesetzt, da etablierte Organisationen wie beispielsweise die UNO nur langsam arbeiten, um die "Eine Weltregierung" zustande zu bringen. Diese elitäre Organisation hat zum Ziel, die Spitzenkräfte der Industrie der USA, Japans und Westeuropas in einem Pool zu vereinen und die endgültige Schaffung der "Neuen Weltordnung" beziehungsweise einer Ein-Welt-Regierung im Sinne der globalen kommunistischen Langzeitstrategie zu forcieren. Sie bietet der aus verschiedenen Richtungen der Freimaurerei kommenden Elite weltumspannende Treffmöglichkeiten geheimer Zusammenarbeit und soll dem Einfluß der "Bilderberger" eine breitere politische Basis geben. Die meisten europäischen Mitglieder hatten langjährige Kontakte zu den Rockefellers. Die Kommission hat zirka 400 ständige Mitglieder.

Die "Trilaterale Kommission" hat mit den Mitgliedern des CFR die gesamte US-Wirtschaft, Politik, Militär, Öl, Energie und Medienlobby unter Kontrolle. Mitglieder sind Konzerndirektoren, Bankiers, Immobilienmakler, Wirtschaftler, Politologen, Rechtsanwälte, Verleger, Politiker, Gewerkschaftsführer, Stiftungspräsidenten und Zeitungskolumnisten.
Die Kommission wird finanziert durch Mittel aus Stiftungen, Unternehmen und privaten Zuwendungen. Neben den regionalen Treffen werden fünf Mal im Jahr jeweils dreitägige Meetings abgehalten.

Einige bedeutsamere Mitglieder:

Rockefeller, David: *Chase Manhattan Bank, Exxon,* ***Rockefeller, John D.:*** ***Rothschild, Edmund; de:*** *Royal Dutch, Shell* ***Brzezinski, Zbigniew:*** *US Sicherheitsberater des Präsidenten;* ***Bush, George:*** *Ex-US-Präsident, Ex Chef der CIA Ex Chef des CFR;* ***Clinton, Bill:*** *Bilderberger, CFR, Ex-US Präsident;* ***Kissinger, Henry:*** *ehem. Außenminister der USA;* ***Mc Namara, Robert:*** *Weltbank, ehem. Außenminister der USA;* ***Amerongen, Otto Wolff von:*** *Präsident der Otto Wolff AG:* ***Biedenkopf, Kurt:*** *CDU, Bundestagsmitglied, Ministerpräsident "BRD"-Land Sachsen;* ***Birrenbach, Kurt:*** *Präsident der DGAP, Mitglied der Bilderberger;* ***Ehmke, Horst:*** *Bundestagsmitglied;* ***Hartwig, Hans:*** *Vorsitzender des Bundesverbandes des Deutschen Groß und Außenhandels;* ***Hoffmann, Diether:*** *ehem. Neue Heimat, Hamburg;* ***Huber, Ludwig:***. *Bayerische Landesbank und Girozentrale München;* ***Janott, Horst:*** *Direktor der Münchener Rückversicherung;* ***Kaiser, Karl:*** *Leiter des Forschungsinstituts der DGAP;* ***Kloten, Norbert:*** *Präsident der Landeszentralbank Baden-Württemberg;* ***Kristoffersen, Erwin:*** *Leiter der Int. Abteilung des DGB;* ***Lambsdorff, Otto Graf:*** *ehem. Bundeswirtschaftsminister;* ***Leisler-Kiep, Walter:*** *ehem. Kassenwart der CDU;* ***Maull, Hans:*** *Redakteur beim Bayerischen Rundfunk;* ***Münchmeyer, Alwin:*** *Vater von Birgit Breuel;* ***Neumann, Friedrich:*** *Vorsitzender des Arbeitgeberverbandes NRW;* ***Rühe, Volker:*** *Bundestagsmitglied, Verteidigungsminister;* ***Sohl, Hans Günther:*** *Aufsichtsratvorsitzender der Thyssen AG;* ***Sommer, Theo:*** *Chefredakteur der "Die Zeit";* ***Schmidt, Helmut:*** *ehemaliger Bundeskanzler;* ***Schmitz, Ronaldo:*** *Aufsichtsratmitglied der BASF;* ***Schröder, Gerhard:*** *ehemaliges Bundestagsmitglied;* ***Vetter, Heinz-Oskar:*** *ehemals Vorsitzender des DGB;* ***Zahn, Joachim:*** *ehemals Aufsichtsratvorsitzender der Daimler Benz AG;* ***Narjes, Karl-Heinz:*** *Vizepräsident der EG-Kommission;*
Stoltenberg, Gerhard: *Bundesfinanzminister;* ***Bulmahn, Edelgard:*** *SPD, MdB, Mitglied Auswärtiger Ausschuss, Bundesministerin a.D., 2005–2009 Vorsitzende des Ausschusses Wirtschaft und Technologie, stellvertr. Vorsitzende Atlantik-Brücke;* ***Achleitner, Ann-Kristin:*** *Lehrstuhl für Entrepreneurial Finance an der Technischen Universität München, Gastprofessur Universität St. Gallen, Aufsichtsrat Metro Group, Linde AG, Munich Re.;* ***Merz, Friedrich:*** *Vorstandsvorsitzender Atlantik-Brücke, CDU-Mitglied;* ***Gerhardt, Wolfgang:*** *MdB, ehemaliger Vorsitzender der FDP;* ***Riesenhuber, Heinz:*** *CDU, Alterspräsident des "18. Deutschen Bundestages", Aufsichtsrat Frankfurter Allgemeine Zeitung.*

Fazit: Über Geheimgesellschaften wird die NWO (neue Weltordnung) im Sinne der globalen kommunistischen Langzeitstrategie vorangebracht. Alle Details sind in einem Übersichtswerk nicht darstellbar. Aber es lohnt sich, sich mit diesen Organisationen zu befassen.

Die wichtigsten Machteliten in der Welt sind:

- **Angloamerikanische Hochfinanz** in Gestalt der Familien Rothschild, Rockefeller, Warburg und Morgan mit der City of London und der Federal Reserve
- **Britischer Hochadel** (Eigentümer der US-Corp. als übergeordnete Insolvenzverwaltung der USA)
- **Jesuiten / Vatikan** (Infiltrierte alle Regierungen und Geheimgesellschaften)

---

514 *Andreas von Réti; "Bilderberger - Das geheime Zentrum der Macht"; 3. Aufl.l 2010, Kopp-Verlag; ISBN 13: 978-3-938516-35-5*

Sonstige Organisationen wie "WEF" "Bilderberger", "Trilaterale Kommission" etc. sind nur Hilfstruppen. Namen die immer wieder und überall auftauchen sind Rockefeller, Rothschild und natürlich alle US-Präsidenten. Nach allem was wir wissen können, laufen die Fäden bei den Jesuiten im Vatikan zusammen. Diese bilden offenbar die Spitze der weltweiten Pyramide. Die katholische Kirche ist von allen die satanistischste und verbrecherischste Organisation innerhalb der vergangenen Jahrhunderte und Jahrtausende. Was wir gegenwärtig in der Welt beobachten, ist eine bereits seit Jahrhunderten organisierte Gegenreformation.
Für uns Deutsche bedeutet dies, daß unsere Geschichte hiervon in besonderer Weise bestimmt wurde und bestimmt wird. Vereinfacht gesagt, war der dreißigjährige Krieg die Rache der katholischen Kirche für die Reformation, die von Deutschland ausging. Der Erste und Zweite Weltkrieg war die Rache der katholischen Kirche für die Befreiung, die die Gründung des Deutschen Reichs von 1871 den Deutschen gebracht hatte. Im Deutschen Reich war schließlich das Kirchenrecht nicht über das öffentliche Recht gestellt. Die Kirche hatte somit keine Sonderrechte. Diese wurden jedoch in der sogenannten "Weimarer Republik", im "Dritten Reich" und in der "BRD" wieder voll umfänglich hergestellt. Insofern war der "Erste" und "Zweite Weltkrieg" für die katholische Kirche ein voller Erfolg.
Im Deutschen Reich spielte Preußen als traditionell säkularer Staat mit protestantischer Prägung und gutem Bildungssystem eine zentrale Rolle bei der Befreiung der deutschen Völker von Unwissenheit, Unmündigkeit und Sklaverei. Dies dürfte der Grund sein, weshalb das protestantische Preußen von den Alliierten des zweiten Weltkrieges im Auftrag der Jesuiten am radikalsten zerschlagen wurde. Es dürfte ebenfalls der Grund sein, weshalb 18 Millionen Preußen jenseits von Oder und Neiße unter verbrecherischen Umständen vertrieben wurden, und dieser Landstrich mit traditionell katholischer, namentlich polnischer Bevölkerung "aufgefüllt" wurde.
Im Ergebnis wurde eine immer währende Propaganda inszeniert, die diese Verbrechen als "Befreiung" darstellt. Ganz wichtig dabei natürlich die Propaganda für die "Oder-Neiße-Friedensgrenze". Im Ostteil Preußens hat somit aus Machtgründen genauso eine "Umvolkung" stattgefunden, wie sie in Amerika oder Palästina organisiert wurde. Dies ist eine weitere, sichtbare Ausprägung des Zionismus in unserer Heimat.

11. Historisches und Aktuelles zu diversen Körperschaften

11.1. "Weimarer Republik" und "Drittes Reich"

Es wird uns seit Jahrzehnten in den "BRD"-Medien die "Demokratie" als eine "ideale Gesellschaftsform" dargestellt. Dabei hatten unsere Vorfahren die sagenhafte Gelegenheit, diese "Demokratie" 15 Jahre lang in Form der sogenannten "Weimarer Republik" kennenzulernen. Die "Weimarer Republik" war der Alliierten ureigenstes Werk.
Mit den "Pariser Vorortverträgen" wurden die alten, über Jahrhunderte entstandenen staatlichen Körperschaften wie das Deutsche Reich mit seinen Bundesstaaten und die Donaumonarchie zerschlagen. Man konnte an deren Stelle nichts Besseres setzen. Was sich im Laufe von Jahrhunderten entwickelt hatte, war vermutlich an sich schon das Bessere gewesen. Bei diesem Zerstörungswerk unterließ man es, auch nur einmal die Völker zu befragen, ob sie mit diesem gigantischen Zerstörungswerk einverstanden waren.
Ganze Nationen wurden auf diese Weise rechtlos gemacht, indem man sie erst wehrlos machte und eine Einteilung getroffen hatte, die von Vornherein nur Sieger oder Besiegte übrig ließ.
Mit dem Versailler Diktat wurde ein wahnsinniges System von "Reparationen" installiert. Es wurde von den deutschen Völkern um ein Vielfaches mehr Gold verlangt, als es auf der ganzen Welt in physischer Form überhaupt gegeben hatte. Dies führte nicht nur zu einer Verelendung der sogenannten "Besiegten", sondern auch zu einer Zersetzung der Wirtschaft der "Sieger". Die Folgen dieser allgemeinen gesellschaftlichen Verelendung hatte niemand in der Welt mehr zu spüren bekommen als die deutschen Völker. Die Durchsetzung des Diktats von Versailles sollte von dem neuen "Völkerbund" gewährleistet werden.
Das Elend der deutschen Völker unter dem Alliierten-Konstrukt "Weimarer Republik" war unermeßlich. Lebensmittel waren Mangelware. Hunger war alltäglich. Der Hunger wirkte grauenvoll. Hinzu kamen mangelnde Heizbarkeit der Wohnungen bei hohen Kohlenpreisen bei ausgeprägtem Wohnungsmangel.[515] Hunderte Menschen starben täglich in Deutschland und überall fanden Tuberkulose und Rachitis zahlreiche Opfer, vor allem unter den nur unzureichend ernährten Kindern, die größtenteils für ihr Alter zu klein waren. Kennzeichnend für die "Weimarer Republik" ist ein nie dagewesener kultureller Niedergang. Es blühte die Prostitution, die Verdummung in den Schulen begann mit Kriegslügen und Geschichtsfälschung. Von dem fortschrittlichen Schul- und Bildungssystem des Königreich Preußen blieb über die Jahrzehnte nichts übrig. Was die "Weimarer Republik" nicht schaffte, besorgte später die "BRD".[516]

---

515 *Erich Maria Remarque; "Der schwarze Obelisk"; KiWi-Taschenbuch (28 April 2005); ISBN-10: 3462027255; ISBN-13: 978-3462027259*
516 *Bullock, A. "Hitler und Stalin" (russ.), Smolensk 1994, Bd. 1, Seite 111.*

Es war, als ob ein Orkan oder Tornado ein ehemals blühendes Land verwüstet hat. Bevor die deutschen Völker gründlich ausgeraubt wurden, war es natürlich notwendig, jeglichen Widerstand gegen die "Sieger" zu unterbinden. Die deutschen Völker wurden deshalb entwaffnet. Die gesamte Artillerie, die Kriegsflotte, die riesige Armee wurde abgeschafft. Den deutschen Völkern wurde ausdrücklich verboten, Luft- und Seestreitkräfte einschließlich Flugzeuge und U-Boote überhaupt zu bauen oder zu besitzen.[517]

Das Versailler Diktat war die Ursache für einen neuen Krieg. Nicht nur Lenin und deutsche Politiker verurteilten das Versailler Diktat aufs schärfste, sondern auch Vertreter der "Entente". Beispielsweise der Oberbefehlshaber der französischen Armee, Marschall Foch: ***"Es ist kein Frieden, sondern ein 20-jähriger Waffenstillstand"***.[518] Es gab auch andere Aussagen von westlichen Politikern, die weniger bekannt sind.

"Die wirtschaftlichen Vereinbarungen waren in einem derartigen Grade bösartig und dumm, daß sie den ganzen Vertrag ad absurdum stellten".[519]

Das sind nicht die Worte von Hitler, sondern die von Churchill. Die Summen war astronomisch hoch und wurden mehrmals korrigiert. Interessant ist auch, daß im Rahmen der abschließend korrigierten Variante die letzte Zahlung der besiegten Deutschen im Jahre 1988 erfolgen sollte. [520]

Am 29.01.1921 forderten die Alliierten in Paris 269 Mrd. Goldmark in 42 Jahresraten, davon 226 Mrd. als unveränderliche Hauptsumme, außerdem mußte Deutschland 12 % des Wertes seiner jährlichen Ausfuhren abgeben. Am 27.04.1921 folgte der Londoner Zahlungsplan. Der Reichstag lehnte diese Forderungen ab. Nachdem die Alliierten in London einen Vorschlag Deutschlands von 50 Mrd. abgelehnt hatten, besetzten sie am 08.03.1921 Duisburg und Düsseldorf. Als die "Weimarer Republik" mit den Reparationszahlungen wieder in einen, vergleichsweise kleinen, Rückstand kam, rückten französische und belgische Truppen Anfang 1923 ins Ruhrgebiet ein. Die Regierung der "Weimarer Republik" und die Bevölkerung reagierte mit passivem Widerstand, das heißt, Befehle der Besatzungstruppen wurden ignoriert, ein Generalstreik wurde ausgerufen, und vor allem die Transportzüge mit der Kohle, die Franzosen und Belgier als Reparationen abtransportieren wollten, wurden umgelenkt und blockiert. Daraufhin entließen die Besatzer alle deutschen Bahnarbeiter. Am 13.07.1931 mußten alle deutschen Banken für mehrere Tage schließen, Devisentransfer ins Ausland wurde verboten, die "Weimarer Republik" war zahlungsunfähig.

"Die nicht rechtzeitige Revision des Versailler Vertrages wird in mehr oder minder naher Zukunft Europa wieder in einen Krieg hineinziehen, dessen Krönung die bolschewistische Weltrevolution sein wird" [521]

Gewalt als Mittel zur Unterdrückung Andersdenkender war während der "Weimarer Republik" in hoher Blüte. Die einzelnen Parteien hatten ihre eigenen oder ihnen nah stehende Schläger- und Terrortruppen. Die "KPD" hatte den "Rotfrontkämpferbund", die "SPD" das "Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold", die "DNVP" den "Stahlhelm" und die "NSDAP" die "SA".
Die Terrorverbände traten auch zu Wahlveranstaltungen auf, marschierten zur Einschüchterung der Zivilbevölkerung durch die Straßen und zeigten sich bei politischen Veranstaltungen.
Regelmäßig gab es Tote bei derartigen Auseinandersetzungen. Die Tradition dieser Terrortruppen wird heute noch anschaulich von der sogenannten "ANTIFA" (Volksmund: "rote SA") weitergeführt, die offen für Gewalt gegen Andersdenkende eintritt, und von den Betreibern des "BRD"-Systems massiv unterstützt wird.[522,523]

Die "Weimarer Republik" war der Beginn des wirtschaftlichen, sozialen, schulischen, universitären und kulturellen Niederganges der deutschen Völker. Mord und Totschlag gegen politisch Andersdenkende, Hunger, Elend, Prostitution standen auf der Tagesordnung. Um dies zu verschleiern, wird heute von der "BRD"-Besatzerpropaganda die "Weimarer Republik" verklärt als "schillernde Zeit", "kulturelle Blüte" und dergleichen Schwachsinn.
Ein plastisches Beispiel für Niedergang und Verdummung in der "BRD" ist der "Hype" um den Architekturstil "Bauhaus". Da mit dem Konstrukt "Weimarer Republik" die deutschen Völker für die angloamerikanische Hochfinanz bis aufs letzte ausgepreßt wurden, waren kaum noch Ressourcen für den Bau von Wohnungen vorhanden. Bei dem Stil "Bauhaus" handelt es sich um einfachste Billigbauweise, die

---

517 *Winston S. Churchill; "The Second World War"; Mariner Books; Reissue edition (9 May 1986); ISBN-10: 039541685X; ISBN-13: 978-0395416853 Bd. 1, Seiten 25 – 26.*

518 *Nikolay Starikov; "Wer hat Hitler gezwungen Stalin zu überfallen?" Kap. "Wer gab Hitler das Geld?" KNIZHNIK; Standardausgabe edition (15 Sept. 2017) ISBN-10: 6098047677; ISBN-13: 978-6098047677 S. 20 ff.*

519 *Winston S. Churchill; "The Second World War"; Mariner Books; Reissue edition (9 May 1986); ISBN-10: 039541685X; ISBN-13: 978-0395416853 Bd. 1, Seite 21.*

520 *Joachim C. Fest; "Hitler: Eine Biographie" Ullstein; 4. edition (1 Jan. 1993); ISBN-10: 3548330878; ISBN-13: 978-3548330877 Bd. 2, Seite 92.*

521 *Hennig, E. "Zeitgeschichtliche Aufdeckung", München, 1964, S. 39*

522 *Bayrischer Landtag; 18. Wahlperiode 02.10.2020 Drucksache 18/9555*

523 *Verfassungsschutzbericht Bayern 2019, S.267 ff.*

dem Gründerzeitstil der konstitutionellen Monarchie in Wohnqualität oder Ansehnlichkeit nicht annähernd das Wasser reichen konnte. Hier und da mal eine "runde Ecke", sonst billige Bauweise primitiver als zu Zeiten der "DDR". Dennoch gibt es noch heute Menschen, die auf den Propaganda-Hype hereinfallen und nach Dessau oder in andere Städte pilgern, um "Bauhaus" zu sehen.

Fünfzehn Jahre lang ist damals in diesem "demokratischen Deutschland" die Hoffnung gepredigt worden, auf die "demokratische Welt". Jedes Lager hat seinen Schutzpatron. Die einen hofften auf die "internationale Solidarität des Proletariats", die anderen hofften auf "internationale demokratische Organisationen" wie den "Völkerbund", wieder andere auf das "kulturelle Gewissen", auf das "Weltgewissen", etc. All dieses Hoffen war jedoch vergeblich.
Große Teile der Deutschen Völker haben dem Nationalsozialismus und Hitler ihre Zustimmung gegeben, weil sie aus ihrer Geschichte gelernt haben, nämlich daß man gegenüber der angloamerikanischen Hochfinanz nicht hoffen darf, nicht bitten soll, sich nicht herabwürdigen darf, sondern daß man sich als Volk in allererster Linie selbst zu helfen hat. Genau so hatten sich die nationalsozialistischen Repräsentanten den deutschen Völkern gegenüber in ihren Entstehungsjahren dargestellt. Sie appellierten nicht an die Hilfe der anderen, nicht an Gaben oder Wohltätigkeiten, sie appellierten an die eigene Arbeitskraft, den eigenen Fleiß, die eigenen Tatkraft, die eigene Intelligenz und die eigene Schöpferkraft.

Alles was dem nationalsozialistischen Regime zugeschrieben wird, und womit die deutschen Völker heute noch über Kollektivschuldkonzepte geistig versklavt werden, hätte anders kommen können, wenn die demokratischen Friedensdiktatoren von Versailles auch nur eine Stunde Verständnis für die Lebensnotwendigkeiten der deutschen Völker aufgebracht hätten.

Wenn ein unbedeutender Österreicher innerhalb von vierzehn Jahren aus dem Nichts eine Massenbewegung aufbaut, dann muß dafür das Geld entweder in Strömen fließen oder gigantische Schuldenberge müssen in die Höhe wachsen. Bei Hitler ist beides der Fall. Das Geld floß reichlich und reichte doch oft nicht aus.[524]
Ohne massive Geldspenden hätte die NSDAP niemals den Lauf der Weltgeschichte dermaßen beeinflussen können, wie sie es später tat. Hitler wäre ein belächelter Eiferer unter vielen geblieben, eine verkrachte Existenz mit Größenwahn.
In der Zeit der "Weimarer Republik" wuchs die Anzahl der Parteimitglieder rasant. [525]
Im "BRD"-System wird in der Regel behauptet, ausschließlich "die deutschen Industriellen" haben Hitler finanziert. So wie heute im "BRD"-System war es auch in der "Weimarer Republik": Parteien werden grundsätzlich von den Kräften finanziert (besser "gekauft"), die mit ihrer Hilfe bestimmte Ziele erreichen wollen.

Die letzten zwei Jahre vor seiner Machtübernahme verhandelte Hitler tatsächlich mit "deutschen Industriellen" und bekam von ihnen die entsprechenden Mittel. Der bekannte deutsche Unternehmer, Fritz Thyssen, hat in seinem Buch "Ich zahlte Hitler" zugegeben, daß der Gesamtbetrag, den die Schwerindustrie Hitler übergab, insgesamt zwei Millionen Mark betrug.
Die Rheinwestfälische Gruppe der Industriellen hat nach den Worten von Walther Funk auf dem Nürnberger Prozeß Hitler einen Geldbetrag von mehr als einer Millionen Mark gegeben.
Der Industrielle Emil Kirdorf aus dem Ruhrgebiet, der schon frühzeitig von den Ideen Hitlers begeistert war, hat von jeder Tonne der verkauften Kohle 5 Pfennige an die Parteikasse der NSDAP abgeführt. Diese "Spende" betrug 6 Millionen Mark/Jahr.[526,527]

Für die Finanzierung von Hitler und seiner Partei wurde niemand angeklagt und verurteilt, weil die Summe ihrer "Opfergaben" im Vergleich mit den Ausgaben der Hitlerpartei lächerlich gering waren. Ihre Hilfe für die Nazis war wichtig, aber nicht entscheidend. Gerade in den 30er Jahren standen die Ausgaben der Nazis in keinem Verhältnis zu den Einnahmen. Nach vorsichtigen Schätzungen betrugen die Ausgaben der NSDAP für Propaganda, für die SA-Männer und für die ständigen Wahlen 70 bis 90 Millionen Mark im Jahr.
Die nachweisbaren Spenden für die NSDAP in Höhe von 3 Millionen Mark, 1 Million Mark und sogar von 6 Millionen Mark aus dem Kohlepfennig sind im Vergleich mit den Ausgaben unwesentlich. Selbst wenn wir die Parteibeiträge und Opfergaben der Deutschen dazu zählen, ergibt sich eine Differenz von 30 bis 40 Millionen Mark, die zwangsläufig aus anderen Quellen gedeckt werden mußten.
Irgend jemand gab den Nazis das Geld, denn die Sturmabteilungen entwickelten sich rasant. Jeder Stürmer (SA-Mann) erhielt von der Partei kostenlos seine Kleidung, feste Schuhe und eine gute

---

524 *"Der finanzierte Aufstieg des Adolf H."; Wirtschaftsverlag Ueberreuter (2002) ISBN-13: 978-3800038909*

525 *Nikolay Starikov; "Wer hat Hitler gezwungen Stalin zu überfallen?" Kap. "Wer gab Hitler das Geld?" S. 20 ff. KNIZHNIK; Standardausgabe edition (15 Sept. 2017) ISBN-10: 6098047677; ISBN-13: 978-6098047677*

526 *Paul Windolf, Christian Marx: Die braune Wirtschaftselite. Unternehmer und Manager in der NSDAP. Campus, Frankfurt am Main 2022. ISBN 978-3-593-51559-5.*

527 *Henry Ashby Turner: Die Großunternehmer und der Aufstieg Hitlers. Siedler, Berlin 1985, ISBN 978-3-88680-143-5*

Verpflegung. Jeder SA-Mann erhielt in der Zeit der schrecklichen totalen Arbeitslosigkeit in Deutschland außerdem ein bescheidenes Gehalt.
"Hitler organisierte auch systematisch die Sammlung von Geld im Ausland. Einer seiner eifrigsten Eintreiber war ein gewisser Doktor Hanser in der Schweiz.[528]
In einem beliebigen unabhängigen Land ist es den Politikern verboten, Spenden aus dem Ausland anzunehmen. Unter dem Deckmantel derartiger persönlicher und gutgemeinter Spende verbergen sich mit hoher Wahrscheinlichkeit Geheimdienste des Machtkonkurrenten, die auf diesem Wege eine Marionette, d.h. ihren Favoriten an die Macht bringen wollen. Natürlich zum eigenen Vorteil und Wohle. Aus diesem Grund wird jeder beliebige Staat, der seine Unabhängigkeit bewahren möchte, die Bildung verschiedener Geldanlagen und Organisationen, die von ausländischen "Menschenfreunden" finanziert werden, sehr aufmerksam beobachten.
"Die Partei, die sich so erfolgreich behauptete, erhielt ihre finanzielle Unterstützung auch aus tschechoslowakischen, skandinavischen und aus den schweizerischen Finanzkreisen", schreibt Joachim Fest, der als einer der besten Biographen des "Führers" bezeichnet wird. ***"Die Beweggründe für die Unterstützung der Partei waren so vielfältig wie die Quellen der Finanzierung"*** [529]
"Im Herbst 1923 ist Hitler nach Zürich gereist und kehrte von dort, wie man sagte, mit einer Kiste, gefüllt mit Schweizer Franken und Dollarscheinen, zurück"[530]

Bereits im April 1917 ist Wladimir Iljitsch Lenin von Zürich in der Schweiz über das Deutsche Reich und Skandinavien nach Petrograd gefahren. Durch Deutschland fuhr er in einem plombierten Eisenbahnwaggon. Die Finanzierung dunkler Machenschaften und fragwürdiger Geschichten in der Weltpolitik werden immer über Banken und Persönlichkeiten neutraler Länder abgewickelt! Kommt die Wahrheit ans Licht, dann wird alles auf die "Neutralen" geschoben, keine Supermacht hat damit etwas zu tun.

Die schweizerischen Bankiers haben nur ihre Aufgabe erfüllt. Sie wurden beauftragt, Hitler das Geld zu übergeben. Und das taten sie auch. Eine weitere wichtige Frage ist: Warum gaben die "guten" Neutralen gerade ihm das Geld? Vielleicht haben sie alle Parteien gesponsert? Nach der Devise: Egal wie es kommt! Nein nicht alle. Nur die Perspektivreichsten. "Das so genannte "dunkle Pferdchen", Kurt Lüdecke, hat in dieser Zeit offensichtlich auch aus unbekannten ausländischen Quellen erhebliche Geldmittel erhalten. Er finanzierte damit z.B. eine "private" Sturmabteilung mit mehr als 50 Kämpfern."

Ab 1919 unternahm die Wallstreet Schritte für Deutschlands Wiederaufrüstung. Wall-Street-Bankiers waren es, die das deutsche Kartellsystem zu formieren begannen. Dabei ist zu fragen: Welchen Auftrag hatte Hitler von der Hochfinanz, die er selbst in seinen Reden immer wieder auf das Schärfste kritisierte? Für welchen "Job" ist er derart finanziell aufgebaut worden?

Finanzen werden benötigt für

- die Finanzierung der Massenbewegung
- die Finanzierung einer Privatarmee der SA (Mitgliederzahlen: 1924: 30.000; 1930: 80.000; 1932: 220.000; 1933: 400.000; 1934: ca. 4.000.000)
- die Finanzierung der Propaganda inklusive Großveranstaltungen mit 100.000 Teilnehmern
- die Herausgabe einer Zeitung "Völkischer Beobachter" zuerst zweimal wöchentlich, dann täglich
- den Kauf feudaler Parteizentralen, tausender Flaggen und zweier Flugzeuge.

Das Bankhaus Morgan unter J.P. Morgan, die Rockefeller Chase Bank, und zu einem geringeren Teil auch die Warburg Manhattan Bank, kontrollierten folgende "US"-Firmen in Deutschland:

- General Motors
- Ford Motor Company in Detroit [531]
- General Electric (Medizintechnik, Flugzeugtriebwerke, Industrie-Anlagenbau, Finanzierungen)[532]
- DuPont (Kunststoffe, Sprengstoffe, Elektronik, Lebensmittel).

US-Firmen, die ihre Technologie für Hitlers Reich und den profitablen Krieg zur Verfügung stellten, waren

- Standard Oil Company von John D. Rockefeller

528 *Nikolay Starikov; "Wer hat Hitler gezwungen Stalin zu überfallen?" Kap. "Wer gab Hitler das Geld?" KNIZHNIK; Standardausgabe edition (15 Sept. 2017) ISBN-10: 6098047677; ISBN-13: 978-6098047677; S. 20 ff.*

529 *Joachim C. Fest; "Hitler: Eine Biographie" Ullstein; 4. edition (1 Jan. 1993); ISBN-10: 3548330878; ISBN-13: 978-3548330877 Bd. 1, Seite 271 ff.*

530 *Ernst Hanfstaengl; "Hitler: The Missing Years" Arcade Publishing (7 Nov. 1994); ISBN-10: 1559702729; ISBN-13: 978-1559702720, Seiten 23 – 24.*

531 *Antony C. Sutton; "Wall Street und der Aufstieg Hitlers"; Perseus; 8., edition (28 Feb. 2018); ISBN-10: 3907564693; ISBN-13: 978-3907564691; S. 89 ff.*

532 *Antony C. Sutton; "Wall Street und der Aufstieg Hitlers"; Perseus; 8., edition (28 Feb. 2018); ISBN-10: 3907564693; ISBN-13: 978-3907564691; S.51 ff.*

- Opel: eine hundertprozentige Tochtergesellschaft der amerikanischen General Motors, die wiederum von J. P. Morgan kontrolliert wird, für die Panzerproduktion
- Ford AG, eine Tochtergesellschaft von Henry Fords Ford Motor Company in Detroit, für die Panzerproduktion, als Gegenleistung 1936 von den Nazis dankbar steuerbefreit
- Alcoa (Aluminium Company of America
- Dow Chemical (Kunststoffe, synthetischer Kautschuk, Magnesium für Leichtbauteile von Kampfflugzeugen)
- Bendix Aviation (Luftfahrt), bei welcher die von J. P. Morgan kontrollierte General Motors einen Mehrheitsanteil hält: Bendix beliefert Siemens & Halske, sowie noch 1940 Robert Bosch,
- Erhebliche Geldsummen kamen auch von Royal Dutch Shell-Boss Henri Wilhelm August Deterding.

Nach der Inflation in der "Weimarer Republik" im Jahre 1923 meinte einer der mächtigsten Bankiers der Welt, J.P. Morgan, mit einem Bankierskomitee unter Leitung des Bankiers Charles Gates Dawes ein Programm für die Reparationszahlungen entwickeln zu können. Durch diesen "Dawes-Plan" wurde eine große Scheinaktion gestartet, die der "Weimarer Republik" "helfen" sollte, finanziell wieder "auf die Beine" zu kommen. Aber das Gegenteil war der Fall: Die Industrie in Deutschland geriet in angloamerikanische Schuldenabhängigkeit und die Wall-Street-Banken machten größte Profite. Deswegen war es sehr beliebt, der "Weimarer Republik" Kredit zu geben. Das Elend in der "Weimarer Republik" , aber wurde damit nicht behoben.
Bankier Charles G. Dawes schlug für eine Reorganisation der Deutschen Reichsbank und für die Stabilisierung der deutschen Währung eine Anleihe von 800 Millionen Goldmark vor.[533]

An den Krediten waren nur US-Banken beteiligt, alle aus New York:
- Dillon, Read & Co.
- Harris, Forbes & Co.
- National City Company

Diese drei Banken vergaben fast drei Viertel des Gesamtbetrags, und machten auch die größten Profite damit. Weitere Bankhäuser waren
- Speyer & Co.
- Lee, Higginson & Co.
- Guaranty Company of New York
- Kuhn, Loeb & Co
- Equitable Trust Company.

Die angloamerikanische Hochfinanz hatte Deutschland in ihrer Hand. Die Bankiers waren gleichzeitig Direktoren von Firmen, die zu den deutschen Kartellen gehörten, die Hitler später zur Macht verhalfen. Der Beitrag der Hochfinanz zur Vorbereitung der NSDAP-Machtübernahme und der Kriege unter Hitler war zweifellos entscheidend.[534]

Die Dawes-Anleihen wurden zum Aufbau und zur Konsolidierung von drei großen Kartellen verwendet:[535]
- IG-Farben (bis zu 200 Werke, ca. 400 deutsche und 500 ausländische Unternehmensbeteiligungen)
- Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft (AEG)
- Vereinigte Stahlwerke (fast alle großen deutschen Eisen-, Stahl- und Bergwerksgesellschaften).

Die Standardwerke zur Finanzierung des Hitlerfaschismus in Deutschland durch die angloamerikanische Hochfinanz sind nach wie vor Antony C. Sutton; "Wall Street und der Aufstieg Hitlers", Sidney Warburg; "Hitlers Secret Bankers" und Walter Görlitz; "Geldgeber der Macht: Wie Hitler, Lenin, Mao Tse-tung, Mussolini, Stalin, Tito ihren Aufstieg zur Macht finanzierten".[536,537,538]

1950 hat die baden-württembergische "Deutsche Gemeinschaft" beweiskräftige Dokumente über die Finanzierung der Hitler-Wahlen von 1930-1933 veröffentlicht. Gegen sie wurde prozessiert. Diesen Prozeß, eine historische Sensation ersten Ranges, gewann die Deutsche Gemeinschaft auch, aber keine einzige Zeitung im "BRD"-System berichtete darüber.

---

533 *Antony C. Sutton; "Wall Street und der Aufstieg Hitlers"; Perseus; 8., edition (28 Feb. 2018); ISBN-10: 3907564693; ISBN-13: 978-3907564691; S. 25 ff.*

534 *Antony C. Sutton; "Wall Street und der Aufstieg Hitlers"; Perseus; 8., edition (28 Feb. 2018); ISBN-10: 3907564693; ISBN-13: 978-3907564691; S. 23 ff.*

535 *Antony C. Sutton; "Wall Street und der Aufstieg Hitlers"; Perseus; 8., edition (28 Feb. 2018); ISBN-10: 3907564693; ISBN-13: 978-3907564691; S. 35-84 ff.*

536 *Hennecke Kardel; "Hitlers Verrat am Nationalsozialismus" Genf, Marva-Verlag, (1 Jan. 1981); ISBN-10: 3858000094; ISBN-13: 978-3858000095*

537 *Walter Görlitz; "Geldgeber der Macht: Wie Hitler, Lenin, Mao Tse-tung, Mussolini, Stalin, Tito ihren Aufstieg zur Macht finanzierten"; Econ-Veslag; 1. Aufl Edition (1. Januar 1976); ISBN-10: 3430132428; ISBN-13: 978-3430132428*

538 *Walter Görlitz; "Geldgeber der Macht: Wie Hitler, Lenin, Mao Tse-tung, Mussolini, Stalin, Tito ihren Aufstieg zur Macht finanzierten"*

Hitler zeigte auch durchweg eine englandfreundliche Haltung. Sein Vertrauter Hjalmar Schacht wurde von den Alliierten des ersten Weltkrieges 1923 als Reichsbankpräsident eingesetzt, um das Deutsche Volksvermögen abzuliefern.
Nachdem Schacht 1932 mit John Maynards Keynes für die internationale Hochfinanz die BIZ, die Bank für internationalen Zahlungsausgleich in Basel, aufgebaut hatte, nahm Hitler ihn mit seinem Vize Emil Puhl in die Reichsbank und machte Schacht zum Wirtschaftsminister. Schacht organisierte alle Gelder der angloamerikanischen Banken und Geldgeber für Hitler und war einer der Naziverschwörer, welche die Geschicke Deutschlands wesentlich mitbestimmten.[539]
Der Pseudo-Staat "Israel" konnte gegründet werden, da viele Juden vor dem Schreckgespenst des inszenierten Antisemitismus nach Israel flohen. Der Zionismus mußte für die Juden Europas einen Grund erfinden, warum sie das wohlhabende Europa verlassen sollten, um in das karge, wenig entwickelte Palästina auszuwandern. Also mußte eine große Antisemitismuswelle inszeniert werden, um die Juden in ihre angebliche Heimat zu scheuchen.[540,541]

Man lese dazu Wolfgang Eggerts "Israels Geheimvatikan" oder Hennecke Kardels "Adolf Hitler - Begründer Israels." Weitere Ziele, wie die Teilung Europas, der Kalte Krieg usw. wurden ebenfalls mit Hitlers tatkräftiger Hilfe verwirklicht.

<u>Hitlers "Verdienste" als Angestellter der angloamerikanischen Hochfinanz</u>

- Hitler hat den Verfassungshochverrat der "Weimarer Republik" weitergeführt und es unterlassen, die verfassungsmäßige Ordnung in Deutschland wiederherzustellen.
- Hitler hat die Entrechtung der Deutschen über die Entstaatlichung vorangetrieben, indem die die Rechtsbrüche der "Weimarer Republik" weiterführte und die "Verordnung zur deutschen Staatsangehörigkeit" (als Form der Staatenlosigkeit) erfand und implementierte.
- Hitler hat die Enteignung der Deutschen für die angloamerikanische Hochfinanz vorangetrieben durch Etablierung der "Grundbuchämter", in denen Besitz im Handelsrecht, jedoch kein Eigentum im Staatsrecht registriert wurde.
- Hitler hat das britische Expeditionskorps 1940 auf seiner Flucht vor der deutschen Armee während des Frankreichfeldzuges auf einen schmalen Küstenstreifen bei Dünkirchen verschont. Er befahl den anrückenden deutschen Panzerdivisionen, ihren schnellen Vormarsch um ein paar Tage anzuhalten. Dadurch hatten Hitlers englische Freunde genügend Zeit, etwa 340.000 ihrer Soldaten noch rechtzeitig nach England zu evakuieren. Diese 340.000 Soldaten hätten ohne all zu große Schwierigkeiten gefangen genommen werden können.[542] Hitler wollte offensichtlich keinen Krieg gewinnen.
- Um einen Widerstand der deutschen Bevölkerung gegen Hitler erst gar nicht hochkommen zu lassen, verkündeten Churchill und Roosevelt im Januar 1943 in Casablanca die bedingungslose Kapitulation als Kriegsziel der Alliierten. Durch diese völlig überzogene Forderung stärkten die Alliierten absichtlich den Kampfeswillen der Deutschen, da von nun an klar war, daß von den Alliierten nichts Gutes zu erwarten war. Entsprechend konnten auch deutsche Widerstandsgruppen nicht mehr auf größeren Zulauf aus dem Kreise höherer Offiziere der Wehrmacht hoffen.
- Im Sommer 1942 kämpfte sich die Wehrmacht über 2000 Kilometer durch die Sowjetunion. Hitler ließ die deutschen Truppen ca. 50 km vor Moskau anhalten und stoppte den entscheidenden Angriff auf Moskau. Er ließ stattdessen die Truppen in den Kaukasus vorstoßen, wo sie die Erdölfelder besetzen sollten für den Treibstoffbedarf der Wehrmacht. Völlig unsinnig, da klar war, daß die Rote Armee die Erdölförderanlagen während ihres Rückzuges zerstören würden.
- Noch vor dem Krieg überfiel die sowjetische Armee Bessarabien und blieb 60 Kilometer vor den rumänischen Ölquellen stehen. Diese Ölquellen wurden für den Freund Adolf geschützt.
- Die Truppen, die Hitler in den Kaukasus beordert hatte, fehlten im Gebiet um Stalingrad. Das dortige Fiasko für die Wehrmacht ist hinlänglich bekannt. Dem kommandierenden Generaloberst Paulus, der beschlossen hatte, deshalb aus Stalingrad Richtung Westen auszubrechen, wurde von Hitler sinnlos befohlen, die Stellung zu halten. Letztlich fielen dadurch 146.000 deutsche und rumänische Soldaten, ca. 90.000 gerieten in Gefangenschaft.
- Generale, die strategisch vernünftig handeln wollten, wurden von Hitler übergangen oder aus dem Oberkommando der Wehrmacht entlassen.
- Hitler stoppte beispielsweise auch die Besetzung der Verbindungslinie Murmansk - Petersburg, über die fast die gesamten angloamerikanischen Hilfs- und Rüstungslieferungen transportiert wurden.
- Hitler unterließ es auch, die Straße von Gibraltar zu sperren, was mit vergleichsweise geringem Aufwand möglich gewesen wäre. Ein Seeminenteppich, ein Zerstörer und ein paar deutsche U-Boote hätten genügt. Hierdurch wäre es den anglo-amerikanischen Truppen wesentlich schwerer gefallen, in Nordafrika und Südeuropa Fuß zu fassen.

---

539 *Greg Hallett; "Hitler war ein britischer Agent"; The World of Truth Verlag 2013, ISBN: 978-0-9852278-1-4*

540 *Hennecke Kardel; "Adolf Hitler - Begründer Israels" Genf, Marva-Verlag 1974 ISBN: 9783926328816*

541 *Wolfgang Eggert; Im Namen Gottes - Israels Geheimvatikan als Vollstrecker biblischer Prophetie; CHRONOS-MEDIEN-Vertrieb (1 Aug. 2001) ISBN-10: 3935845030; ISBN-13: 978-3935845038*

542 *Janusz Piekalkiewicz; Der Zweite Weltkrieg; Weltbild (1 Jan. 1994); ISBN-10: 389350544X; ISBN-13: 978-3893505449; S.254 ff.*

- Rommel trat gegen den Befehl Hitlers, die erreichten Stellungen um jeden Preis zu halten, den Rückzug an und verlangte von Hitler im März 1943 die Genehmigung zur Räumung des Brückenkopfes, um die Soldaten nicht in Gefangenschaft geraten zu lassen. Hitler lehnte - wie konnte es anders sein - ab. So mußte das Afrikakorps am 13.05.1943 kapitulieren. 250.000 deutsche und italienische Soldaten mußten in Gefangenschaft gehen.
- Während des Rückzuges der deutschen Truppen aus dem Osten zeichnete sich Hitler einmal mehr dadurch aus, daß er stur an der Verteidigung vorderster Frontlinien festhielt - trotz gegenteiliger Forderungen mehrerer Generäle.

Fazit: Vergessen wir das Gefasel vom angeblich "ewig bösen" und "schuldigen Deutschen". Jegliche Wiedergutmachungsforderungen sind an diejenigen Menschheitsverbrecher zu richten, die tatsächlich den Ersten und Zweiten Weltkrieg inszeniert und finanziert haben, nicht an die deutschen Völker sondern an die angloamerikanische Hochfinanz.

Hitler war ein Angestellter der angloamerikanischen Hochfinanz. Offenbar hatte er im Interesse der globalen kommunistischen Langzeitstrategie sicherzustellen, daß der zweite Weltkrieg auch tatsächlich stattfinden konnte und für die deutschen Völker auch sicher verloren ging. Er hat alles getan, um die Ziele der angloamerikanischen Hochfinanz zu erfüllen. Er hat die Gründung des Rothschildstaates Israel ermöglicht, und hat bewirkt, daß die deutschen Völker dezimiert wurden und mit Traumatisierungen und kollektiven Schuldkonzepten für alle Zeiten gefügig gemacht werden konnten.

11.2. "DDR" / "Mauer" / "Stasi" / "Schießbefehl"

Wie bereits ausgeführt, war die "DDR" wie die "BRD" nur eine Besatzerverwaltung. Genauer gesagt war sie die Besatzerverwaltung der UdSSR für das Gebiet Mitteldeutschlands.
Bekanntermaßen war die UdSSR selbst auch nur ein sozialistisches Gesellschaftsexperiment der angloamerikanischen Hochfinanz. Die UdSSR kontrollierte alles, was im "DDR"-System vor sich ging und überließ nichts dem Zufall.
Im Gebiete Mitteldeutschlands waren früher zu Spitzenzeiten bis zu 1,1 Millionen sowjetische Militärangehörige stationiert. Es gab zudem sehr hohe Reparationsverpflichtungen, die den Personalangehörigen der "DDR" auferlegt wurden. Schwachsinnige Demontagen und Reparationseintreibungen wurden rigoros durchgesetzt, auch wenn sie den Besatzern im Einzelfalle überhaupt nicht von Nutzen sein konnten. Darüber hinaus gab es umfassende Produktionsverbote.

Aufgrund der widrigen Umstände im "DDR"-System haben viele Personalangehörige der "DDR" versucht, in das Herrschaftsgebiet der Kolonialverwaltung "BRD" zu gelangen. Die internationale Hochfinanz hatte jedoch entschieden, daß die kommunistischen Rothschildschen Gesellschaftsexperimente "Sowjetunion" und "DDR" vorerst weitergeführt werden. Durch den Personalverlust für die "DDR" war dieses Vorhaben jedoch gefährdet. Deshalb hatten die Siegermächte gemeinsam entschieden, die Grenze zwischen den Besatzungszonen und -Sektoren auszubauen und zu befestigen. Das Resultat war die innerdeutsche Grenze und in Berlin die "Mauer".

Um den Vorgang der Grenzbefestigung in Berlin kontrolliert ablaufen zu lassen, haben sich vom 03.06. bis zum 04.06.1961 in Wien die Kolonialherren Kennedy und Chruschtschoff getroffen, und die Angelegenheit besprochen. Nach den geltenden Siegerrechtsregelungen (Londoner Protokoll vom 12.09.1944, Londoner Abkommen vom 14.11.1944 sowie Potsdamer Abkommen vom 02.08.1945), sollte Berlin von den Besatzern gemeinsam verwaltet werden. Kennedy hätte als Vertreter der Hauptsiegermacht USA formalrechtlich durchsetzen können, daß Berlin nicht geteilt wird, sondern weiterhin eine gemeinschaftlich verwaltete, unteilbare Gebietskörperschaft bleibt. In diesem Falle hätte die Mauer nicht durch Berlin hindurch gebaut werden können, sondern gegebenenfalls um Berlin herum. Ostberlin wäre dann weiterhin für Westberliner frei zugänglich gewesen und umgekehrt.
Kennedy hat jedoch auf die Geltendmachung dieser Ansprüche verzichtet. Das Resultat war, daß die Berliner Mauer später durch das Zentrum von Berlin verlaufen ist.

Der auch im "BRD"-System anerkannte Autor Frederick Kempe brachte es im Gespräch mit "n-tv.de" am 12.08.2011 zumindest einigermaßen auf den Punkt:

"Kennedy hat in Wien ... Chruschtschow ... klar gesagt, daß er innerhalb Ost-Berlins und der "DDR" machen könne, was er wolle, solange er West-Berlin unberührt läßt. Deshalb ist die Mauer komplett auf dem Territorium Ost-Berlins gebaut worden... "[543]

Wer kennt nicht die Bodenleiste in Berlin die sich linienförmig durch die Innenstadt von Berlin zieht und den früheren Verlauf der "Mauer" anzeigen soll. Und wer war nicht schon in einem "Mauermuseum"

543 *"JFK hätte die Mauer verhindern können"; "n-tv" vom 12.08.2011*

beispielsweise in der Bernauer Straße oder im Museum am "Checkpoint Charlie". Natürlich werden auch von den Besatzerschulen des "BRD"-Systems ganze Schulklassen dort durchgeschleust. Größerenteils zwangsweise.
In diesen Einrichtungen wird sehr viel gezeigt, nur eines nicht, wer nämlich die Verantwortlichen dieses Mauerbaus gewesen sind.
Es wird gegenwärtig den Kindern in den "BRD"-Schulen vorgelogen, die "SED-Führung" beziehungsweise ein Diktator namens Ulbricht habe die Mauer bauen lassen. Offenbar eine Geschichtslüge, damit wieder einmal den Deutschen die Schuld in die Schuhe geschoben wird. Die Deutschen sollen selbst dafür gesorgt haben, daß Deutsche sich nicht mehr von Deutschland nach Deutschland bewegen konnten. Deutsche sollen auf Deutsche geschossen und sich gegenseitig das Leben schwer gemacht haben.
Wie jedem klar sein muß, waren Figuren wie Ulbricht oder Honecker nur die Angestellten der Besatzer und nur Geschäftsführer einer Besatzerverwaltung namens "DDR".
Alles was die Menschen in Mitteldeutschland unter der Besatzerverwaltung "DDR" an Widrigkeiten erlebten, Mauer mit Schießbefehl, Stasi- und Polizeiübergriffe, Versorgungsmängel, Produktionsverbote, Schwachsinns-Propaganda, Geschichtsverfälschung etc., dies alles fand unter ausschließlicher Verantwortung der Besatzer statt. Es ist letztendlich ganz einfach:
Wer die Macht an sich reißt, übernimmt damit auch die volle Verantwortung für alles was in seinem Machtbereich geschieht!

Auch in der "DDR" wurde den Menschen die "deutsche Schuld" gepredigt. Auch in der "DDR" wurden Kinder mittels KZ-Besuchen und Greuelpropaganda gezielt psychisch traumatisiert, um sie ihr Leben lang politisch gefügig zu halten. Auch in der "DDR" wurden den Menschen dieselben Geschichtslügen eingetrichtert wie im Westen. Beispielsweise daß das "Deutsche Reich" und das "Dritte Reich" gleichzusetzen seien, daß das Königreich Preußen "reaktionär" und "militaristisch" gewesen sei. Auch in der "DDR" wurden Personalausweise ausgestellt und juristische Personen mit Namen statt mit Familiennamen eingetragen und als Staatsangehörigkeit "DEUTSCH". Die ganz große Frage aber ist: Weshalb wurde in der "DDR" bei allem Polit-Unterricht gegen den "Kapitalismus" das zinsbasierte Zentralbanksystem in keiner Weise bloßgestellt oder kritisiert? Ganz einfach: weil die "DDR" auch nichts weiter war als ein Konstrukt der angloamerikanischen Hochfinanz und die Zusammenhänge von den Menschen nicht erkannt werden sollten. Genau so wie in der "Sowjetunion" oder in der "BRD". Ein Großteil dessen, was in der "DDR" gelehrt wurde, basierte auf den Schriften von Karl Marx. Marx brachte ein absolutes Genie-Stück fertig, indem er ein Buch schrieb mit dem Namen "Das Kapital". Witzigerweise hat er darin über alles Mögliche geschrieben, nur nicht über das Kapital. Die internationale Hochfinanz oder das private zinsbasierte Zentralbanksystem hat er interessanterweise nicht ansatzweise erwähnt, obgleich es ihm bekannt gewesen sein muß. Vielleicht spielt eine Rolle, daß er auch ein Rothschild-Abkömmling war. "Das Kapital" war vermutlich eine Auftragsarbeit zur rechtzeitigen Schaffung der Hegelschen "Antithese" in Form des Sozialismus gegenüber der "These" des russischen Zarenreichs.
Marx spielte vor allem "Arbeiter" und "Unternehmer" gegeneinander aus. Eine gezielte Ablenkung von den eigentlichen Herrschern dieser Welt. Marx war auch nur eine Spielfigur des Systems!
"Sozialismus" und "Kapitalismus" waren nur zwei Seiten derselben Medaille und hatten dieselben Financiers.

Fazit: Nachdem die Alliierten auf den deutschen Völkern mittels Bombenterror, systematischen Massenvergewaltigungen, Vertreibungen, Folter, ethnischen Säuberungen, Lagerhaft, jahrelange Hungersnot unter der Besatzung sowie Geschichtsfälschung mittels Kriegs- und Schuldpropaganda herumgetrampelt sind, haben sie einfach nur ihre Spielchen weitergeführt und die besetzten Deutschen in Mitteldeutschland mittels der Besatzerverwaltung "DDR" ausgepreßt.
Zudem haben die Besatzer ihre Angestellten in der Kolonialverwaltung "DDR" angewiesen, die "Berliner Mauer" zu bauen. Die Mauer soll angeblich eine "deutsche Veranstaltung" gewesen sein. Dies ist jedoch eine typische Besatzer-Lüge. Die Wirklichkeit sieht anders aus:
Die Besatzer haben´s gegeben - die Besatzer haben´s genommen.
Die Funktionärsbonzen der "DDR" haben lediglich die deutsche Sprache gesprochen. Ansonsten haben sie ausschließlich die Interessen und Anweisungen von ausländischen Besatzern bedient.
Die "Berliner Mauer" war nichts weiter als ein gigantischer Schandfleck, den die Besatzer errichten ließen. Die "Mauer" mit ihren Toten geht komplett auf das Konto dieser Besatzer. Und zwar auf das Konto aller Besatzer gemeinsam. Bis heute haben sie nicht das Rückgrat gehabt, hierfür die Verantwortung zu übernehmen.

11.3. "BRD" / "68er" / "Antifa" / Blockparteien"

"Die höchste Kunst der Kriegsführung besteht darin, überhaupt nicht zu kämpfen, sondern alles Wertvolle im Land Deines Feindes zu untergraben, seien es moralische Traditionen, Religion, Respekt vor der Obrigkeit und den politischen Führern, kulturelle Traditionen, alles. Hetze weiß gegen schwarz,

alt gegen jung, reich gegen arm und so weiter, es spielt keine Rolle. Solange es die Gesellschaft spaltet, solange es das moralische Gefüge einer Nation durcheinanderbringt, ist es gut. Und dann übernimmst Du einfach dieses Land, wenn alles zersetzt ist, wenn das Land desorientiert und verwirrt ist, wenn es demoralisiert und dann destabilisiert ist, dann wird die Krise kommen."
Yuri Bezmenov, KGB-Überläufer und Experte für kommunistische Subversion, 1981.[544]

Unter dem Schlagwort "68er-Bewegung" werden verschiedene Studenten- und Bürgerrechtsbewegungen zusammengefaßt. Der Name bezieht sich auf das Jahr 1968, in dem einige der von diesen Bewegungen thematisierten Konflikte eskalierten, insbesondere der völkerrechtswidrige Angriffskrieg der USA gegen Vietnam (mit Einsatz von Napalm und anderen chemischen Massenvernichtungswaffen), die Apartheid in den USA, die Ermordung Martin Luther Kings, aber auch diverse zivile Auseinandersetzungen. Zu letzteren gehörten damalige Studentenproteste gegen den Bildungsnotstand mit überfüllten Hörsälen und Uneinheitlichkeit des Schulsystems. Zwischen 1965 und 1971 entstand die "Hippie-Bewegung" und breitete sich von San Francisco aus. Ihre Anhänger traten für ein friedliches, von bürgerlichen Zwängen befreites Leben ein und schufen eine eigene Kultur mit eigener Mode und Musik.
Ein weiteres wichtiges Thema waren die "Notstandsgesetze", schließlich hatten 1933 solche "Notstandsgesetze" zur offenen faschistischen Diktatur durch die Nationalsozialisten geführt.

Dutschke und Ohnsorg waren authentisch und hatten wichtige politische Anliegen. Die Aktivisten wußten möglicherweise damals nicht, daß man die "BRD" nicht von dem ihr wesenseigenen Faschismus befreien kann, ohne sie in Gänze abzuschaffen.
Später wurde die ganze Bewegung von der CIA okkupiert und ins Lächerliche gezogen. Plötzlich waren die "68er" für ihre Forderungen nach "sexueller Freiheit" bekannt und für eine "feministische Grundhaltung". Über BILD-Zeitung und andere Propaganda-Medien wurden die tatsächlichen Anliegen verschleiert und die Aufmerksamkeit auf reißerische Sex-Geschichten um Uschi Obermeier gelenkt mit dem Slogan "Wer zweimal mit dem selben pennt, gehört schon zum Establishment".
Deshalb richtete sich der Protest auch gegen die "BRD"-Systemmedien, insbesondere gegen die Presse des Springer-Verlags und dabei vor allem gegen die "Bild-Zeitung". So kam es zu einer Anti-Springer-Kampagne. Vor dem Springer-Haus in Berlin wurde demonstriert und Ostern 1968 wurde die Auslieferung der Zeitungen blockiert. Es kam zu schweren Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und Polizei.

Die "68er"-Bewegung forderte eine "Vergangenheitsbewältigung". Dabei beanspruchte sie, die "dunkle deutsche Vergangenheit" und dabei das Kapitel des "Nationalsozialismus" "aufgearbeitet" zu haben.
Hieran ist sie jedoch offensichtlich gescheitert. Genau das Gegenteil ist erfolgt: Aufarbeitung bedeutet eine sachliche, ideologiefreie Feststellung dessen, was historisch überhaupt passiert ist. Dann wird erarbeitet, was bewahrenswert erscheint und was überwunden werden muß. Dies ist im "BRD"-System jedoch niemals geschehen.
Was wir statt dessen sehen, sind ideologisch aufgeladene Tabuisierungen, Denkverbote, Redeverbote mittels "political correctness", Lügen ohne Ende und natürlich eine Anbiederung an das faschistische System der USA einschließlich der Beteiligung an deren verbrecherischen Kriegen.
Bei genauerer Betrachtung besteht der historische "Erfolg" der sogenannten "68er" lediglich darin, ihrer Elterngeneration Vorwürfe gemacht zu haben, nicht konsequent gegen den Faschismus in Deutschland vorgegangen zu sein. Dabei haben sich diese "68er" auf diesem Wege aus der eigenen Verantwortlichkeit gestohlen und sind gemessen an ihren Idealen gescheitert. Hierdurch ist die heutige Misere weltweit mit Etablierung faschistischer Verhältnisse unter dem Vorwand des "Gesundheitsschutzes", Unterdrückung der verfassungsmäßigen Ordnung, Folter-KZs, verbrecherische Angriffskriege, illegale Regimestürze, Hochrüstung und Gleichschaltung der Medien überhaupt möglich geworden.
Natürlich muß man fragen: Wo sind heute die "68er" zu diesen Verbrechen zu hören? Gerade weil die Vergangenheit nicht aufgearbeitet wurde, ist der Nährboden bereit, daß sich die Geschichte in ihren destruktiven Aspekten wiederholen kann.

Mit Schuldzuweisungen gegenüber Dritten sich aus der eigenen Verantwortung zu stehlen ist zudem das typische Verhalten von Kleinkindern. Nicht ohne Grund findet man die "68er" in der Bewegung der "Grünen" wieder. Dabei sei erinnert, daß die Farbe Grün symbolisch für Unreife steht, wie dies in den Begriffen "Greenhorn" oder "grün hinter den Ohren" zum Ausdruck kommt.
Nicht zuletzt dürfte dies der Grund sein, weshalb man bei den "Grünen" eine Vorliebe für Pädophilie und sexuellem Kindsmißbrauch findet.

Die Grünen-Poltikerin Jutta Ditfurth hat hierzu noch einiges zu ergänzen:

"Die Täuschung irgendwie "anders" zu sein gelingt nur, weil die heutigen grünen Wähler getäuscht werden wollen und selber täuschen. Die Grünen sind die Partei der gehobenen und auch der

544 *KGB Documentary Part 5: Deception Game - Disinformation and Espionage (1981)*

verrohenden Mittelschicht. Man attestiert sich wechselseitig ein alternatives Image. Mittvierziger in gutbezahlter Position mit zwei Kindern, Eigenheim, Vermögen, Aktien und regelmäßigen Flugreisen, die die Grünen wählen, weil sie schick sind, werden sich von mir nicht davon überzeugen lassen, daß die Grünen keine soziale Partei sind, weil sie das gar nicht interessiert.
Özdemir war 2002 nach der Bonusmeilen-Affäre und dem Skandal um einen Privatkredit, den er von dem PR-Berater Hunzinger bekommen hatte, eine Zeitlang aus der deutschen Öffentlichkeit verschwunden. Er war in den USA / USA, gefördert vom German Marshall Fund, und hat eine Art Zusatzausbildung gemacht. Danach folgte der steile politische Aufstieg - und plötzlich sitzt er in allen möglichen Gremien, die immer etwas damit zu tun haben, wie sich Europa und Deutschland zu den USA verhalten. Im Oktober 2010 veröffentlichte Wikileaks rund 400.000 Geheimdokumente zum Irak-Krieg. Das fand Cem Özdemir ethisch bedenklich. Aber die Grünen waren mal für Transparenz!
Ich habe die Einflußnahme der US-Regierung auf hiesige Politiker ja selbst erlebt: Als ich Bundesvorsitzende der Grünen war, wollte das US State Department Kontakt zu mir aufnehmen. Ich sagte: kein Interesse. Bei meiner Vortragsreise 1987 durch die USA haben sie es trotzdem versucht. In der Georgetown University in Washington stand ich plötzlich vor einem geladenen Publikum - darunter jede Menge Uniformträger und CIA-Mitarbeiter. Wir haben uns lautstark gestritten - ein ehemaliger Stadtkommandant von Berlin brüllte los: "Wenn wir gewollt hätten, hätte es die Grünen nie gegeben!" Mein Gastgeber von der Universität versuchte nach der Veranstaltung, mich dazu zu überreden, an einer Studie über die Grünen mitzuschreiben. Da hätten auch schon andere Grüne zugesagt - "gute Freunde" wie Otto Schily und Lukas Beckmann." [545]

Blockparteien im "BRD"-System

Die auffälligste Eigenschaft der "Volksvertreter" im "BRD"-System ist die Gier. Wie bereits unsere Vorfahren in der "Weimarer Republik" lernen durften, ist es nicht nur nicht verboten, sondern geradezu erwünscht, wenn "Abgeordnete" "Nebeneinkünfte" haben. Dies ist nicht nur eine widerliche Bereicherung, sondern eine besonders offensichtliche Form der Bestechung.
Ein "Abgeordneter" entscheidet nicht mehr unparteiisch, wenn er sich von Lobbyisten und Konzerne schmieren läßt. Berühmtheit haben beispielsweise Westerwelles zahlreiche Bestechungseinkünfte erlangt, vornehm als "Nebeneinkünfte": bezeichnet.[546,547] Dabei wird den Menschen erklärt, das Problem wäre kein Problem, es bestehe schließlich eine "Offenlegungspflicht". Man muß schon sehr viel "Chuzpe" für solch einen Unsinn mitbringen. Offensichtlich ist doch egal, ob die Bestechung in irgendwelchen Hinterzimmern stattfindet oder in aller Öffentlichkeit - der Tatbestand der Bestechung ist ja schließlich derselbe!

Viele Menschen fragen sich, wie es sein kann, daß Politiker ständig die Ressorts wechseln und dabei praktisch Karussell fahren. Auch in diesem Bereich ist es hilfreich, von allgemeinen Illusionen loszulassen: Man muß sich nur verdeutlichen, daß es sich bei den "Politikern" nicht etwa um Fachleute für ein bestimmtes Fachgebiet handelt. Die Sacharbeit machen ohnehin andere Leute, wie Staatssekretäre und andere höhere Bedienstete. Statt dessen ist es die Aufgabe der sogenannten "Politiker", die Ideologien nach außen zu verkaufen. Es sind Schauspieler, die als Sittenwächter, Ideologiewächter und Moralapostel daherkommen und das "BRD"-System ideologisch zusammenhalten sollen. Fachwissen spielt hierbei definitiv keine Rolle.
Genau dieselbe Funktion hatte übrigens früher das "Politbüro" in der Sowjetunion oder in der "DDR".

Parteien

Parteien sind offensichtlich kriminelle Vereinigungen, deren Hauptaufgabe es ist, den freien Abgeordneten zu verhindern. Im "BRD"-System haben wir ausschließlich Blockparteien. Über sie läuft die Verhaltenskontrolle der Abgeordneten:

1. durch Abhängigmachung von der Gnade des Parteivorsitzenden (Im "BRD"-System entscheiden letztendlich die Parteivorsitzenden, wer auf welchen Listenplatz der Partei gesetzt wird und wer überhaupt eine Chance hat, einen Platz in der Firma "BUNDESTAG" zu erhalten.) Hierüber wird gewährleistet, daß nur Figuren zum Personal der "BRD"-Unterfirma "BUNDESTAG" werden können, die bis zu den Füßen im Hintern des jeweiligen Parteivorsitzenden stecken,
2. durch direkte Anweisung zum Abstimmungsverhalten: durch ein kriminelles Konstrukt namens "Fraktionszwang", in dem der Parteivorsitzende bestimmt, wie der Abgeordnete abzustimmen hat. Dies ist zwar selbst nach den Regeln der Kolonialverwaltung "BRD" eine schwerstkriminelle Handlung, bisher hat jedoch interessanterweise noch niemand davon gehört, daß ein "Staatsanwalt" im "BRD"-System in einem

545 *"Alt-Linke Jutta Ditfurth - Grünen-Wähler wollen getäuscht werden - Die Grünen - eine Protestpartei? Nicht für Jutta Ditfurth. Die Ex-Bundesvorsitzende greift ihre früheren Weggefährten im SPIEGEL-ONLINE-Interview scharf an: Sie seien zu neokonservativen Weichspül-Ökos und Meistern in der Kunst des Verrats verkommen. Spiegel Kultur online; 20.02.2011*

546 *"Bundestag: Lukrative Nebenjobs"; SZ Süddeutsche Zeitung 3. März 2010*

547 *Petra Pinzler, Mark Schieritz; "Nebeneinkünfte im Bundestag:Politiker und ihre Nebenjobs - Nach den umstrittenen Geschäften einzelner Abgeordneter mit Schutzmasken will die Union die Transparenzregeln verschärfen. Was bringt das?" Die Zeit online; 18. März 2021*

solchen Falle einmal seine Arbeit gemacht, und ermittelt hätte, geschweige denn, daß die Verantwortlichen derartiger krimineller Machenschaften vor Gericht gestellt und abgeurteilt worden wären.

Zusammenfassend ist offensichtlich, daß Parteien keinem anderen Zweck dienen, als den freien Abgeordneten zu verhindern. Es handelt sich bei Parteien im "BRD"-System um Demokratie-Verhinderungsorganisationen. Folglich haben Parteien in einem Rechtsstaat definitiv nichts zu suchen. Derartige Umtriebe gehören in einem Rechtsstaat verboten und aufs Schwerste bestraft.
Um jedwede Strafe und Haftung für Parteien auszuschließen, haben die Besatzer im "BRD"-System die Regeln so gestrickt, daß gewährleistet ist, daß Parteien für den Schaden, den sie anrichten, nicht haften und die Verantwortlichen nicht bestraft werden können.

Zunächst ist §129 des Strafgesetzbuches interessant:

Bildung krimineller Vereinigungen

(1) ***"Wer eine Vereinigung gründet, deren Zwecke oder deren Tätigkeit darauf gerichtet sind, Straftaten zu begehen, oder wer sich an einer solchen Vereinigung als Mitglied beteiligt, für sie um Mitglieder oder Unterstützer wirbt oder sie unterstützt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft."***

(2)***" Absatz 1 ist nicht anzuwenden,***

1. ***wenn die Vereinigung eine politische Partei ist, die das Bundesverfassungsgericht nicht für verfassungswidrig erklärt hat. ..."***

Dies ist schon einmal ein Blankoscheck, interessanter wird's im §37 des Parteiengesetzes:

"§54 Satz 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs wird bei Parteien nicht angewandt."

Und was finden wir im §54 Satz 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs - was wird also nicht angewandt?

"Aus einem Rechtsgeschäft ... haftet der Handelnde persönlich; handeln mehrere, so haften sie als Gesamtschuldner."

Dieser Paragraph soll also bei Parteien nicht angewendet werden. Warum wohl? Für Denkfähige ist die Antwort natürlich klar. Die Blockparteien des "BRD"-Systems haften nicht für Schäden, die sie in Form von kriminellen Handlungen verursachen, solange sie beim sogenannten "Bundesverfassungsgericht" und damit bei den Parteisoldaten der Besatzer nicht mißliebig geworden sind. Also der perfekte Blankoscheck.

Die "Linke" als Blockpartei im "BRD"-System

Wie die "Linken" ihre Rolle zur Systemstabilisierung spielen, zeigt sich sehr anschaulich am Beispiel der Protagonisten Gysi und Wagenknecht. Von Gysi wird in der gegenwärtigen Rechtsstaatlichkeitsbewegung mitunter behauptet ..."der sagt mal die Wahrheit"... Dies ist jedoch Unsinn.

Beispielsweise hatte sich Gysi am 04.08.2013 in der Sendung "Interview der Woche" im Propagandasender "Deutschlandfunk" sowie am 08.08.2013 in einem Interview beim Besatzer-Propagandasender "N-TV" dahingehend geäußert, daß das Besatzungsstatut noch in Kraft sei.
Es sei an der Zeit, daß dies einmal geändert werde. Frau Merkel solle sich doch mal bei Obama hierfür einsetzen. Schließlich habe sie doch gute Kontakte zu ihm.[548]

Erstens ist die Frage zu stellen: "Wieso soll sich Merkel für die Abschaffung von Besatzungsrecht in Deutschland bei Obama einsetzen, wenn doch ein souveräner Staat über seine Rechtssätze selbst entscheidet?!" Was für ein Schwachsinn wird uns da aufgetischt?

Zudem wissen wir, daß das Besatzungsstatut nur ein winzig kleiner Teil des gesamten Besatzungsrechts ist und daß dieser kleine Teil so ziemlich der einzige Bereich ist, der ganz offiziell aufgehoben wurde, und zwar im Jahre 1954. Das übrige Besatzungsrecht einschließlich des gesamten Rechts der "BRD" ist als Besatzungsrecht natürlich weiterhin in Kraft.
Gysi mußte also zurückrudern und einige Tage später im "Sommerinterview" des Besatzer-Propagandasenders "ARD" eingestehen, daß er Unsinn geredet hat.

Dabei hat Gysi als Jurist ganz sicher von Anfang an gewußt, daß er Unsinn redet. Gysi hat durch diese Aktion bei der Masse der Propaganda-Konsumenten einen schwerwiegenden Verdummungs- und Manipulationsversuch unternommen. Er hat damit der Wahrheitsbewegung einen schweren Schaden zugefügt. Bei den allgemein schlecht informierten Propaganda-Konsumenten dürfte nunmehr hängengeblieben sein, daß das Thema offenbar ein "Quatschthema" sei, nach dem Motto: "...der Gysi hat auch schon was von Besatzungsrecht geredet, und mußte zurückrudern, dann ist das sicher alles Quatsch, wenn Leute behaupten, wir leben auch heutzutage unter Besatzungsrecht".... Diese Aktion von

548 *n-tv; "Interview der Woche" 04.08.2013*

Gysi ist ein sehr anschauliches Beispiel dafür, wie im "BRD"-System die subtile Manipulation erfolgt, und auch scheinbar "Oppositionelle" tatsächlich im Sinne des Systems arbeiten.
Zudem redet Gysi sowieso Unsinn, da er oft erzählt, es gäbe "Geheimverträge", auf Grund derer die Besatzer sich alles Mögliche im "BRD"-System herausnehmen dürften. Hierbei ist festzustellen, daß es überhaupt keine "Geheimverträge" braucht. Um zu erkennen, daß das gesamte Besatzungsrecht in Form des "BRD"-"Rechts" praktisch voll umfänglich noch in Kraft ist, muß man einfach nur Lesen können. Es ist alles öffentlich einsehbar, wie in den ersten Kapiteln der vorliegenden Abhandlung aufgezeigt wird.
Wenn also Gysi kein Lügner und Manipulator wäre, sondern ein Interesse an der Wahrheit hätte, würde er offen zugeben, daß das gesamte "BRD"-System Besatzungsrecht ist und er würde die Abschaffung des gesamten Besatzungsrechts beziehungsweise die Abschaffung der "BRD" insgesamt fordern. Und er würde auf die Gesetzesstellen verweisen, in denen jeder nachlesen kann, daß das gesamte Besatzungsrecht noch in Kraft ist, die da wären:

- Art. 139 GG
- Art. 120 GG
- Notenwechsel aus dem Jahr 1990 (BGBl. 1990 Teil II Seite 1386 ff.) in Verbindung mit Überleitungsvertrag von 1954 Teil I – Artikel 2; Teil VI – Artikel 3, Teil IX – Artikel 1
- Verordnung zu dem Übereinkommen zur Regelung bestimmter Fragen in bezug auf Berlin vom 25.09.1990 (BGBL Teil II – 1990 – Nr. 36 vom 02.10.1990)
- 2. BMJBBG vom 23.11.2007 Artikel 4 §2.

Natürlich wird Gysi das niemals machen. Er kann schließlich nicht seine Arbeitgeber auf Seiten der Besatzer und der Hochfinanz bloßstellen.

Gerade die Protagonisten der "Linken" sind waschechte Systembüttel. Schließlich waren Gysi und Wagenknecht Abgeordnete, als die sogenannten "Bereinigungsgesetze" in den Jahren 2006 bis 2010 von den Besatzern verfügt wurden. Spätestens damals müssen diese Kriminellen mitbekommen haben, daß sie nichts zu entscheiden haben und wer tatsächlich Herr im Hause der Kolonialverwaltung "BRD" ist. Es handelt sich bei allen Parteien im "BRD"-Kolonialsystem um Volksverräter - das ist alles.

"NPD" als Blockpartei im "BRD"-System

Gemäß einem Artikel des "GUARDIAN" vom 13.08.2002 wurde die NPD von einem Agenten des britischen Geheimdienstes MI6 gegründet. Das Verbotsverfahren 2003 scheiterte peinlich, als sich herausstellte, daß maßgebliche Funktionäre und Mitglieder dieser Partei Angestellte der CIA-Unterabteilung "VERFASSUNGSSCHUTZ" waren.[549,550,551]
Ohne MI6 und die CIA-Unterabteilung "VERFASSUNGSSCHUTZ" gäbe es die NPD überhaupt nicht. Die Funktion der "NPD" im "BRD"-System ist klar: Die Schäferhunde treiben die Schafe in die gewünschte Richtung und platzieren rechts und links zur Begrenzung Schafe, die sie zu "Schwarzen Schafen" erklären. Diese werden in den gleichgeschalteten "BRD"-Lügenmedien propagandistisch mit Dreck beworfen, damit die übrigen Schafe wissen, wo die Grenze ist, und wo sie noch langlaufen dürfen.

AfD als Blockpartei im "BRD"-System

Auch die AfD zeigt immer mehr ihr wahres Gesicht. Die "AfD" ist keine Alternative, sondern eine Systempartei. Die AfD - Protagonisten haben beispielsweise sich noch nie für die Souveränität Deutschlands und die Beseitigung des Besatzungsrechts oder des zinsbasierten Zentralbanksystems ausgesprochen, stattdessen haben sie im "Europaparlament" am 17.07.2014 für Sanktionen gegen die Russische Föderation gestimmt.
Auch die AfD hat sich inzwischen als Scheinopposition erwiesen. Offenbar braucht das System immer wieder Sammelbecken, in denen das eine oder andere kritische gesagt wird, um etwas "Dampf" beziehungsweise Druck aus dem System zu bekommen.

"Antifa"[552]

Geistige Nachkommen der CIA-gesteuerten "68er" sind die heutigen "Linken" und ihre schwerstkriminellen Kampfverbände, die "autonomen Linken" oder "Antifa". Wie schon zur Zeit der "Weimarer Republik" sind sie jedoch nichts weiter als willfährige Handlanger des gegenwärtig weltweiten faschistischen Verbrechersystems. Die Angehörigen der "Antifa" machen keinen Hehl daraus, daß sie Gewalt gegen Andersdenkende einsetzen und das ist es auch, was wir immer wieder sehen. Damit identifizieren sie sich selbst als Faschisten, obgleich sie vorgeben, selbige zu bekämpfen. Wie bei der "NPD" sind die lenkenden Figuren Angestellte der CIA-Unterabteilung "VERFASSUNGSSCHUTZ". "Antifa" ist deshalb nicht eine

549 *"Neo-Nazi leader 'was MI6 agent'"; The Guardien, 13.08.2002*
550 *"Der frühere NPD-Chef von Thadden hat für den britischen Geheimdienst gearbeitet: Good friends" BZ Berliner Zeitung vom 14.08.2002*
551 *"Hintergrund:Warum das NPD-Verbotsverfahren scheiterte"; SZ Süddeutsche Zeitung; 24. Januar 2005;*
552 *Christian Jung; Staats-Antifa: Die heimliche Machtergreifung der Linksextremisten; Kopp Verlag e.K.; 1. edition (30 July 2020); ISBN-10: 3864457661; ISBN-13: 978-3864457661*

Abkürzung für "Antifaschisten" sondern vielmehr für "Anti-Deutsche Faschisten". An keiner Gruppe kann man so offensichtlich sehen, daß sie die Büttel des Systems sind, wie an dieser Gruppe. Möglicherweise wissen das die meisten ihrer Angehörigen nicht.

Fazit: Alle Blockparteien sowie die sogenannte "Antifa" sind linksextrem, faschistisch, autoritär, antidemokratisch, globalistisch, zionistisch. Es läßt sich feststellen, daß es sich bei der "Antifa" um die von der CIA-Unterabteilung "VERFASSUNGSSCHUTZ" bezahlte Schlägertruppe der Besatzerverwaltung "BRD" handelt.
Die NSDAP hatte die "Hitlerjugend". Die SED hatte ihre "Freie Deutsche Jugend". Die "BRD" hat ihre "Antifa". Von diesen drei Organisationen tritt allerdings nur die "Antifa" offen für Gewalt gegen Andersdenkende ein. Als Schlägertruppe ist die "Antifa" somit eher der SA gleichzusetzen. Es läßt sich an keiner Organisation so beispielhaft zeigen, daß die Mitläufer nur Büttel des Systems sind, wie an der sogenannten "Antifa", obgleich sie sich für "alternativ" und "oppositionell" halten.

Demo-Prostituierte im "BRD"-System

Besonders widerlich im "BRD"-System: Es werden Propaganda-Demonstrationen bezahlt, um die "richtige" Gesinnung zu fördern. Dabei werden vom "BRD"-Besatzersystem regelmäßig "Steuer"-Gelder für linksfaschistische Demo-Prostituierte hinausgeworfen, um Andersdenkende zusammenschlagen zu lassen:[553]

EPOCH TIMES

POLITIK >> DEUTSCHLAND

Gekaufte Demonstranten: Thüringen bezahlt über 41.000 Euro für die "richtige" Gesinnung

Epoch Times, Freitag, 25. September 2015 12:49

Das Land Thüringen finanziert seit Jahren professionelle Demonstranten, um gegen Demonstrationen zu protestieren, die aus Sicht der Landesregierung politisch unkorrekt sind.

Demonstrationsprostituierte als Büttel des "BRD"-Besatzer-Systems auf Kosten des "BRD"-Personalsangestellt, um die "richtige" Gesinnung zu propagieren.

Widerlicher geht es nicht!

Auch in der "DDR" wurde für ideologisch wichtige Demos bezahlt, übliche Vorgehensweise in fast allen Diktaturen.

Einzig vom sogenannten "Hitler-Regime" ist derartiges nicht bekannt!

Links: Epoch Times vom 25.09.2015:

Ein interessanter Artikel hierzu in der taz Tageszeitung vom 20.02.2015 Titel "Demogeld für Antifa"[554]
Zitat:
"25 Euro Stundenlohn für die Teilnahme an einem ... Protest: Was sich anhört wie eine wilde, rechte Verschwörungstheorie, ist ... bitterer Ernst. Wenn wieder einmal ein Pegida-Aufmarsch blockiert, eine AfD-Veranstaltung gestört oder massenhaft Autonome aufmarschiert sind, wird darüber – oft mit unterschwelliger Sympathie – berichtet, aber nicht hinterfragt, wieso die Antifa eigentlich so gut organisiert ist.
Schon Ende Januar hat die österreichische FPÖ darauf aufmerksam gemacht, daß die Antifa mit Bussen zu den Protesten ... anreisen und ... dafür bezahlt werden. ... sogar mehr als 48 Busse ... Eine Lohnabrechnung eines ... "Antifaschisten" über 498,05 Euro, inklusive Auslands- und Nachtzuschlag, wurde im Nachhinein ebenfalls öffentlich.
Doch woher kommt das Geld ... um andere in ihrer freien Meinungsäußerung zu unterdrücken?
... direkte finanzielle Zuwendungen durch die Regierung, aber auch dem Parteienkartell aus SPD, CDU und Grünen. ... Kooperation zwischen dem Antifa-Vorstand und der Polizei ... Regelmäßig komme es vor Demonstrationen zu Absprachen über eine Arbeitsteilung, um Aufmärsche nationaler Kräfte zu verhindern... In Absprache mit der Antifa, deren Aktivisten es zu kalt war, soll die Polizei sogar die Demonstrationen von Pegida im Januar und von Legida im Februar 2015 abgesagt haben." "Wir informieren die Polizei darüber, von wo aus wir unsere Gegner angreifen wollen, dann läßt sie uns "freie Hand", sagt einer, der es wissen muß."

---

553 *"Gekaufte Demonstranten: Thüringen bezahlt über 41.000 Euro für die "richtige" Gesinnung";Epoch Times vom 25.09.2015*
554 *"Demogeld für Antifas"; taz Tageszeitung vom 20.02.2015*

Zuwendungsempfänger	Fahrtziel/Anlass
Arranca e. V. Kirchheim	Dresden
AUFANDHALT e. V.	Dresden
AUFANDHALT Gera e. V.	Dresden
Bildungswerk BLITZ e. V.	Dresden
Gerberstraße 1 e. V. Weimar	Dresden
Graswurzel Netzwerk e. V. Weimar	Magdeburg
Graswurzel Netzwerk e. V. Weimar	Dresden
Graswurzelnetzwerk Weimar	Weimar 1. Mai
Graswurzelnetzwerk Weimar	Nordthüringer Jugendtag
Graswurzelnetzwerk Weimar	Proteste Eichsfeldtag
Grenzenlos Verein für Menschenrechte e. V.	Dresden
Grenzenlos Verein für Menschenrechte e. V.	Dresden
Grenzenlos verein für Menschenrechte e. V.	1. Mai Saalfeld
Hintertorsperspektive e. V.	Dresden
Jena-Lobeda Samba e. V.	Dresden
JeLoSa e. V.	Dresden
Jena-Lobeda Samba e. V.	Dresden
JG-Stadtmitte Jena	Dresden
JUSOS in der SPD Thüringen	Dresden
KJR Kyffhäuser e. V.	Gegendemo 9. August
KOMME e. V. Jena	Dresden
Kreisjugendring Altenburg e. V.	Dresden
Kreisjugendring Hildburghausen e. V.	Dresden
Naturfreundejugend e. V.	Dresden
Neue Linke e. V.	Dresden
Neue Linke Weimar e. V.	Dresden
PAF - Pößneck Alternativer Freiraum e. V.	Tag der nationalen Jugend Kahla
Poßnecker Alternativer Freiraum e. V.	Dresden
Pressenwerk e. V. Bad Salzungen	Dresden
Ran e. V. DGB - Jugend Förderverein	Dresden
Schrankenlos e. V. Nordhausen	Dresden
Stadtjugendpfarramt Jena	Dresden
Stadtjugendpfarramt Jena	20. April Eisenberg
Stadtjugendring Greiz e. V.	Dresden
Stadtjugendring Suhl e. V.	Dresden
Studierendenkonvent der Bauhaus Uni Weimar	Kahla
Studierendenkonvent der Bauhaus Uni Weimar	Dresden
Studierendenkonvent der Bauhaus-Uni Weimar	Dresden
Studierendenrat der Uni Jena	Dresden
Studierendenrat der Uni Erfurt	Dresden
StuRA Jena e. V.	Dresden
Verein Miteinander e. V. Mühlhausen	Dresden
Verein zur Förderung von Demokratie und Toleranz e. V. Weimar	Dresden
Verein zur Förderung von Demokratie und Toleranz e. V. Weimar	Dresden
Verein zur Förderung von Demokratie und Toleranz e. V. Weimar	Tag der Nationalen Jugend Kahla
Verein zur Förderung von Demokratie und Toleranz e. V. Weimar	Dresden

"Thüringer Landtag" 25.06.2015, Drucksache 6/816, Anlage; Kleine Aufzählung der Demo-Prostituierten des "BRD"-Systems.

Thüringische Landeszeitung vom 06.07.2015 [555]

Zitat:

... jetzt teilt die ... Bildungsministerin Birgit Glaubert (Linke) schriftlich mit: "Seit dem Jahr 2011 wurden in 46 Fällen die Organisation und die Fahrt zu Gegendemonstrationen gefördert."

"Thüringer Landtag" 25.06.2015, Drucksache 6/816:

Das Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport hat die kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 24.06.2015 wie folgt beantwortet:

"...seit dem Jahr 2011 wurden in 46 Fällen die Organisation und die Fahrt zu einer Gegendemonstration gefördert. Eine entsprechende Aufstellung ist in der Anlage beigefügt..."

555 *"Demonstrationstourismus auf Kosten der Steuerzahler"; Thüringische Landeszeitung vom 06.07.2015*

11.5. Die Rothschild-Gesellschaft und der Kulturmarxismus im "BRD"-System

Die gegenwärtige Welt der "Westlichen Wertegemeinschaft" könnte man treffend mit den Begriffen "Schrottgesellschaft", "Rothschild-Gesellschaft" und "Kulturmarxismus" beschreiben.

Es regieren die sogenannten "Rothschild-Banken" und so ziemlich alle Menschen rennen im Hamsterrad dem "Rothschild-Geld" hinterher. Von vielen Menschen, die mit offenen Augen durch die Welt gehen und ihren Verstand benutzen, um ihre persönlichen Verhältnisse zu analysieren, hört man oft die Worte: "Es geht nur noch ums Geld!". Gute Ideen haben keine Chance, bei jedem bedeutendem und unbedeutendem Vorhaben fällt sehr schnell der Satz: "Wie läßt sich das finanzieren? ...".
Dabei hat das Rothschild-Geld schon religiöse Macht. Die Menschen stehen morgens auf und einer der ersten Gedanken kreist um das Rothschild-Geld. Und wenn sie zu Bett gehen, kreisen ihre Gedanken immer noch um das Rothschild-Geld.

Im Grunde funktioniert fast jeder von uns wie eine Art Taschenrechner: Bei jeder noch so kleinen Alltagshandlung überlegen wir reflexartig, was dies oder jenes in Rothschild-Geld kostet und wie sich dieser oder jener Rothschild-Geld-Betrag auftreiben oder einsparen lassen könnte.

In der Tat benötigt man außer Rothschild-Geld kaum noch etwas sonst. Alles läßt sich dafür kaufen. Man benötigt beispielsweise keine Freunde und keine Nachbarschaft mehr und nachbarschaftliche Hilfe ist unnötig, sofern man über genügend Rothschild-Geld verfügen kann.
Auch braucht man keine Familie mehr. Weder um sich gegenseitig im Alltag zu helfen, noch um generationenübergreifend zusammen zu wirken, weder bei der Erziehung und Versorgung der Jüngsten, noch zur Pflege der Ältesten.
Auch die Gemeinde muß einen nicht mehr groß interessieren, ob das Elektrizitätswerk oder das Wasserwerk der Kommune gehört oder nicht, sofern man genügend Rothschild-Geld hat, hat man Wasser und Strom so viel man eben will.
Die ganze Region in der man lebt kann einem völlig egal sein. Ob die Landwirte in der Region noch Lebensmittel produzieren oder bereits pleite sind, ob es noch eine Bekleidungsindustrie gibt oder nicht, all dies ist letztlich bedeutungslos für den, der genug Rothschild-Geld hat, um sich seinen Anzug in China fabrizieren, oder Erdbeeren aus Südafrika, Schnittblumen aus Marokko oder Kartoffeln aus Brasilien einfliegen zu lassen.

Natürlich kann man vom Rothschild-Geld nie genug haben. Etwas abzugeben, wenn man hat, kommt natürlich nicht in Frage. Man weiß ja nie was noch kommt. Es könnte ja sein, man wird einmal krank und muß teure Medikamente oder Operationen bezahlen, oder verliert seine Arbeitsfähigkeit. Vielleicht ist ja gerade der Betrag, den man heute seinem Nachbarn helfenderweise geben könnte, damit der sein mittelständisches Unternehmen in der eigenen Region weiterführen kann, genau der Betrag, der einem irgendwann in der Zukunft fehlt.
Damit hat das Rothschild-Geld die weltliche und die religiöse Macht übernommen. Wir sind von ihm nicht nur physisch abhängig, sondern haben unsere Seelen daran verkauft.
Das Rothschild-Geld regiert bis in die intimsten menschlichen Beziehungen. Die überall verfügbare Prostitution ist nichts weiter als der ehrlichste und offenste Ausdruck dessen. Die meisten "bürgerlichen" Ehen dürften in der Rothschild-Gesellschaft auch kaum mehr als verdeckte Prostitutionsverhältnisse sein.
In der modernen Psychologie ist das Partnerwahl-Verhalten sehr gut untersucht. Kaum ein statistisches Merkmal hat einen vergleichbaren prädikativen Wert für die Bereitschaft, eine Partnerschaft mit einer bestimmten Person einzugehen, als deren Besitz an Schuldscheinen – will heißen – Rothschild-Geld.

Der Kontostand ist unser Kapo, unser Aufseher beziehungsweise unser Sklaventreiber. Damit sind wir gleich viel leichter steuerbar. Das stärkt die Macht der Betreiber des Geldsystems ins Unermeßliche, von denen wir wissen, daß sie die wahren Herrscher der Welt sind.

In New York hat die Hochfinanz jetzt schon eine eigene Polizei, die ihr direkt untersteht: FRPD – Federal Reserve Police Departement

Man kann leicht erkennen, daß die Rothschild-Gesellschaft praktisch nichts Nachhaltiges leistet, beziehungsweise von bleibendem Wert schafft, woraus kommende Generationen noch einen Nutzen haben könnten. Was wird man schon in hundert oder zweihundert Jahren über die heutige Rothschild-Gesellschaft sagen?

Allein die kulturlose Architektur der Rothschild-Gesellschaft offenbart deren ganzes Wesen. Was von ihr für die Mehrheit der Menschen vorgesehen ist, sind primitive, häßliche Betonburgen. Hauptsache viele Menschen passen rein und dürfen sich als Nummer in einem Schließfach fühlen. Kulturmarxismus im Bereich der Architektur.

Was die Besatzer für die deutschen Völker vorgesehen haben, ist an Häßlichkeit kaum zu überbieten und hat nichts mit einer menschlichen Architektur zu tun.

Kulturmarxismus im Bereich der Architektur: Häßliche Bauten der Rothschild-Gesellschaft im "BRD"-System nach dem Motto "Wer hat den Längsten?" oder "Geht´s noch häßlicher?

Nachfolgende Generationen können über die kulturmarxistische Rothschild-Gesellschaft kaum etwas anderes resümieren, als daß es sich um nichts weiter als um eine gigantische kulturlose Energieverschwendung gehandelt hat.

Dabei wird unter einem ungeheuren Energieverbrauch mit Millionen Tonnen Öl und Gas täglich und einem permanent laufendem Hamsterrad für Milliarden von Menschen Tag für Tag kaum etwas geschaffen oder erreicht, was unsere Vorfahren nicht schon vor 140 Jahren mit viel einfacheren Mitteln auf die Beine gestellt hätten.

Beispielsweise wird uns immer wieder beigebracht, nur die Römer seien "kultiviert" und "zivilisiert" gewesen und unsere germanischen Vorfahren eben nur "kulturlose Vandalen" und "Barbaren".
Betrachtet man das angeblich "finstere" Mittelalter fällt auf, daß viele Gebäude aus jener Zeit noch von erstaunlichen Leistungen zeugen. Sämtliche romanischen und gotischen Kirchen oder Kathedralen wurden in jener Zeit geschaffen, einschließlich der dazugehörigen Kunstwerke wie Gemälde, Fenstermalerei, Altare, Skulpturen etc. Für die Errichtung derartiger Bauwerke waren eine langfristige, umfassende Planung und eine konsequente Bauausführung über Jahrzehnte erforderlich. Diese Gebäude stehen heute noch als Zeugnisse der Leistungen unserer Vorfahren.
Kein Mensch hat jemals davon gehört, daß es damals eine "internationale Hochfinanz" gegeben hätte, die für derartige Leistungen gebraucht worden wäre.

Links: kulturmarxistische Nazi-Architektur der Rothschildgesellschaft im "Dritten Reich"

Rechts: kulturmarxistische Neonazi-Architektur der Rothschildgesellschaft im "BRD"-System

Die Zeit des Mittelalters wird uns heute als "finsteres Zeitalter" verkauft, aber vielleicht ist das ja zum größten Teil auch nur Propaganda der Rothschild-Gesellschaft. Schließlich ist uns aus der Antike bekannt, daß neue Herrscher gerne die Skulpturen und Bauwerke ihrer Vorgänger vernichtet haben, um deren Leistungen vergessen zu machen. Ähnliches erleben wir in der heutigen Rothschild-Gesellschaft. Die

Verunglimpfung der Leistungen aus der Zeit des Mittelalters oder der Zeit der konstitutionellen Monarchie ist nur ein Beispiel für diese Art der Propaganda.

Die Zeit der konstitutionellen Monarchie war die wirkliche Blütezeit der Deutschen Völker. Es waren die Jahre 1871 bis 1914, damals wurden mit den damaligen, relativ einfachen Möglichkeiten Kanäle, U-Bahnen, ganze Städte aus dem Boden gestampft. Man stelle sich einmal eine Stadt wie Berlin vor, wenn man sagen würde: "Alles was zwischen 1871 und 1914 gebaut wurde raustreten!" .... was würde dann noch übrigbleiben? Die einzigen Gebäude, die noch ästhetischen Mindestanforderungen genügen würden wären Gebäude von vor 1871. Der Rest wäre Plattenbeton in maximal möglicher Häßlichkeit. Insbesondere alles was nach 1945 gebaut wurde, ist an Häßlichkeit, Kulturlosigkeit und Primitivität nicht zu überbieten – eine unmenschliche Architektur eben.

Häuser unserer Vorfahren aus der Zeit der konstitutionellen Monarchie. Höchste ästhetische Ansprüche wurden verwirklicht. Und das mit den einfachsten Mitteln von vor über 140 Jahren!

Unsere Vorfahren haben in Wohnhäusern gelebt, die praktisch Schlösser waren. Mit modernen Errungenschaften wie Doppelfenster und Kohleöfen und Wassertoiletten. Für die damalige Zeit und mit den damaligen Möglichkeiten enorme Leistungen.
Kein geistig gesunder Mensch würde auf die Idee kommen, sofern er abends gerne ausgehen möchte, sich hierfür eine Betonwüste der Rothschild-Gesellschaft auszusuchen. Jeder geht gerne in die Altstadt, in das Gründerzeit-Viertel, um seinen Feierabend zu genießen oder mit Freunden unterwegs zu sein.

Interessanterweise haben die Besatzer in den Jahren um 1950 herum in den Großstädten und insbesondere in Berlin eine Bewegung ins Leben gerufen, die sich zur Aufgabe gemacht hat, die Schmuckelemente an den Wohnhäusern, die den alliierten Bombenterror teilweise überstanden haben, noch abzuschlagen. Angeblich um "Modernität" auszustrahlen. Tatsächlich jedoch, um die Deutschen Völker von ihren historischen Wurzeln abzuschneiden.
Aber auch U-Bahnlinien, Kanäle, Straßen und Hochseeflotten wurden in kürzester Zeit von unseren Vorfahren in die Welt gebracht.
Und das alles bei einer in der Welt einmaligen Sozialgesetzgebung und Sozialstaatlichkeit.
Nicht zu reden von den Individualrechten jener Zeit, die in den ersten Paragraphen des 1900 eingeführten Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) unter dem Konstrukt der "natürlichen Person" definiert wurden.

Wohnhäuser wie Schlösser, U-Bahnen, S-Bahnen, Kanäle, Schiffshebewerke, die deutschen Völker waren vor dem Ersten Weltkrieg die wohlhabendsten der Welt!

Das Deutsche Reich von 1871 war dezentral organisiert. Die Gemeinden und die Bundesstaaten hatten als legitime Gebietskörperschaften gegenüber der Reichsebene eine enorme Macht. Die Staatsangehörigen hatten verbriefte Rechte, wie sie mit der Einführung des Bürgerlichen Gesetzbuches im Jahre 1900 in seinen ersten Paragraphen definiert wurden.
Niemals wäre es unter den bundesstaatlichen Strukturen des Deutschen Reiches möglich gewesen, daß irgendwelche ausländischen Heuschrecken das Vermögen einer Gemeinde oder eines Deutschen Volkes an sich bringen, und das Volk hiernach von sich abhängig machen, es ausbeuten oder versklaven.

Seien es Wälder, Elektrizitätswerke, Wasserwerke, Flüsse, Seen, Bodenschätze, was auch immer. Niemals hätten die Deutschen Völker enteignet und versklavt werden können, solange ihr jeweiliger Einzelstaat und der Staatenbund Deutsches Reich handlungsfähig waren.
Auch wäre es in den Staaten des Deutschen Reiches niemals möglich gewesen, daß eine "Internationale Hochfinanz" eine betrügerische Enteignungsmaschinerie in Gestalt eines privaten, zinsbasierten Zentralbanksystems etabliert.
Um diese Enteignungen und Versklavungen zu ermöglichen, wurden gegen das Deutsche Reich zwei Kriege geführt.
Die dümmliche Alliierten-Propaganda, das Deutsche Reich sei "militaristisch" gewesen und habe zwei Kriege verschuldet, wird heute noch nicht einmal mehr von den Alliierten selbst aufrecht erhalten. Nur noch von Vertretern des "BRD"-Systems, die sich "unseren amerikanischen Freunden" anbiedern wollen.

Es ist kein Wunder, daß noch heute von der "BRD"-Besatzer-Propaganda die Zeit der konstitutionellen Monarchie im Deutschen Reich am meisten verunglimpft wird, beinahe noch mehr, als die Zeit des sogenannten "Nationalsozialismus". Dargestellt werden die Deutschen Völker jener Zeit hauptsächlich als Idioten, die eigenartige Bärte und komische Pickelhauben getragen haben.

Die wahren Leistungen und Errungenschaften jener Zeit werden von der alliierten "BRD"-Lügenpropaganda verschwiegen oder verdreht.

Die Deutschen Völker waren vor dem Ersten Weltkrieg die wohlhabendsten der Welt. Ihre Leistungen in der Zeit der konstitutionellen Monarchie wurden mit einfachsten Mitteln erbracht, und zwar ohne daß hierfür eine "internationale Hochfinanz" gebraucht worden wäre.

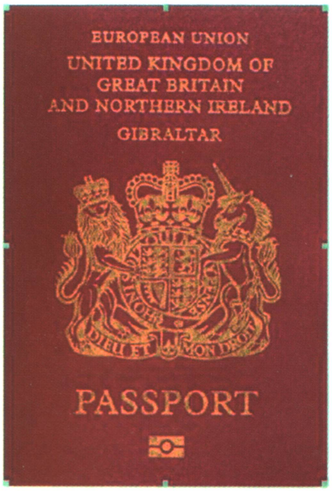
Diese Typen namens Rothschild, Rockefeller, Warburg, Morgan, Goldman und Sachs etc. braucht absolut niemand in der Welt!
Mit ihrer kommunistischen Militarisierung, Zentralisierung und Gleichschaltung sind sie die Kriegstreiber und die wirklichen im Hintergrund agierenden Kommunisten dieser Welt. Die historische Erfahrung zeigt, daß kommunistische Verbrecher und Faschisten niemals freiwillig das Feld räumen.
Die Menschheit wird niemals frei sein, weder frei von Kriegen, noch frei von Verdummung und Versklavung, solange diese Kommunisten ihr Unwesen mit ihrem betrügerischen Geldsystem ungehindert treiben können.

11.6. England / Großbritannien

Zunächst ist historisch interessant, wem England eigentlich gehört. England ist nach Streitigkeiten zwischen dem Vatikan und dem britischen Königshaus im Mittelalter Eigentum des Vatikans geworden und danach und als Lehen dem Britischen Königshaus gegeben. Hierfür muß das britische Königshaus jährlich Tribut zahlen.
Dies ist ein Ereignis des Streits des englischen Königs John I. mit dem Papsttum. Im Rahmen dessen wurde John I. im November 1209 vom Papst exkommuniziert. Um der drohenden Absetzung durch den Papst und der Entbindung seiner Vasallen von ihrer Treuepflicht zuvorzukommen, nahm John Ende 1212 wieder Verhandlungen mit dem Papst auf. Er übergab für alle Zeiten auch für seine Nachkommen sein Königreich mit allen Nebenbesitzungen dem "Heiligen Stuhl" und erkannte die Lehnshoheit des "Heiligen Stuhl" über England an. Deshalb wurde John I. in der Geschichtsschreibung als "König Ohneland" bezeichnet. In der Folge gehört noch heute England mit seinem Commonwealth of Nations dem Heiligen Stuhl.
Dem britischen Königshaus ist England als Lehen vom Vatikan gegeben. Die City of London gehört nicht zu diesem Lehen.

Die City of London ist exterritoriales Gebiet welches nicht zu Großbritannien gehört. Wenn die Queen die City of London - im Volksmund "Square Mile" (Quadratmeile) genannt - betreten möchte, muß sie sich wie bei einem Staatsbesuch anmelden. Britische Gesetze greifen in der City nicht.
Die City of London ist der größte Finanzhandelsplatz der Welt und hat eigene Gesetze und überwacht sich selbst. Ihre Manager handeln mit Wertpapieren und Devisen über alle Grenzen hinweg, aber kein Gericht kann sie belangen und keine Regierung ihre Geschäfte kontrollieren. Eigentümer der City of London ist der Vatikan.
Die City of London verfügt über eine eigene Polizeibehörde, die "City of London Police" (das übrige Stadtgebiet von Greater London fällt in die Kompetenz der "Metropolitan Police"). In der Mitte der City hat die "Bank of England" ihren Sitz, die Mutter aller Zentralbanken.

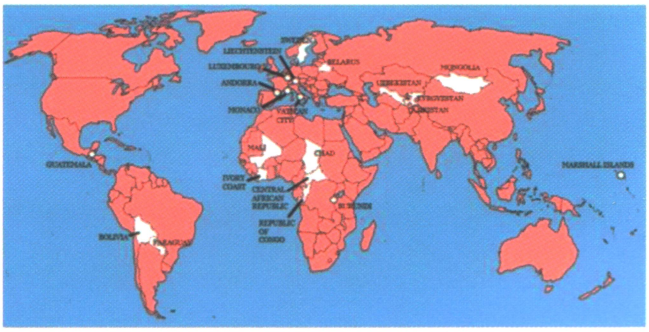
Auch für das Volk von Großbritannien wird die Entstaatlichung vorangetrieben. In dortigen Reisepässen gibt es die Rubrik Staatsangehörigkeit (=Citizenship) erst gar nicht sondern "Nationalität" und hierunter der Eintrag "British Citizen", als ob dies eine Nationalität sein könnte."
Die Bezeichnung "British Citizen" hat große Ähnlichkeit mit der Aussage "XY ist deutscher Staatsangehöriger" des "Staatsangehörigkeitsausweises" der "BRD", von dem wir wissen, daß er keine Staatsangehörigkeit ausweist.



Reisepaß Großbritannien, keine Rubrik "Staatsangehörigkeit" (="Citizenship") sondern "Nationalität" mit Eintrag "British Citizen"

Beim Wort "Krieg" fällt den meisten Menschen zuerst Deutschland ein, oder vielleicht auch die U.S.A. / "Vereinigten Staaten". Die Hauptkriegstreiber der Menschheits-Geschichte sind aber zweifellos die Briten. Über 90% aller Länder der Welt wurden schon von britischen Truppen überfallen.

Nach dem Römischen Reich ist das Britische Weltreich das größte imperialistische System aller Zeiten. Es gibt nur 22 Länder auf dieser Welt, die von britischen Truppen noch nie überfallen wurden.



Karte: Weiß die Länder, die von Britannien noch nicht überfallen wurden.

Die erste Kolonie, die sich die Anhänger des englischen Königshauses unter den Nagel rissen, war Irland. Dies geschah bereits unter den Vorläufern des British Empire vor rund 800 Jahren. Mit Hilfe der mächtigsten Flotte seinerzeit gelang das Kunststück, daß ein im Vergleich winziges europäisches Land Riesenreiche wie China oder Indien in Schach halten konnte. Das konnte allerdings nur mit einer äußerst effektiven und raffinierten Strategie funktionieren, in dem man die einheimischen Fürsten oder Häuptlinge gegeneinander ausspielte und sich dann ein ortsansässiges Söldnerheer aufbaute, das in der britischen Disziplin gedrillt wurde. [556]

Das Erbe ihres Jahrhunderte andauernden Raubzuges rund um die Welt kann man heute noch in britischen Museen und im Privatbesitz, vor allem der englischen Aristokratie in deren Schlössern und Palästen, bestaunen. Dagegen dürfte das, was wir hier in Deutschland unter der Kategorie "Beutekunst" aufbewahren, hinsichtlich des Umfanges nur lächerlich sein.

Links: Elisabeth II. in Deutschland 2015; Arme Unwissende, deutsche Kinder bejubeln die Schlächter ihrer Vorfahren!

Die von England / Großbritannien praktizierten Segnungen für die deutschen Völker und die Welt im Überblick:

- Hungerblockade gegen Deutschland von 1914 bis 1919 [557]
    - Blockade des Nordseezugangs durch Großbritannien zur Unterbindung des deutschen Außenhandels mit neutralen Staaten zur Abschneidung der Nahrungsmittelzufuhr unter Bruch des Kriegsvölkerrechts
    - Hungerblockade auch über den Waffenstillstand 1918 hinaus zur Dezimierung der Deutschen mit mindestens 750.000 Toten Zivilisten trotz Waffenstillstand
- Hungersnot in Persien 1917 bis 1919 [558,559]

---

556 *Stuart Laycock; "All the Countries We've Ever Invaded: And the Few We Never Got Round To"; The History Press; Reprint edition (1 Oct. 2013); ISBN-10: 0750952121; ISBN-13: 978-0750952125*

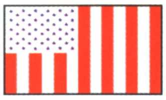
557 *Dag Krienen; "Die Bestrafung mit einer Hungersnot"; Junge Freiheit 10/09 27.02.2009*

558 *Abbasi, Sadegh; 8–10 million Iranians died over Great Famine caused by the British in late 1910s, documents reveal, The Official Website of Ayatollah Khamenei, archived from the original on 16 November 2015; abgerufen 22.11.2022*

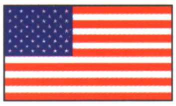
- Diebstahl von Lebensmittel durch die britischen Besatzer, Verhinderung von Lebensmittelimporten von aus Indien Mesopotamien oder den USA
    - Blockade des Zahlungsverkehrs zur Verhinderung von Erlösen aus dem Ölverkauf
    - 40 Prozent der Bevölkerung Persiens starben (etwa 10 Millionen Menschen)
    - Persiens große Hungersnot als größter Genozid aller Zeiten
- Konzentrationslager in Südafrika 1899-1902 [560]
    - Die Farmen in den Widerstandsgebieten wurden von den Briten niedergebrannt, die Felder verwüstet .und die Ernten vernichtet
    - heimat- und mittellos gewordenen Frauen und Kinder wurden in riesige Konzentrationslager gebracht / dort katastrophale Lebensbedingungen
    - mehr als 27.000 Frauen und Kinder starben an Hunger, Entkräftung und Krankheit
- Bombenterror gegen Zivilisten
    - Sudan 1916
    - Afghanistan 1919
    - Irak 1920: 97 Bomben auf Zivilisten mit 6.000 Toten
    - Bombenterror gegen Zivilisten in Deutschland
- Britischer Überfall auf die französische Kriegsflotte 22.06.1940

11.7. USA - "Vereinigte Staaten"

Die USA haben zwei gültige Flaggen, eine reguläre Flagge für Friedenszeiten und eine für den Zustand des Krieges. [561]



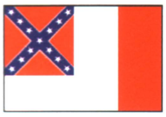
USA Reguläre Flagge ("civil flag")



USA Kriegsflagge ("war flag")

Seit dem sogenannten "Bürgerkrieg" der "Südstaaten" gegen die "Nordstaaten" wird nur noch die Kriegsflagge der USA (rechts) verwendet, ein Hinweis dafür, daß seit jener Zeit der Kriegszustand in den USA intern rechtlich fortbesteht. Da wir die Friedensflagge ("civil flag") der USA (links) nicht mehr präsentiert bekommen, halten wir die Kriegsflagge ("war flag") der USA (rechts) für die "richtige" beziehungsweise "einzige" Flagge der USA.

Entgegen allem, was uns in der Schule erzählt wurde, handelte es sich bei dem Krieg in Nordamerika vom 02.04.1861 bis 23.06.1865 nicht um einen "Bürgerkrieg" sondern um einen gewöhnlichen Krieg. Vorausgegangen war der Austritt der "Südstaaten" aus dem Staatenbund USA. Diese haben völkerrechtlich korrekt einen neuen Staatenbund gegründet, die sogenannten CSA (Konföderierte Staaten von Amerika). Damit waren die Staaten der CSA für die nunmehr etwas kleiner gewordenen USA völkerrechtlich eindeutig Ausland. Schließlich haben die USA die CSA mit Krieg überzogen.



CSA Reguläre Flagge ("civil flag")
Letzte Version 04.03.1865–26.05.1865

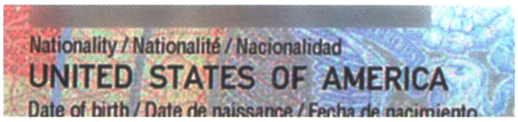
CSA Kriegsflagge ("war flag")

Bekanntermaßen haben die CSA im Jahre 1865 den Krieg gegen die USA verloren. Anschließend hatte man nicht etwa einen Friedensvertrag geschlossen. Vielmehr wurden die Einzelstaaten der CSA von den USA annektiert.
Merkwürdigerweise haben seit dem Ende dieses Krieges die Angehörigen der USA in ihren Reisepässen nicht mehr die Staatsangehörigkeit des Einzelstaates eingetragen. Es findet sich vielmehr der Eintrag "United States of America". Dies betrifft allerdings nicht nur die Paßinhaber eines Staates der früheren CSA – sondern es betrifft nunmehr die Dokumenteninhaber aller 50 Einzelstaaten.

559 *Michale Axworthy; "Iran - Weltreich des Geistes: Weltreich des Geistes. Von Zoroaster bis heute"; Verlag Klaus Wagenbach; 1. edition (20 Sept. 2011); ISBN-10: 3803136369; ISBN-13: 978-3803136367*

560 *Seibold, Birgit Susanne; "Emily Hobhouse und der Burenkrieg. Die Konzentrationslager in Südafrika von 1899-1902"; Verlag: Ibidem-Verlag, Stuttgart, 2012; ISBN: 9783838204222*

561 *The Scarlet Letter; CreateSpace Independent Publishing Platform (7 May 2015); ISBN-10: 1512090565; ISBN-13: 978-1512090567; Introduction*



Im Reisepaß der U.S.A. vergrößert: keine Angabe der Rubrik "Staatsangehörigkeit" ("Citizenship") sondern der Nationalität als UNITED STATES OF AMERICA.
Die Rubrik "Staatsangehörigkeit" (engl. Citizenship) ist nicht vorhanden.

Reisepassinnenseite der U.S.A.

Man hat somit offenbar das Staatsangehörigkeitsrecht und damit die Staatlichkeit in den Einzelstaaten zumindest teilweise abgeschafft und auf die Bundesebene übertragen. Dies ist jedoch eine Form des Staatsstreiches, oder der Annexion gewesen, da kein Staatsvolk eines Einzelstaates dies jemals legitimiert hat. Da dieser Akt rechtswidrig war, hat man genauer gesagt, alle Einzelstaaten durch die Bundesebene lediglich partiell handlungsunfähig gestellt.

Interessanterweise wurde der Krieg bereits 1857 in London geplant, also vier Jahre vor dem Ausbruch der Feindseligkeiten. Bankiers trafen eine Übereinkunft, daß der Pariser Zweig der Rothschildbanken die Südstaaten unterstützen und finanzieren sollte, während der britische Zweig derselben Gruppe seine Hilfe den Nordstaaten angedeihen ließ. Hinter beiden Zweigen stand das Haus Rothschild.[562]

Offensichtlich lag der Zweck des Bürgerkriegs darin, die Nord- wie auch die Südstaaten dermaßen zu verschulden, daß sie sich in ihrer hoffnungslosen Finanzlage dazu bereit finden würden, dasselbe private zinsbasierte Zentralbanksystem zu akzeptieren, welches Rothschild in England und auf dem europäischen Kontinent bereits eingeführt hatte.
Sehr aufschlußreich ist die Tatsache, daß Abraham Lincoln, Führer der Nordstaaten, das abgekartete Spiel der Rothschilds durchschaut hatte. Lincoln mußte aus dem Weg geräumt werden, damit die Rothschild-Clique die US-Wirtschaft in ihren Griff bekam. Der Weg dazu führte über die Errichtung einer privaten zinsbasierten Zentralbank. Allerdings konnte dies von den privaten Bankern erst im Jahre 1913 durchgesetzt werden.

Eine weitreichende Veränderung gab es im Jahre 1871. Die USA waren nach dem Krieg gegen die CSA bei der Hochfinanz überschuldet. Es wurde mit dem "Act of 1871" eine Regelung dahingehend getroffen, daß ohne Wissen der Öffentlichkeit eine Firma eingesetzt wurde, die die USA treuhänderisch verwaltet, ähnlich einem Insolvenzverwalter.
Diese Firma wurde zu Verschleierungszwecken "United States - Corporation" (US-Corp.) genannt. Sie gehört zum größten Teil dem britischen Königshaus und privaten Bankern. Von ihnen wird die Firma auch geleitet. Damit haben die USA den sogenannten "Unabhängigkeitskrieg" entgegen dem was wir in der Schule gehört haben, eindeutig verloren!

Die beschriebene Firma "United States - Corp." wird von dem District of Columbia (D.C.) aus geleitet. Der Distrikt ist kein Bundesstaat und gehört zu keinem Bundesstaat, ist somit zu den USA exterritorial. In diesem Distrikt hat die im Privatbesitz befindliche Zentralbank Federal Reserve ihren Sitz, die seit 1913 die Rechte an der Papiergeld-Schöpfung vom Kongreß zugestanden bekommen hat. Dort haben auch der Internationale Währungsfond und die Weltbank ihren Sitz. Der Distrikt ist durch eine Reihe von Gesetzen geschützt, die mit den übrigen Staaten der USA nichts zu tun haben.
D.C. steht also zu den USA exterritorial. Dies kann man auch daran sehen, daß die Bevölkerung von Washington D.C. kein Wahlrecht für den Kongreß hat und dementsprechend keine Repräsentanten entsenden kann. Steuern werden von den Einwohnern von D.C. aber trotzdem verlangt.
"Taxation without Representation" auf Nummernschildern zu schreiben ist sehr ironisch, da "No Taxation without Representation" eine wichtige Parole im sogenannten "Unabhängigkeitskrieg" gegen England war.

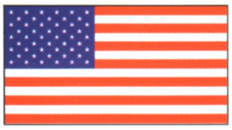
562 *Cyrus Adler; "The Jewish encyclopedia: a descriptive record of the history, religion, literature, and customs of the Jewish people from the earliest times to the present day" University of California Libraries (18. Februar 2011); ISBN-10: 1125246685; ISBN-13: 978-1125246689*

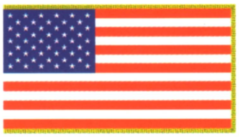
Nummernschild eines Fahrzeuges aus D.C.

"Taxation without Representation" – Steuernzahlen ohne Abgeordnete zu entsenden.

Washington D.C. ist kein "state" beziehungsweise kein territorialer Bestandteil der USA – als rechtlicher Trick zur Absicherung der Hochfinanz und sonstiger verbrecherischer Hintergrundmächte, die in Washington D.C. ihren Sitz haben.

Die Firma **UNITED STATES - CORP.** hat zum Zwecke der Täuschung ein Firmenlogo, das der heute im Alltag verwendeten Kriegsflagge der USA sehr ähnlich sieht, sie hat als Unterschied lediglich einen Goldrand.





Kriegsflagge der USA ***Firmenlogo der UNITED STATES - CORP.*** *(mit Goldrand)*

Bei der Vereidigung der "US"-Präsidenten wird nicht auf die Verfassung der USA ("Constitution of the United States of America") vereidigt sondern auf die AGB´s der US-CORP. ("Constitution of the UNITED STATES" ….). Das heißt, in den Vereidigungstexten und Ansprachen spricht der Präsident niemals von den "United States of America" sondern nur von den "UNITED STATES…" – da er nicht den Staatenbund sondern die Firma meint!

Die juristische Konstruktion der **UNITED STATES - CORP.** hat für die Herrschenden den Vorteil, daß sie nicht auf der Grundlage von staatlichem Recht handeln müssen, sondern im Handelsrecht agieren können. Im Staatsrecht gibt es Individualrechte und den Grundsatz, daß die Staatsgewalt immer vom Volk ausgeht. Im Handelsrecht ist die Sache ganz anders: In einer Firma bestimmt die Geschäftsführung und nicht das Personal.

Zudem haben wir in den USA die Situation, daß mit Hilfe der Lüge vom "11. September" und der Lüge vom "internationalen Terrorismus" eine nie dagewesene Abschaffung der Individualrechte erfolgt ist.

Unter Bush wurde ein sogenannter "USA PATRIOT ACT" fabriziert. Dieser hat unter anderem zur Folge:

- Das Erfordernis, Richter bei Telefon- oder Internetüberwachung als Kontrollinstanz einzusetzen, entfällt
- FBI, NSA oder CIA. erhalten unkontrollierten Zugriff ohne richterliche Anordnung auf die Server von US-Unternehmen sowie auf deren ausländische Töchter
- Telefongesellschaften und Internetprovider müssen ihre Daten komplett offenlegen,
- Hausdurchsuchungen dürfen ohne Wissen der betreffenden Person durchgeführt werden.
- Die Entscheidung, ob eine Vereinigung als terroristisch eingestuft wird, geht an das Justiz- und Außenministerium über (erfolgt durch Politiker ohne Überprüfung durch Gerichte).
- Das FBI hat das Recht, Einsicht in die Daten von Bankkunden zu nehmen, ohne eine Begründung liefern zu müssen.
- Der Auslandsgeheimdienst CIA., der im Gegensatz zum FBI keiner öffentlichen Kontrolle unterliegt, erhält das Recht, auch im Inland zu "ermitteln".
- Wirtschaftsspionage im Ausland wird umfassend legalisiert. (Bereits 1993 und damit noch vor dem Inkrafttreten des Patriot Act hatte Präsident Clinton erklärt, CIA. und NSA sollten US-amerikanischen Firmen bei internationalen Geschäften "behilflich" sein).

Unter Obama wurde ein sogenannter "National Defense Authorization Act" (NDAA) fabriziert und von ihm am 31.12.2011 unterzeichnet. Dieser hat unter anderem zur Folge:

- Das US-Militär darf zukünftig Angehörige jeglicher Nationalität irgendwo auf der Welt ergreifen und sie ohne Gerichtsverhandlung auf unbestimmte Zeit inhaftieren.
- Der US-Präsident kann ohne Begründung Staatsangehörige eines jeden Landes verhaften und lebenslang in Militärgewahrsam nehmen lassen (das kommt einem Freibrief zur Abschaffung jeglicher Haftprüfung gleich).

Von der Öffentlichkeit kaum bemerkt wurden in den vergangenen Jahren über 800 KZs in den USA von der FEDERAL EMERGENCY MANAGEMENT AGENCY ("FEMA") errichtet (sogenannte "FEMA-Camps") und mehrere Millionen Plastik-Särge angeschafft. In einen Sarg passen 3-5 Menschen. Selbst entsprechende Massengräber sind bereits ausgehoben worden. Bei Google-Earth findet man die "FEMA-Camps" über den Suchbegriff " FEMA Detention Camps". Sie liegen verstreut über das ganze Land. Im Frühjahr 2013 kaufte die sogenannte "Heimatschutzbehörde" 1,6 Milliarden Gewehrgeschosse. Besonders pikant: Bei der Munition handelt es sich um sogenannte Hohlspitzgeschosse. Solche Geschosse sind laut

internationalen Abkommen sogar bei Kriegen geächtet, wegen ihrer grauenvollen Verletzungen, welche praktisch immer einen qualvollen Tod zur Folge haben.[563,564]

Warum nun ausgerechnet die "Heimatschutzbehörde" so viel tödliche Munition braucht, können Denkfähige einfach und logisch herleiten. Es sind schlichtweg Vorbereitungen für Volksaufstände, zu denen es kommen dürfte, wenn die Maske fallen gelassen, und der ganze faschistische Charakter der "Neuen Weltordnung" offenbar wird.
Laut "Forbes" würden die 1,6 Milliarden Geschosse der "Heimatschutzbehörde" für einen 20jährigen Krieg ausreichen: In den USA Zum Vergleich: Im Irak-Krieg wurden "nur" 6 Millionen Geschosse verfeuert. Die FEMA-Verordnungen können die USA jederzeit in eine flächendeckende faschistische Maschinerie verwandeln.
Wenn ein US-Präsident den "nationalen Notstand" ausruft, dann erhält die FEMA die völlige Kontrolle über die Menschen.

FEMA ist dem "US-Heimatschutzministerium" unterstellt. Interessant sind die Ausführungsbestimmungen, die bereits zu den Erlassen beschlossen wurden. Im Detail liegt die Dramatik. So hat das Heimatschutzministerium für die Umsetzung der Internierungspläne bereits folgende exekutiven Anordnungen aktiviert:

Anordnung 10995:	Beschlagnahme aller Kommunikationsmedien in den USA
Anordnung 10997:	Abschaltung der Stromversorgung und Beschlagnahme aller Brennstoffe
Anordnung 10999:	Beschlagnahme aller Transportmittel
Anordnung 11000:	Einteilung der gesamten US-Bevölkerung in Arbeitsgruppen und der Bundesaufsichtsbehörde und gegebenenfalls unter Teilung der Familien gemäß den Plänen der US-Regierung
Anordnung 11001:	Beschlagnahme aller Gesundheits-, Erziehungs- und Fürsorgemittel
Anordnung 11003:	Beschlagnahme aller Flughäfen und Flugzeuge
Anordnung 11004:	Beschlagnahme aller Häuser und Finanzvollmachten, um Zwangsumsiedlungen zu ermöglichen
Anordnung 11005:	Beschlagnahme aller Eisenbahnlinien, aller inländischen Wasserwege und Vorratseinrichtungen
Anordnung 12656:	der nationale Sicherheitsrat hat das Recht, über notwendige Notstandsvollmachten zu entscheiden, so Verstärkung der inneren Überwachung, die Trennung von Gemeinden, Einschränkung der Bewegungsfreiheit für Einzelpersonen und Gruppen, Einsatz der Nationalgarde, um die Anordnungen mit Gewalt durchzusetzen. Es gibt insgesamt mehrere hundert Anordnungen, die sofort angewandt werden können.

Darüber hinaus genehmigen sich US-Präsidenten das Recht, jeden Menschen, den sie als Feind ansehen, ohne Gerichtsverfahren oder Anklage zu ermorden. Auf diese Weise hat beispielsweise Obama ("Friedensnobelpreisträger") in den vergangenen Jahren mindestens zehntausend Menschen umgebracht. [565,566,567]

Folglich braucht beispielsweise gegenwärtig in den USA nur irgendein unbedeutender Geheimdienst-Fuzzi behaupten, irgend jemand sei "terrorverdächtig", dann werden demjenigen lediglich auf der Basis dieses geäußerten Verdachtes sämtliche Rechte entzogen.
Er kann dann sofort umgebracht und auf unbestimmte Zeit eingekerkert werden Es kann ihm jeder Kontakt zur Außenwelt, somit auch zu einem Anwalt, versagt werden und er kann selbstverständlich gefoltert werden. Weiterhin betreiben US-Administrationen die Praxis der "außerrechtlichen Überstellungen". Es geht dabei um die Überstellung von Menschen, die durch das US-Militär oder Geheimdienste verhaftet wurden, zum Zwecke von Verhören und Folter in Drittländer. Weiterhin betreiben US-Administrationen Folter-KZs in aller Welt, von denen Guantanamo nur das bekannteste ist.[568]

Das Führerprinzip in den USA und der "westlichen Welt" verwirklicht. Eine weltweite linke Bewegung am Ziel!

Als Beispiel sei Zacarias Moussaoui genannt: Der sogenannte "20. Attentäter von 9/11" wurde wegen Mithilfe bei der Vorbereitung der Anschläge am 11.09.2001 in den USA angeklagt und im Mai 2006 zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilt. Er ist der Einzige, der je für die direkte Beteiligung an der

---

563 *"USA: FEMA-Camps, Millionen Särge, und Milliarden Gewehrkugeln"; MM-News vom 17.10.2013*
564 *Ralph Benko; "1.6 Billion Rounds Of Ammo For Homeland Security? It's Time For A National Conversation"; Forbes 11.03.2013*
565 *"Drohnenangriffe: Obamas unerklärter Krieg". In: Die Zeit. 01.12.2014*
566 *Herr über Leben und Tod; SZ Süddeutsche Zeitung 06.06.2012*
567 *Friedensnobelpreisträger prahlt gegenüber BeraternObama: „Ich bin echt gut darin, Menschen zu töten" Focus online 13.11.2015*
568 *Wolfgang Neskovic; "Der CIA-Folterreport: Der offizielle Bericht des US-Senats zum Internierungs- und Verhörprogramm der CIA"; Westend (19 Jan. 2015); ISBN-10: 3864890934; ISBN-13: 978-3864890932*

Verschwörung verurteilt worden ist. Bin Laden wurde nie wegen 9/11 gesucht, angeklagt oder in Abwesenheit verurteilt.
Laut US-Justizministerium wurde Moussaoui von der CIA. in Guantanamo 183 Mal durch Waterboarding gefoltert, bis er eine Beteiligung an 9/11 gestand. Wegen diesem "Geständnis" ging es bei seinem Prozeß nicht mehr um die Schuldfrage, die Staatsanwaltschaft mußte nichts mehr beweisen, sondern es ging nur noch um das Strafmaß.

Interessant die Fälle John Kiriakou, Thomas Drake, Shaimai Leibowitz, Stephen Jin-Woo Kim, Jeffrey Sterling, Bradley Manning und Edward Snowden.
Der ehemalige CIA-Mitarbeiter Kiriakou beispielweise hatte Reportern bestätigt, daß Wasserfolter ("Waterboarding") gängige Praxis war. Das brachte ihm zweieinhalb Jahre Haft ein.
Ex-CIA-Mann Sterling gab dem "New-York-Times"-Journalisten James Risen Informationen für dessen späteren Bestseller "State of War: The Secret History of the CIA and the Bush Administration". 2013 sprach ein US-Militärgericht den 25- jährigen Obergefreiten und Whistleblower Bradley Manning wegen "Spionage", schuldig. Das verhängte Strafmaß beträgt 35 Jahre Freiheitsstrafe. Manning war zuvor lange Zeit unter scharfen Bedingungen in Einzelhaft gehalten worden.
An Wikileaks hatte Manning während seiner Stationierung im Irak etwa 700.000, teils geheime Datensätze weitergereicht. Manning, so Assange, habe "Kriegsverbrechen" aufgedeckt. Man denke an das Video "Collateral Murder", bei WikiLeaks veröffentlicht am 5. April 2010.
Die US-Bürgerrechtsgruppe ACLU wirft der Obama-Administration vor, gezielt potentielle Whistleblower einschüchtern zu wollen, indem sie die Weitergabe von Informationen im öffentlichen Interesse als Spionage im Sinne eines entsprechenden Gesetzes von 1917 verfolgte.
Reporter ohne Grenzen sieht in dem Urteil gegen Manning einen "gefährlichen Präzedenzfall". Ein weiterer Fall: Edward Snowden. Der ehemalige technische Mitarbeiter der NSA hat enthüllt und tut es noch, in welchem Maße und mit welchen technischen Mitteln der Auslandsgeheimdienst der USA im Verein mit befreundeten Diensten die persönlichen Daten von US-Bürgern und Bürgern anderer Staaten ausspäht. Doch nicht ein etwaiger Mißbrauch seitens der NSA geriet damit ins Visier der US-Administration, sondern Edward Snowden.
Skandalös ist der Druck, den die USA auf Länder ausüben, die Snowden Asyl gewähren oder anderweitig helfen wollen. Das mußte der bolivianische Staatspräsident Evo Morales erfahren, als er Anfang Juli aus Moskau kommend und auf dem Weg nach La Paz zu einer unfreiwilligen Landung in Wien gezwungen wurde. Mehrere europäische Staaten, darunter Frankreich und Portugal, hatten der Präsidentenmaschine den Überflug verweigert, weil aus den USA die Order hierzu kam.
Der ehemalige NSA-Mitarbeiter und Whistleblower Thomas Drake meint Obama sei in dieser Hinsicht "schlimmer als Bush", die Amerikaner seien von ihm getäuscht worden.

Die wenigsten Menschen wissen, daß nirgendwo sonst in der Welt pro Kopf der Bevölkerung so viele Menschen im Gefängnis sind, wie in den USA (dem "Land of the Free"). Es ist wohl kein Zufall, daß man nirgendwo in der Welt leichter ins Gefängnis kommt als dort. In den USA sind Gefängnisse komplett privatisiert und richtige Fabriken. Es gibt Gefängnismessen, auf denen die Gefängnis-Unternehmer plausibel erklären, daß man viel billiger als in China produzieren könne, da eine Gefängnis-Arbeitskraft nur wenige Cent am Tag koste.
Unabhängig hiervon ist ein weiterer interessanter Punkt, daß in den USA derzeit 56 Millionen Menschen von Lebensmittelmarken abhängig sind.
Man bekommt staatliche Unterstützung dieser Art jedoch nicht, wenn man beispielsweise vorbestraft ist. Dann muß man eben hungern. Und wo in der Welt sind wohl pro Kopf der Bevölkerung die meisten Menschen vorbestraft? Natürlich in den USA. "Unsere amerikanischen Freunde" sind schon zu bewundern für ihre tollen, innovativen Resozialisationsansätze.
Ist doch interessant, daß die hochkarätigen Qualitätsjournalisten im "BRD"-System diese Neuigkeiten nicht präsentieren - oder?

Die USA werden von Niemandem in der Welt bedroht, insbesondere nicht von den Nachbarländern Mexiko oder Kanada. Im Grunde braucht man keine komplizierten wissenschaftlichen Abhandlungen über Mord und Totschlag der USA überall in der Welt. Ein Blick in die Wikipedia genügt:

- Geschichte der USA: Über 200 Jahre, über 200 Kriege;
- Geschichte der CIA.: über 60 Jahre über 60 Regime-Stürze,
- Die USA haben fast 1.000 Militärstützpunkte in der Welt.,
- Die USA sind in 156 Ländern militärisch präsent,
- Die USA haben jedes Menschheitsverbrechen begangen. Beispielsweise
    - Ausrottung der indigenen Völker,
    - Anwendung von biologischen und chemischen Massenvernichtungsmitteln auf die Zivilbevölkerung in Korea und Vietnam mit Schädigung der Menschen bis heute,
- Bomben auf Zivilsten (hunderttausende deutsche Ziviltote beim Feuersturm auf Dresden oder Hamburg
- Atombomben auf Zivilisten - Hiroshima und Nagasaki,
- Folter-KZs in aller Welt,

- Willkürliche Ermordung Tausender nach willkürlich zusammengestellten "Todeslisten",
- Verschuß von uranhaltiger Munition, wodurch ganze Länder auf Jahrtausende hin unbewohnbar werden.

Ein weiteres Beispiel für die moralische Verkommenheit des Gesellschaftssystems der USA ist die Todesstrafe, die dort auf die Bevölkerung bezogen in viel größerem Umfang angewendet wird als irgendwo sonst auf der Welt. In der Regel werden Mörder mit der Todesstrafe belegt. Mord bedeutet das Töten eines Menschen aus niederen Motiven heraus.
Tatsächlich wird die Todesstrafe auch nur aus niederen Motiven ausgeführt. Das Motiv hierbei ist Rache, die überall in der "westlichen Wertegemeinschaft" als niederes Motiv gilt. Schließlich hat noch niemand gesehen, daß durch die Ausführung einer Todesstrafe ein vorausgegangener Mord ungeschehen gemacht worden, und der Tote wieder aufgestanden wäre. Die Todesstrafe ist somit auch nur Mord. Damit machen die USA genau das, was sie Mördern vorwerfen. Tötung aus niederen Motiven.

Die USA sind das Aggressivste und Verbrecherischste in der Welt.

Fazit: So wie die Nationalsozialisten den Reichstagsbrand inszenierten, um einen Vorwand zu haben, Andersdenkende verschwinden zu lassen, zu foltern und umzubringen, ist der "11. September 2001" und der übrige "Krieg gegen den Terror" von den Herrschenden der "westlichen Wertegemeinschaft" inszeniert worden, um Andersdenkende verschwinden zu lassen, zu foltern und umzubringen und Kriege zu rechtfertigen.

US-Präsidenten beanspruchen, Ankläger, Rechtsanwalt, Richter und Henker in einer Person zu sein. Auf dieser Grundlage haben US-Präsidenten in den vergangenen Jahren Tausende Menschen per Todesliste ermordet. Damit ist die Gewaltenteilung in den USA aufgehoben und das Führerprinzip realisiert. Darüber hinaus unterhielt die Obama-Administration in allen möglichen Regionen dieser Welt Folter-KZs, nicht nur in Guantanamo.

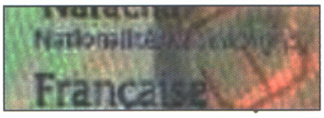
Die "westlichen Wertegemeinschaft" ist somit genau das, was uns allen in der Schule über das Hitler-Regime beigebracht wurde!

Mit Hilfe eines geheimdienstlich inszenierten "internationalen Terrorismus" sowie unter schamloser Ausnutzung des weltweiten Kriegszustandes und dem Titel der Hauptsiegermacht des Zweiten Weltkrieges, ist von US-Präsidenten in den vergangenen Jahren ein neues "Drittes Reich" geschaffen worden.
Eine seit Jahrzehnten weltweit agierende linke Bewegung hat offensichtlich ihr Ziel erreicht:

Wir alle leben längst in einem "Dritten Reich". Nur ist die Hauptstadt nicht Berlin, sondern Washington, der Führer heißt nicht Hitler, sondern zur Zeit Biden und das Territorium dieses "Dritten Reiches" ist nicht das des Deutschen Reiches, sondern jenes der USA und der gesamten "westlichen Welt" ("westliche Wertegemeinschaft").

11.7. Frankreich

Mit der sogenannten "Französischen Revolution" 1789 wurde die Monarchie beseitigt. Nach konservativer Staatsrechtslehre wurde damit der Staat in Gänze abgeschafft, da an der Spitze nicht mehr (juristisch betrachtet) ein Mensch steht sondern nur noch eine Person steht.
Auch in Frankreich ist die Entstaatlichung vorangegangen. In Reisepässen findet man nicht die Rubrik "Staatsangehörigkeit" (citoyenneté) sondern nur noch die Rubrik "Nationalität"



Reisepaß Französische Republik, Farbe rot, Erster Eintrag auf der Vorderseite das nichtstaatliche Konstrukt "Europäische Union" Eintrag der Staatsangehörigkeit auf der Innenseite nicht vorhanden, Rubrik >>Staatsangehörigkeit<< nicht aufgeführt, nur >>Nationalität<<. darunter "französische"

11.8. Rußland / Sowjetunion / Gorbatschow / Jelzin / Putin

Einer der größten Mythen der Zeitgeschichte ist, daß es in Rußland 1917 eine "bolschewistische Revolution" beziehungsweise ein "Volksaufstand" der "unterdrückten Massen" gegen die "verhaßte herrschende Klasse der Zaren" gegeben habe. Dies ist Propaganda-Unsinn. Die russische Revolution von 1917 war nur ein Putsch, die von der angloamerikanischen Hochfinanz geplant, finanziert und geleitet wurde.

Mitten im Krieg war Lenin (Peter Iljitsch Uljanow) aus dem Exil in der Schweiz mit zahlreichen Gefolgsleuten mit geheimdienstlicher Unterstützung durch Max Warburg, Geheimdienstchef in Deutschland, und Bruder von Paul Warburg, Hochfinanz-Bankier in New York, durch Deutschland hindurch geschleust worden. Am Abend des 03.04.1917 ist er auf dem Bahnhof in Petersburg eingetroffen, mit Koffern voller Geld, insgesamt 8 Mio. Goldmark, die er von Max Warburg erhalten hatte.

Der zweite russische "Revolutionär" damals war Leo Trotzki. Er wurde im Januar 1916 aus Frankreich ausgewiesen und ging in die USA. Er blieb für mehrere Monate.

Im Frühjahr 1917 verließ er die USA Richtung Petersburg mit Koffern voller FED-Dollar. Diese hatte er von dem Bankier Jacob Schiff, Chef der New York Investmentfirma Kuhn, Loeb und Co. Das Schiff machte einen Zwischenstop in Halifax (Kanada), die FED-Dollarbestände wurden bei ihm gefunden und Trotzki wurde verhaftet.

Viele Telegramme aus den unterschiedlichsten Quellen gingen plötzlich in Halifax ein, in denen seine sofortige Freilassung gefordert wurde. Trotzki hätte unter normalen Umständen Kanada nicht verlassen können. Erst als sich US-Präsident Wilson persönlich dafür einsetzte, daß Trotzki einen Diplomatenpaß der USA erhielt, durfte er mit den Geldkoffern der angloamerikanischen Hochfinanz weiterreisen (wir erinnern uns, Wilson, derselbe Präsident, der zuvor die Entstehung der betrügerischen Privatbank "Federal Reserve" ermöglicht hatte).

Jacob Schiff (1847-1920) war seit 1885 Chef der New York Investmentfirma Kuhn, Loeb und Co. Er war einer der wichtigsten Unterstützer der Bolschewistischen Revolution und finanzierte Trotzkis Reise von New York nach Rußland. Er war ein wesentlicher Faktor für Woodrow Wilson bei den Präsidentschaftswahlen und ein Fürsprecher für die Durchführung des Federal Reserve Act.

Jakob Schiff war Begründer der "Anti-Defamation League" der "B'nai B'rith" und über seine Tochter mit der Familie Warburg verschwägert

Paul Warburg war maßgeblich in die Gründung der amerikanischen Federal Reserve Bank involviert. Gleichzeitig zog sein Bruder, der Reichsbankdirektor Max Warburg die Fäden beim kaiserlichen deutschen Geheimdienst und stand der deutschen Verhandlungsdelegation in Versailles vor.

Sowohl Schiff als auch die Warburgs machten ihre Banklehre im Hause Rothschild. Bereits Jakob Schiffs Vater war beruflich für die Rothschilds tätig.

So wie 2014 in der Ukraine gleich nach dem Putsch alles Gold in die USA abtransportiert wurde, wurde dies auch mit dem Putsch in Rußland 1917 durchgezogen. Das gesamte Gold der Zarenfamilie wurde von den "Revolutionären" beziehungsweise Putschisten Lenin und Trotzki an die Finanz-Verbrecher Rothschild & Co. in die USA verschifft. Insgesamt ergab sich ein Wert von 300 Mio. FED-Dollar (dies sind die Werte von 1920!) Einer der größten Raubzüge des zwanzigsten Jahrhunderts!

Die Schiffsfrachten wurden eifrig von der Jacob Schiff (SCHIFF, KUHN & LOEB-COMPANY) koordiniert, und eingelagert wurden sie dann schließlich bei MORGAN´S GUARANTY TRUST COMPANY.

Um die rechtmäßigen Eigentümer dieses Goldes für immer davon abzuhalten, ihre legitimen Forderungen gegenüber der angloamerikanischen Hochfinanz geltend zu machen, wurde die gesamte Zarenfamilie auf Geheiß von Rothschild & Co. acht Monate nach dem bolschewistischen Putsch unter dem Kommando des russischen Zionisten Jakov Jurovsky ermordet.

Man kann mit Fug und Recht behaupten, daß die Sowjetunion und der gesamte "Ostblock" von der angloamerikanischen Hochfinanz installiert und finanziert wurden. Die Sowjetunion und der spätere "Ostblock" waren nichts weiter als Rothschildsche Gesellschaftsexperimente im Rahmen der globale kommunistische Langzeitstrategie. Aus diesem Grunde hatte man auch die rote Fahne als Zeichen für den Internationalismus und linken Faschismus gewählt. Als Sinnbild für das Rote Schild des Hauses Rothschild.

Gorbatschow

Gorbatschow hatte die Hauptarbeit am Untergang der Sowjetunion geleistet. Er hat zugleich die Vorarbeit für Jelzin geleistet, der den vollständigen Ausverkauf Rußlands an westliche Konzerne und inländische Oligarchen betrieben hat. Natürlich zu Lasten der einfachen Leute.

In den sechs Jahren, in denen er die Sowjetunion lenkte, stiegen die Auslandsschulden der UdSSR um den Faktor 5,5, während die Goldreserven um den Faktor 11 abnahmen. Das waren nur die sichtbarsten Resultate der Aktivitäten Gorbatschows gegen den Staat.

Rußland unter Jelzin

Zusammen mit Gorbatschow spielte Jelzin eine wichtige Rolle bei der Auflösung der Sowjetunion im Jahre 1991. Dieses Ereignis hatte katastrophale Auswirkungen für die Menschen in der Sowjetunion, seriöse

Schätzungen gehen davon aus, daß 12 Millionen Menschen durch hiermit verbundene Armut indirekt ums Leben kamen.
Weder über die Entscheidung, die UdSSR aufzulösen, noch über das Programm der Restauration des Kapitalismus fand eine öffentliche Debatte statt. Es wurde kein demokratischer Beschluß gefaßt, weder durch einen Volksentscheid, eine Nationalversammlung noch durch eine Abstimmung im russischen Parlament.

Unter Jelzin haben 10.000 US-amerikanische "Berater" auf allen Ebenen der Verwaltung gearbeitet. Es wurden auf diese Weise die wichtigsten Punkte der Verfassung, die wichtigsten Gesetze und die gesamte Verwaltungsstruktur von den USA gestaltet. "Rußland made in USA" sozusagen. Im Anschluß an diese Ereignisse wurde eine neue Verfassung verfügt, die dem Präsidenten praktisch unbeschränkte Vollmachten verlieh und das Parlament weitgehend entmachtete. Auf dieser Grundlage legitimierte Jelzin praktisch den Ausverkauf des russischen Volksvermögens an die Oligarchen zu Spottpreisen.

Unter Jelzin sind 262 sogenannte "Production Sharing Agreements" (PSA) in Kraft gesetzt worden. Durch Tricks der jeweiligen Vertragsgestaltung wurde sichergestellt, daß die Russische Föderation keinen Cent bekam von den Erlösen aus der Förderung von Rohstoffen auf ihrem Territorium durch ausländische Firmen. Die Rohstofffördergebiete standen sogar unter ausländischer Jurisdiktion. Westliche Förderfirmen haben die Unkosten künstlich und verschwenderisch in die Höhe getrieben, nur um zu verhindern, daß die Russische Föderation von den Erlösen etwas bekommen konnte.

Die Verelendung von Millionen und der enorme Transfer von Reichtum in die Hände einer Gangsterclique, die die Jelzin-Regierung unterstützte, hat laut Forbes-Liste über 60 russische Milliardäre hervorgebracht, ganz zu schweigen von den Zehntausenden neuer Millionäre.

Putin
Im Jahre 2003 wurde unter Putin die Entscheidung getroffen, die "Production Sharing Agreements" (PSA) und die entsprechenden Gesetze aufzuheben. Ab dann kamen die Erlöse aus der Rohstoffförderung der Russischen Föderation zugute. Der Staatshaushalt erhöhte sich danach auf das drei- bis vierfache, wodurch wieder menschenwürdige Renten gezahlt werden, und soziale Projekte angegangen werden konnten. Zudem hat Putin sich persönlich für den Erhalt zahlreicher bedeutsamer Hochtechnologie-Unternehmen eingesetzt. Deren Liquidierung war zuvor durch "Reformer" und "westliche Investoren" beschlossen und vorangetrieben worden. Durch all diese Maßnahmen hat er natürlich den Hass der Machthaber der "westlichen Wertegemeinschaft" auf sich gezogen.

Die angebliche "sozialistische Revolution" 1917 in Rußland war nichts weiter als ein Putsch. Dieser Putsch war gelenkt und finanziert von der angloamerikanischen Hochfinanz. Lenin und Trotzki waren die Geldnehmer und die Angestellten von Rothschild - das ist alles. Ihre Aufgabe war es zu allererst, gegen die Zarenfamilie zu putschen und deren Gold in die USA zu verschiffen, wo es in den privaten Taschen von Rothschild und Co. verschwand. Die ganze Sowjetunion war nichts weiter als ein Konstrukt von Rothschild. Die internationale Hochfinanz hat die stalinsche Sowjetunion mit Geld vollgepumpt und für Waffen- und Konsumgüterlieferungen aus den USA gesorgt, damit sie sich an der Ausrottung der deutschen Völker im sogenannten "zweiten Weltkrieg" massiv beteiligen konnte.

Vor nicht allzu langer Zeit wurden uns von den Mainstream-Massenmedien in niederträchtigster Kriegspropaganda-Manier Assad, Hussein und Gaddafi als Aggressoren verkauft, während ihre Länder von den USA und westlichen NATO-Ländern zurück in die Steinzeit gebombt wurden, mit hunderttausenden Toten. Heute erleben wir eine Umkehrung. In den Mainstream-Medien wird der Aggressor gefeiert, wenn er USA / NATO heißt, heißt der Aggressor Russische Föderation, wird er propagandistisch mit Dreck beworfen. Doppelstandard und Doppelmoral! Wenn zwei das Gleiche tun, ist es in der Propaganda der Mainstream-Massenmedien nicht dasselbe.

1990 wurde bei den Verhandlungen um den "2+4 Vertrag" unter anderem versprochen, das es keine NATO-Osterweiterung geben würde. Dieses Versprechen wurde neben dem damaligen US-Außenminister Baker auch vom "BRD"- " Außenminister " Genscher gegeben.
Nur wenige Jahre später wurde die Abmachung mit Füßen getreten: 1999: Polen, Tschechien und Ungarn, 2004: Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Rumänien, Slowakei und Slowenien, 2009: Albanien und Kroatien, 2017: Montenegro, 2020: Nordmazedonien
Durch die völkerrechtswidrigen Angriffskriege gegen Jugoslawien, Afghanistan, Irak, Syrien und Libyen (jeweils ohne Mandat des UNO-Sicherheitsrates und damit auch entsprechend den Regeln des Systems ganz klar illegal) ist offensichtlich, daß die NATO ein reines, auf Expansion ausgerichtetes Aggressions-Bündnis ist, welches sich an keine Verträge oder Zusagen hält. Aus einer NATO-Ausdehnung auf die Ukraine würden der Russischen Föderation existentielle Sicherheitsprobleme entstehen, da eine Vorwarnzeit für taktische und strategische Angriffswaffen nicht mehr gegeben wäre. Im März 2018 wurde der Ukraine seitens der NATO offiziell der Status eines "Beitrittskandidaten" gegeben.

Die USA haben sich im Jahre 1963 auch nicht gefallen lassen, daß die Sowjetunion auf Kuba Mittelstreckenraketen stationiert hat…

Es ist offensichtlich, daß der Krieg der Russischen Föderation gegen die Ukraine formal rechtswidrig ist. Die Politische Verantwortung tragen hierfür jedoch zu 100 Prozent die Verbrecher der USA / NATO.

Im Februar 2015 veranstaltete der US-Amerikanische Think-Tank "Chicago Council on global affairs" eine Konferenz, in der es auch um den Ukraine-Konflikt ging. Am 04.02.2015 hielt auch der Direktor der renommierten Denkfabrik "STRATFOR" eine Rede. George Friedman stellte dabei sein englischsprachiges Buch "Flashpoints: The Emerging Crisis in Europe" vor. Sein Vortrag enthält einige interessante Enthüllungen.

Rechts: "STRATFOR"-Direktor George Friedman am 04.02.2015 vor dem Chicago Council on global affairs.

Friedman: ***"Die USA haben das fundamentale Interesse, alle Ozeane der Welt zu kontrollieren. Keine andere Macht hat das jemals getan. Aus diesem Grunde intervenieren wir weltweit bei den Völkern, aber sie können uns nicht angreifen. Das ist eine schöne Sache".***

Die Aufrechterhaltung der Kontrolle über die Ozeane und des Weltalls bildet die Grundlage der weltpolitischen Macht der USA. "Der beste Weg die feindliche Flotte zu besiegen ist zu verhindern, daß diese gebaut wird" so Friedman.

11.9. Israel / Judentum / Zionismus

Voltaire: "Um zu erfahren wer über Dich herrscht, finde einfach heraus, wen Du nicht kritisieren darfst!"

Alle Ideologien dürfen offen kritisiert, in Frage gestellt und analysiert werden. Doch gibt es eine Ausnahme: Den Zionismus. Jede Kritik am Zionismus wird als "Antisemitismus" abgetan. Israel ist sakrosankt, eine heilige Kuh, an der jedwede Kritik verpöhnt ist.

Links: Voltaire (1694-1778)

Zunächst ist festzustellen, daß das heutige Israel aus einer zionistischen Bewegung hervor ging, die mit Judentum nichts zu tun hat. Zionismus ist eine Form der "Umvolkung". Zionismus heißt Landnahme durch eine eindringende Ethnie und die allmähliche enthnische Säuberung und Ausrottung des einheimischen Volkes. Damit ist Zionismus per se ein Verbrechen. Diese für Jedermann offensichtliche Tatsache offen auszusprechen ist im Rothschildschen Verwaltungskonstrukt "BRD" natürlich unerwünscht.

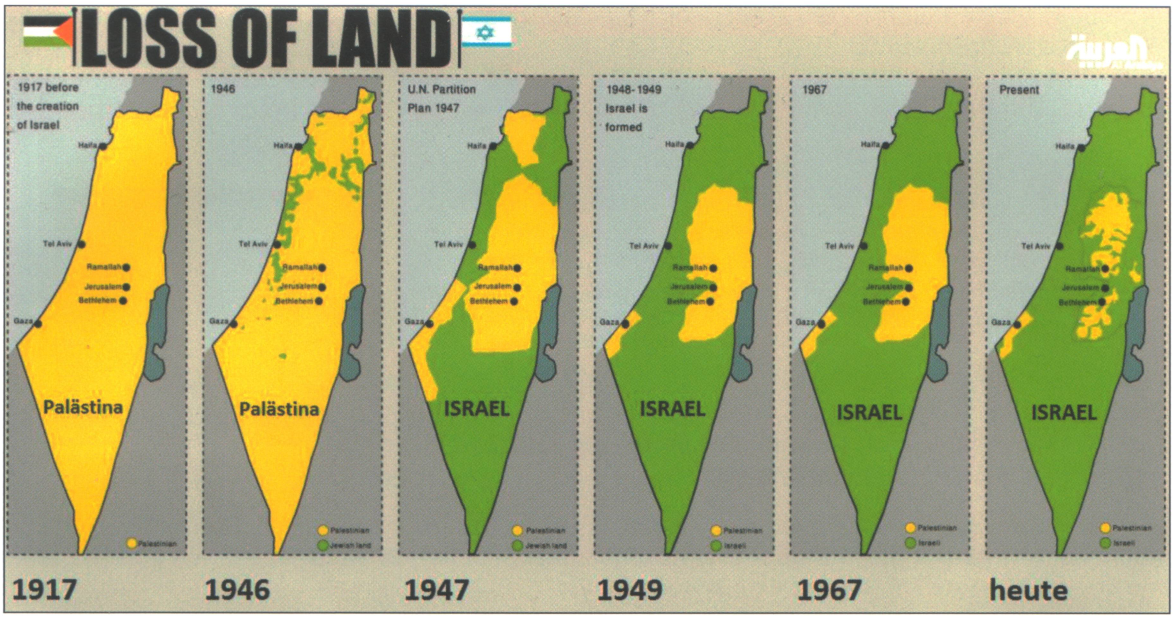
Die einzige Legitimation für das heutige Israel ist die "UN"-Resolution 181 (II) vom 29.11.1947. In dieser ist bestimmt, daß es zwei Staaten in Palästina geben solle. Die jüdische Seite sollte 56 Prozent, die arabische Seite 44 Prozent des Gebiets erhalten.

Da das Recht der UN lediglich Kriegsrecht und kein Völkerrecht ist, hat das heutige Israel keine völkerrechtliche Legitimation. Es ist somit kein Staat, sondern bestenfalls ein Pseudo-Staat. Mit Beendigung des weltweiten Kriegszustandes wäre es gänzlich illegal, weshalb in der Rothschildschen "BRD"-Propaganda gebetsmühlenartig immer wieder das "Existenzrecht Israels" als religiöses Dogma beschworen wird. Dies ist sehr merkwürdig, da das Existenzrecht eines legitimen Staates selbstverständlich sein müßte. Die gebetsmühlenartige Propaganda für ein "Existenzrecht Israels" ist ein starkes Indiz dafür, daß den Machthabern die Illegalität dieses Gebildes wohl bewußt ist. Zudem ist dieses Dogma natürlich wichtig, damit gar nicht erst jemand auf die Idee kommt, dieses Konstrukt zu hinterfragen.

Es erscheint interessant, was sich Israel alles so herausnehmen kann, ohne daß es als "Schurkenstaat" mit Krieg überzogen wird, wie etwa Libyen, Irak oder Syrien. Zum Landraub mit schleichender ethnischer Säuberung kommen alle Arten von Lagerhaft für Palästinenser, Mord an Führern des Widerstandes, Anschläge auf Infrastruktur und jede Kategorie von Folter.

Israel zeigt ein systematisches Vorgehen, die palästinensische Gesellschaft zu zerstören. Es geht dabei in drei Stufen vor: Die erste ist die Zerstörung der wirtschaftlichen Infrastruktur der palästinensischen Gebiete, die weitgehend von der Landwirtschaft und früher auch vom Tourismus geprägt war. So zerstören die israelischen Soldaten vorwiegend neu gebaute Touristenhotels. Im Rahmen dieser Strategie sind in weiten Gebieten Oliven- und Zitrusbäume gefällt oder einplaniert worden. Die zweite Stufe besteht in der Zerstörung der Instrumente der Palästinensischen Autonomiebehörde, nämlich des Polizei- und Sicherheitsapparates. Israel zerstört immer wieder Polizeistationen der Autonomiebehörde. Drittens ist die israelische Regierung dabei, die palästinensische Führung zu eliminieren und zu liquidieren.

Ohne Führung, ohne wirtschaftliche Grundlagen, ohne die Organe der Palästinensischen Autonomiebehörde für die öffentliche Sicherheit sind staatliche Strukturen unmöglich.



Israels Gebietsraub über die Jahrzehnte hin, Zionismus - ein Verbrechen an sich!

In der Rothschildschen "BRD"-Propaganda wird uns immer wieder vorgelogen, die jüdische Einwanderung und die Gründung Israels sei eine Art "Volksbewegung" gewesen.
Dies ist natürlich Propaganda-Unsinn. Ohne die Billionen, die Rothschild durch die Gründung der Federal Reserve 1913 aus dem NICHTS generieren, und nach Israel transferieren konnte, wäre Israel niemals möglich gewesen.

Tatsächlich war die Gründung Israels nicht eine Volksbewegung sondern ohne den gigantischen, von Rothschild gesteuerten Finanzstrom nach Palästina überhaupt nicht denkbar:
Schon vor etwas über einem Jahrhundert engagierte sich der britische Rothschild-Zweig in der Nahostfrage und förderte die jüdische Einwanderung ins – damals türkisch beherrschte – Palästina tatkräftig. Die frühen Zionisten entdeckten zu ihrer Verblüffung, daß Palästina tatsächlich von einem palästinensischen Volke bewohnt wurde und daß dieses der jüdischen Invasion mit wachsender Sorge gegenüberstand.

Derek Wilson meint dazu: [569]

"In Anbetracht all dieser Schwierigkeiten überlebte der palästinensische Jude – sofern er überhaupt überlebte – lediglich dank ständiger finanzieller Unterstützung seitens wohlbetuchter Juden im komfortablen Westen."

Der bekannte Betrugsbanker Rothschild setzte sein ergaunertes astronomisches Vermögen für die Bildung einer "nationalen jüdischen Heimstätte" in Palästina ein. Rothschild hatte einen Sitz im britischen Oberhaus und galt als Geldgeber für die Kolonisierung Palästinas.
Dies ist der Hintergrund, vor dem die sogenannte Balfour-Deklaration vom November 1917 zu sehen ist. Nach eifriger Werbearbeit seitens Rothschilds erhielt dieser am 02.11.1917 folgenden vertraulichen Brief vom britischen Außenminister Balfour: [570]

"Lieber Lord Rothschild,
Im Namen Seiner königlichen Majestät habe ich das große Vergnügen, hinsichtlich der jüdisch-zionistischen Bestrebungen folgende Sympathieerklärung abzugeben, die dem Kabinett vorgelegt und von diesem gutgeheißen worden ist:
Die Regierung Seiner Majestät blickt wohlwollend auf die Bemühungen, in Palästina eine nationale Heimstatt für das jüdische Volk zu errichten, und wird diese Bemühungen unterstützen, wobei nichts getan werden darf, das die Interessen der nichtjüdischen Gruppen in Palästina oder die Rechte und den Status verletzt, den die Juden in irgendeinem anderen Land innehaben.
Ich bin Ihnen zu Dank verpflichtet, wenn Sie den Inhalt dieser Erklärung dem Zionistischen Bund zur Kenntnis bringen.
Ihr ergebener Arthur James Balfour."

An dieser "Balfour-Deklaration" ist bemerkenswert, daß sie an den "Lieben Lord Rothschild" adressiert ist. Offenbar war die zionistische Kolonialisierung des nahen Ostens eine Privatsache von Rothschild.

---

569 *Dreek Wilson: "Rothschild - A Story of Wealth an Power; 3rd impression (15.09.1988); ISBN-13: 978-0233979991*
570 *Dokument: Die Balfour-Deklaration (1917); Wiener Zeitung; 26.06.2014*

Bemerkenswert ist weiterhin, daß die britische Regierung Rothschild ein Land in Aussicht stellt, nämlich Palästina, worüber sie kein Verfügungsrecht besaß.
Heute ist der Zionismus keinesfalls bloß auf den Zionistenstaat Israel begrenzt. Der Zionismus ist heute vielmehr eine weltumspannende Ideologie und linke politische Bewegung. Es geht um ständige "Umvolkung" und Zerstörung von Ethnien.

Praktisch alle Juden sind friedfertig, wünschen sich eine friedliche Welt und lehnen die Schandtaten der israelischen und US-Regierung sowie die Hetzkampagnen diverser Interessengruppen ab. Dies belegt die Friedensbewegung und Wehrdienstverweigerung in Israel. Viele deutsche Juden stehen den Hetz- und Jammerkampagnen des deutschen Zentralrats der Juden kritisch gegenüber schreibt der Economist schon im Mai 2002.

In der Welt gibt es rund zwölf Millionen Juden. Angenommen, alle 5.000 Insider seien Juden (was nicht stimmt, z.B. ist die Rockefeller Familie nicht jüdisch, gehört aber zu den Top- Insidern), und weitere 95.000 informierte und einflußreiche Mitläufer (z.B. Redakteure, Professoren, Kritiker, Richter, Staatsanwälte, Lektoren, "Experten", Abgeordnete, Lobbyisten, Schriftsteller, Filmemacher, Militärberater etc.) gehören weniger als 1% aller Juden zur Zionisten-Elite, und 99%, die überwiegende Mehrheit, folglich nicht. Wer dies nicht differenziert, läuft direkt in die aufgestellte Falle und spielt so letztendlich in die Hände der Machthaber. Daß "den Juden" Weltkontrollabsichten oder Verschwörungen unterstellt werden, ist genau die Absicht dieser Machthaber. Wer nämlich eine "jüdische" Weltkontrolle auch nur andeutet, wird sofort als "Antisemit" diffamiert.
Natürlich sind es nicht "die Juden" sind, sondern die kleine (aber mächtige) Extremisten- und Ausnahmegruppe von "Zionisten". Man kann nur als "Antisemit" diffamiert werden, weil die meisten Menschen überhaupt nicht wissen, was der Unterschied zwischen einem Zionisten und einem Juden ist, und daß es überhaupt einen Unterschied gibt. Die Drahtzieher können sich so hinter einer Burgmauer verstecken, die heute niemand mehr ungestraft übersteigen darf. Sie können daher sicher und unerkannt operieren.

Zionisten behaupten, sie seien Juden, um den sachlichen Kritikern ihres Herrschafts- und Verbrechersystems unsachlicherweise "Judenfeindlichkeit" oder "Antisemitismus" zu unterstellen. Die Zionisten brauchen damit einen "Antisemitismus" als ständige Bedrohung "aller" Juden, um durch diese virtuelle "Gefahr", durch dieses "alle sind gegen uns", die Juden weltweit missbräuchlich unter zionistischer Führung zu vereinen, und Kritiker als "judenfeindlich" oder "antisemitisch" zu diffamieren.

Wer Zionisten und deren Verbrechen sachlich kritisiert, wird als "Antisemit" diffamiert, obwohl er tatsächlich nur antizionistisch ist. Juden, die das Verbrechen des Zionismus kritisieren (wie z.B. Noam Chomsky), und als Jude nicht als "judenfeindlich" abserviert werden können, werden als "selbsthassend" für "verrückt" erklärt. Zionistische Organisationen geben sich deshalb immer als "jüdisch" aus, aber nie als "zionistisch". In den "BRD"- Massenmedien wird der Begriff "Zionist" fast nie erwähnt oder nur mit positiver Anhaftung. Die breite Masse kennt daher keine Zionisten, sondern nur Juden. Und die dürfen nicht kritisiert werden.

Zionismus hat mit Judentum oder sonstiger Religion nichts zu tun. Wir haben es gegenwärtig in der Welt nicht mit einer jüdischen Agenda sondern mit einer zionistischen (Völkermord- und Umvolkungs-) Agenda zu tun. Die Gründung Israels war keine "Volksbewegung" sondern ein Rothschildsches Geschäft. Nach Gründung der Federal Reserve verfügte Rothschild über unbegrenzte Geldmittel, wodurch er Billionen von FED-Dollar nach Palästina zur Kolonisierung des Nahen Ostens leiten konnte. Die Gründung Israels war eine geostrategisch angelegte Aggression, die die Übernahme des gesamten mittleren Ostens einleitete. Mit dem Pseudo-Staat "Israel" haben Rothschild & Co. ein perfektes (weil staatlich organisiertes) Rückzugsgebiet für Hochfinanz-Verbrecher und ihre Büttel in aller Welt geschaffen. Der von der angloamerikanischen Hochfinanz über Hitler finanzierte und initiierte "Holocaust" war das perfekte Instrument, den nahen Osten zu kolonisieren und nichtjüdische Deutsche gegen das Judentum auszuspielen, so wie Russen gegen Deutsche von der angloamerikanischen Hochfinanz permanent ausgespielt werden.

Firmenlogo der Firma "EU" mit 12 Pentagrammen als Symbol für die "zwölf Stämme Israels" und das angeblich "auserwählte Volk Gottes"

Sechseckiges Symbol der "Weimarer Republik", von der "BRD" ebenfalls verwendet.

Nicht nur der Pseudo-Staat "Isreael" sondern auch die Kolonialverwaltungen "Weimarer Republik" "Drittes Reich" "DDR", "BRD" und "EU" sind Gründungen Rothschilds. Nicht ohne Grund wurde das "Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland" in der "Villa Rothschild" im Taunus fabriziert ...[571]

"Die Zwölfzahl der Sterne ist ein Hinweis auf die zwölf Stämme Israels und somit auf das auserwählte Volk Gottes."[572]

---

[571] *"Villa Rothschild – Die Wiege der Bundesrepublik", Die Welt, 20.05.2009*

12. Zusammenfassung

Alle Bediensteten des "BRD"-Systems sind hiermit aufgerufen, in den Bereichen, in denen politisch Mißliebige geschädigt werden sollen, sich dem System zu verweigern. Dies ist unter Umständen möglich, auch ohne daß man sich in Gefahr bringt. Schließlich haben viele nicht nur sich selbst sondern auch ihren Familien gegenüber Verantwortung. In der Haager Landkriegsordnung zu lesen:

HLKO Dritter Abschnitt. Militärische Gewalt auf besetztem feindlichen Gebiete
Art. 45 "Verbot des Zwanges zum Treueid".

"Es ist untersagt, die Bevölkerung eines besetzten Gebiets zu zwingen, der feindlichen Macht den Treueid zu leisten."

Damit sind alle Eide auf das "Grundgesetz" (Besatzerrecht) automatisch illegal und ungültig.
In Betracht kommt möglicherweise

- **Remonstration**
- **heimliches Schreddern von Akten**
- **unauffälliges Löschen von Dateien**
- **"Dienst nach Vorschrift"**
- **Nutzung vorgegebener Entscheidungsspielräume**
- **Krankmeldung vor abzusehenden Schikane- und Terroraktionen des faschistischen "BRD"-Systems zu dienen man als "Polizist" mißbraucht werden soll.**

Mit Sicherheit gibt es im System viele solcher "stillen Helden", die auf diese Weise schon Schaden von den deutschen Völkern abgewendet haben und die hierfür nirgends eine Anerkennung erfahren konnten. Dabei ist es wichtig, daß diese Menschen mehr werden und ihren Mut nicht verlieren.

Es wird eines Tages darauf ankommen, daß Menschen mit Gewissen dafür sorgen, daß nicht auf das Volk geschossen wird und daß das Volk vor den 100.000 Verbrechern geschützt wird, die mit Hilfe von Merkels Außerkraftsetzung der Grenzkontrollen durch die CIA eingeschleust wurden.

Letztlich ist jeder gefordert, das zu tun, was er tun kann, um hieran mitzuwirken. Dies ergibt sich aus der besonderen Loyalitätspflicht, die man als Staatsangehöriger nun einmal gegenüber seinem Staat hat. Es gilt also, Verantwortung für unser Gemeinwesen zu übernehmen und aktiv zu handeln.

Erinnert sei an Artikel 74 der Verfassung des Deutschen Reichs vom 16.04.1871:

"Jedes Unternehmen gegen die Existenz, die Integrität, die Sicherheit oder die Verfassung des Deutschen Reichs ..... werden ..... bestraft ....."

Das Ziel muß ein wirklich demokratisches, rechtsstaatliches souveränes und außenpolitisch neutrales Gemeinwesen sein. Darüber hinaus muß das Hoheitlichste, was ein Staat haben kann, nämlich die Macht und Kontrolle über das Finanzsystem, aus den Händen von mafiös organisierten Privatleuten zurück unter die Kontrolle des legitimen Gemeinwesens, das heißt des Staates gebracht werden.

Die wohl beste Staatsform die wir kennen, ist die einer konstitutionellen Monarchie. In sogenannten "Demokratien" kommen durch den entsprechenden Ausleseprozeß nur die gerissensten, verkommensten und gewissenlosesten Elemente nach oben, die am besten Lügen und Betrügen können. In der sogenannten "Demokratie" denken Politiker nur bis zur nächsten Wahl, wobei sie bis dahin alle Geschäftsabschlüsse zum Wohle ihrer Klientel und deren Lobbyisten erledigt haben müssen, da sie nicht sicher sein können, daß sie wiedergewählt werden. Schließlich war die Zeit zwischen 1871 und 1914 eine Blütezeit in Deutschland.
Aber letztlich sollen und müssen die deutschen Völker selbst entscheiden und zwar in freier Selbstbestimmung.

Die Zeit der Rechtlosigkeit, Bevormundung und Versklavung durch die Besatzungsmächte über das "BRD"-System muß ein Ende haben! In Zeiten wie diesen sind 10 Menschen, die aktiv werden und ins Handeln kommen und an der Wiederherstellung der Handlungsfähigkeit der staatlichen Strukturen mitarbeiten, gewichtiger als Tausende interessierte Beobachter.
Die oberen Vertreter des "BRD"-Systems haben die Deutschen Völker im Auftrag der Besatzer dazu erzogen, ihre Stimme abzugeben und sich sehenden Auges bevormunden und betrügen zu lassen. Damit muß ein für allemal Schluß sein!

13. Mögliche Wege aus der Misere

Wer Aufklärungsarbeit leistet, ohne einen Ausweg aufzuzeigen, arbeitet für das System, wissentlich oder unwissentlich. Der dahinterliegende psychologische Mechanismus führt dazu,

---

[572] *Die Welt vom 26.09.1998 Seite 12*

daß Menschen sich an die Inhalte alternativer Informationen gewöhnen, und sich gleichzeitig daran gewöhnen, alles in ihrem Leben so weiterzumachen wie bisher. Das hat für die Betreiber des Systems den Vorteil, daß sie keine Energie mehr aufwenden müssen, um Menschen zu manipulieren, um alte Lügen mit neuen Lügen zu decken etc. Die Betreiber des Systems können ihre Verbrechen offen begehen, es machen ja weiterhin alle mit.
Grundsätzlich muß niemand begründen oder sich dafür rechtfertigen, weshalb er auf die Einhaltung des gültigen Rechts beziehungsweise der verfassungsmäßigen Ordnung besteht.
Umgekehrt müssen sich jedoch Leute rechtfertigen, weshalb sie sich nicht an das gültige Recht halten oder die verfassungsmäßige Ordnung mit Füßen treten.

Wir alle sind in unserer Kindheit verschiedentlich mit falschen Glaubenssätzen konfrontiert worden. Eine der falschesten Glaubenssätze war der Satz: "Wissen ist Macht!".
Das einzige was einem Macht gibt ist das eigene Tun.
Das illegale "BRD"-Besatzersystem ist nachweislich antidemokratisch, sozialistisch, faschistisch und kulturbolschewistisch. Es ist politisch nicht reformierbar und juristisch nicht heilbar. Es ist strukturell und funktionell darauf ausgerichtet, den deutschen Völkern den maximal möglichen Schaden zuzufügen. Jeder Staatsangehörige entsprechend RuStAG von 1913 hat nicht nur das Recht, sondern die Pflicht, dem illegalen, verbrecherischen "BRD"-System den maximal möglichen Widerstand entgegenzusetzen beziehungsweise die Beseitigung des "BRD"-Systems mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln voranzubringen. Weiterhin sind die von "BRD"-Funktionärsbonzen begangenen Verbrechen juristisch aufzuarbeiten. Dies geht natürlich nicht vor privaten Schiedsgerichten des "BRD"-Systems sondern nur vor Staatsgerichten. Staatsgerichte können nur von Staatsangehörigen beitrieben werden. Ein weiteres vorrangiges Ziel muß der restlose Abzug aller Besatzertruppen, insbesondere des US-Militärs aus Deutschland sein.

In den vergangenen Jahren haben "BRD" Akteure vielfach gezeigt, daß sie sich nicht an ihre eigenen Regeln halten. Insoweit kann man Menschen im System nicht dazu raten, individuelle Grabenkämpfe mit den Stellen des "BRD"-Systems aus der Rechtsposition eines Staatsangehörigen zu führen. Wer die Zeit und Energie hierzu hat, möge das tun. Durch individuelle Grabenkämpfe kann ein Einzelner vielleicht Zeit gewinnen, wenn es jedoch keine gesamtgesellschaftliche Lösung gibt, werden wir alle in der faschistischen NWO untergehen. Insoweit ist der einzig sinnvolle Weg die Reorganisation unserer staatlichen Gemeinden und im nächsten Schritt die Reorganisation des jeweiligen Bundesstaates und hiernach die Reorganisation des Reichs.

Wir kommen an der Wiederherstellung unserer verfassungsmäßigen Ordnung im Rechtsstand von 1914 nicht vorbei. Wenn wir komplett neue Gebietskörperschaften in Deutschland gründen, ohne an den Rechtsstand von 1914 anzuknüpfen, verlieren wir den Kontakt zu unsere Bodenrechten und begehen Verfassungshochverrat. Erst nach Reorganisation der legitimen Gebietskörperschaften im Rechtsstand vom 30.07.1914 gemäß unserer verfassungsmäßigen Ordnung können wir in freier Selbstbestimmung unser Recht und unser Rechtssystem weiterentwickeln.

An die Zeit der konstitutionellen Monarchie, an diese Blütezeit der deutschen Völker, gilt es wieder anzuknüpfen. Ob wir heute dafür noch einen Adel brauchen sei dahingestellt. Es muß endlich den Deutschen Völkern möglich werden, hierüber in freier Selbstbestimmung selbst zu entscheiden.
Was wir auf jeden Fall brauchen ist Rechtsstaatlichkeit, Souveränität und außenpolitische Neutralität. Was es auf diesem Wege am wenigsten braucht ist eine "Internationale Hochfinanz".
Hierfür müssen wir uns von der "BRD"-Besatzerpropaganda befreien, durch die wir von unseren historischen Wurzeln seit Jahrzehnten gezielt abgeschnitten wurden. Hierfür müssen wir uns auch von den religionsähnlichen Schuldkonzepten befreien, durch die wir in einem geistigen Gefängnis gehalten werden. Aufgrund der Digitalisierung und den sich daraus ergebenden Möglichkeiten der Überwachung und Terrorisierung von Menschen brauchen wir ein Gesellschaftssystem, in dem die Privatsphäre des Einzelnen absolut Tabu ist und die Arbeitsweise des sogenannten "Staates" absolut transparent sein muß. Gegenwärtig sind die Verhältnisse genau umgekehrt.

Keine Hilfe durch Dritte

Von geheimdienstlich platzierten Organisationen werden diverse Geschichten erzählt, beispielsweise daß der Messias, der Heilland, oder Jesus Christus persönlich, eventuell auch Putin, Trump, Wesenheiten aus der inneren / hohlen Erde oder Außerirdische mit Raumschiffen hier für Ordnung oder zumindest für Rettung sorgen werden. Dies ist bestimmt Unsinn. Wenn in unserem Land Drecksarbeit zu erledigen ist, werden wir das selbst tun müssen. Derartige Geschichten sind nur geeignet, die Menschen dazu zu bringen, die Hände in den Schoß zu legen und das einzige, was ihnen wirklich Macht gibt, zu unterlassen, nämlich ins Tun zu kommen.

Vermutlich werden die meisten Leser aus den vorliegenden Ausführungen folgerichtig ableiten, daß es nicht sinnvoll sein kann, nunmehr die 101. Partei im "BRD"-System zu gründen, um zu rechtsstaatlichen Verhältnissen zu gelangen.
Alle Parteien, die einmal im "BRD"-System als Opposition begonnen haben (auch "Linke" oder "Grüne" oder "Piratenpartei" u.s.w.), sind inzwischen zu Systemparteien verkommen, die die Deutschen Völker belügen und sich in ihre eigene Tasche wirtschaften.
Schließlich ist von keiner einzigen Systempartei etwas Ehrliches zur Rechtslage im "BRD"-System, zu den tatsächlichen Entscheidungsprozessen oder zu den Mechanismen des internationalen Finanzsystems zu hören.

Was tun **Mächtige**? Sie
– proklamieren, – delegieren, – postulieren, – erlassen, – gebieten, – verordnen, – genehmigen.

Was tun **Ohnmächtige** Sie
– protestieren, – reklamieren, – demonstrieren, – befolgen, – petitieren und vor allem: – beantragen!
Letztere Dinge haben noch nie etwas bewirkt. Stichwort "Stuttgart 21", "Castortransporte", "Startbahn West", "Brockdorf", "Wackersdorf", "Stationierung von Mittelstreckenraketen" etc. Die "BRD"-Vertreter sind da offenbar viel eher der Meinung:
"Unsere fleißigen Steuerzahler haben das Recht, auch mal zu sehen, wie der Wasserwerfer funktioniert, den sie bezahlt haben!"

13.1. Reorganisation im Staatsrecht

So wie die "BRD" nicht das Deutsche Reich ist, und die sogen. "Bundesländer" keine Staaten oder Bundesstaaten sind, so sind die sogen. "Gemeinden" im "BRD"-System sind keine staatlichen Gemeinden. Es handelt sich um Firmen, die staatliche Gemeinden simulieren und die legitimen staatlichen Gemeinden im Rechts- und Gebietsstand vom 30.07.1914 handlungsfähig halten.

- alle Stellen der "BRD"- Firmen- Gemeinden sind in US- amerikanisch geführten Firmenverzeichnissen registriert und agieren ausschließlich im Handelsrecht
- die leitenden Angestellten werden nicht als "Bürgermeister" oder "Amtsvorsteher" sondern als "Geschäftsführer" ausgewiesen
- "BRD"- "Bürgermeister" werden nach "BRD"- Recht gewählt, was bekanntermaßen lediglich Handelsrecht darstellt etc.

Konsequenzen für die Reorganisation:

Ein Staat benötigt für seine Existenz nach der Drei-Elemente-Lehre bekanntermaßen
1. Staatsgebiet
2. Staatsvolk
3. Staatsgewalt.

Die zwei entscheidenden Säulen für die Legitimation eines Staates sind:
1. die staatlichen Gemeinden (diese stellen mit ihren Bodenrechten das Staatsgebiet)
2. die Gesamtheit aller Angehörigen der staatlichen Gemeinden (diese bilden das Staatsvolk).

Tatsächlich haben die (staatlichen) Gemeinden / Gemarkungen im Rechts- und Gebietsstand vom 30.07.1914 eine superiore Position hinsichtlich der strukturellen Rechtsebenen. In den staatlichen Gemeinden sind die Bodenrechte unter Umständen seit Jahrhunderten oder Jahrtausenden konserviert. Nur über die (staatl.) Gemeinden im Rechts- und Gebietsstand vom 30.07.1914 haben wir Verbindung zu den Bodenrechten. Neugründungen auf Gemeindeebene oder anderen Ebenen hätte den Verlust der rechtlichen Verbindung zu unseren Bodenrechten zur Folge.
Staatsangehörige, die ihren Wohnsitz in einer staatlichen Gemeinde im Rechts- und Gebietsstand vom 30.07.1914 genommen haben, sind gemeinschaftliche Inhaber der Bodenrechte in dem Hoheitsgebiet dieser (staatl.) Gemeinde. Die (staatl.) Gemeinden haben schließlich Jahrhunderte oder Jahrtausende existiert, bevor es das Königreich Preußen oder das Königreich Sachsen oder andere Staaten gegeben hat. Umgekehrt haben die Staaten lange existiert, bevor es das Deutsche Reich von 1871 gegeben hat.
Die (staatl.) Gemeinden können ohne den Staat existieren, der Staat jedoch nicht ohne die (staatl.) Gemeinden. Ein Staat kann ohne das Reich existieren, das Reich jedoch nicht ohne die Staaten (Bundesstaaten).
Die (staatl.) Gemeinden legitimieren somit den Staat nach dem Prinzip der freiwilligen Unterordnung. Die Staaten legitimieren das Reich ebenfalls nach dem Prinzip der freiwilligen Unterordnung. Ein Staat ist damit ein Gemeindeverbund und das Reich ist ein Staatenbund.

Der (staatl.) Ortsvorsteher ist in dem ihm anvertrauten Hoheitsgebiet allen Menschen und Personen vollumfänglich weisungsbefugt. Gegenwärtig befinden wir uns im Notstand, weil die legitimen Staatsorgane nicht handlungsfähig sind. Die (staatl.) Gemeinden / Gemarkungen können selbst entscheiden, auf welche Weise sie mit (staatl.) Nachbargemeinden / Gemarkungen kooperieren. Nur die

(staatl.) Gemeinden können in ihrem Hoheitsgebiet die Tätigkeit von Bundesstaatsverwesern, Reichsverwesern, Exilregierungen oder Wahlkommissionen etc. legitimieren. Eine staatliche Gemeinde kann naturheilkundliche Ärzte, Hebammen, Gesundheitskassen und eigene Schulen gründen. Sie kann weiterhin Steuerfreiheit für Staatsangehörige, Selbstversorgung und wirtschaftliche Autonomie sowie eine eigene regionale Währung realisieren.

Die Reorganisation der (staatl.) Gemeinden / Gemarkungen ist somit der Schlüssel zur zukünftigen Freiheit vor dem "EU"- "BRD"- bzw. NWO-Faschismus. Eine (staatl.) Gemeinde / Gemarkung ist autorisiert, den Frieden vorzuschlagen und vertraglich zu vereinbaren und hierdurch endlich den Ersten und Zweiten Weltkrieg auf Gemeindeebene direkt zu beenden.

Jeder Staatsangehörige hat in dem gegenwärtigen Notstand nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, alles zu tun, um die Handlungsfähigkeit der (staatl.) Strukturen und damit die verfassungsmäßige Ordnung zu schützen oder wiederherzustellen. Jeder, der seine Staatsangehörigkeit nach RuStAG 1913 glaubhaft machen kann, hat das Recht, seinen Staat und seine (staatl.) Gemeinde zu repräsentieren. Er kann sich selbst in das Amt des Ortsvorstehers im Notstand in Eigenverantwortung einsetzen und die (staatl.) Gemeinde / Gemarkung, in der er seinen Wohnsitz hat, repräsentieren. Mit ein paar Mitstreitern kann man daraufhin die Handlungsfähigkeit der (staatl.) Gemeinde wiederherstellen. Dies ist aus folgenden Gründen absolut notwendig:

- Wir müssen annehmen, daß Kräfte versuchen werden, in Deutschland Chaos und Not herzustellen, um die Deutschen zu dezimieren und aus dem Chaos ihre NWO zu basteln.
- legitime Repräsentanten der (staatl.) Gemeinde haben die Legitimation, bspw. Energiewerke, Wasserwerke oder andere Versorgungseinrichtungen zu beschlagnahmen, zu enteignen oder sie ihrer Zweckbestimmung zuzuführen, was einst zur Verhinderung von Chaos, Not und Tod notwendig sein dürfte
- Menschen können sich nur auf der Ebene der (staatl.) Gemeinden wirksam gegenseitig helfen. Nur Menschen in Nachbarschaft kennen sich und bemerken, wenn sich jemand in seinem Verhalten ändert, weil er von einer Verbrecherorganisation wie "Verfassungsschutz", "MI6" oder "CIA" vereinnahmt wurde.
- Nur legitime Repräsentanten der (staatl.) Gemeinde haben die Legitimation, bspw. "BRD"- Stellen wie "Polizei" oder anderen Akteuren im "BRD"- System Anordnungen zu geben und später die "BRD" zur verfassungsfeindlichen, verbrecherischen Organisation zu erklären und die Tätigkeit von "BRD"-Stellen zu verbieten und diese Anordnungen durchzusetzen.
- Nur legitime Repräsentanten der (staatl.) Gemeinde haben die Legitimation, bspw. polizeiliche oder militärische Entscheidungen zu treffen, um Feinde der verfassungsmäßigen Ordnung von ihrem verbrecherischen Handeln abzubringen etc.

Verwendung der richtigen Rechtsposition:

Es liegt auf der Hand, daß jeder Staatsangehörige seinen Staat repräsentieren und reorganisieren kann. Man muß sich hierzu auf die Rechtsposition eines Staatsangehörigen berufen. Sofern man seine Rechtsposition nicht klar benennt, unterstellt die Gegenseite eine Rechtsposition, die für sie günstig ist und nicht für einen selbst. Entsprechend den Ausführungen im Kapitel ***"3.5.1. Der rechtliche Trick zur Versklavung / Mensch versus Person"*** ist die strukturell höchste Rechtsebene die der staatlichen Gemeinde. Dort sind die Bodenrechte konserviert, unter Umständen über viele Jahrhunderte.

Um eine (staatl.) Gemeinde zu reorganisieren, müssen wir in der Lage sein, unsere Staatsangehörigkeit nach RuStAG 1913 glaubhaft zu machen. Nicht gegenüber "BRD"-Stellen! Staatsrecht ist gegenüber Handelsrecht höherrangig. Wir handeln als Staatsangehörige im Staatsrecht und müssen nur uns selbst gegenseitig bzw. uns selbst gegenüber unsere Staatsangehörigkeit glaubhaft machen. Auf der Grundlage unserer Staatsangehörigkeit haben wir jede Legitimation, ein Amt zu übernehmen, somit unsere (staatl.) Gemeinde zu reorganisieren, uns selbst zu verwalten und unsere staatlichen Verhältnisse eigenverantwortlich zu gestalten. Die "BRD" gibt keinen Verwaltungsweg vor, um die eigene Staatsangehörigkeit nachzuweisen und die Rechte, die mit der Staatsangehörigkeit verbunden sind, zu beanspruchen. Alle im Folgenden beschriebenen Schritte sind deshalb nur Empfehlungen. Wir können die Klärung unserer Rechtsposition gegenüber dem "BRD"-System nach allgemeinen Verwaltungsregeln und den Regeln des gesunden Menschenverstandes durchführen. Erste Voraussetzungen sind

- ein wenig Ahnenforschung
- Kenntnis des RuStAG 1913.

Auszüge aus den Geburtenregistern oder auch Geburtsurkunden unserer Ahnen wie sie vom "BRD"-System noch zumeist erhältlich sind, sind zur Glaubhaftmachung unserer Staatsangehörigkeit durchaus geeignet. Wir haben unsere Staatsangehörigkeit entsprechend RuStAG 1913 von unseren Vorfahren geerbt. Insoweit ist der Normalfall, daß wir unsere Staatsangehörigkeit von unseren jeweiligen männlichen Vorfahren geerbt haben, wenn die jeweiligen Eltern bei Geburt des jeweiligen Nachkommen verheiratet waren. Wenn der jeweilige Nachkomme unehelich geboren wurde, entscheidet die weibliche Linie. Es ist

zu ermitteln, in welchem Bundesstaat des Deutschen Reiches der für die Ableitung der Staatsangehörigkeit entscheidende Vorfahre vor Kriegsbeginn seinen Wohnsitz hatte. Dessen Staatsangehörigkeit hat man damit automatisch geerbt. Im nächsten Schritt sollte man dem "Standesamt" des Geburtsortes eine Lebenderklärung in Verbindung mit einer Personenstandserklärung sowie die eigenen AGB zur öffentlichen Einsichtnahme zukommen lassen. Weiterhin empfiehlt es sich, die volle Verfügungsgewalt über die juristische Person, die das "Standesamt" bei der eigenen Geburt kreiert hat, zu übernehmen.

Fazit: Bevor man mit der Reorganisation der (staatl.) Gemeinde beginnen kann, sollte man zuerst klären daß man die Voraussetzungen erfüllt, ein Amt zu übernehmen. Dafür ist die Glaubhaftmachung der eigenen Staatsangehörigkeit nach RuStAG 1913 die wichtigste Voraussetzung. Hierfür organisiert man die erforderlichen Urkunden vom "BRD"- System. Später sind einige Schreiben an das Standesamt des Geburtsortes sinnvoll. Es handelt sich um:

- Lebenderklärung / Personenstandserklärung
- Hinterlegung der eigenen AGB zur öffentlichen Einsichtnahme
- Übernahme der vollen Verfügungsgewalt über die vom "BRD"-System kreierte juristische Person.

Ahnenforschung

Man muß nun etwas Ahnenforschung betreiben um glaubhaft machen zu können, welche Staatsangehörigkeit eines welchen Bundesstaates des Deutschen Reichs man inne hat. "BRD"-Dokumente sind durchaus geeignet, um unsere Staatsangehörigkeit uns gegenüber glaubhaft zu machen. Hierzu holt man die Geburtsurkunden des Vaters und des Großvaters am besten bis in die Zeit vor 1914.

Gemäß RuStAG von 1913 wird die Staatsangehörigkeit über die väterliche Linie weitergegeben, sofern die Eltern jeweils bei Geburt der jeweiligen Nachkommenschaft verheiratet gewesen sind. Ansonsten gilt bei Nicht-Verheiratetsein die Staatsangehörigkeit der Mutter beziehungsweise der mütterlichen Linie.

Liegen die Geburtsorte der Vorfahren außerhalb des Besatzungsgebietes, beispielsweise östlich von Oder und Neiße, so kann man die Urkunden beim Standesamt I von Berlin anfordern. Die Zusendung von dort kann in einzelnen Fällen bis zu 20 Monate in Anspruch nehmen. Zumindest erhält man jedoch einen Bescheid.

Grundsätzlich versuchen "BRD"-Stellen alles, um die Herausgabe der Urkunden beziehungsweise der Abschriften zu erschweren oder unmöglich zu machen. Unter Umständen muß man insoweit flexibel sein und als Begründung evtl. eine Erbschaft im Ausland als Bescheidungsinteresse angeben.

Der wichtigste Aspekt in Urkunden, Anschreiben oder sonstigen Dokumenten ist die Klarstellung der eigenen Rechtsposition bzw. der Rechtsebene, aus der heraus man überhaupt handelt. Begeht man hier Fehler oder Unterlassungen, unterstellt die jeweilige Gegenseite eine Rechtsposition, die für die Gegenseite günstig ist und nicht für einen selbst. Aus diesem Grunde muß die eigene Rechtsposition bezüglich der entsprechenden Rechtsebene in jedem Anschreiben immer wieder unmißverständlich dargelegt werden. Es empfiehlt sich deshalb die Erstellung eines entsprechenden Textbausteins, der dann in weiteren Anschreiben zu Beginn des Textes immer wieder Verwendung finden kann und muß. Gleichermaßen ist es ratsam, eine Klarstellung am Ende der Anschreiben zu verwenden, aus der hervorgeht, daß man sich nicht konkludent irgendeiner Person / Körperschaft oder einer anderen Rechtsebene konkludent durch das Anschreiben unterordnet.

Als Mensch unterschreibe man in grün in der Mitte (ansonsten links Schuldner und rechts der Gläubiger). Die folgenden Schreiben hat der Verfasser selbst verwendet und sollen als Inspiration dienen. Letztendlich sollte jeder Staatsangehörige selbst für sich prüfen, wie er / sie die Dokumente abfaßt. Schließlich gibt es grundsätzlich nichts auf der Welt, was man nicht noch besser machen könnte.

Patientenverfügung und Betreuungsverfügung

Sofern man in diesem Bereich tätig wird, empfiehlt es sich, zum eigenen Schutz eine Patientenverfügung und eine Betreuungsverfügung zu erteilen. Es ist damit zur rechnen, daß Funktionsträger des "BRD"-Systems die rechtliche Stellung der juristischen Person im "BRD"-System verschlechtern wollen, indem sie die Geschäftsfähigkeit des betreffenden Menschen in Frage stellen und eine Psychiatrisierung einleiten.

Die Patientenverfügung und Betreuungsverfügung sollte unbedingt eine Aussage enthalten, wer im Falle des Verlustes der Geschäftsfähigkeit zum rechtlichen Betreuer zu bestellen ist.

Dies ermöglicht im Extremfall, daß es sich hierbei dann um einen Menschen handelt, dem man vertraut und nicht um einen fremden Menschen, der möglicherweise Auflagen von im Hintergrund agierenden Handlangern des Systems erfüllt.

Zur Absicherung der Patientenverfügung empfiehlt sich die Beiholung eines Psychiatrischen Gutachtens, indem die Geschäftsfähigkeit zum Zeitpunkt der Erstellung der Patientenverfügung belegt wird.

Schutz vor Enteignung durch das "BRD"-System

Die rechtlichen Grundlagen, sich kampflos dem "BRD"-System zu entziehen, liefert mitunter das System selbst. Es gibt viele Erfolge im Versuch, sich effektiv vor Enteignungsübergriffen durch das "BRD"-System beziehungsweise der internationalen Hochfinanz zu schützen. In alter römischer und kanonischer Rechtstradition unterscheidet das bürgerliche Recht zwischen "Eigentum" und "Besitz".
Eigentum bedeutet, daß man alle Rechte an einer Sache hat und die entsprechenden Sachwerte dem Eigentümer persönlich zugeordnet werden.
Besitz bedeutet jedoch die unmittelbare Verfügungsgewalt über eine Sache, ohne daß man Eigentümer sein muß.

Kauft man beispielsweise ein Auto auf Kredit, dann ist die Bank bis zur Abzahlung der Eigentümer und kann letztinstanzlich bestimmen, was mit dem Auto gemacht wird. Die Bank wird beispielsweise das Auto einziehen, wenn die Raten nicht pünktlich gezahlt werden.
Derjenige der den Schlüssel für das Auto hat und es im Alltag nutzt, ist der Besitzer. Er hat das Auto in seiner unmittelbaren Verfügungsgewalt, ohne Eigentümer sein zu müssen.

Da im bürgerlichen Recht nur Eigentum gepfändet werden kann, Besitz jedoch nicht, ist es unter Umständen sinnvoll, sich so intelligent von seinem Eigentum zu trennen, ohne daß man auf Besitz verzichten muß. Durch die Gründung von Stiftungen oder Vereinen kann man sich von seinem Eigentum trennen, indem man es in die Stiftung oder in den Verein einbringt.
Wenn beispielsweise die Stiftungssatzung oder die Vereinssatzung gut gemacht ist, ist man als Vorsitzender des Vereins oder der Stiftung berechtigt, über die Sachwerte zu verfügen, ohne daß man an diesen Dingen persönlich Eigentumsrechte haben muß. Gleichzeitig kann man nicht enteignet werden, da es sich bei den Sachwerten dann um Eigentum der Stiftung oder des Vereins handelt. Die Stiftungs- oder Vereinssatzung muß so gestrickt sein, daß man als Vorsitzender nicht abgewählt werden kann, ansonsten könnte der Verein "von innen" "feindlich" übernommen werden. Alle Größen in der Wirtschaft haben aus diesen Gründen eigene Familienstiftungen. Als Stichworte seien genannt: Bertelsmann-Stiftung, LIDL-Stiftung, Rockefeller-Stiftung etc.

Dokumente zur Herstellung der eigenen Rechtsfähigkeit im Staatsrecht

- Von einem Arzt Geschäftsfähigkeit bescheinigen lassen
- Patientenverfügung / Betreuungsverfügung erstellen / checken
- Beibringung der Unterlagen zur Glaubhaftmachung der Staatsangehörigkeit in einem Bundesstaat entsprechend RuStAG von 1913
  - Auszüge aus dem Geburtenbuch / Geburtsurkunden in eigener Sache
  - Auszug aus dem Geburtenbuch / Geburtsurkunde der Vorfahren bis vor den 30.07.1914
- unter Umständen Feststellung der Staatsangehörigkeit durch eine Wahlkommission
- Lebenderklärung und Erklärung zum Personenstand an Standesamt des Geburtsortes
- Sendung der eigenen AGB an das Standesamt des Geburtsortes
- Erklärung an das Standesamt des Geburtsortes zur Übernahme der Person, die durch das System generiert wurde.

Wer Bedenken hat, daß er vom "BRD"-System terrorisiert wird, weil er sich auf diese Weise exponiert, kann die Reorganisation der staatlichen gemeinde auch "unter dem Radar" durchführen. Wichtig ist, daß wir Staatsangehörige untereinander uns gegenseitig unsere Rechtsposition als Staatsangehörige glaubhaft machen und uns eigenverantwortlich rechtsstaatlich organisieren.
Es ist wichtig, daß wir unseren Rechtskreis wiederbeleben. Hierfür brauchen wir letztlich keine Anerkennung durch das "BRD"-System.

Lebenderklärung

Das maritime Handelsrecht "Seerecht" begann 1686 mit der "Lex Mercatoria", heute auch "Admirality Law", das Admiralitätsrecht. 1540 wurde in England der erste "Cestui Que Vie"-Act erlassen.. Ein Mensch, der über mehr als sieben Jahre auf See als verschollen oder verloren galt, wurde hierdurch für Tod erklärt. Wenn sich also der Verschollene oder Vermißte nicht innerhalb von sieben Jahren als lebend erklärt, gilt er als Tod. 1666 kam es erneut zu einem Cestui-Que-vie-Act unter Charles II. Durch den Englisch-Holländischen Seekrieg und der Pest kam es zu vielen Verlusten von Menschenleben. Also beschloß Charles II, wer sich nicht von selbst als lebend erklärt, gilt automatisch als Tod.
Wenn der für tot gehaltene Mensch sich wieder als lebend herausstellt, wird diese Form des "bürgerlichen Todes" wieder rückgängig gemacht. Der "Staat", der die so entstandene Treuhand geschaffen hat, ist Verwalter des Treuhandvermögens. Es spricht viel dafür, daß im "BRD"-System, als eine angloamerikanische Besatzerverwaltung dieselben Rechtsregeln angewendet werden. Insoweit ist eine Lebenderklärung vermutlich immer sinnvoll. Das Deutsche Reich von 1871 ist die einzige bekannte Körperschaft auf der Welt, indem der bürgerliche Tod verboten war.
In der "Verfassung für den Preußischen Staat" Artikel 10 vom 31. Januar 1850 ist klar verankert:

"Der bürgerliche Tod und die Strafe der Vermögenseinziehung finden nicht statt."

Formulierung einer Personenstandserklärung

Eine Personenstandserklärung bring zum Ausdruck, für welche rechtliche Fiktion man handelt, in Betracht kommt: 1. juristische Person, 2. natürliche Person, 3. Mensch, 4. Mann / Weib. Hinzu kommt der Status "ledig", "verheiratet", "geschieden", verwitwet (für unsere Zwecke ohne Bedeutung). Mit einer Personenstandserklärung vermeidet man, daß das System eine Rechtsposition unterstellt, die für einen selbst ungünstig ist. Personenstandsfälschung ist auch nach den Regeln des "BRD"-Systems strafbar. Bedeutsam hierzu "StGB" §169 "Personenstandsfälschung":

(1) ***"Wer ... den Personenstand eines anderen gegenüber einer zur Führung von Personenstandsregistern oder zur Feststellung des Personenstands zuständigen Behörde falsch angibt oder unterdrückt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.***

(2) ***Der Versuch ist strafbar."***

Aus den geschilderten Gründen ist es sinnvoll, in jedem Anschreiben eine Lebenderklärung Personenstandserklärung in den ersten Abschnitt des Anschreibens zu integrieren, wie in den folgenden Anschreiben zu sehen.

Abfassung einer Willenserklärung

Die Willenserklärung beinhaltet drei wichtige Aspekte:

1) die Lebenderklärung
2) die Erklärung zur natürlichen Person
3) die Erklärung zur echten Staatsangehörigkeit in dem betreffenden Bundesstaate des Deutschen Reichs und damit die Rücknahme des entgegengesetzten Willens wie im Art. 116 Abs. 2 des "Grundgesetzes" formuliert.

Damit hat man die eigene Proklamation verfaßt. Diese Willenserklärung läßt man notariell beurkunden und legt sie dem Standesamt des eigenen Geburtsortes vor.

Wie in den folgenden Anschreiben zu lesen, ist es zur Vermeidung von Mißverständnissen sinnvoll, in jedem Anschreiben eine Willenserklärung in den ersten Abschnitt des Anschreibens zu integrieren.

Als natürliche Personen und Angehörige eines Bundesstaates sind wir bei Ausfall der staatlichen Stellen den "BRD"-Stellen im Handelsrecht übergeordnet. Wir können damit proklamieren, daß wir die oberste Aufsichtsbehörde der jeweiligen "BRD"-Stelle sind. Als solche stellen wir keine Anträge sondern ordnen an. Anordnungen und Erklärungen machen wir in der gültigen Amtssprache und Schrift. Das bedeutet, wir verwenden nicht die "BRD"-"Rechtschreibung" sondern unsere alte Rechtschreibung. Dabei ist es durchaus richtig, Frakturschrift zu verwenden. Es war nämlich ein Führerbefehl, der die Verwendung von unserer Frakturschrift in Behörden verbot.
Schließlich kennen wir die Redewendung wenn jemand sagt, daß er "jetzt mal Fraktur redet", dann weiß jeder was gemeint ist, jetzt wird es nämlich ernst.
Bedauerlicherweise müssen wir damit rechnen, daß das jeweilige Anschreiben in Fraktur-Schrift in "BRD"-Verwaltungen nicht gelesen und verstanden wird.

Man ordnet an, daß man als natürliche Person im Personenstandsregister des Standesamtes des Geburtsortes als natürliche Person mit der entsprechenden Staatsangehörigkeit geführt wird und daß dieser Eintrag öffentlich geführt wird.
Somit hat man auch gegenüber den Handelsrechtsstellen des "BRD"-Systems alles zumutbare getan, um für alle einsehbar nun wieder für die natürliche Person mit Staatsangehörigkeit zu agieren.

Klaus aus dem Hause Maurer

[redacted]
Schruns
[A 6780]
Tel.: [+43 - (0)660 – 31 44 99 5]
Fax: [+49 - (0)321 – 21 36 17 82]
[E-Mail: dr-klaus-maurer@gmx.net]

An
Herrn Uwe Bernhardt / Uwe aus dem Hause Bernhardt
Amtsvorsteher / Geschäftsführer des
Standesamt der Stadt Leipzig
D-U-N-S® Nummer: 55-124-7732
Burgplatz 1
04109 Leipzig
Tel.: [+49 - (0)341 123-0]
Fax: [+49 - (0)341 123-4116]
[E-Mail: standesamt@leipzig.de]

Lebenderklärung sowie Erklärung zum Personenstand

Sehr geehrter Herr Uwe Bernhardt / wahlweise geehrter Uwe aus dem Hause Bernhardt,

ich schreibe Dich als Mensch wie auch in der Rolle als Amtsvorsteher / Geschäftsführer des Standesamt der Stadt Leipzig an. Ich, Klaus, geboren am zwölften Mai im Jahr des Herrn Eintausendneunhundertsechsundsechzig in Leipzig, Sohn von Ernst Richard, ehelich geboren am 04. Juli 1927 in Berka vor dem Hainich, Enkelsohn von Jacob Ernst, ehelich geboren am 07. Dezember 1887 in Berka vor dem Hainich, Urenkelsohn von Heinrich Wilhelm, geboren in Berka vor dem Hainich, sämtlich aus dem Hause Maurer, bin ein Mensch. Ich bin damit ein vernunftbegabtes, sprachbegabtes, beseeltes Wesen aus Fleisch und Blut. Ich bin nicht verstorben und nicht verschollen und bin im Vollbesitze meiner geistigen, seelischen und körperlichen Kräfte. Ich habe entsprechend §4 RuStaG von 1913 die Staatsangehörigkeit Großherzogtum Sachsen-Weimar-Eisenach inne. Ich schreibe Dir / Ihnen als Mensch, nicht als natürliche (oder juristische) Person, da der Staat dem ich angehöre, nicht handlungsfähig ist. Ich weise darauf hin, daß ich kein Nazi, das heißt kein Deutscher nach 116/1 "Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland" beziehungsweise entsprechend der Nazi- Rechts- Verordnung vom 05. Februar 1934 bin. Die Anwendung von Nazi-Recht lehne ich grundsätzlich ab. Ich bin kein Kombattant, kein Nichtkombattant, kein Angehöriger eines Heeres, noch einer Miliz oder eines Freiwilligen-Korps sondern Angehöriger der wehrlosen Zivilbevölkerung entsprechend der Haager Landkriegsordnung von 1907. Als Staatsangehöriger bestehe ich auf die Einhaltung unserer verfassungsmäßigen Ordnung im Rechts- und Gebietsstand vom 30. Juli 1914.
Ich verweise auf:

- Kontrollratsgesetz Nr. 1 (Verbot der Anwendung von Nazi-Recht)
- SHAEF-Gesetz Nr. 1 (Verbot der Anwendung von Nazi-Recht)
- Art. 45 Haager Landkriegsordnung (Verbot des Zwangs zum Treueid gegenüber dem Besatzer)
- Art. 44, 45, 46, 47 Haager Landkriegsordnung (Besonderer rechtlicher Schutz der Zivilbevölkerung)
- Art. 15 "Allgemeine Erklärung der Menschenrechte" der "UN" (Recht auf Staatsangehörigkeit)
- Art. 73 "Charta der Vereinten Nationen" (Selbstverpflichtung der UN-Mitglieder zur Achtung der Indigenatsrechte und zur Hilfe beim Aufbau staatlicher Strukturen)
- §10 EGBGB (Landesrechtliche Vorschriften) (Höherrangigkeit des Rechtes der Bundesstaaten gegenüber dem bürgerlichen Recht).

jeweils in Verbindung mit

- Art. 139 sowie Art. 25 "Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland".

Sofern mir Schaden aus der Nichtbeachtung dieser Erklärung entsteht, behalte ich mir die Geltendmachung von Ansprüchen auf Schadensersatz vor. Die Verwendung des sogenannten "Gregorianischen Kalenders" zum Zwecke der Datierung, die Verwendung von Namen aus sogenannten "Geburtsurkunden", die Verwendung der deutschen Sprache mit juristischen Begrifflichkeiten in Wort und Antiqua- oder Fraktur- Schrift, die Verwendung des arabischen Zahlsystems, die Verwendung des Hausnummern-, Postleitzahl- oder Telefon- und Faxnummernsystems der Besatzer in Deutschland durch den Verfasser beinhaltet keine konkludente Angehörigkeit des Verfassers zu irgend einem Rechtskreis, insbesondere keine Unterordnung unter das Recht der rechtlichen Fiktionen "Bundesrepublik Deutschland", "BUND", "Germany", "UN-Vereinte Nationen", "Katholische Kirche", "Vatikan", "Heiliger Stuhl", oder eine Unterordnung unter diese beziehungsweise derartige Strukturen selbst.
Ich bestehe darauf, daß alle meine Mitteilungen an Dich / Sie öffentlich eingesehen werden können.

Schruns, den sechsundzwanzigsten März im Jahre des Herrn Zweitausendundzwanzig

Klaus a.d.H. Maurer

Klaus aus dem Hause Maurer

Klaus aus dem Hause Maurer

[redacted] 32
Schruns
[A 6780]

Tel.: [+43 - (0)660 – 31 44 99 5]
Fax: [+49 - (0)321 – 21 36 17 82]
[E-Mail: dr-klaus-maurer@gmx.net]

An
Herrn Uwe Bernhardt / Uwe aus dem Hause Bernhardt
Amtsvorsteher / Geschäftsführer des
Standesamt der Stadt Leipzig
D-U-N-S® Nummer: 55-124-7732
Burgplatz 1
04109 Leipzig

Tel.: [+49 - (0)341 123-0]
Fax: [+49 - (0)341 123-4116]
[E-Mail: *standesamt@leipzig.de*]

Anordnung auf der Basis des Art. 25 GG zur Verfügungsgewalt über juristische Personen

Sehr geehrter Herr Uwe Bernhardt / wahlweise geehrter Uwe aus dem Hause Bernhardt,

ich schreibe Dich als Mensch wie auch in der Rolle als Amtsvorsteher / Geschäftsführer des Standesamt der Stadt Leipzig an. Ich, Klaus, geboren am zwölften Mai im Jahr des Herrn Eintausendneunhundertsechsundsechzig in Leipzig, Sohn von Ernst Richard, ehelich geboren am 04. Juli 1927 in Berka vor dem Hainich, Enkelsohn von Jacob Ernst, ehelich geboren am 07. Dezember 1887 in Berka vor dem Hainich, Urenkelsohn von Heinrich Wilhelm, geboren in Berka vor dem Hainich, sämtlich aus dem Hause Maurer, bin ein Mensch. Ich bin damit ein vernunftbegabtes, sprachbegabtes, beseeltes Wesen aus Fleisch und Blut. Ich bin nicht verstorben und nicht verschollen und bin im Vollbesitze meiner geistigen, seelischen und körperlichen Kräfte. Ich habe entsprechend §4 RuStaG von 1913 die Staatsangehörigkeit Großherzogtum Sachsen-Weimar-Eisenach inne. Ich schreibe Dir / Ihnen als Mensch, nicht als natürliche (oder juristische) Person, da der Staat dem ich angehöre, nicht handlungsfähig ist. Ich weise darauf hin, daß ich kein Nazi, das heißt kein Deutscher nach 116/1 "Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland" beziehungsweise entsprechend der Nazi- Rechts- Verordnung vom 05. Februar 1934 bin. Die Anwendung von Nazi-Recht lehne ich grundsätzlich ab. Ich bin kein Kombattant, kein Nichtkombattant, kein Angehöriger eines Heeres, noch einer Miliz oder eines Freiwilligen-Korps sondern Angehöriger der wehrlosen Zivilbevölkerung entsprechend der Haager Landkriegsordnung von 1907. Als Staatsangehöriger bestehe ich auf die Einhaltung unserer verfassungsmäßigen Ordnung im Rechts- und Gebietsstand vom 30. Juli 1914.
Ich verweise auf:

- Kontrollratsgesetz Nr. 1 (Verbot der Anwendung von Nazi-Recht)
- SHAEF-Gesetz Nr. 1 (Verbot der Anwendung von Nazi-Recht)
- Art. 45 Haager Landkriegsordnung (Verbot des Zwangs zum Treueid gegenüber dem Besatzer)
- Art. 44, 45, 46, 47 Haager Landkriegsordnung (Besonderer rechtlicher Schutz der Zivilbevölkerung)
- Art. 15 "Allgemeine Erklärung der Menschenrechte" (Recht auf Staatsangehörigkeit)
- Art. 73 "Charta der Vereinten Nationen" (Selbstverpflichtung der UN-Mitglieder zur Achtung der Indigenatsrechte und zur Hilfe beim Aufbau staatlicher Strukturen)
- §10 EGBGB (Landesrechtliche Vorschriften) (Höherrangigkeit des Rechtes der Bundesstaaten gegenüber dem bürgerlichen Recht / Handelsrecht).

jeweils in Verbindung mit

- Art. 139 und Art. 25 "Grundgesetz <u>für die</u> Bundesrepublik Deutschland".

Klaus a. d. H. Maurer

Ich beanspruche hiermit alleinige und voll umfängliche Verfügungsgewalt über sämtliche, von Filialunternehmen der rechtlichen Fiktionen "Bundesrepublik Deutschland", "BUND", "Germany", "UN-Vereinte Nationen", "Katholische Kirche", "Vatikan", "Heiliger Stuhl" kreierten juristischen Personen mit der Bezeichnung

jeweils mit oder ohne vorangestelltem Zusatz HERR / Herr

MAURER, KLAUS / KLAUS MAURER / MAURER, Klaus / Klaus MAURER / Maurer, Klaus / Klaus Maurer / maurer, klaus / klaus maurer

jeweils mit oder ohne dem nachgestellten Zusatz: "geboren am 12. Mai 1966 in Leipzig".

Da diese juristischen Personen von Filialunternehmen der rechtlichen Fiktionen "Bundesrepublik Deutschland", "BUND", "Germany", "UN-Vereinte Nationen", "Katholische Kirche", "Vatikan", "Heiliger Stuhl" kreiert wurden, gebe ich Ihnen Gelegenheit zur Stellungnahme und zum Widerspruch. Gerne räume ich Ihnen hierfür die international übliche Frist von 21 Tagen ein. Nach Ablauf der Frist ohne Widerspruch Ihrerseits ist die voll umfängliche Verfügungsgewalt über die genannten Personen ausschließlich durch mich rechtsgültig.

Sofern mir Schaden aus der Nichtbeachtung dieser Erklärung entsteht, behalte ich mir die Geltendmachung von Ansprüchen auf Schadensersatz vor.
Die Verwendung des sogenannten "Gregorianischen Kalenders" zum Zwecke der Datierung, die Verwendung von Namen aus sogenannten "Geburtsurkunden", die Verwendung der deutschen Sprache mit juristischen Begrifflichkeiten in Wort und Antiqua- oder Fraktur- Schrift, die Verwendung des arabischen Zahlsystems, die Verwendung des Hausnummern-, Postleitzahl- oder Telefon- und Faxnummernsystems der Besatzer in Deutschland durch den Verfasser beinhaltet keine konkludente Angehörigkeit des Verfassers zu irgend einem Rechtskreis, insbesondere keine Unterordnung unter das Recht der rechtlichen Fiktionen "Bundesrepublik Deutschland", "BUND", "Germany", "UN-Vereinte Nationen", "Katholische Kirche", "Vatikan", "Heiliger Stuhl", oder eine Unterordnung unter diese beziehungsweise derartige Strukturen selbst.
Ich bestehe darauf, daß alle meine Mitteilungen an Dich / Sie öffentlich eingesehen werden können.

Schruns, den sechsundzwanzigsten März im Jahre des Herrn Zweitausendundzwanzig

Klaus aus dem Hause Maurer

Klaus aus dem Hause Maurer

[redacted] 32
Schruns
[A 6780]
Tel.: [+43 - (0)660 – 31 44 99 5]
Fax: [+49 - (0)321 – 21 36 17 82]
[E-Mail: dr-klaus-maurer@gmx.net]

An
Herrn Uwe Bernhardt / Uwe aus dem Hause Bernhardt
Amtsvorsteher / Geschäftsführer des
Standesamt der Stadt Leipzig
D-U-N-S® Nummer: 55-124-7732
Burgplatz 1
04109 Leipzig
Tel.: [+49 - (0)341 123-0]
Fax: [+49 - (0)341 123-4116]
[E-Mail: standesamt@leipzig.de]

Anordnung zur Hinterlegung meiner Allgemeinen Geschäftsbedingungen zur öffentlichen Einsichtnahme (auf der Basis Art. 25 GG)

Sehr geehrter Herr Uwe Bernhardt / wahlweise geehrter Uwe aus dem Hause Bernhardt,

ich schreibe Dich als Mensch wie auch in der Rolle als Amtsvorsteher / Geschäftsführer des Standesamt der Stadt Leipzig an. Ich, Klaus, geboren am zwölften Mai im Jahr des Herrn Eintausendneunhundertsechsundsechzig in Leipzig, Sohn von Ernst Richard, ehelich geboren am 04. Juli 1927 in Berka vor dem Hainich, Enkelsohn von Jacob Ernst, ehelich geboren am 07. Dezember 1887 in Berka vor dem Hainich, Urenkelsohn von Heinrich Wilhelm, geboren in Berka vor dem Hainich, sämtlich aus dem Hause Maurer, bin ein Mensch. Ich bin damit ein vernunftbegabtes, sprachbegabtes, beseeltes Wesen aus Fleisch und Blut. Ich bin nicht verstorben und nicht verschollen und bin im Vollbesitze meiner geistigen, seelischen und körperlichen Kräfte. Ich habe entsprechend §4 RuStaG von 1913 die Staatsangehörigkeit Großherzogtum Sachsen-Weimar-Eisenach inne. Ich schreibe Dir / Ihnen als Mensch, nicht als natürliche (oder juristische) Person, da der Staat dem ich angehöre, nicht handlungsfähig ist. Ich weise darauf hin, daß ich kein Nazi, das heißt kein Deutscher nach 116/1 "Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland" beziehungsweise entsprechend der Nazi- Rechts- Verordnung vom 05. Februar 1934 bin. Die Anwendung von Nazi-Recht lehne ich grundsätzlich ab. Ich bin kein Kombattant, kein Nichtkombattant, kein Angehöriger eines Heeres, noch einer Miliz oder eines Freiwilligen-Korps sondern Angehöriger der wehrlosen Zivilbevölkerung entsprechend der Haager Landkriegsordnung von 1907. Als Staatsangehöriger bestehe ich auf die Einhaltung unserer verfassungsmäßigen Ordnung im Rechts- und Gebietsstand vom 30. Juli 1914.
Ich verweise auf:

- Kontrollratsgesetz Nr. 1 (Verbot der Anwendung von Nazi-Recht)
- SHAEF-Gesetz Nr. 1 (Verbot der Anwendung von Nazi-Recht)
- Art. 45 Haager Landkriegsordnung (Verbot des Zwangs zum Treueid gegenüber dem Besatzer)
- Art. 44, 45, 46, 47 Haager Landkriegsordnung (Besonderer rechtlicher Schutz der Zivilbevölkerung)
- Art. 15 "Allgemeine Erklärung der Menschenrechte" der "UN" (Recht auf Staatsangehörigkeit)
- Art. 73 "Charta der Vereinten Nationen" (Selbstverpflichtung der UN-Mitglieder zur Achtung der Indigenatsrechte und zur Hilfe beim Aufbau staatlicher Strukturen)
- §10 EGBGB (Landesrechtliche Vorschriften) (Höherrangigkeit des Rechtes der Bundesstaaten gegenüber dem bürgerlichen Recht).

jeweils in Verbindung mit

- Art. 139 sowie Art. 25 "Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland".

Im Folgenden meine Allgemeinen Geschäftsbedingungen für Geschäftspartner sämtlicher Rechtskreise zur Hinterlegung und Gewährleistung der öffentlichen Einsichtnahme:

- Die Gerichtsbarkeit der rechtlichen Fiktionen "Bundesrepublik Deutschland", "BUND", "Germany", "UN-Vereinte Nationen", "Katholische Kirche", "Vatikan", "Heiliger Stuhl" ist ausgeschlossen. Es gilt die Gerichtsbarkeit der staatlichen Gemeinden in Deutschland entsprechend der verfassungsmäßigen Ordnung im Rechtsstand vom 30. Juli 1914.
- Sämtliche Vertragsinhalte mit Filialunternehmen der rechtlichen Fiktionen "Bundesrepublik Deutschland", "BUND", "Germany", "UN-Vereinte Nationen", "Katholische Kirche", "Vatikan", "Heiliger Stuhl" bedürfen der Schriftform.
- Verträge mit invisiblen Vertragsinhalten oder Vertragsbestandteilen sind schwebend unwirksam, soweit ich nicht explizit über vormals invisible Vertragsinhalte informiert wurde und diesen Inhalten nicht explizit zugestimmt habe.
- Verträge oder Vertragsinhalte, die durch die Unterstellung von konkludentem Handeln vermutet werden, sind schwebend unwirksam, solange ich nicht explizit über die Unterstellung von konkludentem Handeln informiert wurde und diesen, auf der Annahme von konkludentem Handeln basierenden Vertragsinhalten nicht explizit zugestimmt habe.
- Verträge oder Vertragsinhalte, die durch die Unterstellung von Gewohnheitsrecht bestehen, sind schwebend unwirksam, solange ich nicht explizit über die Unterstellung von Gewohnheitsrecht informiert wurde und diesen, auf der Annahme von Gewohnheitsrecht basierenden Vertragsinhalten nicht explizit zugestimmt habe.

Erweiterungen und Ergänzungen behalte ich mir vor.

Sofern mir Schaden aus der Nichtbeachtung dieser Erklärung entsteht, behalte ich mir die Geltendmachung von Ansprüchen auf Schadensersatz vor. Die Verwendung des sogenannten "Gregorianischen Kalenders" zum Zwecke der Datierung, die Verwendung von Namen aus sogenannten "Geburtsurkunden", die Verwendung der deutschen Sprache mit juristischen Begrifflichkeiten in Wort und Antiqua- oder Fraktur- Schrift, die Verwendung des arabischen Zahlsystems, die Verwendung des Hausnummern-, Postleitzahl- oder Telefon- und Faxnummernsystems der Besatzer in Deutschland durch den Verfasser beinhaltet keine konkludente Angehörigkeit des Verfassers zu irgend einem Rechtskreis, insbesondere keine Unterordnung unter das Recht der rechtlichen Fiktionen "Bundesrepublik Deutschland", "BUND", "Germany", "UN-Vereinte Nationen", "Katholische Kirche", "Vatikan", "Heiliger Stuhl", oder eine Unterordnung unter diese beziehungsweise derartige Strukturen selbst.
Ich bestehe darauf, daß alle meine Mitteilungen an Dich / Sie öffentlich eingesehen werden können.

Schruns, den sechsundzwanzigsten März im Jahre des Herrn Zweitausendundzwanzig

Klaus a.d.H. Maurer

Klaus aus dem Hause Maurer

Handlungen zur Reorganisation der staatlichen Gemeinde

- Von einem Arzt Geschäftsfähigkeit bescheinigen lassen
- Patientenverfügung / Betreuungsverfügung erstellen / checken
- Vorsorgevollmacht erstellen / checken
- Lebenderklärung und Willenserklärung oder Personenstandserklärung beim Standesamt des Geburtsortes abgeben und Abgabe bestätigen lassen
- Nachweis der Abstimmungsberechtigung durch Nachweis der Abstammung im Stande mindestens vor dem 30.07.1914, Glaubhaftmachung der Staatsangehörigkeit der Ahnen (väterliche Linie bei verheirateten Eltern, mütterliche Linie bei nichtverheirateten Eltern)
- Feststellung des eigenen Wohnsitzes der Zugehörigkeit zu Amt, Kreis, Hansestadt, Stadt, Gemeinde, Gutshof, Kloster, Schloß, Burg, Provinz und/ oder Bundesstaat
- Ermittlung der Gemeindegrenzen im Stande von 1914 (Katasteramt), alte Grenzen auf Folie Kopieren und im entsprechenden Größenverhältnis auf eine aktuelle Google-Maps-Karte kopieren
- Ermittlung und Verwendung von Wappen von vor 1918, alle Wappen von nach 1918 sind vermutlich Marken mit Markenrechten. In der Stellung eines vom Volk gewählten Verwesers dürfen Wappen der Gemarkung, Provinz und des Staates genutzt werden.
- Selbsternennung zum Ortsvorsteher im Notstand im Rechts- und Gebietsstand vom 30.07.1914
    - Erstellung einer Gemeindeverfassung für den Notstand
    - Proklamation an sogenannten "Bürgermeister" beziehungsweise Geschäftsführer im "BRD"-System - Mitteilung an die Siegermächte
- Entbindung vom Treueid mit Versendung an alle "BRD"-Strukturen im Hoheitsgebiet
- Finden von Mitstreitern / Arbeitsteilung
- Herstellung einer basalen Handlungsfähigkeit der staatlichen Gemeinde
- Wahl des Ortsvorstehers im Notstand und Aufbau der Gemeindestruktur zunächst konform nach alter Gemeindeordnung
- Veröffentlichung / Proklamation gegenüber den scheinstaatlichen Institutionen der "BRD", den Besatzungsorganen und Botschaften, gegebenenfalls Stellung von Schadensersatzforderungen
- Abhaltung von Wahlen für den Gemeinderat, hierfür gegebenenfalls Zusammenarbeit mit einer Wahlkommission für Hilfe bei der Definition der Abstimmungsberechtigten durch Glaubhaftmachung der Staatsangehörigkeit
- Vorbereitung / Erstellung eines eigenen Geldsystems - gegebenenfalls Kooperation mit Nachbargemeinden beispielsweise nach dem Modell "Das Wunder von Wörgl"
- Herstellung der Autonomie der staatlichen Gemeinde mit Kontrolle über Wasserversorgung, Abwasser- und Müllbeseitigung und Energieversorgung
- Erklärung der Firma "Bundesrepublik Deutschland" einschließlich aller Unterfirmen zur verfassungsfeindlichen, verbrecherischen, terroristischen Organisation durch den Ortsvorsteher im Notstand und Verbot jedweder Tätigkeit von "BRD"-Stellen im Hoheitsgebiet der staatlichen Gemeinde
- Weiterarbeit an der Herstellung der verfassungsmäßigen Ordnung mit Reorganisation der Bundesstaaten und des Deutschen Reiches - Alternativ gegebenenfalls Gründung von neuen Kooperationsstrukturen. Man beachte das Prinzip:
    - 1.) die Menschen legitimieren die staatliche Gemeinde
    - 2.) die staatlichen Gemeinden legitimieren den Bundesstaat oder alternative Strukturen
    - 3.) die Bundesstaaten legitimieren das Reich oder alternative Strukturen.
- Angleichung der Gemeindeordnung an die heutigen Verhältnisse mit Schaffung von Frauenwahlrecht, Alter der Wahlberechtigung auf vollendetes 18. Lebensjahr, weitere Wahlvorbereitungen
- Anschreiben an Vatikan und britischen Hochadel mit der verbindlichen Frage, ob die staatliche Gemeinde im Rechts- und Gebietsstand vom 30.07.1914 Verpflichtungen gegenüber diesen Körperschaften hat und Frage auf welcher rechtlichen Grundlage mit Fristsetzung von 21 Tagen. Ankündigung daß bei Ausbleiben einer Antwort geschlossen wird, daß kein Verpflichtungen bestehen.

Wahlkommissionen

Letztendlich liegt die Feststellung der Staatsangehörigen und damit der Abstimmungsberechtigten in der Verantwortung der staatlichen Gemeinde. Diese kann jedoch oft diese Aufgabe in Ermangelung ausreichender Organisation nicht erfüllen.

Eine intelligente, sehr wirkungsvolle und noch recht junge Bewegung in unserem Lande ist die Bewegung der Wahlkommissionen. Hierbei handelt es sich um Organisationen, die sehr wertvolle Arbeit dahingehend leisten, daß sie die Staatsangehörigkeit von Menschen, folglich das jeweilige Staatsvolk und damit die im Staat vorhandenen Abstimmungsberechtigten feststellen. Bei den Wahlkommissionen werden die Kompetenzen das RuStAG von 1913 betreffend derart gebündelt, daß auch in unübersichtlichen Einzelfällen rechtlich sauber und nachvollziehbar durch aufwendige Prüfverfahren die jeweilige Staatsangehörigkeit verläßlich festgestellt werden kann.

Für staatliche Gemeinden in der Reorganisation lohnt sich deshalb die Zusammenarbeit mit einer vor Ort tätigen Wahlkommission. Größte Bekanntheit und wohl auch die größte Kompetenz hat die "Wahlkommission Sachsen".

Klaus aus dem Hause Maurer
Oberbürgermeister von Berlin im Notstand

Holsteinische Straße [57]
[10717] Berlin
Tel.: [+49 - (0)30 – 86 39 42 56]
(E+) [+49 - (0)157 – 38 46 18 65]
Fax: [+49 - (0)321 – 21 36 17 82]
[oberbuergermeister-berlin@dr-klaus-maurer.de]

An alle Menschen und Personen
in Berlin, ganz Deutschland und weltweit

Proklamation des Oberbürgermeisters von Berlin im Notstand und Gemeindeverfassung Stand 01. November 2022

Sehr geehrter Mensch, sehr geehrter Staatsangehöriger,

Ich, Klaus, ehelich geboren am zwölften Mai im Jahr des Herrn Eintausendneunhundertsechsundsechzig in Leipzig, Sohn von Ernst Richard, ehelich geboren am 04. Juli 1927 in Berka vor dem Hainich, Enkelsohn von Jacob Ernst, ehelich geboren am 07. Dezember 1887 in Berka vor dem Hainich, Urenkelsohn von Heinrich Wilhelm, ehelich geboren in Berka vor dem Hainich, sämtlich aus dem Hause Maurer, bin ein Mensch. Ich bin damit ein vernunftbegabtes, sprachbegabtes, beseeltes Wesen aus Fleisch und Blut. Ich bin nicht verstorben und nicht verschollen und bin im Vollbesitze meiner geistigen, seelischen und körperlichen Kräfte. Ich habe die Staatsangehörigkeit Großherzogtum Sachsen-Weimar-Eisenach und habe voll umfänglich Indigenatsrecht in Berlin / Königreich Preußen entsprechend Artikel 3 Verfassung des Deutschen Reichs vom 16. April 1871.

Ich weise darauf hin, daß ich kein Nazi, das heißt kein Deutscher nach 116/1 "Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland" beziehungsweise entsprechend der Nazi- Rechts- Verordnung vom 05.02.1934 bin. Die Anwendung von Nazi-Recht lehne ich grundsätzlich ab. Ich bin kein Kombattant, kein Nichtkombattant, kein Angehöriger eines Heeres, einer Miliz oder eines Freiwilligen-Korps sondern Angehöriger der wehrlosern Zivilbevölkerung entsprechend der Haager Landkriegsordnung von 1907.
Ich verweise auf:

- Kontrollratsgesetz Nr. 1 (Verbot der Anwendung von Nazi-Recht)
- SHAEF-Gesetz Nr. 1 (Verbot der Anwendung von Nazi-Recht)
- Art. 45 Haager Landkriegsordnung (Verbot des Zwangs zum Treueid gegenüber dem Besatzer)
- Art. 44, 45, 46, 47 Haager Landkriegsordnung (Besonderer rechtlicher Schutz der Zivilbevölkerung)
- Art. 15 "Allgemeine Erklärung der Menschenrechte" (Recht auf Staatsangehörigkeit)
- Art. 73 "Charta der Vereinten Nationen" (Selbstverpflichtung der UN-Mitglieder zur Achtung der Indigenatsrechte und zur Hilfe beim Aufbau staatlicher Strukturen)
- EGBGB (Landesrechtliche Vorschriften) (Höherrangigkeit des Rechtes der Bundesstaaten gegenüber dem bürgerlichen Recht).

jeweils in Verbindung mit

- Art. 139 sowie Art. 25 "Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland".

Als Staatsangehöriger des Großherzogtum Sachsen-Weimar-Eisenach mit Indigenatsrecht in Berlin / Königreich Preußen habe ich mich im Notstand in Eigenverantwortung am 26. März 2020 in das Amt des Oberbürgermeisters von Berlin im Rechts- und Gebietsstand vom 30. Juli 1914 eingesetzt. Der Notstand ergibt sich aus der Tatsache, daß die staatlichen Stellen im Hoheitsgebiet von Berlin im noch heute gültigen Rechts- und Gebietsstand vom 30. Juli 1914 nicht handlungsfähig sind.

Folglich bin ich die höchste staatliche Autorität im Hoheitsgebiet von Berlin im noch heute gültigen Rechts- und Gebietsstand vom 30. Juli 1914 und zwölf nautische Meilen über die Stadtgrenze hinaus, soweit dort staatliche Strukturen nicht handlungsfähig beziehungsweise die staatlichen Gemeinden nicht legitim handlungsfähig oder wenigstens repräsentiert sind. Somit bin ich allen Menschen und Personen in dem benannten, mir anvertrauten Hoheitsgebiet voll umfänglich weisungsbefugt. Ich gebe Dir beziehungsweise Ihnen hiermit die Gemeindeverfassung für Berlin für die Zeit des Notstandes mit Gültigkeit ab dem 27. März 2020 (Aktualisierung am 01. Juli 2020) bis zur Herstellung der vollen Handlungsfähigkeit der staatlichen Strukturen in Berlin bekannt:

Gemeindeverfassung von Berlin vom 26. März 2020 mit Weiterentwicklung Stand 01. November 2022 für die Zeit des Notstandes bis zur Herstellung der Handlungsfähigkeit der staatlichen Strukturen entsprechend der verfassungsmäßigen Ordnung im Rechts- und Gebietsstand vom 30. Juli 1914:

§1 Der Oberbürgermeister von Berlin im Notstand ist die oberste staatliche Autorität im Hoheitsgebiet von Berlin im Gebietsstand vom 30. Juli 1914 einschließlich einer Zone in der Ausdehnung von zwölf nautischen Meilen jenseits der Stadtgrenze, sofern staatliche Strukturen dort nicht handlungsfähig oder legitime Repräsentanten der staatlichen Gemeinden dort nicht vorhanden sind.

§2 Der Oberbürgermeister von Berlin im Notstand ist für die Zeit des Notstandes das höchste Organ der Legislative und der Exekutive und wird in seiner Handlungsfähigkeit nur eingeschränkt durch die Grundsätze des Naturrechts.

§3 Der Oberbürgermeister von Berlin im Notstand ernennt den obersten Amtsrichter als höchstes Judikativorgan sowie den obersten Polizeibeamten als zweithöchstes Exekutivorgan. Sofern 10 Staatsangehörige mit Wohnsitz in Berlin zusammenkommen, werden die Ämter des obersten Amtsrichters und des obersten Polizeibeamten nach Abstimmung mit einfacher Mehrheit gewählt. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Oberbürgermeisters im Notstand.

§4 Der Oberbürgermeister von Berlin im Notstand ist das zentrale Meldeamt. Er entscheidet, wer als Mensch oder natürliche Person seinen Wohnsitz im Hoheitsgebiet von Berlin im Gebietsstand vom 30. Juli 1914 nehmen darf und wer Abstimmungsberechtigung erhält. Letzteres richtet sich nach der Staatsangehörigkeit des Betreffenden und seinem Leumund.

§5 Der oberste Amtsrichter ernennt die regulären Amtsrichter, alle Amtsrichter sind in den Inhalten ihrer Arbeit nur an den Rechtsstand vom 30. Juli 1914 und an ihr Gewissen gebunden. Der oberste Amtsrichter bestimmt den Rechtsweg hinsichtlich der höheren Gerichte. Die Todesstrafe darf weder verhängt noch vollstreckt werden.

§6 Der oberste Polizeibeamte ernennt die regulären Polizisten, verleiht Dienstgrade und verpflichtet bei Bedarf Menschen zu Hilfspolizisten.

§7 Eine Repräsentanz, eine Fremdverwaltung oder treuhänderische Verwaltung von Berlin etwa durch Exilregierungen, Besatzerverwaltungen oder sonstige Selbstermächtigungsorgane oder angebliche Bevollmächtigte oder selbsternannte "Rechtsnachfolger" ist ausgeschlossen.

Ich ordne jedem Menschen und jeder Person, der Kenntnis von dieser Anordnung erlangt hat an, diese Proklamation und Gemeindeverfassung sofort allen Menschen und Personen in Berlin und ganz Deutschland bekannt zu machen. Dies betrifft insbesondere

- sämtliche Personalangehörige der Firma "BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND" / "BUND" / "GERMANY"
- alle Menschen und Personen, die einen Personalausweis einen Reisepaß oder sonstiges Identitäts-Dokument der Firma "Bundesrepublik Deutschland" besitzen
- alle Angehörigen der bewaffneten Organe der der Firma "BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND" einschließlich der Verbrecherorganisation "VERFASSUNGSSCHUTZ" und der Söldnertruppe "BUNDESWEHR"
- sämtliche Mitglieder der Firma "BUNDESTAG", des sogenannten "BUNDESRAT" und der sogenannten "Regierung" der "BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND" / "BUND" / "GERMANY"
- alle in- und ausländische Mächte, die in irgendeiner Form eine Rechtsbeziehung zur Firma "BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND" / "BUND" / "GERMANY" haben, insbesondere die sogenannten "Alliierten" des sogenannten "ersten" und "zweiten Weltkrieges".

Anmerkung:

Die Verwendung des sogenannten "Gregorianischen Kalenders" zum Zwecke der Datierung, die Verwendung von Namen aus sogenannten "Geburtsurkunden", die Verwendung der deutschen Sprache mit juristischen Begrifflichkeiten in Wort und Antiqua- oder Fraktur- Schrift, die Verwendung des arabischen Zahlsystems, die Verwendung des Hausnummern-, Postleitzahl- oder Telefon- und Faxnummernsystems der Besatzer in Deutschland durch den Verfasser beinhaltet keine Angehörigkeit des Verfassers zu irgend einem Rechtskreis, insbesondere keine konkludente Unterordnung unter das Recht der rechtlichen Fiktionen "BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND", "BUND", "GERMANY", "UN-Vereinte Nationen", "Katholische Kirche", "Vatikan", "Heiliger Stuhl", oder eine Unterordnung unter diese beziehungsweise derartige Strukturen selbst.

Berlin, den ersten November im Jahre des Herrn Zweitausendzweiundzwanzig

Oberbürgermeister im Notstand · Siegel Nr. 02 · Berlin

Klaus aus dem Hause Maurer

Seite 2

Klaus Maurer
Oberbürgermeister von Berlin im Notstand

Holsteinische Straße [57]
[10717] Berlin

Tel.: [+49 - (0)30 – 86 39 42 56]
(E+) [+49 - (0)157 – 38 46 18 65]
Fax: [+49 - (0)321 – 21 36 17 82]

oberbuergermeister-berlin@dr-klaus-maurer.de

An alle Menschen und Personen in Berlin, ganz Deutschland und weltweit

Entbindung vom Treueid

Sehr geehrter Mensch, sehr geehrter Staatsangehöriger,

Ich, Klaus, ehelich geboren am zwölften Mai im Jahr des Herrn Eintausendneunhundertsechsundsechzig in Leipzig, Sohn von Ernst Richard, ehelich geboren am 04. Juli 1927 in Berka vor dem Hainich, Enkelsohn von Jacob Ernst, ehelich geboren am 07. Dezember 1887 in Berka vor dem Hainich, Urenkelsohn von Heinrich Wilhelm, ehelich geboren in Berka vor dem Hainich, sämtlich aus dem Hause Maurer, bin ein Mensch. Ich bin damit ein vernunftbegabtes, sprachbegabtes, beseeltes Wesen aus Fleisch und Blut. Ich bin nicht verstorben und nicht verschollen und bin im Vollbesitze meiner geistigen, seelischen und körperlichen Kräfte. Ich habe die Staatsangehörigkeit Großherzogtum Sachsen-Weimar-Eisenach und habe voll umfänglich Indigenatsrecht in Berlin / Königreich Preußen entsprechend Artikel 3 Verfassung des Deutschen Reichs vom 16. April 1871.

Ich weise darauf hin, daß ich kein Nazi, das heißt kein Deutscher nach 116/1 "Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland" beziehungsweise entsprechend der Nazi- Rechts- Verordnung vom 05.02.1934 bin. Die Anwendung von Nazi-Recht lehne ich grundsätzlich ab. Ich bin kein Kombattant, kein Nichtkombattant, kein Angehöriger eines Heeres, einer Miliz oder eines Freiwilligen-Korps sondern Angehöriger der wehrlosen Zivilbevölkerung entsprechend der Haager Landkriegsordnung von 1907.
Ich verweise auf:

- Kontrollratsgesetz Nr. 1 (Verbot der Anwendung von Nazi-Recht)
- SHAEF-Gesetz Nr. 1 (Verbot der Anwendung von Nazi-Recht)
- Art. 45 Haager Landkriegsordnung (Verbot des Zwangs zum Treueid gegenüber dem Besatzer)
- Art. 44, 45, 46, 47 Haager Landkriegsordnung (Besonderer rechtlicher Schutz der Zivilbevölkerung)
- Art. 15 "Allgemeine Erklärung der Menschenrechte" (Recht auf Staatsangehörigkeit)
- Art. 73 "Charta der Vereinten Nationen" (Selbstverpflichtung der UN-Mitglieder zur Achtung der Indigenatsrechte und zur Hilfe beim Aufbau staatlicher Strukturen)
- EGBGB (Landesrechtliche Vorschriften) (Höherrangigkeit des Rechtes der Bundesstaaten gegenüber dem bürgerlichen Recht).

jeweils in Verbindung mit

- Art. 139 sowie Art. 25 "Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland".

Ich habe mich im Notstand in Eigenverantwortung am 26. März 2020 in das Amt des Oberbürgermeisters von Berlin im Rechts- und Gebietsstand vom 30. Juli 1914 eingesetzt. Der Notstand ergibt sich aus der Tatsache, daß die staatlichen Stellen im Hoheitsgebiet von Berlin im Gebietsstand vom 30. Juli 1914 nicht handlungsfähig sind.

Folglich bin ich die höchste staatliche Autorität im Hoheitsgebiet von Berlin im noch heute gültigen Rechts- und Gebietsstand vom 30. Juli 1914 und zwölf Seemeilen über die Stadtgrenze hinaus, sofern dort staatliche Strukturen nicht handlungsfähig beziehungsweise vorhanden sind. Somit bin ich allen Menschen und Personen in dem beschriebenen, mir anvertrauten Hoheitsgebiet voll umfänglich weisungsbefugt.

Es ist offenkundig, daß es sich bei der Firma "BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND" / "BUND" / "GERMANY" um eine illegale, verfassungsfeindliche, schwerstkriminelle Vereinigung handelt. Es werden von den Betreibern des "BRD"-Systems offenkundig die Tatbestände:

- Täuschung im Rechtsverkehr, • Betrug, • Amtsanmaßung,, • Verfassungshochverrat,
- Völkermord an den deutschen Völkern, • Führung von völkerrechtswidrigen Angriffskriegen

erfüllt.

Es ist offenkundig, daß die Besatzerfirma "Bundesrepublik Deutschland" / "BUND" / "Germany" ihren Hauptsitz in dem mir anvertrauten Hoheitsgebiet inne hat mit der Anschrift laut UPIK® Datensatz: D-U-N-S® Nummer: 34-161-1478, Platz der Republik 1, 11011 Berlin, wahlweise D-U-N-S® Nummer: 34-161-1478 Hannoversche Straße 28-30 in 11011 Berlin, wahlweise D-U-N-S® Nummer: 31-276-4457, Dorotheenstr. 84 in 10117 Berlin; wahlweise D-U-N-S® Nummer: 33-333-3115, Scharnhorststr. 34-37 in 10115 Berlin, wahlweise D-U-N-S® Nummer: 33-333-3149, Alt-Moabit 101 D in 10559 Berlin, wahlweise D-U-N-S® Nummer: 33-333-3206, Alexanderplatz 6 in 10178 Berlin. **Die folgende Anordnung gilt deshalb auch für alle Unterfirmen / Filialunternehmen des "BRD"-Systems weltweit, insbesondere für die sogenannten "Länder" und Firmen-"Gemeinden" des "BRD"-Systems sowie für die Firma "Germany" bei den "Vereinten Nationen".**

Ich entbinde hiermit alle Menschen und Personen von all ihren Treueiden, die sie jemals gegenüber Stellen der Besatzerorganisation "BRD" / "Bundesrepublik Deutschland" / "BUND", "Germany" oder gegenüber "Vatikan" / "Heiliger Stuhl" oder gegenüber sonstigen offen oder geheim agierenden Orden, Stiftungen und sonstigen Vereinigungen geleistet haben. Diese Entbindung vom Treueid gilt für alle Zeiten, auch für die Zukunft, sie ist unwiderruflich und kann auch von legitimen Nachfolgern im Amt des Oberbürgermeisters von Berlin oder dessen Stellvertreters niemals rückgängig gemacht werden.

Ich ordne jedem Menschen und jeder Person, der Kenntnis von dieser Anordnung erlangt hat an, diese Entbindung vom Treueid sofort allen Angehörigen des "BRD"-Systems sowie allen Betreibern des "BRD"-Systems eindringlich und unmißverständlich persönlich bekannt zu machen. Dies betrifft insbesondere

- sämtliche Personalangehörige der Firma "BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND" / "BUND" / "GERMANY"
- alle Menschen und Personen, die einen Personalausweis einen Reisepaß oder sonstiges Identitäts-Dokument der Firma "Bundesrepublik Deutschland" besitzen
- alle Angehörigen der bewaffneten Organe der der Firma "BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND" einschließlich der Verbrecherorganisation "VERFASSUNGSSCHUTZ" und der Söldnertruppe "BUNDESWEHR"
- sämtliche Mitglieder der Firma "BUNDESTAG", des sogenannten "BUNDESRAT" und der sogenannten "Regierung" der "BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND" / "BUND" / "GERMANY"
- alle in- und ausländische Mächte, die in irgendeiner Form eine Rechtsbeziehung zur Firma "BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND" / "BUND" / "GERMANY" haben, insbesondere die Alliierten des ersten und zweiten Weltkrieges.

Anmerkung:
Die Verwendung des sogenannten "Gregorianischen Kalenders" zum Zwecke der Datierung, die Verwendung von Namen aus sogenannten "Geburtsurkunden", die Verwendung der deutschen Sprache mit juristischen Begrifflichkeiten in Wort und Antiqua- oder Fraktur- Schrift, die Verwendung des arabischen Zahlsystems, die Verwendung des Hausnummern-, Postleitzahl- oder Telefon- und Faxnummernsystems der Besatzer in Deutschland durch den Verfasser beinhaltet keine Angehörigkeit des Verfassers zu irgend einem Rechtskreis, insbesondere keine konkludente Unterordnung unter das Recht der rechtlichen Fiktionen "Bundesrepublik Deutschland", "BUND", "Germany", "UN-Vereinte Nationen", "Katholische Kirche", "Vatikan", "Heiliger Stuhl", oder eine Unterordnung unter diese beziehungsweise derartige Strukturen selbst.

Berlin, den ersten November im Jahre des Herrn Zweitausendundzweiundzwanzig

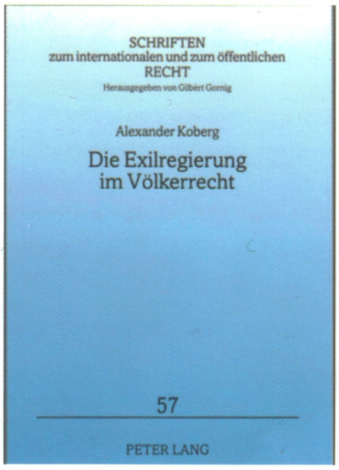
Klaus aus dem Hause Maurer

Im Rahmen der Reorganisation wird der Zeitpunkt kommen, an dem die "BRD" in den jeweiligen staatlichen Gemeinden zur verfassungsfeindlichen, verbrecherischen und terroristischen Organisation erklärt werden, und jede Tätigkeit von "BRD" - Stellen verboten werden muß.
Zur Vermeidung von Chaos muß man in der staatlichen Gemeinde im Rechts- und Gebietsstand von 1914 eine basale Handlungsfähigkeit einer Verwaltung erreicht haben. Es könnte sein, daß hoheitliche Entscheidungen zu treffen sind, etwa daß das Energiewerk enteignet wird, weil der Eigentümer es unter dem Vorwand unzureichender Zahlungssicherheit abgestellt hat. Es ist auf jeden Fall die basale Versorgung aufrecht zu erhalten, insbesondere die Trinkwasserversorgung, die Abwasserentsorgung, die Energieversorgung und die Lebensmittelversorgung. Für alles haben wir als Staatsangehörige volle Legitimation. Der Staatliche Bürgermeister / Ortsvorsteher ist die oberste staatliche Autorität und ist allen Menschen und Personen in dem ihm anvertrauten Hoheitsgebiet voll umfänglich weisungsbefugt.
Aus der Rechtsposition der Staatsangehörigen mit Reorganisation der staatlichen Gemeinden im Rechts- und Gebietsstand von 1914 (vor Ausbruch des Krieges und vor Beginn der Fremdherrschaft) haben wir alle Rechte. Wir sind gegenüber Stellen der "BRD" - "Bundesrepublik Deutschland" in einer höheren Rechtsebene und können "BRD" - "Bundesrepublik Deutschland"-Stellen verbieten, auflösen, enteignen etc. Das alles ist möglich, jedoch nur aus dieser Rechtsposition heraus.

<u>Konzept einer Exilregierung für einen Bundesstaat oder das Deutsche Reich</u>

Das Konzept der Exilregierung ist durchaus interessant, wird jedoch gegenwärtig nicht mehr nennenswert praktiziert. Die Besonderheit dieses rechtlichen Ansatzes ist dabei die völkerrechtliche Position. Während andere Gruppierungen sich dem UN-Recht, das heißt dem Siegerrecht des Zweiten Weltkrieges von vornherein unterordnen oder im Vereins- und Stiftungsrecht sich dem "BRD"-System und damit dem Besatzungsrecht unterordnen, hat eine Exilregierung hierbei eine andere rechtliche Position:
Eine Exilregierung würde sich durch den Exil-Status weder dem Besatzungsrecht, noch dem Siegerrecht des Zweiten Weltkrieges (Konferenzen von Moskau bis Potsdam, Recht der "UN") unterordnen. Sie unterliegt lediglich dem Kriegsvölkerrecht somit der HLKO und den Genfer Konventionen.

Rechts: Die Exilregierung im Völkerrecht von Alexander Koberg, zugl. Marburg, Univ., Diss., 2004, Peter Lang GmbH Europäischer Verlag für Wissenschaften, Frankfurt am Main 2005



Gut recherchiertes Werk über Kriterien und Einteilungen für Exilregierungen. Eine klassische Exilregierung ist hiernach eine legitime Regierung die durch Kriegsumstände ins Ausland geflohen ist.
Demgegenüber gibt es Quasi-Exilregierungen, die sich unter Kriegsbedingungen neu bilden und die ihren Sitz trotz Kriegszustand im Inland haben können.
Nach den in diesem Werk dargelegten Konventionen versteht sich die "Exil-Regierung Deutsches Reich" als eine Quasi-Exilregierung

Links: Ebenfalls ein erwähnenswertes Standardwerk, Die Exilregierung, Karl-Heinz Matern; J.C.B Mohr (Paul Siebeck) Tübingen

Eine Exilregierung repräsentiert einen im Krieg befindlichen Staat. Da das Deutsche Reich ein Staatenbund war, kann man in Frage stellen, ob eine Exilregierung für das Deutsche Reich eine hinreichende völkerrechtliche Grundlage haben kann. Übertragen auf heutige Verhältnisse, soweit möglich, wäre dies so, als wenn eines Tages durch Kriegsereignisse die "NATO" oder die "EU" eine Exilregierung hätten.

Andererseits war das Deutsche Reich auch als Staatenbund zumindest ein Völkerrechtssubjekt, insofern ist das Instrument einer Exilregierung für das Deutsche Reich wohl durchaus anwendbar.

Das bedeutet, daß eine Exilregierung eines Bundesstaates oder des Deutschen Reichs eine Organisation wäre, die in völkerrechtlicher Hinsicht den Alliierten des "Ersten" und "Zweiten Weltkrieges" auf Augenhöhe begegnen könnte, beispielsweise beider Erarbeitung einer Friedensregelung. Da das Deutsche Reich kein Staat ist sondern ein Staatenbund kann die Anwendbarkeit des Konstruktes

"Exilregierung" durchaus hinterfragt werden. Unabhängig hiervon ist das Deutsche Reich von 1871 im Rechts- und Gebietsstand vom 30.07.1914 ein Völkerrechtssubjekt, auch wenn es kein Staat ist.
Fazit: Eine Exilregierung für das Deutsche Reich oder für einzelne Bundesstaaten ist ein starkes völkerrechtliches Instrument. Das Konzept einer Exilregierung könnte deshalb ein Ansatz sein, um als eine temporäre Einrichtung die Reorganisation der legitimen staatlichen Körperschaften auf deutschem Boden zu fördern.
In der gegenwärtigen Situation erscheint jedoch die Reorganisation der staatlichen Gemeinden im Rechts- und Gebietsstand von 1914 vordergründig sinnvoller, weil diese Bundesstaatsverweser, Reichsverweser oder Exilregierungen zu legitimieren.

Verweser in Selbstermächtigung

Jeder Staatsangehörige hat das Recht in Selbstermächtigung ohne Auftrag das Deutsche Reich, jeden Bundesstaat und jede staatliche Gemeinde im Notstand zu repräsentieren. Der Notstand ergibt sich aus der Tatsache, daß die staatlichen Stellen nicht handlungsfähig sind.
Der Begriff "Verweser" (althochdeutsch "fir-we-san" neuhochdeutsch "für-wen-sein" ("jemandes Stelle vertreten") bezeichnet einen Vertreter im weitesten Sinne, insbesondere in staatlichen Spitzenämtern.
Auf diese Weise kann jeder Bundesstaat im Deutschen Reich von 1871 im Rechtsstand vom 30.07.1014 repräsentiert und in die basale Handlungsfähigkeit gebracht werden.

Staatliche Selbstverwaltungen

Die Menschen, die diesen Weg gehen, stützen sich auf die UN-Resolution 56/83 die da lautet:

UN Resolution A/RES/56/83 vom 28. Jan. 2002/Art. 9:

Verhalten im Falle der Abwesenheit oder des Ausfalls der staatlichen Stellen:

"Das Verhalten einer Person oder Personengruppe ist als Handlung eines Staates im Sinne des Völkerrechts zu werten, wenn die Person oder die Personengruppe im Falle der Abwesenheit oder des Ausfalls der staatlichen Stellen faktisch hoheitliche Befugnisse ausübt und die Umstände die Ausübung dieser Befugnisse erfordern".

Aufgrund des Ausfalles der staatlichen Stellen hierzulande kann sich somit ein jeder auf der geschilderten Rechtsgrundlage in die staatliche Selbstverwaltung, beziehungsweise zu einem Ein-Mann-Staat erklären, aber auch Zusammenschlüsse zu Gruppierungen sind auf dieser rechtlichen Basis möglich.

Kritisch ist anzumerken, daß man sich hiermit dem UN-Recht und damit dem Siegerrecht des Zweiten Weltkrieges unterordnet. Man ist damit immer noch Kriegsbeute der Alliierten des "Ersten" und "Zweiten Weltkrieges". Da das Ziel der Friedenszustand auch vor einem Friedensvertrag für das Deutsche Reich bleiben muß, und die Herstellung staatlicher Handlungsfähigkeit ebenfalls oberste Priorität haben muß, kann die Organisation unter dem Dach einer staatlichen Selbstverwaltung auf der Basis von UN-Recht nur ein Provisorium und eine Übergangsaktivität sein.

Neutrales Personen- und Reisedokument

Natürlich möchte sich niemand mehr mit einem "Bundespersonalausweis" ausweisen, im "Personalausweisgesetz" steht ja auch, daß der Träger Deutscher nach 116/1 "GG" ist und sich zur "deutschen Staatsangehörigkeit" von Adolf Hitler bekennt.
Bei den Reisepässen der "BRD" ist dies etwas anders, Im Paßgesetz findet sich eine solche Festlegung nicht. Deshalb ist es immer noch besser, sich mit einem "BRD"-Reisepaß auszuweisen als mit einem "BRD"-"Personalausweis". Aber auch in einem Reisepaß der "BRD" gibt es keine Familiennamen und die Namen und Vornamen werden in Großbuchstaben geschrieben, man wird somit nicht als Mensch oder natürliche Person ausgewiesen. Man weist sich zudem als Staatenlos aus (Staatsangehörigkeit "DEUTSCH") Außerdem steht auf der Außenseite als Oberstes "Europäische Union". Eine Körperschaft im Handelsrecht. Wer möchte sich dem schon anschließen!
Die Schwierigkeit besteht darin, einen angstfreien "Notar" im System zu finden, der das folgende Dokument beurkundet, damit es apostilliert werden kann. Die "BRD"-"Notare" werden vom Kammersystem eingeschüchtert und terrorisiert, sofern sie in diesem Bereich einfach nur ihre ganz normale Arbeit machen. Aus diesem Grunde fahren Menschen ins Ausland um die entsprechenden Dokumente beurkunden zu lassen.
Im Folgenden sei das Konzept zur Erlangung eines national und international anerkannten Reisedokuments, mit dem man sich als Mensch ausweist und nicht als natürliche oder juristische Person, dargestellt:

Mit dem anschließend vorgestellten Reisedokument ist es rechtlich möglich, als Mensch visafrei in alle Staaten der Erde zu reisen. Es gibt vier Varianten dieser Apostillierung für vier verschiedene Gruppen von Staaten weltweit. Man kann die Information hierüber bei den Apostillierungsstellen der "Landgerichte" im "BRD"-System ganz offiziell erhalten.
Die Vorgehensweise zur Erlangung ist zwar nicht einfach, für Menschen mit Durchhaltevermögen jedoch schaffbar:

- Man lasse sich **die beglaubigte Abschrift aus dem Geburtenregister vom Standesamt** der Geburtsstadt zusenden. Es handelt sich **nicht um eine Geburtsurkunde**, mit der gleichzeitig eine juristische Person und ein Wertpapier kreiert wird, **sondern um die Dokumentation daß ein Mensch geboren wurde (…der Knabe … das Mädchen …).** Die Erfahrung zeigt, daß die Bediensteten im "BRD"-System in altbewährter Nazi-Manier versuchen, die Herausgabe dieser Dokumente zu verweigern, indem **sie behaupten, es gäbe nur Geburtsurkunden.** Deshalb nie allein vorsprechen sondern immer Zeugen mitnehmen oder das Dokument schriftlich anfordern.
- Diesen Auszug statte man mit einem Paßbild aus.
- Man lasse dieses so entstandene Dokument von einem Notar im "BRD"-System beglaubigen.
- Anschließend lasse man es apostillieren.
- Es empfiehlt sich eine Übersetzung in die Sprache des Reiselandes und eine Apostillierung der Übersetzung in der Botschaft des Reiselandes in Berlin vornehmen zu lassen.

Eine Apostille ist allgemein eine Beurkundung, wobei nach Haager Übereinkunft vom 05.10.1961 der Inhalt der Urkunde im jeweiligen Ausland nicht mehr geprüft wird.
Man reist mit diesem Dokument als Mensch, man ist somit im Selben Rechtskreis beziehungsweise auf Augenhöhe mit Menschen wie Elisabeth II. oder Hans-Adam II. (Regierer des Hauses von und zu Liechtenstein) etc.

Mit dem beschriebenen Dokument ist es möglich, visafrei zu reisen. Schwierigkeiten vor Ort sind nicht auszuschließen, da die Grenzposten nicht immer zu 100%ig Bescheid wissen. Der Verfasser hat zahlreiche Berichte über erfolgreiche ungehinderte Ein- und Ausreisen in aller Welt, jedoch nur "aus zweiter Hand" und nicht aus den USA

Nr. 571

Leipzig, den 16.Mai 1966

Der Knabe Klaus Maurer---

ist am 12.Mai 1966--- um 11 Uhr 55 Minuten

in [redacted]

geboren.

Vater: [redacted] Maurer,---

wohnhaft in

Mutter: [redacted] Maurer geb. [redacted]

wohnhaft in Leipzig, [redacted]

[redacted] Schriftlich angezeigt durch: die Städtische Frauenklinik in Leipzig.---

[redacted]

[redacted]

Leiter des Standesamtes

1. Eheschließung der Eltern bzw. Geburt der Mutter:

Standesamt Leipzig Mitte Nr. 614/1962

~~1. Kind: 04.01.2001, Marburg, Nr. 106/2001~~

~~2. Kind: 02.08.2002, Bergisch Gladbach Nr. 1495~~

1. Ehe: 11. Dez. 2003, Marburg, Nr. 385/2003

Der Auszug aus dem Geburtsregistereintrag Nr. 571 des Standesamts Leipzig Mitte ist abgeändert durch die Beifügung eines Portraitsfotos, welches nach Angaben von Herrn Maurer ihn selber zeigt.

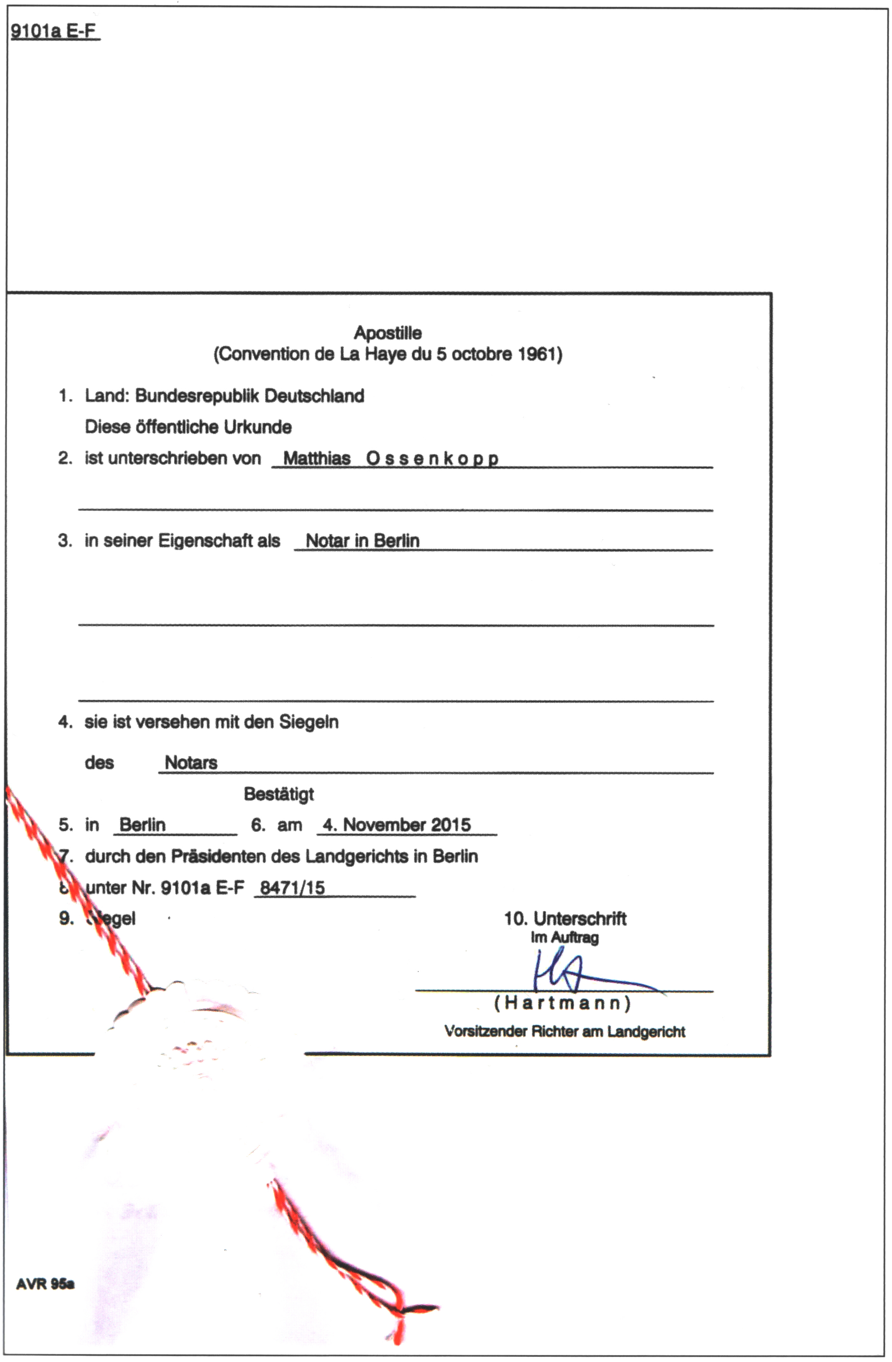
Die Stadt Leipzig beglaubigte die Abschrift aus dem Geburtenregister am 19.01.2015.

Herr Maurer wies sich durch Vorlage seines gültigen mit Lichtbild versehenen Reisepasses aus.

Ich beglaubige die Ablichtung der Urkunde.

Berlin, den 02.11.2015

Notar



9101a E-F

Apostille
(Convention de La Haye du 5 octobre 1961)

1. Land: Bundesrepublik Deutschland
   Diese öffentliche Urkunde
2. ist unterschrieben von Matthias Ossenkopp
3. in seiner Eigenschaft als Notar in Berlin
4. sie ist versehen mit den Siegeln
   des Notars

Bestätigt

5. in Berlin 6. am 4. November 2015
7. durch den Präsidenten des Landgerichts in Berlin
8. unter Nr. 9101a E-F 8471/15
9. Siegel

10. Unterschrift
Im Auftrag

(Hartmann)
Vorsitzender Richter am Landgericht

AVR 95a

Apostillierung des Dokuments nach Haager Konvention vom 05.10.1961

Kein Zettel wird einem zur Freiheit verhelfen, wenn man sie nicht bereits in sich fühlt!

Note an die russische Föderation

Angesichts des verbrecherischen Kriegseintritts der "BRD"- Akteure durch Waffenlieferung an die Ukraine ist es notwendig, sich gegenüber der Russische Föderation von den Verbrechen der "BRD"-Funktionärsbonzen zu distanzieren.
Da ein Friedensvertrag zum sogenannten "Zweiten Weltkrieg" bis heute nicht geschlossen wurde, ist die Russische Föderation als rechtmäßige Sieger- und Besatzungsmacht für alles was in "Deutschland" (entsprechend der Siegerrechtssetzung des "Ersten" und "Zweiten Weltkrieges" in den Grenzen vom 31.12.1937) vor sich geht, zumindest mitverantwortlich.

Absender:
Klaus aus dem Hause Maurer
Wohnsitz:
Holsteinische Straße [57]
[10717] Berlin

An den Präsidenten der Russischen Föderation
Herrn Wladimir Putin
über die
Botschaft der Russischen Föderation
Unter den Linden 63-65
[10117] Berlin

Tel.: [030-229 11 10]
Fax: [030-229 93 97]

Berlin, den TT.MM.JJJJ

Note zur Behandlung der Verbrechen von "BRD"- Funktionärsbonzen

Sehr geehrter Herr Präsident, hochverehrter Wladimir Wladimirowitsch Putin,

ich hoffe meine Note an Sie erreicht Sie bei allerbestem Befinden. Ich, Klaus, ehelich niedergekommen am zwölften Mai im Jahr des Herrn Eintausendneunhundertsechsundsechzig in Leipzig, Sohn von Ernst Richard, ehelich niedergekommen am 04. Juli 1927 in Berka vor dem Hainich, Enkelsohn von Jacob Ernst, ehelich niedergekommen am 07. Dezember 1887 in Berka vor dem Hainich, Urenkelsohn von Heinrich Wilhelm, ehelich niedergekommen in Berka vor dem Hainich, sämtlich aus dem Hause Maurer, bin ein Mensch. Ich bin damit ein vernunftbegabtes, sprachbegabtes, beseeltes Wesen aus Fleisch und Blut. Ich bin nicht verstorben und nicht verschollen und bin im Vollbesitze meiner geistigen, seelischen und körperlichen Kräfte.
Ich bin Staatsangehöriger des Großherzogtums Sachsen-Weimar-Eisenach, und damit mittelbar Angehöriger des Staatenbundes Deutsches Reich nach dem Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz vom 22.07.1913. Ich habe voll umfänglich Indigenatsrecht in Berlin / Königreich Preußen entsprechend Artikel 3 Verfassung des Deutschen Reichs vom 16. April 1871.
Ich bin kein Nazi, das heißt kein Deutscher nach 116/1 "Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland" beziehungsweise entsprechend der Nazi- Rechts- Verordnung vom 05.02.1934. Die Anwendung von Nazi-Recht lehne ich grundsätzlich ab. Ich bin kein Kombattant, kein Nichtkombattant, kein Angehöriger eines Heeres, einer Miliz oder eines Freiwilligen-Korps sondern Angehöriger der wehrlosern Zivilbevölkerung entsprechend der Haager Landkriegsordnung von 1907.

Entsprechende Nachweise habe ich beigefügt.

Ich verweise darauf, daß die "BRD" als Besatzererwaltung der westlichen Besatzungsmächte kein Staat ist und weder eine verfassungsrechtliche, noch sonstige staatsrechtliche oder völkerrechtliche Legitimation inne hat. Stattdessen ist die "BRD" eine Form der Fremdherrschaft unter Vorherrschaft der USA. Durch das verbrecherische "BRD"-System wird bewirkt, daß die Staaten im Staatenbund Deutsches Reich und das Deutsche Reich von 1871 handlungsunfähig gehalten werden und die Staatsgewalt auf deutschem Boden nicht von den deutschen Völkern ausgeübt werden kann. Die "BRD"- Funktionärsbonzen organisieren somit täglich den Verfassungshochverrat.

Ich distanziere mich hiermit ausdrücklich von den verbrecherischen Kriegshandlungen gegen die Russische Föderation seitens der Besatzerverwaltung "BRD" - "Bundesrepublik Deutschland" .

Als Staatsangehöriger des Großherzogtums Sachsen Weimar Eisenach mit Indigenatsrecht in allen Bundesstaaten des Deutschen Reiches im Rechts- und Gebietsstand vom 30.07.1014 legitimiere ich hiermit die Streitkräfte der Russischen Föderation im Gebiete des gesamten Deutschen Reichs in den Grenzen vom 30.07.1014 die öffentliche Ordnung und Gerechtigkeit herzustellen sowie eine Gerichtsbarkeit zu organisieren und die Kriegsverbrecher des "BRD"-Systems für ihre Verbrechen abzuurteilen und alle Arten der Urteile zu vollstrecken.

Vielen Dank für Ihre Hilfe im Voraus, mit freundlichen Grüßen,

Klaus aus dem Hause Maurer

13.2. Holzwege und Irreführung durch geheimdienstlich platzierte Organisationen

Der "Lackmustest"

Zentrale Organisationen, die vorgeben, übergeordnete Körperschaften des Deutschen Reiches, wie die Reichsebene oder die Ebene der Bundesstaaten zu reorganisieren, sind sehr anfällig für Unterwanderung und geheimdienstliche Steuerung.

Wenn man als Organisation beziehungsweise als Körperschaft im Bereich der heutigen Rechtsstaatlichkeitsbewegung tätig ist, ist die wichtigste Ressource die Glaubwürdigkeit. Schließlich wird in keinem anderen Bereich des gesellschaftlichen Lebens so viel gelogen, getäuscht und betrogen wie in der Frage der Staatsangehörigkeit, des gültigen Rechtsstandes und der verfassungsmäßigen Ordnung.

Der interessierte Leser möge selbst entscheiden, ob er Organisationen für glaubwürdig hält, die nach nunmehr mindestens fünfzehn Jahren vorhandener präziser Rechtskenntnisse innerhalb der Bewegung noch immer keine Dokumente herausgeben, in denen eine korrekte Staatsangehörigkeit ausgewiesen wird.
Wie wir wissen, muß unter der Rubrik "Staatsangehörigkeit" die korrekte Bezeichnung der Körperschaft, das heißt des Staates stehen, dem man angehört. Selbst Rechtschreibfehler wären fatal. Egal was unter der Rubrik "Staatsangehörigkeit" eingetragen wird, wenn der Staat nicht korrekt benannt ist, handelt es sich nur um einen Nachweis von Staatenlosigkeit.
Schließlich dürfen wir nicht vergessen, daß durch den Nachweis der Staatsangehörigkeit der Rechtskreis definiert wird. In diesem Punkt kann man sich keine Inkorrektheiten leisten! Dieser Punkt ist die alles entscheidende staatsrechtliche und völkerrechtliche Schlüsselfrage!

Möglicherweise ist das Vorhandensein zahlreicher platzierter Organisationen einfach nur ein Ausdruck dafür, daß die Herrschenden immer noch nach dem alten Erfolgsrezept der Jesuiten arbeiten: Man gründe seine vermeintlichen Gegner selbst, dann kann man sie von Anbeginn an kontrollieren und muß sie nicht erst mühsam unterwandern. Anschließend inszeniere man einen Kampf beziehungsweise eine Auseinandersetzung und gehe als Gewinner der Auseinandersetzung hervor. **Hegelsche Dialektik, nach dem Muster: "Typus gegen Antitypus". Oder "These gegen Antithese" … und anschließend die bereits gut vorbereitete "Synthese" aus der Schublade, und das wird uns dann als "zufällig entstandene" "Geschichte" verkauft.**

Man sollte unbedingt stutzig werden, wenn Organisationen sich auf Rechtsgrundlagen oder auf Symbolik der folgenden Kolonialverwaltungen beziehen: "Weimarer Republik", "Drittes Reich", "Großdeutsches Reich", "DDR" oder "BRD", dies ist alles Nichtstaatlichkeit und Braune Soße!
Dementsprechend sollte man aufwachen und durchblicken, wenn eine Staatsangehörigkeit "Deutsches Reich" oder eine "deutsche Staatsangehörigkeit" ausgewiesen wird, oder von "Reichsbürgern" oder vom "deutschen Volk" gesprochen wird. Organisationen die diese Begriffe verwenden, ziehen die Menschen in irgendwelche nichtstaatlichen Konstrukte der Alliierten beziehungsweise in das sogenannte "Dritte Reich". Sie wollen offenbar die gesamte Rechtsstaatlichkeitsbewegung in die "rechte Ecke" ziehen.
Menschen, die sich mit derartigen Dokumenten ausweisen, erkennen zudem die Zuständigkeit des "BRD"-Systems an, denn das "BRD"-System ist als Fortsetzung des "Dritten Reiches" dann für bekennende Nazis und Staatenlose zuständig. Man schaue sich die Symbolik oder die Eintragungen in den Pässen dieser Organisationen genau an und man weiß sehr schnell Bescheid!
Der Lackmustest ist der Rechtsstand vom 30.07.1914 (von vor Ausbruch des Krieges und vor Beginn der Fremdherrschaft durch die "Weimarer Republik") als unsere verfassungsmäßige Ordnung in der wir auch eine Staatsangehörigkeit und entsprechende Rechte haben.
Alle Organisationen, die von unserer verfassungsmäßigen Ordnung im Rechtsstand vom 30.07.1914 ablenken, entweder in die Zukunft also in Körperschaften, die später gebildet wurden wie "Weimarer Republik", "Drittes Reich", "UN", "DDR" oder "BRD", oder in die Vergangenheit wie "Paulskirchenverfassung", Norddeutscher Bund, Deutscher Bund etc. offenbaren sich als verfassungsfeindlich und kriminell.

Holzweg "Friedensvertrag"

Gegenwärtig erklären Vertreter platzierter Organisationen den interessierten Menschen der Rechtsstaatlichkeitsbewegung, es sei ein Friedensvertrag mit den Alliierten des ersten und zweiten Weltkrieges unverzichtbar, um im kollektiven Maßstab zu Souveränität und zu unserer verfassungsmäßigen Ordnung zu gelangen. Dies ist nicht richtig. Zum einen würde man sich hierdurch von Dritten abhängig machen. Ein Vertrag braucht ja mindestens zwei, gegebenenfalls mehrere. Man hat ja nur Kontrolle über sein eigenes Verhalten und nicht über das Verhalten Dritter. Die Frage ist zudem: "Wer wäre ein legitimer Vertreter des Kaiserreichs der einen Friedensvertrag zum "Ersten Weltkrieg" unterzeichnen könnte, bevor die Souveränität erlangt und unsere verfassungsmäßige Ordnung wiederhergestellt ist?"

Die Behauptung, ein Friedensvertrag sei unverzichtbar für eine Reorganisation ist geeignet, die Menschen dazu zu bringen, die Hände in den Schoß zu legen und das einzige was ihnen wirklich Macht gibt, zu unterlassen, nämlich ins Tun zu kommen. Stattdessen wartet man auf Dritte. Als Staatsangehöriger hat man immer das Recht (und die Pflicht) auf die Einhaltung der verfassungsmäßigen Ordnung zu bestehen. Das ist für uns der Rechtsstand vom 30. Juli 1914. Wer sich in den Rechtsstand vom 30. Juli 1914 (vor Ausbruch des Krieges und vor Beginn der Fremdherrschaft) definiert, definiert sich automatisch in den Frieden. Ein Friedensvertrag ist damit insbesondere für die erforderliche Reorganisation der legitimen Gebietskörperschaften auf deutschem Boden gar nicht nötig.
Regelungen für den Kriegszustand als Form des Ausnahmezustandes sind in der Regel nicht in der Verfassung sondern in Verordnungen und Gesetzen (gegenüber der Verfassung niederrangig) kodifiziert.

Damit ist der Kriegszustand als Form des Ausnahmezustandes ein Geschäftsangebot an die Staatsangehörigen, auf ihre Rechte aus der Staatsangehörigkeit für die Zeit des Kriegszustandes teilweise oder in Gänze zu verzichten. Die HLKO - Haager Landkriegsordnung gilt für diejenigen, die dieses Geschäftsangebot angenommen haben.
Wer als Staatsangehöriger auf die Einhaltung der verfassungsmäßigen Ordnung besteht, ist automatisch im Frieden, er ist Zivilist gemäß HLKO. Damit hat er die Rechte von Zivilisten (Zivilisten sind gemäß HLKO immer "außen vor", die dürfen nicht beschossen, enteignet oder irgendwie durch Kriegshandlungen behelligt werden). Wer das Geschäftsangebot des Kriegszustandes angenommen hat, hat nach HLKO maximal die Rechte von Angehörigen eines Heeres, einer Miliz oder eines Freiwilligenkorps und gegebenenfalls von Kriegsgefangenen.
Wenn wir als Staatsangehörige auf die Einhaltung der verfassungsmäßigen Ordnung bestehen sind wir automatisch im Frieden.

Holzweg "Dokumentenrückgabe"

Platzierte Organisationen empfehlen den Menschen, sie sollten die für sie vom System kreierte juristische Person ins "außereuropäische Ausland" abmelden und die zugehörigen "BRD"-Dokumente ("Personalausweise" oder "Reisepässe" sowie Urkunden - "Geburtsurkunde", "Eheurkunde") entwertet zurücksenden. Man würde dann vom "BRD"-System "in Ruhe gelassen" werden. In der Tat werden diese Menschen vom "BRD"-System in Ruhe gelassen. Allerdings haben sich diese Menschen dann ins "wirtschaftliche Abseits " gestellt. Es gibt für diese Vorgehensweise keine juristische Rechtfertigung. Es wird nur auf diese Weise suggeriert, die "BRD" würde sich an irgendwelche Regeln halten, auch wenn wir diese Regeln nicht immer voll umfänglich kennen.
Die "BRD" verwaltet rechtswidrig alle physischen Ressourcen in Deutschland. Wenn man nicht auf dem Land autonom lebt, sondern in einer Stadt, vielleicht sogar eine Familie mit Kindern zu versorgen hat, kann man schlecht auskommen, ohne mit dem "BRD"-System Geschäfte zu machen. Hierfür braucht man die erforderlichen Dokumente, insbesondere für Geschäfte, in denen Banken involviert sind. Letztlich gibt es auch keine juristische Begründung für eine derartige Forderung.
Als Mensch entscheidet man, für welche Person man handelt. Beispielsweise kann man unabhängig voneinander der Vorsitzende vom ortsansässigen Kegelverein sein, Arbeitnehmer in einer Fabrik, nach Feierabend ehrenamtlich der Ortsvorsteher, ansonsten Familienvater etc. Man entscheidet als Mensch, für welche Person man handelt.
Man kann dabei als Mensch niemals zu einer (juristischen) Person werden, für die man handelt.
Entscheidend ist, daß man die eigene Rechtsposition benennt. So hat ein Vereinsvorsitzender vom Kegelverein einen anderen Briefkopf als ein ehrenamtlicher Ortsvorsteher etc.
Darüber hinaus kann man keinem Menschen verwehren, sowohl als Vereinsvorsitzender für den Kegelverein zu handeln, als auch beispielsweise als Geschäftsführer einer Firma.
Selbst wenn es durch invisible Vertragsbestandteile ausgeschlossen wäre, daß man als Inhaber eines "BRD" - "Bundespersonalausweises" seine Rechte wahrnehmen dürfte, die sich aus der Staatsangehörigkeit ergeben, wäre ein solcher Vertragsbestandteil automatisch ungültig.
Grundsätzlich kann man nicht in einer niedrigeren Rechtsebene (Handelsrecht) Dinge regeln, die eine höhere Rechtsebene (Staatsrecht) betreffen. Das wäre genau so, als ob man einen Arbeitsvertrag bei einer Firma unterschreibt (Handelsrecht) in dem eine Klausel ist, daß man bei der nächsten Wahl (Staatsrecht) für einen bestimmten Abgeordneten stimmen soll. Eine solche Vereinbarung wäre aus den genannte Gründen automatisch ungültig.
Es ist grundsätzlich falsch, wenn Akteure den Menschen einreden, sie haben sich als Mensch zu einer juristischen Person, das heißt zu einer leblosen Sache gemacht, weil sie sich mit "Bundespersonalausweis" oder "BRD"-"Reisepass" ausgewiesen haben und auf dieser Basis Geschäfte mit dem "BRD"-System gemacht haben. Sie haben maximal für eine juristische Person gehandelt, sie sind nicht zu einer juristischen Person oder zu einer leblosen Sache geworden.
Man kann einem Staatsanghörigen niemals verwehren, als Mensch auf der Ebene des Staatsrechts zu operieren, unabhängig von den Verträgen die er als Mensch für eine juristische Person geschlossen hat.

Holzweg "Verfassunggebende Versammlung entsprechend Art 146 'GG' "

Es gibt Protagonisten in der Rechtsstaatlichkeitsbewegung, die auf der Basis des Art. 146 "GG" eine "verfassungsgebende Versammlung" anstreben, um die "BRD" im Sinne von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie zu reformieren. Dabei wird suggeriert, daß unter Anwendung des Art. 146 "GG" die "BRD" rechtlich geheilt und politisch reformiert werden könne. Dies ist jedoch aus folgenden Gründen Unsinn:

Der Artikel 146 ist Bestandteil des "Grundgesetzes" und damit Besatzungsrecht. Zudem ist er Nazi-Recht durch Bezugnahme auf das sogenannte "deutsche Volk" - eine Erfindung von Adolf Hitler vom 05.02.1934. Man würde auf der Basis des Art. 146 "GG" die Nazi-Organisation "BRD" evtl. unter anderem Namen weiterführen, aber eben immer noch einen Nazi-Organisation.

Man würde unter Anwendung des Art 146 "GG" ein neues Grundregelwerk erstellen, welches dann zum Zwecke der Täuschung "Verfassung" genannt werden würde. Die "BRD" bekäme auf diese Weise eventuell noch einen neuen Namen. Es würde sich dabei jedoch weiterhin um dasselbe Rechtssubjekt handeln. Die Außenbeziehungen blieben damit unverändert. Der ganze Laden wäre folglich weiterhin

- **eine reine Handelsrechstkonstruktion bzw. eine Firma**
    - man kann eine Firma grundsätzlich nicht in einen Staat umwandeln
    - das Konstrukt wäre nach wie vor eine Firma der drei westlichen Besatzungsmächte, diese können weiterhin bestimmen, was in dieser Firma legal ist und was nicht
    - die Besatzungsmächte könnten jederzeit auch rückwirkend alle Rechtsakte innerhalb dieses Konstruktes für ungültig erklären oder beispielsweise den Rechtsstand aus der Zeit von vor der "verfassungsgebenden Versammlung" wieder herstellen
    - Beispiele für rückwirkende Aufhebungen von Rechtsakten durch die Alliierten sind
        - die rückwirkende Aufhebung der gesamten nationalsozialistischen Rechtssetzung (die "Weimarer Republik" war schließlich eine Firma der Alliierten des "ersten Weltkrieges")
        - die rückwirkende Annullierung des "Volksentscheides" für den Anschluß der "Republik Österreich" an das "Dritte Reich" aus dem Jahre 1938 (die "Republik Österreich" war und ist schließlich eine Firma der Alliierten des ersten Weltkrieges)
    - Da die "BRD" niemals in einen Staat umgewandelt werden kann, wäre die Verwendung des Begriffs "Verfassung" (definitionsgemäß die höchste Rechtsnorm in einem Staat) nicht statthaft beziehungsweise eine Täuschung.
- **ein Fremdherrschaftsinstrument**
    - das Kriegsrecht des "zweiten Weltkrieges", insbesondere das Besatzungsrecht welches vor Gründung der "BRD" installiert worden ist, wäre weiterhin diesem Grundregelwerk gegenüber höherrangig
    - selbst wenn die Besatzungsmächte dem Konstrukt einen "Friedensvertrag" zum "zweiten Weltkrieg" geben würden, fehlte immer noch eine Friedensregelung zum "ersten Weltkrieg"
- **eine lupenreine Nazi- und Reichsbürger- Organisation**
    - die Anwendung des Artikel 146 "GG" wäre die Anwendung von Nazi-Recht, denn abstimmungsberechtigt wäre nach dieser Regelung "das deutsche Volk", also jene, die im Besitz der "deutschen Staatsangehörigkeit" (nach nationalsozialistischer Definition) sind. Hierdurch würde man die gegenwärtig als "BRD" bezeichnete Nazi-Organisation (evtl. unter anderem Namen) als Nazi-Organisation weiterführen
    - eine Abstimmung auf der Basis des Artikel 146 "GG" wäre durch die Anwendung von Nazi-Recht bereits ungültig, bevor sie überhaupt begonnen hätte. Schließlich wurde die Anwendung von Nazirecht durch die Besatzungsmächte für illegal erklärt (Kontrollratsgesetz Nr. 1 sowie SHAEF-Gesetz Nr. 1, jeweils in Verbindung mit Art. 139 "GG").

<u>Fazit:</u> Der Artikel 146 ist als Bestandteil des "Grundgesetzes" eine Mischung aus Besatzungsrecht und Nazirecht. Wegen des Nazi-Rechts-Anteils wäre eine Abstimmung nach Art 146 "Grundgesetz " ungültig, bevor sie überhaupt begonnen hätte. An den besatzungsrechtlichen Außenbeziehungen würde sich hierdurch ebenfalls nichts ändern.
Die Erstellung eines neuen Grundregelwerkes für das "BRD"-System entsprechend Art 146 "GG ", mit eventuell neuer Namensgebung für das "BRD"-System wäre die Weiterführung des Gefängnisses unter neuem Anstrich.

Holzweg "Königreich Deutschland"

Die Gründung des "Königreich Deutschland" in der Region Lutherstadt Wittenberg / Dessau am 16.09.2012 geht auf Peter Fitzek zurück. Die Gründung erfolgte aus der Initiative "NeuDeutschland" heraus, möglicherweise unter der rechtsirrtümlichen Annahme, das dortige Land sei herrenlos. Peter Fitzek beansprucht eine Staatsgründung, jedoch ignoriert er die Tatsache, daß man einen Staat nicht in einem Staat gründen kann, den es bereits gibt und daß die Legitimation eines Staates durch die Bodenrechte der staatlichen Gemeinden erfolgt. Durch die Neugründung eines vermeintlichen "Staates" ohne Anknüpfung an den Rechtsstand vom 30.07.1914 auf der Ebene der staatlichen Gemeinden ist die

Verbindung zu den Bodenrechten abgerissen. Ohne Verbindung zu den Bodenrechten ist die Etablierung einer legitimen Gebietskörperschaft grundsätzlich nicht möglich.
Mit Gründung des K. ignorierte Peter Fitzek zudem die Tatsache, daß unsere verfassungsmäßige Ordnung der Rechtsstand vom 30.07.1914 ist. Er erfüllt mit der Gründung des "Königreich Deutschland" den Tatbestand des Verfassungshochverrats.
Unabhängig hiervon hat Peter Fitzek gezeigt, daß es auch im kleineren Maßstab möglich ist, sich selbst zu verwalten und beispielsweise ein eigenes Geldsystem, eine eigene Bank und eine eigene Krankenversicherung zu betreiben.

12.3. Möglichkeiten als "BRD"- Personal / juristische Person Innerhalb des Systems

Grundsätzlich sind Handlungen für die juristische Person die das "BRD"-System für einen kreiert hat auf der "rechtlichen Spielwiese" der "BRD" oft wenig erfolgversprechend, weil man sich hiermit der Jurisdiktion des "BRD"-Systems von vornherein unterordnet. Unabhängig hiervon kann dies sinnvoll sein. Man bewegt sich nicht im Staatsrecht, aus Sicht des Verfassers ist dies eher als "Plan B" anzusehen.

Die Besatzungsmächte haben im "Grundgesetz" dafür gesorgt, daß der Verlust unserer Staatsangehörigkeit des jeweiligen Bundesstaates durch den Transfer in die Hitlersche Entstaatlichung unter dem Begriff "DEUTSCH", die von der "BRD" weitergeführt wird, geheilt werden kann. Der Schlüssel hierfür ist der Artikel 116 GG, dabei aber nicht der oft zitierte Absatz 1 sondern der Artikel 116 "GG" Absatz 2:

"Frühere deutsche Staatsangehörige, denen zwischen dem 30.01.1933 und dem 08.05.1945 die Staatsangehörigkeit aus politischen, rassischen oder religiösen Gründen entzogen worden ist, und ihre Abkömmlinge sind auf Antrag wieder einzubürgern. Sie gelten als nicht ausgebürgert, sofern sie nach dem 08.05.1945 ihren Wohnsitz in Deutschland genommen haben und nicht einen entgegengesetzten Willen zum Ausdruck gebracht haben."

Durch die Beantragung eines "Bundespersonalausweises" hat man wohl einen entgegengesetzten Willen zum Ausdruck gebracht. Da Stellen des "BRD"-Systems im Handelsrecht agieren, sind diese Willensbekundungen jedoch widerrufbar.

Staatsangehörigkeitsausweis der "BRD" - "Gelber Schein" -

Viele Menschen haben sich schon gefragt, ob durch die Ausstellung eines "Staatsangehörigkeitsausweises" der "BRD" eine Staatsangehörigkeit nachgewiesen oder ausgewiesen werden könne, durch die man seine Rechtsstellung als Staatsangehöriger (eines Bundesstaates des Deutschen Reichs) dokumentieren könne.
Dabei ist zu beachten, daß die Aussagen in Urkunden und Ausweisen

- "XY besitzt die deutsche Staatsangehörigkeit"
- "XY ist deutscher Staatsangehöriger"
- "Staatsangehörigkeit: DEUTSCH"

unterschiedliche Bedeutungen haben. Vermutlich wird das "BRD"-System die Begrifflichkeiten so auslegen, wie es uns am wenigsten von Nutzen ist.

Screenshot bei der Firma "Stadt Augsburg": Klare Ansage, daß Reisepaß oder Personalausweis der "BRD" kein Nachweis der "deutschen Staatsangehörigkeit" sind sondern lediglich die "Vermutung" begründen.

Es gibt Menschen, die den Staatsangehörigkeitsausweis der "BRD" beantragt und erhalten haben, und im sogenannten "EStA Register" korrekt eingetragen sind, und die von "BRD" - Stellen nach Vorzeigen dieses Schweins in Ruhe gelassen wurden. Heutzutage wird von den zuständigen "BRD"-Stellen die Ausstellung dieses Dokumentes willkürlich verweigert, unter dem Vorwand, der Antragsteller habe kein "Sachbescheidungsinteresse".

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Staatsangehörigkeitsausweis

Vorname(n), Familienname, Geburtsname

geboren am in

Wohnort

ist deutsche(r) Staatsangehörige(r).

Dieser Ausweis gilt bis zum

-entfällt-

Ort, Datum

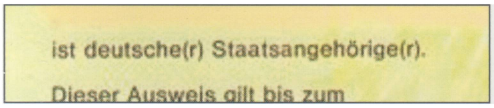
Anklam, den 24.02.2009

Landkreis Ostvorpommern
-Die Landrätin-

Im Auftrag
Scheffler

Art.-Nr. 10 005

Bundesdruckerei



ist deutsche(r) Staatsangehörige(r).

Dieser Ausweis gilt bis zum

Staatsangehörigkeitsausweis der "BRD" mit der mißverständlichen Aussage: "XY ist deutsche(r) Staatsangehörige(r).

Dabei hat der Verfasser aufgrund eigener Beantragung und Recherche das folgende Schriftstück des sogenannten "Bundesverwaltungsamtes" in Köln erhalten.
Daraus geht klar hervor, daß die Feststellung der "deutschen Staatsangehörigkeit" rechtliche Grundlage ist für die Ausstellung eines "Staatsangehörigkeitsausweises"
Wer also den "Gelben Schein" hat und sich im EStA-Register des Bundesverwaltungsamtes in Köln korrekt eintragen lassen hat, hat sich erst einmal zur hitlerschen "deutschen Staatsangehörigkeit" bekannt.

Inzwischen konnte durch den Verfasser von Menschen mit außergewöhnlich gutem Wissen in Erfahrung gebracht werden, daß dies aus Sicht des Systems nicht anders gehandhabt werden kann, da man aufgrund einer Staatsangehörigkeit in einem der Bundesstaaten im Deutschen Reich (Kaiserreich) die "deutsche Staatsangehörigkeit" von Hitler bekommen hat. Bei der Rückabwicklung muß man eben als Nazi die Anträge

stellen um am Ende von der sogenannten "Ausländerbehörde" oder dem sogenannten "Bundesverwaltungsamt" (Köln) bescheinigt zu bekommen, daß man RuStAG-Deutscher ist. Die exakte Staatsangehörigkeit selbst wird damit jedoch noch immer nicht bescheinigt.

Bundesverwaltungsamt

Bundesverwaltungsamt, 50728 Köln

Herrn
Klaus Maurer
[redacted]

HAUSANSCHRIFT Eupener Straße 125, 50933 Köln
POSTANSCHRIFT 50728 Köln
TEL +49(0)22899358-0 oder +49(0)221 758-0
FAX +49(0)22899358-2846 oder +49(0)221 758-2846
ANSPRECHPARTNER
E-MAIL staatsangehörigkeit@bva.bund.de
INTERNET www.bundesverwaltungsamt.de

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom	Mein Zeichen, meine Nachricht vom	Datum
	SII3-1.13	23.12.2015

Staatsangehörigkeitsangelegenheiten in Bundeszuständigkeit
Antrag auf Staatsangehörigkeitsausweis

Sehr geehrter Herr Maurer,

anliegenden Antragsvordruck sende ich Ihnen mit den eingereichten Unterlagen zurück. Es gibt keine Rechtsgrundlage für einen Antrag auf Staatsangehörigkeitsausweis ohne Feststellung der deutschen Staatsangehörigkeit.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Wagstyl

Diensträume Eupener Straße 125, Köln (Braunsfeld) Erreichbar mit öffentlichen Verkehrsmitteln
Servicezeit Anrufe bitte möglichst
Überweisungsempfänger Bundeskasse Trier Konto
Für Überweisungen aus dem Ausland Internationale Bankummer (IBAN)

Schreiben des "Bundesverwaltungsamtes Köln" an den Verfasser mit klarer Ansage, daß die "deutsche Staatsangehörigkeit" (Bekennung zum Nazi-Recht) rechtliche Voraussetzung für die Erteilung eines "Staatsangehörigkeitsausweises" ist.

Offensichtlich kann und wird die "BRD" keine Dokumente herausgeben, die einen Nachweis unserer Staatsangehörigkeit beinhalten. Sie würde damit innerhalb ihres Regelungssystems die Voraussetzungen schaffen, daß wir auch nach den internen Regeln des "BRD"-Systems den Akteuren im System Anordnungen geben können und das "BRD"-System in Gänze abwickeln können.

Art. 20 (4) "Grundgesetz" - Widerstandsrecht

Interessant ist der Artikel 20 Abs 4 "Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland", hierin wird das Recht zum Widerstand auch für Personalangehörige der "BRD" postuliert. (Man operiert hier nicht aus dem Staatsrecht sondern als "BRD"- Personal)

Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland Art 20:

(1) ***"Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.***

(2) ***Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.***

(3) ***Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.***

(4) ***Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.***

Durch folgende Handlungen der sogenannten "Bundesregierung" werden die Voraussetzungen des Artikel 20 Abs. 4 "Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland" erfüllt.

1. **Beseitigung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung durch Verweigerung der Grundrechte unter dem Vorwand des Gesundheitsschutzes mit**
   - Verweigerung des Rechts auf körperliche Unversehrtheit (Art. 2 Abs 2 GG)
   - Verweigerung des Rechts auf Bewegungsfreiheit und Reisefreiheit (Art. 11 GG)
   - Verweigerung des Rechts auf Versammlungsfreiheit (Art. 8 GG)
   - Verweigerung des Rechts auf freie Berufsausübung (Art. 12 GG)
   - Maulkorbpflicht als politisches Unterdrückungssymbol
   - Diskriminierung von "Ungeimpften" flächendeckend im gesamten sozialen Leben
   - Gleichschaltung der Medien mit Unterdrückung Andersdenkender zum Thema Gesundheitsschutz.
2. **Waffenlieferung an Ukraine**
   - Als Rechtsnachfolger des Dritten Reiches ist die "BRD" an die Vereinbarungen zur bedingungslosen Kapitulation des "Dritten Reiches" gegenüber den Siegermächten von 1945 gebunden
   - in Verbindung mit der Feindstaatenklausel der Charta der Vereinten Nationen kann die Russische Föderation jederzeit die Kriegshandlungen gegen das Dritte Reich / Rechtsnachfolger Bundesrepublik Deutschland auch ohne Zustimmung des Weltsicherheitsrates wieder aufnehmen
   - das Recht der Vereinten Nationen ist gegenüber dem Recht der NATO höherrangig, höherrangiges Recht bricht niederrangiges Recht
   - die russische Föderation ist Rechteinhaber der Rechte der Sowjetunion betreffend die sowjetische Besatzungszone und den sowjetischen Sektor von Berlin
   - Insoweit hat die Bundesregierung durch Waffenlieferungen an einen Kriegsgegner einer Siegermacht des zweiten Weltkrieges die Bevölkerung in Deutschland in unmittelbare Kriegsgefahr gebracht.
3. **wirtschaftliche Zerstörung Deutschlands mit Verelendung weiter Teile der Bevölkerung**
   - willkürliche Abschaltung aller deutschen Atomkraftwerke als sicherste Atomkraftwerke der Welt
   - Einkauf von Atomstrom und Kohlestrom aus dem Ausland mit Abließen der Kaufkraft und entsprechender Verarmung und Verelendung weiter Teile der Bevölkerung
   - Zerstörung der Energie und Nahrungsmittelversorgung der Menschen in Deutschland durch rechtswidrige Außerkraftsetzung der Lieferverträge mit Firmen der Russischen Föderation.
   - Verschleuderung des Volksvermögens durch gigantische Ausgaben für einen inneren und äußeren Unterdrückungsapparat / Bundeswehr / Geheimdienste…
4. **Andere Abhilfe ist nicht möglich weil:**
   - Das Bundesgrundgesetzgericht besteht aus Parteisoldaten und ist kein unabhängiges Gericht
   - Das gesamte "Gerichtswesen" ist im "BRD"-System nachweislich Teil der Exekutive, dies ergibt sich durch die Abhängigkeit der sogenannten "Richter" von den jeweiligen Justizministern (Parteisoldaten) und durch Abhängigkeit von sogenannten "Staatsanwaltschaften" von Justiz von den jeweiligen Justizministern (Parteisoldaten)
   - Gleichschaltung der "BRD"-Mainstream-Medien und damit Falschinformationen durch Organisation des Besitzes der Medien durch nur fünf Personen / Familien
   - Gleichschaltung der "BRD"-Mainstream-Medien und damit Falschinformationen durch Besetzung der Schlüsselpositionen der kostenintensiven Medien (Landesrundfunkanstalten etc.) mit Parteisoldaten
   - Demokratiefeindliche Struktur der "BRD" mit Fehlen von Volksentscheiden, Volksbefragungen und Volksbegehren, Abhängigkeit der Abgeordnete von Parteivorsitzenden / Parteisoldaten; fehlende Gewaltenteilung mit fehlender Unabhängigkeit der "Gerichte" und "Staatsanwaltschaften" von "Justizministern / Parteisoldaten"

In dieser logischen Argumentationskette kann man dann beispielsweise die Zahlung von Steuern verweigern. Natürlich wird das "BRD"-System dies nicht tolerieren, wenn jedoch eine kritische Masse erreicht ist, kann man das verbrecherische "BRD"-Systems damit lähmen und es hat unter Umständen

eine psychologische Wirkung, wenn viele Menschen Widerstand nach den Regeln des Systems praktizieren.

Art. 28 (2) "Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland"

Im Artikel 28, insbesondere unter Absatz 2 werden die Rechte der "BRD"-Firmengemeinden festgeschrieben. Hieraus ergibt sich, daß die "Bürgermeister" / "Geschäftsführer" auch im "BRD"-Systems eine enorme Macht und auch erhebliche Gestaltungsmöglichkeiten haben. Insbesondere ist hier die vollständige Selbstverwaltung, insbesondere die finanzielle Selbstverwaltung. Es ist somit das Recht der Gemeinde, das ortsansässige sogenannte Finanzamt zu übernehmen und die Verteilung der Steuergelder in die eigenen Hände zu nehmen.

"Grundgesetz" Art 28:

(1) ***"Die verfassungsmäßige Ordnung in den Ländern muß den Grundsätzen des republikanischen, demokratischen und sozialen Rechtsstaates im Sinne dieses Grundgesetzes entsprechen. In den Ländern, Kreisen und Gemeinden muß das Volk eine Vertretung haben, die aus allgemeinen, unmittelbaren, freien, gleichen und geheimen Wahlen hervorgegangen ist....In Gemeinden kann an die Stelle einer gewählten Körperschaft die Gemeindeversammlung treten."***

(2) ***"Den Gemeinden muß das Recht gewährleistet sein, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln. Auch die Gemeindeverbände haben im Rahmen ihres gesetzlichen Aufgabenbereiches nach Maßgabe der Gesetze das Recht der Selbstverwaltung. Die Gewährleistung der Selbstverwaltung umfaßt auch die Grundlagen der finanziellen Eigenverantwortung; zu diesen Grundlagen gehört eine den Gemeinden mit Hebesatzrecht zustehende wirtschaftskraftbezogene Steuerquelle."***

(3) ***"Der Bund gewährleistet, daß die verfassungsmäßige Ordnung der Länder den Grundrechten und den Bestimmungen der Absätze 1 und 2 entspricht."***

Auf dieser Rechtsgrundlage haben auch die "BRD"-Firmen-"Gemeinden" innerhalb des "BRD"-Systems erhebliche Rechte.
Die Gemeindeversammlung die die Gesamtheit der Angehörigen der Gemeinde bildet, entscheidet über alle Belange, über die Absetzung des "BRD"-Gemeinde- Bürgermeisters / -Geschäftsführers Vertretung, die Neueinsetzung eines anderen, beispielsweise parteilosen "BRD"-Gemeinde- Bürgermeisters / -Geschäftsführers und über die Verwendung der zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel.
Selbstverständlich kann auf diesem Wege die Gemeindeversammlung jederzeit auch den gegenwärtigen Pharmafaschismus in ihrem Territorium beenden. Sie kann das sogenannte "Finanzamt" der "BRD"-Firmengemeinde unterstellen.

Autonomisierung im unmittelbaren sozialen Umfeld

Wichtigste Erkenntnis aus dem Sozialzerstörungsprogramm der angloamerikanischen Hochfinanz ist, daß man seine Familienverhältnisse so gut es geht in Ordnung hält und seinen Kindern die bestmöglichen Entwicklungschancen verschafft. Gleiches gilt für die Hausgemeinschaft / Nachbarschaft, in der man sich gegenseitig helfen und unterstützen sollte.

Steuerboykott / Bußgeldboykott

Sehr viele Menschen, die die Rechtslage erkannt haben, haben ihre Geschäftsbeziehung mit dem "BRD"-System in Form einer Personenstandserklärung / Lebenderklärung / Willenserklärung beendet. Sie zahlen beispielsweise keine Bußgelder und keine Steuern mehr, da hierfür ja schließlich keine Rechtsgrundlage besteht, weder für Personen innerhalb des "BRD"-Systems und erst recht nicht für Jene, die sich außerhalb des "BRD"-Systems gestellt haben.
Der Entzug des Geldes ist zudem eine wichtige Form des Widerstandes gemäß Art. 20 Abs. 4 "Grundgesetz" gegen die Faschistisierung der Gesellschaft über das Konstrukt "EU" und insbesondere das Ermächtigungsgesetz "ESM", sowie gegen Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen, die durch das "BRD"-System verübt werden.
Hauptargumentation um auch nach den Regeln des "BRD"-Systems Steuern zu verweigern ist, daß die Abgabenordnung gemäß §415 nie in Kraft getreten ist und das Einkommenssteuergesetz von Adolf Hitler ist und nach SHAEF Gesetz Nr. 1 und Kontrollratsgesetz Nr. 1 in Verbindung mit Art. 139 GG nicht angewendet werden darf.
Der Boykott von Bußgeldern beruht auf den "BRD"-eigenen Regeln, daß "Ordnungswidrigkeiten" nur im räumlich/territorialen Geltungsbereich des "Ordnungswidrigkeitengesetz" geahndet werden können. Dieser Geltungsbereich ist jedoch nirgendwo definiert.
Menschen die auf diese Weise argumentieren haben schon die Erfahrung machen dürfen, daß das "BRD"-System in altbewährter faschistischer Weise Menschen versucht, psychiatrische Untersuchungen in Form der sogenannten "MPU" aufzuzwingen oder willkürlich, in altbewährter Nazi-Manier, den "Führerschein"

einzuziehen. Ziel ist offensichtlich, die Menschen, die die Rechtslage erkannt haben, zu schikanieren und wirtschaftlich zu ruinieren.

Bußgeldsachen / Ordnungswidrigkeiten

Gemäß §5 des sogenannten "Ordnungswidrigkeitengesetzes" können

".....nur Ordnungswidrigkeiten geahndet werden, die im räumlichen Geltungsbereich dieses Gesetzes oder außerhalb dieses Geltungsbereichs auf einem Schiff oder in einem Luftfahrzeug begangen werden, das berechtigt ist, die Bundesflagge oder das Staatszugehörigkeitszeichen der Bundesrepublik Deutschland zu führen".

Nachdem die drei westlichen Besatzungsmächte das Einführungsgesetz zum sogenannten "Ordnungswidrigkeitengesetz" durch das sogenannte "Zweite Gesetz über die Bereinigung von Bundesrecht im Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums der Justiz" ("2. BMJBBG") vom 23.11.2007, Art. 57 aufgehoben haben, ist ein räumlicher Geltungsbereich dieses sogenannten "Ordnungswidrigkeitengesetzes" weder im sogenannten "Ordnungswidrigkeitengesetz", selbst, noch anderenorts definiert.

Insbesondere ist auch im sogenannten "Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland" ein territorialer Geltungsbereich nicht definiert. Zudem handelt es sich bei einem Fahrzeug weder um ein Flugzeug noch um ein Schiff.

Boykott der "BRD"-KiTa´s und "BRD"-Schulen

Aufgrund des Manipulations- und Lügencharakters der Lehrpläne in Schulen des "BRD"-Systems haben viele Eltern begonnen, ihre Kinder selbst zuhause zu unterrichten und sich der Schulpflicht des "BRD"-Systems zu entziehen.

Wegen folgender terrorartiger Aktivitäten von Vertretern des "BRD"-Systems ("Jugendamt", "Gerichte") zur Erzwingung des Schulbesuches haben es bereits zahlreiche Familien aus dem deutschen Besatzungsgebiet geschafft, im Ausland Asyl zu erhalten!

Unabhängig hiervon kann man auch innerhalb des "BRD"-Systems freie KiTa´s, freie Schulen und freie Universitäten gründen! Man hat dann mit Schwierigkeiten der Finanzierung insbesondere in den ersten drei Jahren zu kämpfen. Hoffnungsvoll stimmt allerdings auch hier die Reaktivierung der Gemeinden.

Wirtschaftliche Förderung der eigenen Region

Große Konzerne stehen in der Regel im Eigentum Weniger im Hintergrund. Sie schöpfen oft Macht und Profite aus Kinderarbeit, Ausbeutung, Krieg, Umweltzerstörung und Korruption.

Alternativen bieten Wochenmärkte und regionale Hersteller, von deren Moral man sich vor Ort überzeugen kann. Außerdem fördert man damit die eigene Region wirtschaftlich.

Boykott der Pharmamafia

Darüber hinaus ist es hilfreich und wichtig, sich nicht mehr der Pharmaindustrie auszuliefern. Schließlich können die Medikamente der Konzerne in aller Regel kaum Gesundheit bringen, da nur an chronischer Krankheit verdient werden kann. Der Einfluß der Pharma-Mafia auf Politik, auf Inhalte im Medizinstudium sowie auf das Verschreibungsverhalten von Ärzten ist enorm. Alternative Medizin bringt deshalb oft viel mehr. Durch Ummeldung ins Ausland läßt sich für Selbständige der Austritt aus der zwangsweisen Krankenversicherung am einfachsten bewerkstelligen. Für unselbständig Beschäftigte ist dies schwieriger.

Boykott der Systembanken

Vom betrügerischen zinsbasierten Zentralbanksystem kann man sich befreien, indem man das Geld der internationalen Hochfinanz nicht mehr benutzt. Ein Weg hierzu ist als Sofortmaßnahme, daß man sein Geld nicht in "Euro" anlegt sondern in Dinge, die man wiegen und messen kann, beispielsweise in Gold und Silber. Dies ist letztlich auch eine Möglichkeit der "Abstimmung mit den Füßen".

Ein weiterer einfacher Weg ist die Herstellung von eigenem Geld. Jeder kann sein eigenes Geld machen, indem man selbst Schuldscheine erstellt und durch die eigene Unterschrift rechtlich absichert. Die Schuldscheine sind damit wie Bargeld. Sie können weitergegeben werden und gegen Guthaben aufgerechnet werden. In der eigenen Region, in der die Zuverlässigkeit des Schuldners bekannt ist, ließe sich derartiges leicht bewerkstelligen, und die angloamerikanische Hochfinanz in Form der "Steuer" im "BRD"-System bliebe "außen vor".

Aus gleichem Grunde haben viele Menschen eigene, zinsfreie Regionalwährungen entwickelt, die im Dienste der Gemeinschaft stehen und nicht im Dienste einer privaten Clique.

Derzeit gibt es im Besatzungsgebiet zahlreiche Regionalgeldinitiativen, denen man sich anschließen kann. Je mehr Menschen sich diesen Initiativen anschließen, indem sie Regionalgeld akzeptieren, um so tragfähiger werden sie als Alternative zum gegenwärtigen Betrugsgeldsystem mit allen Gefahren wie Hochrüstung und Kriege.

Gewerbsmäßiger Tausch ohne Bankengeld ist gegenwärtig durch die Regeln des Rothschildschen "BRD"-Systems verboten. Wenn beispielsweise ein Gärtner einem Kfz-Mechaniker den Garten richtet und dabei als Gegenleistung das Auto repariert bekommt, machen sich im Rothschildschen "BRD"-System beide der "Steuerhinterziehung" schuldig.
Dennoch ist es wichtig, sich auf diese Weise gegenseitig zu helfen und das kriminelle Hochfinanz-System durch den damit verbundenen Energieentzug zu schwächen.

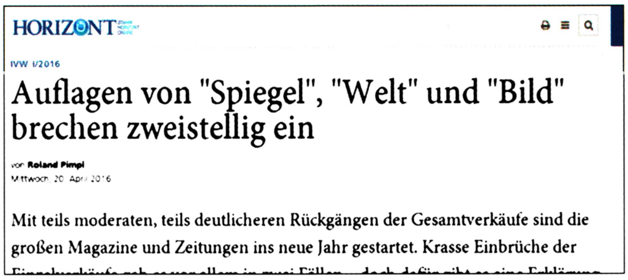
Des Weiteren ist es wichtig, sich der Versicherungswirtschaft zu entziehen. Versicherungskonzerne sind lediglich eine Zusammenballung von Juristen, Statistikern und Verkäufern.
Sie kreieren und verkaufen Verträge, aus denen für ihre Opfer nur Beiträge entstehen, während Leistungen weitestgehend ausgeschlossen werden. Über ihre Kontakte in die Politik schreibt sich die Versicherungsmafia die Gesetze für ihre Branche selbst. Die meisten Versicherungen sind deshalb "staatlich" gedeckter Betrug.

Boykott der gleichgeschalteten Systemmedien

"Political Correctness" ist kommunistische Propaganda im Kleinen ... Während meiner Studien kommunistischer Gesellschaften kam ich zu dem Schluß daß der Zweck der kommunistischen Propaganda nicht darin bestand, zu überzeugen oder zu informieren, sondern darin, zu demütigen. Deshalb galt: je weniger sie der Realität entsprach, um so wirksamer war sie."
"Wenn Menschen gezwungen werden gegenüber den offensichtlichsten Lügen stillzuhalten oder ... diese Lügen selbst zu wiederholen, verlieren sie ein für allemal ihren Sinn für Aufrichtigkeit".

"Offensichtlichen Lügen zuzustimmen heißt, mit dem Bösen zusammenzuarbeiten und selbst böse zu werden. Die eigene Widerstandsfähigkeit wird dadurch ... zerstört."
Eine Gesellschaft entmännlichter Lügner ist leicht zu kontrollieren. Mir scheint, daß "Political Correctness" denselben Effekt hat und haben soll."

Anthony Daniels alias Theodore Dalrymple; *britischer Essayist und Psychiater*


HORIZONT

IVW I/2016

Auflagen von "Spiegel", "Welt" und "Bild" brechen zweistellig ein

von Roland Pimpl
Mittwoch, 20. April 2016

Mit teils moderaten, teils deutlicheren Rückgängen der Gesamtverkäufe sind die großen Magazine und Zeitungen ins neue Jahr gestartet. Krasse Einbrüche der

Horizonte: IVW 01/16 vom 20.04.2016

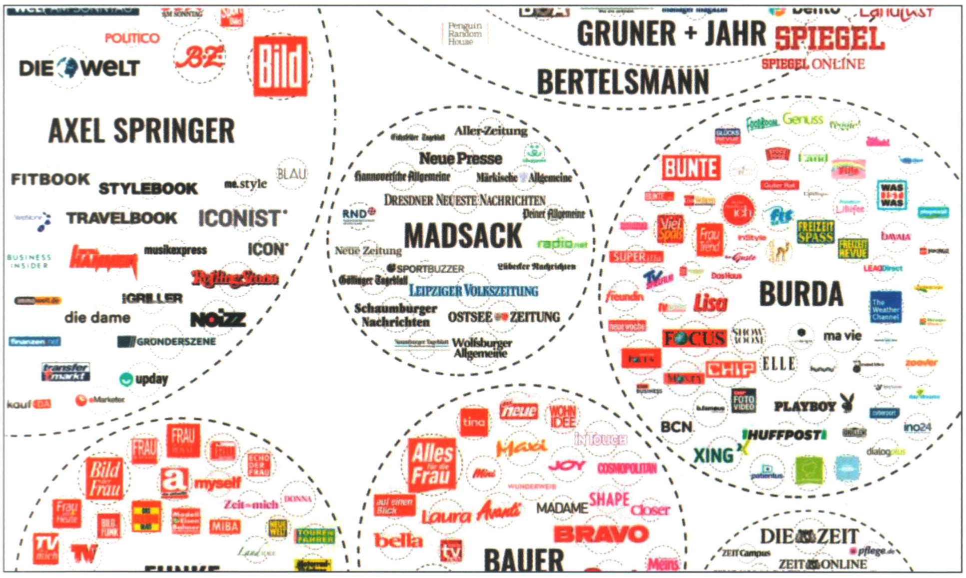
Eine wirksame Maßnahme ist, sich nicht mehr den Manipulationen und Lügen der gleichgeschalteten "BRD"-Massenmedien auszusetzen. Viele haben ihre Zeitungen und Zeitschriften abbestellt und informieren sich aus dem Internet, bei den alternativen Quellen.

Nicht ohne Grund brechen die Auflagen der von den Besatzern lizenzierten gleichgeschalteten "BRD"-Lügenmedien immer weiter ein.

Es gibt eben kaum noch Menschen, die Lust haben, sich mit den althergebrachten Lügen die Welt erklären zu lassen. Außerdem ist es natürlich wichtig, daß man diesen Drecksblättern mit ihrer Lügenpropaganda und Kriegshetze jegliche finanziellen Ressourcen verweigert.

Wegen des persönlichkeitszerstörenden Effektes des Mediums Fernsehen in Verbindung mit den entsprechenden Verdummungsinhalten des "BRD"-Systems, halten viele Eltern ihre Kinder von diesem Medium fern, aber auch sehr viele Erwachsense schützen sich auf diese Weise vor der Verblödung.

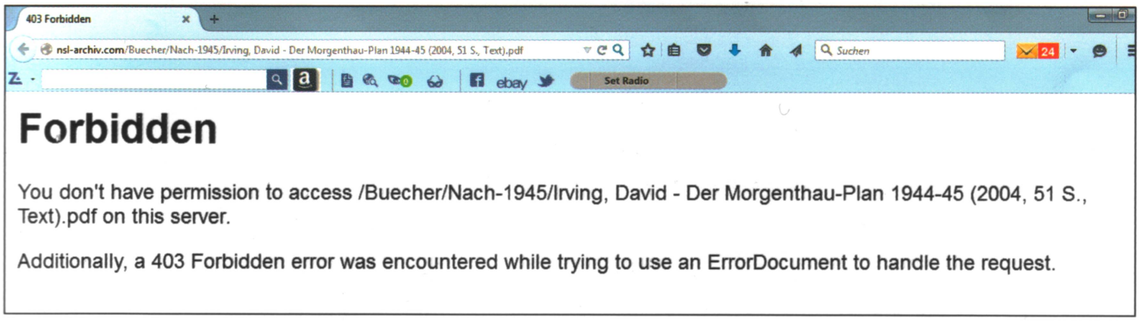
Alle relevanten Medienkonzerne befinden sich in den Händen einiger weniger Persönlichkeiten ("Medien-Mogule"), die nicht im Lichte der Öffentlichkeit stehen und deren Namen man in keinem Impressum findet. Daß die Medien im "BRD"-System gleichgeschaltet sind, ist ja bekanntermaßen eine "Verschwörungstheorie", schließlich stehen die Medienkonzerne ja in Konkurrenz zueinander und müssen sich voneinander unterscheiden. Dabei ist das System der Gleichschaltung der westlichen Medien eher subtil.



Medienkonzentration in Deutschland

Man lese die Bücher "Gekaufte Journalisten"[573] oder "Meinungsmacht".[574] Alle führenden Journalisten sind tief eingebunden in transatlantische "Think-Tanks" und Organisationen wie die "Atlantikbrücke" und viele andere. Dort werden sie auch gut bezahlt, wenn sie an Tagungen teilnehmen, Vorträge halten oder gar im Vorstand oder Beirat sitzen. Daher wird keiner der Journalisten auf die Idee kommen, die USA oder die NATO ernsthaft zu kritisieren.

Es gibt ein bedeutsames Instrument der Gleichschaltung: Die Nachrichtenagenturen. Das sind in erster Linie "Reuters", "AP", "AFP" und im "BRD"-System noch die "DPA". Diese Nachrichtenagenturen formulieren Nachrichten und die Medien übernehmen diese.
Von journalistischer Arbeit im Sinne von Recherchieren und Prüfen kann keine Rede sein. Das bedeutet, daß wir keine Meinungsvielfalt haben, sondern nur das als Nachrichten vorgesetzt bekommen, was sich eine Handvoll weltweiter Nachrichtenagenturen ausgedacht haben.
Beispielsweise hat allein das "Pentagon" ein jährliches Budget von 5 Milliarden hat und damit ca. 30.000 Mitarbeiter beschäftigt, die Propaganda im Sinne des Pentagons machen und den Nachrichtenagenturen diese Propaganda als Nachrichten liefern, die dann über diesen Umweg in unsere Medien gelangen, dann ist klar, wer am Ende die Meinungen im Westen lenkt.



Zensur im Internet in vollem Gange

Die entscheidende Rolle im Herrschaftssystem spielen die Massenmedien. Aber was sind Journalisten wert, die sich seit Jahren auf Treffen und Reisen der "Atlantik-Brücke" einladen lassen, ohne davon zu berichten? Niemand sitzt heutzutage in einer Talk-Show ohne Verbindungen zu diesen Kreisen. Deshalb sehen wir beispielsweise dort nie jemanden, der das Geldmonopol der Banken angreift, die faschistische Struktur der "westlichen Wertegemeinschaft" oder die Verbrechen der USA oder Israels aufdeckt.

Beispielsweise enthüllte am 19.06.1982 das in den USA erscheinende Wochenmagazin "The Nation" unter dem Titel "Covert Charge", daß die "Bild-Zeitung" eine Kreation der CIA ist. Die Gründung erfolgte mit etwa sieben Millionen Dollar, die in den fünfziger Jahren aus den Kassen der CIA in die Kassen des bundesdeutschen Pressezaren Springer gelangt sind.

---

573 *Udo Ulfkotte; "Gekaufte Journalisten: Wie Politiker, Geheimdienste und Hochfinanz Deutschlands Massenmedien lenken"; Kopp Verlag e.K.; 9. Auflage Dezember 2019 (11 Sept. 2014); ISBN-10: 3864451434; ISBN-13: 978-3864451430*

574 *Uwe Krüger; "Meinungsmacht. Der Einfluss von Eliten auf Leitmedien und Alpha-Journalisten – eine kritische Netzwerkanalyse"; Halem; 1., Auflage (4 Feb. 2013); ISBN-10: 3869620706; ISBN-13: 978-3869620701*

Andreas von Bülow gehörte viele Jahre der "Parlamentarischen Kontrollkommission der Nachrichtendienste" an. Er ergänzte und präzisierte dies: Die Medien im "BRD"-System die nach 1945 gegründet worden sind haben Presse-Lizenzen der USA bekommen, ohne die sie nicht hätten arbeiten dürfen. Die CIA leitet die Redaktionen direkt und indirekt. Mitarbeiter der Springer-Presse ("BILD", "Welt") bekommen Arbeitsverträge, in denen sie sich noch heutzutage verpflichten, keine Kritik an den USA oder Israel zu üben.[575]

Die folgenden "Journalisten" sind Mitglied der "Atlantikbrücke" (ohne Anspruch auf Vollständigkeit):

Schönenborn	Jörg	ARD – Chefredakteur WDR-Fernsehen
Deiß	Matthias	ARD – Hauptstadtstudio
Roth	Thomas	ARD – Korrespondent New York
Mikich	Sonja	ARD – Leiterin der Programmgruppe Inland des WDR – Monitor
Wabnitz	Bernhard	ARD – Moderator Weltspiegel
Hassel	Tina	ARD – Studio Washington seit 01.07.2012
Zamperoni	Ingo	ARD – Tagesthemen, Nachtmagazin
Ehni	Ellen	ARD – WDR Fernsehen - Leiterin der Programmgruppe Wirtschaft und Recht
Jahn	Frank	ARD- Korrespondent London
Löwe	Rüdiger	Bayrischer Rundfunk
Wilhelm	Ulrich	Bayrischer Rundfunk – Intendant
Schröder	Dieter	Berliner Zeitung – Herausgeber bis 2001, seither Leitartikler, Autor
Schoeller	Olivia	Berliner Zeitung, Frankfurter Rundschau – Leiterin Ressort Panorama zuvor USA Korrespondentin
Diekmann	Kai	Bild Zeitung – Chefredakteur
Kessler	Katja	Bild Zeitung – Klatschkolumne
Blome	Nikolaus	Bild Zeitung – Leitung Hauptstadtbüro
Kallen	Paul-Bernhard	Burda Media – Vorstandsvorsitzender
Pleitgen	Frederik	CNN, davor ZDF, RTL, NTV
Feo de, Dr.	Marika	Corriera della sera – Deutschlandkorrespondentin
Aslan	Ali	Deutsche Welle TV
Meurer	Friedbert	Deutschlandradio – Ressortleiter Redaktion Zeitfunk
Stürmer	Michael	Die Welt – Chefkorrespondent, Deutschlandfunk, Deutschlandradio Kultur – Autor
Sommer	Theo	Die Zeit - Herausgeber, seit 2000 Editor-at-Large
Joffe	Josef	Die Zeit – Herausgeber
Naß	Matthias	Die Zeit – Internationaler Korrepondent
Brost	Marc	Die Zeit – Leiter Hauptstadtbüro
Leicht	Robert	Die Zeit – Politischer Korrespondent, Kolumnist Berliner Tagesspiegel
Ross	Jan	Die Zeit – Redakteur
Stelzenmüller	Constanze	Die Zeit – Redakteurin, Leitung des Berliner Büros des German Marshall Fund seit 2009 Senior Transatlantic Fellow
Klingst	Martin	Die Zeit – US-Korrespondent
MCLaughlin	Catriona	Die Zeit Referentin der Geschäftsführung, Zeit online
Heckel	Margret	ehem. Welt – Welt am Sonntag – Financial Times Deutschland Politikchefin seit 2009 freie Journalistin und Buchautorin
Busse Dr.	Nikolas	FAZ
Frankenberger	Klaus Dieter	Frankfurter Allgemeine – Redakteur
Wrangel, von	Cornelia	Frankfurter Allgemeine Zeitung – Redakteurin
Kammerer	Steffi	Freie Journalistin schreibt für Stern, Süddeutsche Zeitung, Spiegel, Spiegel online, Park Avenue
Seligmann	Rafael	Freier Journalist – publiziert in Spiegel, B.Z., die Welt, Bild, Frankfurter allgemeine Sonntagszeitung, Jüdische Allgemeine, Atlantic Times
Herles	Helmut	Generalanzeiger – Chefredakteur
Schulte-Hillen	Gerd	Gruner und Jahr – Bertelsmann bis 2003
Innacker, Dr.	Michael J.	Handelsblatt – stellvertr. Chefredakteur
Steingart	Gabor	Handelsblattgruppe – Geschäftsführung
Klasen-Bouvatier	Korinna	Jungle World
Ippen Dr.	Dirk	Münchner Merkur – Verleger
Marohn	Anna	NDR – Persönliche Referentin von Intendant Lutz Marmor
Diehl	Julia	NDR – Redakteurin
Bremer	Heiner	ntv – Moderator "Das Duell", Stern Chefredakteur
Kolz	Michael	Phoenix - Leiter Redaktion Ereignis 2 – Stellvertr. Programmgeschäftsführer
Augter, Dr.	Stefanie	Ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der Europäischen Union, Brüssel, Pressesprecherin Familienministerium, Wirtschaftswoche, Handelsblatt
Arnold	Tim	Pro-Sieben-Sat-1 - Senior Vice President Political Strategy der ProSiebenSat.1 Group
Schremper	Ralf	ProsiebenSat1 - CFO Digital & Adjacent
Ebeling	Thomas	ProSiebenSat1 Vorstandsvorsitzender
Procházková	Bára	Respekt, Zeitschrift Tschechien
Krauel	Thorsten Wilhelm	Rheinischer Merkur – Ressortleiter Innenpolitik
Ulbrich	Sabine	Sat 1 – N24 Korrespondentin Washington
Ridderbusch	Katja	schreibt aus Atlanta für Welt Handelsblatt Spiegel online, Deutschlandfunk, WDR, The European
Stuff	Eckhard	SFB Ausbildungsleiter, RBB Kulturradio
Hoffman	Christiane	Spiegel – Leiterin Hauptstadtbüro, FAZ
Hujer	Marc	Spiegel online
Trautmann	Clemens	Springer Verlag – Büroleiter Döpfner
Klaeden von Dr.	Dietrich	Springer Verlag – Leiter Regierungsbeziehungen
Döpfner	Mathias	Springer Verlag – Vorstandsvorsitzender
Gloger	Katja	Stern – Korrespondentin, Washington – Ehefrau von Georg Mascolo, Chefredakteur Spiegel
Gohlke	Reiner Maria	Süddeutsche - Vorsitzender der Geschäftsführung des Süddeutschen Verlags bis 2000
Wernicke	Christian	Süddeutsche – US-Korrespondent

575 *Ganzes Interview: http://alpenparlament.tv/video/covert-operation-und-deren-erahnung-durch-den-laien/*

Klüver	Reymer	Süddeutsche – USA-Korrespondent
Kornelius	Stefan	Süddeutsche- Leiter Ressort Aussenpolitik
Dewitz von	Ariane	Tagesspiegel
Schäuble	Juliane	Tagesspiegel
Marschall, von	Christoph	Tagesspiegel – Korrespondent Washington – Kommentator Deutschlandfunk, Deutschlandradio, Cicero, Atlantic Times
Rohwedder	Cecilie	Tagesspiegel – Redakteurin
Rimscha, von	Robert	Tagesspiegel bis 2004, FDP, 2011 Botschafter Laos
Lehming	Malte	Tagesspiegel Us-Korrespondent
Görlach	Alexander	The European – Herausgeber
Karnitschnig	Matthew	Wall Street Journal – Büroleiter Deutschland
Kiessler Dr.	Richard	WAZ – Sonderkorrespondent Aussenpolitik bis 2011, Freier Journalist, Kommentator deutschlandfunk, Deutsche Welle
Hombach	Bodo	WAZ-Mediengruppe – Geschäftsführer, Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik (BAPP)
Plättner	Anke	WDR
Siegloch	Klaus-Peter	ZDF - Korrespondent Washington, seit 2011 Lobbyist als Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Luftverkehrswirtschaft (BDL)
Biedenkopf-Kürten	Susanne Gabriele	ZDF – Europaredaktion
Koll	Theo	ZDF – Hauptredaktion Außen-, Innen-, Gesellschafts- und Bildungspolitik
Burgard	Jan Philipp	ZDF – Hauptstadtstudio, Morgenmagazin
Bellut	Thomas	ZDF – Intendant
Kampen van	Udo	ZDF – Leiter Studio Brüssel
Kleber	Claus-Detlev	ZDF – Moderator Heute-Journal, Leiter Nachrichtenredaktion, Kuratoriumsmitglied der Stiftung "Atlantik-Brücke"
Schmiese	Wulf	ZDF – Moderator Morgenmagazin
Jobatei	Cherno	ZDF – Morgenmagazin
Theveßen	Elmar	ZDF – Stellvertretender Chefredakteur – Leiter Hauptredaktion Aktuelles
Sölch	Rudi	ZDF – Verwaltungsdirektor

Unter diesen Umständen wundert man sich nicht mehr, weshalb in den Massenmedien kein Journalismus mehr betrieben wird, sondern nur noch Propaganda im Sinne der Besatzer.

13. Schlußbemerkungen

In der vorliegenden Abhandlung ist das komplette Wissen dargelegt, was wir brauchen, um uns als deutsche Völker eigenverantwortlich rechtsstaatlich zu organisieren. Auf Nebengleise wurde aus Gründen der Übersichtlichkeit verzichtet. Aus Legitimationsgründen kommen wir an unserer verfassungsmäßigen Ordnung das heißt am Rechtsstand vom 30.07.1914 nicht vorbei. Diesen müssen wir wieder herstellen, um ihn dann weiterentwickeln zu können. Das Ziel muß ein souveräner und neutraler Staatenbund sein. Die Schweiz gibt hinsichtlich ihrer außenpolitischen Neutralität und basisdemokratischen Struktur ein gutes Beispiel. Darüber hinaus muß die Macht und Kontrolle über das Finanzsystem aus den Händen von mafiös organisierten Privatleuten zurück unter die Kontrolle des Staates, das heißt unter Kontrolle des Gemeinwesens.
Die wohl beste Staatsform die wir kennen, ist die der konstitutionellen Monarchie. In "Demokratien" kommen durch den entsprechenden negativen Ausleseprozeß nur die gerissensten, verkommensten und gewissenlosesten Elemente zur Macht.
Staaten mit konstitutioneller Monarchie fahren hiermit sehr gut. Schließlich war die Zeit zwischen 1871 und 1914 eine Blütezeit in Deutschland, mit Individualrechten und einer beispielhaften Sozialgesetzgebung. Nicht zuletzt kann man dies noch heute an den unzähligen architektonischen und infrastrukturellen Leistungen der damaligen Zeit erkennen. Aber letztlich sollen die deutschen Völker selbst entscheiden und zwar in freier Selbstbestimmung.
Mit der Rechtlosigkeit, Bevormundung und Versklavung durch die Besatzerverwaltung "BRD" muß ein für allemal Schluß sein!

Johann Gottlieb Fichte

Fichte an jeden Deutschen:

Du sollst an Deutschlands Zukunft glauben,
an deines Volkes Aufersteh'n.
Laß diesen Glauben dir nicht rauben,
trotz allem, allem was gescheh'n.
Und handeln sollst du so, als hinge
von dir und deinem Tun allein
das Schicksal ab der deutschen Dinge
und die Verantwortung wär' dein.

(Johann Gottlieb Fichte (1762 bis 1814) (deutscher Philosoph)

14. Weitere juristische Hilfen

Rechtliche Auseinandersetzungen sind immer individuell und können nicht pauschal abgearbeitet werden. Zudem gibt es Strategien, die irgendwann nicht mehr funktionieren, da sich das "BRD"-System hierauf einstellt und rechtliche Änderungen vornimmt, oder sich von vornherein nicht an die eigenen Regeln hält. Insbesondere bestehen erhebliche regionale Unterschiede hinsichtlich der Rigorosität, in der Willkür- und Terroraktionen von "BRD"-Bediensteten umgesetzt werden. Es ist deshalb wichtig, sich über die über das Internet erhältlichen alternativen Informationen auf dem Laufenden zu halten.

Die Erfahrung hat zwar gezeigt, daß man vor "BRD"-"Gerichten" durchaus öfters rechtskonform behandelt wird, und daß "Verfahren" eingestellt werden, sofern man rechtlich sauber argumentiert. Dies nützt jedoch nicht viel, wenn die Angelegenheit für einen selbst sehr teuer wird, da man zum Gericht anreisen muß und Prozeßkosten hat.
Mitunter landet die Angelegenheit nicht von einem "BRD"-Gericht sondern man wird auf Verwaltungsebene terrorisiert. Hierbei ist allerdings zu berücksichtigen, daß die Rechtssituation für uns letztlich unklar bleibt. Urteilsbegründungen, aus denen man lernen kann, gibt es in diesem Bereich nicht. "Gerichts"-"Beschlüsse" werden nicht gefaßt, da sich Andere darauf berufen könnten.
Zudem gibt es keine Rechtsinstanz, die den Alliierten Grenzen setzt. Der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag ist kein staatliches Recht sondern lediglich UN-Recht, beziehungsweise Siegerrecht des Zweiten Weltkrieges.

Prinzipiell gibt es zwei grundlegende Rechtspositionen, die man in der Interaktion mit dem "BRD"-System beziehen kann. Zum einen positioniert man sich als Jemand, der eine Geschäftsbeziehung mit dem "BRD" System eingegangen ist und besteht darauf, daß sich "BRD"-Stellen an die eigenen Regeln halten.

Eine zweite mögliche Rechtsposition ist die, daß man sich darauf beruft, daß man keine Geschäftsbeziehung mit dem "BRD"-System hat, kein Deutscher nach Art 116 Abs. 1 Grundgesetz ist, die ungültige nationalsozialistische Staatsangehörigkeit DEUTSCH und überhaupt die Anwendung von Nazi-Recht ablehnt und die Zuständigkeit von "BRD"-Stellen grundlegend bestreitet.
Hierfür sind sämtliche Rechtsgrundlagen bereits im Laufe der vergangenen Jahre von Aktivisten erarbeitet worden.
Auch in diesem Bereich ist man darauf angewiesen, daß sich "BRD"-Stellen an ihre eigenen Regeln halten. Zentral ist dabei der Art. 25 GG.

Anschreiben

Bei Anschreiben an "BRD"-Stellen sollte die Postleitzahl in eckige Klammern geschrieben werden, ("Ausklammerung") da man ansonsten diesen militärischen Code der Alliierten anerkennt, womit unterstellt werden könnte, wir hätten die AGB´s der Kolonialverwaltung "BRD" anerkannt. Beispielsweise in der folgenden Form:

Anschreiben
Als Mensch:
Klaus aus dem Hause Maurer

Als Staatsangehöriger
Klaus Maurer
(natürliche Person gemäß §1 des staatlichen BGB)

Schindluderstraße 1
[82736] Hoffnungstal

Fernsprecher:	[0283 - 1234567]
Fernkopierer:	[0283 - 1234568]
Funkfernsprecher:	[0170 - 1234567]

E-Post: [allemallachen@gmx.net]

Die jeweilige "BRD"-Behörde sollte man als das kennzeichnen was sie ist, nämlich eine Firma. Man schreibt sie deshalb am besten in der folgenden Form an, beispielsweise:

An die Firma
"DER POLIZEIPRÄSIDENT IN BERLIN
D-U-N-S® Nummer: 33-146-4586
Friesenstr. 16
10965 Berlin

Wichtig ist die Vergabe eines eigenen Zeichens / Aktenzeichens, welches man immer auch zuerst nennt. Man sollte sich nämlich nicht auf das Zeichen des Gegenübers einlassen, weil hieraus bereits auf das Einlassen auf eine Geschäftsbeziehung und auf ein konkludentes Anerkenntnis der AGB´s des Gegenüber geschlossen werden könnte.
Man schreibe etwa in der folgenden Form:

Mein Zeichen:	WP BRD-GmbH 08/15
Ihr Zeichen:	DR II 93/12

Im folgendem "Betreff" deklariert man das vormalige Anschreiben als das was es ist, nämlich ein geschäftliches Angebot einer Firma. Etwa in der folgenden Weise:

Betr.:
Ihre Werbepost an die juristische Person MUSTERMANN, Max vom TT.MM.JJJJ

Die Anrede kann man selbst gestalten. Wenn man nicht sehr wohlwollend gestimmt ist, schreibt man auch die Person als Sache beziehungsweise Firma an, mittels Verwendung von Großbuchstaben, wie etwa:

Geehrter Uwe aus dem Hause Meier, Sehr geehrter Herr MAIER,

Im folgenden Satz sollte man eindeutig das vormalige Schreiben Ihres Gegenübers als das klassifizieren, was es ist. Dies ist extrem wichtig, um jedwede Mißverständnisse und Angreifbarkeiten zu vermeiden. Man könnte dies in etwa so formulieren:

ich beziehe mich auf Ihre Werbepost an die von Ihnen kreierte juristische Person MUSTERMANN, Max vom TT.MM.JJJJ an meine oben genannte Adresse.

Es erscheint sinnvoll, im Weiteren klarzustellen, daß das eigene Anschreiben keine konkludent eingegangene Geschäftsbeziehung mit dem Gegenüber begründet und kein Anerkenntnis der Zuständigkeit der betreffenden "BRD"-Stelle darstellt. Etwa dergestalt:

Dieses Schreiben wird lediglich zur Erfüllung des Schadensminderungsgebotes gemäß §254 BGB an Sie gerichtet und begründet ausdrücklich keine Geschäftsbeziehung mit der Firma "DER POLIZEIPRÄSIDENT IN BERLIN" und stellt ausdrücklich kein Anerkenntnis deren Zuständigkeit in der oben genannten Angelegenheit dar.

Aus der Rechtsposition eines Menschen:

ich schreibe Dich als Mensch wie auch in der Rolle als Amtsvorsteher / Geschäftsführer XY an. Ich, Klaus, ehelich geboren am zwölften Mai im Jahr des Herrn Eintausendneunhundertsechsundsechzig in Leipzig, Sohn von Ernst Richard, ehelich geboren am 04. Juli 1927 in Berka vor dem Hainich, Enkelsohn von Jacob Ernst, ehelich geboren am 07. Dezember 1887 in Berka vor dem Hainich, Urenkelsohn von Heinrich Wilhelm, ehelich geboren in Berka vor dem Hainich, sämtlich aus dem Hause Maurer, bin ein Mensch. Ich bin damit ein vernunftbegabtes, sprachbegabtes, beseeltes Wesen aus Fleisch und Blut.

Integration einer Lebenderklärung

Ich bin nicht verstorben und nicht verschollen und bin im Vollbesitze meiner geistigen, seelischen und körperlichen Kräfte.

Integration einer Personenstandserklärung

Ich habe entsprechend §4 RuStAG von 1913 die Staatsangehörigkeit Großherzogtum Sachsen-Weimar-Eisenach inne. Ich schreibe Dir / Ihnen als Mensch, ich handele als Mensch nicht für eine natürliche (oder juristische) Person, da der Staat dem ich angehöre, nicht handlungsfähig ist.

Ablehnung von Nazi-Recht

Ich weise darauf hin, daß ich kein Nazi, das heißt kein Deutscher nach 116/1 "Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland" beziehungsweise entsprechend der Nazi- Rechts- Verordnung vom 05.02.1934 bin. Die Anwendung von Nazi-Recht lehne ich grundsätzlich ab. Ich bin kein Kombattant, kein Nichtkombattant, kein Angehöriger eines Heeres, einer Miliz oder eines Freiwilligen-Korps sondern Angehöriger der wehrlosen Zivilbevölkerung entsprechend der Haager Landkriegsordnung von 1907. Als Staatsangehöriger bestehe ich auf die Einhaltung unserer verfassungsmäßigen Ordnung im Rechts- und Gebietsstand vom 30. Juli 1914.

Ich verweise auf:

- Kontrollratsgesetz Nr. 1 (Verbot der Anwendung von Nazi-Recht)
- SHAEF-Gesetz Nr. 1 (Verbot der Anwendung von Nazi-Recht)
- Art. 45 Haager Landkriegsordnung (Verbot des Zwangs zum Treueid gegenüber dem Besatzer)
- Art. 44, 45, 46, 47 Haager Landkriegsordnung (Besonderer rechtlicher Schutz der Zivilbevölkerung)
- Art. 15 "Allgemeine Erklärung der Menschenrechte" der "UN" (Recht auf Staatsangehörigkeit)
- Art. 73 "Charta der Vereinten Nationen" (Selbstverpflichtung der UN-Mitglieder zur Achtung der Indigenatsrechte und zur Hilfe beim Aufbau staatlicher Strukturen)
- §10 EGBGB (Landesrechtliche Vorschriften) (Höherrangigkeit des Rechtes der Bundesstaaten gegenüber dem bürgerlichen Recht).

jeweils in Verbindung mit

- Art. 139 sowie Art. 25 "Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland".

Hat man es mit einer "BRD"-Stelle zu tun, die Zwangsmaßnahmen durchführen will, empfiehlt sich folgende Ausführung:
Nach umfangreicher Prüfung der Rechtslage bin ich zu dem Ergebnis gelangt, daß Sie nicht berechtigt sind, Zwangsmaßnahmen gegen mich durchzuführen.

Eine mögliche Alternative wäre:
Das in Ihrem Schreiben vom TT.MM.JJJJ gemachte geschäftliche Angebot weise ich hiermit freundlich zurück.

An dieser Stelle müßte man sich entscheiden, wie weit man noch weitere Ausführungen machen will. Je nach eigenem Geschmack könnte man die rechtliche Situation hiernach noch genauer schildern, beispielsweise in der folgenden Weise:
Bekanntermaßen ist die "BRD" kein Staat, noch nicht einmal eine Gebietskörperschaft, sondern als Besatzerverwaltung lediglich eine Personenvereinigung. Stellen der "BRD" haben somit keinerlei Legitimation zur Ausübung von Hoheitsgewalt gegenüber Staatsangehörigen oder Menschen oder Personen, die sich dem "BRD"-Firmenrecht nicht freiwillig unterordnen. Schließlich sind gemäß Allgemeiner Erklärung der Menschenrechte Zwangsmitgliedschaften in jedweden Vereinigungen unzulässig.
(vgl. AEMR Artikel 20 Satz 2)

Unabhängig hiervon gestatte ich mir den Hinweis, daß die Forderungen in Ihrem Schreiben auch nach den Allgemeinen Geschäftsbedingungen der Firma "BRD" ohne Rechtsgrundlage sind.

"GEZ" / "Beitragsservice" / Propaganda-Zwangsabgabe

Sehr ärgerlich ist die Propaganda-Zwangsabgabe. Für Menschen, die im "BRD"-System als Personal mit ihrer "Wohnhaft" "gemeldet" sind. Man kann wie folgt argumentieren:

- *daß im Briefkopf des sogenannten "Beitragsservice" die Rechtsform nicht genannt ist*
- *daß der sogenannte "Beitragsservice" überhaupt keine rechtsfähige Körperschaft ist*
- *daß die Schreiben als "Festsetzungsbescheid" und als "vollstreckbarer Titel" bezeichnet werden, obgleich die jeweilige "Rundfunkanstalt" keine Behörde im Sinne des §4 VwVfG ist. Sie ist vielmehr ein gewöhnliches Unternehmen. Dies ergibt sich aus dem Vorhandensein einer dem Impressum zu entnehmenden Ust-Ident-Nummer entsprechend §2 UStG in Verbindung mit §27a UStG sowie aus dem Vorhandensein einer UPIK-Nummer und einer MANTRA-Nummer, was es nur für Unternehmen, nicht jedoch für Behörden gibt.*
- *daß unabhängig vom Zustandekommen dieses sogenannten "Rundfunkbeitragsstaatsvertrag" kein Gesetz besteht, aus dem eine Zahlungspflicht abgeleitet werden könnte*
- *daß ein sogenannter "Rundfunkbeitragsstaatsvertrag" zudem nicht rechtsgültig und nicht rechtswirksam geschlossen worden sein konnte da er: im Original von keiner vertragsschließenden Seite unterschrieben wurde, die Formvorschriften für Verträge damit nicht eingehalten wurden und die Verantwortlichkeiten können nicht nachvollzogen werden können*
- *daß auch unter der rechtsirrtümlichen Annahme, daß es sich bei dem sogenannten "Rundfunkbeitragsstaatsvertrag" um einen öffentlichen Vertrag handelt, ein solcher Vertrag, der in die Rechte Dritter eingreift, der Zustimmung dieses Dritten gemäß §58(1) VwVfG bedarf.*

Beispieltext:

An
Frau Dr. Katrin Vernau
wahlweise
Katrin aus dem Hause Vernau
Geschäftsführerin / Intendantin der Firma
"Rundfunk Berlin-Brandenburg"
D-U-N-S® Nummer: 33-328-9663
Umsatzsteuer-Identifikationsnummer DE 22 88 47 705
Masurenallee 8-14
14057 Berlin
Tel.: 030 / 97 99 3 - 0
Fax.: 030 / 97 99 3 - 21 79

Mein Zeichen: "BRD"-GmbH 08-15 /23

Betrifft: Ihre Werbepost vom 01.02.2023 - Zurückweisung

Geehrte Katrin, sehr geehrte Frau Dr. Vernau,

ich beziehe mich auf Ihre Werbepost an die juristische Person "Frau XY " vom 01.02.2023.

Ich teile Ihnen hiermit mit, daß ich als Mensch nicht bereit bin, für die von Ihnen kreierte juristische Person "Frau XY" zu handeln und Ihrer Bitte zur Spende / Zahlung von 123,45 Euro nachzukommen, sondern weise Ihr diesbezügliches Geschäftsangebot hiermit freundlich zurück.

Der Verfasser des besagten Schreibens vom 01.02.2023 ist ohnehin nicht identifizierbar. Es handelt sich offensichtlich lediglich um den Entwurf eines Anschreibens, welches ohne Unterschrift und damit entsprechend §126 BGB ungültig beziehungsweise nicht rechtsverbindlich ist. Sofern Sie die Anwendbarkeit des §126 BGB bestreiten verweise ich auf
"Verwaltungsverfahrensgesetz" (VerwVG) §44 "Nichtigkeit des Verwaltungsaktes"[576]
(1) ***"Ein Verwaltungsakt ist nichtig, soweit er an einem besonders schwerwiegenden Fehler leidet und dies bei verständiger Würdigung aller in Betracht kommenden Umstände offensichtlich ist."***
(2) ***"Ohne Rücksicht auf das Vorliegen der Voraussetzungen des Absatzes 1 ist ein Verwaltungsakt nichtig,***
1. ***der nach einer Rechtsvorschrift nur durch die Aushändigung einer Urkunde erlassen werden kann, aber dieser Form nicht genügt;***
2. ***der die Begehung einer rechtswidrigen Tat verlangt, die einen Straf- oder Bußgeldtatbestand verwirklicht;***

Zur Schriftform gehört auch nach den Regeln des "BRD"-Systems grundsätzlich die eigenhändige Unterschrift unter Verwaltungsakte jedweder Art. Die Unterschrift muß ihren Urheber erkennen lassen. Ich verweise auf
BGH, 13.07.1967 - Ia ZB 1/67
BFH, 14.01.1972 - III R 88/70
BGH, 11.10.1984 - X ZB 11/84
BGH, 08.10.1986 - VIII ZB 25/86
BVerwG, 06.12.1988 - 9 C 40/87
OLG Düsseldorf, 26.06.2000 - 1 Ws 336 - 337/00, 1 Ws 336/00, 1 Ws 337/00
OLG Köln, 19.07.2011 - III-1 RVs 166/11
KG, 02.02.2016 - 3 Ws (B) 60/16 - 122 Ss 188/15, 347 OWi 420/15
KG, 02.04.2019 - 3 Ws (B) 81/19 - 122 Ss 28/16 9
OLG Brandenburg, 27.12.2019 - (1 B) 53 Ss-OWi 675/19 (398/19)
BVerwG, 27.01.2003 - 1 B 92.02, 1 PKH 12.02
KG, 23.03.2020 - 3 Ws (B) 53/20 - 162 Ss 18/20
BFH, 10.07.2002 - VII B 6/02
BayObLG, 28.05.2003 - 1 ObOWi 177/03
BGH, 11.04.2013 - VII ZB 43/12
BGH, 23.01.2003 - V ZB 48/02
LSG Rheinland-Pfalz, 09.11.1999 - L 7 U 210/99
LAG Brandenburg, 29.10.1998 - 3 Sa 229/98

Rechtswidrige Taten Ihrerseits bestehen offensichtlich in Form von "Täuschung im Rechtsverkehr", "Betrug", "Amtsanmaßung" durch Ihre rechtswidrige Behauptung, legitimiert zu sein, hoheitlich zu handeln.
Angesichts der von Ihnen gezeigten unlauteren Geschäftspraktiken beende ich hiermit die Geschäftsbeziehung zu Ihnen, soweit überhaupt eine Geschäftsbeziehung rechtmäßig bestanden hat. Ich habe als Mensch im Handelsrecht keinerlei Pflichten Ihnen gegenüber. Ich unterliege als Mensch nicht der Jurisdiktion der Besatzerverwaltung beziehungsweise Firma "Bundesrepublik Deutschland", da ich kein Nazi nach 116 /1 "Grundgesetz" für die "Bundesrepublik Deutschland" bin und die Anwendung von Nazirecht rechtmäßig ablehne (vgl.: SHAEF-Gesetz Nr.1 sowie Kontrollratsgesetz Nr. 1 in Verbindung mit Art. 139 "Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland").
Sollten Sie nicht im Handelsrecht, sondern im Staatsrecht agieren, und hieraus eine Verpflichtung für die juristische Person "Frau XY" zur Zahlung ableiten, wäre ich unter dem Vorbehalt der Rechtmäßigkeit bereit, die Zahlung für die juristische Person "Frau XY" anzuweisen, sofern Sie nachweisen, wie der Staat heißt, dem Sie angehören und Ihre Legitimation dieses Staates nachweisen, für diesen hoheitlich zu handeln.

Entweder Sie handeln im Privatrecht, dann gilt: "Verträge zu Lasten Dritter sind unzulässig:
BGH, 23.01.2003 - V ZB 48/02
LSG Rheinland-Pfalz, 09.11.1999 - L 7 U 210/99
LAG Brandenburg, 29.10.1998 - 3 Sa 229/98

---

576 *Verwaltungsverfahrensgesetz In der Fassung der Bekanntmachung vom 23.01.2003 (BGBl. I S. 102) zuletzt geändert durch Gesetz vom 25.06.2021 (BGBl. I S. 2154) m.W.v. 01.08.2021*

Oder Sie beanspruchen, im Bereich des sogenannten "öffentlichen Rechts" zu agieren. Hier verweise ich auf §58 (1) VwVfG:
"Ein öffentlich-rechtlicher Vertrag, der in Rechte eines Dritten eingreift, wird erst wirksam, wenn der Dritte schriftlich zugestimmt hat."
Sofern ich jemals für die juristische Person "Frau XY" rechtswirksam einem Vertragsverhältnis mit Ihnen zugestimmt haben sollte, ziehe ich meine Zustimmung hiermit zurück.

Ich untersage Ihnen hiermit, den Namen "Frau XY", "XY" "X aus dem Hause Y" für Ihre Geschäfte zu verwenden. Mit Verstoß gegen dieses Verbot erklären Sie sich konkludent einverstanden, daß Sie für die Nutzung meiner Namensrechte pro Nutzung 1.000 Unzen Feingold oder den Gegenwert in "Euro" an mich zahlen. Bei Nichterfolg der Zahlung erklären Sie sich konkludent einverstanden, daß ich Sie in ein oder mehrere internationale Schuldnerverzeichnisse meiner Wahl eintragen lasse.

Ich wünsche Ihnen den Tag, den Sie verdienen.

Berlin den dritten Februar im Jahre des Herrn Zweitausendunddreiundzwanzig

X aus dem Hause Y

In alt bewährter Nazi-Manier steht vermutlich irgendwann ein "Gerichtsvollzieher" vor der Tür oder ein Veretreter eines sogenannten "Hauptzollamtes" bucht den Betrag vom Konto ab. Es gibt noch einen Trick der bisweilen funktioniert: Man hinterlege das Geld bei einem "BRD"-Anwalt und teile mit, daß das Geld dort zu holen sei. Der Anwalt besteht dann auf Einhaltung der Vorschriften wie richterlich unterschriebener Titel von einem Gericht etc.
Hierfür braucht man jedoch einen "BRD"-Anwalt der sich von seiner Anwaltskammer nicht einschüchtern läßt.
Wer nicht im "BRD"-System gemeldet ist, hat normalerweise keine diesbezüglichen Terrorisierungen. Dafür wurde das sogenannte "Meldegesetz" geändert, wodurch man unter Umständen terrorisiert wird, sofern man eine Wohnung bewohnt und sich nicht im System "angemeldet" hat.

Bußgeldsachen / Ordnungswidrigkeiten

Gemäß §5 des sogenannten "Ordnungswidrigkeitengesetzes" können

1. ".....nur Ordnungswidrigkeiten geahndet werden, die im räumlichen Geltungsbereich dieses Gesetzes oder außerhalb dieses Geltungsbereichs auf einem Schiff oder in einem Luftfahrzeug begangen werden, das berechtigt ist, die Bundesflagge oder das Staatszugehörigkeitszeichen der Bundesrepublik Deutschland zu führen".
(vgl. §5 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten (OWiG) neugefaßt durch B.v. 19.02.1987 BGBl. I Seite 602; zuletzt geändert durch Artikel 2 G. v. 29.07.2009 BGBl. I Seite 2353; Geltung ab 01.01.1975)

Nachdem die drei westlichen Besatzungsmächte das Einführungsgesetz zum sogenannten "Ordnungswidrigkeitengesetz" durch das sogenannte "Zweite Gesetz über die Bereinigung von Bundesrecht im Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums der Justiz" ("2. BMJBBG") vom 23.11.2007, Art. 57 aufgehoben haben,
(vgl. Zweites Gesetz über die Bereinigung von Bundesrecht im Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums der Justiz (2. BMJBBG), Artikel 57 (G. v. 23.11.2007 BGBl. I Seite 2614)
ist ein räumlicher Geltungsbereich dieses sogenannten "Ordnungswidrigkeitengesetzes" weder im sogenannten "Ordnungswidrigkeitengesetz", selbst, noch anderenorts definiert.
Insbesondere ist auch im sogenannten "Grundgesetz <u>für die</u> Bundesrepublik Deutschland" ein territorialer Geltungsbereich nicht definiert.

Zudem ist es offenkundig, daß es sich bei dem von Ihnen beschriebenen Fahrzeug OPEL MANTA B-XY 6969 weder um ein Flugzeug noch um ein Schiff handelt. Auch die von Ihnen beschriebene Lokalität (Hintertupfingen, Schifferstraße Höhe HsNr. 10) ist eine Straße und kein Flugzeug oder Schiff.

Ich gehe deshalb davon aus, daß Sie das Fehlen einer Rechtsgrundlage hinsichtlich Ihrer Forderung erkennen und jedwede weitere Anschreiben in der oben genannten Angelegenheit unterlassen.

Geldschulden mit Haftandrohung

Im Protokoll Nr. 4 zur Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) wurde mit Datum vom 16.09.1963 das Verbot der Freiheitsentziehung wegen Schulden ausdrücklich normiert.
"Niemandem darf die Freiheit allein deshalb entzogen werden, weil er nicht in der Lage ist, eine vertragliche Verpflichtung zu erfüllen."

Anwaltszwang

Der im "BRD"-System postulierte Anwaltszwang ist auch nach den AGB´s der Firma "BRD" nicht zulässig und stammt ebenfalls aus NS-Zeiten (Hitlers False-Flag Reichstagsbrand):
"Jeder hat das Recht, überall als rechtsfähig anerkannt zu werden."
(vgl. UN-Resolution 217 A (III) Artikel 6 der Generalversammlung vom 10.12.1948;
<u>in Verbindung mit</u>
"Grundgesetz <u>für die</u> Bundesrepublik Deutschland" Art. 25) .

Richterliche Legitimation

Es gibt verschiedene Möglichkeiten, einen Richter abzulehnen, wobei dann die nächsthöhere Instanz entscheidet wie es weitergeht. Im Zivilrecht regelt dies der §42 ZPO, im Strafrecht der §24 StPO.
Wohl gegenwärtig stärkstes Argument ist die Anwendung nationalsozialistischen Rechtes durch den Richter, allein durch die Behauptung, daß er nach "BRD"-Recht Richter ist.
"Deutsches Richtergesetz" §9 "Voraussetzungen für die Berufungen":
In das Richterverhältnis darf nur berufen werden, wer
"1. Deutscher im Sinne des Artikels 116 des Grundgesetzes ist, ..."
Dies stellt jedoch die Anwendung nationalsozialistischen Rechts dar, da die "deutsche Staatsangehörigkeit" von Hitler in seiner Gleichschaltungsverordnung vom 05.02.1934 überhaupt erst geschaffen wurde.

Selbst unter der rechtsirrtümlichen Annahme, daß eine Zuständigkeit durch Sie gegeben ist, ist festzustellen, daß es Staatsgerichte in der "BRD" nicht gibt (vgl. §15 GVG, aufgehoben durch die Besatzungsmächte im Jahre 1950).
Es handelt sich somit offenbar bei jedem "Gericht" in der so genannten "BRD" um ein Ausnahme- beziehungsweise Sondergericht. Deren Unstatthaftigkeit brauche ich Ihnen sicher nicht näher darzulegen.
Anderenfalls weisen Sie mir bitte gemäß §99 VwGO, §§138, 139 ZPO sowie §§16,21 GVG und Art. 97 Absatz 1 GG nach, daß Sie der für mich zuständige staatliche und gesetzliche Richter gemäß Art. 101 Grundgesetz sind.

Ich forder Sie deshalb auf, die beigefügte und von Ihnen ausgefüllte und unterschriebenen Eidesstattlichen Versicherung an mich zu senden:

Eidesstattliche Versicherung

Ich
Vorname:______________________________

Familienname (gemäß §1 BGB):______________________

Geburtsdatum: ____________ Geburtsort:____________

Wohnsitz:______________________________

versichere hiermit gerichtsverwertbar an Eides statt,

in Kenntnis und Bewußtsein der Strafbarkeit einer fahrlässig falschen oder vorsätzlich falschen eidesstattlichen Versicherung, daß ich staatlicher Richter mit einer wirksamen Ernennung und somit staatlicher Amtsträger bin.

Der Staat dem ich angehöre und für den ich zu hoheitlichem Handeln legitimiert bin heißt: ______________

Ich versichere, daß ich die / der gesetzliche Richte/r Richter/in in dem Verfahren

AZ: ____________________ bin.

Ich versichere, daß ich im genannten Verfahren bei einem Staatsgericht und nicht bei einem Privat-, Ausnahme-, Sonder- oder Schiedsgericht tätig bin.

Ort, Datum Unterschrift Amtssiegel Unterschriftsbeglaubigung

Unterschrift unter Anschreiben allgemein
Ich gestatte mir den Hinweis, daß selbst nach den allgemeinen Geschäftsbedingungen der Firma "BRD", insbesondere nach §126 BGB Ihre Anschreiben keine Rechtswirksamkeit und damit keine Rechtskraft entfalten können, da Ihre Anschreiben nicht unterschrieben sind.
"Ist durch Gesetz schriftliche Form vorgeschrieben, so muß die Urkunde von dem Aussteller eigenhändig durch Namensunterschrift oder mittels notariell beglaubigten Handzeichens unterzeichnet werden"
(vgl. §126 BGB)

Ich verweise in diesem Zusammenhang auf den §44 des "Verwaltungsverfahrensgesetzes" (VwVfG):
"..... ist ein Verwaltungsakt nichtig, ... der nach einer Rechtsvorschrift nur durch die Aushändigung einer Urkunde erlassen werden kann, aber dieser Form nicht genügt."
(vgl. BGBl. I 2003 Seite 102; zuletzt geändert durch Artikel 2 Abs. 1 G. v. 14.08.2009 BGBl. I Seite 2827; Geltung ab 30.05.1976)

Ich werde deshalb den Inhalt Ihres Schreibens vom TT.MM.JJJJ in vollem Umfang ignorieren.

speziell richterliche Unterschrift
Ich gestatte mir den Hinweis, daß selbst nach den allgemeinen Geschäftsbedingungen der Firma "BRD" Ihr "Beschluß", "Haftbefehl", "Urteil" etc. keine Rechtswirksamkeit und damit keine Rechtskraft entfalten kann, da eine richterliche Unterschrift unter diesem nicht vorhanden ist.
(vgl. §126 BGB) *(grundlegend für jedwede rechtsgeschäftliche Handlungen)*
(vgl. §§315, 317 ZPO) *(für zivilprozessuale gerichtliche Schriftstücke)*
(vgl. §257 StPO) *(für strafprozessuale gerichtliche Schriftstücke)*

Zum Thema richterliche Unterschrift unter Beschlüssen, Urteilen, Haftbefehlen etc. empfehle ich ferner folgende Quellen:
(§§ 315 I ZPO, 275 II StPO, 12 RPflG, 117 I VwGO und 37 III VwVfG)
sowie
(Urteil vom 06.12.1988 BVerwG 9 C 40.87; BVerwGE 81, 32 Beschluß vom 27.01.2003; BVerwG 1 B 92.02 NJW 2003, 1544)

Die kommentierte Fassung der Zivilprozeßordnung sagt eindeutig:
"Unterschriften von Richtern müssen stets mit dem Namen oder zumindest so wiedergegeben werden, daß über ihre Identität kein Zweifel aufkommen kann. Denn für den Zustellempfänger muß nachprüfbar sein, ob die Richter, die an der Entscheidung mitgewirkt haben, das Urteil auch unterschrieben haben. Deshalb genügt insoweit die Angabe "gez. Unterschrift" nicht."
(vgl. RGZ 159, 25, 26, BGH, Beschlüsse v. 14.07.1965 – VII ZB 6&65 = Vers.R 1965, 1075, v. 15.04.1970 – VIII ZB 1/70 = VersR 1970, 623, v. 08.06.1972 – III ZB 7/72 = VersR 1972, 975, Urt. v. 26.10.1972 – VII ZR 63/72 = VersR 1973, 87)

"Eine eigenhändige Unterschrift liegt vor, wenn das Schriftstück mit dem vollen Namen unterzeichnet worden ist. Die Abkürzung des Namens – sogenannte Paraphe – anstelle der Unterschrift genügt nicht."
(BFH-Beschluß vom 14.01.1972 III R 88/70, BFHE 104, 497, BStBl II 1972, 427; Beschluß des Bundesgerichtshofs – BGH – vom 13.07.1967 I a ZB 1/67, Neue Juristische Wochenschrift – NJW – 1967, 2310)

Es wird zwar nicht die Lesbarkeit der Unterschrift verlangt. Es muß aber ein die Identität des Unterschreibenden ausreichend kennzeichnender individueller Schriftzug sein, der einmalig ist, entsprechende charakteristische Merkmale aufweist und sich als Unterschrift eines Namens darstellt. Es müssen mindestens einzelne Buchstaben zu erkennen sein, weil es sonst an dem Merkmal einer Schrift überhaupt fehlt."

(BGH-Beschlüsse vom 21.03.1974 VII ZB 2/74, Betriebs-Berater – BB – 1974, 717, Höchstrichterliche Finanzrechtsprechung – HFR – 1974, 354, und vom 27.10.1983 VII ZB 9/83, Versicherungsrecht – VersR – 1984, 142)

"Wird eine Erklärung mit einem Handzeichen unterschrieben, das nur einen Buchstaben verdeutlicht, oder mit einer Buchstabenfolge, die erkennbar als bewußte und gewollte Namensabkürzung erscheint, liegt keine Namensunterschrift im Rechtssinne vor."

(vgl. st. Rspr. vgl. BGH, Beschluß vom 27.09.2005 – VIII ZB 105/04 – NJW 2005, 3775 unter II 2 a und b)

Verhalten vor einem "BRD"- "Gericht"

Bei rechtlichen Auseinandersetzungen mit dem "BRD"- Besatzersystem haben wir es in der Regel mit "Gerichten" im Bereich des Strafrechts zu tun. Wenn man sich entscheidet, auf die Auseinandersetzung überhaupt einzugehen, sollte man grundsätzlich zunächst immer Akteneinsicht anfordern. Entschließt man sich aus der Ebene des Staatsrechts zu operieren sind folgende grundsätzliche Aussagen unabhängig davon, ob in einem "BRD" - "Gericht" die BAR-Vermutungen gelten oder nicht, immer richtig:

1. *Erklärung, daß man als Mensch beispielsweise Klaus aus dem Hause Maurer nicht freiwillig in den Räumlichkeiten des "Gerichts" sei sondern weil man unter Androhung von Gewalt genötigt oder überwältigt und verschleppt wurde*
2. *Erklärung, daß man keine Geschäftsbeziehung mit der Firma Amtsgericht ... DUNS Nr. ... habe und als Mensch nicht bereit ist, für die juristische Person ... wie sie in den Anschreiben benannt wurde, zu handeln*
3. *Erklärung, daß aus der Tatsache, daß man in den Räumlichkeiten des Gerichts sei und Platz genommen habe, nicht geschlossen werden kann, daß man konkludent eine Geschäftsbeziehung mit dem Unternehmen Amtsgericht ... eingegangen sei*
4. *Verweis, daß es einen Anwaltszwang auch nach den Regeln des Systems nicht gibt, gemäß Allgemeiner Erklärung der Menschenrechte Artikel 6: "Jeder hat das Recht, überall als rechtsfähig anerkannt zu werden."*
5. *Erklärung, daß man auf die Einhaltung der verfassungsmäßigen Ordnung im Rechtsstand vom 30.07.1914 besteht und daß für Staatsangehörige ausschließlich Staatsgerichte zuständig sind*
6. *Erklärung, daß man die Staatsangehörigkeit (beispielsweise) Königreich Preußen inne habe und als Staatsangehöriger mit Indigenatsrecht entsprechend Artikel 3 der Verfassung des Deutschen Reiches von 1871 berechtigt ist, den Staat (in dem die "Verhandlung" stattfindet) im Notstand zu repräsentieren*
7. *Erklärung, der Notstand ergebe sich aus der Tatsache, daß die legitimen Staatsorgane nicht handlungsfähig sind*
8. *Erklärung, daß man als legitimer Repräsentant des Staates (in dem die "Verhandlung" stattfindet) den Akteuren im Handelsrecht voll umfänglich weisungsbefugt ist*
9. *Anordnung, daß die Vertreter der Firma Amtsgericht ... das was sie als "Verfahren" mit dem Geschäftszeichen ... bezeichnen augenblicklich zu unterlassen haben*
10. *Erklärung, daß die Akteure grundsätzlich als Vertreter einer Firma durch die Verwendung von Begriffen aus dem Staatsrecht ("Amtsgericht", "Staatsanwaltschaft") die Straftatbestände "Täuschung" im "Rechtsverkehr", "Betrug", "Amtsanmaßung" und "Verfassungshochverrat" erfüllen*
11. *Erklärung, daß der Straftatbestand "Widerstand gegen die Staatsgewalt" ebenfalls erfüllt ist, sofern die Akteure der Firma "Amtsgericht" ... der Anordnung zur Beendigung ihres kriminellen Tuns unter dem Geschäftszeichen ... nicht augenblicklich folge leisten*
12. *Erklärung, daß alle Handlungen, die im Zusammenhang mit Straftaten erfolgen, per se illegal und damit ungültig sind. Für hieraus entstehende Schäden haftet der Verursacher*
13. *Generell bei jeder weiteren Erklärung immer klar zum Ausdruck bringen, daß man als Mensch antwortet beziehungsweise spricht und nicht für eine Person.*

"Steuern" im "BRD"-System allgemein

Grundsätzlich hat nur ein Staat das Recht, von seinen Staatsangehörigen Steuern zu verlangen. Da die "BRD" kein Staat ist, und es keine Staatsangehörigen der "BRD" gibt, gibt es keine Steuerpflichtigen und demzufolge keine Steuerpflicht im "BRD"-System.
Sofern Sie anderer Rechtauffassung sind, teilen Sie mir bitte rechtsverbindlich mit, wie der Staat heißt, dessen Angehöriger ich bin, und dann weisen Sie bitte Ihre durch diesen Staat erteilte Legitimation zur Erhebung von Steuern nach.
Unabhängig von der Tatsache, daß ich als natürliche Person gemäß §1 des staatlichen BGB keine Geschäftsbeziehung mit der Firma "STEUERVERWALTUNG HINTERTUPFINGEN" habe, gestatte ich mir den Hinweis, daß auch nach den AGB´s der Firma "BRD" keine rechtliche Grundlage für die Erhebung von "Steuern" besteht.

Bekanntermaßen ist im sogenannten "Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland" eine Steuerpflicht generell nicht definiert, insbesondere bestehen keine Regelungen über die Grundsätze der Art einer Besteuerung. "Die Besteuerungsmöglichkeit im Verhältnis zum Bürger wird vom GG stillschweigend vorausgesetzt"

(vgl. BVerfG 55, 274/30 1)"

Insoweit ist der Nachweis geführt, daß das sogenannte "Grundgesetz" keine Steuerpflicht erklärt. Stillschweigende Voraussetzungen zu Lasten Dritter, ohne deren Kenntnis vom Stillschweigen, sind aber grundsätzlich unzulässig, da sie gegen den Grundsatz von Treu und Glauben verstoßen.

Gemäß Art. 96 Abs. 1 EGAO heißt es zudem:

"Mit Inkrafttreten der Abgabenordnung treten außer Kraft:
1. Die Reichsabgabenordnung vom 22.05.1931 (Reichsgesetzblatt I, Seite 161)"

Damit ist auch die Steuerpflicht nach der "Weimarer Reichsverfassung" ersatzlos entfallen.

Zudem ist die Definition von Steuerpflichtigen im Einkommenssteuergesetz rechtswidrig, da es sich hierbei um eine Anwendung nationalsozialistischer Rechtssetzung handelt.

§1 Steuerpflicht
(2) "Unbeschränkt einkommensteuerpflichtig sind ..... deutsche Staatsangehörige, die ....."
Das Einkommenssteuergesetz zudem in Gänze auch nach den Regeln des "BRD"-Systems nicht anzuwenden, da es sich um nationalsozialistisches Recht handelt. Dies ergibt sich aus dem Ausfertigungsdatum 16.10.1934 (BGBl. 2009 Teil I S. 3366, 3862 in Verbindung mit BGBl. 2009 Teil I S. 2553) in Verbindung mit Reichsgesetzblatt Teil 1 vom 24.10.1934; Am Ende der Verantwortliche: "Der Führer und Reichskanzler Adolf Hitler"...

Die Anwendung nationalsozialistischen Rechts ist jedoch verboten durch Art. 139 "GG" in Verbindung mit SHAEF-Gesetz Nr. 1.
(vgl.: BGBl. I Seite 3366, ber. Seite 3862)

Hinsichtlich der Abgabenordnung verweise ich auf den §415 Inkrafttreten, in dem explizit keine Angabe zum Datum des Inkrafttretens gemacht wird. Somit erübrigt sich auch nach den Regeln des "BRD"-Systems eine Erhebung von Abgaben nach der sogenannten "Abgabenordnung".

"Steuern" im "BRD"-System, speziell "Umsatzsteuer"

Mit dem Einfügen des §27b wurde in das Grundrecht des Art. 13 des "Grundgesetzes" (Unverletzlichkeit der Wohnung) eingegriffen. Dabei ist im Art. 19 Absatz 1 Satz 2 des "Grundgesetzes" verbindlich festgeschrieben, daß in einem Gesetz, welches die Grundrechte mehr als im Grundrecht selbst schon angelegt ist, einschränkt, dieses einzuschränkende Grundrecht namentlich zitiert werden muß (Zitiergebot).
Die zwingende Rechtsfolge ist im Fall des Unterlassens, die Nichtigkeit des Gesetzes zum Zeitpunkt seines Inkrafttretens, um ausdrücklich eine "Grundgesetz"-Verletzung durch die vollziehende Gewalt zu verhindern.
Damit ist das gesamte Umsatzsteuergesetz spätestens seit dem 01.01.2002 nichtig.

Geltungsbereich von Gesetzen allgemein

Ohne die Definition eines territorialen Geltungsbereiches sind die entsprechenden Gesetze ungültig:

"Jedermann muß, um sein eigenes Verhalten darauf einrichten zu können, in der Lage sein, den räumlichen Geltungsbereich einer Satzung ohne weiteres feststellen können. Eine Verordnung, die hierüber Zweifel aufkommen läßt, ist unbestimmt, und deshalb wegen des Verstoßes gegen das Gebot der Rechtssicherheit ungültig."
(vgl. BVerwGE 17,192=DVBl 1964, 147)

"..... diese Norm ..... muß rechtsstaatlich in jeder Hinsicht einwandfrei sein. Dazu gehört in erster Linie die unbedingte Klarheit und Nachprüfbarkeit des räumlichen Geltungsbereiches."
(vgl. BVerwGE I C 74/61)

"... Die ... erlassene Regelung ist jedoch nichtig. Denn sie verstößt gegen die Formvorschrift ... .Danach muß eine Verordnung den räumlichen Geltungsbereich angeben... .Die Angabe des räumlichen Geltungsbereichs ist zwingend erforderlich ... Der Verstoß ... führt zu Nichtigkeit der gesamten Verordnung ..."
(vgl. VerwGE Hannover, Beschluß vom 11.07.2001, Az. 10 A 2120/01)

"Hierbei hat der Normgeber überdies zu beachten, daß sich eine derartige Norm in aller Regel nicht an einen fachlich qualifizierten Personenkreis wendet, er mithin nicht davon ausgehen kann, jedermann könne Karten oder Texte mit überwiegendem juristischem Inhalt lesen."
(vgl. BVerfG 1 C 74/61 vom 28.11.1963)

Gleiches gilt übrigens auch für die Strafprozeßordnung (StPO), das Gerichtsverfassungsgesetz (GVG) und die Zivilprozeßordnung (ZPO). Auch hier ist der Geltungsbereich aufgehoben worden.

Zudem steht Ihre Forderung im Gegensatz zur Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, Artikel 13 Satz 1 in dem es heißt:
"Jeder hat das Recht, sich innerhalb eines Staates frei zu bewegen und seinen Aufenthaltsort frei zu wählen."
(vgl. UN-Resolution 217 A (III) Artikel 13 Satz 1 der Generalversammlung vom 10.12.1948;
in Verbindung mit
"Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland" Art. 25) .

Im Übrigen sind die von der Firma "BRD" ausgegebenen Pässe auch nach den Allgemeinen Geschäftsbedingungen der Firma "BRD" sämtlich ungültig, da gemäß "Paßgesetz" §4 Punkt 10 die Staatsangehörigkeit zwingend angegeben werden muß.
Der Eintrag unter der Rubrik >>Staatsangehörigkeit<< erfolgt in "BRD"-Pässen mit "DEUTSCH". Einen Staat namens "DEUTSCH" gibt es jedoch nicht.
Die Bezeichnung "DEUTSCH" ist zudem im internationalen Rechtsverkehr irreführend, da auch Österreich sowie der völkerrechtlich nach wie vor existierende Staat "Freie Stadt Danzig" sowie das Fürstentum Liechtenstein deutsche Staaten sind.
Somit sind alle "Personaldokumente" der Firma "BRD" auch nach den allgemeinen Geschäftsbedingungen der Firma "BRD" ungültig.

Besatzungsrecht in Kraft, "BRD"-Funktionsträger benötigen Erlaubnis des SHAEF-Gesetzgebers

Mit dem "2. Bundesbereinigungsgesetz" vom 23.11.2007, wird im Artikel 4 ("Gesetz zur Bereinigung des Besatzungsrechts") klargestellt, daß wesentliche Teile des Besatzungsrechtes vollständig in Kraft sind.

Letzteres hatte zur Folge, daß gemäß der SHAEF – Proklamation Nr. 1 Punkt II und III, in Verbindung mit dem SHAEF – Gesetz Nr. 1 Artikel II, Punkt 3b und SHAEF – Gesetz Nr. 2 Artikel I Punkt 1a, Artikel III Punkt 5, Artikel IV Punkt 7, Artikel V Punkt 8 und 9 alle mit hoheitlichen Aufgaben befaßte Organe für ihre Tätigkeit ausdrücklich die Genehmigung und Autorisation durch den SHAEF – Gesetzgeber bedürfen, ansonsten wirken sie illegal.

Bitte weisen Sie mir freundlicherweise ihre Legitimation der Alliierten nach, die Sie berechtigt, sogenanntes "Bundesrecht" mir gegenüber zur Anwendung zu bringen.

Formwahrung

Ich gehe deshalb davon aus, daß Sie das Fehlen der Rechtsgrundlage Ihrer Forderungen einsehen, und Ihre Anschreiben in obiger Angelegenheit einstellen werden.

Im Falle einer Weiterverfolgung durch Sie bestehe ich auf die Zusendung eines rechtsmittelfähigen Bescheides mit richterlicher Unterschrift durch einen gesetzlichen Richter / eine gesetzliche Richterin.
Sofern diese von Ihnen nicht beigebracht werden kann, muß ich davon ausgehen, daß Sie ohne gesetzliche Grundlage, das heißt aus privaten, beziehungsweise persönlichen Motiven, sozusagen auf eigene Rechnung handeln. Somit wären Sie für die Konsequenzen Ihres Handelns persönlich haftbar zu machen.

Klärung der Haftung
Klarstellung – keine Staatshaftung
Allgemein gilt der Grundsatz, daß Bedienstete der Firma "BRD" sich über ihren Rechtsstand eigenverantwortlich selbst Klarheit verschaffen müssen. Bekanntermaßen gibt es keine Staatshaftung im Besatzungsgebiet, da die "BRD" kein Staat ist.
Folgerichtig heißt es im §63 Satz 1 des sogenannten "Bundesbeamtengesetzes"
§63 (1)
"Beamtinnen und Beamte tragen für die Rechtmäßigkeit ihrer dienstlichen Handlungen die volle persönliche Verantwortung."

Zudem besteht Remonstrationspflicht, wenn gegen die Rechtmäßigkeit von Anordnungen Bedenken bestehen.

(2) "Bedenken gegen die Rechtmäßigkeit dienstlicher Anordnungen haben Beamtinnen und Beamte unverzüglich bei der oder dem unmittelbaren Vorgesetzten geltend zu machen. Wird die Anordnung aufrechterhalten, haben sie sich, wenn ihre Bedenken gegen deren Rechtmäßigkeit fortbestehen, an die nächsthöhere Vorgesetzte oder den nächsthöheren Vorgesetzten zu wenden. Wird die Anordnung bestätigt, müssen die Beamtinnen und Beamten sie ausführen und sind von der eigenen Verantwortung befreit. Dies gilt nicht, wenn das aufgetragene Verhalten die Würde des Menschen verletzt oder strafbar oder ordnungswidrig ist und die Strafbarkeit oder Ordnungswidrigkeit für die Beamtinnen und Beamten erkennbar ist. Die Bestätigung hat auf Verlangen schriftlich zu erfolgen."

(3) "Verlangt eine Vorgesetzte oder ein Vorgesetzter die sofortige Ausführung der Anordnung, weil Gefahr im Verzug ist und die Entscheidung der oder des höheren Vorgesetzten nicht rechtzeitig herbeigeführt werden kann, gilt Absatz 2 Satz 3 bis 5 entsprechend."

Ansonsten besteht z.B. begründeter Tatverdacht der:
- *Rechtsbeugung (§339 StGB)*
- *Umdeutung von Unrecht zu Recht (§138 ZPO)*
- *Nötigung im Amt (§240 StGB).*

Jeder Beschäftigte im öffentlichen Dienst, der auch nur einen Fall von juristischer Willkür oder Rechtsbeugung zur Kenntnis nimmt und nicht zur Bewahrung der grundgesetzmäßigen Ordnung alles Notwendige unternimmt, ist auch bei bloßem Wegsehen oder billigender Duldung, Mittäter.
(vgl. §25 StGB)

Klarstellung – strafrechtliche Verfolgung
Sofern Sie den Inhalt dieses Schreibens ignorieren sollten, beziehungsweise nicht von Ihrem illegalen Handeln abzubringen sind, erfolgen unmittelbar die entsprechenden Strafanträge beim IStGH, auf Grundlage der Römischen Statuten vom 04.11.1950
(vgl. Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten in der Fassung der Protokolle Nr. 11 und 14 samt Zusatzprotokoll und Protokolle Nr. 4,6,7,12 und 13)

Ich fordere Sie deshalb vorsorglich auf, mir Ihre Haftpflichtversicherung mit Policennummer und Deckungssummen, sowie Ihre ladungsfähige Anschrift zu übermitteln.

privatrechtliches Gegenangebot an "BRD"-Bedienstete
Man kann je nach eigenem Gusto seinem Gegenüber im "BRD"-System ein geschäftliches Gegenangebot machen, hierdurch erhöht man die Hemmschwelle für Übergriffe. Etwa in folgender Form:

Das in Ihrem Schreiben vom TT.MM.JJJJ gemachte privatrechtliche Angebot lehne ich hiermit ausdrücklich ab, beziehungsweise weise es zurück.

Ich mache Ihnen hiermit jedoch folgendes Gegenangebot:
Sofern Sie von mir 25 "Euro" einnehmen, gehen Sie durch konkludentes Verhalten folgenden Vertrag ein: Durch Einnahme von 25 "Euro" verpflichten Sie sich zur Zahlung eines Gesamtbetrages von 10 Kg 999-er Feingold (in Worten: zehn Kilogramm) an mich, innerhalb von 21 Tagen.
Im Gegenzug erwerben Sie das Recht, von mir innerhalb von 24 Stunden nach Entgegennahme der besagten 25 "Euro" durch Sie, eine Rechtsberatung von mir in Anspruch zu nehmen.
Gleiches gilt für den Fall, daß durch Ihr Handeln ein Kontakt zu Bediensteten der Firma "BRD" wie beispielsweise sogenannte "Polizeiangehörige" oder "Justizvollzugsangestellte" in dieser Angelegenheit hergestellt, beziehungsweise vermittelt wird. Ich gehe dann davon aus, daß es das ganz persönliche vertragliche Anliegen und die ganz persönliche vertragliche Forderung von Ihnen ist, daß diese Herrschaften innerhalb von 24 Stunden nach Kontaktherstellung eine umfassende Rechtsberatung von mir, für einen Betrag in Höhe von 10 Kg 999-er Feingold erhalten sollen, und daß Sie persönlich diese Kosten tragen wollen.

Strafanträge beim ISTGH
Adresse für Strafanträge
International Criminal Court (ICC)
Maanweg 174
2516 AB Den Haag
Niederlande
Tel.: (0031) 070 / 515 85 15
Fax: (0031) 070 / 515 85 55
pio@icc-cpi.int

Man verwende die Faxnummer um einen Nachweis der Versendung zu haben.

15. Glossar

Anordnung: ist im Staatsrecht eine Rechtshandlung, durch die die Erbringung einer Leistung eingefordert wird, zu der der aufgeforderte Leistungserbringer verpflichtet ist.

Annexion: ist der kriegerisch erzwungene Anschluß eines Staatsgebietes oder eines Teils davon an einen anderen ↑Staat. Vor der HLKO - Haager Landkriegsordnung 1907 waren Annexionen legitim. wurde damals das gesamte Staatsgebiet annektiert, hörte der Staat damit auf zu existieren. Die vollständige A. war ein für sich genommen hinreichendes Kriterium für die dauerhafte Auslöschung eines Staates ↑Debellatio, da ein notwendiges Kriterium für einen Staat entsprechend der ↑Drei-Elemente-Lêhre, das ↑Hoheitsgebiet, nicht mehr gegeben war. Die Staatsangehörigen des unterlegenen Staates wurden zu Staatsangehörigen des annektierenden Staates mit allen Rechten und Pflichten. Seit der HLKO - Haager Landkriegsordnung sind Annexionen nicht mehr möglich sondern immer illegal und damit unwirksam.

Antrag im Handelsrecht: ist eine Rechtshandlung, durch die ein Anliegen beziehungsweise Wunsch nach einer speziellen geschäftliche Transaktion vorgetragen wird. Mit einem A. im Handelsrecht anerkennt der Antragsteller die Zuständigkeit des Gegenüber und akzeptiert dessen AGB.

Antrag im Staatsrecht: ist eine Rechtshandlung, durch die um eine reguläre, an Bedingungen geknüpfte Leistung eines Staates ersucht wird.

Ausnahmezustand: ist ein rechtlicher Zustand in dem die verfassungsmäßige Ordnung außer Kraft gesetzt ist beziehungsweise nicht gelebt wird. Unterbegriffe sind "Innerer Notstand", "Seuchennotstand", "Belagerungszustand", "Kriegszustand" etc. Durch den A. ist die Weiterentwicklung des Rechts des Staates nicht möglich. Mit Beginn des A. ist damit der Rechtsstand des Staates automatisch eingefroren. Bis zum Ende des A. haben alle Rechtsakte Vorläufigkeitscharakter beziehungsweise sind schwebend unwirksam, solange sie nicht unter den Bedingungen der verfassungsmäßigen Ordnung bestätigt werden. Die Bestätigung unter den Bedingungen der verfassungsmäßigen Ordnung kann auch konkludent erfolgen durch Unterlassung von Anfechtungen.

Berufsständisches Kammersystem: im "BRD"-System; unter dem Vorwand der berufsständischen Selbstverwaltung (ähnlich "Zünfte" in früheren Jahrhunderten). Das Kammersystem im "BRD"-System hat die Aufgabe, die Menschen in der freien Berufsausübung zu hindern und ihre politische Zuverlässigkeit im Sinne des Besatzersystems "BRD" - "Bundesrepublik Deutschland" zu gewährleisten. Politisch mißliebige Angehörige von freien Berufen und Gewerben werden über das Kammersystem durch die Möglichkeiten des Berufsverbotes diszipliniert und terrorisiert. Beispiele für berufsständische Kammern im "BRD"-System sind: "Apothekerkammern", "Architektenkammern", "Ärztekammern", "Bundesnotarkammer", "Bundesrechtsanwaltskammer", "Psychotherapeutenkammern", "Rechtsanwaltskammern", "Steuerberaterkammern", "Zahnärztekammern", "Handwerkskammern", "Industrie- und Handelskammern".

Besatzung: ↑Okkupation.

Bank von England: Unter König William III. und Königin Mary II. waren das Geld- und Kreditwesen zerrüttet. Eine Vereinigung von 1.268 Gläubigern gewährte eine Anleihe. Die Zeichner dieser Anleihe erhielten am 27.07.1694 die Lizenz, eine Notenbank in der Rechtsform einer Aktiengesellschaft zu gründen. Die Regierung erhielt das Recht auf jeden beliebigen Kredit unter Absicherung durch das Steueraufkommen des Volkes. Die B. ist damit die erste private zinsbasierte Zentralbank, durch ihre Namensgebung wird vorgetäuscht, daß es sich um eine Staatsbank handeelt. Sie ist Vorläufermodell für die Reichsbank des Deutschen Reiches von 1871 und die ↑FED.

Bodenrechte: Recht des ↑Eigentums am Boden. Die wichtigste Frage für die Legitimation von ↑Gebietskörperschaften ist die Frage: "Wem gehört das Land.?" Es gilt der Grundsatz: "Wer eine herrenlose Sache an sich nimmt, erlangt Eigentum daran" Das härteste Kriterium für Eigentum ist die Vererbbarkeit. Entsprechend unserer keltisch-germanischen Rechtstradition gehört das land den Erstbesiedlern und ihren blutsverwandten Nachkommen. Heute ist ein Nachweis der blutsverwandten Nachkommenschaft nicht nötig, da die Bodenrechte in den staatlichen Gemeinden konserviert sind, unter Umständen seit Jahrhunderten oder Jahrtausenden. Wer legitim seinen Wohnsitz ein einer staatlichen Gemeinde im Staats- und Völkerrecht nimmt, ist automatisch gemeinschaftlich Inhaber der Bodenrechte und an kann sich an deren gemeinschaftlicher Verwaltung in der staatlichen Gemeinde beteiligen.

Bundesstaat: Staat, der mit anderen Staaten einen ↑Staatenbund eingegangen ist beziehungsweise gebildet hat. Im "BRD"-System wird mittels falscher Verwendung der Begriffe "Bundesstaat" und "Staatenbund", insbesondere deren fälschlicher Gleichsetzung für den Norddeutschen Bund und das Deutsche Reich von 1871 maximal Verwirrung gestiftet, um die Analyse der staats- und völkerrechtlichen Situation in Deutschland für einfache Menschen zu verhindern.

Bürgermeister: ist die oberste staatliche Autorität in der staatlichen Gemeinde, leitet die Verwaltung einer staatlichen Gemeinde und vertritt diese (auch rechtlich) nach außen. Er wird je nach ↑Gemeindeverfassung direkt von den Angehörigen der Gemeinde oder indirekt vom betreffenden Stadtverordneten, oder einem gewähltem Gremium ("Rat", "Sowjet") gewählt.

Debellatio: Wesen der D. ist die dauerhafte Auslöschung eines Staates. Vor der HLKO - Haager Landkriegsordnung war dies rechtlich möglich. Hinreichende Kriterien für eine D. waren 1. Verlust des ↑Staatsgebietes durch vollständige ↑Annexion und / oder 2. Verlust des gesamten ↑Staatsvolkes, wenn ohne vollständige Annexion das gesamte Staatsvolk verschleppt oder umgebracht wurde (↑Völkermord). Sowohl der Verlust des Staatsgebietes als auch der Verlust des Staatsvolkes waren jeweils für sich genommen hinreichende Kriterien für eine Debellatio. Vor der HLKO - Haager Landkriegsordnung von 1907 war die Auslöschung eines Staates durch kriegerische Annexion oder Völkermord legitim, danach rechtswidrig und damit rechtsunwirksam. Die ↑Staatsgewalt ist kein hinreichendes, jedoch notwendiges Kriterium für einen Staat. Das Fehlen der Staatsgewalt ist jedoch kein hinreichendes Kriterium für eine Debellatio. Die vorübergehende, auch langfristige Beeinträchtigung der Staatsgewalt durch Besatzung, Korruption, Stromausfall ("Blackout") o.ä. führte noch nie zu einer Auslöschung eines Staates ("Debellatio").

Deutschland: Die Verwendung des Begriffs "D." ist auf drei verschiedene Weisen möglich 1. im Staats- und Völkerrecht bedeutet der Begriff das Bundesgebiet des Deutschen Reiches von 1871 im Gebietsstand vom 30.07.1914. 2. im Siegerrecht des "Ersten" und "Zweiten Weltkrieges" bedeutet der Begriff das Gebiet der "Weimarer Republik"/ "Drittes Reich" im Gebietsstand vom 31.12.1937". 3. im Besatzungsrecht des "Zweiten Weltkrieges" bedeutet der Begriff "Vereintes Deutschland" das Gebiet der vier Besatzungszonen und vier Besatzungssektoren von Berlin.

Demokratie: syn. "Volksherrschaft"; ist eine gesellschaftliche Struktur, in der Mitsprache- und Mitgestaltungsmöglichkeiten breiter Kreise des ↑Staatsvolkes gegeben sind. Kriterien für Demokratie sind Volksentscheide, Subsidiaritätsprinzip, freie Abgeordnete und die Gewaltenteilung. D. ist im "BRD"-System entsprechend dieser Kriterien nicht gegeben, da vom "BRD"-System kein einziges dieser Kriterien erfüllt wird.

Drei-Elemente-Lehre: von führenden Völkerrechtlern Ende des 19. Jahrhunderts entwickelt zur Beurteilung von Staatlichkeit: Die D. nach Jellinek (1900) beinhaltet die drei notwendigen Kriterien für einen Staat: 1. Staatsvolk (Staatsangehörigkeitsrecht), 2. Staatsgebiet (Gebietskörperschaft mit Hoheitsgebiet) und 3. eigene Staatsgewalt (Souveränität). Jedes einzelne dieser Kriterien ist für sich genommen notwendig, jedoch nicht hinreichend. Es müssen alle drei Kriterien für Staatlichkeit erfüllt

sein. Umgekehrt gibt es nur zwei notwendige Kriterien für die Auslöschung eines Staates ↑Debellatio. 1. den Verlust des Staatsgebietes durch vollständige Annexion und 2. den Verlust des Staatsvolkes durch vollständiges Verschleppen aller Staatsengehörigen oder durch vollständigen Völkermord. Der Verlust der Staatsgewalt ist kein notwendiges oder hinreichendes Kriterium für eine Auslöschung eines Staates. Die D. wurde durch die Konvention von Montevideo vom 26.12.1933 formuliert, von 20 amerikanischen Staaten ratifiziert und hat sich darüber hinaus völkerrechtlich durchgesetzt.

Einigungsvertrag: ist ein Vertrag zwischen den beiden Besatzerverwaltungen "DDR" und "BRD" über die Modalitäten der Personalaufstockung der "BRD" durch Übernahme des Personals der Besatzerverwaltung "DDR". Der E. ist aus mehreren Gründen nichtig (↑"juristisches Nullum"). Vertragsschließende Parteien waren die beiden Besatzerverwaltungen "BRD" und "DDR", ein Betritt zur "BRD" nach Art. 23 sollte jedoch von ganz anderen Rechtssubjekten erfolgen, nämlich den sogenannten "Ländern" in Mitteldeutschland, die nicht verhandeln oder Verträge schließen konnten, weil sie erst am 14.10.1990 gebildet wurden und so weder bei Verhandlungen noch bei Vertragsschließung überhaupt existierten. Darüber hinaus sollen die "Länder" Mitteldeutschlands am 03.10.1990 nach Art. 23 "GG" zum "GG" beigetreten sein, obwohl dieser Artikel 23 "GG" ab dem 29.09.1990 nicht mehr existierte. Wegen mehrerer Unmöglichkeiten ist der E. juristischer Pfusch beziehungsweise ein ↑"juristisches Nullum".

Exekutive: (Ausführung durch Regierung und der Regierung nachgeordnete Organe beziehungsweise Verwaltung)

Faschismus: Der Begriff "Faschismus" wird von verschiedenen Autoren unterschiedlich definiert. In der Dimitrov-These wurde der Faschismus als "offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischsten und imperialistischsten Elemente des Finanzkapitals" definiert. Die "bürgerliche Demokratie" ist hiernach nur als "pseudodemokratische Maske" zu verstehen. In dem Moment, in dem das System bedroht sei – etwa durch eine Erhöhung des Bewußtseinsgrades der Massen – wandele sich diese "pseudodemokratische Maske" zur faschistischen Diktatur, die auch mit brutalsten Mitteln die Kapitalverwertung durchsetzt. Eine besondere Würdigung verdient die sogenannte "Frankfurter Schule" um Adorno, Horkheimer, Fromm und Hacker. Sie beschäftigt sich mit der Frage, warum große Teile der Gesellschaft für faschistische Propaganda oder, allgemeiner, für autoritäre Meinungen empfänglich sind. Sie geht davon aus, daß die Empfänglichkeit für solche Meinungen stärker vom Charakter als von bewußten politischen Überzeugungen oder Überlegungen abhängig sind.

Federal Reserve: Private Zentral- und Notenbank der USA. Betreiber der Einrichtung einer privaten Zentralbank waren Paul Moritz Warburg aus der Hamburger Bankiersdynastie Warburg. (Schrift mit dem Titel "Plan für eine Zentralbank" 1903, Jakob Heinrich Schiff, Warburgs Schwager und Seniorpartner bei der führenden Wall-Street-Bank Kuhn, Loeb & Co. Die Frage der Etablierung einer Zentralbank war Teil des dauerhaften inneramerikanischen Konflikts zwischen Befürwortern zentralstaatlicher Gewalt (Kommunisten) und denen, die die Einhaltung und Wahrung der Gesetze den einzelnen US-Bundesstaaten überlassen wollten (Anti-Kommunisten). Infolge einer von der angloamerikanischen Hochfinanz inszenierten Finanzkrise 1907 wurden verantwortliche Politiker den Argumenten für die Gründung einer Zentralbank zugänglicher. Ein weiterer Meilenstein in Paul M. Warburgs Bemühungen war ein 10-Tätiges geheimes Treffen im Jekyll Island Club (Besitzer John D. Rockefeller und J.P. Morgan) auf Jekyll Island vor der Küste Georgias im November 1910. Neben Warburg kamen einflußreiche US-Bankiers (Frank Vanderlip, Henry P. Davison, Arthur Shelton), der einflußreiche Senator Nelson W. Aldrich sowie Andrew Piatt, ein führender Wirtschaftsökonom aus Harvard. Mit dem Federal Banking Agency Audit Act 1978 und dem Monetary Control Act 1980 ist die FED in den wichtigsten Bereichen ihrer Tätigkeit autonom beziehungsweise frei von jeder Kontrolle durch Legislative, judikative und exekutive Organe der USA insbesondere in den Bereichen der Transaktionen für und mit ausländischen Zentralbanken, Regierungen oder nicht-privaten internationalen Finanzorganisationen, Verordnungen, Entscheidungen und Aktionen der Geldpolitik, einschließlich Zinsen, Mindestreserven und Offenmarktgeschäfte, Transaktionen des Offenen-Markt-Ausschusses, Diskussionen und Kommunikation der Zentralbankratsmitglieder und Mitarbeiter der FED zu den Punkten 1 bis 3, Kauf nicht nur von US-Staatsschuldtiteln sondern auch Staatsschuldtitel anderer Länder.

Feminismus: Gesellschaftliche Bewegung für Frauenrechte. Originär für Gleichberechtigung, Menschenwürde und Selbstbestimmung. In den letzten drei Jahrzehnten ("dritte" und "vierte" Welle) Streben nach Privilegierung und Überstellung über Männer durch Quotenregelungen mit einklagbaren Rechten auf hochdotierte Arbeitsplätze und politisch und wirtschaftlich einflußreiche Positionen. F. beziehungsweise Staatsfeminismus ist letztlich auch die Maximierung der weiblichen Sexualstrategie. Dies zeigt sich an Verbot und Strafbarkeit der Überprüfung der biologischen Vaterschaft durch Männer sowie durch gesetzlich garantierte, möglichst hohe steuerfinanzierte Sozialleistungen bei Schwangerschaft und Mutterschaft und Versorgung der Nachkommen durch die gesichtslose Masse der Beta-Männer ("Staat"), unabhängig von der biologischen Vaterschaft. Durch die Zielsetzung der Gleichheit der Ergebnisse (gleiche Entlohnung und gleicher Karrierefortschritt) unabhängig von vorausgegangener Leistungserbringung besteht eine geistige Nähe zu ↑Sozialismus und ↑Kommunismus. Umgekehrt brauchen "Linke" Politik, Sozialismus und Kommunismus den Staatsfeminismus für die antiindividualistische Gleichschaltung und für die Zerstörung der natürlichen Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau zur Zerstörung von Ehe und Familie im Sinne des ↑Kulturmarxismus mit dem Ziel des Völkermords.

Gebietskörperschaft: ist eine Vereinigung von ↑Menschen und / oder ↑natürlichen und / oder ↑juristischen Personen mit einer internen Arbeitsteilung wie bei einem Organismus (entsprechend einem "Körper" eines Lebewesens - deshalb "Körperschaft"). Die G. wird deshalb oft symbolisiert durch ein Wappen mit einem Tier als Körper / Organismus. Das Recht einer G. gilt für ein bestimmtes Gebiet an das sich jeder halten muß, der sich als Mensch, natürliche Person oder juristische Person in dem Hoheitsgebiet dieser G. befindet. Der Ortsvorsteher einer G. ist damit die höchste staatliche Autorität und allen Menschen und Personen in diesem Hoheitsgebiet der G. voll umfänglich weisungsbefugt. Die "BRD" - "Bundesrepublik Deutschland" war bis zum 29.09.1990 eine G. da sie ein definiertes Territorium hatte (Art 23 "GG" a.F.). Damit ist das "BRD"-System auch gegenwärtig ohne Hoheitsgebiet.

Gewaltenteilung: ist ein notwendiges, jedoch kein hinreichendes Kriterium für ↑Demokratie ("Volksherrschaft"). Gemeint ist die Teilung der Gewalten in einem ↑Staat in ↑Legislative (Gesetzgebung) ↑Judikative (Rechtsprechung) und ↑Exekutive (Ausführung durch Regierung und der Regierung nachgeordnete Organe beziehungsweise Verwaltung). Im "BRD"-System ist die G. nicht gegeben, die Judikative ist Teil der Exekutive infolge der Weisungsgebundenheit von "Staatsanwaltschaften" und "Richtern" im "BRD"-System gegenüber "Justizministern" als Exekutivorgane. Zudem sind die "Justizminister" Parteifunktionäre und unterliegen der Parteidisziplin (Parteisoldaten). Auch die Legislative ist nicht unabhängig sondern liegt in der Hand von Parteivorsitzenden beziehungsweise Parteisoldaten, Lobbyisten und Parteienfinanzierern.

Globale kommunistische Langzeitstrategie: erstmals beschrieben von Torsten Mann in seinem Buch "Weltenoktober"...", später auch von Tillmann Knechtel ("Expresszeitung"). Beschreibt die regionale Machtergreifung und weltweite Machtausdehnung durch Bankiers der "angloamerikanischen Hochfinanz" durch Etablierung eines privaten, zinsbasierten Zentralbanksystems zuerst in England und später 1913 in den USA. Da die USA aufgrund ihrer konstitutiven Struktur nur schwer in einen kommunistischen / faschistischen Machtapparat umgewandet werden kann, wird von der angloamerikanischen Hochfinanz versucht, sozialistische / kommunistische / faschistische Regime in aller Welt zu etablieren und zu fördern, um ein weltweites kommunistisches Regime zu etablieren. (Eine-Welt-Regierung mittels "UN", Unterdrückung aller

Individualbestrebungen und totale Kontrolle mittels Digitalisierung "social credit system", Bevölkerungskontrolle und Völkermord mittels "Impfung", eine einzige weltweite Zentralbank, Abschaffung des Bargeldes, Abschaffung des Mittelstandes). Die angloamerikanischen Hochfinanz hat herzu die Sowjetunion mit Lenin und Trotzki kommunistisch aufgebaut und finanziert, ebenso die Volksrepublik China.

Geltendes Recht: Rechtssätze die durchgesetzt werden. ohne daß sie notwendigerweise legal zustande gekommen sind. Abzugrenzen hiervon ↑ gültiges Recht. "BRD"-Regeln sind geltendes, aber kein gültiges Recht.

Grundbuchamt: Verzeichnis über Grundstücke mit Eintrag des Besitzes von Grund und Boden entsprechend dem Kataster nach Gemarkung, Flur und Flurstück. Es werden zudem vom Besitz abgeleitete Rechte wie Wohnrecht, Erbbaurecht, Vorkaufsrecht, Rechte von kreditgebenden Banken, Gemeinderechte wie Weiderecht, Wegerecht etc. eingetragen. Die Arbeit der G. basiert auf Regelungen im Handelsrecht, nicht im Staatsrecht. im engeren Sinne, sie basieren auf Regelungen im Recht des Staatenbundes Deutsches Reich gemäß Sachenrecht im BGB. Abzugrenzen hiervon das ↑Katasteramt, welches auf Regelungen des Eigentums im Staatsrecht basiert.

Grundgesetz: ist im Gegensatz zu einer ↑Verfassung ein Grundregelwerk für ein nichtstaatliches Gebiet (Kolonialgebiet, Besatzungsgebiet, Schutzgebiet etc.). Von einer Kolonial- oder Besatzungsmacht verfügt. Dient der Organisation eines Kolonial- oder Besatzungsgebietes. Ihm fehlen die Merkmale einer Verfassung nämlich 1. Höchstrangigkeit und 2. Staatlichkeit. Grundgesetze sind niederrangiges Recht, die Kolonialmacht oder Besatzungsmacht kann sich jederzeit über die Regeln eines Grundgesetzes hinwegsetzen. Mitunter werden Verfassungen Grundgesetze genannt beispielsweise das "Staatsgrundgesetz" des Königreich Dänemark, welches staatsrechtlich tatsächlich eine Verfassung ist. Das "Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland" ist niederrangiges Besatzungsrecht, wird jedoch zum Zwecke der Täuschung als "Verfassung" bezeichnet. Tatsächlich fehlen dem "GG" - "Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland" Staatlichkeit und Höchstrangigkeit.

Gültiges Recht: Rechtssätze die legal zustande gekommen sind, sind gültiges Recht, auch wenn sie zeitweise oder dauerhaft nicht durchgesetzt werden können, beispielsweise weil der Staat nicht handlungsfähig ist. Abzugrenzen hiervon ↑geltendes Recht. "BRD"-Recht ist kein gültiges, jedoch geltendes Recht.

Hoheitsgebiet: Ein H. ist das Gebiet einer ↑Gebietskörperschaft. Das Recht der Gebietskörperschaft gilt ausschließlich in ihrem H. Die Gebietskörperschaft ist aufgrund ihrer Hoheitsgewalt in der Lage und berechtigt, die in ihrem H. befindlichen oder ansässigen Menschen und Personen zur Einhaltung ihres Rechts zu verpflichten und dies als Hoheitsgewalt (höchste Autorität / höchste Gewalt) durchzusetzen.

Hypergamie: Natürliche ↑Sexualstrategie der Frau, originär wurde der Begriff in einem engeren Sinne verwendet, der beschreibt, daß Frauen sich für Männer interessieren, deren Sozialstatus über ihrem eigenen oder dem ihrer Herkunftsfamilie liegt. Heutzutage im weiteren Sinne verwendet bedeutet, daß Frauen sich für den jeweils in der Attraktivitätsskala maximal am höchsten stehenden Mann interessieren und versuchen, den maximal höchststehenden Mann, zu dem sie entsprechend ihrer eigenen Attraktivität Zugang haben, an sich zu binden.

Infamie: bedeutet als Oberbegriff die Schmälerung der Rechtsfähigkeit beziehungsweise des rechtlichen Status (syn.: "Statusminderung")

Judikative: (auch "Rechtsprechung" oder "Jurisdiktion" oder "rechtsprechende Gewalt" oder "richterliche Gewalt") im ↑Staat. ausgehend von der klassischen dreigliedrigen ↑Gewaltenteilung neben ↑Legislative (Parlament als gesetzgebende Gewalt) und ↑Exekutive (Regierung und Verwaltung als vollziehende Gewalt). In Rechtsstaaten wird die Judikative durch unabhängige Richter und Staatsanwälte ausgeübt und ist selbst an Gesetz und Recht gebunden. Im "BRD"-System ist beides nicht gegeben. "Richter" sind von "Justizministern" (das heißt Parteisoldaten) abhängig, Staatsanwälte sogar formell entsprechend §§146,147 GVG weisungsgebunden. Wegen der Weisungsgebundenheit der "Staatsanwaltschaften" und der Tatbestandsverschiebung ins Subjektive ist im "BRD"-System noch nie ein "Richter" wegen "Rechtsbeugung" belangt worden. Im "BRD"-System ist die Judikative de facto und de jure Teil der Exekutive. Eindrucksvolle Beispiele sind faschistische überfallartige Terrorisierungen von Richtern durch Exekutivorgane wie "Polizei", "Staatsschutz", die in der Zeit des Pandemie-Faschismus politisch unliebsam geurteilt haben.

Juristische Person: etymologisch aus dem Griechischen personare= "hindurchscheinen" auch "Maske". Im rechtlichen Sinne ist eine P. eine ↑juristische Fiktion (ein "Rechtsmantel" beziehungsweise "Rechtsperson") und damit formal eine leblose Sache. Den Begriff "juristische Person" gibt es sowohl im Handelsrecht als auch im Staatsrecht und bezeichnet ein Rechtssubjekt, welches von einer oder mehreren natürlichen Personen gebildet wird (beispielsweise eine Firma, auch eine "Ein-Mann-Firma", eine Stiftung, ein Verein, eine politische Partei oder eine Gewerkschaft etc.)

Kapitalismus: ist eine Gesellschaft, in der die Generation des Mehrwertes hauptsächlich über Verleihung von Kapital realisiert wird. Gegenstück zu Kapitalismus ist nicht ↑Sozialismus sondern beispielsweise ↑Feudalismus, in dem der Mehrwert über die Verleihung von Sachwerten ("feudum" - das Lehen) realisiert wird. Wesensmerkmal des K. ist notwendigerweise das Privateigentum an Produktionsmitteln. Von Linksideologen wird K. fälschlich mit "Industriegesellschaft" gleichgesetzt. Kapitalismuskritik wird hierüber benutzt, um Entindustrialisierung unter verschiedenen Vorwänden (CO_2, übertragbare Krankheiten etc.) im Rahmen der ↑globalen kommunistischen Langzeitstrategie voranzutreiben.

Katasteramt: syn. "Liegenschaftsbuch", "Liegenschaftskataster": in den deutschen Staaten zwischen 1815 und 1864 eingerichtete Verzeichnisse über Grundstücke innerhalb der staatlichen Gemeinde und damit innerhalb des Staates. Die Katasterämter basieren auf Regelungen im ↑Staatsrecht. Verzeichnet wird das Liegenschaftseigentum im Staatsrecht entsprechend Gemarkung, Flur und Flurstück. Im Königreich Preußen wurde der schriftliche Teil des Liegenschaftskatasters auch als "Mutterrolle" bezeichnet. Abzugrenzen vom K. ist das Verzeichnis über den Grundbesitz im Handelsrecht durch die ↑"Grundbuchämter".

Kommunismus: ("klassenlose Gesellschaft") ist die Steigerung von ↑Sozialismus und beschreibt eine radikale antiindividuelle Gesellschaftsstruktur, in der die vermeintlich "gesellschaftlichen Interessen" den Individuellen Interessen klar übergeordnet werden. K. ist das radikale Gegenstück zu ↑Individualismus (nicht zu ↑Kapitalismus). Die dem K. wesenseigene Politik ist "Links" und wird mit Unterdrückung der Individualbestrebungen und mit sozialer Gleichheit bzw. Gleichmacherei in Verbindung gebracht. Tatsächlich herrscht in kommunistischen Gesellschaften eine kleine Minderheit über eine sozial gleichgemachte, ("klassenlose") amorphe Mehrheit. Zur Durchsetzung der vermeintlich "gesellschaftlichen Interessen" gegen die Individualinteressen der Menschen ist ein Unterdrückungsapparat erforderlich. Hierdurch besteht eine Nähe von K. zu ↑Faschismus. Dabei ist der ↑Faschismus die Methode zur Herstellung und Aufrechterhaltung von K. und ↑Sozialismus. Im Bereich der Wirtschaft ist dem K. Feindlichkeit gegenüber Mittelstand und freier Marktwirtschaft sowie Etablierung von sozialistischer Planwirtschaft mit Staats- bzw. Großkonzernen wesenseigen. Im Bereich der Kultur ist dem K. der Kulturmarxismus beziehungsweise eine verordnete, ideologisch durchsetzte Staats- beziehungsweise Herrschaftskultur bzw. Kulturlosigkeit immanent. (Siehe auch ↑Globale Kommunistische Langzeitstrategie).

Königreich Deutschland: Gründung in der Region Lutherstadt Wittenberg / Dessau Am 16. September 2012 geht auf Peter Fitzek zurück, möglicherweise unter der rechtsirrtümlichen Annahme, das dortige Land sei herrenlos. Fitzek beansprucht

eine Staatsgründung, jedoch ohne die Berücksichtigung der Tatsache, daß man einen Staat nicht in einem Staat gründen kann, den es bereits gibt und daß die Legitimation eines Staates durch die staatlichen Gemeinden erfolgt. Mit Gründung des K. ignorierte Fitzek die Tatsache, daß unsere verfassungsmäßigen Ordnung der Rechtsstand vom 30.07.1914 ist und erfüllt den Tatbestand des Verfassungshochverrates. Durch die Neugründung eines vermeintlichen "Staates" ohne Anknüpfung an den Rechtsstand vom 30.07.1914 auf der Ebene der staatlichen Gemeinden ist die Verbindung zu den Bodenrechten abgerissen. Ohne Verbindung zu den Bodenrechten ist die Etablierung einer legitimen Gebietskörperschaft grundsätzlich nicht möglich.

Konkludentes Handeln: (lat. concludere "folgern", "einen Schluß ziehen"), auch "schlüssiges Verhalten", "stillschweigende Willenserklärung". K. bezeichnet in der Rechtswissenschaft eine Handlung, die auf eine bestimmte Willenserklärung schließen läßt, ohne dass diese Erklärung in der Handlung ausdrücklich erfolgt ist. Besondere Form des konkludenten Handelns ist das Schweigen, welches an sich keine Willenserklärung darstellt. Im Handelsrecht kann das Stillschweigen einer Zustimmungserklärung gleichstehen (vgl §362 "HGB" im "BRD"-System).

Körperschaft: ist eine Vereinigung von ↑Menschen und / oder ↑natürlichen und / oder ↑juristischen Personen mit einer internen Arbeitsteilung wie bei einem Organismus (wie bei einem "Körper" eines Lebewesens). Die Körperschaft wird deshalb oft symbolisiert durch ein Wappen mit einem Tier als Körper / Organismus.

Kriegszustand: beziehungsweise "Krieg" ist eine Form des Ausnahmezustandes und als solcher insbesondere ein <u>rechtlicher</u> Zustand, ohne daß militärische oder anderweitige Kampfhandlungen ausgeführt werden müssen. Durch den K. ist die verfassungsmäßige Ordnung des ↑Staates außer Kraft gesetzt beziehungsweise wird nicht gelebt. Hierdurch ist die Weiterentwicklung des Rechts des Staates nicht möglich. Mit Beginn des K. ist damit der Rechtsstand des Staates automatisch eingefroren. Mit K. gilt das Kriegsvölkerrecht in Gestalt der Haager Landkriegsordnung und den Genfer Konventionen als höchstrangiges Recht. Hierdurch werden Handlungen legitimiert, die anderenfalls illegal wären wie das Bekämpfen oder Töten anderer Staatsangehöriger, die Zerstörung oder Beschlagnahme materieller Güter eines anderen Staates, Spionage etc.

Legislative: (Gesetzgebung) ist im ↑Staat neben der ↑Exekutive (ausführenden Gewalt) und ↑Judikative (Rechtsprechung) eine der drei (bei ↑Gewaltenteilung voneinander unabhängigen) Gewalten. Die Legislative ist zuständig für die Beratung und Verabschiedung von Gesetzen (Gesetzgebung) im inhaltlichen und formellen Sinn sowie für die Kontrolle der Exekutive und der Judikative. In repräsentativen Systemen (fälschlich repräsentative "Demokratie" genannt) bilden "Parlamente" und "Räte" ("Sowjets") die Legislative. In Staaten mit wahrer Demokratie tritt im Einzelfall das Volk als Gesetzgeber auf (Volksgesetzgebung). In Rechtsstaaten ist die Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung gebunden. Im Gegensatz hierzu ist im "BRD"-System keine verfassungsmäßige Ordnung gegeben. Unabhängig davon, daß das "BRD"-System selbst eine verfassungsfeindliche, verbrecherische Vereinigung ist, über die der Verfassungshochverrat organisiert wird, ist eine Unabhängigkeit der Legislative nicht gegeben. Im "BRD"-System entscheidet der Parteivorsitzende über die Karrierechancen eines Abgeordneten (Listenplatz) und über Abstimmungsverhalten (Fraktionszwang). Tatsächlich haben die legislative Macht über 900 Lobbyisten mit Bundestagsausweisen nach dem Grundsatz, wer das meiste Geld auf den Tisch legt, bestimmt, wie die Gesetze aussehen. Zudem haben Abgeordnete "Nebenjobs" als offene Form der Bestechung. Weiterhin ist das Parteienfinanzierungssystem so gestaltet, daß man ganze Parteien kaufen kann.

Männliche Selektion: ("Auslese") im engeren Sinne männliche sexuelle Selektion bedeutet männliche Wahl einer Sexualpartnerin nach bestimmten Kriterien beziehungsweise Attraktivitätskriterien.

Mensch: staats- und völkerrechtlich (nicht biologisch) ist ein originäres Rechtssubjekt, ohne daß es einer Legitimation durch Dritte, durch eine Gründungsurkunde oder einer Form der Registrierung bedürfte. Im rechtlichen Sinne ist ein M. eine juristische Fiktion, die Handlungsebene ist das Naturrecht. Der Mensch gibt sich seinen Namen selbst, das Recht am Namen hat der Mensch (beispielsweise "Wilhelm II"., "Elizabeth II"., "Franziskus" etc.).

Natürliche Person: etymologisch aus dem Griechischen personare ="hindurchscheinen" auch "Maske". Im rechtlichen Sinne ist eine P. eine ↑juristische Fiktion (ein "Rechtsmantel" beziehungsweise "Rechtsperson") und damit formal eine leblose Sache. Der Begriff "natürliche Person" ist ein Widerspruch in sich, da eine ↑Person immer etwas artifizielles, künstliches ist und nichts natürliches ist. Die "natürliche Person" gibt es nur im ↑Staatsrecht. In der natürlichen Person werden der ↑Mensch und die juristische Fiktion miteinander "verschweißt". Dies ist die Grundlage für die ↑Hoheitsgewalt einer ↑Gebietskörperschaft in der gilt: "Gleiches Recht für alle in dem definierten Hoheitsgebiet." Ohne das Konstrukt der "natürlichen Person" oder etwas Vergleichbarem ist es nicht möglich, das in einem Hoheitsgebiet "Gleiches Recht für alle" gilt. Die "natürliche Person" ist damit die Grundlage für das Staatsrecht schlechthin. Ohne die rechtliche Fiktion der "natürlichen Person" würden wir als Mensch im Naturrecht agieren und es müßte jeder einzelne Mensch mit jedem anderen einzelnen Menschen auf der Basis des Natirrechts seine Rechtsbeziehungen individuell miteinander klären. Dies ist die Definition von Chaos, da es dann kein einheitliches Recht für alle im jeweiligen Hoheitsgebiet gäbe.

Oberster Amtmann: auch ↑Ortsvorsteher ist die oberste staatliche Autorität einer staatlichen Gemeinde oder Gemarkung.

Okkupation: syn.: "Besatzung". Bei einer O. oder Besetzung wird die Gebietshoheit eines Staatsvolkes durch einen externen Machthaber an sich gerissen, und zwar mit Gewalt beziehungsweise mit militärischen Mitteln. Davon Abzugrenzen ist die ↑Annexion, bei der das Staatsgebiet teilweise oder vollständig dem okkupierenden Staat einverleibt wird.

Ortsvorsteher: auch ↑oberster Amtmann ist die oberste staatliche Autorität einer staatlichen Gemeinde oder Gemarkung.

Ovulation: "Eisprung", Phase im Zyklus der Frau, führt dazu, daß eine befruchtungsfähige Eizelle im Genitaltrakt der Frau vorhanden ist. O. bezeichnet gleichzeitig ein kurzes Zeitfenster von maximal etwa drei Tagen, in denen die Frau schwanger werden kann. Im Gegensatz zu zahlreichen höher entwickelten Tierarten ist die Ovulation beim Menschen verdeckt ("verdeckte Ovulation"). Dies ermöglicht der Frau, sexuelle Beziehungen zu mehreren Männern zu haben und trotzdem zumindest unbewußt zu entscheiden, wer von diesen Männern sich mit ihr fortpflanzt. Bedeutsam in diesem größerenteils unbewußten Entscheidungsprozeß ist das ↑"ovulatory shift phenomenon".

Ovulatory shift phenomenon: ist ein Theorem und beschreibt Änderungen im Wesen und im Erleben (Denken, Fühlen Handeln und Körperphysiologie) einer Frau in Abhängigkeit von der ↑Ovulation. Das O. beinhaltet, daß eine Frau während der Ovulation mehr Lust auf Sex hat und dabei bestimmte Typen von Männern als Sexualpartner bevorzugt (Männer mit sogenannten "Alpha-Eigenschaften"). In Verbindung mit dem beim Menschen gegebenen Phänomen der "verdeckten Ovulation" ermöglicht dies der Frau, sexuelle Beziehungen zu mehreren Männern zu haben und trotzdem zumindest unbewußt zu entscheiden, wer von diesen Männern sich mit ihr fortpflanzt. Bedeutsam in diesem größerenteils unbewußten Entscheidungsprozeß ist das Phänomen der ↑"verdeckten Ovulation".

Person: etymologisch aus dem Griechischen personare= "hindurchscheinen" auch "Maske". im rechtlichen Sinne ist eine P. eine ↑juristische Fiktion (ein "Rechtsmantel" beziehungsweise "Rechtsperson") und damit formal eine leblose Sache. Zu unterschieden ist zwischen ↑natürlicher Person und ↑juristischer Person.

Prerogativorgan: dt: "Vorrechtsorgan" In Rechtssystemen gilt weltweit, das man keine Rechte übertragen kann, die man selbst nicht hat. Ein Prerogativorgan ist ein Organ in einer Körperschaft (meist einem ↑Staat) von dem Rechte abgeleitet werden.

Höchstes P. in einem klassischen Staat ist der absolute Monarch. Von ihm sind alle Rechte der Staatsorgane abgeleitet, deshalb kann das höchste Vorrechtsorgan in alle Arbeitsabläufe in einem Staat eingreifen, beziehungsweise sich über alle Regeln und rechtlichen Limitierungen hinwegsetzen. In unserer keltisch-germanischen Rechtstradition ist das oberste P. die staatliche Gemeinde beziehungsweise die Gesamtheit der staatlichen Gemeinden in einem Staat, da in den staatlichen Gemeinden die Bodenrechte liegen.

Prinzip der freiwilligen Unterordnung: allgemeines Prinzip der Vergesellschaftung. Rechtssubjekte einer strukturell höheren Rechtsebene geben freiwillig on ihren universellen rechten ab, ordnen sich freiwillig Rechtssubjekten einer strukturell niedrigeren Rechtsebene unter, um in die Vorteile dieser (so entstandenen) Gemeinschaft zu gelangen. Das P. gilt universell • für Individuen und für ↑Gebietskörperschaften. Strukturell höchste Rechtsebene unter den Gebietskörperschaften sind die staatlichen Gemeinden, da in ihnen die Bodenrechte mitunter seit Jahrhunderten oder Jahrtausenden konserviert sind. Die staatlichen Gemeinden ordnen sich freiwillig dem Recht eines Staates unter, wodurch das Recht des Staates im Hoheitsgebiet der staatlichen Gemeinde legitimiert wird. Staaten ordnen sich freiwillig dem Recht eines Staatenbundes unter, wodurch der Staatenbund legitimiert wird. Analog dazu im Bereich der Individuen. Höchste Rechtsebene bildet Mann / Weib (Basis sind die Naturgesetze; kein Name), darunter Mensch (Basis ist das Naturrecht, Recht am Namen hat der Mensch, gibt sich den Namen selbst, beispielsweise bei einem Erwachsenenritual), darunter natürliche Person (Basis ist das Staatsrecht, Recht am Namen hat der Staat), darunter juristische Person (Basis ist Handelsrecht, Recht am Namen hat die Firma).

Rätesystem: ↑Sowjetsystem ist eine gesellschaftliche Herrschafts- und Machtstruktur in der Delegierte beziehungsweise Repräsentanten die legislative Macht ausüben. Es ist ein System zum Ausschluß jeglicher direkter (beziehungsweise wahrer) Demokratie. Dies vereinfacht drastisch die Ausübung der Macht in einem Staat mit faschistischen Methoden. In der Regel arbeiten diese Räte ohne tatsächliche demokratische Legitimation und ohne demokratische Kontrolle. Typische Rätesysteme sind das Sowjetsystem 1917 bis 1990 ("Sowjetunion") im Hoheitsgebiet des russischen Zarenreiches, die "DDR" mit "Rat der Stadt", "Rat des Kreises", "Rat des Bezirkes", "Staatsrat", "nationaler Verteidigungsrat" aber auch die "EU" mit "Europarat" "Europäische Kommission". Ihrem Wesen nach sind Rätesysteme antidemokratisch und mafiös organisierte Entscheidungsgremien. Bei originären mafiösen kriminellen Vereinigungen gibt es in aller Regel auch ein Rätesystem: Die Oberhäupter der mächtigsten Familien in einer Region bilden meist einen "Obersten Rat".

Rechtsebene: beschreibt innerhalb eines ↑Rechtskreises beziehungsweise ↑Rechtssystems die Rangigkeit des jeweiligen Rechtes. Es gilt grundsätzlich: "Höherrangiges Recht bricht niederrangiges Recht." Zu unterscheiden ist zwischen strukturellen Rechtsebenen und funktionellen Rechtsebenen. Im Bereich der strukturellen Rechtsebenen von ↑Gebietskörperschaften gilt: "Die Rangigkeit des Rechtes richtet sich nach der Nähe zum Boden" (↑Bodenrechte). Innerhalb unserer ↑verfassungsmäßigen Ordnung (Rechtsstand 30.07.1914) ist die strukturell höchste Rechtsebene die der staatlichen Gemeinden (in ihnen sind die Bodenrechte aus der Erstbesiedlung konserviert), darunter die der Bundesstaaten, darunter die des Staatenbundes Deutsches Reich von 1871. Durch das ↑Prinzip der freiwilligen Unterordnung ergeben sich die funktionellen Rechtsebenen. Höchste funktionelle R. ist die des ↑Deutschen Reiches von 1871, darunter die der ↑Bundesstaaten und darunter die der ↑staatlichen Gemeinden.

Rechtssubjekt: ist ein Mensch oder eine juristische Fiktion (↑natürliche oder ↑juristische Person) und als solche Träger von Rechten und Pflichten. Beispielsweise eine juristische Person oder ↑Körperschaft. Eine leblose physische Sache oder ein Tier kann kein Träger von Rechten und Pflichten sein.

Rechtswirksamkeit: Rechtliche Maßnahmen sind rechtswirksam, wenn die beschriebenen Rechtsfolgen auch realisiert werden können.

Revolution: wörtlich gesellschaftliche "Umwälzung". Der Begriff "R." wird genutzt für "Umstürze" mit Beseitigung einer bestehenden gesellschaftlichen, verfassungsbasierten staatlichen Ordnung und der Etablierung einer neuen Gesellschafts- und Machtstruktur. In der Regel von einer gewaltbereiten und gewalttätigen Minderheit ohne Legitimation und insbesondere ohne nachträgliche Legitimation durch einen ↑Volksentscheid. Der Begriff "R." soll Wissenschaftlichkeit und Legitimation suggerieren beziehungsweise vortäuschen. Tatsächlich handelt es sich bei einer "R." immer um eine illegale Beseitigung einer verfassungsmäßigen Ordnung und damit um einen Putsch, einen Staatsstreich, um Verfassungshochverrat beziehungsweise um ein Verbrechen. Bekannte Verbrechen dieser Art, die nachträglich "R." genannt wurden, sind die "Novemberrevolution" in Deutschland 1918 mit dem Ergebnis des illegalen Fremdherrschaftsinstrumentes und Handelsrechtskonstruktes "Weimarer Republik" oder die "Oktoberrevolution" im Russischen Zarenreich 1917 mit dem Ergebnis des illegalen Handelsrechtskonstruktes "Sowjetrußland". Aber auch spätere Verbrechen dieser Art "Orangene R." in arabischen Ländern in den 2000er Jahren oder in der Ukraine 2014. Soweit bekannt, gehen diese "R." immer von der angloamerikanischen Hochfinanz aus. Marx, Engels und Lenin als "Revolutionstheoretiker" sind als Abkömmlinge des Hauses Rothschild und als Angestellte der angloamerikanischen Hochfinanz diejenigen, die diese Verbrechen der angloamerikanischen Hochfinanz mit einer "Revolutionstheorie" für die angloamerikanische Hochfinanz zu legitimieren versuchen.

Selbstkontrahierung: auch "Insichgeschäft" - Vertragsschließung mit sich selbst. Verträge werden üblicherweise von mindestens zwei verschiedenen Rechtssubjekten geschlossen. Das Insichgeschäft ist dadurch charakterisiert, daß es nicht dem äußeren Erscheinungsbild nach, wohl aber durch das Innenverhältnis zweier Vertragspartner an einem Vertragspartner tatsächlich fehlt. Dabei ist eine äußerlich vertragsschließende Partei gleichzeitig Organ der anderen. Beispielsweise ist die "BRD" ein Organ der Besatzungsmächte. Verträge oder Abkommen zwischen Besatzungsmächten und "BRD"-Stellen kann es deshalb nicht geben. "Verträge" oder "Abkommen" zwischen Besatzungsmächten und "BRD"-Stellen sind deshalb de facto und de jure Verfügungen der Besatzungsmächte. Beispiele für Verfügungen der Besatzungsmächte, die als "Verträge" oder "Abkommen" getarnt worden sind, sind geheime Verträge über Zusammenarbeit der Geheimdienst "5 eyes plus" und "14 eyes", zahllose diverse "Geheimverträge" der sogenannte "Zwei-plus-vier-Vertrag", das "NATO-Truppenstatut", wegen der Beteiligung der Französischen Republik und Großbritannien alle "EU"-Verträge von Maastricht, Lissabon etc. einschließlich "Euro"-Einführung. Frühestes Beispiel für Selbstkontrahierung zum Schaden der deutschen Völker ist das Versailler Diktat, die die "Weimarer Republik" eine Verwaltung der Siegermächte des "Ersten Weltkrieges" war.

Sexuelle Selektion: ("Auslese") ist im Gegensatz zur "künstlichen Selektion" ("Züchtung" - vom Menschen ausgehend) eine Form der "natürlichen Selektion". Die S. ist die Auslese von Individuen durch Vorteile im Fortpflanzungserfolg gegenüber Geschlechtsgenossen. Innerhalb einer Art besteht Selektionsdruck für beider Geschlechter. Zu unterscheiden ist deshalb zwischen ↑"weiblicher Selektion" und ↑" männlicher Selektion".

Sozialismus: beschreibt eine antiindividuelle Gesellschaftsstruktur, in der die vermeintlich "gesellschaftlichen Interessen" den Individuellen Interessen klar übergeordnet sind. S. ist das Gegenstück zu ↑Individualismus (nicht zu ↑Kapitalismus). Steigerungsform von S. ist ↑Kommunismus ("klassenlose Gesellschaft"). Die dem S. wesenseigene Politik ist "Links" und wird mit sozialer Gleichheit bzw. Gleichmacherei in Verbindung gebracht. Tatsächlich herrscht in sozialistischen

Gesellschaften eine kleine Minderheit über eine sozial gleichgemachte Mehrheit. Zur Durchsetzung der vermeintlich "gesellschaftlichen Interessen" gegen die Individualinteressen der Menschen ist ein Unterdrückungsapparat erforderlich. Hierdurch besteht eine Nähe von S. zu ↑Faschismus. Dabei ist der ↑Faschismus die Methode zur Herstellung und Aufrechterhaltung von Sozialismus und ↑Kommunismus. Im Bereich der Wirtschaft ist dem S. Feindlichkeit gegenüber Mittelstand und freier Marktwirtschaft sowie Förderung von sozialistischer Planwirtschaft und Staats- bzw. Großkonzerne wesenseigen. Im Bereich der Kultur ist dem S. Kulturmarxismus beziehungsweise Kulturlosigkeit immanent.

Staat: ist ein Völkerrechtssubjekt bei dem notwendigerweise drei Kriterien erfüllt sein müssen (↑"Drei-Elemente-Lehre") 1. ↑Staatsvolk (eigenes Staatsangehörigkeitsrecht), 2. ↑Staatsgebiet ("Gebietskörperschaft") und 3. ↑Staatsgewalt (Souveränität). Die Auslöschung des Staates ist die ↑"Debellatio". Es gibt nur zwei Möglichkeiten einen Staat auszulöschen ("Debellatio"): 1. vollständige ↑Annexion des Staatsgebietes, 2. vollständige Verschleppung oder Ermordung aller Staatsangehörigen (↑"Völkermord"). Die vorübergehende, auch langfristige Beeinträchtigung der Staatsgewalt durch Besatzung, Korruption, Stromausfall ("Blackout") oder anderem führt zum vorübergehenden Fehlen der Staatlichkeit, jedoch nicht zu einer dauerhaften Auslöschung des Staates.

Staatenbund: Bund aus mehreren Staaten, Die Staaten, die diesen Bund eingegangen sind, werden ↑Bundesstaaten genannt.

Staatsangehörigkeit: beschreibt die Angehörigkeit eines Menschen zu einem Staat. S. ist zu unterscheiden von einer ↑Staatsbürgerschaft. Staatsangehörige bilden selbst das ↑Staatsvolk und sind entsprechend der Drei-Elemente-Lehre unverzichtbarer Bestandteil des Staates. Verbunden mit der Staatsangehörigkeit sind verbriefte Rechte. Diese können nicht aberkannt werden, im Gegensatz zu Privilegien im Rahmen einer ↑Staatsbürgerschaft.

Staatsbürgerschaft: geschichtlich entstanden aus dem Begriff "Burg", ein besonders geschützter Bereich einer Stadt oder die Stadt selbst. Wer im Mittelalter oder in der Renaissance eine Leistung erbrachte konnte dafür das Privileg erwerben, im Falle der Gefahr in die Burg eingelassen zu werden. ↑"Bürgerrechte" sind im Gegensatz zu Rechten aus einer Staatsangehörigkeit keine verbrieften Rechte sondern käufliche Privilegien. Diese können im Falle des Ausbleibens der hierfür vereinbarten Leistung / Zahlung wieder verloren gehen. Aus diesem Grunde wird unsere Aufmerksamkeit von den Betreibern des "BRD"-Systems auf den Begriff "Staatsbürgerschaft" gelenkt und von dem Begriff ↑"Staatsangehörigkeit" abgelenkt.

Staatsgebiet: ist ein notwendiges, jedoch nicht hinreichendes Kriterium für einen Staat entsprechen der "Drei-Elemente-Lehre". Das S. ist das ↑Hoheitsgebiet eines Staates. Es wird von den staatlichen Gemeinden in den Staat eingebracht, da die staatlichen Gemeinden die originären Inhaber der Bodenrechte sind.

Staatsgewalt: ist ein notwendiges, jedoch nicht hinreichendes Kriterium für einen Staat entsprechen der "Drei-Elemente-Lehre". Die vorübergehende, auch langfristige Beeinträchtigung der Staatsgewalt durch Besatzung, Korruption, Stromausfall ("Blackout") oder anderem führt zum vorübergehenden Fehlen der Staatlichkeit, jedoch nicht zu einer dauerhaften Auslöschung des Staates.

Staatsvolk: ist ein notwendiges, jedoch nicht hinreichendes Kriterium für einen Staat entsprechen der "Drei-Elemente-Lehre". das S. ist die Gesamtheit der ↑Staatsangehörigen eines Staates.

Strategischer Pluralismus: Natürliche ↑Sexualstrategie der Frau, durch die beide evolutionsbiologische Aspekte ihres individuellen und genetischen Überlebens abgedeckt werden. Einerseits strebt die Frau nach der "besten" genetischen Kombinationsmöglichkeit, andererseits nach Schutz und Versorgung ihrer selbst und ihrer Nachkommen. Das Ergebnis ist die Trennung von Sexualität und Beziehung. Authentisches sexuelles Begehren hat die Frau gegenüber einem Mann, der auf der Attraktivitätsskala hinsichtlich der körperlichen und psychosozialen Kriterien weit oben steht, wobei ein solcher Mann sich wegen seiner zahlreichen sexuellen Optionen im Allgemeinen nicht in eine monogame Beziehung einbinden läßt. Für die familiäre Beziehung mit Schutz und Versorgung nutzt die Frau oft einen körperlich und psychosozial weniger attraktiven Mann, der ihr aber als verläßlicher, stabiler Versorger tatsächlich zur Verfügung steht. In unregulierten Gesellschaften (ohne monogames Beziehungsideal, ohne Werte wie "Loyalität" oder "Treue", ohne Religion / Kirche oder anderweitige soziale Kontrolle) wie unter Steinzeitverhältnissen ist offensichtlich die evolutionsbiologische Aufgabe der Frau, mit einem körperlich und psychosozial hochattraktiven Mann zu kopulieren, und die so entstandenen Nachkommen einem weniger attraktiven, aber beziehungstauglichen Mann unterzuschieben und auf dessen Kosten die Versorgung sicherzustellen. Ermöglicht und begünstigt wird diese Strategie durch die verdeckte ↑Ovulation und das ↑"ovulatory shift phenomenon".

Umvolkung: syn. ↑Zionismus: Landnahme durch eine eindringende Ethnie und rasche oder allmähliche enthnische Säuberung und Ausrottung der einheimischen Ethnie. Damit ist U. beziehungsweise Zionismus eine Form des Völkermordes und damit per se ein Verbrechen.

Verdeckte Ovulation: Bei den meisten höher entwickelten Tierarten ist die ↑Ovulation (kurzes fruchtbares Zeitfenster) eines weiblichen Tieres sichtbar, wodurch männliches Interesse für die Paarung ausgelöst wird. Meist pflanzt sich hierdurch das jeweilige männliche Alpha-Tier fort. Bei einigen höheren Tierarten und beim Menschen ist die Ovulation verdeckt, also äußerlich nicht feststellbar. Hierdurch entsteht für das weibliche Tier beziehungsweise die Frau viel mehr Entscheidungsmacht. Die V. ermöglicht der Frau, sexuelle Beziehungen zu mehreren Männern zu haben und trotzdem zumindest unbewußt zu entscheiden, wer von diesen Männern sich mit ihr fortpflanzt. Bedeutsam in diesem größerenteils unbewußten Entscheidungsprozeß ist das ↑"ovulatory shift phenomenon"

Verfassung: Höchste Rechtsnorm in einem ↑Staat. Der Begriff V. erfordert somit 1. Staatlichkeit und 2. Höchstrangigkeit. Durch die V. wird der Staat konstituiert (es werden die Verfassungsorgane und deren Befugnisse im Staat festgelegt wie auch das Verhältnis zwischen Staatsangehörigen und Staat einschließlich der unveräußerlichen Rechte der Staatsangehörigen). Oft werden Grundregelwerke zum Zwecke der Täuschung "Verfassung" genannt beispielsweise das "GG" - "Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland" sei eine V., die "Weimarer Reichsverfassung" sei eine V., die "Verfassung der DDR" sei eine V., ferner gebe es "Unternehmensverfassungen" von Konzernen etc. Hierüber soll der Begriff der V. zerstört werden.

Verfassungsgebende Versammlung: ist eine Bewegung innerhalb der in Deutschland gegenwärtig aktiven Rechtsstaatlichkeitsbewegung die auf der Basis des Art. 146 des "Grundgesetzes" für die Besatzerverwaltung "BRD" - "Bundesrepublik Deutschland" die Etablierung eines neuen Grundregelwerkes anstrebt, welches dann zum Zwecke der Täuschung "Verfassung" genannt werden solle. Das Resultat wäre eine Modifikation der "BRD" mit neuem Grundregelwerk und unter Umständen neuem Namen. Diese ↑Körperschaft wäre nach wie vor eine Firma der Besatzungsmächte, nicht souverän sondern ein Fremdherrschaftsinstrument, und wäre durch die Anwendung von Nazi-Recht ("deutsche Staatsangehörigkeit", "deutsches Volk") weiterhin eine Nazi-Organisation. Die Realisierung der V. auf der Basis von Art. 146 "GG" wäre eine Weiterführung des Besatzergefängnisses "BRD" unter anderem Anstrich.

verfassungsmäßige Ordnung: Gesamtheit der höchstrangigen Regeln in den Staaten eines Staatenbundes. Da in einem Staatenbund die Verfassungen der einzelnen Bundesstaaten und die höchste Rechtsnorm im Staatenbund (Bundesvertrag) gelten und man nicht von der Gültigkeit einer einzigen Verfassung sprechen kann, ist der Begriff "verfassungsmäßige Ordnung" für einen Staatenbund angebrachter.

Versailler Diktat: fälschlich als "Versailler Vertrag" oder "Friedensvertrag" bezeichnet. Ist eine Forderungsliste der Alliierten Siegermächte des "Ersten Weltkrieges" an "Deutschland". Wegen der Unbestimmtheit des Begriffs "Deutschland" und insbesondere dessen fehlenden Rechtssubjektcharakters (ein Stück Land kann kein Rechtssubjekt sein) ist das Versailler Diktat nichtig ("juristisches Nullum"). Wegen der Weisungsgebundenheit der unterzeichnenden Vertreter der "Weimarer Republik" gegenüber den Siegermächten und der damit verbundenen ↑Selbstkontrahierung kann die Bezeichnung "Vertrag" nur als Täuschung interpretiert werden. Es handelt sich folglich um ein Diktat, auf das sich die alliierten Siegermächte des "Ersten Weltkrieges" untereinander geeinigt haben. Auch unter der rechtsirrtümlichen Annahme der juristischen Wirksamkeit kann es sich beim Versailler Diktat nicht um einen ↑Friedensvertrag handeln, da auf deutscher Seite keine Vertreter der Kriegspartei Deutsches Reich unterzeichnet habe, eine abschließende Regelung nicht getroffen wurde sondern entsprechend Art 118 Forderungen "nachgeschoben" werden konnten und weil die Siegermächte des "Ersten Weltkrieges" eine Rückkehr zur verfassungsmäßigen Ordnung im Rechts- und Gebietsstand vom 30.07.1914 und die Souveränität der deutschen Völker verhindert beziehungsweise verweigert haben.

Verweser: Der Begriff Verweser (althochdeutsch "fir-we-san" neuhochdeutsch "für-wen-sein" ("jemandes Stelle vertreten") bezeichnet einen Vertreter im weitesten Sinne, insbesondere in staatlichen Spitzenämtern.

Volk: staats- und völkerrechtlich: Kurzform für den Begriff ↑Staatsvolk, ist die Gesamtheit der Angehörigen eines Staates.

Volkstod: Untergang eines Volkes als Gesamtheit der Staatsangehörigen und als soziale und kulturelle Einheit, also als Volksgemeinschaft. Das "BRD"-System fördert den Volkstod der deutschen Völker durch Umvolkung, vorgeburtliche Kindstötung, psychologische Kriegsführung mit Staatsfeminismus, frühkindliche Sexualisierung und Propagierung von sexuellen Deviationen (Homosexualität) und Perversionen, Kinder- und Familien-feindliche Politik (Kinder als höchstes Armutsrisiko).

Wahlkommission(en): sind aktuelle Initiativen in der gegenwärtigen Rechtsstaatlichkeitsbewegung, in denen die Staatsangehörigkeit eines Menschen entsprechend RuStAG 1913 festgestellt und beurkundet wird. Dies ist eine wertvolle Arbeit zur Reorganisation der verfassungsmäßigen Ordnung, da hierfür das jeweilige Staatsvolk und die jeweiligen Abstimmungsberechtigten definiert sein müssen. Die Stärke dieser Initiative liegt darin, daß die Kompetenzen zum RuStAG von 1913 gebündelt sind und die staatlichen Gemeinden in der Reorganisation von einer schwierigen bürokratischen Aufgabe durch die Arbeit der W. entlastet werden. Bekannteste W. ist die "Wahlkommission Sachsen", aber auch "Wahlkommission Brandenburg" etc. Die W. sind damit externe Dienstleister für die staatlichen Gemeinden und die Bundesstaaten, die letzte Verantwortung für die Bestimmung der Abstimmungsberechtigten beziehungsweise die Definition des Staatsvolkes liegt bei den staatlichen Gemeinden und Bundesstaaten.

Weibliche Selektion: ("Auslese") im engeren Sinne weibliche sexuelle Selektion bedeutet weibliche Wahl eines Sexualpartners nach bestimmten Kriterien beziehungsweise Attraktivitätskriterien.

Zionismus: Landnahme durch eine eindringende Ethnie und rasche oder allmähliche enthnische Säuberung und Ausrottung der einheimischen Ethnie. Damit ist Zionismus eine "Umvolkung" beziehungsweise eine Form des Völkermordes und damit per se ein Verbrechen.

Zwei-plus-vier-Vertrag: Ist ein Vertrag der Besatzungsmächte "Vier Mächte". Wegen der Weisungsgebundenheit der Vertreter von "DDR" und "BRD" gegenüber den Besatzungsmächten und der damit verbundenen ↑Selbstkontrahierung kann die Bezeichnung "Zwei-plus-vier-Vertrag" (Besatzerverwaltungen "DDR" und "BRD" einerseits und die vier Besatzungsmächte andererseits) nur als Täuschung interpretiert werden. Es handelt sich folglich um einen Vertrag der vier Besatzungsmächte untereinander. Wegen der Unbestimmtheit des darin postulierten "vereinten Deutschland" und dessen fehlenden Rechtssubjektcharakters (ein Stück Land kann kein Rechtssubjekt sein) sowie wegen der Widersprüchlichkeit in den Aussagen zur Souveränität dieses postulierten "vereinten Deutschland" ist der Z. als nichtig ("juristisches Nullum") anzusehen. Auch unter der rechtsirrtümlichen Annahme der juristischen Wirksamkeit kann es sich beim Z. nicht um einen ↑Friedensvertrag handeln, da letztlich nur neue Besatzungsmodalitäten auf der Ebene des Besatzungsrechts und nicht auf der Ebene des Siegerrechts vereinbart wurden, und legitime Vertreter der Kriegspartei auf deutscher Seite (legitime Vertreter des "Dritten Reiches") nicht verhandelt oder unterzeichnet haben.

Das ist nicht des Deutschen Größe,
obzusiegen mit dem Schwert,
in das Geisterreich zu dringen,
männlich mit dem Wahn zu ringen,
das ist seines Eifers wert.

Schwere Ketten drücken alle
Völker auf dem Erdenballe,
als der Deutsche sie zerbrach,
Fehde bot dem Vatikane,
Krieg ankündigte dem Wahne,
der die ganze Welt bestach.

Höheren Sieg hat der errungen,
der der Wahrheit Blitz geschwungen,
der die Geister selbst befreit.
Freiheit der Vernunft erfechten,
heißt für alle Völker rechten,
gilt für alle ewge Zeit.

(Friedrich Schiller 1800)

DEUTSCHER BUCHDIENST

NAUNHOF 6 · 04703 LEISNIG · TELEFON: 0 34 32 / 163 68 74 · TELEFAX: 0 34 32 / 163 68 75
E-POST: INFO@DEUTSCHER-BUCHDIENST.COM · WWW.DEUTSCHER-BUCHDIENST.COM

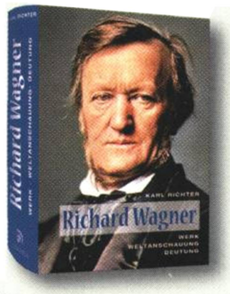
Joachim Fernau

Und sie schämeten sich nicht

Die Liebe in der Geschichte.
Ein Zweitausendjahr-Bericht

Der meisterhafte Erzähler von Geschichte und Geschichten legt hier eine scharfsinnige und humorvolle Bestandsaufnahme der Beziehung von Mann und Frau in unserem Volk über zwei Jahrtausende vor. Angefangen bei den Germanen über den Minnesang und Minnedienst, die Prüderie des Biedermeier bis in die Neuzeit. Eine kurzweilige Reise mit großem erzählerischen Elan. Kurzweilig, frivol und lehrreich – Seite für Seite ein Vergnügen.

282 Seiten, gebunden.
Best.-Nr. 12032 **€ 16,90**



Karl Richter

Richard Wagner

Werk – Weltanschauung – Deutung

Dieses Buch versucht, Wagner in der Totalschau seines künstlerischen und denkerischen Werkes, in seinen Dramen und Schriften, gerecht zu werden. Ohne die alten Klischees, Mißverständnisse und Vorbehalte. Und ohne die Attitüde des erhobenen Zeigefingers. Anhand einer Fülle von Quellen, Zeit- und Selbstzeugnissen entsteht das Bild eines Künstlers, dessen historische und geistige Bezugsgrößen unversehens wieder Aktualität erlangen. Ein Abriß seiner ästhetischen Theorie sowie eine eingehende Erläuterung der Hauptwerke runden die Darstellung ab. Ein Wagnerbuch für Kenner und Einsteiger gleichermaßen.

672 Seiten, Abb., gebunden.
Best.-Nr. 12182 **€ 29,90**

Ingrid Pernkopf & Willi Haider

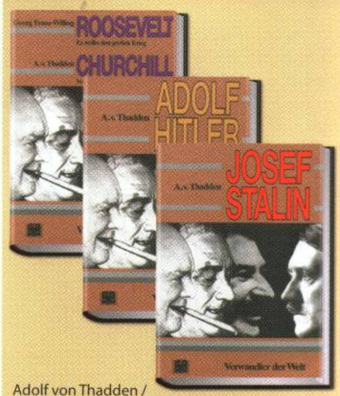
Die Vorratskammer

Die 450 besten Rezepte vom Einlegen bis zum Räuchern

Köstlichkeiten auf Vorrat selbst herstellen, Marmeladen einkochen, Gemüse einlegen, Essig aromatisieren, Würzsaucen zubereiten, Würste räuchern, Kräuter trocknen und Obst dörren: Kochen und Einmachen mit frischen, saisonalen Zutaten und viel Liebe, jedoch ohne industrielle Zusatzstoffe oder Konservierungsmittel – das garantiert schmackhafte und nachhaltige Produkte. Die besten Rezepte sowie vielfältige Hinweise zur Vorratshaltung versammelt diese preisgünstige Sonderausgabe des Kochbuchklassikers, die in keiner Küche fehlen darf.

384 Seiten, durchgehend farbig illustriert, gebunden.
Best.-Nr. 13166 **€ 14,99**

Die Schlachtenlenker des Zweiten Weltkrieges

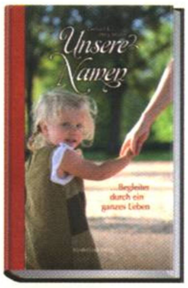


Adolf von Thadden / Georg Franz-Willing

Churchill – Roosevelt – Hitler – Stalin

Die umfangreich-detaillierte Darstellung des Wirkens von vier außerordentlichen Staatsmännern, deren Handeln den Kontinent Europa und die Weltordnung radikal veränderte. Revolutionäre? Kriegstreiber? Geniale Feldherren? Verbrecher? – Verwandler der Welt.

3 Bände, zus. 752 Seiten, viele Abb., gebunden.
Best.-Nr. 10941 **€ 24,90**



Gerhild & Petra Müller

Unsere Namen – Begleiter durch ein ganzes Leben

Die umfassendste Sammlung von Vornamen deutsch-germanischer Herkunft für Mädchen und Jungen. Ein übersichtliches Lexikon mit Wortstammerklärung sowie eine schöne Handreichung für junge Paare und Familien. Altes Wissen und gute Tradition leben in einer ausgewogenen Namenswahl fort.

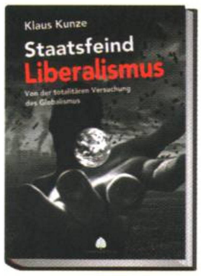
272 Seiten, Illustrationen, Leinenband im Großformat.
Best.-Nr. 10221 **€ 24,80**

Joachim Nolywaika

Der Dreißigjährige Krieg des 20. Jahrhunderts und seine Folgen für Deutschland

Dieses großangelegte Geschichtswerk bietet den Verzerrungen und Lügen der offiziellen Meinungsmacher Paroli.

416 Seiten, viele Abb., gebunden.
Best.-Nr. 11242 ~~€ 22,80~~ **€ 9,95**



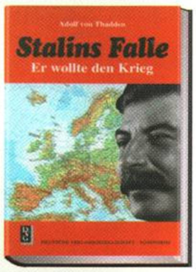
Klaus Kunze

Staatsfeind Liberalismus

Von der totalitären Versuchung des Globalismus

Klaus Kunze, Jurist und politischer Publizist, präsentiert eine Generalabrechnung mit der Ideologie des Liberalismus, die dem ungezügelten Finanzkapitalismus und dem Globalismus unserer Tage die geistigen Grundlagen und das metaphysische Rechtfertigungssystem liefert.Was harmlos als Frühliberalismus begonnen hatte, steht über zweihundert Jahre nach Adam Smith als realer Finanzkapitalismus vor unser aller Augen. Wie die Auswirkungen von Jahrzehnten sozialistischer Planwirtschaft im 20. Jahrhundert unzählige ökonomische und menschliche Existenzen zerstörten, so zersetzt der ungezügelte Finanzkapitalismus gegenwärtig die Völker, Kulturen und Staaten mit ihren historisch gewachsenen Identitäten und läßt die Welt als ausgeplünderten Planeten zurück, mit abgeholzten Wäldern, dezimierter Artenvielfalt, vergifteten Meeren und Böden.Wo die liberale Ideologie sich in Reinform durchsetzt, leitet sie alle sozialen Regeln ausschließlich aus der Perspektive des Individuums als Marktteilnehmer ab. Daran gehen erst die solidarischen Familienbande, die staatlichen und kulturellen Institutionen und mit ihnen schließlich die Völker zugrunde. Die Menschen werden dann zu jeder politischen Gegenwehr unfähig und auch unwillig. Alle ethischen Bindungen werden atomisiert. Damit wird der Liberalismus zum Feind jeder sozialen Ordnung und mutiert letztlich zum eigentlichen Staatsfeind.

244 Seiten, gebunden, Festeinband.
Best.-Nr. 13087 **€ 19,80**



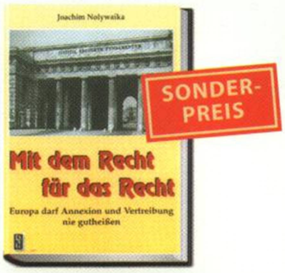
Adolf von Thadden

Stalins Falle

Er wollte den Krieg

Immer wieder führt die schrittweise Öffnung alliierter Archive zu einer Entlastung Deutschlands vom Vorwurf der Alleinkriegsschuld. So wird hier die entlarvende Stalin-Rede vom 19. August 1939 dokumentiert und ausgewertet.

176 Seiten, viele Abb., gebunden.
Best.-Nr. 10963 **€ 9,90**



Joachim Nolywaika

Mit dem Recht für das Recht

Die Erinnerung an Flucht und Vertreibung von 18,5 Millionen deutscher Menschen und ihren fast drei Millionen Opfern, mit allen ihren grausamen Begleitumständen, ist vielen »Vergangenheitsbewältigern« ein Dorn im Auge, weil das als nicht für möglich gehaltene Massenverbrechen – mitten in Europa – nicht einfach abgetan werden kann.

264 Seiten, Abb., gebunden.
Best.-Nr. 10156 ~~€ 19,50~~ **€ 9,95**

Joachim Nolywaika

Deutschland als Opfer der Geschichte

Von der Vorgeschichte und den Ursachen des Zweiten Weltkrieges bis hin zur Fremdbestimmung durch die EU in der Gegenwart beschreibt der Verfasser, wie ausländische Mächte im Frieden und im Krieg offen oder versteckt gegen Deutschland kämpften und mit oft brutalsten Methoden seine Existenz und seine Handlungsfähigkeit zu beseitigen versuchten.

255 Seiten, Abb., gebunden.
Best.-Nr. 10964 **€ 14,90**

Hans-Joachim Stoyan

Bergsteigerlegenden

60 Porträts großer alpiner Persönlichkeiten

Die skizzierten Alpinisten sind ausnahmslos große Vorbilder an Lebenstüchtigkeit und Charakterstärke, wahre Marksteine von Sport, Abenteuer und Volkstum.

196 Seiten, Abb., gebunden
Best.-Nr. 10187 ~~€ 19,80~~ **€ 9,95**

COMPACT-Spezial 37

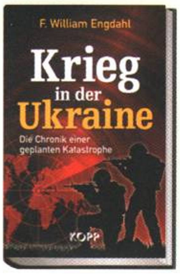
Klima-Terroristen

Was sie denken. Wer sie bezahlt.

Sie nennen sich „Letzte Generation", warnen eifrig vor der Apokalypse und nerven uns Bürger mit Pseudoprotesten. Angeblich würden wir Menschen nicht genug für's Klima tun und damit unsere eigene Zukunft zerstören. Doch kann der Mensch das Klima maßgeblich beeinflussen? Eine einflußreiche Clique von Klima-Verschwörern glaubt daran und formuliert sogenannte Klima-Ziele, die unglaublich viel Geld kosten. Doch schon ein einziger Vulkanausbruch läßt diese Ziele sofort wieder platzen. Längst geht es diesen Leuten nicht mehr nur um Klima-Schutz. Eher dient ihnen dieser als Deckmantel für den radikal-sozialistischen Umbau der Gesellschaft. Sie benutzen dafür oft Kinder und Jugendliche als Schutzschilde, bezahlen diese und bilden sie aus. Wir zeigen die Hintermänner und das, was sie wirklich denken und wollen. Harte Fakten und sachliche Analysen.

84 Seiten, Abbildungen, A4-Broschur.

Best.-Nr. 13225 — € 9,90



F. William Engdahl

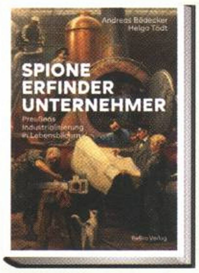
Krieg in der Ukraine

Die Chronik einer geplanten Katastrophe
Wie Amerikas Hardliner den Ukraine-Krieg anheizen

Ein geradezu prophetisches Buch zum grundsätzlichen Verständnis dessen, was heute in der Ukraine passiert und wie es dazu gekommen ist. Als Analyst geostrategischer Entwicklungen zeigt der Autor in dieser Chronik, wie die Vereinigten Staaten und ihre Geheimdienste den Ukraine-Krieg anheizen. Messerscharf analysiert Engdahl Amerikas verborgene Strategie und belegt seine Auswertungen mit eindrücklichem Quellenmaterial.

208 Seiten, Abbildungen, gebunden.

Best.-Nr. 11207 — € 9,99



Andreas Bödecker/Helga Tödt

Spione, Erfinder, Unternehmer

Preußens Industrialisierung in Lebensbildern

Anhand der Biographien von teils berühmten, teils weniger bekannten Männern und Frauen macht dieses Buch die Zeit der Industrialisierung anschaulich. Viele technische Errungenschaften, die heute zu unserem Alltag gehören, wurden in dieser Epoche erfunden, die mit dem Ersten Weltkrieg endete: Eisenbahn, elektrische Straßenbahnen und Straßenbeleuchtung, Strom in den Häusern, künstliche Farbstoffe und Lacke, Automobile, luftgefüllte Gummireifen, Kunstdünger, Aspirin, Telefon, U-Bahn, Flugzeuge, elektrische Waschmaschinen, das Wasserklosett, die Kleinbildkamera. Mit Fug und Recht kann das Wilhelminische Kaiserreich als die progressivste Epoche deutscher Staatengeschichte bezeichnet werden.

640 Seiten, 466 Abb., gebunden.

Best.-Nr. 13235 — € 28,-

Sahra Wagenknecht

Die Selbstgerechten

Mein Gegenprogramm – für Gemeinsinn und Zusammenhalt

Die frühere Fraktionsvorsitzende der Linken im Bundestag geht hart mit ihrer eigenen Partei und dem ganzen moralinsauren linksliberalen Milieu ins Gericht. Sie kritisiert: Statt sich für die soziale Lage von Millionen Deutschen zu engagieren, beschäftigten sich Linke lieber mit Minderheitenmarotten wie Gendersprache, Homopropaganda, Frauenquoten, Sprachregulierung, Asylpropaganda usw. Die Linke habe aufgehört, Vertreter und Schutzmacht der arbeitenden Bevölkerung zu sein. Mit ihren hier geäußerten Thesen würde man Wagenknecht eher bei der AfD verorten.

412 Seiten, Taschenbuch.

Best.-Nr. 13243 — € 15,-

Michael Brückner

Angriff auf unser Bargeld

Warum ein Bargeldverbot vorbereitet wird, wer davon profitiert und wie Sie Ihr Vermögen davor schützen

Eine mächtige Allianz aus UNO, der EU sowie Förderern einer One-World-Gesellschaft, wie die Bill-und-Melinda-Gates-Stiftung oder die Clinton Foundation, hat es sich zum Ziel gesetzt, das Bargeld abzuschaffen. Hinzu kommen Banken, Finanzdienstleister - wie Mastercard, Apple (Apple Pay), Amazon (Amazon Pay) und PayPal -, aber auch Großkonzerne wie zum Beispiel Coca-Cola und Unilever. Ihnen allen würde durch Gebühren und die Auswertung von Kundendaten ein Milliardengeschäft winken. Und es droht die totale Kontrolle des Bürgers; der Mensch würde zum »gläsernen Bürger«; es gäbe keine Privatsphäre und keinen Schutz vor staatlichen Willkürmaßnahmen mehr. Michael Brückner wirft vor diesem Hintergrund einen Blick in die digitale bargeldlose Zukunft. Er zeigt auch, was wir dagegen tun können und wie wir unser Vermögen vor einem Bargeldverbot schützen.

208 Seiten, Abbildungen, gebunden.

Best.-Nr. 13218 — € 19,99

Frank Lisson

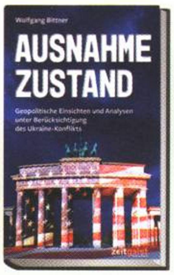
Griechentum und deutscher Geist

Anatomie einer Sehnsucht

Seit dem 18. Jahrhundert war unter deutschen Humanisten die Idee zur Forderung erhoben worden, daß es einen höheren menschlichen Sinn jenseits des bloß Utilitaristischen und Opportunen geben müsse. Darin bestand die vielleicht herrlichste deutsche Mission zum Wohle Europas. Als ob man bereits um 1800 geahnt hätte, welch ähnliches Los der eigenen Kultur beschieden sein würde, sympathisierten die meisten deutschen Bildungsbürger mit dem Schicksal der Hellenen wie Erkrankte, welche vom gleichen Leiden befallen seien. Man erkannte seine eigenen Besonderheiten bei den Hellenen wieder, dem einzigen Volk der Weltgeschichte, dessen Genialität und Zerrissenheit an die der Deutschen heranreichte. Mit dem Versagen des klassischen Lebensentwurfs jedoch war die historische Chance vertan, die Menschen der anbrechenden Moderne in geregelte, durch sichere Geschmacksurteile gefestigte Bahnen zu lenken und sie nicht sittlich, politisch und ästhetisch verkommen zu lassen. Frank Lisson erweist sich in diesem Buch als höchst kenntnisreicher Archäologe der deutschen Identität.

684 Seiten, gebunden.

Best.-Nr. 12525 — € 84,-



Wolfgang Bittner

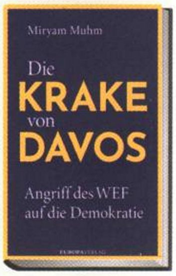
Ausnahmezustand

Geopolitische Einsichten und Analysen unter Berücksichtigung des Ukraine-Konflikts

Die Welt steht kopf. Wohin man blickt: Krisen, Konflikte, Kriege. Der Autor geht der Frage nach, ob es für diesen entsetzlichen Zustand Verantwortliche gibt. Er hat zuvorderst die USA im Blick, die ihren Anspruch auf Weltherrschaft mit aller Macht zu erhalten suchen. Dazu nutzen sie die NATO und ihre subversiven Netzwerke. Daß es den USA mit ihrer Aggressions- und Sanktionspolitik gelungen ist, Rußland von Westeuropa zu trennen, ist eine Jahrhunderttragödie. Während Japan im Pazifik als Frontstaat gegen China aufgerüstet wird, dient Deutschland im Westen als „Speerspitze" gegen Rußland. Besonnenheit, Anstand und diplomatisches Fingerspitzengefühl scheinen gänzlich abhandengekommen zu sein. Die Bevölkerung wird fehlinformiert und indoktriniert. Das trifft besonders auf die Berichterstattung über den Krieg in der Ukraine seit 2014 zu. Der Autor gibt Auskunft über die geopolitische Situation und stellt dar, warum Deutschland nach wie vor unter Vormundschaft der USA steht und wie die eigene Souveränität zurückerlangt werden kann.

288 Seiten, Abbildungen, Klappenbroschur.

Best.-Nr. 13237 — € 19,90



Miryam Muhm

Die Krake von Davos

Angriff des WEF auf die Demokratie

Seit Jahrzehnten arbeiten das Weltwirtschaftsforum (WEF) und sein Vorsitzender Klaus Schwab daran, die wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Weltordnung umzukrempeln, Macht und Einfluß einer globalen wirtschaftlichen Elite auszudehnen und de facto an Parlamenten und Regierungen vorbei zu regieren. Zwar betont Klaus Schwab immer wieder, daß er eine bessere ökologische Welt für alle schaffen möchte, aber es steht zu befürchten, daß dieser sogenannte Great Reset letztendlich die demokratischen Strukturen beseitigen und mittels Technologie, Einschleusung von „Young Global Leaders" in Ministerien, Schulung von einflußreichen Universitäts- und Medienvertretern oder Finanzierung von wichtigen Thinktanks eine neue Form des neoliberalistischen Kapitalismus schaffen wird.

288 Seiten, gebunden.

Best.-Nr. 13214 — € 22,-

Glenn Greenwald

Die globale Überwachung

Der Fall Snowden, die amerikanischen Geheimdienste und die Folgen

Bereits vor 10 Jahren veröffentlichte Greenwald die ersten NSA-Dokumente aus dem Archiv Edward Snowdens. Nun bringt er mit einer Fülle von nie zuvor publizierten Geheimdokumenten das ganze Ausmaß der Massenüberwachung ans Licht und löst damit ein politisches Erdbeben aus. Alles über die illegalen Praktiken der amerikanischen Geheimdienste.

384 Seiten, Taschenbuch.

Best.-Nr. 11300 — € 10,99

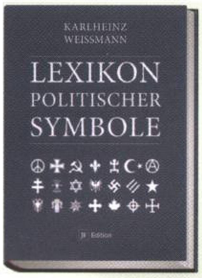
Charles William Heckethorn

Geheime Gesellschaften

Dieses Werk ist die bislang umfassendste und ausführlichste Darstellung dieses Themas. Von den bestehenden Vereinigungen erscheinen alle eingereiht, die entweder an sich geheim sind oder, wenn bekannt, geheime Riten und Zeremoniell, geheime Zeichen und Worte haben, geheime Lehren predigen oder ein geheimes Verfahren besitzen. Deshalb werden z. B. auch die Alchimisten, die Inquisition, der Jesuitenorden u. a. behandelt. Das Buch gilt nach wie vor als das Standardwerk auf seinem Gebiet und ist für Laien und Fachleute gleichermaßen geeignet.

552 Seiten, gebunden.

Best.-Nr. 13201 — € 9,95

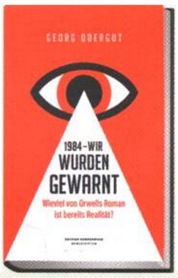


Karlheinz Weißmann

Das Lexikon politischer Symbole

Politische Symbole wirken. Ihre mächtige Bedeutung für Politik und Gesellschaft ist aber vielen ein Rätsel. Bis jetzt fehlte ein umfassendes Nachschlagewerk. Diese Lücke schließt dieses Lexikon politischer Symbole von Erfolgsautor Karlheinz Weißmann. Über Jahrzehnte hat der Historiker ein umfangreiches Text- und Bildarchiv zur Symbolkunde angelegt. Diese einmalige Materialsammlung bildet die Basis für das vorliegende Buch. Vom Keltenkreuz, über Hammer und Sichel und Hakenkreuz bis zum Edelweiß - mehr als 200 politische Symbole werden mit gut 1.700 Abbildungen dargestellt, entschlüsselt und in ihrer Entwicklung und Bedeutung erklärt. Ein unverzichtbares Nachschlagewerk für alle, die sich für Geschichte und Politik interessieren, politisch aktiv sind oder gar im Politikbetrieb arbeiten.

628 Seiten, viele Abb., gebunden.
Best.-Nr. 13156 € 59,90



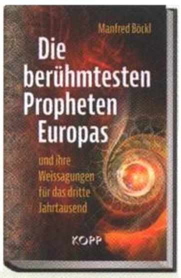
Georg Odergut

1984 - Wir wurden gewarnt

Wieviel von Orwells Roman ist bereits Realität?

Manipulation von Informationen, ständige Überwachung und der Verlust individueller Freiheiten sind »neue Normalität« geworden. Die Dystopien des 20. Jahrhunderts verlieren im 21. ihren Science-Fiction-Charakter. »1984«, George Orwells Vision eines totalitären Überwachungsstaates aus dem Jahr 1949, ist wieder ein Werk von brennender Aktualität, durch das wir die politisch korrekte, dabei zutiefst verlogene und immer oppressivere polit-mediale Welt der Gegenwart klar ins Auge fassen können. Unser Buch vergleicht die in 1984 geschilderte Welt Punkt für Punkt mit dem heutigen Deutschland und fördert erstaunliche bis erschreckende Übereinstimmungen zutage. Den Eindruck, daß wir eine Neuauflage der DDR erleben, beschleicht den Leser bei dieser Lektüre.

314 Seiten, Broschur.
Best.-Nr. 12299 € 26,-



Manfred Böckl

Die berühmtesten Propheten Europas

und ihre Weissagungen für das dritte Jahrtausend

In allen Epochen hat es sie gegeben: begnadete Seher mit beeindruckenden Visionen der Zukunft. Manfred Böckl stellt die zehn berühmtesten Propheten Europas vor und schildert ihr geheimnisvolles Leben und ihre Prophezeiungen für die Zukunft der Menschheit, z. Bsp. Alois Irlmaier, Hildegard von Bingen, Der Mönch von Wismar, Sibylle von Prag uva. Viele dieser Prophezeiungen sind bereits eingetroffen. Ein wichtiger Teil der Prophezeiungen betrifft aber unsere unmittelbare Zukunft und ist von erschreckender Brisanz. Sie berichten von einem Kataklysmus von so verheerenden Ausmaßen, wie ihn die Menschheit noch nie zuvor erlebte.

711 Seiten, Abbildungen, gebunden.
Best.-Nr. 13220 € 19,99

COMPACT-Spezial 36

USA gegen Deutschland

Der hundertjährige Krieg

Als die NATO 1949 gegründet wurde, formulierte dessen erster Generalsekretär als Ziel, »die Amerikaner drin, die Russen draußen und die Deutschen unten zu halten«. Nichts beschreibt das Verhältnis zwischen den USA und Deutschland treffender. Und heute tobt ein NATO-Krieg vor unserer Tür, und gerade wurde ein fundamentaler Angriff auf unsere Energieinfrastruktur (Nord Stream 2) gefahren. »Souverän waren wir nie. Seit dem Zweiten Weltkrieg bestimmen die Amis bei uns über Krieg und Frieden.« (Lafontaine)
Das Sonderheft zeigt die Geschichte dieses Krieges, welche Rolle deutsche Kanzler dabei spielen und den Weg der Grünen von der NATO-Austrittspartei zum glühendsten Verfechter der USA auf deutschem Boden. Harte Fakten und sachliche Analysen – Ami go home!

84 Seiten, Abbildungen, A4-Broschur
Best.-Nr. 13198 € 9,90

Werner Symanek

Das aktuelle Besatzungsrecht in Deutschland und die Souveränitätsfrage

Band 3: Die EU

Dieses Buch war bereits bei der Veröffentlichung des ersten Bandes in Planung, benötigte aber viel Einarbeitungszeit, weil dieses Thema nur stiefmütterlich in den Medien betrachtet wird. Es geht hier um die Einschränkung unserer Souveränität durch die Europäische Union. Unsere Juristen haben sich diesem Thema gewidmet, unzählige Akten durchforstet und alles verständlich für Sie zusammengetragen. Mit diesem 3. Band liegt somit das Hauptwerk dieser Trilogie vor, das den aktuellen Stand der Lage unserer Nation wiedergibt.

218 Seiten, gebunden.
Best.-Nr. 13155 € 28,50

Weiterhin lieferbar:

Besatzungsrecht, Band 1
Dokumentation und Gesetzestexte
180 Seiten, gebunden.
Best.-Nr. 12429 € 24,80

Besatzungsrecht, Band 2
Das NATO-Truppenstatut
264 Seiten, gebunden.
Best.-Nr. 12542 € 28,50

Thor Kunkel

Das Wörterbuch der Lügenpresse

Der unangepaßte Autor, Werbetexter und Kampagnentreiber der AfD Thor Kunkel erklärt anhand von rund 300 teils illustrierten Beispielen, wie Begriffsumdeutungen und Sprachmanipulationen durch die »Qualitätsmedien« den gesunden Menschenverstand ausschalten sollen. Eine gleichgesinnte Obrigkeit aus Politikern und Journalisten will die kritische Auseinandersetzung mit den Realitäten verhindern. Denn was nicht gedacht werden kann, kann auch nicht artikuliert werden. Damit wird Sprache zum Werkzeug der Repression und Gedankenkontrolle. Die von den staatstragenden Medien vorangetriebene und von der Bundeskanzlerin zelebrierte Infantilisierung der deutschen Sprache hat inzwischen groteske Ausmaße erreicht. Die deutschen Gazetten quellen über von Worthülsen, Phrasen, wohlfeilen Mustersätzen und ewig gleichen linkspädagogischen Kampfbegriffen, die das Denken der Menschen normieren sollen. Dieses Buch ist ein vergnügliches Lexikon, aber auch eine Einladung an alle, sich aktiv der Infantilisierung ihrer Sprache - und damit ihres Denkens - zu widersetzen und selbst zu Aktivisten zu werden. Es ist auch ein Trainingsbuch mit vielen Tipps aus der Praxis gegen die Ideologisierung unserer Sprache.

383 Seiten, farb. illustriert, gebunden.
Best.-Nr. 12451 ~~€ 22,99~~ **€ 9,99**

Rainer Thesen

Tatort Ukraine

Völkerrechtliche Betrachtungen

Der Krieg in der Ukraine beherrscht die Nachrichten. Ursachen und Verlauf dieses Konfliktes werden in der Öffentlichkeit kontrovers diskutiert. Erschwert wird die Einordnung der Geschehnisse durch Propaganda und mangelnde Nachprüfbarkeit der Meldungen beider Seiten. Objektiv beurteilt werden kann hingegen die Rechtslage. Dieses Buch will dem interessierten Beobachter des Zeitgeschehens die völkerrechtlichen Grundlagen vermitteln, die notwendig sind, um sich ein eigenes fundiertes Urteil bilden zu können. Der Autor ist erfahrener Jurist. Er stellt die Rechtsgrundlagen in einer für den Laien verständlichen Form dar und führt seine Leser anhand der völkerrechtlichen Fakten durch die von Putin vorgetragenen Kriegsgründe. Dabei wirft er einen kritischen Blick auf den Umgang der Großmächte mit dem Völkerrecht und bewertet auch die deutsche Politik in dieser Gemengelage.

212 Seiten, zahlreiche Dokumente, gebunden.
Best.-Nr. 13158 € 24,80

Peter S. Goodman

Die Männer von Davos

Wie eine kleine Gruppe Milliardäre die Welt beherrscht

Die Geschichte des letzten halben Jahrhunderts ist die Geschichte der Umverteilung des Wohlstands von unten nach oben. Der Triumph des Kapitalismus hat zu der Entstehung einer kleinen, aber sehr mächtigen Gruppe von Superreichen geführt: Männer, die in keinem Land der Welt mehr verwurzelt sind, ihr Vermögen weltweit angelegt haben, auf allen Kontinenten Anwesen und Jachten unterhalten und Heerscharen von Lobbyisten und Wirtschaftsprüfern arbeiten lassen, um ihren Reichtum vor dem Zugriff der Finanzbehörden zu schützen. Der Autor, preisgekrönter Wirtschaftskorrespondent der New York Times, porträtiert repräsentative „Davos Men". Seine Enthüllungen zeigen auf, daß die Plünderung der Welt durch sie Einfluß auf nahezu jeden Aspekt der modernen Gesellschaft hat.

512 Seiten, gebunden.
Best.-Nr. 13194 € 29,99

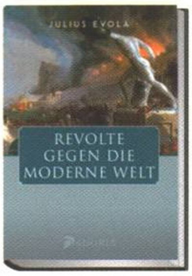
Compact Spezial 35

Politische Verfolgung

Weggesperrt. Totgeschwiegen. Ausgelöscht.

Die Jagd ist eröffnet. Die einen, wie Janich und Ballweg werden weggesperrt. Anderen wie Prof. Bhakdi wird die berufliche und wirtschaftliche Existenz genommen. Oder man vertreibt sie ins Exil. Die Staatsmacht schlägt mit voller Wucht zu. Vorwürfe und Aktenlage sind oftmals sehr dünn. Es reicht der Vorwurf, den Staat zu «delegitimieren» oder «Haßverbrechen» zu begehen. Das Regime schlägt - in in die Enge getrieben - wild um sich. Die Folgen könnte bald jeder spüren. Ob es neue Corona-Maßnahmen sind oder die Monsterkrise, die auf uns zurollt. Die selbstverschuldete Energiekrise droht den Mittelstand zu vernichten, ganze Branchen könnten verschwinden. Doch das Volk beginnt sich zu wehren, trotz radikaler politischer Verfolgung durch verschiedene Behörden.

84 Seiten, viele Abb., A4-Broschur. Best.-Nr. 13151 € 9,90



Julius Evola

Revolte gegen die Moderne Welt

Die Moderne abzulehnen, sie zumindest kritisch zu hinterfragen, ist ein Privileg derer, die sich eine gewisse Bodenständigkeit bewahrt haben. Evola hatte diese Bodenhaftung zeitlebens. Sicher gab es immer schon Moden. Wenn jedoch die Verbindung zu den eigenen Wurzeln verlorengeht und der Blick für das Wesentliche verbaut ist, verursacht die Moderne ein krankhaftes Modern, also ein Verrotten. Einher geht dieser Niedergang mit fanatischer Negierung von Ständen, Klassen und Rassen, paradoxerweise im Zeichen einer angeblichen Vielfalt. Träger der egalitären Seuche sind Demokratie und Liberalismus, die jeglichen natürlichen Unterschied leugnen, ja sogar dämonisieren und kriminalisieren. Beide Ideologien versprechen eine krude Freiheitslehre, die sich selbst ad absurdum führt. Denn es gibt entweder Gleichheit oder Freiheit. Gerade letztere erzeugt unweigerlich Ungleichheit, die die Voraussetzung für Vielfalt, Charakter und eine eigene Persönlichkeit ist. Damit demaskiert sich die ach so verheißungsvolle Moderne mit all ihren progressiven Scheinfreiheiten einmal mehr als Lüge.

Es wäre mehr als vermessen zu glauben, daß die Irrungen der Moderne auf Dauer Bestand haben könnten. Sie nähren ihr Dasein nur aus der Kraft, die ihr eine lebensrichtigere Vergangenheit gleich einem Schwungrad mitgegeben hat. Es ist nur eine Frage der Zeit, wann dieser Schwung nachläßt und die Moderne in ihr selbst geschaffenes Grab sinkt.

Erstmals 1934 erschienen, liegt Baron Julius Evolas Hauptwerk Rivolta contro il Mondo Moderno hiermit in aktueller Übersetzung und redigierter Fassung dem deutschen Publikum wieder vor.

Übersetzung durch den Evola-Kenner Dr. Hans Thomas Hakl.

424 Seiten, gebunden.

Best.-Nr. 12183 **€ 29,-**

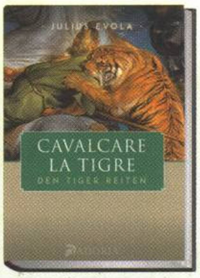
Julius Evola

Menschen inmitten von Ruinen

Der italienische Kulturphilosoph (1898-1974) trägt hier grundsätzliche Gedanken zur in Europa herrschenden Geisteshaltung vor. Als Vertreter des aristokratischen Prinzips und Befürworter elitärer Haltung setzt er unzeitgemäße Vorstellungen gegen das Narrativ von Gleichheit, Humanität und Liberalität. Leidenschaftlich beschwört er das Wesen des Politischen und zeigt den suchenden Menschen Europas andere Horizonte als die der Profitmaximierung und des oberflächlichen Lebensgenusses. Seine revolutionären Ideen wollen die politischen Urbilder wecken, die Europa zu seiner hohen Kultur verhalfen.

406 Seiten, gebunden.

Best.-Nr. 12177 **€ 22,90**



Julius Evola

Cavalcare la tigre – Den Tiger reiten

Eines der Hauptwerke des bedeutendsten Denkers der Antimoderne liegt hiermit nach langer Zeit wieder vor. In einer Zeit, die keinen Gottesbezug mehr hat, will Evola an europäische Traditionen anknüpfen. Er schreibt über Martin Heidegger, Aldous Huxley, Ernst Jünger, Henry Miller, Friedrich Nietzsche und Jean-Paul Sartre, über den Existenzialismus, über Dadaismus und Surrealismus, über Drogen und Musik. Er beurteilt die moderne Wissenschaft, moderne Kunst sowie das Verhältnisses der Geschlechter und das Familienwesen.

240 Seiten, gebunden.

Best.-Nr. 12178 **€ 22,-**

Harald Schulze-Eisentraut/ Alexander Ulfig

Angriff auf die Wissenschaftsfreiheit

Wie die Cancel Culture den Fortschritt bedroht und was wir alle für eine freie Debattenkultur tun können

Seit Jahren mehren sich Fälle, in denen Wissenschaftler und Personen aus Politik und öffentlichem Leben, etwa Jörg Baberowski und Martin van Creveld oder Christian Lindner und Wolfgang Thierse, von öffentlichen Vorträgen, Diskussionen oder dem Lehrbetrieb ausgeschlossen werden, weil sie sich nicht konform zur Meinung besonders lauter Aktivistengruppen äußern. Um Repressalien zu vermeiden, üben sich andere Wissenschaftler dann in vorauseilendem Gehorsam und schränken ihre Arbeit selbst ein. Der vorliegende Band versammelt Beiträge von Wissenschaftlern unterschiedlicher Fächer. Sie behandeln die Einschränkungen der Wissenschaftsfreiheit vor allem in den Debatten zu Corona-Pandemie, Klimawandel, Migration und Geschlechterforschung. Die Autoren untersuchen historische, ideologische und politische Faktoren, die zur aktuellen Situation geführt haben. Einige Autoren berichten von eigenen Erfahrungen mit der Verletzung der Wissenschaftsfreiheit.

272 Seiten, gebunden.

Best.-Nr. 13193 **€ 25,-**

Manfred Kleine-Hartlage

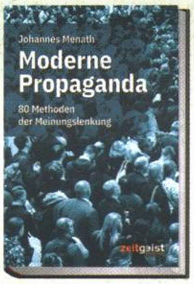
Tödliche Torheit

Der Krieg in der Ukraine und das Desaster der deutschen Politik

Ukrainekrise, Ukrainekrieg - das Verhalten der deutschen Politik war und ist in bezug darauf desaströs. Erfolgsautor Manfred Kleine-Hartlage beschreibt die Entstehung der Lage, den Ausbruch des Krieges und die Propaganda-Maschinerie des Westens. Er fragt nach den deutschen Interessen und analysiert mit dieser Zielvorgabe die deutsche Politik. Das Ergebnis ist eine Katastrophe. Die deutsche Politik leistet sich als einziges Land eine moralische Außenpolitik, die sich gegen fundamentale deutsche Interessen richtet; sie fördert die Ausplünderung unserer Wirtschaft durch fremde Mächte; ruiniert unseren produktiven Mittelstand; hat die Chance auf eine vernünftige Zusammenarbeit mit Rußland bis auf weiteres verspielt.

104 Seiten, Broschur.

Best.-Nr. 13154 **€ 13,-**



Johannes Menath

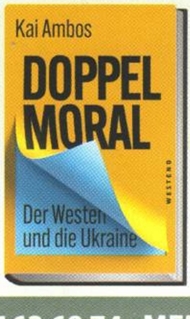
Moderne Propaganda

80 Methoden der Meinungslenkung

Propaganda, also der Versuch der gezielten Beeinflussung unseres Denkens, Fühlens und Handelns, ist heute allgegenwärtig: in der Werbung, in der Politik und in den Medien. Das Repertoire an Methoden ist enorm, die Meinungslenkung als solche bei vielen Formen aber nur schwer zu entlarven. Neben bekannteren wie etwa der Zensur, der Scheindebatte, dem Framing und psychologischen Kniffen wie der kognitiven Dissonanz oder der Kontaktschuld sind im Buch auch Techniken enthalten, die bis dato nicht einmal einen Namen trugen. Das vorliegende Werk ist wohl die derzeit vollständigste Sammlung an relevanten Methoden und Werkzeugen. Nur wer Propaganda durchschaut, kann sich ihrer Wirkmacht entziehen.

160 Seiten, Broschur.

Best.-Nr. 12402 **€ 16,90**



Kai Ambos

Doppelmoral

Der Westen und die Ukraine

Der deutschen Diskussion um den Ukraine-Krieg liegt der Irrtum zugrunde, daß unsere Verurteilung des russischen Angriffs von der ganzen Welt geteilt wird. Ist möglicherweise die Doppelmoral des Westens – geführt von den USA – der Grund dafür, daß der Großteil der Staaten dieser Welt, vor allem des Südens, allenfalls verbal die russische Aggression verurteilt? Wie kann dem Glaubwürdigkeitsverlust des Westens in weiten Teilen der Welt begegnet werden?

96 Seiten, Klappenbroschur.

Best.-Nr. 13189 **€ 15,-**

Thilo Sarrazin

Die Vernunft und ihre Feinde

Irrtürmer und Illusionen ideologischen Denkens

Wo Logik und Empirie durch „alternative Fakten" ersetzt werden, weitet sich der Raum für ideologisch geprägtes Denken und es sinkt die Toleranz. Thilo Sarrazin beobachtet diese Tendenz in den letzten Jahren auf allen Seiten des politischen Spektrums und in vielen Medien. Sie passt nicht zum Geist der abendländischen Aufklärung und sie kann die Grundlagen unserer demokratischen und liberalen Gesellschaftsordnung infrage stellen. Sarrazin erläutert die Gefahren ideologischen Denkens für unsere Gesellschaft und unsere politische Kultur und beschreibt typische Irrwege. Ideologien wirken verlockend durch die trügerische Klarheit ihrer Rezepte und die Schlichtheit, mit der sie Gut und Böse trennen. Doch so stolpert die Menschheit in immer neue Irrtümer. Wo Logik und Empirie durch „alternative Fakten" ersetzt werden, weitet sich der Raum für ideologisch geprägtes Denken und es sinkt die Toleranz. Thilo Sarrazin warnt vor der Bedrohung unserer Demokratie durch linke und rechte Ideologien. Brisant, scharfsinnig, schonungslos - ein Plädoyer für Vernunft und Toleranz im Geist der abendländischen Aufklärung.

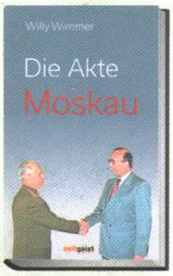
300 Seiten, gebunden.

Best.-Nr. 13130 **€ 25,-**

Hörbuch

2 Audio-CD MP3, ca. 1068 Min.

Best.-Nr. 30330 **€ 25,-**



Willy Wimmer

Die Akte Moskau

Die NATO - und mit ihr die linientreuen Medien - lassen keine Gelegenheit aus, Putins aggressive Expansionspolitik zu geißeln, um im gleichen Atemzug selbst aufzurüsten und heikle Manöver an den Grenzen zur Russischen Föderation zu vollführen. Der Autor plädiert für einen partnerschaftlichen Umgang mit unserem östlichen Nachbarn, denn schon zwischen 1988 und 1992 - eine Zeit, in der sich die Ereignisse überschlugen und staatliches Handeln geradezu ausgesetzt war -, erlebte er in einer Spitzenposition des Verteidigungsministeriums eine Form der Zusammenarbeit mit der zerfallenden Sowjetunion, die an Offenheit und konstruktivem Charakter kaum zu überbieten war bei der Gestaltung eines gemeinsamen „Hauses Europa". Über die vielen Reisen und Gespräche am Vorabend der deutschen Wiedervereinigung, vor allem bei der Integration der Nationalen Volksarmee in die Bundeswehr, sowie die in jüngerer Zeit legt dieses Buch Zeugnis ab. „Die Akte Moskau" offenbart zudem, wie seinerzeit die Regieanweisungen für die heutigen Spannungen verfügt wurden.

328 Seiten, Abb., Broschur.

Best.-Nr. 12992 **€ 19,90**